

Landwirtschaft 2012

Der kritische Agrarbericht

Hintergrundberichte und Positionen zur Agrardebatte

*Schwerpunkt: Zusammen arbeiten –
für eine andere Landwirtschaft*

VISIT...

LANZAROTE
Caliente.COM

Impressum

Herausgeber AgrarBündnis e.V., Konstanz

Verlag ABL Bauernblatt Verlags-GmbH

Redaktionsleitung

Dr. Manuel Schneider (Gesamtkoordination)

Dr. Andrea Fink-Keßler, Friedhelm Stodieck

Redaktion

Agrarpolitik – Friedhelm Stodieck

Welthandel und Ernährung – Tobias Reichert

Ökologischer Landbau – Minou Yusefi-Menzler

Produktion und Markt – Prof. Dr. Onno Poppinga und Dr. Karin Jürgens

Regionalentwicklung – Prof. Dr. Ulf Hahne

Natur und Umwelt – Heidrun Heidecke

Wald – Lázló Maráz

Tierschutz und Tierhaltung – Dr. Heidrun Betz

Gentechnik – Marcus Nürnberger und Annemarie Volling

Agrarkultur – Dr. Manuel Schneider

Verbraucher und Ernährungskultur – Dr. Andrea Fink-Keßler

Korrektor Bernd Keller

Satz Bettina Brand, Grafikdesign & DTP, München

Umschlag vizaviz WERBUNG GmbH, Kiel

Druck Druck Thiebes GmbH, Hagen

Redaktionsanschrift

Dr. Manuel Schneider

Projektbüro !make sense!, Waltherstraße 29, 80337 München

Tel. 089 / 76 75 89-55, Fax 089 / 76 75 89-56

E-Mail: info@kritischer-agrarbericht.de

Internet: www.kritischer-agrarbericht.de

Bestelladresse

ABL Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Tel. 0 23 81 / 49 22 88, Fax 0 23 81 / 29 22 21

E-Mail: verlag@bauernstimme.de

Internet: www.bauernstimme.de

ISBN 978-3-930413-52-2

Erscheinungsort/-jahr Konstanz/Hamm, Januar 2012

Wir danken für die freundliche Unterstützung



Altner-Combecher-
Stiftung
für Ökologie
und Frieden

Brot
für die Welt



MISEREOR
e.V. HILFswerk



Schweisfurth-Stiftung



GLS *Frauenhand*
Zukunftsstiftung
Landwirtschaft

Eine Welt im dramatischen Umbruch: Wo man hinschaut ist der Status quo unseres auf Wachstum fixierten Wirtschaftens in Frage gestellt: die anhaltende Finanzmarktkrise, die ganze Länder in den Ruin treibt, die Katastrophe von Fukushima und die – zumindest in Deutschland – beschlossene Energiewende, das absehbare Ende des billigen Erdöls (»Peak Oil«), dem Treibstoff unserer Konsumgesellschaft, der Klimawandel, der offenbar völlig ungebremsst stattfindet – und die Zahl der Hungernden, die wieder die Grenze von einer Milliarde erreicht hat, nicht zuletzt »dank« perfider Finanzwetten an den Börsen auf den Hunger in der Welt. Miteinander verwobene Aspekte eines globalen Scheiterns des »fossilen Kapitalismus«, die ein blindes »Weiter so!« verbieten. Die Welt steht vor einem Umbruch, wie er tiefgreifender nicht sein könnte. In zunehmendem Maße wird deutlich, dass neue Formen von Zusammenarbeit erforderlich sind, um den globalen Herausforderungen zu begegnen.

Und was macht die Politik? Sie verhandelt und verhandelt – aber handelt nicht. Angesichts der Rat- und Tatenlosigkeit der politischen Systeme melden sich Bürgerinnen und Bürger überall auf der Welt energischer selbst zu Wort. Ungeduld und Empörung machen sich breit, weil die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft die Zeichen der Zeit offenbar nicht erkennen wollen.

Dies gilt in besonderem Maße auch für die Landwirtschaft und das bisherige agrarindustrielle System der Ernährung. »Wir haben es satt!« So lautet der Slogan einer Bewegung, die 2012 erneut zur großen Protestkundgebung nach Berlin gerufen hat. Ein breites gesellschaftliches Bündnis, an dem auch die Mitglieder des AgrarBündnisses aktiv mitwirken.

Die Botschaft der Protestbewegung, aber auch die über Jahre ausgearbeiteten konkreten Konzepte für eine »andere Landwirtschaft« scheinen mittlerweile in Brüssel angekommen zu sein.

Diesen Eindruck zumindest hinterlässt der Vorschlag für eine grundlegende Reform der europäischen Agrarpolitik, den EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș im Oktober 2011 vorgelegt hat. Erstmals war im Vorfeld die Zivilgesellschaft aufgefordert, die Neuausrichtung der Agrarpolitik mitzugestalten. Und in der Tat: Vieles von dem, was auch die Verbände des AgrarBündnisses seit Jahren fordern, findet sich in dem Reformvorschlag der Kommission wieder.

Grüner und gerechter soll es zugehen: So sollen die Bauern einen Teil ihrer Direktzahlungen nur dann erhalten, wenn sie bestimmte Umweltmaßnahmen durch-

führen (»Greening«). Die Zahlungen an Großbetriebe und Großgrundbesitzer sollen begrenzt und in ihrer Höhe generell an soziale Leistungen wie die Schaffung und den Erhalt von Arbeit gekoppelt werden. Auch wenn vieles im Detail noch zu korrigieren sein wird: »Die Richtung stimmt«, »Ein erster wichtiger Schritt ist getan« – so lauten die ersten Einschätzungen vieler Verbände des AgrarBündnisses.

Andere Teile des Vorschlags lassen hingegen erhebliche Zweifel aufkommen, wie ernst es der EU-Kommission mit ihrem Reformvorhaben ist. Mehr Tierschutz in den Ställen zum Beispiel ist nicht in Sicht. Auch an der Exportförderung hält die Kommission unvermindert fest, wohl wissend, dass dadurch die Märkte in den Ländern des Südens massiv gestört und die Ernährungssituation der armen Menschen eher prekärer als besser wird.

In den kommenden Monaten wird es darauf ankommen, die positiven Reformansätze gegen die Kritiker aus den Reihen des Bauernverbandes und der bisherigen Profiteure des Systems zu verteidigen und *gleichzeitig* auf erhebliche Nachbesserungen zu drängen. Beides wird nur möglich sein, wenn es den Fachleuten aus der Agraropposition, wie sie sich in diesem Agrarbericht vielstimmig zu Wort melden, zusammen mit dem breiten Bündnis besorgter Bürgerinnen und Bürger gelingt, sich in Berlin und Brüssel Gehör zu verschaffen.

»Zusammen arbeiten – für eine andere Landwirtschaft« ist daher nicht nur der hoch aktuelle Themenschwerpunkt dieses Kritischen Agrarberichts, sondern auch das Motto für die Debatten der nächsten Monate.

Unser Dank gilt den zahlreichen Autorinnen und Autoren aus dem In- und Ausland, die mit ihrer Arbeit zu dem Gelingen dieses agrarpolitischen Jahrbuchs beigetragen haben. Dank gebührt ferner den Stiftungen und Organisationen, die durch ihre finanzielle Unterstützung die Arbeit am Kritischen Agrarbericht ermöglichen. Auf dieser »Zusammenarbeit für eine andere Landwirtschaft« beruht der Kritische Agrarbericht!

Für die Redaktion:

Manuel Schneider, Andrea Fink-Keßler, Friedhelm Stodieck

Für den Vorstand des AgrarBündnisses:

Heidrun Betz, Siegfried Jäckle, Friedrich Ostendorff, Friedrich von Homeyer, Bernd Voss

München, im Dezember 2011

Inhalt 2012

- 3 **Editorial**
- 7 **Kapitel 1**
Agrarpolitik und soziale Lage
- 7 **Rückblick 2011: Denn sie tun nicht, was sie wissen ...** | *Friedhelm Stodieck*
Der Paradigmenwechsel – Neue Studien fordern eine nachhaltige Landwirtschaft | *Benedikt Haerlin (17)*
- 20 **Die Chancen nutzen!**
Die EU-Kommission legt Vorschläge für die Agrarpolitik nach 2013 vor | *Ulrich Jasper*
- 29 **Auf die Straße!**
Ein Aufruf zur Einmischung in die Agrardebatte | *Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf*
- 33 **Europa macht die Welt nicht satt**
Das Recht auf Nahrung und die europäische Agrarpolitik am Scheideweg | *Martin Häusling*
- 37 **Statt Ausnahme: die Regel**
Antibiotikaeinsatz als notwendige Bedingung für das System der intensiven Massentierhaltung | *Friedrich Ostendorff und Daniel Elfendahl*
- 42 **Gegenwind für Agrarfabriken** ●
Bürgerinitiativen verhindern Tierfabriken und stoßen politische Regelungen an | *Eckehard Niemann*
- 47 **»Wir können die Dinge nur gemeinsam anpacken«** ●
Über die Kommissionsvorschläge zum Milchmarkt, die Bündelung der Milcherzeuger und die Notwendigkeit zusammenzuarbeiten | *Interview mit Romuald Schaber*
- 52 **Arbeit statt Hektar fördern**
Verteilungseffekte von Arbeitszeitmodellen am Beispiel Österreich und Bayern | *Gerhard Hovorka*
- 57 **»Auch die Qualität der Arbeit zählt«**
Ein Interview mit *Thomas Hentschel* und *Holger Bartels*
- 59 **Solidarische Landwirtschaft** ●
Community Supported Agriculture (CSA) in Deutschland | *Thomas van Elsen und Katharina Kraiß*
- 65 **»Bauern – von wegen die schwätzen net«** ●
Dialog als Schlüssel zur sozialen Nachhaltigkeit – ein Projekt mit Jungbauern | *Clemens Dirscherl*
- 69 **Kapitel 2**
Welthandel und Ernährung
- 69 **Rückblick 2011: Welternährungspolitik im Umbruch** | *Tobias Reichert*
- 75 **Brot für die Börse**
Spekulation mit Rohstoffen und ihre fatale Wirkung auf Landwirtschaft und Ernährung | *Markus Henn*
- 80 **Zukunftsfähige Welternährung**
Ökolandbau und Fairer Handel als funktionierende Alternativen zum Agrobusiness – zwei Fallstudien zu Mais und Reis | *Agnes Bergmeister*
- 85 **Kapitel 3**
Ökologischer Landbau
- 85 **Rückblick 2011: Ökolandbau als »Gold-Standard«** | *Minou Yusefi-Menzler und Benjamin Thober*
Nachbessern erforderlich – Die Vorschläge zur EU-Agrarreform aus der Sicht des Ökolandbaus | *Alexander Gerber (90)*
- 94 **Wertschöpfung durch Wertschätzung** ●
Die Regionalwert AG – ein innovatives Netzwerk vom Acker bis auf den Teller | *Christian Hiß*
- 100 **Mehr Transparenz**
Neue Studie analysiert Situation und Marktvolumen des Naturkostfachhandels in Deutschland | *Heike Kuhnert, Sabine Plaßmann-Weidauer, Meike Janssen, Ulrich Hamm, Sabine Kauffmann, Klaus Braun, Elke Röder, Hans-Josef Brzukalla und Markus Rippin*

Mit ● sind die Beiträge gekennzeichnet, die sich mit dem Schwerpunkt »Zusammen arbeiten« befassen.

105 Kapitel 4

Produktion und Markt

105 Rückblick 2011: Witterung, Bodennutzung und Preise | Onno Poppinga

»Der Mais ist mein Kapital« – Aktuelle Entwicklungen in der landwirtschaftlichen Energiewirtschaft | Dieter Voegelin (115)

118 Zu viel Geld von außen?

Über Strukturentwicklungen und Bodenmärkte in Ostdeutschland und die Rolle externer Investoren | Theodor Fock

122 Die »Hähnchenblase« ●

Über die Krise der Geflügel-Agrarindustrie und eine erstarkende Bürgerbewegung | Eckehard Niemann

126 Aufbruch mit Leguminosen

Ein Projekt in Nordrhein-Westfalen entwickelt eine zukunftsweisende Eiweißfutter-Versorgung | Christoph Dahlmann

130 Künstlicher Herbst

Über Sikkation und die Reifesteuerung mit Hilfe von Pestiziden | Friedrich Haalck

134 Moderatoren des Wandels

Diskursanalyse der Wende zum Produktivismus nach 1945 am Beispiel des »Österreichischen Bauernbündlers« | Ulrich Schwarz und Ernst Langthaler

139 Kapitel 5

Regionalentwicklung

139 Rückblick 2011: Ländliche Räume als Ressourcenreservoir | Ulf Hahne

148 Suffizienz & Subsistenz

Wege in eine Postwachstumsökonomie am Beispiel von »Urban Gardening« | Christa Müller und Niko Paech

153 Handeln statt Hoffen ●

Zusammenarbeit zur Bewältigung des demografischen Wandels: Aufbruch im Werra-Meißner-Kreis | Michael Glatthaar

159 Kapitel 6

Natur und Umwelt

159 Rückblick 2011: Naturschutz im Schatten der Energiewende | Heidrun Heidecke

167 Partnerbetrieb Naturschutz ●

Neue Wege der Zusammenarbeit von Naturschutz und Landwirtschaft | Brigitte Leicht, Inge Unkel und Jörg Weickel

171 Methodische Mängel

Anspruch und Realität des Deutschen Bienenmonitoring-Projekts (DeBiMo) – eine kritische Reflexion | Tomas Brückmann

176 Netze des Lebens knüpfen

Biotopvernetzung als zentrale Aufgabe des Naturschutzes und die bisherigen Versäumnisse der Politik | Friederike Scholz

181 Kapitel 7

Wald

181 Rückblick 2011: Ernüchternde Bilanz – Das Internationale Jahr der Wälder | László Maráz

191 Alles nur Panikmache?

2000 Jahre Waldsterben durch Luftverschmutzung und die Entwicklung der letzten 30 Jahre | Helmut Klein und Hubert Weiger

197 Das Naturerbe erhalten!

Die Forderung nach mehr Waldschutzgebieten und der Streit um den Nationalpark Steigerwald | Hubert Weiger und Ralf Straußberger

201 **Kapitel 8** **Tierschutz und Tierhaltung**

201 **Rückblick 2011: Alte Probleme – Neue Initiativen** | Heidrun Betz, Elke Deininger, Inke Drossé, Esther Müller, Claudia Salzborn und Frigga Wirths

211 **Verschiebbahnhof EU**
Deutschland braucht ein neues Tierschutzgesetz | Wolfgang Apel

216 **Zeigen, dass es geht** ☉
Seit bald 25 Jahren ist NEULAND Pionier und Impulsgeber für eine besonders artgerechte bäuerliche Tierhaltung | Jochen Dettmer und Torsten Walter

222 **Rendite – kein Freibrief für Tierquälerei**
Schnabelkürzen bei Geflügel verstößt gegen geltendes Tierschutzrecht | Sievert Lorenzen und Stefan Johnigk

227 **Klimaschützer Kuh**
Kritische Anmerkungen zu einer aktuellen Debatte | Anita Idel

233 **Kapitel 9** **Gentechnik**

233 **Rückblick 2011: Erfolglos, aber nicht folgenlos** | Marcus Nürnberger

Glyphosat – Wachsende Risiken für Mensch und Natur | Steffi Ober (240)

243 **»Widerstand lohnt sich«** ☉
Gentechnikfreie Regionen in Deutschland – Bestandsaufnahme und praktische Beispiele | Annemarie Volling

249 **»Ohne Gentechnik«**
Ein neues Reinheitsgebot der deutschen Lebensmittelproduktion | Alexander Hissling

255 **Kapitel 10** **Agrarkultur**

255 **Ein neues Miteinander** ☉
Erfolgsprinzipien für gute Kooperationen in und mit der Landwirtschaft | Franz-Theo Gottwald und Isabel Boergen

261 **Weder Kitsch noch Alptraum**
Über die Heimat auf dem Lande – Erinnerungen und Beobachtungen | Götz Schmidt

267 **Kapitel 11** **Verbraucher und Ernährungskultur**

267 **Rückblick 2011: Skandale, Krisen, Katastrophen – ein Jahr wie jedes andere!?** | Bernhard Burdick und Isabelle Mühleisen

275 **Frisch auf den Müll**
Über die globale Verschwendung von Lebensmitteln | Valentin Thurn

280 **Tiere essen?**
Eine neue Vegetarismus-Debatte in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft | Tanja Busse und Markus Keller

286 **»Wir wollten nie nur ökonomisch sein«** ☉
35 Jahre Erzeuger-Verbraucher-Arbeit in Bremen | Interview mit Jutta Draub-Ketelaar, Peter Bargfrede und Monika Baalman

289 **Anhang**

289 **Autorenregister, Sachregister**
304 **Die Verbände des AgrarBündnis**

Rückblick 2011: Denn sie tun nicht, was sie wissen ...

von Friedhelm Stodieck

Weiter so ist keine Option! Das postulierte im Jahr 2008 der Weltagrarbericht. »Wir haben es satt!« macht daraus das aus circa 30 Organisationen bestehende Bündnis »meine-Landwirtschaft.de« und ruft gemeinsam mit weiteren etwa 90 Gruppierungen Anfang 2011 zu einer Demonstration »gegen Gentechnik, Tierfabriken und Dumping-Exporte« und für eine Wende in der Agrar- und Ernährungspolitik nach Berlin auf.¹ Dem Aufruf folgen über 20 000 Teilnehmer und sind damit ein erster Beleg für eine Entwicklung, die das ganze Jahr kennzeichnet: 2011 werden die Stimmen zahlreicher und lauter, die »es satt haben«, machen sich immer mehr Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft für eine andere Agrar- und Ernährungspolitik stark, während das agrarindustrielle System immer offenkundiger an Grenzen der eigenen Entwicklung stößt. An den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) führt seitens der Politik kein Weg mehr vorbei. Ihre Kritik am herrschenden Agrar- und Ernährungssystem und die vorgeschlagenen Lösungswege finden sich mittlerweile auch in den Medien und auch Vertreter der Agrarindustrie erkennen die Notwendigkeit des Dialogs und geben sich manchmal überraschend einsichtig.

So titelte im Oktober beispielsweise top agrar, »das Magazin für moderne Landwirtschaft«, eher ungewöhnlich mit der Erkenntnis: »Größe ist nicht alles«. In den letzten Jahrzehnten habe es für die Betriebe nur eine Richtung gegeben: »Immer größer und immer spezialisierter«. Das sei zwar meistens auch »richtig gewesen« und entspräche auch der Grundhaltung dieses Magazins, aber jetzt gebe es »das Problem: Die Strategie stößt angesichts der heutigen Größe vieler Betriebe zunehmend an Grenzen, weil Fläche, Kapital oder die geeigneten Mitarbeiter fehlen oder die Nachbarn gegen weitere Ställe und Biogasanlagen vor ihrer Haustür Sturm laufen. Irgendwann sind die Größenvorteile ausgeschöpft«. Davon berichtet auch ein niederländischer 1 000-Sauen-Halter, Vorsitzender der niederländischen Schweinehalterorganisation NVV, auf der Mitgliederversammlung der AbL. Sein Verband sieht die Grenzen der industriellen Schweineproduktion erreicht und fordert und propagiert eine Marktregulierung durch eine aktive Mengensteuerung in Erzeugerhand, um einen auskömmlichen Preis zu erzielen.

Die zunehmend mangelnde Akzeptanz in der Gesellschaft für bestimmte Produktionsverfahren oder Formen der Tierhaltung führt dazu, dass immer mehr Konzerne und Unternehmen der Verarbeitungsbranche, aus der Agrarindustrie aber auch dem Lebensmitteleinzelhandel den Kontakt zu den NGOs suchen (müssen) und zum Teil konkrete Kooperationen/Vereinbarungen eingehen. Es ist etwas in Bewegung geraten.

**»Wir haben es satt!« –
Großdemo in Berlin**

**top agrar:
»Größe ist nicht alles«**

EU-Kommission legt Reformpaket vor

Agrarreform: grüner und gerechter?

Von zentraler Bedeutung für die Zukunft der europäischen Landwirte wie aber auch der Bauern und Bäuerinnen in den sogenannten Entwicklungsländern ist die EU-Agrarreform. Am 12. Oktober 2011 legt der EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos die Vorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2013 vor. Im Mittelpunkt des Reformpaketes stehen das »Greening«, das heißt die Bindung der Direktzahlungen an ökologische Standards bei der Fruchtfolge, dem Erhalt von Dauergrünland und ökologischer Vorrangflächen sowie eine Staffelung und Obergrenze der Basisprämien mit Berücksichtigung der tatsächlich vorhandenen Arbeitskräfte. Daneben setzt die Kommission aber noch weitere Signale. So schlägt sie beispielsweise die Stärkung der Position von Erzeugergemeinschaften und Branchenverbänden vor, spricht sich für Sonderzahlungen an Junglandwirte aus, will Gelder zukünftig nur noch »aktiven Landwirten« gewähren und an Exportsubventionen festhalten (eine ausführliche Darstellung der EU-Vorschläge findet sich in dem Beitrag »Die Chancen nutzen!« in diesem Kapitel).

Erster Schritt in die richtige Richtung

Gute Ansätze ...

Aus den Reihen der NGOs, dem AgrarBündnis oder der »Verbände-Plattform«, einem Zusammenschluss von circa 30 Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft,² werden die Kommissions-Vorschläge überwiegend als »ein Schritt in die richtige Richtung« bewertet, zumal sie wichtige Forderungen der Verbände aufgegriffen sehen. Das gilt insbesondere für den Kern dieser Reform, die Direktzahlungen an bestimmte ökologische (Greening) und soziale Kriterien (Staffelung und Faktor Arbeit) zu binden. Die konkrete Ausgestaltung einzelner Maßnahmen und Instrumente wird dann aber als »halbherzig« oder »weit hinter dem Notwendigen zurückgeblieben« bezeichnet. Und scharf kritisiert wird beispielsweise die anhaltende Exportorientierung oder das gänzliche Fehlen von Aussagen zum Tierschutz.

Positive Vorrangflächen

Als »deutlich positiv« wird der Vorschlag zur Einführung der sieben Prozent ökologischer Vorrangflächen gesehen, die einen wichtigen Beitrag zum Schutz der biologischen Vielfalt und der Umwelt leisten sollen, auch wenn die Verbände zehn Prozent fordern, um das von der EU selbst gesetzte Ziel, den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen, zu erreichen. Bei den Vorschlägen zur Fruchtfolge und zum Grünlanderhalt sei die Kommission jedoch weit hinter dem Notwendigen zurückgeblieben. Hier habe der Widerstand aus Bauernverbänden und Agrarindustrie seinen Niederschlag gefunden, erklären die Verbändevertreter.

Zu viel Mais in der Fruchtfolge

... halbherzige Ausgestaltung

Die Fruchtfolge-Anforderung, bei der eine Frucht wie Mais weiterhin bis zu 70 Prozent der betrieblichen Ackerfläche ausmachen kann, ist aus Sicht der Verbände nicht geeignet, den Trend zu Mais-Monokulturen zu bremsen. Auch fehlt den Verbänden die Vorgabe, einen Mindestanteil der Ackerfläche mit heimischen Leguminosen zu bestellen, um so zu einem ökologisch nachhaltigen Anbausystem zu kommen und eine europäische Eiweißstrategie zu entwickeln.

Grünlandumbruch verhindern

Bei der dritten Anforderung, Wiesen und Weiden (Dauergrünland) zu erhalten, kritisieren die Verbände, dass die Kommission mit dem Referenzjahr 2014 einen Zeitpunkt in der Zukunft vorschlägt. Die Verbände fordern die Bundesregierung und Bundesländer auf, mit klaren Vorgaben zu verhindern, dass es im Vorfeld des Referenzjahres 2014 zu einem systematischen Grünlandumbruch kommt.

Arbeit positiv berücksichtigt

Ausdrücklich begrüßt wird, dass die Kommission die Direktzahlungen pro Betrieb und Jahr in der Höhe begrenzen (Obergrenzen) und dabei durch den Bezug zur tatsächlich eingesetzten Arbeitskraft arbeitsintensive Bereiche wie Milchvieh, Gemüseanbau oder ökologischen Landbau positiv berücksichtigen will.

Fatale Exportorientierung

Geradezu fatal ist es, dass die EU-Kommission als ein Ziel der EU-Agrarpolitik aufgenommen hat, der europäischen Agrar- und Ernährungsindustrie Marktanteile an den internationalen Agrarmärkten zu sichern und sich nicht in einem eigenen Kapitel mit der internationalen Verantwortung der eigenen Agrarpolitik auseinandersetzt. Die EU ist bereits Netto-Importgebiet von Lebens- und Futtermitteln. Die Exportorientierung und -strategie der EU-Agrarwirtschaft basiert also auf der entwicklungspolitisch und ökologisch unverantwortlichen Inanspruchnahme außereuropäischer Ressourcen. Gleichzeitig untergräbt sie die für die Ernährungssicherung der Weltbevölkerung dringend notwendige Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft auch in Entwicklungsländern, wie sie auch vom Weltagrarbericht eindringlich eingefordert wird.

**Entwicklungspolitisch
und ökologisch
unverantwortlich**

Forderung zur Zweiten Säule umgesetzt

Mit Blick auf die Zweite Säule der EU-Agrarpolitik, der Förderung der Ländlichen Entwicklung, geht die Kommission auf eine wichtige Forderung der Verbände ein, indem sie vorschlägt, dass die Mitgliedsstaaten mindestens 25 Prozent der EU-Mittel in der Zweiten Säule für Agrarumweltmaßnahmen und benachteiligte Gebiete einsetzen müssen.

Tierschutz nicht berücksichtigt

»Entsetzt« und »enttäuscht« reagierten Tierschützer auf die Vorschläge. Nicht nur, dass keinerlei neue Maßnahmen zum Tierschutz in dem Reformpaket auftauchen, bestehende sollen sogar zurückgenommen werden. So soll beispielsweise der Artikel 68, durch den Förderung von Tierschutzmaßnahmen bisher auch innerhalb der Betriebsprämienzahlungen (Erste Säule) möglich war, ersatzlos gestrichen werden. Andere Tierschutzmaßnahmen aus der Zweiten Säule der Agrarförderung werden im vorliegenden Entwurf so weit verwässert, dass sie für die Praxis kaum noch Relevanz haben.

**Tierschutz
verwässert**

Deutsche Regierung blockiert

Dass die konkrete Ausgestaltung der Kommissionsvorschläge häufig zu »zaghaft« ausgefallen ist, hängt auch und maßgeblich mit der Position der Bundesregierung respektive des Bundeslandwirtschaftsministeriums zusammen. Mit Blick auf die notwendigen Änderungen in der EU-Agrarpolitik betreiben sie eine »Blockadepolitik«, heißt es beim Anbauverband Naturland.

Überraschende Unterstützung

Unterstützende Worte für eine Neuausrichtung der Landwirtschaft und der Agrarpolitik kommen auch von ungewohnter Seite. Mit Blick auf den Klimawandel ist von der Beseitigung schädlicher Anreize durch die Agrarpolitik sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern und Umstellung der Subventionen an Betriebe auf Leistungen für öffentliche Güter in einem Papier der Deutschen Bank zu lesen.³ Es sollen Anreize für klimaschonende Agrarpraktiken durch Verknüpfung mit »Co-Benefits«, zum Beispiel Zahlungen für Umweltleistungen, eingeführt werden. Diese vielfältigen Co-Benefits derartiger Praktiken (wie zum Beispiel dem Leguminosenanbau) in Bezug auf die Bodengesundheit, Wasser- und Luftqualität, Lebensräume für Tiere etc. können helfen, breite politische Unterstützung zu gewinnen und neue Personengruppen zusammenzubringen, die ein Interesse an klimaschützenden Maßnahmen

haben: Bauern, Umweltschützer, Politiker, Konsumenten sowie die Agrarwirtschaft und die Lebensmittelindustrie. Im Klimawandel liegt also gleichermaßen ein Zwang als auch die Chance zur breiten Umsetzung bewährter Ansätze für eine auf dem Ökosystem basierende, nachhaltige landwirtschaftliche Produktion, heißt es in dem Papier.

Und einen direkten Bezug zu den Reformvorschlägen zur GAP stellt die CDU-Fraktion im brandenburgischen Landtag her, wenn ihr Vorsitzender sagt, die »vorgeschlagene Degression und Deckelung der Direktzahlungen unter Berücksichtigung objektiver Kriterien der Beschäftigung entspricht dem Auftrag des Europäischen Parlaments an die Kommission vom vergangenen Juni. Sie leistet einen Beitrag, dass die Zahlungen öffentlicher Gelder an die Landwirte weiterhin auf gesellschaftliche Akzeptanz stoßen und die bäuerliche Landwirtschaft gestärkt wird«.

**Bundesregierung
und Bauernverband
bremsen
Reformprozess**

In dem Prozess der Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik hat »Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner die Rolle der Hauptbremserin übernommen« und gemeinsam mit Frankreich blockiert, kommentiert die rheinland-pfälzische Landwirtschaftsministerin Ulrike Höfken. Kanzlerin Merkel, Ministerin Aigner und der EU-Energiekommissar Oettinger haben nach Ansicht der AbL alles versucht, um die Reform auszubremsen. Sie sprechen sich strikt gegen die Berücksichtigung der Arbeit bei den Zahlungen aus und beharren darauf, die ökologische Konditionierung der Direktzahlungen nicht obligatorisch einzuführen, sondern über freiwillige Maßnahmen der Zweiten Säule abzuwickeln. Das würde jedoch die Umsetzung ökologischer Ziele in das Ermessen und die Beliebigkeit der Mitgliedsstaaten stellen und die finanzielle und konzeptionelle Eigenständigkeit der Zweiten Säule zerstören. Unterstützung findet die Blockadehaltung durch den Deutschen Bauernverband (DBV), der beispielsweise nicht müde wird, die vorgeschlagenen ökologischen Vorrangflächen als »Flächenstilllegung« zu bezeichnen.

Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen

**Unterstützung
durch die
Agrarminister-
Konferenz**

Die Reform-Ansätze der EU-Kommission standen auch auf der Tagesordnung der Agrarminister-Konferenz (AMK) im Oktober. Deren Zusammensetzung hat sich 2011 insofern geändert, als infolge von Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit Alexander Bonde und Ulrike Höfken zwei Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen neu am Konferenztisch Platz nahmen. Beide hatten sich bereits im Rahmen ihrer jeweiligen Regierungsbildung zu den damals noch als Vorentwurf vorliegenden Ciolos-Vorschlägen geäußert und das Greening sowie eine Deckelung und den Arbeitsbezug begrüßt.

Von der AMK wird die Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik als »eine zentrale Aufgabe dieses Jahrzehnts« bezeichnet.⁴ Mit der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 muss »ein effizientes und gesellschaftlich akzeptiertes System der Agrarförderung« entwickelt werden. »Es gilt der Grundsatz: öffentliches Geld für öffentliche und gesellschaftlich erwünschte Leistungen«, so die Agrarminister-Konferenz. In den Kommissionsvorschlägen zur Ökologisierung sieht die Konferenz »wichtige und unterstützenswerte Schritte in die richtige Richtung«. Die Direktzahlungen sollen »noch stärker an konkrete Umweltleistungen geknüpft werden«.

Anforderungsprofil für Direktzahlungen

Um die Leistungen »einer umweltgerechten, wettbewerbsfähigen und von bäuerlichen Prinzipien getragenen Landwirtschaft« zu honorieren, schlägt die Agrarminister-Konferenz »folgendes ökologisches Anforderungsprofil für den Erhalt der Direktzahlungen« vor:

**Honorierung
ökologischer
Leistungen**

- In den Betrieben sind auf den Ackerflächen zur Erhaltung der Biodiversität und der Verbesserung des Bodenschutzes mindestens drei Hauptkulturarten, von denen keine überwiegen darf, anzubauen bzw. eine dreigliedrige Fruchtfolge im dreijährigen Rhythmus vorzunehmen.
- Jeder Betrieb, ausgenommen Betriebe mit Dauergrünland auf mehr als der Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche oder mit einer Ackerfläche von weniger als 15 Hektar, sollte von seiner Ackerfläche einen angemessenen Anteil, orientiert am Kommissionsvorschlag, als ökologische Vorrangflächen bereitstellen, wenn die nachfolgenden Maßnahmen angerechnet werden. Auf diesen Vorrangflächen soll eine besonders umwelt- und naturschutzgerechte landwirtschaftliche Nutzung stattfinden. Als Maßnahmen werden angerechnet:
 - Flächen mit Agrarumweltmaßnahmen – einschließlich Vertragsnaturschutz – und ökologisch bewirtschaftete Flächen,
 - Landschaftselemente wie z. B. Büsche und Hecken,
 - Gewässerrandstreifen und Flächen mit besonderen Schutzanforderungen gemäß dem europäischen Recht zur Verbesserung der Wasserqualität (Wasserrahmenrichtlinie) oder nach dem europäischen Naturschutzrecht (Natura 2000),
 - sonstige Flächen, die in Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes eingebunden sind,
 - alternativ dazu können Betriebe diese Bedingung erfüllen, indem sie auf 15 Prozent ihrer Ackerfläche Eiweißpflanzen oder deren Gemenge (Leguminosen) oder ökologisch vorteilhafte nachwachsende Rohstoffe, ausgeschlossen Mais, anbauen.
- Die Umwandlung von Dauergrünlandflächen sollte vom Grundsatz her ausgeschlossen werden. Dabei ist der gegenwärtige Status als Bezugszeitpunkt zugrunde zu legen.

Das Ziel der Kommission, als Voraussetzung der Gewährung der Ökologisierungskomponente drei europaweit anwendbare und kontrollfähige Maßnahmen vorzuschlagen, erachtet die Agrarminister-Konferenz »als nachvollziehbar«. Die Vorstellungen zur Stärkung der Erzeuger innerhalb der Lebensmittelkette werden von der Konferenz unterstützt. So weit das einstimmig getragene Protokoll. Einige Länder machten jedoch von der Möglichkeit einer Protokollergänzung Gebrauch. Beispielsweise lehnen darin die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Kappung und Degression der Direktzahlungen bedingungslos ab. Während die Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ihre Forderung nach einer sozial gerechten Verteilung der Direktzahlungen durch arbeitskraftbezogene Kappings- und Obergrenzen bekräftigen, »sofern keine grundsätzliche Bindung der entsprechenden Fördermittel an die gesellschaftlichen und ökologischen Leistungen erfolgt«.

**Einige Länder
mit Sondervoten**

Ministerin lädt zum Dialog

Um herauszufinden, wie ein »gesellschaftlich akzeptiertes System der Agrarförderung« aussehen kann, wie die Agrar-, Ernährungs- und Verbraucherpolitik in Deutschland in Zukunft aussehen soll, initiierte Ministerin Aigner im Frühjahr 2011 einen mehrmonatigen Dialogprozess mit »gesellschaftlichen Gruppen und Multiplikatoren, die den öffentlichen Diskurs sowohl widerspiegeln als auch aktiv beeinflussen«⁵, zu denen beispielsweise auch das AgrarBündnis gehört. Repräsentativ ist die Auswahl jedoch nicht, da zum Beispiel für den Bereich Tierhaltung das Netzwerk »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« nicht geladen ist. Am Ende des Prozesses soll eine vom Bundeslandwirtschaftsministerium erstellte »Charta für Landwirtschaft und Verbraucher« stehen, die Ministerin Aigner zur Grünen Woche im Januar 2012 vorstellen will. Bei der Abschlussveranstaltung des Dialogs im Oktober wurde deutlich, wie weit die Vorstellungen und damit auch die Erwartungen an die zukünftige Agrarpolitik auseinanderliegen. Während beispielsweise für Vertreter der Union und der FDP der Dialog die Bestätigung einer wettbewerbsorientierten Landwirtschaft brachte, sehen Vertreter der Opposition die Abkehr von der agrarindustriellen Nahrungsmittelherzeugung bestätigt. Ein Blick in die Auswertung des Dialogs kann jedenfalls wichtige Hinweise für die Ministerin geben. Einige wenige beispielhafte Auszüge:

**Kontroverse
Schlussfolgerungen**

- In der Bevölkerung, aber auch bei Genehmigungsbehörden stößt die Tierhaltung in großen Beständen zunehmend auf Kritik.
- Die Diskussion zeigt, dass insbesondere im Bereich der Schweine- und Geflügelhaltung Verbesserungsbedarf bei den derzeit verbreiteten Haltungsformen besteht.⁶
- Der Landwirtschaft wurde von vielen Teilnehmern implizit auch weiterhin eine Sonderrolle zugeschrieben, die eine gezielte Förderung rechtfertigt. Beihilfen sollten allerdings in Zukunft noch mehr als Kompensation für spezielle und verbindliche Leistungen im Bereich des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes (positive externe Effekte) gewährt werden.⁷
- Die Arbeitsgruppe Tierschutz kam zu dem Ergebnis, dass der Erhalt kleiner Betriebe durch spezifische Förderung, Beratung und Unterstützung und eine stärkere Berücksichtigung bei der GAP unterstützt werden sollte.
- In den ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer lebt die überwiegende Mehrzahl der Armen und chronisch Unterernährten. Für sie bietet vor allem die Entwicklung der eigenen Landwirtschaft eine realistische Chance, dem Teufelskreis aus Hunger und Armut zu entkommen.⁸

**Gesellschaftliche
Sonderrolle
der Landwirtschaft
bestätigt**

Treffen der G20-Agrarminister

Worte gegen Spekulanten

Neben dem Dialogprozess zur Charta für Landwirtschaft und Ernährung findet sich in einer von Ministerin Aigner vorgelegten und zum Bereich Landwirtschaft 13 Punkte umfassenden Halbzeitbilanz an erster Stelle die G20-Agrarminister-Tagung im Juni in Paris. Dort wurde von den Agrarministern der 20 reichsten Industrie- und Schwellenländer ein Aktionsplan für mehr Transparenz auf den Rohstoffmärkten beschlossen, »um dem Missbrauch und der Manipulation von Agrarrohstoff-Preisen einen Riegel vorzuschieben«.

Business as usual ist keine Option

Studien fordern Umdenken bei Agrospritförderung

Für den Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter, zeigt dieser Aktionsplan, »dass die Regierungen zu der Einsicht kommen, dass Business as usual nicht länger eine Option darstellt«. ⁹ Der Aktionsplan geht jedoch nur die Symptome an, nicht die Ursachen. »Besonders enttäuschend« ist für ihn die Frage der Pflanzentreibstoffe behandelt. Es ist Konsens unter internationalen Institutionen, dass die Produktion von Pflanzentreibstoff und die damit verbundenen Landnutzungsänderungen eine der Hauptfaktoren des Preisanstiegs bei Grundnahrungsmitteln in den letzten vier Jahren waren. Zum G20-Treffen lag eine Reihe von Studien und Expertisen vor, die ein sofortiges Handeln nahelegen oder empfehlen. So forderte beispielsweise eine gemeinsame Studie von WTO, FAO, Weltbank und mehrerer UN-Organisationen die Einstellung aller staatlichen Subventionen für die Agrosprit-Produktion. Die OECD wies in einem gemeinsamen Report mit der FAO darauf hin, dass die derzeitigen Rekordpreise der Nahrungsmittelrohstoffe in absehbarer Zeit nicht zurückgehen werden. Und eine UNCTAD-Untersuchung zeigt, wie stark die Rohstoffmärkte inzwischen von Finanzinvestoren dominiert werden und dass der Anteil der Spekulation an den hohen Preisen teilweise bis zu 20 Prozent ausmacht.

Der Worte sind genug gewechselt

Wurzeln des Problems

Wenn jetzt die G20-Agrarminister »immer noch auf der Notwendigkeit von mehr Studien insistieren statt auf der Notwendigkeit, verzerrende Anreize und Subventionen abzuschaffen«, so zeigt das für de Schutter, »wie kommerzielle Interessen gegenüber den Belangen der Nahrungsmittelsicherheit triumphieren«. Irritiert zeigt er sich auch davon, »dass Pflanzentreibstoffe als eine Quelle der ländlichen Entwicklung erwähnt werden«, wo sich in der Praxis doch – zumindest bis heute – erwiesen hat, dass »von der Produktion von Pflanzentreibstoffen vor allem große Agro-Exportunternehmen profitieren, die die natürlichen Ressourcen des Südens nutzen, um den Durst des Nordens nach erneuerbaren Energien zu befriedigen«.

Die Wurzeln des Problems werden in diesem Aktionsplan nicht angegangen und die sind für de Schutter: »Nahrungsmittelmärkte, die von den Energiemärkten hochgradig abhängig sind, unverantwortliche Bestrebungen zur Steigerung der Produktion und der Nutzung von Pflanzentreibstoffen und Spekulation, die sich nicht auf einige Investoren reduzieren lässt, die die Preise manipulieren.« Statt eines Schritts in die richtige Richtung sei »ein ehrgeiziger Sprung nach vorne« erforderlich.

Alternativer Nobelpreis gegen Land Grabbing

Appell gegen Landraub

Anlässlich des G20-Agrarministertreffens in Paris wird der französischen Regierung ein Appell gegen den anhaltenden globalen Landraub überreicht. Dieser wird von über 500 Bauern-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen getragen und fordert ein Ende des Land Grabbing. ¹⁰ Die besondere Brisanz: viele der privaten Investoren kommen aus den Ländern der G20. Auf dem Weltsozialforum im Februar im Senegal wurde die »Dakar-Erklärung gegen Landraub« von einem Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen wie dem globalen Bauernnetzwerk La Via Campesina und der Menschenrechtsorganisation FIAN initiiert. Zu den Unterzeichnern gehört auch die Organisation »Genetic Resources Action International« (GRAIN), die 2011 mit dem auch als »Alternativer Nobelpreis« bezeichneten Right Livelihood Award ausgezeichnet wird. GRAIN erhält den Preis für ihren Einsatz gegen Land Grabbing und dafür, dass sie die Aneignung von Ackerland durch große Finanzinvestoren zu einem internationalen Thema gemacht hat.

Atomausstieg und Energiewende auf dem Land

Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima im März 2011 beschließt der Bundestag im Juni den Ausstieg aus der Atomenergie bis spätestens Ende 2022 und die Bundesregierung verkündet den Einstieg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien, das 2050 erreicht sein soll. Die von CDU/CSU und FDP noch im Herbst 2010 gegen starke Proteste als »Brückentechnologie« beschlossenen AKW-Laufzeitverlängerungen werden wieder zurückgenommen. »Der Umbau der globalen Energiewirtschaft auf regenerative Energieträger gehört zu den großen

Herausforderungen dieses Jahrhunderts. Die globale Energiewende ist grundsätzlich machbar, denn Sonne, Wind, Erdwärme, Wasserkraft et cetera liefern weit mehr Energie als die Menschheit benötigt«, verkündet der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik beim BMELV.¹¹

Das wichtigste Instrument für den Ausbau der erneuerbaren Energien ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Der Zweck des EEG ist es, »insbesondere im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, fossile Energieressourcen zu schonen und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien zu fördern.« Dazu verfolgt das EEG »das Ziel, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung mindestens zu erhöhen auf 35 Prozent spätestens bis zum Jahr 2020, 50 Prozent spätestens bis zum Jahr 2030, 65 Prozent spätestens bis zum Jahr 2040 und 80 Prozent spätestens bis zum Jahr 2050 und diese Strommengen in das Elektrizitätsversorgungssystem zu integrieren«. Im Jahr 2010 lag der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bei insgesamt 16,8 Prozent. Davon waren: Wind 6,0 Prozent, Wasserkraft 3,3 Prozent, Solar 2,0 Prozent, biogene Festbrennstoffe 2,0 Prozent, Biogas 2,1 Prozent, Klär- und Deponiegas 0,3 Prozent und Sonstige 1,1 Prozent.

**Globale Energiewende
grundsätzlich machbar**

Probleme der bisherigen Biogaserzeugung

Bereits die Biogas-Erzeugung in dieser Größenordnung hat unter den in den vergangenen Jahren herrschenden Rahmenbedingungen zu einer Reihe von Problemen geführt: Da die Erzeugung größtenteils auf der Basis von Mais als Gärsubstrat erfolgt, ist der Anbau von Energiemais in den letzten Jahren deutlich ausgeweitet worden und hat regional zu einer »problematischen Verengung« von Fruchtfolgen, insbesondere in Futterbau- und Veredlungsregionen geführt. In einzelnen Kreisen werden mittlerweile mehr als 50 Prozent der Ackerfläche mit Mais bestellt. Die »Vorzüglichkeit der ackerbaulichen Flächennutzung« im Vergleich zur Grünlandnutzung ist gestiegen und Grünland vermehrt umgebrochen worden. In viehintensiven Regionen kommt es zu besorgniserregenden Erhöhungen der durch Biogasanlagen verursachten Nährstoffüberschüsse. Im Bundesdurchschnitt stammten 2010 circa zehn Prozent der organischen N-Zufuhr auf landwirtschaftliche Flächen aus Gärresten pflanzlicher Erzeugung.¹²

**Problematische
Verengung
der Fruchtfolgen**

Zu den agrarstrukturellen Auswirkungen gehören die regional stark angestiegenen Pachtpreise sowie eine »Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit« für die »Sektoren Milch und Rindfleisch«, denn Biogasanlagen bieten »eine wirtschaftliche Verwertung des Mais, die durch die Viehhaltung nachhaltig kaum zu erzielen sein wird«. Inzwischen sind insbesondere »in Ostdeutschland einzelne Investoren aktiv geworden, die – gestützt auf der sicheren Planungsgrundlage des EEG – Biogasanlagen in großem Stil errichten, die hierzu benötigten Flächen pachten oder kaufen und auf diese Weise die Wachstumsmöglichkeiten der ortsansässigen Agrarunternehmen begrenzen«, stellt im April 2011 der Wissenschaftliche Beirat fest.

**Ostdeutschland:
Biogasanlagen
im großen Stil**

Es geht auch anders

Es ist jedoch, nicht nur nach Ansicht der AbL, auch ein anderer Weg denkbar: In der Energiewende weg von nuklearen und fossilen Brennstoffen kann eine klimafreundliche Erzeugung von Biogas eine wichtige, wenn auch begrenzte Ergänzung von Energieeinsparung und von solaren und erneuerbaren Energiequellen sein: Die Biogas-Erzeugung kann zeitlich variabel gesteuert werden und mit seiner Speicherefähigkeit die saisonalen und wetterbedingten Schwankungen bei Wind und Sonne ausgleichen. Eine dezentrale Biogas-Erzeugung in bäuerlicher Hand kann ferner die Ressourcen besonders effektiv nutzen und zudem die bislang marktbeherrschende Position monopolistischer Energie-Konzerne deutlich einschränken. Biogas kann insbesondere Reststoffe im Rahmen betrieblicher Kreisläufe umweltfreundlich verwerten. Biogas-Erzeugung muss auf einer nachhaltigen Landbewirtschaftung und einer bäuerlichen Tierhaltung beruhen und die ländlichen Regionen stärken statt belasten.

**Dezentrale Erzeugung
in bäuerlicher Hand
gefordert**

Gülle ersetzt zwei AKW

Die elektrische Leistung von zwei Atomkraftwerken kann bei einer Entwicklung ausgereifter kleinerer Anlagen um die 50 Kilowatt allein durch die Nutzung der Gülle erschlossen werden. Hinzu kommen die Vorteile solcher Anlagen: hohe Klimawirkung, keine zusätzlichen Trans-

porte und zusätzliche Einkommen in ländlichen Regionen. Reststoffverwertung konkurriert mit keinen anderen Erzeugungen. Ziele wie Biodiversität, artgerechte Tierhaltung, Hygienestandards und nachhaltige Strukturen dürfen durch die gesetzten Impulse für erneuerbare Energien nicht konterkariert, sondern sollten aktiv unterstützt werden.

Weiterhin Großanlagen und Mais

Nachbesserung beim EEG erforderlich

Um eine so skizzierte positive Entwicklung einzuleiten, ist ein EEG erforderlich, welches unter anderem eine entsprechende Vergütung (Grundvergütung; deutlich gestaffelt zugunsten kleinerer Anlagen) und eine den oben genannten Zielen entsprechende Differenzierung der Rohstoffvergütung (zwischen den Rohstoffklassen und gestaffelt nach Anlagengröße innerhalb der jeweiligen Klasse) beinhaltet. Mit dem im Rahmen des Energiewende-Paketes beschlossenen EEG wird das nicht erreicht. Im Gegenteil: Die erweiterte Förderung großer Biogasanlagen und eine unzureichende Begrenzung des Maiseinsatzes gehen zu Lasten einer nachhaltigen, dezentralen und regionalverträglichen Energieerzeugung in bäuerlicher Hand. Die KTG Agrar AG, die in Ostdeutschland nach eigenen Angaben bereits über 26 000 Hektar (und in Litauen 7 100 Hektar) beackert und ihrer vorhandenen 20 Megawatt Biogasproduktionskapazität weitere im Bau befindliche zehn Megawatt hinzufügen will, sieht denn auch »optimistisch in die Zukunft« und will »weiter in Ackerland und Biogasanlagen investieren«.

Umstrittene Hofabgabeklausel

Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip?

Im November beschließt die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV-NOG).¹³ Ein Bestandteil des agrarsozialen Sicherungssystems ist seit jeher auch die Alterssicherung der Landwirte (AdL) mit ihren Regelungen zur Hofabgabe, der sogenannten Hofabgabeklausel. Und die ist seit geraumer Zeit heftig umstritten.

Zur »normalen« gesetzlichen Rentenversicherung gibt es zwei deutliche Unterschiede: die berufsständisch organisierte Verwaltung der landwirtschaftlichen Alterskassen und eben die Hofabgabeklausel.¹⁴ Letztere besagt, dass Bauern ihre Rente nicht automatisch bei Eintritt in ein bestimmtes Rentenalter bekommen, sondern erst wenn sie den Hof respektive die Flächen an einen Nachfolger abgegeben, verkauft oder verpachtet haben. Einige Bauern, die sich zu einem »Arbeitskreis für die Abschaffung der Hofabgabeklausel« zusammengeschlossen haben,¹⁵ sehen in ihr einen Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes und die EU-Menschenrechtscharta. Mehrere haben vor verschiedenen Sozialgerichten Klage erhoben und wollen notfalls bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen.¹⁶

Ausschließlich agrarpolitisch gewollt

Forcierter Strukturwandel statt Generationenwechsel

Probleme erzeugt das gegenwärtige Recht in mehrerlei Hinsicht. Bei Einführung der Hofabgabeklausel 1957 kam es zu einer »sprunghaften Zunahme« der Abgaben im Rahmen des Generationenwechsels auf den Höfen. Das war damals agrarstrukturpolitisch so gewollt und das Ziel der Klausel. Und an dieser agrarstrukturpolitischen Begründung wird auch heute noch festgehalten. »Die Hofabgabeverpflichtung ist zwar Bestandteil der sozialrechtlichen Regelungen im Recht der AdL, sie ist aber [...] ausschließlich agrarpolitisch motiviert«, heißt es in einem Informationsblatt des BMELV.¹⁷ Mit der Realität auf vielen Höfen hat das jedoch nichts mehr zu tun. Oftmals gibt es keinen Hofnachfolger mehr und die Erfüllung der Klausel, die Abgabe an umliegende Betriebe, würde zu einer Zerschlagung bestehender Strukturen führen. Agrarpolitisch gewollt ist dann nicht mehr der Generationenwechsel, sondern das Wachstum der die Flächen übernehmenden Betriebe, eine Forcierung des Strukturwandels. Für kleine und mittlere Betriebe sieht der Arbeitskreis ein weiteres Problem: Die Rente plus geringe Pachteinahmen liegen zusammengenommen häufig unter dem bundesweiten Existenzminimum. Diskriminierend ist die vorhandene Regelung auch für Frauen, denn bei Ehepaaren mit einem Altersunterschied von mehr als zehn Jahren kann nach gegenwärtigem Recht der Hof nicht an den Ehegatten respektive die Ehegattin abgegeben werden. Ferner ist die Rente der Bäuerin insofern von der Hofabgabe betroffen, als sie nicht gezahlt wird, wenn der Ehegatte den Hof weiterführt – obwohl sie doch eine eigenständige Alterssicherung für die Bäuerin darstellen soll.

Die Konsequenz sind Scheinübergaben

All diese Probleme führen dazu, dass es in nicht unerheblichem Umfang (so wurde beispielsweise schon 1978 eine Größenordnung von 30 bis 40 Prozent genannt) zu sogenannten »Scheinübergaben« kommt, die statistisch natürlich nicht auftauchen. Der Deutsche Bauernverband verteidigt die Hofabgabeklausel unter anderem mit dem Hinweis auf das im europäischen Vergleich niedrige Durchschnittsalter der Betriebsleiter in Deutschland. Diesen Hinweis lässt der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages jedoch nicht gelten. So seien in Deutschland zwar nur sieben Prozent der Betriebsleiter über 65 Jahre (EU-Durchschnitt 33 Prozent). In Frankreich seien es trotz vorhandener verpflichtender Hofabgabeklausel zwölf Prozent und in Österreich blieb der Anteil von 17 Prozent auch nach der Abschaffung der Hofabgabeklausel im Jahr 1993 konstant. Es muss daher noch andere Gründe geben und er nennt als zentralen die Nachfolgesituation auf den Betrieben, denn mittlerweile stehen »im Bundesdurchschnitt nur mehr in einem Drittel der Betriebe (und für weniger als die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen) Nachfolger aus der Familie zur Übernahme bereit«.¹⁸ Probleme mit der Klausel erkennt aber auch der DBV an. Eine generelle Abschaffung der Hofabgabeklausel wird jedoch abgelehnt.¹⁹ Da mag auch eine Rolle spielen, dass der Bauernverband und seine Landesverbände als Träger der Sozial- und Rechtsberatung, die über die Alterskassen abgerechnet wird, jährlich circa zwei Millionen Euro erhalten.²⁰

**Bauernverband
verteidigt
Hofabgabeklausel ...**

**... und profitiert
von ihr**

Modifizieren ja, abschaffen nein

Der Position des Bauernverbands hat sich die Bundesregierung mit ihrem Entwurf angeschlossen und bleibt damit auf der in den letzten Jahren immer wieder vertretenen Linie: Modifizierungen ja, Abschaffung nein. Letztmalig hatte der Bundestag anlässlich eines Antrages von Bündnis 90/Die Grünen, der auf eine Abschaffung der Klausel zielte, mit den Stimmen der Regierungskoalition an der Hofabgabeklausel festgehalten. Der jetzige Gesetzentwurf sieht dementsprechend eine »Anpassung« im Wesentlichen zu folgenden Punkten vor:

- Zukünftig kann gewerbliche Tierhaltung auf Rückbehaltsflächen abgabeunschädlich betrieben werden. Bisher war dies lediglich auf nicht abzugebenden Flächen zulässig, eine gewerbliche Tierhaltung auf den eigenen, zulässigerweise nicht abgegebenen Flächen führte hingegen zum Verlust des Rentenanspruchs.
- Die Hofabgabe von Gesellschaftern wird erleichtert.
- Als weitere Modifizierung der Hofabgabeverpflichtung wird die Unternehmensabgabe unter Ehegatten erleichtert und künftig generell auf eine Altersgrenze verzichtet, »weil es sich um eine überschaubare Anzahl von Fällen handelt«.²¹

**Bundesregierung
folgt der Position des
Bauernverbands**

Mit diesem Entwurf wird die Diskussion um die Sinnhaftigkeit und die agrarpolitische Bedeutung der Hofabgabeklausel nicht beendet sein und es ist äußerst fragwürdig, ob ihre Beibehaltung von einer Mehrheit der Bauern und Bäuerinnen befürwortet wird. Bei einer Umfrage auf top agrar Online sprachen sich 55 Prozent der über 1 000 Teilnehmer für eine ersatzlose Streichung aus. Nur knapp ein Viertel war für eine Beibehaltung.

»Meine-Landwirtschaft« auf der Straße

Am 21. Januar 2012 gehen Verbraucher, Tierschützer, Umweltschützer, Imker und Bauern wieder gemeinsam auf die Straße. Zu einer erneuten Demonstration unter dem Motto »Wir haben es satt« lädt der Trägerkreis des Bündnisses »meine-landwirtschaft.de« nach Berlin ein. Am selben Tag findet hier auf Einladung der Bundesregierung der Internationale Agrarministertag statt. Das Bündnis will der Öffentlichkeit und der Politik zeigen, dass es Zeit ist zum Umdenken in der Agrar- und Ernährungspolitik. In den kommenden Monaten werden die Weichen für die zukünftige EU-Agrarpolitik gestellt und die Bundesregierung hat ihre Blockadehaltung noch nicht aufgegeben, obwohl sie sehen muss, dass das Motto des Bündnisses »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« auf breiteste Resonanz und Akzeptanz in der Gesellschaft trifft. Das zeigt auch die gegen Ende des Jahres 2011 begonnene Aktion »Bauer hält Hof«, bei der interessierte Bürger und Bürgerinnen auf die Höfe eingeladen werden, um sich die landwirtschaftliche Rea-

**»Bauernhöfe
statt Agrarfabriken«**

lität zeigen und schildern zu lassen und so vielleicht selber zu einem Träger der Idee »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« zu werden.

Zusammenarbeit beendet

Pestizid-Aktionsplan: BMELV verliert Glaubwürdigkeit

Ein anderes Bündnis hat unterdessen die Zusammenarbeit aufgekündigt. Umweltverbände, Imker und Vertreter der Wasserwirtschaft stellen im November 2011 mit sofortiger Wirkung ihre Mitarbeit im Forum des Pestizid-Aktionsplans des BMELV ein, da das Ministerium sich bei dem Aktionsplan an den Interessen der Agrarindustrie orientiere und sich immun zeige gegen Vorschläge, die Pestizidbelastungen ernsthaft zu senken. Konkreter Anlass ist die Verabschiedung des Pflanzenschutzgesetzes und des darin verankerten »Aktionsplans zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln« (Nationaler Pestizid-Aktionsplan, NAP) im Bundesrat. Bereits seit 2004 engagierten sich die Verbände in dem vom BMELV moderierten »Forum«. »Für das Bündnis ist nicht ersichtlich, dass das federführende Bundeslandwirtschaftsministerium tatsächlich daran interessiert ist, die Menschen und ihre Umwelt vor den negativen Auswirkungen des Pestizideinsatzes zu schützen und verbindliche Vorgaben, wie die Reduzierung des chemischen Pflanzenschutzes, ernsthaft umzusetzen«, so Carina Weber, Geschäftsführerin des Pestizid Aktions-Netzwerk e.V (PAN), das gemeinsam mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Greenpeace, dem Naturschutzbund (NABU), dem Berufs- und Erwerbsimker Bund (DBIB) sowie dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) zu dem Aktionszusammenschluss gehört – der es jetzt »satt hat«.

Anmerkungen

- 1 Informationen zum Bündnis, Mitgliedsorganisationen sowie Positionspapiere finden sich unter www.meine-landwirtschaft.de.
- 2 Die Verbändeplattform ist ein Zusammenschluss von circa 30 Verbänden aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Entwicklungspolitik, Tier- und Verbraucherschutz. Die Verbändeplattform wird von Euronatur in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) koordiniert. Zur Verbändeplattform: www.die-bessere-agrarpolitik.de.
- 3 Deutsche Bank Research: Minderung des Klimawandels durch Landwirtschaft. Frankfurt am Main, Oktober 2011.
- 4 Agrarministerkonferenz am 28. Oktober 2011 in Suhl, Ergebnisprotokoll.
- 5 H. de Haen und L. Reisch: Charta für Landwirtschaft und Verbraucher. Ergebnisse des Dialogs mit gesellschaftlichen Gruppen. Handlungsfelder und -empfehlungen. Göttingen/Kopenhagen im Sept. 2011.
- 6 Ebenda, S. 12.
- 7 Ebenda, S. 16.
- 8 Ebenda, S. 15.
- 9 Stellungnahme von Olivier De Schutter zum G20-Aktionsplan zur Preisvolatilität bei Nahrungsmitteln und zur Landwirtschaft (<http://baustellen-der-globalisierung.blogspot.com/2011/06/g20-aktionsplan-gegen-die-symptome-aber.html>).
- 10 Näheres unter www.fian.de.
- 11 Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik beim BMELV: Förderung der Biogaserzeugung durch das EEG; Stellungnahme zur geplanten Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Berlin, April 2011, S. 2.
- 12 Ebenda, S. 10.
- 13 Gesetzentwurf zur Neuordnung der Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV-Neuordnungsgesetz – LSV-NOG), Bundesregierung, Berlin 2011.
- 14 H. Goeser et al.: Zur Hofabgabe im Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte. Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages, Infobrief, WD 5 – 3010 – 129/11; WD 6 – 3010 – 148/11; im folgenden als WD plus Seitenzahl zitiert.
- 15 Informationen zum Arbeitskreis unter www.hofabgabeklausel.de.
- 16 Unabhängige Bauernstimme 07/2011, S. 16.
- 17 BMELV: Informationen zu den Modifizierungen der Hofabgabeverpflichtung in der Alterssicherung der Landwirte im Entwurf des Gesetzes zur Neuordnung der Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV-NOG) (Stand: November 2011).
- 18 WD, S. 10 f.
- 19 Unabhängige Bauernstimme 12/2011, S. 8.
- 20 Unabhängige Bauernstimme 07/2011, S. 16.
- 21 Ebenda, S. 11.



Friedhelm Stodieck

ehemaliger Redakteur der Unabhängigen Bauernstimme und Mitglied in der Redaktionsleitung des Kritischen Agrarberichts.

Turmstr. 2, 33790 Halle-Eggeberg
E-Mail: kuhsprung@aol.com

Der Paradigmenwechsel

Neue Studien fordern eine nachhaltige Landwirtschaft

von Benedikt Haerlin

Dreht sich die Erde um die Sonne oder umgekehrt? Paradigmen nennt man in der Wissenschaft Grundannahmen, die bestimmen was gefragt, bewiesen und überprüft wird. Sie bilden das Gerüst, auf das sich die Wissenschaftler einigen, um Erkenntnisse und Beweise einzuordnen – nie gänzlich frei von Weltanschauung. Wer im politischen Geschäft ein bisschen dicker auftragen will, spricht heute auch gerne von einem Paradigmenwechsel. Gewechselt wird ein Paradigma nicht bereits dann, wenn es widerlegt ist; es muss auch eine Alternative zur Verfügung stehen, die den Stand des Wissens besser integriert.

In der Agrarpolitik internationaler Institutionen ist gegenwärtig ein solcher Paradigmenwechsel zu beobachten. Zur Disposition steht nicht weniger als das alles überragende Ziel, mit immer kleinerem Aufwand immer mehr zu produzieren. Die Erkenntnis, dass die ökologischen und sozialen (»externen«) Kosten steigender Produktion deren Grundlage gefährden, setzt sich durch. Natürlich sind die Schlussfolgerungen daraus verschieden.

Die veränderte Zielsetzung aber gilt mittlerweile als unabweisbar: Volle Integration der ökologischen Kosten, massive Reduktion der Emission von Klimagasen, Pestiziden und Nährstoffen und des Verbrauchs fossiler Energie, Vermeidung von Abfall, Verlusten und Verschwendung von Lebensmitteln und auch von gesundheitlich, sozial und ökologisch schädlichem Verbrauch, besonders von tierischen Produkten. Stattdessen Investition in agrar-ökologische Systeme, die durch gemeinschaftlich angepasste landwirtschaftliche Methoden und ökologische Konzepte vor Ort ein Maximum an verlässlicher regionaler Eigenversorgung mit Lebensmitteln auch bei extremen Wetterlagen garantieren. Kurz: Der Abschied von der fossilen, industriellen Landwirtschaft des vergangenen halben Jahrhunderts ist eingeläutet.

**Veränderte
Zielsetzung**

Kein »Weiter so!«

Der Weltagrарbericht der UNO und Weltbank (IAASTD)¹ war es, der 2008 den Sicht-Wechsel unter dem Schlagwort »Weiter wie bisher ist keine Option« eingeleitet hatte. Gemeint war das Wachstumskonzept der industriellen Landwirtschaft und der Grünen Revolution in Asien, das heute droht, die Grundlagen unserer Ernährung zu zerstören und eine Milliarde Menschen hungrig lässt. Die ersten Reaktionen der Industrie, aber auch der Weltbank und FAO, des deutschen und des US-amerikanischen Landwirtschaftsministeriums, von vielen Wissenschaftlern und der Agrarlobby waren zunächst klassisch: ignorieren, entwerten, lächerlich machen, zur Tagesordnung übergehen. Drei Jahre später gehören die wesentlichen Botschaften des Weltagrарberichtes zum Standard wissenschaftlicher und institutioneller Analyse. Dass es auf die Kleinbäuerinnen dieser Welt ankommt, wenn wir von Raubbau auf Nachhaltigkeit umschalten wollen, dass wir eine Vielfalt agro-ökologischer Maßnahmen brauchen und haben, Hunger letztlich nur vor Ort zu überwinden ist und wir massiv in widerstandsfähige, lokale Agrarsysteme investieren müssen und in das dafür nötige traditionelle und moderne Know-how der Bauern und Dörfer. All diese Zumutungen an die Gewissheiten industrieller und chemischer Landwirtschaft stehen mittlerweile im Zentrum der Überlegungen. Ein kurzer Blick in die internationale Veröffentlichungsliste des Jahres 2011 lohnt sich.

**Weltagrарbericht:
Seine Botschaft
ist angekommen**

**Mangel statt
Wachstum**

Zunächst war da ein Zukunfts-Bericht von Experten des Ständigen Ausschusses für Agrarforschung der EU (SCAR-Bericht), dem insgesamt 37 Agrarministerien Europas angehören: »Nachhaltiger Verbrauch und Produktion von Lebensmitteln in einer Welt begrenzter Ressourcen.«² Er fordert eine radikale Wende in der Agrarpolitik und -forschung. Ihr künftiges Mantra müsse der Mangel, nicht das Wachstum sein, genauer gesagt eine Vielzahl von Mängeln: an Lebensmitteln, an natürlichen Ressourcen (Boden, Wasser, Artenvielfalt), an weiterer Belastbarkeit der Ökosysteme, aber auch an Wissen und verfügbarer Zeit zur Anpassung an schwer kalkulierbare, plötzliche Systemveränderungen. So alarmierend die Betrachtung der einzelnen Faktoren schon sei, so unberechenbar könnten die Folgen ihres Zusammenwirkens und seiner Rückkoppelungseffekte sein.

**Eine neue »Politik des
Genugs« gefordert**

Noch klarer als der Weltagrarbericht spricht der SCAR-Bericht von zwei unterschiedlichen Weltansichten in der Agrarforschung. Dem produktivistischen Paradigma, das nach wie vor in der Steigerung der Produktion plus ökologischer Effizienzverbesserung ihr Heil suche, stehe ein am Erforderlichen und Verfügbaren orientiertes Suffizienz- oder Genügsamkeitsparadigma gegenüber: nicht mehr als nötig produzieren, den Verbrauch an Wohlstand und Gesundheit statt an Wachstum orientieren. Dieses »Genug« müsse in Zukunft in Forschung wie Politik absolute Priorität haben, so wichtig auch die Effizienzsteigerung herkömmlicher Agrarsysteme im Übergang bleibe.

**Abkehr vom
Immer mehr**

In das gleiche Horn der Integration von Angebot und Nachfrage in Strategien zur Meisterung des »noch nie dagewesenen Drucks« aus Nachfragesteigerung, Klimawandel, Ressourcenknappheit, Konkurrenz um Land und Süßwasser und globaler Marktentwicklung stößt ein Bericht der britischen Regierung: »Die Zukunft von Lebensmitteln und Landwirtschaft – Herausforderungen und Entscheidungen für globale Nachhaltigkeit«. Der Wirtschafts- und Sozialbericht der Vereinten Nationen fordert unter dem Titel »The Great Green Technological Transformation«³ (die große grüne technologische Transformation) ein »nachhaltiges Agrarinnovations-system«, das sich im Wesentlichen an den Empfehlungen des Weltagrarberichts orientiert.

**Agrarökologische
Lösungsansätze**

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für globale Umweltfragen, WBGU, empfiehlt einen »Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation«⁴, in der die Landwirtschaft den Erfordernissen des Klimawandels angepasst und Lebensmittel unter anderem nach ihrer Ressourcenintensität besteuert werden sollten. Auch der Bericht des Büros des Deutschen Bundestages für Technologiefolgeabschätzung »Forschung zur Lösung des Welternährungsproblems – Ansatzpunkte, Strategien, Umsetzung«⁵ fordert eine Abkehr von der »Mengenperspektive« und ein ganzheitliches Ernährungskonzept.

Der jährliche Bericht des Worldwatch Instituts zur »Lage der Welt« hat agrarökologische Lösungsansätze der Landwirtschaftskrise vor allem in Afrika unter dem Titel »Innovationen, die die Welt ernähren«⁶ gesammelt, die eindrucksvoll belegen, welch gigantische Fortschritte kleine, unscheinbare Projekte vor Ort bewirken. Interessant an der Untersuchung ist politisch vor allem, dass sie von der Bill & Melinda Gates Foundation finanziert wurde, die mit ihren Milliarden zur weltweit tonangebenden Stiftung für Agrar-Entwicklungshilfe geworden ist und dabei von einem Ex-Monsanto Vize geleitet wird.

Sparen und wachsen

**Neue Töne bei
der FAO**

»Das gegenwärtige Paradigma des Intensivanbaus wird den Herausforderungen des neuen Jahrtausends nicht mehr gerecht. Um zu wachsen muss die Landwirtschaft lernen zu sparen und zu erhalten,« schreibt kein geringerer als der indische »Vater der Grünen Revolution« M. S. Swaminathan in der Einleitung zu der programmatischen Schrift der Welternährungsorganisation FAO »Save and Grow« (Sparen/Erhalten und Wachsen).⁷ Es ist die wichtigste Publikation in der Reihe der Paradigmen-Wechsler des Jahres 2011.

Die Welternährungsorganisation FAO, die im SCAR-Bericht noch als die Vertreterin des Produktivismus präsentiert wurde, bleibt zwar bei der Forderung nach enormen Produktionssteigerungen und bricht auch keineswegs mit den Technologien des vergangenen Jahrhunderts. Doch die radikal veränderte Zielsetzung ist unüberhörbar.

Nicht mehr die bisher geforderte Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um 70 Prozent, sondern die Steigerung der Lebensmittelproduktion in den Entwicklungsländern ist das

nun postulierte Ziel. Eine bemerkenswerte Veränderung. Der Einsatz von Mineraldünger und Pestiziden wird im Wesentlichen unter dem Gesichtspunkt massiver Reduktion behandelt.

Im »neuen Paradigma« der »nachhaltigen Intensivierung des Anbaus« (sustainable crop production intensification, SCPI) stehen Mulchen, Leguminoseneinsatz, Fruchtwechsel und pfluglose Bodenbearbeitung ganz oben. Sozial wie ökologisch nachhaltige Agrar-Systeme treten an die Stelle von Einzeltechnologien. Die Bodenfruchtbarkeit rückt wieder in den Mittelpunkt, Agro-Förstsysteme und viele andere agrar-ökologische Ansätze dominieren die Beispiele der neuen Intensivierung. Das hohe Lied der Verbreitung von Hochleistungssorten wird ergänzt durch die Forderung nach Beteiligung der Bauern, ihrer traditionellen Sorten und Wissenssysteme. Hinzu kommen massive Zweifel am gegenwärtigen Patent- und Sortenschutzsystem, seinen »anti-gemeinschaftlichen« Auswirkungen und an der Fähigkeit der sechs weltbeherrschenden Konzerne, da zu liefern wo am nötigsten gebraucht wird.

**Bodenfruchtbarkeit
wieder im Zentrum**

Nichts ist unmöglich ...

»Und sie bewegt sich doch!« möchte man hoffnungsvoll ausrufen. Wäre da nicht die eklatante Diskrepanz zwischen den neuen Tönen der Institutionen und dem realen Verhalten von Markt und Politik. Während die einen zu formulieren beginnen wie der Weg aus der Sackgasse industrieller Landwirtschaft aussieht, galoppieren die Märkte mit ungebremsster Wut in exakt die entgegengesetzte Richtung: Der Lebensmittelpreis-Index liegt heute über den bisherigen Rekordmarken des Jahres 2008, angeheizt durch Biosprit und -energie, Agrarspekulation und neokoloniale Landnahme von Investoren, die den künftigen Mangel als großartiges Geschäft sehen.

**EU-Agrarreform:
Einmalige Chance ...**

Die einmalige Chance eines politischen Paradigmenwechsels bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union scheint bereits fast verpasst. Weder die Vorschläge der EU-Kommission noch die reflexhaften, nationalen Reaktionen der Agrarminister noch der Minimalkonsens des Europäischen Parlaments geben Anlass zu Hoffnung: Keine klaren Umwelt- und Nachhaltigkeits-Ziele, kein Herz und keine Perspektive für die Kleinbauern Europas, die zu Millionen vor dem Aus stehen. Kein Verzicht auf unanständig billigen Import von Agrarrohstoffen aus ökologischen und auch humanitären Krisenregionen. Kein Abschied vom subventionierten Export von »Veredelungs«-Produkten, deren ökologischer Fußabdruck zum Himmel stinkt.

... verpasst?

Es wäre wohl ein regelrechter Bürger-Aufstand nötig, um die Umsetzung der offiziellen wissenschaftlichen Empfehlungen zum Überlebenssthema Ernährung jetzt auch gegen die Lobby der Profiteure zügig in politisches Handeln umzusetzen. Nichts ist unmöglich ...

Anmerkungen

- 1 International assessment of agricultural knowledge, science and technology for Development (IAASTD): Agriculture at a crossroads. (www.agassessment.org). Siehe auch www.weltagrabericht.de, dort finden sich auch die meisten der im Folgenden erwähnten Studien.
- 2 Ständiger Ausschuss für Agrarforschung der Europäischen Union (SCAR) (2011): Sustainable food consumption and production in a resource-constrained world.
- 3 Download: www.un.org/en/development/desa/policy/wess/index.shtml.
- 4 Download: www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-transformation/.
- 5 Download: www.tab-beim-bundestag.de/de/publikationen/berichte/ab142.html.
- 6 Worldwatch Institute: State of the world 2011: Innovations that nourish the planet. Deutsche Ausgabe (Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung): Zur Lage der Welt 2011. Hunger im Überfluss. Neue Strategien gegen Unterernährung und Armut. München 2011.
- 7 FAO: Save and grow – A policymaker's guide to the sustainable intensification of smallholder crop production. Rome 2011.



Benny Haerlin

leitet das Berliner Büro der
Zukunftsstiftung Landwirtschaft

Zukunftsstiftung Landwirtschaft
Marienstr. 19/20, 10117 Berlin
E-Mail: haerlin@zs-l.de

Die Chancen nutzen!

Die EU-Kommission legt Vorschläge für die Agrarpolitik nach 2013 vor

von Ulrich Jasper

Seit dem 12. Oktober 2011 liegen die Gesetzesvorschläge der EU-Kommission zur Reform der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik vor. Die größte Aufmerksamkeit genießen die Vorschläge zur ökologischen und auch sozioökonomischen Konditionierung der Direktzahlungen, also das Greening und die Staffelung. Im Bereich der Marktordnung stechen die Vorschläge zur Stärkung der Erzeugergemeinschaften hervor und eröffnen die Möglichkeit, die Kräfteverhältnisse am Markt ins Gleichgewicht zu schieben. An der Exportorientierung hält die Kommission allerdings fest. Die Änderungen in der Zweiten Säule (Ländliche Entwicklung) könnten vor allem den Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen die Gelder streitig machen. Die Bilanz fällt also gemischt aus. Da die Entscheidungen aber erst im Jahr 2013 fallen, bleibt noch Zeit und Raum, Einfluss zu nehmen.

Noch am Morgen des 12. Oktober 2011, also am Tag ihrer Veröffentlichung, wurde innerhalb der EU-Kommissionsrunde um einzelne Punkte der Vorschläge zur Reform der EU-Agrarpolitik nach 2013 gerungen. Es gab erheblichen Druck, insbesondere auch vom deutschen EU-Energiekommissar Günther Oettinger. Der »Gesandte« der Bundesregierung soll beispielsweise versucht haben, Energiepflanzen, also Mais für Biogasanlagen und Raps für Sprit, über bestimmte Regelungen bei den Direktzahlungen quasi als ökologische Maßnahme gezielt zu fördern, was den Grundgedanken des Greenings ins Absurde verkehrt hätte. Durchgesetzt hat er sich damit nicht. Auf den letzten Metern behielt der Agrarkommissar Dacian Cioloş im Team mit den Kommissaren für Umwelt und Klima die Oberhand.

Bei den Vorschlägen handelt es sich um ein Paket von insgesamt sieben Verordnungen.¹ Die wichtigsten betreffen:

- Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe (inklusive Greening und Staffelung),
- gemeinsame Marktorganisation (Marktordnung),
- Förderung der Ländlichen Entwicklung (2. Säule),
- Finanzierung, Verwaltung und Kontrolle (inklusive Cross Compliance).

»Greening« der Direktzahlungen

Die größte Aufmerksamkeit in der öffentlichen Debatte sowohl in Deutschland als auch auf EU-Ebene bekom-

men bisher die Änderungen bei den Direktzahlungen. Die wichtigsten Punkte sind hier:

- das *Greening*, also die Bindung der Zahlungen an ökologische Standards im Bereich Fruchtfolge, den Erhalt von Dauergrünland und die Schaffung von ökologischen Vorrangflächen,
- die *Staffelung* und Obergrenze der Basisprämien mit Berücksichtigung der Arbeitskräfte.

Aber bedeutsam sind ebenso:

- die *Angleichung* der Zahlungen zwischen den Mitgliedsstaaten,
- der Übergang zu regional oder *national einheitlichen Zahlungen* je Hektar (in Deutschland 2013 erreicht),
- die *Aufteilung der Direktzahlungen* in Basisprämie, Zahlung für klima- und umweltschonende Bewirtschaftungsmethoden (Ökologisierungskomponente) sowie weitere Zahlungen (Kleinlandwirte, Junglandwirte, benachteiligte Regionen sowie gekoppelte Zahlungen),
- die Beschränkung der Zahlungen nur noch an »aktive Landwirte«.

Die Kommission schlägt vor, dass 30 Prozent der gesamten Direktzahlungen eines Mitgliedsstaats direkt daran gebunden werden, dass die Antragsteller von Direktzahlungen drei bestimmte Landbewirtschaftungsmethoden einhalten, die dem Klima- und Umweltschutz dienen sollen:

1. Fruchtfolge

Betriebe mit mehr als drei Hektar Ackerland (ohne Dauergrünland, andere Graserzeugung und Brache) müssen auf der Ackerfläche mindestens drei verschiedene Kulturen anbauen, wovon jede mindestens fünf Prozent der Ackerfläche ausmachen muss und höchstens 70 Prozent ausmachen darf. Eine ähnliche Regelung gibt es in Deutschland schon bei den sogenannten »GLÖZ«-Vorgaben²: Die Betriebe müssen den Erhalt der organischen Substanz (Humus) im Boden und den Schutz der Bodenstruktur mittels Humusbilanz oder Bodenhumusuntersuchungen nachweisen oder sie halten eine Mindestfruchtfolge ein: mindestens drei Kulturen auf der Ackerfläche mit einem Mindestanteil von je 15 Prozent der Fläche, das heißt eine Frucht darf maximal 70 Prozent der Ackerfläche ausmachen. Laut Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) erfüllt bis zu einem Drittel der deutschen Betriebe diese Flächenaufteilung nicht, sondern legt Humusbilanzen bzw. Bodenuntersuchungen vor.

Der EU-Vorschlag ist zu schwach, weil ein Fruchtwechsel nur erreicht wird, wenn eine Frucht auf maximal 50 Prozent der Ackerfläche begrenzt wird: Wenn ein Betrieb jedes Jahr auf 70 Prozent seiner Ackerfläche Mais anbaut, dann steht auf (mindestens) 20 Prozent (bzw. dem Anteil, der über 50 hinausgeht) zwei Jahre hintereinander Mais. Wer von Fruchtfolge im Sinne von Fruchtwechsel spricht, darf also beim Flächenanteil für eine Frucht nicht über die Hälfte der Ackerfläche hinausgehen. Außerdem fehlt jegliche Vorgabe, einen Mindestanteil Leguminosen oder Gemenge in der Fruchtfolge vorzusehen. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)³ und die Plattform-Verbände⁴ fordern einen Leguminosen-Anteil von 20 Prozent an der Ackerfläche als notwendigen Beitrag zum Klimaschutz und zu einer europäischen Eiweißstrategie.

2. Dauergrünland-Erhalt

Die zweite »Greening«-Vorgabe betrifft den Erhalt von Dauergrünland im Betrieb. Betroffen ist das Dauergrünland, das im Antrag 2014 (Referenzjahr) als Dauergrünland angemeldet wird (mindestens fünf Jahre ununterbrochen Grünland). Der Betrieb kann nach 2014 maximal fünf Prozent davon umbrechen, »im Falle höherer Gewalt« oder bei »außergewöhnlichen Umständen« auch mehr, es sei denn, es bestehen auf Grundlage der heutigen EU-Rechtslage bereits Einschränkungen zum Grünlandumbruch wie in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Dort, wo auf Grundlage der heutigen EU-Verordnung bereits die Umwandlung von Acker- in Dauergrünland vorgeschrieben wird, weil zuviel Grünland verloren gegangen war, sind die wieder eingesäten »neuen« Grünlandflächen zum Dauergrünland 2014 hinzuzuzählen.

Gleichzeitig schlägt die Kommission vor, die geltende Cross Compliance-Vorgabe zum Dauergrünland-erhalt um zwei Jahre bis Ende 2015 zu verlängern. Das bedeutet, dass die Mitgliedsstaaten bzw. Bundesländer, in denen der Anteil des Dauergrünlands an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche gegenüber dem Referenzjahr 2003 um mehr als zehn Prozent abnimmt, Gegenmaßnahmen treffen müssen – bis hin zur Anordnung von Wiedereinsaat umgebrochenen Dauergrünlands.

3. Sieben Prozent Vorrangfläche

Mit großer Polemik gehen Bauernverband und einige Ministerien gegen die dritte Vorgabe an: Die Betriebe müssen mindestens sieben Prozent ihrer beihilfefähigen Ackerfläche (genauer: Nicht-Dauergrünlandfläche) »als im Umweltinteresse genutzte Flächen ausweisen«. Als Beispiele nennt die Kommission im Text: Brachflächen, Terrassen (an Hängen), Landschaftselemente (wie Hecken), Pufferstreifen (entlang von Gewässern) sowie Aufforstungsflächen. Diese Liste ist ausdrücklich nicht abschließend formuliert, die Kommission will Näheres in einem delegierten Rechtsakt regeln, also in einer verbindlichen Vorgabe, die die Kommission aber – im Unterschied zur Verordnung – auch ohne Zustimmung von Ministerrat und Parlament festlegen kann.

Der Deutsche Bauernverband wie auch Vertreter der Regierungskoalition machen aus dem Passus »Vorrangfläche« wider besseren Wissens einen »Zwang zur Stilllegung«. Diese Flächen dürften nicht mehr zur Erzeugung von Lebensmitteln genutzt werden, behaupten sie. Das ist schlicht falsch. Der Kommissions-Text spricht ausdrücklich von »genutzten Flächen« und »Flächennutzung für Umweltzwecke«. Die Plattform-Verbände fordern nicht umsonst: »Auf mindestens zehn Prozent der Betriebsfläche wird die Nutzung vorrangig im Sinne der Förderung der Biodiversität ausgerichtet (ökologische Vorrangflächen). Bei hohen Schlaggrößen ab zehn Hektar gilt das auch als Mindestanteil pro Schlag.« Auch hier wird also betont, dass es um *Nutzung* geht, nicht um Stilllegung. Aus Sicht der AbL könnten hierunter nicht nur Feldgehölze, Streuobstwiesen und Pufferstreifen mit verminderter Düngung und Pflanzenschutz zählen, sondern zum Beispiel auch der Anbau von Klee gras oder Körnerleguminosen. Mais für Biogasanlagen, Raps oder Zuckerrüben für die Spriterzeugung zählen sicherlich nicht dazu, auch wenn der Bauernverband das hinter den Kulissen anstrebt.

Leistung des Ökolandbaus reicht

»Angesichts des anerkannten Umweltnutzens der Produktionssysteme der ökologischen Landwirtschaft« müssen Bio-Betriebe nach Vorstellung der Kommission die Einhaltung der Greening-Vorgaben nicht gesondert nachweisen. Bauernverband und Bundesregie-

rung wollen das nutzen, um das Greening doch noch in die Zweite Säule zu verlagern, nach dem Motto: Wer bei Agrarumweltmaßnahmen wie der Bioförderung aus der Zweiten Säule mitmacht, soll die Greening-Vorgabe immer schon erfüllen. Die ABL kritisiert das, weil damit das Greening zur Beliebigkeit der Mitgliedsstaaten verkommen und gleichzeitig die Zweite Säule konzeptionell und finanziell zerstören würde.

Greening bindend für alle

An die Einhaltung der Greening-Anforderungen sind – wie schon ausgeführt – unmittelbar 30 Prozent der Direktzahlungen gebunden. Das bedeutet aber nicht, dass Betriebe einfach auf diese 30 Prozent verzichten und den Rest mitnehmen können, ohne die Vorgaben zu erfüllen. Die Kommission schreibt ausdrücklich, dass für alle Empfänger das Anrecht auf Direktzahlungen an die Einhaltung dieser Vorgaben gebunden ist. Wie hoch die Sanktionen über den Verlust der 30 Prozent hinaus sein werden ist noch offen; das wird in Durchführungsbestimmungen später festgelegt.

Staffelung und Faktor Arbeit

Die 70 Prozent Direktzahlungen, die nicht direkt ans Greening gekoppelt sind, sollen in Abhängigkeit von der Höhe der Zahlungssumme und in Abhängigkeit von den betrieblichen Lohnkosten gestaffelt bzw. gedeckelt werden. Dazu wird zunächst die Summe sämtlicher tatsächlich gezahlter und ausgewiesener Lohn- und Lohnnebenkosten (inklusive Abgaben und Lohnsteuern) vom Betrag der 70 Prozent Direktzahlungen abgezogen. Überschreitet der dann verbleibende Betrag 150.000 Euro im Jahr, erfolgt eine progressiv gestaltete Kürzung:

- Abzug um 20 Prozent für den Betrag, der zwischen 150.000 und 200.000 Euro liegt (also maximal 20 Prozent von 50.000 Euro = 10.000 Euro),
- Abzug um 40 Prozent zwischen 200.000 und 250.000 Euro,
- Abzug um 70 Prozent zwischen 250.000 und 300.000 Euro,
- Abzug bzw. Kappung um 100 Prozent über 300.000 Euro.

Die Mitgliedsstaaten sollen – wie auch immer – Regelungen erlassen, die verhindern, dass Betriebe »künstlich die Voraussetzungen« schaffen, um diese Kürzungen zu umgehen, etwa durch Betriebsteilungen. Die EU-Kommission geht davon aus, dass in Deutschland gut 2 800 Betriebe über 150.000 Euro Basisprämie bekommen werden und nur 100 Betriebe vor die Entscheidung gestellt werden, entweder Kürzungen hinzunehmen oder Arbeitskräfte einzustellen bzw. die Lohnkosten zu erhöhen.

Arbeitsbezug deutlich, aber ungenügend

Mit diesem Vorschlag ist die Berücksichtigung des Faktors Arbeit bei den Direktzahlungen so deutlich wie nie zuvor in einen Gesetzesvorschlag aufgenommen worden. Die Form ist dennoch ungenügend. Denn die Grenzen sind zu hoch angesetzt und es ist falsch, die vollen Lohnkosten anrechnen zu lassen. Das führt in Betrieben, die von der Obergrenze betroffen sind, dazu, dass diese Betriebe Leute einstellen und die vollen Lohnkosten dafür von der EU überwiesen bekommen. Vor allem aber muss den Mitgliedsstaaten und Bundesländern die Möglichkeit gegeben werden, dass sie über diesen Vorschlag der Kommission hinausgehen und den Faktor Arbeit auch in kleiner strukturierten Betrieben und Regionen zur Berechnung der Zahlungshöhen heranziehen können.⁵ Dass das technisch geht, machen die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften vor, denn sie berechnen die Beiträge zur Unfallversicherung, die die Betriebe zahlen müssen, nunmehr maßgeblich nach einem kalkulatorischen Arbeitszeitbedarf der Betriebe. Die Berufsgenossenschaften nutzen dabei sogar zum Teil schon die Angaben aus den Prämienanträgen der Betriebe (InVeKos-Daten).

Geld nur noch an aktive Landwirte

Insgesamt will die Kommission Direktzahlungen nur noch an »aktive Landwirte« vergeben. Wer weniger als 5.000 Euro Direktzahlungen im Jahr erhält, soll automatisch als aktiver Landwirt gelten (im Jahr 2009 erhielten in Deutschland 49 Prozent aller Zahlungsempfänger weniger als 5.000 Euro). Wer Zahlungsansprüche von mehr als 5.000 Euro hat, soll nur dann als aktiver Landwirt gelten, wenn die außerlandwirtschaftlichen »Einkünfte« im jüngsten Steuerjahr die errechneten Direktzahlungen nicht um mehr als das 20-Fache übersteigen. Bei 10.000 Euro Zahlungsansprüchen dürfen also die außerlandwirtschaftlichen Einkünfte 200.000 Euro im Jahr nicht übersteigen. Einkünfte sind nach dem Steuerrecht nicht Umsätze, sondern das, was nach Abzug der zur Einkunftserzielung veranlassten Aufwendungen übrigbleibt.

Vereinfachung für Kleinlandwirte

Besonders auf die Situation in Rumänien und Bulgarien, aber auch in einigen anderen EU-Staaten, ist der Vorschlag gemünzt, Kleinlandwirten eine vereinfachte Pauschalzahlung ohne Greening- und Cross Compliance-Anforderungen anzubieten. Die Mitgliedsstaaten können selbst entscheiden, ob sie das anbieten. Die Höhe der Pauschalzahlung richtet sich nach dem Prämiendurchschnitt im Mitgliedsstaat. Sie soll maximal den Zahlungen für drei Hektar entsprechen, darf aber nicht unter 500 und nicht über 1.000 Euro pro Betrieb und Jahr liegen. Betriebe, die diese Zahlung beantragen, können keine anderen Zahlungen aus der Ersten

Säule mehr beantragen; die Betriebe müssen sich im Jahr 2014 einmalig, aber dann für immer entscheiden. Die Mitgliedsstaaten dürfen bis zu zehn Prozent ihrer Direktzahlungssumme dafür einsetzen. In Deutschland würde die Zahlung nach Berechnungen des BMELV zwischen 900 und 1.000 Euro betragen. Laut EU-Kommission erhielten im Jahr 2009 in Deutschland 25 Prozent aller Zahlungsempfänger weniger als 1.250 Euro Direktzahlungen.

Sonderzahlung für Junglandwirte

Anders als bei der Kleinlandwirte-Regelung will die EU-Kommission die Mitgliedsstaaten dazu verpflichten, eine Sonderzahlung für Junglandwirte einzuführen. Als Junglandwirt gilt, wer unter 40 Jahre als ist und vor höchstens fünf Jahren einen landwirtschaftlichen Betrieb übernommen oder gegründet hat. Für diese soll der Mitgliedsstaat einen Aufschlag auf eine begrenzte Anzahl Zahlungsansprüche pro Betrieb gewähren, und zwar für höchstens die ersten fünf Jahre nach Betriebsgründung. Die Höhe des Aufschlags soll 25 Prozent der durchschnittlichen betrieblichen Zahlungsansprüche im jeweiligen Jahr betragen. Der Aufschlag wird begrenzt auf eine Hektarzahl pro Betrieb, die sich an der durchschnittlichen Betriebsgröße im Mitgliedsstaat orientiert. In Deutschland liegt die Grenze derzeit bei 46 Hektar pro Betrieb. Insgesamt soll der Mitgliedsstaat höchstens zwei Prozent der gesamten Direktzahlungen für die Zahlung an Junglandwirte einsetzen.

Benachteiligte Gebiete auch in Erster Säule

Die Kommission ist dabei geblieben, nicht nur weiterhin in der Zweiten Säule, sondern nun auch in der Ersten Säule eine gesonderte Flächenzahlung für Betriebe in »naturbedingt benachteiligten« Gebieten vorzusehen. Sie überlässt es aber den Mitgliedsstaaten, ob sie diese Regelung anwenden. Die Mitgliedsstaaten können sowohl über die Zahlungshöhe je Hektar entscheiden als auch darüber, ob sich die Zahlung zwischen den benachteiligten Gebieten unterschiedlich hoch bemisst. Die Kommission begrenzt die Zahlungen auf die Gebiete, die sie nach neuen Kriterien festsetzen will, was für Deutschland nicht nur auf eine veränderte, sondern insgesamt auch deutlich verringerte Gebietskulisse hinausläuft. Die Mitgliedsstaaten dürfen für diese Zahlungen höchstens fünf Prozent der Direktzahlungen ausgeben.

Weitere Umverteilungen

Die Kommission schlägt weitere Umverteilungen von Zahlungen vor. Übergeordnet ist die Anhebung der Gesamtsummen für jene Mitgliedsstaaten, deren Zahlungsdurchschnitt pro Hektar unterhalb von 90 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. In diesen Ländern sollen die Summen schrittweise angehoben werden bis die Differenz zu diesen 90 Prozent des EU-Durchschnitts

um ein Drittel reduziert ist. Abgeben müssen die Länder, die über dem EU-Durchschnitt liegen, wobei sie umso mehr abgeben müssen, je stärker sie über dem Durchschnitt liegen. Den höchsten Aufschlag bekommt dadurch laut EU-Kommission Lettland (plus 48 Prozent), die größten Abzüge haben Malta (minus elf Prozent) und die Niederlande (minus acht Prozent); Deutschland verliert »nur« vier Prozent.

Innerhalb der Mitgliedsstaaten führt eine Regelung zu deutlichen Umverteilungen, die in Deutschland schon Gesetz ist: der Übergang von historischen Betriebsprämien hin zu regional einheitlich hohen Zahlungsansprüchen pro Hektar. In Deutschland wird das im Jahr 2013 erreicht sein; laut BMELV werden dadurch zwischen 500 und 600 Millionen Euro vom Ackerland auf Grünland verlagert. In anderen Mitgliedsstaaten steht dieser Vorschlag viel stärker im Zentrum der Kritik der »alten Bauernverbände« und Ministerien als etwa die Vorschläge zum Greening.

Beschrieben sind damit die für Deutschland wichtigsten Vorschläge bezüglich der Direktzahlungen. Dass die Kommission den Mitgliedsstaaten weiterhin die Möglichkeit einräumen will, einen Teil der Zahlungen an die Produktion gekoppelt zu gewähren, spielt eher in anderen Mitgliedsstaaten eine Rolle, nicht aber in Deutschland.

Gemeinsame Marktordnung

Das Reform-Paket der EU-Kommission umfasst neben den Vorschlägen zu den Direktzahlungen auch einen Entwurf für die gemeinsame Marktorganisation der EU (»Verordnung Einheitliche GMO«).

Verheerendes Signal: Exportsubventionierung

Die wichtigsten Änderungen bestehen darin, dass die Rechte der Erzeuger sich zu bündeln in der EU erheblich ausgedehnt werden sollen. Was die öffentliche Intervention, also den staatlichen Einkauf zu Mindestpreisen betrifft, sieht die Kommission nur geringe Änderungen vor. Auch an dem Instrument der Exportsubventionen will die Kommission festhalten, was das verheerendste Signal in die Gesellschaft sein dürfte. Bleiben soll es auch beim Auslaufen der Milch- und Zuckerquoten im Jahr 2015; für beide Bereiche sieht die Kommission gewisse Nachfolgeregelungen vor, die jedoch ohne einzelbetriebliche Mengenfestlegungen auskommen sollen. Erweitern will die Kommission schließlich ihre Möglichkeiten des schnellen Eingreifens in Krisenfällen (»Marktkrisen«, Tierseuchen, Gesundheitsrisiken).

Erzeugerorganisationen

Die vielleicht wegweisendsten Vorschläge der Kommission beziehen sich auf die Erzeugergemeinschaften. Die

Kommission will alle Mitgliedsstaaten nunmehr verpflichten, Erzeugerorganisationen sowie auch deren Vereinigungen in so gut wie allen landwirtschaftlichen Erzeugungsbereichen anzuerkennen und damit zuzulassen, sobald Erzeuger das beantragen und bestimmte Bedingungen eingehalten werden. Das ist zwar in Deutschland mit dem Marktstrukturgesetz bereits geltendes Recht (und das Marktstrukturgesetz geht über den Vorschlag der Kommission zum Teil noch weit hinaus), aber eben in vielen anderen EU-Ländern nicht. Auf EU-Ebene sind die Zusammenschlüsse von Erzeugern bisher ausdrücklich lediglich für die Sektoren Obst und Gemüse, Oliven, Hopfen und Seidenraupen vorgesehen. Das soll also nun deutlich ausgeweitet werden.

Als Ziele, von denen anerkannte Erzeugerorganisationen mindestens eines verfolgen müssen, nennt die Kommission unter anderem:

- Sicherstellung einer planvollen, nachfragegerechten Erzeugung, insbesondere im Hinblick auf Menge und Qualität,
- Bündelung des Angebots und Vermarktung der Erzeugung der Mitglieder,
- Optimierung der Produktionskosten und Stabilisierung der Erzeugerpreise,
- Förderung umweltgerechter Erzeugungsverfahren.

Die Erzeugerorganisationen dürfen dabei »keine marktbeherrschende Stellung auf einem bestimmten Markt einnehmen«, es sei denn, eine marktbeherrschende Stellung ist erforderlich, um die Ziele der EU-Agrarpolitik, die im EU-Vertrag (Art. 39) festgelegt sind, zu erreichen. Zu diesen Zielen zählt unter anderem die Rationalisierung der Erzeugung, eine auf diese Weise erreichte angemessene Lebenshaltung der Landwirte, aber auch die »Stabilisierung der Märkte« und die »Versorgung sicherzustellen«. Was genauer gemeint ist und was nicht, das will die Kommission zu einem späteren Zeitpunkt in delegierten Rechtsakten festlegen.

Branchenverbände anerkennen

Ebenso wie Erzeugergemeinschaften sollen auch sogenannte Branchenverbände von den Mitgliedsstaaten auf Antrag in Zukunft anerkannt werden. Das hat in Deutschland bisher – anders als in Frankreich oder Spanien – keine Tradition. In Branchenverbänden sind neben Erzeugern auch Verarbeiter und Vermarkter eines Erzeugnisses organisiert. Sie sollen vor allem für mehr Transparenz an den betreffenden Märkten sorgen, zum Beispiel durch Veröffentlichung von Statistiken über Preise, Mengen sowie Analysen möglicher künftiger Marktentwicklungen auf regionaler und nationaler Ebene. Sie sollen aber auch Standardverträge ausarbeiten und Maßnahmen ergreifen können, um das Erzeu-

gungspotenzial besser ausschöpfen zu können. Darunter ist auch zu verstehen, dass zum Beispiel die Milcherzeugung in bestimmten Regionen nicht aufgegeben wird, weil damit Produktionspotenziale brachfallen und eben nicht mehr ausgeschöpft würden. Als weitere mögliche Tätigkeitsfelder nennt die Kommission die Verbesserung der (Prozess-)Qualitäten und die Absatzförderung insbesondere in Drittländern. Ausdrücklich untersagen will die Kommission den Branchenverbänden die Festsetzung von Preisen und Quoten.

Verbindlich für alle?

Welche Bedeutung die Kommission den Erzeugergemeinschaften, ihren Vereinigungen und den Branchenverbänden für die Zukunft beimisst, lässt sich an einem weiteren Vorschlag der Kommission erkennen. Denn die Kommission sieht ausdrücklich die Möglichkeit vor, dass die Mitgliedsstaaten bestimmte Beschlüsse von repräsentativen Erzeugergemeinschaften oder von deren Vereinigungen sowie von Branchenverbänden auch für Nichtmitglieder in der betreffenden Region oder im betreffenden Mitgliedsstaat für rechtlich verbindlich erklären können. Als repräsentativ gilt eine Erzeugerorganisation bzw. Vereinigung dann, wenn ihr mindestens 50 Prozent der Erzeuger der betreffenden Erzeugnisse angehören und wenn die von ihr gebündelte Erzeugungsmenge mindestens 66 Prozent umfasst (bei Obst und Gemüse 60 Prozent).

Die Beschlüsse repräsentativer Organisationen, die als allgemeinverbindlich erklärt werden können, dürfen nur bestimmte Inhalte betreffen. Dazu zählen: Meldung der Erzeugungsmenge und Marktgegebenheiten, Erstellung von Musterverträgen, Vermarktung (!), Maßnahmen zur Ausschöpfung des Erzeugungspotenzials, über EU-Recht hinausgehende Erzeugungsvorschriften, Verwendung von zertifiziertem Saatgut (!), Mindestqualitätsnormen oder unter anderem Umweltschutz. Zur Umsetzung solcher Beschlüsse können Nichtmitglieder der Organisationen auch zur Zahlung von Abgaben oder Beiträgen verpflichtet werden.

Wie die Aufzählung schon errahnen lässt, liegt in diesem Vorschlag allerhand Sprengstoff drin, in alle Richtungen. Denn es könnten von Erzeugergemeinschaften entwickelte Musterverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden, mit denen zum Beispiel der Erzeugerpreis für Milch oder Schweinefleisch an die Entwicklung der Futterkosten gebunden wird. Das wäre im Sinne der Erzeuger. Wenn andererseits ein Beschluss einer Getreideerzeugergemeinschaft allgemeinverbindlich würde, der nur noch den Einsatz zertifizierten Z-Saatguts vorsieht, dann käme das einem Verbot des Nachbaus gleich. Bei allen Risiken gilt aber, dass den Erzeugern mehr Raum für gemeinschaftliches und eigenverantwortliches Handeln geschaffen wird, und das ist notwendig. Solche Allgemeingültigkeitserklärungen

kennt das deutsche Marktstrukturgesetz bisher nicht. Das Bundesministerium lehnt diesen Vorschlag rundweg ab.

Milchpaket aufgenommen

Bezüglich der Milch sind die Vorschläge zu Erzeugergemeinschaften im Verordnungsvorschlag noch ausführlicher, da die Kommission ihre Vorschläge des so genannten »Milchpakets« vom Dezember 2010, die immer noch nicht beschlossen sind (Stand November 2011), übernommen hat. Nach diesen Vorschlägen sollen Mitgliedsstaaten für Milcherzeuger und Molkereien eine Pflicht einführen können, dass Milch nur noch nach vorherigem Abschluss eines schriftlichen Vertrages geliefert bzw. abgenommen werden darf. Solche Verträge müssen dann neben der Liefermenge und der Laufzeit insbesondere den Erzeugerpreis festlegen oder zumindest die konkreten Faktoren benennen, die Grundlage der Preisberechnung sind. Für Molkereigenossenschaften sieht die Kommission aber eine Ausnahme von dieser Vertragspflicht vor, sofern die Satzung der Genossenschaften ähnliche Regelungen vorsieht. In Deutschland sind über zwei Drittel der Milch in Molkereigenossenschaften gebunden.

Die Verträge sollen auch von Erzeugergemeinschaften mit den Molkereien ausgehandelt werden können, sofern die Rohmilchmenge, über die die betreffende Erzeugergemeinschaft verhandelt, folgende Grenzen nicht überschreitet: 3,5 Prozent der EU-Menge (das heißt circa 4,5 Milliarden Kilogramm), 33 Prozent der gesamten Erzeugung in den betroffenen Mitgliedsstaaten (für Deutschland allein bedeutet das theoretisch ca. 9,6 Milliarden Kilogramm, aber die vorne stehende EU-Grenze von 3,5 Prozent greift hier vor).

Diese Grenzen beziehen sich ausdrücklich nur auf die Menge, für die eine Erzeugerorganisation Lieferverträge mit Molkereien aushandeln darf. Bündeln darf die Erzeugerorganisation deutlich mehr Milch, sonst würde die Grenze von 66 Prozent Marktanteil, ab der eine Erzeugerorganisation als repräsentativ angesehen werden kann (siehe oben), sinnentleert sein.

Erfolg der Milchbauern

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Vorschläge der Kommission den Erzeugern große Spielräume eröffnen können. Das ist ein deutlicher Erfolg der Milchbauernbewegung, wie sie im Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) bzw. im European Milk Board (EMB) organisiert ist. Um die Spielräume nutzen zu können, müssen sie nun nicht nur gegenüber dem EU-Parlament und vor allem dem Ministerrat verteidigt werden, sondern auch durch eine konsequente Bündelung der Erzeuger ausgefüllt werden. Unterbleibt das, dann besteht die Gefahr, dass die Spielräume von anderen für ihre Interessen genutzt werden.

Intervention bleibt

Die EU-Kommission will an dem bestehenden System der öffentlichen Intervention (staatliche Aufkäufe und Lagerhaltung) und der Förderung der privaten Lagerhaltung im Wesentlichen festhalten und sieht nur kleine Änderungen vor. Unterschreiten die jeweiligen Marktpreise ein bestimmtes Preisniveau (derzeitige Niveaus bleiben bestehen), dann muss die Kommission die Intervention öffnen für Weichweizen, Butter und Magermilchpulver im Rahmen maximaler Höchstmengen und innerhalb bestimmter Zeiträume im Jahr. Über die Höchstmengen hinaus sowie für andere Erzeugnisse (Gerste, Mais, Rohreis, Rindfleisch) besteht für die Kommission nicht die Pflicht, sondern die Möglichkeit, die Intervention zu öffnen, dann aber nicht zu festgelegten Aufkaufpreisen, sondern zu Preisen, die im Rahmen von Ausschreibungen ermittelt werden, die aber bestimmte Preisniveaus nicht überschreiten dürfen.

Private Lagerhaltung

Ein weiteres Instrument der Marktintervention ist die Förderung der EU zur »privaten Lagerhaltung«, die zum Beispiel von Molkereien oder Schlachtunternehmen beantragt werden kann. Der EU-Kommission soll es freigestellt werden, diese Förderung zu gewähren, und zwar für: Weißzucker, Olivenöl, Faserflachs, Rindfleisch, Butter, Magermilchpulver, Schweinefleisch und Schaf- und Ziegenfleisch. Bisher ist die Kommission verpflichtet, für Butter die private Lagerhaltung im Rahmen der Bedingungen zu fördern, diese Verpflichtung soll fallen. Die zweite Änderung betrifft Magermilchpulver und Faserflachs, für die es derzeit keine Förderung der privaten Lagerhaltung gibt – hier will die Kommission das Instrument also (wieder) ausdehnen. Im Gegenzug soll allerdings die Beihilfe zur Verwendung von Magermilch und Magermilchpulver für Futterzwecke (Milchaustauscher) ganz wegfallen. Die Höhe der Förderung der privaten Lagerhaltung ist von der Kommission im Ausschreibungsverfahren zu ermitteln bzw. festzusetzen.

Quoten fallen

Beim Zucker bleibt es bei den bestehenden Beschlüssen, insbesondere bestätigt die Kommission das Auslaufen der Zuckerquoten zum 30. September 2015. Die Kommission hält aber auch nach Ablauf der Quotenregelung »besondere Instrumente« für erforderlich, »um eine ausgewogene Verteilung von Rechten und Pflichten zwischen Zuckerunternehmen und Zuckerrübenherzeugern zu gewährleisten«. Dazu schlägt die Kommission vor, dass die Zuckerfabriken mit den Rübenanbauern schriftliche Branchenvereinbarungen bzw. Verträge schließen müssen, in denen vor der Aussaat die Bedingungen für den Rübenkauf einschließlich der Lieferverträge festgelegt werden. Die näheren Be-

dingungen will die Kommission zu einem späteren Zeitpunkt vorgeben.

Bei der Milch sieht es ähnlich aus: Auch hier setzt die Kommission der Gültigkeit der Milchquoten die bekannte Endfrist 31. März 2015 und hält es offenbar nicht für erforderlich, über das oben beschriebene Milchpaket hinaus Maßnahmen für ein ausreichendes Marktgleichgewicht zu ergreifen.

Exportsubventionen bleiben

An den Exportsubventionen will die EU-Kommission auch nach dem Jahr 2013 festhalten. Das Instrument soll mitnichten entfallen, auch wenn von der Kommission und dem Bundeslandwirtschaftsministerium immer betont wird, dass die Ausgaben der EU hierfür im letzten Jahrzehnt erheblich verringert worden sind. Das Instrument begründet die Kommission damit, dass die »Ausfuhrerstattungen«, wie die Subventionen genannt werden, »dazu bestimmt (sind), den Anteil der EU am Welthandel mit bestimmten [...] Erzeugnissen zu wahren«. Für die subventionierten Ausfuhren sollen die in der WTO vereinbarten wert- und mengenmäßigen Obergrenzen gelten, es gibt aber keinerlei entwicklungspolitische Selbstbeschränkung der EU. Das ist ein trauriges Armutszeugnis der Kommission an dieser Stelle.

Der Tierschutz ist der Kommission in diesem Punkt offenbar näher, denn Export-Subventionen für lebende Rinder (einschließlich Schlachttiere) sollen wenigstens davon abhängig gemacht werden, dass Tierschutzvorschriften insbesondere beim Transport – auch auf dem Gebiet der Drittländer – eingehalten werden.

Fazit zur Marktordnung

Die vorhergehenden Reformen der EU-Agrarpolitik seit 1992 waren durch große Veränderungen gekennzeichnet. Insbesondere hat sich die EU vom System der ständigen öffentlichen Intervention und produktbezogenen Beihilfen Stück für Stück verabschiedet. Das ging mit drastischen Absenkungen der Interventionspreise einerseits und der Einführung von (schließlich entkoppelten) Direktzahlungen andererseits einher. Hinzu kamen Beschlüsse, die auf ein Auslaufen der Quotenregelungen für Milch und Zucker hinauslaufen.

Mit den vorliegenden Vorschlägen will die EU-Kommission den erreichten Status quo im Wesentlichen beibehalten. Die Instrumente der Intervention und Exportsubventionen werden letztlich als Maßnahmen für starke Preistiefs erhalten und mit erweiterten Möglichkeiten für Kriseneingriffe der Kommission erweitert. Die Kommission zieht damit auch eine – wenn auch mitnichten hinreichende – Konsequenz daraus, dass der Rückzug des Staates aus der Preis- und Mengengestaltung bereits zu erheblichen ökonomischen Krisen im Agrarbereich mit beigetragen hat – wie bei der Milch im Jahr 2008/09, als der Erzeugerpreis in

Deutschland für Monate unter 20 Cent je Kilogramm gefallen ist. Eine wirkliche Hilfe für die Erzeuger in der EU ist das nicht, die Erzeuger in Entwicklungsländern schädigt es ebenso.

Chance für aktive Bauern

Die zweite Konsequenz aus dem Rückzug der EU als eigener Marktakteur ist die deutliche Absicht der Kommission, die Stellung der Erzeuger gegenüber den Stufen Verarbeitung und Handel zu stärken. Es ist kein Zufall, dass etwa der Deutsche Raiffeisenverband den Vorschlag der Kommission ablehnt, dass die Mitgliedsstaaten zur Anerkennung von Erzeugergemeinschaften und Branchenverbänden verpflichtet werden sollen. Dieser Verband, der die Interessen der genossenschaftlichen Verarbeiter (Molkereien, Schlachthöfe) vertritt, will verhindern, dass sich die Erzeuger außerhalb der Genossenschaften bündeln und damit auch die genossenschaftlichen Milch- und Fleischkonzerne zu Preisverhandlungen zwingen könnten.

Mit ihren Vorschlägen zu den Erzeugergemeinschaften legt die Kommission das Heft des Handelns in die Hand der aktiven Bauern. Die Bauern stehen vor der Wahl, den eröffneten Spielraum auch aktiv zu füllen, wenn sie den Markt mitbestimmen wollen. Unterlassen sie das, sind auch bei dieser Reform vor allem die Verarbeiter und der Handel die klaren Gewinner. Die Bauern sollten – im Bündnis mit der Gesellschaft – diese Chance nutzen und ausbauen. Es macht sonst keiner für sie – und schon gar nicht in ihrem Sinne.

Förderung der ländlichen Entwicklung

Neben Direktzahlungen und Marktordnung enthält das Reformpaket der EU-Kommission auch einen Verordnungsentwurf für die sogenannte Zweite Säule, die Förderung der ländlichen Entwicklung (ELER). Bei den hier verankerten konkreten Fördermaßnahmen, die für landwirtschaftliche Betriebe bedeutsam sind, soll sich nur wenig ändern, außer bei der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, wo die Gebietskulisse verändert werden soll. Weil die EU aber ihren Finanzierungsanteil insbesondere für Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen zum Teil gegenüber heute deutlich reduzieren will, kann das auch Auswirkungen darauf haben, welche Förderangebote die Bundesländer anbieten werden und zu welchen Konditionen.

Einige Fördermöglichkeiten bzw. Instrumente kommen neu hinzu, was den Kampf um die real sinkenden Finanzmittel für die Zweite Säule noch verschärfen wird. Das gilt insbesondere für den neuen Fördertopf »Risikomanagement« (siehe unten), der bisher in der Ersten Säule angesiedelt war, sowie die Förderung der »Innovationspartnerschaften«, wo es um eine enge Verzahnung von Forschung und Landwirtschaft gehen soll.

Ein Viertel für die Umwelt

Anders als in der noch bis Ende 2013 geltenden ELER-Verordnung will die Kommission den Mitgliedsstaaten in der neuen ELER-Verordnung nicht mehr vorschreiben, wie viel der EU-Mittel für die Zweite Säule sie mindestens für verschiedene Schwerpunktbereiche bzw. Prioritäten einsetzen müssen, mit zwei Ausnahmen: 25 Prozent der EU-Mittel sollen weiterhin für Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen, Ökolandbau und Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete eingesetzt werden. Die zweite Vorgabe lautet, dass 20 Prozent der EU-Mittel für Klimamaßnahmen (Schutz vor und Anpassung an Klimawandel) eingesetzt werden sollen.

Die Palette der Agrarumweltmaßnahmen bleibt im Wesentlichen bestehen. Die auffälligste Änderung ist, dass die Umstellungs- und die Beibehaltungsförderung für ökologische/biologische Landwirtschaft einen eigenen Status erhält. Während jedoch Agrarumweltmaßnahmen von den Mitgliedsstaaten verpflichtend angeboten werden müssen, schreibt das der Entwurf für die Ökopremien nicht vor.

Grundsätzlich bleibt es dabei, dass Bauern die Agrarumweltmaßnahmen und Bioförderung für mindestens fünf Jahre durchführen müssen; werden die entsprechenden Flächen jedoch verpachtet oder verkauft, muss der neue Besitzer die Pflichtzeit nicht mehr einhalten; das führt nicht zur Kürzung beim ursprünglichen Antragsteller.

EU-Kofinanzierung sinkt

Den Finanzierungsanteil aus der EU-Kasse an den Ausgaben der Mitgliedsstaaten bzw. der Bundesländer für Agrarumweltmaßnahmen will die EU-Kommission reduzieren. Das bedroht nicht nur die Attraktivität dieser Maßnahmen für die Mitgliedsstaaten, sondern es entzieht diesen zukunftsweisenden Maßnahmen in finanzschwachen Mitgliedsstaaten bzw. Bundesländern geradezu die Finanzierungsgrundlage. Heute übernimmt die EU bei Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen generell 55 Prozent in normalen Gebieten (65 Prozent in weniger entwickelten Regionen wie heute noch Ostdeutschland). Die neue ELER-Verordnung sieht in normalen Gebieten generell nur noch 50 Prozent vor, während der reguläre Satz in weniger entwickelten Regionen auf 85 Prozent steigt. Die ostdeutschen Bundesländer fallen aber aus den »weniger entwickelten Regionen« raus und werden zum »Übergangsgebiet«, für das in der neuen ELER-Verordnung keine erhöhten Sätze mehr vorgesehen sind. Damit muss insbesondere in Ostdeutschland für Agrarumweltmaßnahmen eine große Lücke geschlossen werden.

Es bleibt dabei, dass der generelle EU-Anteil um zehn Prozentpunkte erhöht werden kann für bestimmte Maßnahmen, die auf die sogenannten »neuen Herausforderungen« wie Klimaschutz und Biodiversität

abzielen. Was aber wegfällt ist die Möglichkeit, diese Erhöhung noch zu steigern, indem für diese besonderen Maßnahmen die heutigen Modulationsmittel eingesetzt werden – dadurch beträgt der EU-Anteil heute in normalen Gebieten bis zu 75 Prozent (90 Prozent in weniger entwickelten Regionen). Das Instrument der Modulation, also die gestaffelte Umverteilung von Direktzahlungen der Ersten Säule hin zur Zweiten Säule, will die Kommission ganz streichen. Für die bestimmten Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen sinkt damit der EU-Anteil in Westdeutschland von heute 75 Prozent auf maximal 60 Prozent und in Ostdeutschland sogar von heute 90 Prozent auf zukünftig maximal 60 Prozent. Soll es nicht zu Kürzungen bei den Maßnahmen oder der Förderhöhe kommen, müssen Bundesländer und Bund ihre Anteile erheblich erhöhen.

Investitionsförderung

Die Regeln zur Investitionsförderung werden zwar in der Verordnung ganz neu strukturiert, aber für die Betriebe dürfte sich hier von EU-Seite her wenig ändern. Die Mitgliedsstaaten werden allerdings verpflichtet, die Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben (zum Beispiel für Stallbauten) auf solche Betriebe zu beschränken, »die eine bestimmte Größe nicht überschreiten«. Diese »Größe« festzulegen, überlässt die Kommission den Mitgliedsstaaten, die dazu eine Analyse vorlegen müssen. Neu eingeführt wird, dass für sämtliche Investitionsförderungen eine vorherige Prüfung der Umweltauswirkungen vorgelegt werden muss, sofern negative Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind. Für den Tierschutz sind solche vorherigen Prüfpflichten weiterhin nicht vorgesehen.

Die Fördersätze für Investitionen bleiben bei maximal 40 Prozent (50 Prozent in weniger entwickelten Regionen), wobei dieser Satz um jeweils bis zu 20 Prozentpunkte angehoben werden kann für Junglandwirte, für Investitionen in benachteiligten Gebieten, für Gemeinschaftsinvestitionen sowie bei Einbindung der Maßnahmen in die »Europäische Innovationspartnerschaft«. Der Satz darf in der Summe damit auf maximal 90 Prozent steigen. Hier stellt sich die grundsätzliche Frage, ob Wirtschafts-Investitionen – auch wenn sie ganz im öffentlichen Interesse nach Umwelt- und Tierschutz ausgestaltet sein sollten – wirklich fast ganz vom Staat bezahlt werden sollen. Diese Frage gilt umso mehr, wenn noch nicht einmal konkrete Vorgaben an den Tierschutz gesetzt werden.

Risikomanagement

Mit der Förderung des »Risikomanagement« will die Kommission einen ganz neuen Förderblock in der Zweiten Säule unterbringen. Darunter zählt die Kommission drei Maßnahmen auf:

Förderung von Beiträgen der Betriebe für *Versicherungen* (Ernte, Tiere, Pflanzen) gegen Einbußen aufgrund von Extremwetterereignissen, Tierseuchen, Pflanzenkrankheiten oder Schädlingsbefall. Förderfähig sind nur Versicherungen, die Schäden bzw. Einbußen von mehr als 30 Prozent eines Dreijahresdurchschnitts absichern. Gefördert werden die Landwirte direkt, und zwar bis zu maximal 65 Prozent der entsprechenden Versicherungsbeiträge.

Förderung von landwirtschaftlichen »Fonds auf Gegenseitigkeit«, die bei Einbußen infolge von Tierseuchen oder Pflanzenkrankheiten oder Umweltvorfällen einspringen, vergleichbar mit der deutschen Tierseuchenkasse. Die Förderung wird hier nicht an die Landwirte, sondern an die Fonds gezahlt, und zwar vor allem für die Entschädigungszahlungen der Fonds an Landwirte. Auch hier beträgt die Förderung maximal 65 Prozent der förderfähigen Ausgaben der Fonds.

Förderung von landwirtschaftlichen »Fonds auf Gegenseitigkeit«, die bei starken *Einkommensrückgängen* einspringen. Die Förderung wird gezahlt an den Fonds, sofern der Fonds zahlt, wenn die Einkommen von Betrieben in einem Jahr um über 30 Prozent gegenüber einem Dreijahresdurchschnitt abfallen. Der Einkommensausgleich, der vom Fonds ausgezahlt wird, darf den Einkommensausfall um maximal 70 Prozent ausgleichen. Für diese Zahlung erhält der Fonds wiederum maximal 65 Prozent an Förderung.

Die ersten beiden Förderbausteine sind bisher in der Ersten Säule der Agrarpolitik angesiedelt; sie sind dann zu finanzieren aus einer nationalen Umverteilung von Direktzahlungen. Der dritte Baustein ist gänzlich neu und gehört, wenn überhaupt, eher in den Bereich Einkommensstützung und damit eigentlich klar in die Erste Säule. Mindestens für die beiden Förderungen für »Fonds auf Gegenseitigkeit« gilt, dass ihre Inanspruchnahme von Jahr zu Jahr sehr stark schwanken wird und damit auch der Finanzbedarf. Das stellt nicht nur die Finanzplanung der Mitgliedsstaaten und Bundesländer vor große Probleme; vor allem bedroht das die Finanzierung der anderen Fördermaßnahmen in der Zweiten Säule.

Fazit Ländliche Entwicklung

Auf den ersten Blick kommt auf der Ebene der Fördermaßnahmen vieles im Kommissionsentwurf bekannt vor. Doch das Förderangebot an die Betriebe kann sich noch sehr wohl ändern, weil zum Teil erhebliche Kürzungen und Verschiebungen bei den EU-Finanzierungsanteilen vorgesehen sind. Dabei drohen vor allem im Bereich Agrarumwelt- und Klimaschutz Rückschritte, wenn Bund und Bundesländer die Finanzlücken nicht schließen wollen oder können. Es gilt daher auch in diesem Bereich die Reform im weiteren Abstimmungsprozess zwischen EU-Parlament und Ministerrat zum Besseren zu wenden.

Öffentlichen Druck für eine gute Reform

Nach der Vorlage der Kommissionsvorschläge sind nun das Europäische Parlament, das erstmals voll mitentscheiden darf, sowie der EU-Rat der Agrarministerinnen und -minister am Zug. Beide müssen sich intern als auch untereinander einigen. Das kann dauern, zumal insbesondere die Bundesregierung wichtige Beschlüsse erst zulassen will, wenn klar ist, wie viel Geld der EU-Agrarpolitik im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) für die Jahre 2014 bis 2020 zur Verfügung steht. Auch dazu hat die Kommission bereits einen Vorschlag vorgelegt, der aus Sicht der Bundesregierung eine noch insgesamt zu hohe Ausgabensumme vorsieht. Die Bundesregierung setzt das in den Verhandlungen als ein Druckmittel ein, um auch bestimmte agrarpolitische Änderungen zu verhindern. Damit entscheidet nicht nur die Geschwindigkeit, mit der die Verhandlungen in der EU über den MFR vorangehen, über den Fortgang der Agrarverhandlungen. Die Beschlüsse zur EU-Agrarreform werden sich also wahrscheinlich noch bis weit ins Jahr 2013 hinziehen. Den gesellschaftlichen Bündnissen, die für eine grundlegende Reform eintreten, gibt das Raum, die öffentliche Diskussion noch weiter zu verstärken.⁶

Anmerkungen

- 1 EU-Kommission: Rechtsvorschläge für die GAP nach 2013, Brüssel 2011 (Download: http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/legal-proposals/index_de.htm).
- 2 Erhalt landwirtschaftlicher Flächen in einem Guten Landwirtschaftlichen und Ökologischen Zustand im Rahmen der Cross Compliance-Regelungen.
- 3 AbL-Papier vom Februar 2011: EU-Agrarreform einfach und wirksam (Download: www.abl-ev.de/themen/agrarpolitik/positionen.html).
- 4 Plattform von Verbänden aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Entwicklungspolitik, Verbraucherschutz und Tierschutz (Juni 2011): EU-Agrarpolitik jetzt konsequent reformieren (Download: www.abl-ev.de/themen/agrarpolitik/positionen.html).
- 5 Siehe dazu: AbL-Papier vom August 2011: Bäuerliche Arbeit bestimmt Qualität der Landwirtschaft (Download: www.abl-ev.de/themen/agrarpolitik/positionen.html).
- 6 Siehe dazu: www.meine-landwirtschaft.de sowie www.ARC2020.eu.



Ulrich Jasper

Stellvertretender Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
E-Mail: jasper@abl-ev.de

Auf die Straße!

Ein Aufruf zur Einmischung in die Agrardebatte

von Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf

Noch nie hat ein EU-Agrarkommissar Vorschläge der Agraropposition im Ansatz so stark in Gesetzesvorschläge für eine Agrarreform eingearbeitet wie der jetzige Kommissar Dacian Cioloș. Er will Direktzahlungen fest an ökologische und soziale Standards (Arbeit) binden. Was im Ansatz überzeugt, bleibt in der konkreten Ausgestaltung jedoch noch weit hinter den Notwendigkeiten zurück. Erforderlich ist eine ökologische und soziale Intensivierung. Bauernverband, Industrie und Bundesregierung lehnen das ab und bekämpfen schon den Ansatz der Reform. Mit der ganzen Macht ihres Kapitals wollen sie den Einstieg in eine Politik zur Erhaltung und Förderung der solargestützten bäuerlichen Landwirtschaft verhindern und durch den forcierten Strukturwandel Fakten für eine agrarindustrielle Produktion schaffen. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) setzt mit ihren Bündnispartnern auf die gesellschaftliche Kraft der »Straße«, um diese Reform für sich zu entscheiden. Die Chancen stehen nicht schlecht.

In Teilen der Landwirtschaft schreitet die Industrialisierung in einem Ausmaß voran, das vor Jahren noch unvorstellbar war. Die Größenordnungen, in denen neue Stallplätze aus dem Boden gestampft werden, lösen selbst bei sonst zurückhaltenden Beobachtern Kopfschütteln aus: Wie soll das gut gehen? Wo soll das noch enden? Der Flächenhunger der Biogasanlagen kommt noch hinzu. Viele Bauern und Bäuerinnen fragen sich, ob für sie da noch Platz bleibt. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat in Deutschland die Hälfte der Betriebe ihre Schweinehaltung aufgegeben. Dass eine wachsende Zahl von Ställen, von Biogasanlagen und auch immer mehr Fläche und Boden bereits in außerlandwirtschaftliche Hände – einschließlich Raiffeisengenossenschaften – übergeht, macht die Sache noch brutaler. Es verdeutlicht die Interessenlage, die hinter der Entwicklung steht: Es tobt ein Kampf um die Rohstoffbasis für die Agrarindustrie, für Schlachthöfe, Milchindustrie, Energieunternehmen. Das treibt den Wettlauf um die Produktionsressourcen Fläche und genehmigte Stallkapazitäten.

Die Wortführer in Bauernverband, Genossenschaften und Teilen der Wissenschaft zeigen sich wie beärgelt. Sie wehren sich strikt gegen jeden Versuch, diesem irrsinnigen Konkurrenzkampf wirksame Grenzen zu setzen. Diese Entwicklung erscheint so manchen Berufskolleginnen und Kollegen für ihre Betriebe so

aussichtslos, dass sie sich entmutigt zurückziehen. Aber sie sehen oft nur die eine Seite.

Strukturwandel und Widerstand

Auf der anderen Seite wächst in der Bevölkerung eine Gegenbewegung, die der Interessenlage von Industrie und Bauernverband diametral entgegensteht. In unserer Gesellschaft wächst der Widerspruch gegen die fortschreitende Industrialisierung in der Landwirtschaft in all ihren Ausprägungen: Ob Agrarfabriken mit Massentierhaltung, überdimensionierte Biogasanlagen auf Maisbasis, zunehmende Landkonzentration und Monokulturen, wachsender Import von Soja-Futtermitteln und damit Flächeninanspruchnahme in anderen Kontinenten sowie steigende Fleisch- und Magermilchexporte, die auch in Entwicklungsländern Bauern die Existenzgrundlagen nehmen – all das wird aufmerksam verfolgt und zum Thema öffentlicher Auseinandersetzungen vor Ort. Es ist mitnichten eine Ablehnung gegen die Bauern, sondern eine klare Parteinahme für die Bauern, für die bäuerliche Landwirtschaft. Was für die Gentechnikfreiheit und den Tierschutz schon länger gilt, verbreitet sich nun stark: Die Art und Weise, wie Lebensmittel erzeugt, verarbeitet und vermarktet werden, ist der Bevölkerung nicht mehr egal. Als Bürgerinnen und Bürger reden sie mit

und ziehen die Verbindung zur Agrarpolitik in Land, Bund und EU.

Vorschlag der EU-Kommission

In diese Gemengelage hinein kommt nun EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș mit seinen Vorschlägen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU.¹ Von der Struktur her ist da vieles wiederzuerkennen, was die AbL dem Agrarkommissar im Februar 2011 vorgeschlagen hat,² aber in wichtigen Details hat die Kommission den Mut verloren. Gemessen an dem, was notwendig ist, sind diese Vorschläge enttäuschend. Das gilt für die ökologische Konditionierung der Direktzahlungen, das gilt ebenso für die soziale Qualifizierung der Zahlungen, damit die Direktzahlungen nicht länger zu Wettbewerbsverzerrungen zulasten bäuerlicher Betriebe führen. Das gilt auch für die Förderung in der Zweiten Säule, die ausgerechnet bei den Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen kürzt, statt mit einer Stärkung die Richtung zu weisen. Und auch in der Marktordnung gibt es vieles, für das sich die EU-Kommission deutliche Kritik anhören lassen muss.

Aber so klar die Kritik ausfallen muss, so deutlich muss auch anerkannt werden, dass vom Ansatz her, in der Verankerung wichtiger Instrumente, die Vorschläge der Kommission eindeutig in die richtige Richtung gehen. Sie verdienen Verstärkung in doppelter Hinsicht: Das Instrumentarium muss kommen und es muss so ausgestaltet werden, dass es auch die notwendige Wirkung entfaltet. Dazu zwei zentrale Beispiele: die Kommissionsvorschläge zur Fruchtfolge und die geplante Berücksichtigung der Arbeit bei den Direktzahlungen.

Ökologische Intensivierung

Es ist richtig, die Direktzahlungen in der Ersten Säule so an ökologischen Standards zu binden, dass wir damit eine ökologische Intensivierung der Landwirtschaft auslösen. Ja, es geht nicht um Extensivierung oder gar um Rückzug aus der Lebensmittelerzeugung, das wäre ein fataler Irrtum. Es geht darum, die heute in hohem Maße ölabhängigen Produktionsweisen zu überwinden und in eine solargestützte Landwirtschaft zu überführen. Wir müssen runter von der hohen Inanspruchnahme fossiler Energien und den damit verbundenen Umwelt- und Klimabelastungen. Das geht nur, wenn wir den ökologischen Input deutlich erhöhen, indem wir uns die natürlichen regenerativen Quellen aktiv und verträglich nutzbar machen, ohne die natürlichen Ressourcen zu zerstören.

Solargestützte Erzeugung einleiten

Es war nur für eine kurze Periode verlockend und scheinbar einfach, den Hauptnährstoff Stickstoff unter

hohem Energieeinsatz industriell aus der Luft zu holen, um ihn dann als Mineraldünger auf die Felder zu bringen. Das ist zu einem der größten Energiefresser in der Landwirtschaft gewachsen, den wir uns nicht mehr leisten können, denn das Öl ist bald am Ende, das Maximum der Ölförderung (»Peak Oil«) ist bereits überschritten. Den Stickstoff müssen wir daher möglichst schnell selbst aus der Luft in den Boden holen. Dazu braucht es keine neue technische Erfindung, wir müssen nur das intelligent nutzen, was die Natur uns schon ewig anbietet. Die Symbiose aus Leguminosen (Eiweißpflanzen) und den Knöllchenbakterien an deren Wurzeln war bis zu den 1950er-Jahren des letzten Jahrhunderts die Stickstoffquelle schlechthin und damit eine wesentliche Grundlage für die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung. Die Leguminosen sind in Europa aus der Fruchtfolge fast gänzlich verschwunden, weil Öl so billig war, dass der Energiefresser-Dünger unschlagbar günstig wurde. Diese kurze Zeit geht zu Ende und es ist eine naive Selbsttäuschung zu meinen, das fossile Öl ließe sich durch Agrarsprit ersetzen – der Anbau der Agrarsprit-Pflanzen basiert selbst auf dem Einsatz fossiler Energien.

Fruchtfolge mit Leguminosen

Wir kommen nicht umhin, die Leguminosen, die Königin des Ackerbaus, in die Fruchtfolge zurückzuholen. Für die nachhaltige Trag- und Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung ist das die Kernfrage. Die Fruchtfolge steht also auf der Tagesordnung. Weitere Gründe drängen dazu, die Entwicklung hin zu Monokulturen zu stoppen und umzukehren. Was für andere Kulturen selbstverständlich oberste Maxime der bäuerlichen Fachlichkeit ist, das scheinen wir beim Mais erst wieder lernen zu müssen: Der mehrjährige Anbau hintereinander bringt erst die Schädlinge mit sich, für deren Gegenwehr uns die chemische Industrie nur zu gerne ihre Gentechniksorten verkaufen will. Alles überflüssig, was jedem Ackerbauern eigentlich längst klar ist.

Die AbL hat deshalb gefordert, dass ein ausreichend großer Teil der Direktzahlungen (30 Prozent) unmittelbar daran gebunden wird, dass die Betriebe unter anderem eine Fruchtfolge mit einem Leguminosenanteil von 20 Prozent der Ackerfläche einhalten. Niemand wird gezwungen, das einzuhalten, die Betriebe haben die Wahl, Vernünftiges zu tun und die vollen Zahlungen zu bekommen oder Widersinniges zu tun und auf öffentliche Gelder zu verzichten.

Von Fruchtfolge kann man aber natürlich erst sprechen, wenn auch ein Fruchtwechsel stattfindet. Das bedeutet, dass eine Frucht an der Fruchtfolge in einem Jahr höchstens 50 Prozent der betrieblichen Ackerfläche ausmachen darf, damit im nächsten Jahr auf dieser »Hälfte« etwas anderes wächst. Alles, was über einen

Höchstanteil von 50 Prozent für eine Frucht hinausgeht, geht also am Anspruch einer tatsächlichen Fruchtfolge vorbei.

Qualitativer Unterschied

Es ist also richtig, dass die EU-Kommission die Zahlungen an eine konkrete Fruchtfolge-Vorgabe binden will. Ihr Vorschlag aber sieht vor, dass eine Frucht 70 Prozent der betrieblichen Ackerfläche ausmachen darf. Das sind aber eben nicht einfach nur 20 Prozentpunkte mehr, sondern es ist etwas qualitativ deutlich anderes: Bei 70 Prozent können sich in der Jahresfolge immer 20 Prozent überschneiden, zum Beispiel Mais nach Mais, ohne Einbuße bei den Zahlungen. Die größte Unzulänglichkeit besteht im Kommissionsvorschlag aber darin, dass die Leguminosen keinerlei Erwähnung gefunden haben. Das ist aber eine zentrale Zukunftsfrage. Sie muss nun vom Europäischen Parlament in die Reform hineinverhandelt werden.

Staffelung und Arbeit

Ein anderer Vorschlag der EU-Kommission geht eindeutig auf das Konto jahrelanger AbL-Arbeit: Nie zuvor war die Arbeitskraft als ein Bemessungskriterium für die Direktzahlungen in einem Gesetzesvorschlag der Kommission so klar verankert. Die Kommission schlägt vor, die Basisprämien (außerhalb des Greenings, circa 200 Euro je Hektar) pro Betrieb nicht länger unbegrenzt nach Hektarzahl zu zahlen, sondern ab 150.000 Euro Basisprämie pro Betrieb und Jahr zu staffeln und ab 300.000 Euro zu kappen. Um dabei arbeitsintensive Betriebe gegenüber rationalisierten reinen Ackerbaubetrieben nicht zu benachteiligen, will die Kommission dabei die tatsächlichen Lohnkosten der Betriebe berücksichtigen. Die Kommission will dazu die Staffel- bzw. Kappungsgrenzen bei den in Frage kommenden Betrieben um den jeweiligen Betrag der vollen Lohnkosten nach oben verschieben.

Dieser Vorschlag der Kommission geht im Ansatz in die richtige Richtung, aber auch er ist in der konkreten Ausformung noch mangelhaft. Positiv ist, dass die Kommission einen Weg einschlägt, bei dem nicht nur der Flächenbesitz des Betriebes, sondern auch die betriebliche Arbeit einen Ausschlag über die Höhe der Zahlungen gibt. Arbeitsplatzangebot wird hier – bei den von der Staffelung und Obergrenze betroffenen Betrieben – nicht mehr bestraft, sondern als positiver Faktor anerkannt. Das mahnt die AbL schon seit zwei Jahrzehnten kontinuierlich an. Das muss allerdings nicht nur für die Empfänger großer Prämiensummen gelten, sondern für alle Betriebe. Das bedeutet:

- Die Staffelung und Obergrenze setzen bei viel zu hohen Basisprämien an. Selbst in Deutschland werden

damit 99 Prozent der Betriebe außen vor gelassen, so dass die zahlungsbedingten Wettbewerbsverzerrungen zwischen diesen Betrieben fortgeführt werden. Wir fordern daher, die Staffelung deutlich unter 100.000 Euro beginnen zu lassen und die Obergrenze bei höchstens 150.000 Euro einzuziehen.

- Bei der Kürzung die tatsächlichen Lohnkosten gegenzurechnen fordert die AbL seit langem. Es ist aber falsch, dabei die vollen Lohnkosten anzurechnen. Denn das führt in Betrieben, die von der Obergrenze betroffen sind, dazu, dass deren Lohnkosten zu 100 Prozent aus der EU-Kasse bezahlt werden. Es muss auch bei Großbetrieben immer noch um eine Wirtschaftsleistung gehen. Wir fordern daher, hier maximal die halben tatsächlichen Lohnkosten anzurechnen.
- Einen Arbeitskraftbezug der Zahlungen sieht die Kommission bisher nur in Verbindung mit der Staffelung und Obergrenze vor. Für den Großteil der Betriebe – und für Länder mit einer kleinstrukturierten Landwirtschaft – ist bisher keine Möglichkeit vorgesehen, arbeitsintensive Betriebszweige positiv in Ansatz zu bringen. Weil aber auch unterhalb der Kürzungs- und Obergrenzen die jetzigen Direktzahlungen arbeitsintensive Betriebszweige benachteiligen, schlägt die AbL vor, dass den Mitgliedsstaaten und den Bundesländern das Recht eingeräumt wird, eine weitergehende Regelung zu treffen, damit auch unterhalb der Staffel- und Obergrenzen der Arbeitszeitbedarf berücksichtigt werden kann. Dass das verwaltungstechnisch prinzipiell geht, zeigen die deutschen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die zur Berechnung der Beiträge der Betriebe zur Unfallversicherung mittlerweile den kalkulatorischen Arbeitszeitbedarf jedes einzelnen Betriebes nach standardisierten Maßstäben berechnen. Die Berufsgenossenschaften bedienen sich dazu sogar schon der Daten, die von den Betrieben bei ihren Anträgen auf Direktzahlungen angegeben werden.

Die Kraft der Straße

Mit ihrem Vorschlag hat die Kommission die Tür für diese Änderungen und Erweiterungen geöffnet. Das ist ein großer politischer Fortschritt und wir sollten ihn mit aller Kraft und klug unterstützen und nutzen. Nicht umsonst setzen Bauernverband und insbesondere die ostdeutschen Minister und die Bundesregierung bis zu Kanzlerin Merkel alles daran, diese Tür schnellstens wieder ganz zu verbarrikadieren. Wir müssen also den Fuß drinlassen.

Diese Reform dauert länger als die vorigen, die letzten Beschlüsse fallen erst 2013. Die Vorschläge der Kom-

Folgerungen & Forderungen

- Die EU-Kommission hat zentrale Vorschläge des AgrarBündnisses aufgegriffen.
- Nun müssen die positiven Ansätze wirksam ausgestaltet werden.
- Im Ackerbau muss eine echte Fruchtfolge kommen, mit Leguminosen alle fünf Jahre.
- Die Staffelung der Zahlungen und die Berücksichtigung der Arbeit müssen die Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Betrieben umfassend angehen.
- Auch bei den Marktregeln, der Entwicklungsverträglichkeit, im Tierschutz und der Zweiten Säule muss nachgebessert werden.
- Unsere politischen Gegner haben das Kapital im Kreuz; unser Pfund ist der gesellschaftliche Rückhalt. Diese Kraft der Straße gilt es jetzt zu nutzen. Jede und Jeder ist dazu aufgerufen.

mission sprechen zentrale Stellschrauben an, die kommen müssen, um sie dann in die richtige Position zu drehen. Was aus unserer Sicht notwendig ist und kommen muss, das greift selbstverständlich alteingesessene und im politischen Betrieb mächtig einflussreiche Interessen an. *Mit* und *in* dem herrschenden agrarpolitischen System werden besonders im vor- und nachgelagerten Bereich Milliarden-Gewinne eingefahren.

Gegen diese Macht des Kapitals gibt es nur ein Mittel: das ist die Kraft der Straße. Dafür gibt es ermutigende Beispiele: Dass die Atomkatastrophe von Fukushima in Deutschland – anders als etwa in Frankreich – zu einem Ausstiegsbeschluss geführt hat, ist ein Erfolg der jahrelangen Anti-Atom-Bewegung. Dass wir die Gentechnik in Deutschland und auch in Europa bisher weitgehend vom Acker fernhalten konnten, hat mit unserer starken gesellschaftlichen Bewegung zu tun. Dass Legehennen nicht mehr in Käfigen gehalten werden

dürfen, geht ebenso auf das Konto einer engagierten und wachen Öffentlichkeit.

Nun rückt ein breites gesellschaftliches Bündnis die Agrarpolitik ganz bewusst in das Blickfeld der öffentlichen Debatte. Und das Interesse in der Bevölkerung für die agrarpolitischen Zusammenhänge wächst merklich weiter. Wann in der Politik die Hebel umgestellt werden, das hängt oftmals von Zufällen und besonderen Ereignissen ab. Es lässt sich nicht immer genau vorhersagen. Aber damit dann die Kraft für den Umstieg ausreicht, muss die Arbeit vorher stark genug sein. Das steht jetzt an. Die gesellschaftliche Stimmung haben wir auf unserer Seite. Nun gilt es, diese positive Stimmung in öffentliche Aufmerksamkeit und politischen Druck zu übersetzen. Die Aktionen im Rahmen der Kampagne »Meine Landwirtschaft«³ bieten für Jede und Jeden viele Möglichkeiten, sich aktiv dabei einzubringen. Denn Agrarpolitik ist Gesellschaftspolitik und bäuerliche Landwirtschaft die Landwirtschaft mit Zukunft.

Anmerkungen

- ¹ Eine ausführliche Darstellung der Reformvorschläge findet sich auch in dem Beitrag von Ulrich Jasper in diesem Kapitel, S. 20–29).
- ² AbL-Papier vom Februar 2011: EU-Agrarreform einfach und wirksam (<http://www.abl-ev.de/themen/agrarpolitik/positionen.html>).
- ³ Siehe dazu: www.Meine-Landwirtschaft.de sowie www.ARC2020.eu



Dr. Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
E-Mail: info@abl-ev.de

Europa macht die Welt nicht satt

Das Recht auf Nahrung und die europäische Agrarpolitik am Scheideweg

von Martin Häusling

Das von 187 Staaten bestätigte »Recht auf Nahrung« gesteht den Menschen und Regierungen zu, Maßnahmen gegen ökologische, wirtschaftliche oder soziale Formen des Dumpings zu ergreifen und ihre eigenen nachhaltigen Ernährungssysteme zu entwickeln. Den Beweis, dass das industrielle System, in dem große Einheiten produziert und Futter- und Lebensmittel um den Globus transportiert werden, die Welt nicht ernähren kann, hat es für den Autor des folgenden Beitrages zur Genüge erbracht. Sein Plädoyer: Europa muss sich entscheiden – entscheiden für ein System der qualitativen und umweltfreundlichen Produktion, für lokale Märkte und Wertschöpfung. Ein solches System könnte weltweit Vorbildcharakter haben und hätte auch deutlich positive Auswirkungen auf die Welternährung.

Der Weltagrарbericht von Weltbank und UNO¹ hat es bereits 2008 dokumentiert: Welternährung funktioniert nicht im Fließband-Stil. Immer deutlicher wird, dass durch das industrielle massen- und exportorientierte System wohl der Handel, aber selten Produzenten, Verbraucher und Umwelt profitieren. Den Beweis, dass dieses System den Hunger nicht verringern kann, hat es schon erbracht. Anstatt die Zahl der Hungernden zu halbieren, wie es das UN-Millenniumsziel vorsah, wurde im Jahr 2009 die Milliardengrenze überschritten. Die industrielle Landwirtschaft ist keine Lösung für die Hungerkrise und auch keine Erfolgsgeschichte für die Industrieländer.

Vielfach heißt es, Europa mit seinen Gunsträumen könne einen wesentlichen Beitrag für die Welternährung leisten. Das ist sicher richtig, nur funktioniert es nach der heutigen Methode nicht. Mit 22 Millionen Tonnen Schweinefleisch pro Jahr hat die EU-27 einen Selbstversorgungsgrad von 107 Prozent (das wichtigste Erzeugerland ist dabei Deutschland mit 23 Prozent der Schweinefleischproduktion).² Europa produziert für den Export, besonders Milch und Fleisch. Dass dies nicht immer dem Wohl und Nutzen der Empfänger dient, zeigt besonders das Beispiel Huhn: Für die Produzenten in Afrika hat der Verkauf billiger Geflügelteile aus den Industrieländern katastrophale Auswirkungen. Dortige Produzenten können das Fleisch niemals für die 60 Cent pro Kilogramm produzieren, die die billigen Import-Teile kosten, da schon das Küken 40 bis 50

Cent kostet. Das restliche Huhn ist in Europa durch indirekte Subventionen in Produktion und Verarbeitung, durch hohe Preise für die Hähnchenbrust, Ausfuhrerstattungen für Exporte nach Russland oder die Arabischen Emirate schon längst mit Gewinn verkauft. Im Ergebnis sind die Erwerbsmöglichkeiten von Hunderttausenden von Menschen in der Geflügelproduktion Westafrikas verloren gegangen.³

Manchmal ist also ganz offensichtlich mehr Entsorgungslogik im Spiel als echte Sorge um hungernde Menschen. Zudem werden für unsere Überproduktion, aber auch für unseren eigenen viel zu hohen Fleischkonsum außerhalb von Europa weite Flächen für den Anbau von Soja »fremd genutzt« und aus der Produktion von Nahrungsmitteln für lokale Märkte herausgenommen. Das ist »Landgrabbing mit Messer und Gabel« statt ein Beitrag zur Welternährung.⁴

Nun wäre die heftige Verteidigung der Exportphilosophie noch verständlich, wenn in Europa Erzeuger davon profitieren und die ländlichen Räume dadurch wirtschaftlich stabilisiert würden. Aber auch in Europa ermöglichen Milch-, Schweine- und Geflügelpreise den Erzeugern kein angemessenes Einkommen. Von den Verbraucherausgaben für Fleischprodukte gingen in den 1950er-Jahren von einem Euro noch 66,8 Cent an den Landwirt. Heute erhält er mit 20,4 Cent nicht einmal mehr ein Viertel des Verkaufserlöses.⁵ Die Wertschöpfung machen die Futtermittel- und Chemieindustrie und wenige große Verarbeiter, die zumeist

nur schlecht bezahlte Arbeitsplätze in die Regionen bringen.

Ernährungssouveränität stärken!

Eine besonders zynische Entwicklung im internationalen »Handel« ist die Spekulation mit Agrarrohstoffen und das Aufkaufen ganzer Landstriche für die industrielle »Fremdproduktion«. Die Folge beispielsweise dieses »Landgrabbings« ist, dass seit 2001 in Asien, Afrika und Südamerika eine Fläche so groß wie Westeuropa dem Zugriff der lokalen Bevölkerung entzogen und in private Hände überführt wurde. Die Menschen werden vertrieben, weil auf den Flächen Agrar- und Energierohstoffe angebaut werden. Die Wertschöpfung (im übrigen ein *Bruchteil* dessen, was diese Flächen an Wertschöpfung mit nachhaltigen Landwirtschafts-, Verarbeitungs-, und Handelsmethoden liefern könnten) wird gänzlich auf die Konten der Landbesitzer gespült, vor Ort bleibt so gut wie nichts außer ausgebeutetes Land.⁶

Schon im Jahr 2000 forderte der Welternährungsgipfel die Staaten auf, freiwillige Leitlinien für das »Recht auf Nahrung« und dessen Umsetzung zu entwickeln.⁷ Die »Internationalen Leitlinien zum Menschenrecht auf Nahrung« wurden 2004 von allen FAO-Mitgliedern (187 Staaten) einstimmig angenommen und haben deshalb, zumindest theoretisch, ein hohes Gewicht für die Einforderung dieses Rechts. Nach den Leitlinien beinhaltet das Recht auf Nahrung die selbstbestimmte Wahl des Ernährungssystems sowie den gleichberechtigten Zugang zu gesunder Ernährung unabhängig von Einkommen und Herkunft. Das Recht auf Nahrung umfasst aber auch das Recht der Menschen und Regierungen, Maßnahmen gegen ökologische, wirtschaftliche oder soziale Formen des Dumpings zu ergreifen und ihre eigenen nachhaltigen Ernährungssysteme zu entwickeln.

Bisher weniger Beachtung findet die Diskussion um das Recht auf Nahrung in Europa. Es beinhaltet aber sowohl für Entwicklungsländer als auch für Industriestaaten die Legitimation, Ernährungssysteme selbstbestimmt zu entwickeln. Das bedeutet in letzter Konsequenz, dass Staaten sich auch gegen internationale Handelsregeln wehren können, die keine Nachhaltigkeitskriterien beinhalten und damit eine Behinderung für eine fortschrittliche und nachhaltige Entwicklung der Produktions- und Ernährungssysteme darstellen.

Europa könnte Vorbild sein

Was wir in Europa brauchen und was die Mehrheit der Verbraucher (und ich bin überzeugt: auch der Erzeuger) will, ist eine nachhaltige Landwirtschaft, die sich auf ihre eigenen Stärken und zu großen Teilen auch auf

die eigenen lokalen Märkte besinnt. Ein solches Ernährungssystem nützt der Ernährungssicherung weltweit deutlich mehr als das aktuelle Modell. Es darf nicht durch ein Welthandelssystem konterkariert werden, das Nachhaltigkeitskriterien bisher völlig außen vor lässt. In diesem Zusammenhang betrachtet ist eine weitere Liberalisierung der Agrarmärkte sowohl für die Entwicklungsländer als auch für Europa kontraproduktiv. Ein Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten,⁸ den größten Fleischproduzenten der Welt, würde beispielsweise für den europäischen Markt erhebliche Folgen nach sich ziehen. Europa wird nie mit den aktuellen Rindfleisch- oder Geflügelpreisen von Ländern wie Brasilien mithalten können. Um zu verhindern, dass soziale und ökologische Standards in Europa unter Druck geraten und der Strukturwandel hin zu industrialisierten landwirtschaftlichen Betrieben sich weiter verschärft, brauchen wir klare Importregelungen für Nachhaltigkeits-, Menschenrechts- und Tierschutzstandards.

Das Modell einer nachhaltigen landwirtschaftlichen Produktion von hoher Qualität mit einer stärkeren Konzentration auf lokale Märkte wäre im Sinne des Weltagrарberichtes weltweit ein Zukunftsmodell. Europa könnte hier Vorbild sein.⁹ Das bedeutet aber nicht, dass gleich alle mitmachen werden. Dafür ist das »Vonder-Überproduktion-der-Industrieländer-satt-werden«-Modell trotz dessen Scheiterns noch in zu vielen Köpfen verankert – und es gibt zu viele Profiteure dieses Systems. Mittelfristig ist daher die Entwicklung eines solchen nachhaltigen Ernährungssystems in Europa ohne eine konsequente gemeinsame Agrarpolitik in Richtung Nachhaltigkeit und ohne »Qualitätsschleusen« an den europäischen Grenzen nicht realisierbar.

In den Entwicklungsländern verursachen vor allem die Importe von Grundnahrungsmitteln Probleme. Europäische Subventionen setzen die Märkte dort unter Druck. Nach den WTO-Regeln haben die ärmeren Länder bisher keine Möglichkeit, sich gegen billige Importe aus Europa zu wehren. Doch gerade für Grundnahrungsmittel müssen Schutzzölle und Mengengrenzungen möglich sein. Schutzklauseln müssen in gleichen Maßen den Entwicklungsländer zugutekommen wie der EU. Wir brauchen eine faire Außenhandels- und Kooperationspolitik, die es Europa genauso wie den Entwicklungsländern ermöglicht, die Versorgung ihrer Bevölkerung sicherzustellen und ihre Ökosysteme zu schützen. Durch die Definition des »Rechts auf Nahrung« wäre eine Entwicklung in diese Richtung durchaus auch gegenüber der WTO legitimierbar. Nicht die WTO hat zu entscheiden was auf europäischen Tellern landet, sondern die Menschen in Europa. Und dies gilt nicht nur für Klon- oder Hormonfleisch, sondern durchaus grundsätzlich für die ökologische oder soziale Prozessqualität der Importe.

Zwei Lager stehen sich gegenüber

Die von Kommissar Ciolos im Frühjahr 2010 durchgeführte Internetkonsultation zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die Tagung der EU-Kommission »The CAP post 2013« im Juli 2011 in Brüssel, die Meldungen der landwirtschaftlichen Fachpresse, die Demonstrationen gegen industrielle Landwirtschaft (vor allem in Deutschland) und das gewachsene Interesse der Medien am Thema Landwirtschaft und Lebensmittelqualität zeigten schon vor der Vorstellung des GAP-Entwurfes am 12. Oktober 2011 in Brüssel, dass es zwei Paradigmen gibt, die sich gegenüberstehen. Europa steht vor der Frage: Entscheiden wir uns für ein industrielles Ernährungssystem, das auf den Export ausgerichtet ist, sich am Weltmarkt orientiert und dessen Befürworter immer wieder betonen, nur so könne man die Welt ernähren, obwohl letztlich nur der Handel und ein paar wenige Industrien profitieren? Oder entscheiden wir uns für ein System der qualitativen und umweltfreundlichen Produktion, für lokale Märkte und Wertschöpfung vor Ort? Der Weltagrarbericht hat es am deutlichsten betont: Nur mit lokalen Märkten und Wertschöpfung, die den Erzeugern direkt zugutekommt, erreichen wir auch den entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung des Hungers in der Welt!

Das Ringen um die Neuausrichtung der GAP findet nach dem Vertrag von Lissabon zum ersten Mal unter voller Mitsprache des Parlaments statt. Und die Debatten im Agrarausschuss des Europäischen Parlaments, die dort und in dem nun folgenden Trilog zwischen Kommission, Parlament und Rat mit vermehrter Deutlichkeit geführt werden, zeigen immer wieder diese beiden Linien der Argumentation. Die Kommission selbst hat diese beiden Paradigmen in dem 2011 veröffentlichten Bericht »Nachhaltiger Nahrungsmittelkonsum und Nachhaltige Produktion in einer Welt begrenzter Ressourcen« treffend und ausführlich beschrieben. Eine Expertengruppe des Ständigen Ausschusses für Agrarforschung hat ihn erarbeitet.¹⁰ Aber der Bericht stellt nicht nur die beiden Paradigmen einander gegenüber, er kommt auch zu dem Schluss, Effizienz und Genügsamkeit sollten die Prinzipien zukünftiger Ernährungssysteme sein, da viele Ernährungssysteme die zugrunde liegenden Ressourcen wie zum Beispiel den Boden derart überlasten, dass sie in Zukunft keine Nahrungsmittel mehr produzieren können.

Lokale Märkte und »Empowerment«

Nachhaltige Produktion und Ernährungswirtschaft kommen ohne kleine und mittlere Strukturen nicht aus. Eine hohe Prozessqualität im Umwelt-, Tierschutz- und Verbraucherschutzbereich funktioniert deutlich besser lokal und regional. Die Investition in nachhaltige

Produktionssysteme setzt zwingend das Entwickeln regionaler Verarbeitungs- und Handelsstrukturen voraus. In Entwicklungsländern stehen am Anfang natürlich der Zugang zu Land und die Absicherung von Landrechten, vor allem für Frauen und ganz akut gegenüber großen Fremdinvestoren, die gar nicht auf lokale Entwicklung setzen. Die Gewährung von Mikrokrediten ist ein weiterer wichtiger Punkt. Auch die Infrastruktur für lokale Märkte muss hier oft erst geschaffen werden. Hier haben viele europäische Länder ebenfalls ein Defizit. Die einen, weil die Strukturen ebenfalls unterentwickelt sind, die anderen, weil die lokalen Strukturen aufgrund eines gewollten Strukturwandels verschwunden sind. Hier wie dort müssen Erzeugerzusammenschlüsse gestärkt und gefördert werden, um Produzenten mehr Gewicht und Macht am Markt zu ermöglichen – Stichwort »Empowerment«.¹¹

In dem 2011 für die Kommission erarbeiteten Diskussionspapier des Instituts für Europäische Umweltpolitik (IEEP) »Entwicklung eines regionalen Ansatzes für die Gemeinsame Agrarpolitik«¹² wird ein regionaler Ansatz als der am besten geeignete bezeichnet, den aktuellen sozialen und globalen Herausforderungen zu begegnen. Hierbei wird besonders die Notwendigkeit der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) betont.

Die Sache voranbringen

Die Neuausrichtung der GAP bietet die Möglichkeit, einen flächendeckenden Ressourcenschutz zu erreichen.¹³ Dazu braucht es eine Qualifizierung der Ersten Säule, die nicht nur ein grünes Mäntelchen sein darf. Ziel muss eine am europäischen Bedarf ausgerichtete Produktion sein, die Übermengen und Preisstürze – wie bei der Milch – vermeidet.

In der Zweiten Säule muss die Förderung lokaler Märkte deutlich mehr Gewicht erhalten. Hygienevorschriften und Herkunftskennzeichnungen sollten im Sinne kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU, einschließlich kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe) vereinfacht und angepasst werden. Die Mindestinvestitionsgrenzen sind für die KMU herabzusetzen.

Investitionsbeihilfen müssen einen Mehrwert für die lokale Wertschöpfung sowie Ökologie und Tierschutz mit sich bringen. Die Mitgliedstaaten müssen dabei unterstützt werden, ihre Verwaltungen zur Durchführung von Bottom-Up-Ansätzen zu schulen. Die bürokratischen Anforderungen sind an die Projektgrößen anzupassen. Eine weitere Ausrichtung der GAP auf Exportmärkte nach WTO-Regeln darf nicht erfolgen. Exporterstattungen sind zu beenden. Die EU muss sich dafür einsetzen, ökologische und soziale Standards beim internationalen Handel zu berücksichtigen und

Folgerungen & Forderungen

- Das industrielle System ist nicht in der Lage, das »Recht auf Nahrung« mit dem Ziel weltweiter Ernährungssouveränität und -sicherheit umzusetzen.
- Die freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung, verabschiedet im November 2004 vom Rat der FAO, müssen Grundlage der europäischen Innen-, Außen- und Entwicklungspolitik werden.
- Die EU-Exportsubventionen müssen abgeschafft werden.
- Die EU muss sich dafür einsetzen, ökologische und soziale Standards beim internationalen Handel in die WTO-Verhandlungen aufzunehmen.
- Etwaige Schutzklauseln müssen gleichermaßen den lokalen Märkten in Entwicklungsländern als auch in Europa zugutekommen.

in die WTO-Verhandlungen aufzunehmen. Es muss eine detaillierte Folgenabschätzung für alle laufenden Handelsverhandlungen, insbesondere für das Assoziationsabkommen EU-MERCOSUR, vorgelegt werden. Die Abkommen dürfen keine negativen Auswirkungen für die Entwicklungsländer haben und eine Entwicklung der europäischen Produktion und Märkte in Richtung Nachhaltigkeit nicht behindern. Das Ziel »Ernährungssicherheit« macht darüber hinaus »auf EU-Ebene eine Kohärenz und Abstimmung zwischen den einzelnen Politikfeldern [Entwicklungspolitik, GAP, gemeinsame Handelspolitik, Energiepolitik und Forschungsprogramme, der Verf.] erforderlich«, wie es in einer Entschließung des Europäischen Parlaments vom September 2011 heißt.¹⁴ Ein solches System könnte weltweit Vorbildcharakter haben und hätte auch deutlich positive Auswirkungen auf die Welternährung.

Anmerkungen

- 1 IAASTD (2008): International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (www.agrarbericht.de).
- 2 OECD & FAO – Organisation for Economic Co-operation and Development & Food and Agriculture Organization of the United Nations (Eds.) (2010): OECDFAO- Agricultural Outlook 2010–2019.
- 3 F. J. Mari: »Genießbare Abfälle«. In: Der kritische Agrarbericht 2008, S. 73–78. – Misereor (2010): Wirkungen der Europäischen Agrarpolitik auf die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern mit Schwerpunkt Afrika. Vorläufige Fassung.

- 4 M. Häusling: Europa braucht eine zukunftsfähige Eiweißstrategie! In: Der kritische Agrarbericht 2011, S. 32–35.
- 5 Deutscher Bauernverband (Hrsg.) (2010): Situationsbericht 2011: Trends und Fakten zur Landwirtschaft.
- 6 OXFAM (2011): Land and Power.
- 7 Das Recht auf Nahrung, zutreffender Recht auf angemessene Ernährung genannt, ist als Menschenrecht völkerrechtlich verankert in Artikel 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt). Es ist außerdem enthalten in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf angemessene Ernährung ist Olivier de Schutter, sein Vorgänger bis 2008 war Jean Ziegler. Mehrere Staaten haben das Recht auf angemessene Ernährung in ihren Verfassungen verankert. Die Leitlinien zum Recht auf Nahrung sind von der Homepage des BMELV herunterladbar (<http://gruenlink.de/32r>). – Siehe auch: O. de Schutter and G. Vanloqueren (2011): The New Green Revolution: How Twenty-First-Century Science Can Feed the World.
- 8 MERCOSUR ist die abgekürzte Bezeichnung für den Gemeinsamen Markt Südamerikas. Die spanische Bedeutung für die Abkürzung ist *Mercado Común del Sur* (Gemeinsamer Markt des Südens). Die EU und MERCOSUR verhandeln seit langem über ein Freihandelsabkommen, allerdings ist der Zugang von Agrarprodukten aus dem MERCOSUR-Gebiet in die EU bisher ein ungelöster Streitpunkt.
- 9 T. Reichert et al. (2011): Die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU: Für eine zukunftsgerichtete ökologisch und sozial nachhaltige Agrarpolitik. In: Solidarität und Stärke. Zur Zukunft der Europäischen Union. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung.
- 10 Europäische Kommission (2011): Sustainable food consumption and production in a resource-constrained world.
- 11 Empowerment bedeutet die Erhöhung der geistigen, politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Stärke von Individuen und Gemeinschaften.
- 12 Institute for European Environmental Policy (IEEP) (2011): Developing a Territorial Approach for the CAP. A discussion paper.
- 13 European Green Party (EGP) (2008): Eine grüne Nahrungsmittelpolitik für Europa. Stärkung der europäischen Nahrungsmittelkultur (<http://europeangreens.eu/menu/egp-policies/food-policy>).
- 14 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. September 2011 zu einem Rahmen für die Politik der Europäischen Union zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Verbesserung der Ernährungssicherheit (2010/2100(INI)). In dieser Entschließung finden sich eine Vielzahl der in diesem Beitrag genannten Erwägungen und Forderungen wieder.



Martin Häusling

Mitglied des Europäischen Parlaments (Fraktion Grüne/EFA), Koordinator für die Grünen im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und Milchbauer in Nordhessen

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60 - ASP 8 H 255, B-1047 Brüssel
E-Mail: martin.haeusling@europarl.europa.eu

Statt Ausnahme: die Regel

Antibiotikaeinsatz als notwendige Bedingung für das System der intensiven Massentierhaltung

von Friedrich Ostendorff und Daniel Elfendahl

Wenn man Fleisch isst, braucht man keine Tabletten mehr. Das ist die Befürchtung von immer mehr Konsumenten angesichts des Ausmaßes der Antibiotika-Vergabe in der Nutztierhaltung. Bisher war es jedoch immer schwierig, belastbare Daten zu bekommen, die hieb- und stichfest belegen, was Experten schon lange vermuten: Neben Soja sind Antibiotika der Treib- und Schmierstoff der agrar-industriellen Tiermast. Diese These wird nun durch die Antwort der Bundesregierung auf eine »Kleine Anfrage« von Bündnis 90/Die Grünen zum »Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung« und vor allem durch die im November 2011 veröffentlichten Ergebnisse der Studie des Landes Nordrhein-Westfalen zur »Evaluierung des Antibiotikaeinsatzes in der Hähnchenhaltung« bestätigt. Unter dem Druck der Faktenlage erkennt auch Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner die Risiken der industriellen Tierhaltung an. Trotzdem bleiben die von ihr angekündigten Maßnahmen vage, weil sie nach Ansicht der Autoren die sich zwingend ergebende Schlussfolgerung scheut: Das System der Massentierhaltung grundsätzlich in Frage zu stellen.

Alles hat seinen Preis. So sagt es der Volksmund. Doch Preise sagen allzu oft nicht die Wahrheit und bilden nur einen kleinen Teil des realen Werts ab. Genauso verhält es sich mit den Preisschildern auf Etiketten von Fleisch aus industrieller Massenproduktion, so wie wir sie in vielen Supermärkten vorfinden. Wenn ein halbes Hähnchen für 1,98 Euro angeboten wird, mit dem Fachwerkhof und der grünen Wiese auf der Verpackung, dann ist klar, dass etwas auf der Strecke geblieben ist bei der Preisbildung. Der Preis für den Billig-Preis sind unter anderem tierschutzwidrige Produktionsbedingungen, Umweltschäden oder auch Gefahren für die menschliche Gesundheit. Diese externen Kosten trägt die Gesellschaft, ohne sie den Verursachern angemessen in Rechnung zu stellen.

Permanent und vorbeugend Antibiotika

Eine Grundvoraussetzung für den betriebswirtschaftlichen Erfolg der Agrarindustrie, das bestätigen schon die Ausführungen der Bundesregierung zur »Kleinen Anfrage« von Bündnis 90/Die Grünen zum »Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung«, ist die permanente und vorbeugende Verabreichung von Antibiotika in Mastställen.¹ So werden beispielsweise Schweine in ih-

rem kurzen Leben mit durchschnittlich 5,9 Antibiotikagaben »behandelt«. Das bedeutet bei Mastschweinen in intensiven Haltungsformen eine Gabe pro Monat.² Noch gravierender sind die Zahlen zur Hähnchenhaltung in der NRW-Studie zur »Evaluierung des Antibiotikaeinsatzes in der Hähnchenhaltung« (siehe Kasten).³ Bei insgesamt 962 untersuchten Mastdurchgängen ist jedes Tier durchschnittlich 2,2-mal und in Einzelfällen bis zu achtmal mit antimikrobiell wirksamen Mitteln behandelt worden.⁴ Man kann somit sagen, dass diese Tiere von der Geburt bis zum Tod Patienten in Dauerbehandlung sind. Präziser muss man jedoch feststellen, dass es wohl nicht um Behandlung im medizinischen Sinne geht. Wenn 53 Prozent der in NRW behandelten Hähnchen nur ein bis zwei Tage das gleiche Antibiotikum verabreicht wurde, obwohl meist eine sieben-tägige Medikation in den Zulassungsbedingungen festgelegt ist,⁵ muss man davon ausgehen, dass es um Wachstumsdoping geht. Eine weitere Erklärung für die massive Vergabe ist, dass wohl die Gefahr abgewendet werden soll, dass möglicherweise ein krankes Tier die anderen 39 998 Artgenossen infizieren könnte, damit nur ja alle die tierschutzwidrigen Haltungsbedingungen bis zur Schlachtung überleben. (Bei der Planung von Stallbauten mit 40 000 und mehr Hähnchen müs-

sen die Bürger laut Bundesimmissionsschutzgesetz beteiligt werden; deshalb gibt es erstaunlich viele Ställe mit 39 999 Hähnchen ...)

Beides ist nach dem Arzneimittelgesetz (AMG) zwar nicht zulässig,⁶ lässt sich aber im Einzelfall schwer nachweisen und kontrollieren. Diese Zustände bergen immense Risiken und die damit verbundenen Kosten für die Gesellschaft. Die Politik ist hier gefordert. Sie muss für Transparenz bei der Verabreichung von Antibiotika sorgen. Sie muss die Kontrollinstanzen in die Lage versetzen, ihre Arbeit zu machen. Und sie muss letztlich einen Rahmen für die Nutztierhaltung schaffen, der nicht der agrarindustriellen Logik des Massenkonsums und Exportwahns folgt.

Risiken des massenhaften Antibiotikaeinsatzes

Laut Professor Kaufmann vom Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie muss man schon heute davon ausgehen, dass jede zweite Verschreibung von Antibiotika in der Humanmedizin nutzlos ist. Er sieht uns bereits auf dem Weg zurück in die »präantibiotische Ära vor 1945«.⁷ Ein Grund für die Bildung von Antibiotikaresistenzen ist die unkritische Verschreibep Praxis von Antibiotika, die in der Humanmedizin in den letzten Jahrzehnten üblich war. Hier versucht man seit einiger Zeit gegenzusteuern.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der massive Einsatz von Antibiotika in der Intensivtierhaltung mit ihrer hohen Tierbesatzdichte. Hier rückt die Ausweitung des Methicillin-resistenten *Staphylococcus aureus* – kurz MRSA – in den Blickpunkt. Dieser multiresistente Keim ist mittlerweile bei einem Großteil der Tierbestände festzustellen. So lassen sich zum Beispiel in 52 Prozent der deutschen Schweinemastbetriebe die gefährlichen MRSA-Bakterien nachweisen.⁸ Beim Geflügel sind ähnliche Dimensionen erkennbar: 30 bis 40 Prozent der Schlachtkörper sind mit MRSA kontaminiert. Damit birgt jedes dritte Hühnchen die Gefahr einer Infektion, denn das Fleisch liegt zur Zubereitung in den Küchen der Verbraucherinnen und Verbraucher, die noch nicht einmal über die zu treffenden Vorsichtsmaßnahmen wie das Tragen von Handschuhen informiert sind.

Fragt man die Bundesregierung nach diesen Untersuchungen, bestätigt sie die Ergebnisse. Auch konstatiert sie weiteren Forschungsbedarf. Gleichzeitig weist sie aber auch darauf hin, dass es sich um den »livestock associated (la)-MRSA« handle, der in keiner Weise vergleichbar sei mit dem weitaus gefährlicheren, als Krankenhaus-Keim bekannten »hospital aquired« (ha)-MRSA.⁹ In der Tat haben die Krankenhauskeime andere, für den Menschen zurzeit gefährlichere Eigenschaften als der MRSA aus der Tierhaltung. Die deut-

Antibiotikaeinsatz in der Hähnchenhaltung

Insgesamt basiert die in Nordrhein-Westfalen vorgenommene »Evaluierung des Antibiotikaeinsatzes in der Hähnchenhaltung« auf Daten von 962 Mastdurchgängen und von 182 verschiedenen Betrieben in NRW innerhalb des Zeitraums von Februar bis Juni 2011, so dass von einer belastbaren Datengrundlage gesprochen werden kann. Die wichtigsten Ergebnisse sind:²³

- Die Haltung von Masthühnern erfolgte bei 163 (17 Prozent) aller Mastdurchgänge bzw. in 18 (zehn Prozent) der ausgewerteten Betriebe durchgehend ohne den Einsatz von antimikrobiellen Substanzen. Auffallend ist, dass auf diesen zehn Prozent der Betriebe lediglich 3,6 Prozent der Tiere gehalten wurden, also 96,4 Prozent der Masthühner einer antibiotischen Behandlung unterzogen wurden.
- Bei den erfassten Mastdurchgängen mit Antibiotikaeinsatz kam eine Vielzahl von Wirkstoffen zum Teil zeitgleich zum Einsatz (1–8 Wirkstoffe pro Mastdurchgang) und die jeweilige Behandlungsdauer eines Wirkstoffes lag bei 53 Prozent (924 von 1748) der Behandlungen mit ein bis zwei Tagen deutlich unter den Zulassungsbedingungen der verabreichten Wirkstoffe.

- Bei kleinen Betrieben mit weniger als 20 000 Tieren und bei einer Mastdauer von mehr als 45 Tagen wurde eine signifikant geringere Behandlungsintensität (Dauer, Anzahl der Wirkstoffe) festgestellt. Ein genereller Zusammenhang zwischen Behandlungsintensität und Betriebsgröße war auf Basis der Einzelbetriebsdaten dagegen nicht erkennbar.
- Ziel der Studie war zunächst die Statuserhebung, damit sowohl die für Tierschutz und Tierarzneimittel zuständigen Überwachungsbehörden als auch Wirtschaftsbeteiligte über die landesweit erhobenen Durchschnittswerte in Kenntnis gesetzt werden können. Die dargestellte Situation, wonach über 96 Prozent der Masthühner behandelt werden, ist nicht akzeptabel und legt den Schluss nahe, dass das Haltungssystem nicht den Vorgaben des Tierschutzgesetzes entspricht, da die angemessene Ernährung, Pflege und verhaltensgerechte Unterbringung in Frage gestellt werden muss.
- Weitere Faktoren wie z. B. Betriebsmanagement, Qualität der tierärztlichen Behandlung, Genetik der Tiere, Besatzdichte etc. sind zu prüfen. Der Einfluss dieser Faktoren auf den Antibiotikaeinsatz kann mit den bisher erhobenen Daten nicht abschließend bewertet werden.

sche Gesellschaft für Krankenhaushygiene geht davon aus, dass jährlich circa 7 000 Menschen in Deutschland am Krankenhaus-MRSA sterben und der Landwirtschafts-Keim »nur« für 1,8 Prozent der Infektionen verantwortlich sei.¹⁰

Aber die Bakterien lassen sich, zumal in einer globalisierten Welt, nicht isoliert voneinander betrachten. Schon heute sind viele Landwirte und ihre Familien Träger des MRSA aus der Tierhaltung. Bei 86 Prozent der Tierhalter liegt eine nasale Besiedlung vor, circa 30 Prozent tragen die Keime auf den Händen. Eine Studie der Universität Utrecht ergab zudem, dass MRSA-Keime nicht nur im Stallstaub, sondern noch in 1 000 Metern Entfernung von der Tierhaltungsanlage in der Luft nachzuweisen waren.¹¹ Eine weitere aktuelle Studie aus Schweden zeigt, dass geringste Konzentrationen von Antibiotika in der Umwelt ausreichen, um resistente Keime zu entwickeln.¹² Somit erweitert sich der Kreis der potenziellen Träger auf die nächsten Nachbarn von Tierhaltungsbetrieben. Die Bakterien werden weitergetragen, zum Beispiel ins nächste Krankenhaus, das ebenso wie der »Stall mit dichtem Tierbesatz [...] eine ideale Brutstätte für Resistenzen«¹³ ist. Ein entscheidendes Merkmal des MRSA-Bakteriums ist in diesem Zusammenhang, dass es seine Eigenschaften quasi im Vorbeigehen mit denen anderer Keime austauscht. Nicht umsonst untersucht der bundesweite Forschungsverbund MedVetStaph zurzeit die MRSA-Übertragungswege vom Tier auf den Menschen.

Der Verweis auf die vermeintlich für Menschen unbedenklichere Variante des MRSA aus der Tierhaltung ist also eine gefährliche Verharmlosung und dient ausschließlich als Rechtfertigung für die Passivität der Bundesregierung. Das ist unverantwortlich, denn die Regierung erkennt die Problematik doch an, wenn sie gleichzeitig küchenhygienische Tipps gibt, damit man sich nicht über das Tauwasser von Fleischprodukten mit MRSA infiziert.¹⁴

Politische Konsequenzen ziehen

Gerade nach den Erfahrungen der letzten Lebensmittelkrisen muss unser Handeln von drei Maßnahme-Strängen bestimmt sein.

1. Datenlage verbessern und Transparenz schaffen

Wir müssen *erstens* die Forschungsbemühungen weiter intensivieren – zum Beispiel zu den Auswirkungen der Haltungsform auf den Antibiotikaverbrauch – und brauchen eine transparente und risikoorientierte Erfassung der Arzneimittelvergabe in der Tierhaltung. Schon bei diesem Punkt, bei dem es erst einmal nur darum geht, eine verlässliche Datenlage zu bekommen, stellte sich die schwarz-gelbe Bundesregierung, geleitet von Lobby-Interessen, lange quer, verzögerte und blo-

kierte wie bei der sogenannten DIMDI-AMV: Im Sommer 2005 hatte Rot-Grün noch kurz vor dem Regierungswechsel eine Initiative zur Erfassung des Antibiotika-Verbrauchs in der Tierhaltung auf den Weg gebracht. Genau wie bei Arzneimitteln für die Humanmedizin sollte die Antibiotika-Vergabe beim Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) erfasst werden. Vorgesehen war ursprünglich eine risikoorientierte Erfassung der Daten, das heißt: Es ging zwar einerseits um die wissenschaftliche Dokumentation, es war aber andererseits auch beabsichtigt, konkrete Hinweise auf Missbrauch zu bekommen, um gegebenenfalls strafrechtlich eingreifen zu können.

Doch die Nachfolgeregierungen haben der Initiative in Kooperation mit einigen CDU-geführten Bundesländern den Zahn gezogen: Vermutlich »beraten« von den Lobby-Vertretern der Agrarindustrie verzichtete man bei der Ende 2010 verabschiedeten Arzneimittelverordnung, der DIMDI-AMV, völlig auf die Risiko-Orientierung, das heißt die Sammlung der Daten im Hinblick auf eine mögliche Strafverfolgung im Missbrauchsfall. Bei der Dokumentation wurde peinlich darauf geachtet, nicht zu viele Informationen herauszugeben. So müssen nur die ersten beiden Ziffern der Postleitzahl des verschreibenden Tierarztes aufgeführt werden. Sogar vor skurrilen Sonderregelungen machte man nicht Halt und verzichtet für Arzneimittel, die »ausschließlich für Geflügel zugelassen sind«¹⁵, selbst auf die Nennung der Postleitzahl-Ziffern. Als Begründung bemühte man den Datenschutz: Die Konzentration von Geflügel-Betrieben im »Schwarzen Dreieck« Vechta-Wildeshausen-Cloppenburg lasse einen direkten Rückschluss von der Postleitzahl auf den Namen des behandelnden Arztes und womöglich dessen Auftraggeber zu. Somit müsse einer Schlechterstellung der Geflügelindustrie unter Gesichtspunkten des Datenschutzes entgegengewirkt werden.

Diese Konstruktion hat nicht einmal der Datenschutzbeauftragte der Bundesregierung, Peter Schaar, verstanden. Schaar stellte unmissverständlich fest, dass die Nennung der Postleitzahlen nicht datenschutzrelevant ist und »unter dem Gesichtspunkt der Informationsfreiheit und des Verbraucherschutzes [...] mehr Transparenz wünschenswert«¹⁶ sei. Bündnis 90/Die Grünen beantragten daraufhin die Streichung der Sonderregelung für Geflügel – erfolglos. Erst nach Bekanntwerden der NRW-Studie kündigt Ilse Aigner neben einer transparenteren Erfassung der Daten im DIMDI auch ausdrücklich die Streichung der Sonderregelung für Geflügel an, ohne jedoch schon konkrete Regelungen vorzulegen. Um wirkliche Transparenz im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher herzustellen, sind deutlich weitergehende Maßnahmen notwendig: Die komplette Adresse der Tierärzte muss

aufgeführt werden und die für die Strafverfolgung zuständigen Bundesländer müssen offensiv über Missstände informiert werden. Das wird selbst von der Bundes-tierärztekammer unterstützt, die nicht bekannt ist für radikale Vorschläge und sicherlich auch die berechtigten Datenschutz-Interessen ihrer Mitglieder vertritt.

2. Schutz der Bevölkerung

Der zweite Maßnahmenstrang umfasst den konkreten Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Schäden. Wir brauchen eine Verschärfung der Regelungen im Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG). Das meint den obligatorischen Einbau von Filteranlagen, einen größeren Abstand zur Wohnbebauung und niedrigere Schwellen für die Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen endlich eine standardisierte Hygienestrategie für Krankenhäuser und Pflegeheime. Auch hierzu legt die Bundesregierung in der Substanz nichts vor. Gefragt nach ihren Konzepten verweist sie auf Empfehlungen des Robert Koch-Instituts zu wichtigen hygienischen Maßnahmen in medizinischen Einrichtungen.¹⁷ Die hier gemachten Vorschläge sind in der Tat unerlässlich für einen guten hygienischen Standard und geben wichtige Empfehlungen für die Praxis. Jedoch kann der Appell zum Händewaschen nicht die politische Antwort auf die Problematik der Krankenhausinfektionen ersetzen.

Hier braucht es endlich ein bundesweit obligatorisches »Screening« in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, um Träger von MRSA direkt bei der Einweisung zu erkennen und zu isolieren. In den Niederlanden und in Skandinavien hat ein solches »Screening« bewirkt, dass die Verbreitung der Keime in Kliniken nahezu gestoppt werden konnte.¹⁸ In Deutschland hingegen haben wir kein einheitliches Vorgehen. Viele Regionen und Landkreise beziehungsweise medizinische Einrichtungen setzen jeweils ihre eigenen Konzepte um mit sehr unterschiedlichen Standards. Wir brauchen hier bundesweit einheitliche Regeln und müssen Risikogruppen definieren. Optimal wäre ein generelles, obligatorisches Screening. Das ist mit hohem finanziellen Aufwand verbunden, der aber im Sinne des Bevölkerungsschutzes sicherlich gerechtfertigt ist. Trotzdem sind wir wieder bei dem Teil der Kosten angekommen, der nicht auf Preisetiketten abgebildet ist, nämlich den externen Kosten.

3. Das agrarindustrielle System überwinden

Das führt uns zum *dritten* Aspekt: der Systemfrage. Wenn es stimmt, dass die industrielle Tierhaltung nur auf der Grundlage von regelmäßigem Antibiotikaeinsatz (betriebs-)wirtschaftlich produzieren kann; wenn dadurch der Gesellschaft ein erheblicher Aufwand beziehungsweise Schaden entsteht, was die Erfassung, die Kontrolle und den Kampf gegen Resistenzen und ihrer

Folgen angeht, dann müssen die Grundlagen gelegt werden, dieses agrarindustrielle System zu überwinden. Die Alternative ist klar: Die bäuerlich-ökologische, nachhaltige, regional orientierte Produktionsweise mit hohen Tierschutzstandards, die deutlich geringere externe Kosten verursacht. In so geführten Betrieben – das zeigen auch die Ergebnisse aus NRW – ist die Behandlungsintensität mit Antibiotika deutlich geringer.¹⁹ Zudem belegen immer mehr Studien – wie zum Beispiel die NEULAND-Studie des Robert Koch-Instituts (RKI) aus dem Jahr 2010 – den Zusammenhang von Haltung und Ausbreitung multiresistenter Keime.²⁰

Vorbild NEULAND

Das Robert Koch-Institut untersuchte in 24 NEULAND-Betrieben 178 Schweine auf MRSA. Bei *keinem einzigen* Tier wurde der Keim festgestellt. Als Gründe vermuten die Experten: Niedrigere Besatzdichten, höhere Tierschutzstandards, Strohhaltung und vor allem ein geringerer, gezielter Einsatz von Antibiotika in Betrieben mit NEULAND-Haltung. Auch nach den bisherigen Erkenntnissen der Bundesregierung ist das MRSA-Aufkommen in bäuerlich-ökologischen Betrieben geringer als in konventionellen.²¹ Der Zusammenhang von MRSA und Haltungsart muss dringend weiter erforscht werden und das auf möglichst breiter Datengrundlage. Wenn sich die Ergebnisse und die vermuteten Ursachen bestätigen, dann muss die Gesellschaft die Entscheidung fällen, ob sie die Kosten des agrarindustriellen Systems weiter tragen möchte. Das gilt für die individuellen Kaufentscheidungen, das gilt vor allem aber auch für die politischen Rahmenbedingungen, die heute noch in Ländern, im Bund und auf europäischer Ebene Massenproduktion und Exportorientierung fördern.

Das Problem des Antibiotikamissbrauchs in der Tierhaltung und der daraus resultierenden Maßnahmen darf nicht isoliert betrachtet und auf die Frage der Kontrolle oder der Transparenz reduziert werden. Gleichzeitig dürfen wir die Systemfrage nicht nur abgehoben und letztlich ohne Konsequenz behandeln. Wir müssen die drei genannten Stränge zusammenbringen, damit sich sowohl im Konkreten als auch grundsätzlich etwas ändert.

Preise und Werte

Wer heute mit Menschen über Fleischkonsum und Tierhaltung redet, stellt einen Bewusstseinswandel fest. Auch neuere Studien belegen, dass Menschen bereit sind, mehr Geld für Fleisch auszugeben, wenn es zum Beispiel aus erkennbar artgerechter Tierhaltung kommt.²² Trotzdem bleibt die Frage nach dem Preis relevant und ist sicherlich bei den meisten Menschen we-

sentlich für die Kaufentscheidung. Daher ist es an der Politik, den Bewusstseinswandel in der Bevölkerung zu flankieren, und das bedeutet:

- Produkte, deren Preise die realen Kosten abbilden, müssen kenntlich gemacht werden. Dabei geht es zum Beispiel um die Einführung einer verbindlichen Tierschutzkennzeichnung. Bei den Konsument:innen hat sich gezeigt, dass die Menschen genau hinschauen, was sie kaufen, wenn die Haltungsform transparent gemacht wird. Fast jeder Verbraucher weiß zum Beispiel: Die »3« auf Eiern steht für Käfighaltung.
- Wir müssen das teuer machen, was Werte zerstört. Hierbei geht es vor allem um das Umfeld und die Standards der Produktion. Dazu gehört die konsequente Bindung der Tierhaltung an die Futterfläche, strengere Grenzwerte für Emissionen, bessere Umsetzung des Tierschutzes oder eben die wirksame Kontrolle und Erfassung des Antibiotikaverbrauchs.

Das Ziel muss sein, die Kluft zwischen Preisen und Werten zu verringern. Das kann gelingen, wenn wir – unterstützt von der zunehmend kritischen Gesellschaft – das agrarindustrielle System in den Zangengriff von Kontrolle und Transparenz einerseits und politischer Rahmensetzung andererseits bekommen.

Folgerungen & Forderungen

- Ohne die regelmäßige und vorbeugende Vergabe von Antibiotika kann das System der Intensivtierhaltung nicht funktionieren.
- Die systematische Verabreichung von Antibiotika macht eine tiergerechte Haltung unmöglich und gefährdet durch die Entstehung von Resistenzen auch die menschliche Gesundheit.
- Bäuerlich-ökologische Haltungssysteme verursachen bedeutend weniger gesellschaftliche Folgekosten.
- Der Preis für Fleischprodukte muss die Wahrheit sagen. Wir müssen durch definierte Produktionsstandards das teuer machen, was Werte zerstört.
- Die Adresse der Antibiotika verschreibenden Tierärzte muss transparent und komplett beim Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information aufgeführt werden.
- Die Bundesländer müssen offensiv über Missstände informiert werden.
- Es muss endlich ein bundesweites obligatorisches Screening in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen geben, damit Träger des MRSA-Keims schon bei Aufnahme isoliert werden können.
- Wir brauchen zur Antibiotikavergabe Konkretisierungen im Arzneimittelgesetz und schärfere Kontrollen.

Anmerkungen

- 1 Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 17/6807). – Antwort der Bundesregierung (Drucksache 17/6908). In den nachfolgenden Fußnoten zitiert als: Antwort auf Kleine Anfrage, Seitenangabe.
- 2 Antwort auf Kleine Anfrage, S. 2. – Forschungsprojekt des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) zur Antibiotikaverbrauchsmengenerfassung im Rahmen der Machbarkeitsstudie. In: Deutsches Tierärzteblatt, 4/2010, S. 476.
- 3 Landesamt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz: Abschlussbericht »Evaluierung des Antibiotikaeinsatzes in der Hähnchenhaltung«. Recklinghausen, 14. November 2011 (Download: www.umwelt.nrw.de/verbraucherschutz/pdf/antibiotika_masthaehnen_studie.pdf). In den nachfolgenden Fußnoten zitiert als: NRW-Studie, Seitenangabe.
- 4 NRW-Studie, S. 3.
- 5 NRW-Studie, S. 4.
- 6 Vgl. Arzneimittelgesetz (AMG) § 56a.
- 7 S. H. E. Kaufmann: Wächst die Seuchengefahr? Globale Epidemien und Armut. Strategien zur Seuchenbekämpfung in einer vernetzten Welt. Frankfurt am Main 2008, S. 200. Im Folgenden zitiert als Kaufmann: Seitenangabe.
- 8 Antwort auf Kleine Anfrage, S. 7.
- 9 Antwort auf Kleine Anfrage, S. 5 ff.
- 10 Antwort auf Kleine Anfrage, S. 11.
- 11 D. J. J. Heederik & C. J. IJzermans: Mogelijke effecten van intensieve-veehouderij op de gezondheid van omwonenden: onderzoek naar potentiële blootstelling en gezondheidsproblemen, Utrecht 2011 (Download der Studie: www.nivel.nl/pdf/Rapport-Intensieve-Veehouderij.pdf).
- 12 E. Gullberg et al.: Selection of resistant bacteria at very low antibiotic concentrations. In: PLoS Pathogens, Volume 7, July 2011.
- 13 Kaufmann, S. 208.
- 14 Antwort auf Kleine Anfrage, S. 4.
- 15 § 3 (1) DIMDI-AMV.
- 16 Stellungnahme des Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, die der Bundesregierung am 23. November 2010 vorlag (siehe Antwort auf Kleine Anfrage, S. 14).
- 17 Vgl. Epidemiologisches Bulletin, 2008, Nr. 42, S. 363.
- 18 Kaufmann, S. 205.
- 19 NRW-Studie, S. 6 f.
- 20 Die Studie aus dem Jahr 2010 kann im Neuland-Büro Belsdorf über E-Mail bestellt werden (jochen.dettmer@neuland-fleisch.de).
- 21 Antwort auf Kleine Anfrage, S. 8.
- 22 I. Deimel et al.: Perspektiven für ein Europäisches Tierschutzlabel. Göttingen 2010, S. 53 ff.
- 23 Die folgende Textpassage ist der Zusammenfassung der NRW-Studie (S. 12) entnommen.



Friedrich Ostendorff

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Deutschen Bundestag, agrarpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Bauer in Westfalen.



Daniel Elfendahl

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter des Bundestagsbüros von Friedrich Ostendorff

Platz der Republik, 11011 Berlin
E-Mail: friedrich.ostendorff@bundestag.de
www.friedrich-ostendorff.de

● **Schwerpunkt »Zusammen arbeiten«**

Gegenwind für Agrarfabriken

Bürgerinitiativen verhindern Tierfabriken und stoßen politische Regelungen an

von Eckehard Niemann

Eine Flut von Planungen, Bauanträgen und Neubauten von Agrarfabriken hat einen ebenso massiven Widerstand und eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Zukunft der Nutztierhaltung ausgelöst. Diese Debatte erreicht zunehmend auch die Politik in den Kommunen, Landkreisen und Bundesländern und auch auf Bundesebene. Die Bürgerinitiativen, organisiert im Netzwerk »Bauernhöfe statt Agrarfabriken«, können nicht nur die Verhinderung einzelner Anlagen zu ihren Erfolgen zählen, sondern erwirken insbesondere in den bereits viehintensiven Regionen Norddeutschlands auch konkrete Veränderungen in der Genehmigungspraxis sowie in der politischen Rahmensezung. Ihre Aktivitäten zielen auf ein generelles Verbot von Agrarfabriken und Qualhaltung und auf die Durchsetzung einer artgerechten Tierhaltung in mittelständischen, bäuerlichen Strukturen mit eigener Futtergrundlage.

Gegen die Antragsflut für große Geflügel- und Schweineanlagen gibt es bundesweit einen massiven Widerstand von Bürgerinitiativen, zusammengeschlossen im »Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken«. Den Bürgern geht es zunächst vor allem um die Bedrohung ihrer Lebensqualität und Gesundheit durch die Geruchs- und Keimemissionen, um die schweren Fahrzeuge auf Dorfstraßen und Wirtschaftswegen, um die Beeinträchtigung von Natur und Umwelt durch Stickstoff-Frachten und um den Wert ihrer Immobilien. Rasch geraten jedoch weitere Aspekte in den Blickpunkt: Qualhaltung und Qualzucht, Konzernstrukturen und Abhängigkeit der Landwirte, Importe von Gentech-Soja und Dumpingexporte zu Lasten der Bauern in armen Ländern, Einkaufs- und Ernährungsverhalten, Alternativen zur industriellen Tierhaltung – und auch die Lage der Landwirte und die Gestaltung der Agrarpolitik.

Viele Landwirte beteiligen sich, weil auch sie diese gesellschaftlich nicht mehr akzeptierte Tierhaltung, die damit verbundene Konzernabhängigkeit und die Verdrängung von bäuerlichen Betrieben ablehnen. Viele von ihnen könnten nach einem genehmigten Bauvorhaben eines Agrarindustriellen nie mehr einen eigenen Stall bauen oder erweitern, weil es gesetzliche Obergrenzen für Geruch und Emissionen im Außenbereich der Gemeinden gibt, die durch eine einzige Agrarfabrik bereits ausgeschöpft werden.

Widerstand gegen einzelne Anlagen

Der Widerstand der Initiativen stößt nicht nur auf eine mächtige und verfilzte Agrarindustrie-Lobby, sondern meist auch auf eine intransparente, bürgerunfreundliche Genehmigungspraxis: mit unzureichenden Bekanntmachungen über Bauvoranfragen oder Bauanträge, mit heimlichem Durchwinken auf Gemeindeebene oder mit Verweigerung der Einsichtnahme in die Antragsunterlagen. Die Information der Bürger und die kritische Überprüfung der von den Investoren eingereichten Gutachten übernehmen – anstelle der Behörden – oft die Bürgerinitiativen mit selbst finanzierten »Plausibilitätsanalysen« und eigenen Recherchen. Erst mit anwaltlicher Hilfe konnten Bürgerinitiativen im Emsland durchsetzen, dass zu den Antragsunterlagen auch Gutachten über die Keimverbreitung und effektive Brandschutzkonzepte gehören müssen. In den Bauordnungen aller 16 Bundesländer ist vorgeschrieben, dass im Brandfall die Rettung von Menschen und Tieren möglich sein muss. Mit Blick auf die Tiere wurde diese Frage jedoch seitens der Baugenehmigungsbehörden fast nie gestellt.

Trotz dieser widrigen Umstände haben die Bürgerinitiativen viele Großanlagen verhindern können, weil Investoren durch örtliche Proteste abgeschreckt wurden oder Fehler gemacht hatten (zum Beispiel bei der Sicherung der Zuwegung oder bei Gutachten). Wichtig ist

die Positionierung der Kommunalpolitiker – wegen der Signalwirkung auf die Investoren und wegen der Möglichkeiten, über Flächennutzungspläne oder Bebauungspläne zumindest die Standorte gewerblicher Ställe in Frage zu stellen (Möglichkeit zur Abschiebung in »Sonderzonen«). Etliche Gemeinden, Landkreise und Regionen wie zum Beispiel Hannover, Lüneburg, Emden oder Salzwedel haben sich durch Beschlüsse oder Koalitionsverträge gegen agrarindustrielle Projekte und für eine bäuerliche Landwirtschaft positioniert.¹

Landkreise machen Druck auf Land und Bund

Gerade auch in den Intensiv-Tierhaltungsregionen Niedersachsens, in der Regel CDU-dominiert, hat der Druck der Bürger und Wähler mittlerweile deutliche Ergebnisse gezeitigt. Die Landkreise Emsland, Oldenburg und Vechta sprachen einen Quasi-Genehmigungsstopp für Anträge ohne Brandschutzkonzept aus. Für Neuanlagen in 500 Meter Nähe zur Wohnbebauung verlangen diese Landkreise ein Keimschutzgutachten.

Die niedersächsische Landesregierung unterstützt verbal diese neuen Brandschutz- und Keimschutzvorgaben. Trotzdem gibt es bisher lediglich interne »Handreichungen« für die Genehmigungsbehörden zum Brandschutz, die aber – entgegen der Bauordnung – von der Unmöglichkeit der Rettung der Tiere im Brandfall ausgehen. Sie beschränken sich im Wesentlichen auf Vorschriften für feuerfestere Baumaterialien und bessere Löschmöglichkeiten und sehen – außer in der Region Hannover – nicht mal einen Pferch für gerettete Tiere vor. Über die Ausgestaltung der Keimschutzgutachten und die Berücksichtigung des Vorsorgeaspekts gegen mögliche Gesundheitsschäden gibt es eine intensive Diskussion bei niedersächsischen Genehmigungsverfahren, nachdem Untersuchungen der niederländischen Universität Utrecht die weiträumige Verbreitung der Keime und Gesundheitsschäden bei Anwohnern nachgewiesen haben.² Dennoch werden vermutlich erst Musterklagen diese Anforderungen durchsetzen müssen.

Auch andere Landkreise arbeiten an der Eindämmung bzw. Verhinderung von Agrarfabriken: Der Landkreis Aurich erlaubt keine gewerblichen Anlagen (ohne ausreichende Futtergrundlage) mehr. Der Landkreis Cloppenburg genehmigt neue Stallbauten mit mehr als 2 000 Schweinemast- und mehr als 750 Sauenplätzen nur noch mit Abluft-Reinigungsanlagen. Der Landkreis will oberhalb bestimmter »Aufgreifschwelen« (Tierzahlen) auch Raumordnungsverfahren, die den Bürgern mehr Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen, durchzuführen. Auch in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern räumen die Landesregierungen die Möglichkeit von Raumordnungsverfahren ein.

Der Niedersächsische Landkreistag als Spitzengremium aller Landkreise hat mittlerweile vom Land Neu-

regelungen bei der Genehmigung von Großanlagen eingefordert. In Regionen wie dem Nordwesten Niedersachsens sei die objektive Grenze des Möglichen erreicht. Außerdem nehme die Akzeptanz für bestimmte Arten von Tierhaltungsanlagen in weiten Teilen der Bevölkerung ab. Das geltende Recht biete keine hinreichenden Möglichkeiten zur Grenzziehung. Die Landkreisversammlung forderte vom Land Niedersachsen konkrete Vorgaben für die Genehmigung und den Bau von Großmastanlagen. Vom Bund wird eine Änderung des Baurechts eingefordert.

Der niedersächsische Agrarminister Lindemann fordert für viehintensive Landkreise (mit mehr als zwei Großvieheinheiten pro Hektar) Obergrenzen bei Neubauten von Ställen. Ausgehend von der Überlegung, dass sich ein neuer Stall als ein weiterer Betriebszweig in das vorhandene Arbeitskräftepotenzial eines typischen Familienbetriebes einordnen müsse, fordert er als Obergrenzen zur Abwehr anders strukturierter Betriebe: maximal 2 000 Mastschweine, 800 Rinder oder 40 000 Hühner. Der Forderung nach einer flächendeckenden Regelung stimmt Lindemann bisher nicht zu. Investoren können also in »andere« Landkreise ausweichen.

»Landwirtschaftlich« oder »gewerblich«?

Aufgrund des öffentlichen Drucks in allen Bundesländern wurde im Rahmen der Diskussion über die Novellierung des Bundesbaugesetzbuchs (BauGB) auch die Frage der baurechtlichen Privilegierung von Tierhaltungsanlagen im Außenbereich der Gemeinden ein zentrales Thema. Das Privileg dafür haben gemäß § 35.1.1. seit jeher »landwirtschaftliche Betriebe«. Im früheren Raumordnungsgesetz war diese Privilegierung ausdrücklich für die »bäuerlich strukturierte« Landwirtschaft vorgesehen – so der Agrarrechtler Volkmar Nies. Dabei sei der bäuerliche Betrieb weniger durch seine Größe als vielmehr durch seine Arbeitsverfassung gekennzeichnet. Und diese sei, so Nies, definiert durch die Arbeit von Familienangehörigen, die einen Betrieb im persönlichen Interesse unter eigenverantwortlichem Handeln im Generationenwechsel führen.³

Diese für bäuerliche Betriebe elementar wichtige Privilegierung beruht ursprünglich auf dem Umstand, dass Weidegang und Auslauf der Tiere im Dorf nicht möglich waren. Die langjährige Privilegierungsvoraussetzung, wonach mindestens 50 Prozent der Futters von dem Betrieb selbst zu erzeugen war, ist heute aufgeweicht. Als »landwirtschaftliche Betriebe« im Sinne des Baurechts gelten heute laut § 201 des Bundesbaugesetzes solche, die mindestens 50 Prozent des Futterbedarfs der Tiere von selbst bewirtschafteten Flächen erzeugen können (nicht müssen!). Alle anderen Betriebe – ohne diese Flächengrundlage – gelten als »gewerbliche Betriebe«.

Missbräuchliche Anwendung des Gesetzes

Baurechtlich »nichtlandwirtschaftliche«, sogenannte »gewerbliche Betriebe«, die eine solche fünfzigprozentige Futterflächengrundlage nicht nachweisen können, waren früher beim Bauen im Außenbereich nicht privilegiert, genauso wenig wie andere Gewerbebetriebe. Derzeit werden die meisten Ställe aber genehmigt durch missbräuchliche Nutzung des ursprünglich nur als Ausnahmeparagraph gedachten § 35.1.4.: für Vorhaben, die wegen ihrer »besonderen Anforderungen an die Umgebung«, ihrer »nachteiligen Wirkung auf die Umgebung« oder wegen ihrer »besonderen Zwecksetzung« nur im Außenbereich ausgeführt werden sollen. Diese missbräuchliche Ausnahmeregelung nimmt den Kommunen jegliche Handhabe gegen die Belastung ihres Außenbereichs⁴ und gefährdet die Bauprivilegierung insgesamt.

Von daher wird derzeit vor allem an der Streichung dieser gewerblichen Bauprivilegierung gemäß § 35.1.4. gearbeitet. Zu erörtern wären Sonderregelungen für kleine Betriebe, die mangels Flächenzupacht eine relativ flächenunabhängige Tierhaltung (in kleinen Dimensionen) aufgebaut haben.

Generelle Tierzahl-Obergrenzen erforderlich

Eine Beschränkung des Bauens auf »landwirtschaftliche Betriebe« wäre sicherlich ein Fortschritt, weil es die »flächenunabhängige Veredlung« vieler gewerblicher Agrarindustrieller verhindert. Allerdings würden große Tierfabriken von flächenstarken Großbetrieben dadurch nicht begrenzt. Eine wirklich effektive Regelung gegen Agrarfabriken erfordert deshalb generelle Obergrenzen bei den Tierzahlen – sowohl für Stallanlagen von baurechtlich »gewerblichen« als auch von großen »landwirtschaftlichen« Betrieben. Die Angabe von eindeutigen Tierzahl-Obergrenzen ist für Landwirte auch wichtig, weil sie klar sehen können, wer damit gemeint ist und wo sie selber derzeit und mit ihren Bauplänen stehen.

Die Grenze zur Agrarindustrie bzw. zu »Agrarfabriken« zieht das bestehende Bundes-Immissionsschutz-Gesetz (BImSchG), das ja schon per se für industrielle Anlagen gilt und Ställe oberhalb bestimmter Tierzahlen wegen der Umweltrisiken nicht nach Baurecht, sondern nach BImSchG genehmigt. Diese BImSchG-Grenzen legt auch das bundesweite »Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken« seinen Forderungen nach einem Verbot von Agrarfabriken zugrunde: 1500 Plätze in der Schweinemast, 560 bei Sauen, 4500 bei Ferkelaufzucht, 15000 bis 30000 bei Geflügel und 600 bei Rindern. Dies sind Größenordnungen, bei denen derzeit nur eine Minderheit der Tierhalter und der Tierbestände betroffen wäre – und zwar gerade jene, die vor allem

die Agrarindustrialisierung und Überschussproduktion vorantreiben. Diese Regelung begrenzt das Baurecht zudem auf solche Ställe, die noch rückbaubar sind auf eine artgerechte Tierhaltung mit begrenztem Auslauf.

Auch kommunale Spitzenverbände und das Bundesagrarministerium plädieren mittlerweile für Tierzahl-Obergrenzen gemäß BImSchG, beziehen sich dabei aber auf die höheren und 2007 nochmals erhöhten Staffeln in diesem Gesetz (Grenze, ab der eine besondere Umweltverträglichkeitsprüfung vorgeschrieben ist): mit 3000 Plätzen in der Schweinemast und 900 bei Sauen, 9000 bei der Ferkelaufzucht, 60000 bis 85000 bei Geflügel (anstelle der obigen Einstiegs-Staffel des BImSchG).

Tierschutzplan und EU-Vorgaben

Neben der Diskussion über baurechtliche Beschränkungen von Agrarfabriken ist die Debatte um Halungsverfahren in der Nutztierhaltung deutlich vorangekommen. Nachdem immer neue Enthüllungen die Intensivtierhaltung in eine vertiefte Akzeptanzkrise stürzten, trat der neue niedersächsische Agrarminister Lindemann mit seinem »Tierschutzplan Niedersachsen 2011–2018« an die Öffentlichkeit. Darin sind für wesentliche Tierarten nicht nur viele Tierschutzdefizite

Reden Verbraucher nur?

Ein Zwischenruf

Bei Umfragen verlangt die Bevölkerung von der Landwirtschaft zuallererst eine »artgerechte Tierhaltung auf Bauernhöfen« und plädiert für faire Erzeugerpreise. Dennoch kaufen die meisten Verbraucher und Verbraucherinnen noch nach dem Billigpreis-Prinzip ein – weil »Geiz ist geil«, weil die Haushaltsmittel knapp sind, das nötige Wissen fehlt, die Packungen falsch und irreführend deklariert werden (»Bauernglück«, »Gutfleisch«, »Premium-Fleisch«) oder weil das entsprechende Angebot fehlt.

Trotzdem meinen die allermeisten Verbraucher/innen das, was sie bei Umfragen sagen. Jeder Mensch hat ja nicht nur eine schwache Seite als Verbraucher, sondern auch eine starke als Bürger. Packen wir ihn bei seiner starken Seite, statt über seine schwache Seite zu lamentieren! Wie beim Verbot der Käfig-Eier gäbe es keinen wirklichen Verbraucherprotest, wenn bestimmte Tierhaltungsverfahren verboten würden und wenn dadurch die Verbraucherpreise ansteigen würden. Ganz abgesehen davon, dass die Erzeugnisse aus artgerechter Haltung ganz anders schmecken können und ein verringerter Fleischkonsum, hervorgerufen durch höhere Preise, gesundheitliche Vorteile bringt.

aufgelistet, sondern auch Vorschläge für Maßnahmen mit einem jeweiligen Zeithorizont ihrer Umsetzung.⁵

Bei Masthühnern und Puten werden unter anderem folgende Missstände benannt: Selektion auf schnellwüchsige Rassen, Prädisposition für Gesundheitsstörungen, strukturlose Ställe, fehlende Rückzugsmöglichkeit, Fußballen-Veränderungen, außerdem bei Masthühnern Stallklima und hohe Besatzdichte/Tierzahlen. Als Maßnahmen dagegen werden unter anderem ins Auge gefasst: Abstimmung mit Europäischer Kommission und Zuchtunternehmen, Weiterentwicklung der Managementempfehlungen (Einstreu, Fütterung), Strukturierung der Ställe, Festlegung von Grenzwerten und Rückmeldungen der Schlachtbetriebe (zum Beispiel über Fußballen-Veränderungen) zwecks Einleitung von Maßnahmen in Richtung einer »managementabhängigen Besatzdichte«.

Für die Amputationen der Schnabelspitzen bei Puten, Legehennen, Enten und Gänsen ist ein stufenweiser Ausstieg beabsichtigt. Die Tötung männlicher Eintagsküken in den Legehennen-Linien soll durch die »Weiterentwicklung/Umsetzung der Geschlechtsdifferenzierung im bebrüteten Hühnerei« und durch die Suche nach Möglichkeiten der Verfütterung zum Beispiel an Zootiere angegangen werden. Bei Enten und Gänsen soll der Zugang zu Wasser und Struktur beziehungsweise Einstreu verbessert, Fußballenerkrankungen durch Rückmeldungen der Schlachtbetriebe verringert werden.

Bei Rindern werden die Folgen einseitiger Leistungszucht kritisiert, ebenso die ganzjährige Stallhaltung auf Betonspalten, die Anbindehaltung, das Enthornen durch Ausbrennen und Ausstanzen sowie die hohen Kälberverluste in Verbindung mit erhöhtem Arzneimittelumsatz. Als Maßnahmen führt der Plan auf: Zuchtwahl auf Gesamtvitalität, Laufhof, Verbot der Anbindehaltung, Ausstieg aus dem betäubungslosen Enthornen, Tierschutzindikatoren. Die strohlose Haltung der Bullen auf Vollspaltenböden mit hohen Besatzdichten, schlechtem Stallklima und Schwanzspitzen-Amputationen will man durch Tierschutzleitlinien angehen.

Bei Ferkeln soll die betäubungslose Kastration vorgeschrieben und Praxisempfehlungen für das Unterlassen des Kupierens der Schwänze umgesetzt werden. Bei Mastschweinen sollen Verletzungen durch schlechte Haltung (Betonspaltenböden, Klima) durch Rückmeldungen der Schlachthöfe über Verletzungen angegangen werden. Zu Kastenständen und fehlendem Nestbaumaterial wird lediglich auf eine »Förderung der tiergerechten Haltung« verwiesen.

Des Weiteren soll die EU-Tierschutztransport-Verordnung überarbeitet, die tiergerechte Betäubung und Tötung beim Schlachten sichergestellt und der Ist-Zustand des Arzneimittelumsatzes (Resistenzentwicklung) ausgewertet werden. Ein Lenkungsausschuss und

Arbeitsgruppen unter Beteiligung wichtiger gesellschaftlicher Gruppen sollen Tierschutzleitlinien entwickeln, die die gute fachliche Praxis definieren.

Misstände von der Politik eingestanden

Obwohl im Tierschutzplan wichtige Aussagen fehlen (zum Beispiel zu Weidegang, Auslauf der Tiere und Bestandsgrößen) und vieles relativ vage formuliert ist, liegt seine Bedeutung doch darin, dass wichtige Missstände eingestanden werden und die Notwendigkeit der Beendigung binnen einer konkreten Frist. Hier kann man ansetzen und nachdrücklich Veränderungen einfordern. Bestehende Programme artgerechter Tierhaltung und die neuen Haltungsbedingungen im Rahmen des freiwilligen Tierschutzsiegels des Deutschen Tierschutzbunds belegen zudem, dass eine andere Haltung praktikabel ist und wie die massive Förderung von Umbauprogrammen aussehen müsste.

Hinzu kommt, dass die EU die Umsetzung ihrer Richtlinien zur Schweinehaltung (kein Kupieren der Ringelschwänze, Zugang der Schweine zu Stroh oder ähnlichem) bereits bei den EU-Staaten mit Vertragsstrafen anmahnt.⁶ Wenn Ringelschwänze nicht mehr kupiert werden dürfen, muss man den Stress der Schweine abbauen: vor allem mit mehr Platz und Stroh. Die EU-Lebensmittelbehörde EFSA hat in Gutachten diese und andere Missstände in der Geflügelhaltung ebenfalls klar benannt.⁷ Im Rahmen der EU-Agrarreform könnten diese Vorgaben für alle EU-Länder verbindlich festgelegt werden, so dass nationale Wett-

Folgerungen & Forderungen

- Aufgrund der Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger können die Missstände in der agrarindustriellen Tierhaltung nicht mehr wegdiskutiert werden.
- Notwendig ist ein Verbot von Agrarfabriken und nicht artgerechter Tierhaltungsformen.
- Hierfür müssen Tierzahl-Obergrenzen eingeführt werden, und zwar entsprechend der ursprünglichen Einstiegs-Staffel des Bundes-Immissionsschutz-Gesetzes.
- Die derzeitige Privilegierung gewerblicher Betriebe beim Bauen im Außenbereich stellt eine missbräuchliche Anwendung des Baugesetzbuches dar und muss abgeschafft werden.
- Erforderlich sind Förder- und Umbauprogramme mit dem Ziel einer artgerechten, flächenbezogenen, bäuerlichen Tierhaltung.
- Ergänzend bedarf es eines veränderten Einkaufs- und Konsumverhaltens sowie einer konsequenten Interessenvertretung der Bauern und Bäuerinnen im Bündnis mit der Gesellschaft.

bewerbsverzerrungen unterbunden wären. Eine EU-Vorgabe von 20 Prozent Eiweißfrüchten (Leguminosen) in der Fruchtfolge würde zudem die Importe von Gentech-Soja überflüssig machen. Die dadurch geförderte Flächenbindung der Tierhaltung würde mittelständische, bäuerliche Betriebe zu Lasten flächenunabhängiger Agrarfabriken stärken.

Maßnahmen gegen Agrarfabriken und für eine artgerechte und flächenbezogene Tierhaltung nützen nicht nur den Tieren und der Umwelt, sondern auch den Bauern. Vor allem, weil damit eine deutliche Mengenverringerung verbunden ist und somit eine Angebotsbegrenzung mit gesellschaftlicher Akzeptanz, die Spielraum schafft für deutliche Erzeugerpreis-Steigerungen und bessere landwirtschaftliche Einkommen für weniger Masse und mehr Qualität. Bauern sollten die gesellschaftliche Bewegung gegen Agrarfabriken nicht als Gegner sehen, sondern als Bündnispartner und aktiv zu nutzende Chance.

Literatur

- 1 E. Niemann: Agrarindustrie macht einsam. In: Der kritische Agrarbericht 2011, S. 184 ff.
- 2 R. Beijl et al.: »Mogelijke effecten van intensieve-veehouderij op de gezondheid van omwonenden«. IRAS Universiteit

Utrecht, NIVEL, RIVM, 7. Juni 2011; RIVM-Rapport 680712002/2010 (Monitorings rapportage NSL), Agentschap NL, Ministerie van Infrastructuur en Milieu. – Th. Fein, B. Kursch und L. Kaiser: Gesundheitsgefährdung durch Hühnermastanlagen der Intensivtierhaltung. Pressemitteilung der ABL vom 3. Juli 2011.

- 3 Volkmar Nies: Landwirtschaftliches Bauen im Außenbereich«. Münster 2000.
- 4 Ministerialdirigent a. D. Prof. Dr. Wilhelm Söfker: Bauplanungsrechtliche Beurteilung von gewerblichen Tierhaltungsbetrieben im Außenbereich und die Steuerung ihrer Ansiedlung. In: NVwZ 2008, S. 1273.
- 5 Niedersächsischer Tierschutzplan, auf der Internetseite des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung.
- 6 Richtlinie 91/630/EWG sowie Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament KOM (2001) 20 vom 16. Januar 2001.
- 7 EFSA, Pressemitteilung vom 28. Juli 2010.



Dipl.-Ing. agr. Eckehard Niemann
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Mitkoordination des Netzwerks »Bauernhöfe statt Agrarfabriken«

Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel
E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de

© **Schwerpunkt »Zusammen arbeiten«**

»Wir können die Dinge nur gemeinsam anpacken«

Über die Kommissionsvorschläge zum Milchmarkt, die Bündelung der Milcherzeuger und die Notwendigkeit zusammenzuarbeiten.

Interview mit Romuald Schaber

Als Reaktion auf die 2009 öffentlich gewordene Milchkrise räumt die EU-Kommission in ihrem Milchbericht den Erzeugern die Möglichkeiten der Angebotsbündelung ein. Der Bund Deutscher Milchviehhalter (BDM) und das Europäische Milch-Board (EMB) haben dieses Milchpaket kritisiert. Sie fordern eine wirksame Mengenregulierung, um kostendeckende Milchpreise zu erhalten und machen sich daher für eine europaweite, mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattete Monitoringstelle stark. Die ganz praktische Bündelung der Milchmengen und eine verpflichtende Mitgliedschaft aller europäischen Milcherzeuger in den teils noch zu schaffenden Organisationen bergen reichlich Konfliktstoff. Eine sinnvolle und für alle Beteiligten tragfähige Regelung des Milchmarktes bedarf jedoch der gesellschaftlichen und vor allem der politischen Unterstützung.

Die EU-Kommission hat den Milchbericht vorgelegt und das Europäische Parlament hat darüber verhandelt. Noch gibt es keine konkreten Vorschläge für eine Milchmarkt-reform im Rahmen der GAP-Vorschläge. Sind Sie zufrieden mit dem was Kommission und Parlament anbieten?

Vorab: Vorschläge für kostendeckende Preise macht die Politik leider nicht. Im Bericht des Parlaments sind einige zaghafte Vorschläge enthalten, die ein besseres Funktionieren des Milchmarktes gewährleisten sollen. Wir sind skeptisch – denn eigentlich sind keine wirksamem Marktregeln darin vorgesehen. Die Vorschläge beziehen sich erstens auf die Vorgabe, dass wirklich in allen Ländern Verträge zwischen Privatmolkereien und Milcherzeugern abgeschlossen werden sollen. Das ist gut, denn dies ist bisher nicht in allen Mitgliedstaaten möglich. Zweitens dürfen sich die Milcherzeuger in Europa besser zusammenschließen als bisher. Allerdings werden Grenzen der Angebotsbündelung einge-zogen: bis zu 3,5 Prozent der europäischen Milchmenge oder bis 33 Prozent eines Landes. Das Europäische Parlament hat sich für 40 Prozent ausgesprochen. Drittens: die Gründung von Branchenorganisationen. Diese können aber keine Mengenregulierung durchführen, weil dies kartellrechtlich gar nicht geduldet würde und so sollen sie nur einer besseren Information dienen. Viertens beziehen sich die Vorschläge auf das Kennzeichnungsrecht und auf die Verbesserung der Transparenz.

Was ist Ihre Kritik?

Man muss wissen. Die Vorschläge gehen auf das Jahr 2009 zurück, als die Milchpreise mit 20 bis 22 Cent pro Kilogramm wirklich vernichtend niedrig waren. Ich denke, da haben selbst die in Brüssel begriffen, dass diese Preise zu niedrig sind. Der Gedanke, der hinter den Vorschlägen steckt ist der, dass durch die Vertragsabschlüsse zwischen Erzeugern und Molkereien auch Mengen vereinbart werden und damit verbunden die Hoffnung, dass die Molkereien bei den Abschlüssen sich an ihrem Absatz orientieren und entsprechend beschränken. Wir glauben nicht, dass das funktioniert. Und hinzu kommt, dass die Genossenschaften von diesen Verträgen ausgenommen wurden. Da kein Passus verankert ist, dass es zu kostendeckenden Preisabschlüssen kommen muss, sondern vermutlich die Preise nur nach Indices festgelegt werden, kann das nicht zu einer wirksamen Mengenbegrenzung führen und daher auch nicht zu kostendeckenden Preisen. Wir fordern eine Marktordnung und so haben wir vom Europäischen Milchboard in Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament darauf hingewirkt, dass in dessen Stellungnahme die Monitoringstelle erwähnt wird. Im Deß-Bericht des Europaparlaments zur GAP-Reform wird zusätzlich von der Notwendigkeit einer Marktordnung gesprochen wird. Zur Zeit findet der sogenannte Trilog statt wo ein Vertreter des Ministerrats, der Kommission und des Parlaments verhandeln, weil

dem Ministerrat die Veränderungen des Parlaments nicht gefallen. Sie würden am liebsten alles rückgängig machen und zeigen, wer »Herr im Haus ist«.

Was müsste passieren, um kostendeckende Preise zu erreichen?

Es müssen letztlich Mengenvorgaben gemacht werden. Wenn die Quotenregelung 2015 ausläuft, dann tappen wir de facto völlig im Dunkeln. Es ist wie Autofahren ohne Bremse. Wir können nur Gas geben, aber nicht bremsen. Deshalb die Überlegung, dass wir eine Europäische Monitoringstelle benötigen. Sie soll Marktbeobachtung machen, Produktionskosten der Landwirte und Margen ermitteln, um so die Transparenz im Markt zu erhöhen. In vielen europäischen Ländern gibt es so eine Marktbeobachtung noch nicht. Wichtig ist, dass das zeitnah funktioniert. Unser Vorschlag ist ja, dass aufgrund der Produktionskosten ein Korridor definiert wird, in dem sich der Erzeugerpreis bewegen soll. Ein Korridor von sagen wir fünf bis sechs Cent. Schwankt der Preis innerhalb des Korridors, ist kein Handlungsbedarf angesagt. Würde der Preis über den Korridor hinaus steigen, dann müsste die Ansage kommen: »Gebt Gas!«. Sinkt der Preis unter den Korridor, dann müsste man auf die Bremse treten. Das setzt natürlich voraus, dass die Verträge verpflichtend und mit bestimmten Kriterien versehen für alle Länder gelten. Also nicht fakultativ, sondern obligatorisch. Die Monitoringstelle muss daher mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattet sein.

Läuft das nicht auf eine Art Planwirtschaft hinaus?

Der Korridor unterstützt den Wettbewerb – allerdings auf einem Niveau, das einigermaßen geeignet ist, die Kosten der Produktion zu decken. Es war über einen langen Zeitraum so, dass weit unter dem Kostenrahmen produziert werden musste und das führte zu einer finanziellen Ausblutung der Betriebe. Die Überbrückungsdarlehen, die wurden ja nicht zufällig gegeben. Das war die allerletzte Notbremse, die gezogen worden ist, damit genau die Betriebe, die investiert hatten, nicht in die Insolvenz gehen.

Sicher: es würde die Intensivierung etwas verlangsamen. Aber wäre das nicht aus vielen Gründen heraus vernünftig? Aus Gründen des Umwelt- und Tierschutzes sowie aus arbeitswirtschaftlichen Gründen? Sind die Menschen mit ihrer Arbeit überfordert, geht es den Kühen und allgemein den Tieren nicht mehr so gut wie es eigentlich gehen könnte oder müsste. Diesen Zusammenhang kennen wir Bauern sehr gut. Das ganze System wäre durch so einen Preiskorridor entlastet, weil in so einem Korridor auch das erste Mal vernünftige Arbeitszeit erfasst würde, die ja bisher nicht interessiert. Wer macht denn die Arbeit? Da sind die Altenteiler, Kinder, alle helfen da mit. Oder in großen Betrieben

findet Lohndrücken statt oder es wird mit nicht regulär sozialversicherungspflichtigen osteuropäischen Arbeitern gearbeitet. Da ist überall Handlungsbedarf, um zu einer sozialverträglichen Entwicklung zu kommen. Das ist eine gesellschaftliche und politisch zu lösende Aufgabe, das kann nicht allein von den Bauern gestemmt werden.

Die EU-Vorschläge geben zu, dass der Milcherzeuger nicht auf Augenhöhe mit der Molkereiwirtschaft steht, nehmen aber ganz explizit die Genossenschaften aus der Vertragspflicht raus und begründen das damit, dass die Erzeugerinteressen durch die Genossenschaften ausreichend vertreten seien. Was halten Sie davon?

Die Analyse der Kommission können wir nur unterstreichen: Wir sind nicht einmal ansatzweise auf Augenhöhe mit unseren Verarbeitern und schon gar nicht mit dem Handel. Die Erzeuger sind in einer denkbar schlechten Marktposition: Wir bieten ein leicht verderbliches Gut an und durch die ständige Anhebung der Qualitätskriterien ist Milch vom Atlantik bis zur polnischen Ostgrenze austauschbar geworden. Auf der einen Seite stehen wenige große Abnehmer und auf der anderen Seite bieten mehrere 100 000 Landwirte letztlich das Gleiche an. Aus unserer Sicht ist es da völlig egal, ob wir diese Milch einer Genossenschaft anbieten oder einem privaten Unternehmen.

Wenn es nun heißt, die Bauern sind aber die Eigentümer der Genossenschaften, es werden ja von den Bauern die Vorstände und Aufsichtsratsmitglieder gewählt – dann stimmt das schon in der Theorie, auch wenn 5 000 Genossen 150 Delegierte wählen und diese dann Vorstand und Aufsichtsrat. Warum sind wir trotzdem mit der Arbeit und der Herangehensweise der Genossenschaften nicht zufrieden? Das liegt daran, dass auch die Genossenschaften in den Wettbewerb eingebunden sind. Sie haben nur einen variablen Punkt auf der Ausgabenseite und dieser eine variable Punkt ist der Milchpreis. Wenn eine Genossenschaft alle ihre Kosten decken will und sie aber nicht so verkauft hat, wie sie es gerne hätte, dann senkt sie eben am Schluss den Milchpreis.

Das muss nicht immer so sein. Ich denke da an die kleinen Genossenschaften. Zehn, fünfzehn Landwirte liefern ihre Milch und die Genossenschaft verarbeitet sie zu Käse, Butter oder Joghurt etc. Vermarktet wird direkt und der Geschäftsführer oder der Käser ist zugleich für den Verkauf verantwortlich. Hier achtet die Genossenschaft genau drauf, nur so viel Milch anzunehmen wie sie hochpreisig verkaufen kann. Hier können für die Bauern kostendeckende Preise möglich werden. Der entscheidende Punkt aber ist: Diese kleinen Genossenschaften arbeiten in Marktnischen. Die Selbstbeschränkung in der Menge macht hier Sinn und funktioniert. Aber die international ausgerichteten Ge-

nossenschaften wie Campina, Hochwald oder das Deutsche Milchkontor – die können sich in der Menge nicht beschränken und selbst wenn sie es täten, könnten sie am Markt keinen höheren Preis durchsetzen. Sie sind auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, im Milchzukauf einen sogenannten wettbewerbsfähigen Preis zu bezahlen und dieser Preis kann nicht höher sein als der Preis, den die Mitwettbewerber bezahlen. Daher steht für diese Genossenschaften nicht der kostendeckende Preis für die Bauern im Vordergrund, sondern der Umsatz und die Auslastung ihrer Produktionsanlagen.

Mengenregulierung und kostendeckende Preise – das setzt eine Bündelung des Angebots voraus. Wie wollen Sie das erreichen?

Die von der EU eingeräumte Möglichkeit der besseren Bündelung reicht nicht aus: Wir fordern erstens eine Bündelungsmöglichkeit bis zu 30 Prozent des europäischen Volumens. Aber die Bündelung alleine reicht ebenfalls nicht aus. Wir benötigen daher zweitens vor allem eine politische Unterstützung. Wir wollen eine verpflichtende Mitgliedschaft, denn es reicht nicht die Möglichkeit zu eröffnen, sondern die Milcherzeuger müssen wirklich verpflichtet werden, sich einer Organisation anzuschließen. Das kann aber nur von politischer Seite aus erfolgen. Und das Dritte was es braucht ist, dass diese Organisationen und die Monitoringstelle, bei der die Fäden wieder zusammenlaufen, mit Instrumenten ausgestattet sind, dass die am Markt befindliche Milchmenge reguliert werden kann. Denn am Schluss ist es die Menge am Markt, die alles entscheidet.

Wenn wir nicht gemeinsam die Menge reguliert können, helfen auch die Zusammenschlüsse nichts. Es braucht nicht viel Milchmenge um den Markt durcheinander zu bringen; es reichen fünf oder zehn Prozent der Erzeuger und die Bemühungen der restlichen 90 Prozent, die Mengen freiwillig zurückzunehmen, werden unterlaufen. Das sehen wir ja jetzt schon beim bestehenden Quotensystem, in dem den Landwirten am Jahresende die Saldierungsmöglichkeit gegeben wird. Es sind ja in der Regel nur zehn Prozent der Milcherzeuger, die ihre Quote deutlich überziehen – diese zehn Prozent bringen das Fass zum Überlaufen. Wir müssen das einfach mal so deutlich sagen.

Daher ist unsere Vorstellung, dass jeder über eine Organisation verkaufen muss und wenn die Ansage kommt: »Leute wir müssen jetzt weniger machen«, dass sich dann alle an die Vorgaben halten. Die Schweizer nennen das Allgemeinverbindlichkeit. Ein solches Vorgehen muss politisch beschlossen werden. Das kann dann privat umgesetzt werden, das ist nicht das Problem. Aber die Legitimation muss von der Politik geschaffen werden.

Warum reicht nicht ein freiwilliger Lieferverzicht?

Das ist schon eine Möglichkeit – aber wir haben gelernt, dass die Lösung nicht von einem Ende her zu erwarten ist. Zunächst hatten wir geglaubt, dass die Politik alleine es richtet. Die einfachste Variante wäre die Beibehaltung und Flexibilisierung der Quotenregelung gewesen. Da haben die Politik und der Staat gesagt: Das machen wir nicht mehr. Dann haben wir gesagt: Okay, wir nehmen Euch diese unbequeme Arbeit der Mengenregulierung ab, denn wir sind daran interessiert, unsere Dinge selbst zu regeln. Aber wir brauchen die Unterstützung vom Gesetzgeber, damit es zu einer wirklichen Mengenregelung und damit zu einem kostendeckenden Milchpreis kommt. Wir können diese Dinge nur gemeinsam und in Kooperation aller anpacken. Denn auch die Bauern und die Molkereien können das nicht alleine machen. Dass so eine bequeme, von der Politik getroffene Aussage nicht funktioniert, haben wir in der Schweiz gesehen. Die Erzeuger kriegen es zusammen mit den Molkereien nicht hin, weil die Interessen völlig auseinanderlaufen: Die Molkereien wollen aus Wettbewerbsgründen heraus immer viel und möglichst billige Milch. Und die Erzeuger wollen durchaus höhere Preise. Zugleich aber gibt es immer ein paar, die sich mit niedrigeren Preisen zufriedengeben. Sie produzieren dann mit Vollgas und machen jeden Ansatz der Mehrheit der Milcherzeuger, die einen höheren Preis wollen, kaputt. Es braucht daher einen Dritten, es braucht einen staatlich gesetzten Rahmen, damit vernünftig gearbeitet werden kann.

Wie hoch ist der aktuelle Bündelungsgrad in Deutschland und auf europäischer Ebene?

In Deutschland und in den Niederlanden, wo schon Organisationen bestehen, werden bereits 30 Prozent der Milch gebündelt. In den anderen Ländern sind entsprechende Organisationen erst noch im Aufbau begriffen.

Neben den fehlenden politisch gesetzten Rahmenbedingungen – was macht es so schwer, dass die Bauern in der Milchfrage besser zusammenkommen?

Menschen unter einen Hut zu bringen, das ist ohnehin schwer. Das wissen zum Beispiel auch die Gewerkschaften. Aber in der Landwirtschaft und auch bei den Milcherzeugern kommt noch was erschwerend dazu: Ein Teil rechnet sich aus, wenn er nach vorne geht, wenn er investiert und sich vergrößert, dann hat er die Nase vorn. In der Ausbildung wird das Denken stark gepusht, es wird mit den Agrarinvestitionsförderprogrammen nochmals auch von politischer Seite her gepusht. Bei den Landwirten kommt dann der Egoismus in den Vordergrund. Jeder denkt, er ist der Schlauere, er hat den Vorteil, wenn er nach vorne geht und der Nachbar dann nicht mithalten kann. Fast ein Drittel der

Landwirte würde ich so einstufen. Dann ist ein Drittel, die bei uns im BDM oder EMB Mitglied sind und sich eine freiwillige Mengenbeschränkung vorstellen können. Und da ist ein weiteres Drittel derjenigen, deren Situation unsicher ist oder die schon mit der Zukunft abgeschlossen haben. Bei Letzteren stellen wir leider auch einen bestimmten Neid fest. Die wollen oft nicht, dass die Preise besser werden, weil sie dann die eigene Entscheidung in Frage stellen müssten.

Das ist ja auch eine schwere Entscheidung für einen Landwirt zu sagen, mein Hof ist ein auslaufender Betrieb. Der Betriebsleiter ist in der Regel 45 Jahr alt, dann fällt die Entscheidung: Was lernt mein Sohn? Steigt er in die Landwirtschaft ein oder geht er einem anderen Beruf nach. Wenn dann die Entscheidung gegen die Weiterführung des Hofes gefallen ist, dann muss er selbst ja noch 10, 15 Jahre den Hof weiterbetreiben bis er ihn aufgeben kann. In diesen Jahren ist er überhaupt nicht daran interessiert, dass sich die Situation wirklich verbessert. Er kann ja die Entscheidung auch nur schwer rückgängig machen! Aber auch diejenigen, die sich für das Wachstum entscheiden, die wollen niedrige Preise im Glauben, dass dadurch der Strukturwandel angeheizt wird und sie leichter wachsen können. Auch das ist destruktiv, aber so ticken viele. Sie glauben, wenn die Preise höher sind, dann hören weniger auf und sie selbst können nicht weiter wachsen. Dass sie aber gar nicht wachsen *müssen*, wenn die Preise hoch sind, das kommt ihnen nicht in den Sinn. Im Kleinen ist das wie im Großen – dieses Denken treibt die Marktwirtschaft an. Dieses ständige Streben nach mehr, das auch als Gier bezeichnet werden könnte.

Ihre Vorschläge stehen also in gewissem Konflikt zu diesen Gruppen, vor allem mit denen, die weiter wachsen wollen. Sehen Sie dennoch gemeinsame Punkte in den Interessenslagen?

Ich glaube es gibt hier mehrere gemeinsame Punkte. Das Gemeinsame ist der Wunsch nach mehr Glaubwürdigkeit in der Politik. Es traut doch keiner mehr der Politik zu, etwas Vernünftiges zu machen. Das war während des Streiks anders. Da haben die Leute gesagt: »Jetzt helfen wir alle mal zusammen und dann müssen die Politiker was machen.« Als die Politik am Ende alles konterkarierte, da haben viele Bauern und Bäuerinnen einfach den Glauben verloren und es hat wieder eine Apathie um sich gegriffen wie schon vor dem Streik. Die Arbeit des BDM hatte sie aus der Apathie rausgeholt und wir haben ihnen nochmals Hoffnung gegeben. Die Politik aber hat genau das Gegenteil davon gemacht, was eigentlich Not getan hätte. Daher halte ich die Wiederherstellung der politischen Glaubwürdigkeit für so wichtig. Und das zweite Bindeglied wäre, dass die Politik klare Vorgaben macht. Solange große Milchviehställe bis zum Exzess gefördert werden, so-

lange nutzen die Landwirte das auch aus. Es braucht hier klare politische Rahmensetzungen. In NRW haben sie beispielsweise die geförderte Stallgröße begrenzt, auch in Baden-Württemberg wird nur noch bis zu einer Größe von 60 Kühen gefördert. Wer größer bauen will, bitteschön, soll das aus eigener Kasse tun.

Es ist also aus Ihrer Sicht ein gesellschaftliches Anliegen, diese Selbstbeschränkung politisch auf dem Markt durchzusetzen.

Die landwirtschaftlichen »Rohstoffmärkte« (das Wort gefällt mir nicht) brauchen einen regelnden Rahmen. Das hat schon die letzte Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre gezeigt. Da hat man nach dem Krieg auch eine gute Regelung gefunden gehabt. Nun glaubt man seit ein paar Jahren, dass man auf all das verzichten kann. Wir sehen es ja auf den Finanzmärkten wohin es führt. Und die landwirtschaftlichen Rohstoffmärkte neigen ebenso wie die Finanzmärkte dazu, schnell überzureagieren. Da schwingt eben auch gleich die Angst der Leute mit. Wir sehen daher in der Politik eine hohe, wenngleich nicht alleinige Verantwortung.

Wir verstehen besonders die Milchproduktion und die Art und Weise wie Milch erzeugt wird als ein gesellschaftliches Anliegen. Milch ist ein regionales Produkt und es ist wichtig, dass eine flächendeckende Milchproduktion weiterhin erhalten bleiben kann, um die regionale Versorgung mit diesem Lebensmittel aufrechtzuerhalten. Wir müssen uns aber heute auch fragen, ob es noch dem gesellschaftlichen Anliegen entspricht, wenn auf Kosten von Mensch, Tier und Umwelt immer mehr und immer billigere Milch erzeugt und global vermarktet wird. Ist das die Innovation die wir brauchen? Erwartet nicht vielmehr die Gesellschaft zugleich von uns Bauern, dass wir in unserer Produktion Umwelt-, Tierschutz und Lebensmittelqualität berücksichtigen? Diese sich widersprechenden Anforderungen können weder die Bauern noch die Molkereien noch die Verbraucher unter einen Hut bringen. Und der freie Markt schon gar nicht. Genau dazu braucht es die Gesellschaft und damit auch die Politik, um eine neue Art von Marktordnung durchzusetzen, die mit klaren und politisch gesetzten Rahmen zugleich Raum lässt für die Eigenverantwortung von uns Bauern ebenso wie der Verbraucher. Genau dies ist die Funktion der Monitoringstelle. Sie wäre daher auch kein Zurück zur »alten« Marktordnung und ihren starren Festlegungen von Preisen und Quantitäten. Es wäre eine neue, noch zu entwickelnde Form. Aber ich bin überzeugt, dass wir nur über eine neue gesellschaftliche Übereinkunft – und mehr ist Marktordnung nicht – und über eine neue Art und Weise des Zusammenwirkens in Zukunft eine Milch erzeugen können, die sowohl ökonomischen wie auch sozialen und ökologischen Anforderungen gerecht wird.

Wie können Sie erreichen, dass sich diese Gesellschaft ihrer Verantwortung stärker bewusst wird und das Anliegen der Milcherzeuger unterstützt?

Zum einen möchten wir, dass diese Monitoringstelle gesellschaftlich breit besetzt wird, das heißt auch mit Vertretern der Verbraucherschaft und nicht nur mit Vertretern von Erzeugern, Molkereien und Handel. Zum anderen versuchen wir mit unserer »Fairmilch« ein positives Zeichen zu setzen, wohin die Reise gehen könnte und auch gehen sollte. Diese Fairmilch nimmt die gesellschaftlichen Ansprüche auf. Es wird mehr Gras den Kühen gefüttert, wir verzichten auf Futter aus Übersee und reduzieren den Kraftfuttereinsatz. Zugleich ist die Fairmilch kostendeckend und die Erzeuger erhalten 40 Cent von jedem verkauften Liter. Aber es sind nur wenige Prozent im Markt und es ist meist H-Milch. Alles andere wäre zu Beginn einfach aus Kostengründen nicht möglich gewesen. Wir sind nun dabei, auch Butter auf den Markt zu bringen und Sahne in Großgebinden. Für kleine Gebinde braucht es die Frischdienste und dann kommen wir mit 99 Cent Verbraucherpreis für den Liter Milch nicht mehr hin. Doch für uns ist der Weg so: Erster Schritt kostendeckender Preis; zweiter Schritt: wir können im Gegenzug diese gewünschten Leistungen erbringen.

Aktiv werden kann natürlich jeder Einzelne durch gezielten Einkauf: faire Milch, Bioprodukte, auch Produkte von Direktvermarktern und von regionalen Anbietern. Produkte mit Zusatzleistung ermöglichen auch eine höhere Wertschöpfung für die Erzeuger. Es bleibt also bei den Bauern etwas hängen (wenn es nicht gerade die Marke von Müller ist, dort bleibt es bei Müller hängen). Das zweite was jeder Verbraucher tun kann, ist auf seine Politiker zugehen und Druck machen, damit diese sich politisch für die Mengenregulierung einsetzen. Das fängt schon beim Bürgermeister und beim Landtagsabgeordneten an, die können auf ihre Parteikollegen einwirken, auch die Bundestags- und Europa-

abgeordneten ansprechen. Ihnen sagen: »Du als Politiker bist auch gefordert und rede Dich nicht heraus, dass das angesichts der Globalisierung nicht möglich sei. Werde Dir Deiner Verantwortung bewusst!« Inzwischen erfahren wir auch viel Unterstützung von den Nichtregierungsorganisationen. Wir haben eine große Unterstützung durch den BUND und die Imker bei der fairen Milch. Das ermutigt uns, dranzubleiben und weiterzumachen. Das ist wirklich beispielgebend. Und für uns ist es sehr wichtig, dass wir von der Gesellschaft und speziell auch von den Verbänden diese Unterstützung erfahren.

Eine ganz konkrete neue Möglichkeit unser Anliegen zu unterstützen ergibt sich aus der sogenannten »europäischen Bürgerinitiative«. Die EU hat diese Möglichkeit neu geschaffen und sie wird ab ersten April 2012 eingesetzt. Wir möchten gerne unsere Forderung nach einer europäischen Monitoringstelle über den Weg der europäischen Bürgerinitiative auf den Weg bringen. Die EU muss das Konzept genehmigen – aber dann benötigen wir eine Million Unterschriften! Wir brauchen also eine breite gesellschaftliche Unterstützung – alleine schaffen wir das nicht. Aber wir könnten mit einer solchen Bürgerinitiative auch die notwendige gesellschaftliche Diskussion über eine nachhaltige Regelung des Milchmarktes und damit der Milcherzeugung in Gang setzen.

Das Interview führte Andrea Fink-Keßler



Romuald Schaber

Vorsitzender des Bundesverbands
Deutscher Milchviehhalter e.V.

schaber@milchviehhalter.de
www.bdm-verband.org

Arbeit statt Hektar fördern

Verteilungseffekte von Arbeitszeitmodellen am Beispiel Österreich und Bayern

von Gerhard Hovorka

Die entkoppelten Direktzahlungen im Rahmen der Ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU sind an die landwirtschaftliche Fläche gebunden. Das bedeutet, dass Betriebe mit viel Fläche viele EU-Mittel erhalten, Betriebe mit wenig Fläche dementsprechend wenige. Ganz anders sieht das Ergebnis aus, wenn die Direktzahlungen nicht an die Fläche, sondern an den Faktor Arbeit gebunden würden. Der Autor des folgenden Beitrages schildert die Verteilungseffekte bei Anwendung des Standardarbeitszeitmodells am Beispiel Österreichs sowie des kalkulatorischen Arbeitsaufwands am Beispiel Bayern. Berechnungsbeispiele zeigen unter anderem, dass die bisher praktizierte ungleiche Verteilung zwischen großen und kleinen Betrieben korrigiert und sich eine Verschiebung der Mittel zugunsten arbeitsintensiver und/oder aus ökologischer Sicht begrüßenswerter Milchkuh- und Grünlandbetriebe ergeben würde.

Die Direktzahlungen im Rahmen der Ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU betrugen im Finanzjahr 2009 insgesamt 39 Milliarden Euro. Der Großteil (84 Prozent) davon waren entkoppelte Direktzahlungen, die an die landwirtschaftliche Fläche geknüpft sind und deren Höhe je Betrieb vom Hektarsatz und von der Anzahl der anspruchsberechtigten Hektar eines Betriebes abhängig waren. Dies hatte zur Folge, dass große Betriebe mit viel Fläche hohe Förderungen bekamen, kleine Betriebe hingegen nur wenig Geld erhielten. Die ungleiche Verteilung zeigt sich darin, dass im Finanzjahr 2009 82 Prozent der Betriebe der EU-27 (Kategorie bis 5.000 Euro/Betrieb) gemeinsam nur 15 Prozent der Fördermittel erhielten, während an der Spitze der Verteilungspyramide 1,6 Prozent der Betriebe (Kategorie mehr als 50.000 Euro/Betrieb) 32 Prozent der Fördermittel erlangten (Tab. 1). Die untere Kategorie erhielt im Durchschnitt 902 Euro je Betrieb und Jahr, die obere Kategorie im Durchschnitt 100.230 Euro je Betrieb und Jahr. Für eine detaillierte Darstellung empfiehlt es sich, zwischen den »alten« Mitgliedsstaaten (EU-15) und den »neuen« Mitgliedsstaaten (EU-12) zu unterscheiden, da im Beobachtungszeitraum in den neuen Mitgliedsstaaten noch ein wesentlich geringeres Niveau an Förderungen bezahlt wurde und zum Teil auch eine andere Agrarstruktur gegeben ist.

Die Durchschnittszahlen für Deutschland ergeben mit 15.685 Euro je Betrieb eine mehr als doppelt so hohe

Direktzahlung je Betrieb als im Durchschnitt der EU-15 und einen deutlich geringeren Anteil der Empfänger (48 Prozent) mit der Fördersumme bis 5.000 Euro (fünf Prozent). Die größeren Betriebe stellen fünf Prozent der Betriebe und haben mit 43 Prozent einen vergleichsweise sehr hohen Anteil an der Gesamtfördersumme.

In Österreich liegt die durchschnittliche Zahlung mit 5.807 Euro je Betrieb unter dem EU-15-Durchschnitt beziehungsweise erreicht nur 37 Prozent der Vergleichszahl in Deutschland. Die Verteilungsschere bei den Direktzahlungen ist in Österreich vergleichsweise etwas weniger stark ausgeprägt. Knapp 63 Prozent der Betriebe in Österreich erhielten zusammen 20 Prozent der Fördermittel und nur 0,3 Prozent der Betriebe erhalten fünf Prozent der Fördersumme mit mehr als 50.000 Euro/Betrieb.

Das Programm Ländliche Entwicklung aus der Zweiten Säule der GAP hat in Österreich einen größeren Stellenwert als in anderen EU-Staaten und ist daher auch für die GAP ab 2014 für Österreich von zentraler Bedeutung. Das Budget (einschließlich nationaler Ko-Finanzierungsmittel) dafür war im Jahr 2009 mit 1.147,6 Millionen Euro (Anteil der EU knapp 50 Prozent: 571,1 Millionen Euro) deutlich höher als die Ausgaben für die Direktzahlungen aus der Ersten Säule der GAP. Der finanzielle Schwerpunkt im Programm liegt bei den Agrarumweltmaßnahmen und der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, die im Jahr 2009 zusammen

822 Millionen Euro ausmachen.¹ Dadurch steigt die durchschnittliche Förderung je Betrieb auf 11.504 Euro.² Die Verteilungsdiskrepanz der Direktzahlungen wird durch die Förderungen aus dem Programm Ländliche Entwicklung verringert.

Standardarbeitszeitmodell – ein neuer Vorschlag

Der überwiegende Anteil der Direktzahlungen (Erste Säule der GAP) für landwirtschaftliche Betriebe in der EU und in Österreich wird auf Basis der Fläche ausbezahlt mit entsprechender ungleicher Verteilung der Förderungen zwischen den Betrieben und Regionen. Eine alternative Möglichkeit für die Auszahlung von Direktzahlungen in der Landwirtschaft wäre die Verknüpfung mit dem Standardarbeitszeitbedarf.

Als Basis für ein solches Modell wurde in Österreich in umfangreichen Studien der Standardarbeitszeitbedarf für jeden Einzelbetrieb und für die österreichische Landwirtschaft insgesamt berechnet. In einem ersten Schritt wurden die Standardverfahren für die Betriebszweige (abhängig von der Betriebsgröße) definiert und gewichtet. Im zweiten Schritt wurde der Standardarbeitszeitbedarf der Standardverfahren ermittelt und im dritten Schritt der Standardarbeitszeitbedarf der Betriebszweige berechnet (degressiver Verlauf des Standardarbeitszeitbedarfs nach der Anzahl der Tiere beziehungsweise der Hektar, das heißt mit steigender Anzahl von Hektar bzw. Tieren sinkt der Standardarbeitszeitbedarf je Einheit). Unterschieden wurde dabei zwischen Innenwirtschaft, Außenwirtschaft, Almwirtschaft sowie Management- und allgemeine Betriebsarbeiten. Darauf aufbauend wurden die Berechnungen des einzelbetrieblichen Standardarbeitszeitbedarfes für alle im INVEKOS erfassten Betriebe durchgeführt.³

Auf diese Vorarbeiten wurde in einer Studie aufgebaut und die Auswirkungen der Einbeziehung des Standardarbeitszeitbedarfes als Kriterium zur Vergabe von Direktzahlungen und deren Verteilungswirkung analysiert.⁴ Verglichen wurde die Verteilung der Direktzahlungen unter gegenwärtigen Kriterien mit jener der Einbeziehung der Standardarbeitszeiten als Basis. In der Studie wurden 50 Prozent der Direktzahlungen in Österreich (entsprach 342 Millionen Euro) nach dem Standardarbeitszeitbedarf auf die landwirtschaftlichen Betriebe neu verteilt und 50 Prozent nach der bisherigen Methode über die Fläche beziehungsweise Tierzahl.⁵

Bei dieser Berechnungsart würden in Österreich 66 Prozent der Betriebe im Datensatz profitieren, vor allem Betriebe mit einem hohen Arbeitseinsatz. Das sind insbesondere Betriebe mit Tierhaltung (vor allem Milchviehbetriebe) und Bergbauernbetriebe (Tab. 2). Kleinere und mittelgroße Betriebe würden im Durchschnitt gewinnen, hingegen Nichtbergbauernbetriebe, Marktfuchtbetriebe und große Betriebe würden Direktzahlungen und somit Einkommen verlieren.⁶

Standardarbeitszeitmodell oder Kalkulatorischer Arbeitsaufwand – ein Vergleich

Die Berechnung der Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland wird schrittweise auf den Beitragsmaßstab »Arbeitsbedarf« umgestellt. Dabei wird nicht der individuelle, tatsächliche Arbeitsaufwand eines Betriebes berücksichtigt, sondern die für jedes Bundesland errechneten Normarbeitszeiten je Hektar Fläche und/oder Stück Vieh für jedes einzelne Produktionsverfahren. Im Gutachten von Enno Bahrs⁷, das im Folgenden als Basis diene, wird auch mittels eines Degressions-

Tab. 1: Verteilung der Direktzahlungen aus der Marktordnung in der EU nach Förderklassen (Finanzjahr 2009)

Förderklassen		Österreich	Deutschland	EU-15	EU-12	EU-27
Anzahl der Empfänger (in 1.000 Euro)		122,6	352,9	4.706,1	3.162,5	7.868,6
Fördersumme (in Mill. Euro)		711,8	5.534,7	35.026,9	4.082,5	39.109,4
Förderung je Empfänger (in Euro)		5.807	15.685	7.443	1.291	4.970
Förderklasse < 1.250 Euro	(Betriebe Prozent)	26,3	25,0	46,9	85,6	62,5
	(Fördersumme Prozent)	2,5	0,8	2,9	22,8	5,0
Förderklasse < 5.000 Euro	(Betriebe Prozent)	62,4	48,1	71,1	97,1	81,5
	(Fördersumme Prozent)	20,2	5,0	11,5	42,8	14,8
Förderklasse >= 50.000 Euro	(Betriebe Prozent)	0,3	4,9	2,5	0,3	1,6
	(Fördersumme Prozent)	4,9	43,2	32,1	30,9	32,0

Quelle: European Commission 2011⁹

Anmerkungen: Für das Finanzjahr 2009 wurden in den zehn neuen Mitgliedsstaaten nur 50 Prozent des Förderniveaus je Hektar der EU-15 und für Bulgarien und Rumänien nur 30 Prozent bezahlt (diese Anteile sollen bis 2014 auf 100 Prozent beziehungsweise für Bulgarien und Rumänien bis 2017 auf 100 Prozent steigen). Die Prozentangaben bei Betrieben und Fördersumme bis 5.000 Euro sind kumuliert.

faktors die Betriebsgröße berücksichtigt. Dadurch nimmt die berechnete Arbeitszeit mit zunehmender Betriebsgröße – umgelegt auf einen Hektar Fläche oder ein Tier – ab, zumindest ab einer Untergrenze (z. B. zehn Milchkühe) und bis zu einer Obergrenze (z. B. 1 000 Hektar bei Mähdrusch). Der Berechnungswert und in Folge die Höhe des Beitrages können von jedem Betrieb zur Kontrolle über einen Beitragsrechner selbst berechnet werden.⁸ Von der AbL Bayern wird dazu folgendermaßen argumentiert: Wenn die Daten für die Arbeitsberechnungen über INVEKOS herangezogen werden und die Betriebe mit einem höheren Standardarbeitszeitbedarf (Tierhalter, Betriebe mit vielfältigen Betriebsformen) höhere Beiträge für die Unfallversicherung bezahlen müssen, dann sollte dieses System auch für die Berechnung der Direktzahlungen aus der Ersten Säule der EU verwendet werden. Wobei es nicht darum geht, dieses Modell für die ganze EU anzuwen-

den, sondern es den Mitgliedsländern freizustellen, dieses Modell zu wählen.

Am Beispiel Bayern wird dieser standardisierte Arbeitsbedarf (kalkulatorischer Arbeitsaufwand) mit dem österreichischen Modell verglichen (Tabelle 3). Es zeigen sich folgende Ergebnisse und Unterschiede:

- Im österreichischen Modell sind die Standardarbeitszeiten für die kleinen Betriebe (zehn Hektar bzw. zehn Kühe) deutlich höher als im bayerischen Modell, nähern sich aber bei größeren Betrieben an. Dies spiegelt auch die wesentlich kleinere durchschnittliche Betriebsstruktur in Österreich in der Gewichtung der Standardverfahren wider, zum anderen wirkt sich im bayerischen Modell der Ansatz von Bahrs aus, die Degressionsformel nicht ab dem ersten Hektar oder dem ersten Tier anzusetzen, sondern erst ab einer Mindestgröße.

Tab. 2: Änderung der Direktzahlungen je Betrieb nach ausgewählten Betriebsmerkmalen bei Anwendung des Standardarbeitszeitmodells in Österreich

Kennzahl	Bergbauernbetriebe (Extrem)	Futterbaubetriebe	Marktfuchtbetriebe	Mittlere Betriebe	Großbetriebe
Standardarbeitszeitbedarf je Betrieb in Stunden	1 410	2 521	1 010	2 235	3 859
Direktzahlungen (DZ) je Stunde (alt) in Euro	1,5	2,1	9,3	2,0	14,6
DZ (alt) je Betrieb in Euro	2.070	5.308	9.392	4.391	56.148
DZ neu je Betrieb in Euro	3.138	6.413	6.202	5.529	33.828
Veränderung DZ in Euro	1.068	1.105	-3.190	1.138	-22.320
Veränderung DZ in Prozent	+52	+21	-34	+26	-40

Quelle: Kirner et al. 2008⁴; eigene Berechnungen

Anmerkungen: Gemäß Standardarbeitszeitmodell ergibt die Umlage der Direktzahlungen im Durchschnitt drei Euro je Arbeitskraftstunde. Betriebe, deren Direktzahlungen aktuell unter diesem Durchschnitt von drei Euro lagen (Bergbauernbetriebe, Futterbaubetriebe, Mittlere Betriebe) würden gewinnen, Betriebe die über diesem Durchschnitt lagen (Marktfuchtbetriebe, Großbetriebe) würden Direktzahlungen verlieren. Im Modell wurden 50 Prozent der Direktzahlungen neu nach Standardarbeitszeitbedarf und 50 Prozent wie bisher verteilt. Futterbaubetriebe sind vor allem Milchviehbetriebe. Marktfuchtbetriebe sind Ackerbaubetriebe. Als mittlere Betriebe wurde die Größe zehn bis 20 Hektar landwirtschaftliche Fläche definiert. Als Großbetriebe wurden die Betriebe ab 100 ha landwirtschaftliche Fläche definiert.

Tab. 3: Vergleich Standardarbeitszeitmodell (Österreich) mit Modell Kalkulatorischer Arbeitsaufwand nach der landwirtschaftlichen Unfallversicherung (Bayern)

Betriebsform/Betriebsgröße	Österreich (AKh)	Bayern (AKh)
Ackerbaubetrieb 10 Hektar	503	204
Milchkuhbetrieb (10 Kühe, 10 Hektar)	1 933	1 186
Ackerbaubetrieb 100 Hektar	1 637	1 439
Milchkuhbetrieb (100 Kühe, 100 Hektar)	6 133	5 654

Quelle: Handler/Stadler/Blumauer 2006³; LSV 2011⁸; eigene Berechnungen

Anmerkungen: Für die Darstellung wurden vereinfachte Betriebstypen berechnet, die in dieser reinen Form in der Praxis nicht vorkommen. Aber das Grundmodell mit dem Basiswert und dem Degressionsfaktor und den Auswirkungen kann damit klar gezeigt werden. In Bayern wird die Berechnung in »Berechnungseinheiten = BER« durchgeführt, die für diese Tabelle in Arbeitskraftstunden (AKh) umgerechnet wurden, wobei 1 BER einem Arbeitstag mit zehn Arbeitsstunden entspricht. Der Arbeitsbedarf in AKh beinhaltet die Arbeitszeit für die Flächenbearbeitung, die Allgemeinen Arbeiten und die Milchkuhhaltung.

- In beiden Modellen erhalten die Milchkuhbetriebe wesentlich mehr Standardarbeitszeit zugesprochen als die Ackerbaubetriebe (Österreich circa das 3,8-Fache; Bayern das 5,8-Fache bei zehn Hektar und 3,9-Fache bei 100 Hektar).
- In beiden Modellen gibt es einen starken Degressionsfaktor nach der Betriebsgröße. Dieser ist im österreichischen Modell noch stärker ausgeprägt als im bayerischen Modell. Bei einem zehnfach so großen Betrieb (von zehn auf 100 Hektar bzw. Milchkuhe) steigen in Österreich die Standardarbeitsstunden auf das 3,2-Fache. In Bayern beträgt der Anstieg von zehn auf 100 Hektar, ausgehend von einem niedrigeren Ausgangsniveau bei den kleinen Betrieben, auf das 7,0-Fache (Ackerbau) beziehungsweise auf das 4,8-Fache (Milchkuhe) an. Hier ist der Degressionsfaktor am Anfang stark, flacht aber rasch ab.
- Der Umverteilungseffekt von Ackerbaubetrieben zu Grünlandbetrieben und Milchkuhbetrieben bzw. von großen Betrieben zu kleinen Betrieben hängt davon ab, wie viel Gesamtbudget für Direktzahlungen zur Verfügung steht, wie die Verteilung der Direktzahlungen bisher war (Österreich hatte bisher ein historisches Modell, das die Ackerbaubetriebe begünstigt hat; im Durchschnitt waren die Hektarsätze aber niedriger als in Deutschland bzw. in Bayern), wie das Standardarbeitszeitmodell aufgebaut ist und ob das System vollständig umgestellt wird oder ein Mischsystem installiert wird.
- Berechnungsbeispiele zeigen bei einem Systemumstieg geringe Verluste für kleine Ackerbaubetriebe und hohe Verluste für große Ackerbaubetriebe sowie deutliche Direktzahlungserhöhungen für Grünlandbetriebe, insbesondere Milchkuhbetriebe. Im bayerischen Modell zeigt sich der gleiche Trend (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß) wie beim österreichischen Modell.

Ausblick

Für den Standardarbeitszeitbedarf als Kriterium für die Höhe von Direktzahlungen spricht vor allem: Er spiegelt im Vergleich zur Fläche die Leistungen der Bäuerinnen und Bauern sowohl für den Markt als auch für die Gesellschaft besser wider. Außerdem ist er zentral für die Schaffung von Mehrwert und stellt sich in der täglichen Praxis auf dem Bauernhof immer öfter als das knappste Gut heraus. Mit der verfügbaren notwendigen Arbeitszeit steht und fällt die Betriebsorganisation und -betriebsform eines Betriebes. Längerfristig ist sie die Entscheidungsgrundlage dafür, ob ein Betrieb weiter bewirtschaftet wird oder nicht. Allerdings sind – entsprechend den vorgestellten Modellen – als Basis für Direktzahlungen nicht die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, sondern die standardisiert notwendigen

Arbeitsstunden heranzuziehen. Grundsätzlich sind die Daten – wie die Beispiele Bayern und Österreich zeigen – im INVEKOS vorhanden, allerdings müssen für eine praktische Anwendung noch einige technische und politische Herausforderungen gelöst werden. In die Standardarbeitszeitmodelle lassen sich auch Förderobergrenzen integrieren. Änderungen bei den Arbeitszeitstunden je Einheit oder beim Degressionsverlauf, die sich aufgrund technischer Entwicklungen oder des fachlichen und politischen Meinungsbildungsprozesses ergeben, können ohne großen Aufwand in das Modell eingepasst werden, das heißt das Standardarbeitszeitmodell kann flexibel auf Veränderungen reagieren.

In Österreich wird das Standardarbeitszeitmodell als Alternative zum historischen Modell bzw. dem Flächenmodell von Direktzahlungen von der Agrarvertretung der Sozialdemokratischen Partei und den Grünen sowie von den NGO's wie zum Beispiel dem Agrarbündnis Österreich und der Österreichischen Bergbauern/Bäuerinnen-Vereinigung – Via Campesina Austria unterstützt. Nicht unterstützt wird das Modell bisher von jenen, die in Österreich in der Agrarpolitik das Sagen haben: der großen Interessensvertretung (Bauernbund), den Landwirtschaftskammern und der Österreichischen Volkspartei. Wobei die Vertreter/-innen aus den westlichen Bundesländern, die zum Großteil aus Berggebieten bestehen, große Sympathie äußern. In

Folgerungen & Forderungen

- Die Vergabe der EU-Direktzahlungen nach dem Flächenmodell führt zu einer ungleichen Verteilung der EU-Mittel zugunsten größerer und zulasten kleinerer Betriebe.
- Diese Ungleichverteilung der EU-Mittel kann durch die Anwendung von Arbeitszeitmodellen abgebaut werden.
- Modelle wie das Standardarbeitszeitmodell oder das Modell kalkulatorischer Arbeitsaufwand verändern die Mittelvergabe zulasten großer Ackerbaubetriebe und zugunsten von Grünlandbetrieben und insbesondere Milchkuhbetrieben.
- Diese am standardisierten Arbeitszeitbedarf orientierten Modelle spiegeln die Leistung der Bauern und Bäuerinnen sowohl für den Markt als auch für die Gesellschaft besser wider und können flexibel auf gesellschaftliche, fachliche oder technische Veränderungen reagieren.
- Da die Einführung eines EU-weit gültigen Modells bei der anstehenden Agrarreform schwierig ist, sollte den Mitgliedsstaaten respektive Bundesländern die Möglichkeit eingeräumt werden, zwischen Flächenmodell und Arbeitsmodell zu wählen.

diesen Bundesländern wurde der Begriff »Arbeitsplatz Bauernhof« geprägt, der insbesondere für die Bergbaubetriebe in ihrer Multifunktionalität einen geeigneten Begriff darstellt.

In Deutschland werden von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und dem Kasseler Institut für ländliche Entwicklung verschiedene Modelle zur Berücksichtigung der Arbeitskraft stark in die Diskussion gebracht.¹⁰ Die AbL Bayern hat im August 2011 ein Mischmodell für Direktzahlungen (30 Prozent der Direktzahlungen als Hektarprämie zum Greening-Ausgleich und 70 Prozent sollen nach standardisiertem Arbeitsbedarf gezahlt werden) für die GAP nach 2013 vorgestellt.

Je nach Sicht- und Interessenslage sind die Stärken eines Arbeitszeitmodells für andere gleichzeitig seine Schwächen: Die einen befürworten die Umverteilungseffekte, die anderen fürchten die Umverteilungsdiskussionen. Die Verwaltungsstellen scheuen das Restrisiko, da eventuell für einige Spezialfälle noch Handlungs- und Klärungsbedarf gegeben ist. Obwohl die gesellschaftliche Akzeptanz bei einem Arbeitszeitmodell höher wäre als bei einer Verteilung der Förderungen nach der Fläche, sind viele Entscheidungsträger/-innen in der Agrarpolitik in Österreich an einer breiteren Diskussion über die Verwendung öffentlicher Gelder für öffentliche Güter (»public money for public goods«) nicht interessiert.

Für die kommende Agrarreform wird es schwierig, ein Arbeitszeitmodell wie oben beschrieben durchzusetzen (obwohl die Arbeitszeit in den Vorschlägen der Kommission und in der Diskussion im Europäischen Parlament bereits einen hohen Stellenwert hat). In Ländern wie Österreich oder Deutschland sind die technischen und statistischen Voraussetzungen gegeben, ein Standardarbeitszeitmodell umzusetzen. Ein gangbarer Weg wäre es, dass die EU jedem einzelnen Mitgliedsstaat freistellt, die Direktzahlungen ab 2014 innerhalb des Budgetrahmens eines Mitgliedsstaates bzw. eines Bundeslandes wie Bayern nach der landwirtschaftlichen Fläche oder nach einem standardisierten Arbeitszeitmodell freier Wahl zu verteilen.

Anmerkungen

- 1 BMLFUW: Grüner Bericht 2010. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft. Wien 2010.
- 2 Darin sind nur die über INVEKOS abgewickelten Förderungen enthalten. INVEKOS (Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem) ist das von der EU eingerichtete Förder- und Kontrollsystem zur Abwicklung von flächenbezogenen Beihilfen in der Landwirtschaft.
- 3 F. Handler, M. Stadler und E. Blumauer: Standardarbeitszeitbedarf in der österreichischen Landwirtschaft. Ergebnis der Berechnung der einzelbetrieblichen Standardarbeitszeiten. Research Report Nr. 48 der HBLFA Francisco Josephinum. Wieselburg 2006.
- 4 L. Kirner, G. Hovorka, F. Handler, O. Tamme, M. Stadler, O. Hofer und E. Blumauer: Analyse der Einbeziehung des Arbeitseinsatzes für die Ermittlung von Direktzahlungen in der Landwirtschaft. Wien 2008.
- 5 Da nicht die tatsächliche Arbeitszeit eines Betriebes, sondern die berechnete Standardarbeitszeit nach Standardverfahren zur Anwendung kam, würde durch das Modell eine höhere Arbeitsproduktivität eines Betriebes im Vergleich zu den Standardverfahren zu keinen Nachteilen für diesen Betrieb führen.
- 6 L. Kirner, G. Hovorka und F. Handler: Der Standardarbeitszeitbedarf als ein Kriterium für die Ermittlung von Direktzahlungen in der Landwirtschaft. In: Jahrbuch der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie, Vol. 18(1). Wien 2009, S. 71–80.
- 7 E. Bahrs, E.: Einführung eines Abschätztarifs auf der Basis des Arbeitsbedarfs für die Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Schleswig-Holstein und Hamburg. Gutachterliche Stellungnahme. Ohne Ortsangabe, 2007.
- 8 LSV (2011): Der neue LBG-Beitrag (<http://www.lsv.de/fob/07/mitgliedschaft/mibeio2/mibeio21/index.html>)
- 9 European Commission: Indicative figures on the distribution of direct aid to farmers, by size-class of aid (Financial year 2009). Brüssel 2011 (http://ec.europa.eu/agriculture/funding/directaid/distribution_en.htm).
- 10 Unabhängige Bauernstimme: Ausgabe Nr. 345 (Juni 2011) und 346 (Juli/August 2011). Hamm.



Dr. Gerhard Hovorka

Volkswirt und Leiter der Abteilung »Wirtschaftswissenschaftliche und umweltpolitische Analysen« an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen in Wien

Bundesanstalt für Bergbauernfragen
Marxergasse 2/Mezzanin, A-1030 Wien
E-Mail: gerhard.hovorka@babf.bmlfuw.gv.at

»Auch die Qualität der Arbeit zählt«

Ein Interview mit Thomas Hentschel und Holger Bartels

Die Vergabe der EU-Direktzahlungen nach der Fläche fördert einseitig flächenstarke Betriebe und deren weitere Rationalisierung. Bezweifelt wird, ob die Steuergelder überhaupt sinnvoll eingesetzt und verteilt werden und ob auf diesem Weg angemessen auf die zukünftigen Herausforderungen der EU-Agrarpolitik reagiert werden kann. Aus bäuerlicher Perspektive kann eine Bindung der Direktzahlungen an Arbeit den höheren Arbeitsaufwand bei arbeitsintensiven, vielseitigen Betrieben berücksichtigen und darüber zu deren Einkommenssicherung, wirtschaftlicher Stabilisierung und Arbeitsentlastung beitragen. So kann dem Strukturwandel und einer weiteren Vereinseitigung der Flächenbewirtschaftung entgegengewirkt werden. Von einer Förderung der Arbeit statt der Fläche wird zudem erwartet, landwirtschaftliche Betriebe grundlegender bei den zusätzlichen Aufgaben für Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz unterstützen zu können. Auch die europäischen Agrargewerkschaften haben im letzten Jahr einen intensiven Austausch über die Vor- und Nachteile des Vorschlags, die Zahlung von EU-Agrargeldern an Beschäftigung und Arbeit zu binden, begonnen.

Ende Oktober traf sich der Agrarsektor der Europäischen EFFAT zur Beratung von Strategien für Arbeit und Beschäftigung in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Neben dem neuen Vorschlag der EU-Kommission setzten sich die Agrargewerkschaften intensiv damit auseinander, Arbeit statt Fläche zum Kriterium für die Auszahlung der Direktzahlungen zu machen. Warum interessieren sich die Agrargewerkschaften für die Vorschläge?

Für die Agrargewerkschaften ist der Faktor Arbeit ein ganz entscheidender. Arbeitnehmer und -nehmerinnen kommen in der GAP nur unter dem Aspekt vor, wie viel Beschäftigung es in der Landwirtschaft gibt. Es wird nicht differenziert, wie und unter welchen Bedingungen die Beschäftigung stattfindet, auch in der Agrarstatistik nicht. Die Interessen von Arbeitnehmern in der Landwirtschaft, wie zum Beispiel der Arbeitsschutz oder andere soziale Standards, kommen bisher nicht vor.

Die europäischen Gewerkschaften begrüßen deshalb die neuen Vorschläge der EU-Kommission, Arbeitnehmer durch die mögliche Anrechnung der Löhne sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in das Instrumentarium der GAP aufzunehmen. Es wird damit erstmalig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gesprochen. Der Faktor Arbeit kann nun wesentlich stärker in den Fokus der Agrarpolitik rücken. Wir versprechen uns davon, dass man in einem nächsten Schritt

auch die Qualität der Arbeit zum Thema macht: Wie sieht die Arbeit in der Landwirtschaft aus, wie ist sie organisiert – von der Saisonarbeit bis zur Vollbeschäftigung, oder auch: welche Belastungen gibt es für die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer? So würde auch der soziale Aspekt der Nachhaltigkeit in der GAP berücksichtigt werden.

Warum ist die Auseinandersetzung mit der Qualität der Arbeit für die Landwirtschaft so wichtig?

In der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) des Bundes, an der gewerkschaftliche Sozialpartner und Unternehmen beteiligt sind, ist die Landwirtschaft bisher leider unterrepräsentiert. Ein Beispiel: Wir reden alle vom demografischen Wandel. Es müssen Ideen entwickelt werden, wie man diesem speziell in der Landwirtschaft begegnen kann. Die Arbeitnehmer werden alle wesentlich länger arbeiten müssen. Die Arbeit in den Betrieben muss anders organisiert werden. Dazu gehören nachhaltige Lohnsysteme und Qualifizierung genauso wie eine entsprechende Gesundheitsvorsorge, mit der Menschen überhaupt in die Lage versetzt werden, bis zu einem Alter von 67 Jahren ihre Arbeit ausführen zu können.

Die Direktzahlungen werden bei dem neuen Vorschlag der EU in direkte Abhängigkeit zur Betriebsgröße gestellt.

Den großen Betrieben wird die Möglichkeit eingeräumt, im Vorjahr entstandene Lohnkosten anrechnen zu lassen. Wie bewerten die Agrargewerkschaften als die Vorschläge? Für die Agrargewerkschaften reicht allein die Berücksichtigung der Lohnkosten des landwirtschaftlichen Betriebes nicht aus. Im Augenblick sieht der Vorschlag einfach nur vor, Agrargelder zwischen landwirtschaftlichen Betrieben anders zu verteilen. Man sollte einen Teil der Kappingsbeiträge als Mittel für die Qualifizierung und eine zusätzliche Altersversorgung der Arbeitnehmer reservieren. Damit wäre dann auch ein qualitativer Sprung im Bereich der Arbeit geschaffen. Gerade in der Landwirtschaft sehen wir eine sehr starke Altersarmut auf uns zukommen, da ist dringender Handlungsbedarf.

Sie haben auch die Vorschläge, Direktzahlungen grundsätzlich auf den Faktor Arbeit umzustellen, diskutiert. Bäuerliche Interessenvertretungen erhoffen sich davon eine bessere Berücksichtigung bisher benachteiligter arbeitsintensiver Betriebe. Worin sehen die Gewerkschaften einen qualitativen Unterschied?

Es macht schon einen qualitativen Unterschied aus, dass die Diskussion um die grundsätzliche Umstellung von flächenbezogenen Parametern auf den Arbeitsfaktor fortgesetzt wird. Diese Diskussion muss auch in andere europäische Mitgliedsstaaten getragen werden. Aber die Vorschläge müssen in Zusammenhang mit den sehr unterschiedlichen Problemlagen in der Landwirtschaft der 27 Mitgliedsstaaten analysiert und diskutiert werden. Bieten sie zum Beispiel Antworten auf die Schwarzarbeit und schlechte soziale Absicherung der vielen Landarbeiter? Wie wirken sie in Regionen mit vielen Kleinstbetrieben bzw. überwiegend großlandwirtschaftlichen Strukturen? Hier muss weitergearbeitet werden.

Bietet die Stärkung des Faktors Arbeit in der Ersten Säule eine Chance, über die GAP die Interessen der landwirtschaftlichen Betriebe und der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer gemeinsam zu berücksichtigen? Das ist ja bisher nicht der Fall.

Indem die Arbeit in den Fokus kommt, wird mehr über die Leistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft diskutiert und darüber, welchen Anteil die Arbeit der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitgeber an diesen hat. Damit rückt auch die Agrarpolitik stärker in den gesellschaftlichen Fokus. Die Landwirtschaft muss sich noch wesentlich stärker positionieren: Was bietet die Landwirtschaft der Gesellschaft und was erwartet sie dafür von der Gesellschaft? Und nicht nur anders herum: Was erwartet die Gesellschaft von der Landwirtschaft und was bietet diese dafür? Hier sehen wir großen Diskussionsbedarf und viele gemeinsame Interessen.

Welche Rolle spielen Arbeit und Beschäftigung bisher in der Zweiten Säule der GAP?

In der Zweiten Säule müssten die Handlungsmöglichkeiten gerade für die Landwirtschaft größer sein. Ihr darf der Agrarbezug nicht verlorengehen. Gute Ansätze gibt es im Bereich des Know-how-Transfers; in der ELER-Verordnung wird die soziale Armut in den ländlichen Räumen thematisiert. Insgesamt bietet die Zweite Säule einen besseren Weg zu einer einheitlicheren gesellschaftlichen Diskussion über die Position der Landwirtschaft, man kommt besser über die Themen Fläche und Direktzahlungen hinaus. Hier lassen sich auch gute Chancen eröffnen, etwas gegen den Fachkräftemangel in der Landwirtschaft zu tun. Dieses Problem lässt sich nicht allein über Kampagnen regeln, in denen das Arbeitsfeld Landwirtschaft attraktiv dargestellt wird. Hier muss es substanzielle Verbesserungen geben. Die landwirtschaftlichen Löhne dürfen nicht von denen anderer gesellschaftlicher Gruppen abgehängt werden, sie müssen angeglichen werden. Es muss etwas für die Weiterbildung der Arbeitnehmer getan werden und für ihre soziale Absicherung.

Landwirtschaftliche Arbeitnehmer sollten stärker an den Initiativen zur Entwicklung der ländlichen Räume und Wirtschaft wie LEADER beteiligt werden. Leider setzen sich auf lokaler Ebene die kaum vorhandenen demokratischen Strukturen in den landwirtschaftlichen Unternehmen fort. Arbeitnehmer sind nur selten in lokalen Aktionsgruppen und regionalen Partnerschaften beteiligt. Die Landwirtschaft will gute Arbeitskräfte und Fachkräfte gewinnen, diese wollen aber neben der Arbeit auch im ländlichen Raum leben können. Es ist also wichtig, sie an der Entwicklung der ländlichen Räume zu beteiligen, damit sie sich mit dem Berufsstand und der ländlichen Region identifizieren können.

Das Interview führte Karin Jürgens



Thomas Hentschel

Geschäftsführer des Peco-Institut e.V. –
Institut für nachhaltige Regionalentwicklung

Luisenstr. 38, 10117 Berlin
E-Mail: thomas.hentschel@peco-ev.de



Holger Bartels

Abteilungsleiter Agrar und Umwelt beim
Bundesvorstand der IG Bauen-Agrar-Umwelt
(IG BAU)

Luisenstr. 38, 10117 Berlin
E-Mail: holger.bartels@igbau.de

● **Schwerpunkt »Zusammen arbeiten«**

Solidarische Landwirtschaft

Community Supported Agriculture (CSA) in Deutschland

von Thomas van Elsen und Katharina Kraiß

Seit dem autobiographischen Kinofilm »Farmer John« über den Niedergang seines elterlichen Hofes und dessen Wiederauferstehung als Community Supported Agriculture (CSA) nimmt auch in Deutschland die Zahl landwirtschaftlicher Wirtschafts- oder Versorgergemeinschaften zu. Die Grundidee dabei ist, dass ein Hof sein soziales Umfeld mit Lebensmitteln versorgt, während dieses umgekehrt für den Hof die nötigen finanziellen Mittel bereitstellt, um wirtschaften zu können. Wörtlich übersetzt bedeutet die englischsprachige Abkürzung CSA »gemeinschaftsunterstützte Landwirtschaft«. Das Prinzip der Unterstützung ist jedoch wechselseitig, weshalb »Solidarhöfe« eigentlich die treffendere Bezeichnung ist. Alle in Deutschland existierenden CSA-Höfe wirtschaften ökologisch und (für ihre Mitglieder) ökonomisch transparent; CSA stellt somit eine Spezialisierungs- und Entwicklungsmöglichkeit für den Ökologischen Landbau dar. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die Entstehungshintergründe von CSA als einer Form solidarischer Landwirtschaft sowie über die aktuelle Entwicklung in Deutschland und zeigt Erfolgsfaktoren sowie Perspektiven für die weitere Entwicklung auf.

Seit den 1960er-Jahren entstand in verschiedenen Teilen der Welt unabhängig voneinander ein Konzept, für welches in den 1980er-Jahren in den USA der Begriff *Community Supported Agriculture* (CSA) geprägt wurde. Zu dieser Zeit gründete sich auch die erste CSA in Deutschland: die Wirtschaftsgemeinschaft Buschberghof bei Hamburg. CSA ist mittlerweile weltweit verbreitet.¹

Die Grundidee des CSA-Konzepts ist, dass ein Hof eine bestimmte Gruppe von Menschen Jahr für Jahr mit Lebensmitteln versorgt, während diese gleichzeitig dem Hof die nötigen finanziellen Mittel hierfür bereitstellen. Beide Parteien stehen hier in wechselseitiger Verantwortung. Es geht darum, einen weitestgehend geschlossenen Wirtschaftskreislauf aufzubauen, der über den landwirtschaftlichen Betrieb hinaus die Verbraucher seiner Produkte mit einbezieht. Dies stellt eine Alternative zur gegenwärtigen Entwicklungstendenz in der Landwirtschaft dar. Ziele von CSA sind zum einen die Produktion qualitativ hochwertiger Lebensmittel sowie der Schutz und die Erhaltung des gesunden Naturkreislaufes. Zum anderen möchte CSA den Verbrauchern eine neue Verbindung zum Land und den Lebewesen, die ihnen das Leben ermöglichen, zugänglich und erfahrbar machen.

CSA – nach Amerika und wieder zurück

In den USA wurde die CSA-Idee anfangs von Europäern ins Leben gerufen. Jan VanderTuin brachte sein Wissen über eine solche solidarische Form der Landwirtschaft aus der Schweiz mit nach Amerika, wo er es in der CSA *Indian Line Farm* in Massachusetts umsetzte. Zur gleichen Zeit und unabhängig davon (aber auf den gleichen Gedanken beruhend) entwickelte sich das CSA-Konzept in einem Kreis um Trauger Groh, der als einer der Autoren des in den USA erschienenen CSA-Standardwerks »Farms of tomorrow«² vor seiner Auswanderung nach Amerika 20 Jahre auf dem Buschberghof bei Hamburg gelebt und gearbeitet hatte.

Wolfgang Stränz, langjähriger Schatzmeister der Wirtschaftsgemeinschaft Buschberghof, berichtete auf einer Podiumsdiskussion zum Thema »Solidarische Ökonomie« (2007) in Witzenhausen über die Entstehungsgeschichte dieser ersten CSA in Deutschland:

In den 1950er-Jahren traf sich in Norddeutschland eine Gruppe von Landwirten, die nach neuen Formen des Eigentums, der Zusammenarbeit und der Wirtschaftsform suchten. Dies wurde dann Schritt für Schritt auf dem Buschberghof Wirklichkeit. Zunächst galt es, die Eigentumsfrage neu zu stellen. 1968 wurde

das Eigentum des Hofes durch die Schenkung des Buschberghofes von Carl August Loss an die Gemeinnützige Landbauforschungsgesellschaft (LBF) Fuhlenhagen, deren Satzungszweck Volksbildung, Forschung und Landwirtschaft ist, gleichsam »neutralisiert«. »Durch diesen Akt der Schenkung gehört der Hof quasi niemandem mehr«, so Wolfgang Stränz. »Der Betrieb kann nicht mehr vererbt, verspekuliert, verschuldet oder versoffen werden!« Außerdem wurde die »Gemeinnützige Landbauforschung« Träger Sozialer Landwirtschaft, indem dort zwölf Menschen mit verschiedenen psychischen Erkrankungen die Arbeit in der Landwirtschaft ermöglicht wird.³

So entstand die Arbeitsgemeinschaft Buschberghof, bei der insbesondere die finanzielle Verantwortung für die Landwirtschaft von etwa 40 Menschen, den »nicht aktiven Landwirten«, getragen wurde. Zugleich sind neue Formen der Zusammenarbeit umgesetzt worden: Die aktiven Landwirte arbeiteten nicht in einem Angestelltenverhältnis, sondern als selbstständige Landwirte. Es gab fünf Verantwortungsbereiche: Ackerbau, Rinderhaltung, Gemüsebau, Milchverarbeitung und Bäckerei. »Den Landwirten gehört nur das Umlaufkapital. Der Hof selbst gehört ihnen nicht.« Benötigt die Landwirtschaft einmal einen Kredit, so ist die Bereitschaft der Mitglieder gefragt, bei der Bank für den Hof Bürgschaften zu übernehmen, da kein Eigentum mehr als Sicherheit für die Banken dienen kann. In dieser Situation wurden Sicherheiten in Form von Sachwerten wie Land und Gebäude durch ein Netzwerk von menschlichen Beziehungen ersetzt.

Die konventionelle Vermarktungsform wurde zunächst noch beibehalten. In den 1980er-Jahren stand

bei den Landwirten ein Generationswechsel an. Gleichzeitig fanden Gespräche mit einem Kreis von Menschen statt, der bis dahin – als »Milchkreis« organisiert – Frischmilch über den Buschberghof bezog. Dieser Kreis hatte Interesse daran, weitere Produkte vom Buschberghof zu erhalten. Zeitgleich kamen die Informationen aus den USA über die dort neu entstandenen CSAs über Trauger Groh nach Deutschland. So kam es 1986 zu ersten Überlegungen in Richtung Wirtschaftsgemeinschaft. Über ein Jahr lang fanden alle vier bis sechs Wochen in einem Kreis von 20 bis 25 Menschen Gespräche statt, um an Möglichkeiten der Umsetzung zu arbeiten. Aus diesen Gesprächen heraus entstand 1988 die »Wirtschaftsgemeinschaft Buschberghof«. Heute ermöglicht dieses Konzept den Landwirten, menschenorientiert arbeiten zu können anstatt marktorientiert arbeiten zu müssen. Lebensmittel verlieren ihren Preis – und bekommen ihren Wert zurück.

Vorteile für beide Seiten

Auf jedem CSA-Hof entwickeln sich Ansätze der Solidarischen Landwirtschaft individuell – oft sind erst bestimmte Aspekte von dem verwirklicht, was auf dem Buschberghof in langjähriger Arbeit realisiert wurde. Die wesentlichen Aspekte Solidarischer Landwirtschaft werden im Folgenden⁴ zusammengefasst:

Landwirtschaft in Freiheit

Die landwirtschaftliche Wirtschaftsgemeinschaft (CSA) sichert die Existenz des Betriebes durch Vorfinanzierung des Budgets für jeweils ein Wirtschaftsjahr. Auf diese Weise müssen die entstehenden Produkte nicht

Hintergründe

Sowohl auf dem Buschberghof als auch bei dem CSA-Impuls in den USA bilden Gedanken aus der Anthroposophie eine Art Grundlage. Rudolf Steiner hat in seiner Schrift »Geisteswissenschaft und soziale Frage« (1905) das »soziale Hauptgesetz« formuliert: »Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist um so größer, je weniger der einzelne die Erträge seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden.«

In gewisser Weise ist dies in einer arbeitsteiligen Wirtschaft insofern teilweise bereits realisiert, als jeder Berufstätige Leistungen »für andere« erbringt. Darüber hinaus wird jedoch von Steiner das »Beanspruchen« der Erträge der eigenen Leistungen für sich selbst problematisiert. Im Folgenden erläutert und präzisiert Steiner die Konsequenzen:

»Alle Einrichtungen innerhalb einer Gesamtheit von Menschen, welche diesem Gesetz widersprechen, müssen bei längerer Dauer irgendwo Elend und Not erzeugen.« Steiner spricht nicht von einer Theorie, nicht von einem »Gesetz«, sondern erhebt den Zusammenhang zum »Hauptgesetz« – wobei es darauf ankomme, nicht nur eine andere Einstellung zu entwickeln, sondern auch den Rahmen, die »Einrichtungen«, in denen dies umgesetzt werden kann: »Worauf es also ankommt, das ist, dass für die Mitmenschen arbeiten und ein gewisses Einkommen erzielen zwei voneinander ganz getrennte Dinge sind.«

Schon 1905 formulierte er damit Gedanken, die heute nicht nur innerhalb der Solidarischen Landwirtschaft aufgegriffen werden, sondern auch in den Diskussionen um die Trennung von Arbeit und Einkommen und der Forderung nach einem »Grundeinkommen«.

mehr verkauft werden, denn sie sind bereits bezahlt und können an die Gemeinschaft verschenkt oder verteilt werden. In der Folge gibt es auch keine direkte Beziehung mehr zwischen dem Geld und den Produkten. Ohne Zwang, die erzeugten Lebensmittel verkaufen zu müssen, kann die Landwirtschaft jetzt so betrieben werden, dass der Boden auch für die Zukunft Lebensgrundlage sein kann.

Finanzierung der Landwirtschaft und Mitgliedsbeiträge
Entsprechend der Kapazität des Hofes kann diese Aufgabe auf dem Buschberghof von etwa 95 Familien bzw. 350 Menschen wahrgenommen werden. Ein Viertel Hektar reicht als Lebensgrundlage für einen Menschen. Auf der Hauptversammlung zu Beginn eines Wirtschaftsjahres wird der benötigte Jahresetat vorgestellt und durch die Gebote der einzelnen Mitglieder gedeckt. Die Beitragshöhe wird nach Selbsteinschätzung festgelegt, wobei Richtsätze zur Orientierung dienen. Dabei wird die soziale Situation des Hofes und der übrigen Mitglieder berücksichtigt. Die Bezugsmenge ist unabhängig von der Beitragshöhe, so dass die einzelnen Produkte ihren Preis verlieren und so ihren Wert zurückerhalten. Zudem werden nur Produkte erzeugt, die die Mitglieder auch verbrauchen, so dass kaum etwas weggeworfen werden muss.

Ist der Etat nach der ersten Runde noch nicht gedeckt, wird über die Konsequenzen eines niedrigeren Etats nachgedacht und darüber, was das jedem persönlich wert ist. Danach werden erneut Gebote abgegeben. Es werden die Vereinbarungen vorgelesen und verbindliche Formblätter ausgefüllt.

Das Geld der Mitglieder wird auf das Konto der Wirtschaftsgemeinschaft und von dort weiter an die Landwirte überwiesen. Den entsprechenden Betrag legen die Bauern selbst fest. Sollte sich am Ende des Jahres herausstellen, dass Geld übrig ist, geht es an den gemeinnützigen Träger.

Niemand soll aus finanziellen Gründen ausgeschlossen werden. Das Festlegen der Beiträge erfordert von jedem Einzelnen Bewusstseinsarbeit, indem er sich der Frage stellt, warum er/sie soundso viel zahlt und nicht mehr und nicht weniger.

Verteilung der Produkte und gemeinschaftliches Handeln

Die Mitglieder organisieren den Wirtschaftsprozess selbständig und verteilen die Produkte untereinander nach ihrem Bedarf. Die Produkte werden über lokale Depots verteilt, zu denen sich vier bis fünf Haushalte zusammenschließen und deren Umfang durch die Größe eines PKW-Kofferraums bestimmt wird. Die Produkte werden vom Hof und vom jeweiligen Depot von den einzelnen Mitgliedern abgeholt. Depots, bei denen sich die Verteilung günstiger über eine große Liefertour

organisieren lässt, werden von einem Lieferwagen nacheinander angefahren. Verarbeitete Produkte gibt es vorwiegend auf Bestellung, während Produkte wie zum Beispiel Gemüse, Fleisch und Eier vom Hof entsprechend ihrer Verfügbarkeit frei zur Verfügung gestellt werden.

Diese Art der Verteilung an kleinere lokale Gruppen hat sich auf dem Buschberghof bewährt, da sich dadurch intensivere Beziehungen entwickelt haben und gleichzeitig eine gewisse soziale Kontrolle gewährleistet ist. Die Mitglieder müssen sich um Bestellung, Verteilung und die entsprechenden Behältnisse für die Lebensmittel selbst kümmern. Organisation, Verwaltung und Mitgestaltungsmöglichkeiten sind unbürokratisch.

Zusammenkünfte finden vor allem bei der Jahreshauptversammlung und den Halbjahrestreffen statt. Des Weiteren gibt es Hofrundgänge und gemeinsame Feste am 1. Mai und zu Erntedank. Mittlerweile findet die Kommunikation vorwiegend über E-Mail statt. Durch die enge Verbindung zu dem Hof entstehen Bewusstsein und Verantwortung für die Zusammenhänge und das eigene Handeln. Motivationen zur Teilnahme sind für die Mitglieder häufig gesunde Produkte, Transparenz und die Möglichkeit des direkten Hofkontaktes, oft auch im Hinblick auf die eigenen Kinder.

Die landwirtschaftlichen Entscheidungen werden von den selbständigen Landwirten getroffen. Entscheidungen in diesen Zusammenhängen sind jedoch meist durch Sachzwänge bzw. Naturzusammenhänge festgelegt. Die Entscheidung über den von den Landwirten vorgeschlagenen und dargestellten Jahresetat fällt in der Jahreshauptversammlung durch die Mitglieder.

Solidarische Landwirtschaft in Deutschland

Im Rahmen des »Förderpreis Ökologischer Landbau« wurde der Buschberghof 2009 für seine Pionierleistungen in der Entwicklung des CSA-Konzeptes mit dem 1. Preis ausgezeichnet.⁵ Das Konzept landwirtschaftlicher Wirtschaftsgemeinschaften (CSA) erhebt den Anspruch auf konsequente Nachhaltigkeit. Die direkte Verbindung der Konsumenten mit dem Land, auf dem ihre Lebensmittel hergestellt werden, soll das Bewusstsein für den Schutz natürlicher Ressourcen wie Boden und Grundwasser sowie einen verantwortungsvollen Umgang mit Menschen, Tieren und Pflanzen unmittelbar fördern. Umgekehrt entwickelt auch der Landwirt eine unmittelbare Verantwortlichkeit für die Menschen, deren Lebensmittel er erzeugt und für die dafür notwendigen Voraussetzungen: einen gesunden Boden und Betriebskreislauf. Somit kann die Lebensgrundlage der Region vor Ort gestärkt und für die kommenden Generationen bewahrt werden.

Heute gibt es in Deutschland 19 CSAs und elf weitere CSA-Initiativen. Bei Neugründungen wird oft noch ein

Tab. 1: Community Supported Agriculture (CSA) in Deutschland (Wissensstand: September 2011)⁷

CSA-Höfe	Nächste Stadt	Entfernung	Fläche (CSA)	Mitglieder*	CSA seit	CSA**	Vollversorgung***
Buschberghof	Hamburg	40 km	101 ha	92 Haushalte	1988	100 %	Ja
Kattendorfer Hof	Hamburg	40 km	162 ha	~ 220 Anteile	1998	50 % Ziel: 100 %	Ja
Gärtnerhof Entrup	Münster	12 km	30 ha	100 Mitglieder	1999	50 % Ziel: 100 %	Ja
Schmitthof	Kaiserslautern, Mannheim	30 km 45 km	33 ha	70 Haushalte	2003	100 %	Ja
LandGut Lübnitz	Brandenburg	50 km	16 ha	35 Personen	2004	~80 %	keine Tiere
Löwengarten	Berlin	90 km	7,5 ha	150 Personen	2006	100 %	Gemüse
Karlshof	Berlin	90 km	27 ha	~ 80 Personen, Netzwerk: 200	2006	100 %	Feldfrüchte
Hof Hollergraben	Lübeck	45 km	12 ha	60 Personen, 2010: +20	2007	30 %	Gemüse, Brot, Kräuter, Obst
Gärtnerei Wurzelwerk	Kassel	15 km	20 ha	55 Personen	2009	~ 50 % Ziel: 100 %	Gemüse
Hof Tangsehl	Lüneburg	38 km	92 ha	87 Personen, Ziel: 200	2009	60 % Ziel: 100 %	Ja
Mirandahof	Bremen	30 km	6 ha	23 Personen	2009	n.n. Ziel: 50 %	Gemüse z. Zt.
Waldgärtner CSA	München	40 km ab 2012 500 m	0,6 ha	86 Mitglieder	2009	100 %	Gemüse
Hof Bexte	Heide Rendsburg	20 km 35 km	35 ha	n.n., Ziel: ~120 Personen	2010	n.n. Ziel: 100 %	Gemüse, Brot, Fleisch, Wurst
VersorgerInnen- gemeinschaft Güstritz	Lüchow	15 km	1 ha	~ 45 Mitglieder Ziel: 70 Mitglieder	2010	100 %	Gemüse, Kräuter
Hof Pente	Osnabrück	12 km	46 ha	45 Personen	2011	~ 20 % Ziel: 100 %	Ja
CSA Freudental/ Witzenhausen	Witzenhausen	2 km	7 Ar	50 Personen	2011	100 %	Gemüse
Gärtnerhof Staudenmüller	Templin	7 km	n.n.	n.n.	2011	n.n.	Gemüse + ?
Allmende e.V.	Greifswald	40 km	n.n.	n.n.	2011	n.n.	Gemüse
Gartencoop Freiburg	Freiburg	18 km	7,5 ha	200 Mitglieder	2011	100 %	Gemüse

* Haushalt: 3–4 Personen, an einer Mitgliedschaft beteiligen sich zum Teil 2–3 Personen.

** Prozentualer Anteil der CSA-Vermarktung an der Gesamtvermarktung.

*** Tierische und pflanzliche Roh- und Verarbeitungsprodukte (ohne Salz, Öl, Luxusprodukte, Obst zum Teil).

Teil der Produkte konventionell vermarktet, teils gibt es auch feste Mitgliedsbeiträge, bei einigen Betrieben beschränkt sich das Angebot auf Gemüse. Eine Übersicht gibt Tabelle 1.

Am 7. Juli 2011 gründete sich in Kassel das »Netzwerk Solidarische Landwirtschaft« mit dem »Verein Solidarische Landwirtschaft e.V.«.⁶ Auf ihrem dritten bundesweiten Treffen organisierten sich damit die in Deutschland wirtschaftenden Höfe und interessierte Einzelpersonen, denen die Entwicklung von Community Supported Agriculture ein Anliegen ist.

Die bei CSA verwirklichte Transparenz und Sicherheit bezüglich der Qualität der Lebensmittel und der Anbauverfahren ist eine nachhaltige Maßnahme gegen das zunehmende Misstrauen gegenüber Bioprodukten aus anonymen Märkten. Befragungen zu CSA in Deutschland zeigen, dass von vielen Interessierten und Beteiligten Regionalität, Nachhaltigkeit, Erhaltung der Vielfalt und Bereicherung der Lebensqualität in der Region als mögliche positive Effekte eines CSA-Hofes auf seine Umgebung gesehen werden.⁸ Durch direkte Beteiligung können Engagement und Übernahme von

Verantwortung gefördert werden. Ein soziales Netz kann Sicherheit bieten. Durch die Abkoppelung der Mitgliedsbeiträge von den dafür erhältlichen Produkten besteht die Möglichkeit, einen sozialen Ausgleich zu schaffen, der es Menschen mit geringem Budget erlaubt, teilzunehmen und gegebenenfalls Mithilfe bei der Arbeit als Gegenleistung einzubringen. Auch Versorgungssicherheit für den Fall einer sich rasch ausweitenden Krise natürlichen oder anthropogenen Ursprungs ist ein relevanter Grund, sich an CSAs aktiv zu beteiligen.⁹

Perspektiven und Erfolgsfaktoren

Ein Grund für die noch immer geringe Verbreitung von CSA in Deutschland ist der leichte Zugang zu Biolebensmitteln über den Lebensmitteleinzelhandel und die Existenz einer größeren Vielfalt alternativer Modelle, die es ermöglichen, Kunden enger in das landwirtschaftliche Geschehen einzubeziehen. Dazu zählen Landwirtschaftsgemeinschaften mit gemeinnütziger Trägerschaft, Angebote für die Selbsternte von Gemüse bis hin zu multifunktionalen Dienstleistungen. Dennoch hat CSA auch in Deutschland noch ein großes, bislang ungenutztes Potenzial für weitergehende Entwicklungen:

- *Weiterverarbeitung und Verteilung:* Denkbar sind die Einbeziehung des weiterverarbeitenden Gewerbes oder größerer Abnehmer wie zum Beispiel Kantinen ebenso wie der Schritt über die Region hinaus oder die Zusammenarbeit mehrerer kleiner Betriebe. Auch die Zusammenarbeit mit Lebensmittelkooperativen bietet sich an.
- *Hofnachfolge und Neugründung:* Das CSA-Konzept bietet Lösungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Hofnachfolge. Es stellt für kleine Höfe eine Chance dar, ihre Existenz zu sichern. Hofneugründer können sich auf diese Weise in der Umgebung etablieren, sich einer funktionierenden CSA anschließen oder einen »Ableger« bilden.
- *Finanzielle Unabhängigkeit:* CSA macht den landwirtschaftlichen Betrieb unabhängiger von Subventionen und Direktzahlungen, bei denen sich die Planungssicherheit jeweils auf Förderzeiträume begrenzt.
- *Bildungsarbeit:* In Zukunft wird der Bildungsauftrag der Landwirtschaft zunehmend an Bedeutung gewinnen. CSA eignet sich aufgrund der ökologischen Ausrichtung und der Transparenz der Produktionsweise besonders dafür, den landwirtschaftlichen Alltag und die Entstehung und Verarbeitung von Lebensmitteln für Kinder, Jugendliche und Multiplikatoren erlebbar zu machen.
- *Soziale Arbeit an Mensch und Natur:* Die auf die Beteiligung vieler Menschen ausgerichteten Hofkon-

zepte erlauben die Integration von Menschen mit Betreuungsbedarf und tragen so dem Inklusionsgedanken Rechnung. Zudem ergeben sich in der Sozialen Landwirtschaft durch »viele helfende Hände« Möglichkeiten, aktiv Aufgaben in der Pflege von Natur und Kulturlandschaft zu übernehmen.

- *Perspektiven für Stadt-Land-Beziehungen:* CSA kann die Brücke zum gegenseitigen Verständnis von Stadt und Land schlagen. Die meisten CSAs in Deutschland befinden sich in relativer Stadtnähe, deren Bewohner sich häufig mehr Kontakt zum Land wünschen.

Der Erfolg der Gründung von CSAs hängt in starkem Maß davon ab, in welchem Umfang es gelingt, die Ideen und Ziele zu vermitteln, auf denen das CSA-Konzept beruht. Die Gründungsinitiative einer neuen CSA kann sowohl von der Seite der Landwirte als auch von der Anfrage eines interessierten Kundenkreises ausgehen. Häufig gab zum Beispiel der Wunsch nach Lebensmittelsicherheit, der Erhalt der Existenzfähigkeit des Hofes oder die Nachfolgefrage den Anstoß zur Gründung.

Gegenseitiges Vertrauen, Freiwilligkeit, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit sind grundlegende Erfolgsfaktoren für jede funktionierende Gemeinschaft. Das Entstehen einer Gemeinschaft hängt sehr stark von dem Interesse und dem Engagement ihrer Mitglieder

Folgerungen & Forderungen

- Solidarische Landwirtschaft (CSA) bedeutet Teilung von Risiko und Verantwortung in der Landwirtschaft und solidarische Gestaltung des Wirtschaftsprozesses auf der Basis gegenseitigen Vertrauens.
- CSA erzeugt verlässliche Verhältnisse zwischen Produzenten und Konsumenten, die längerfristig und verbindlich angelegt sind und ermöglicht dadurch weitgehende Freiheit von ökonomischem Zwang (Druck) in der landwirtschaftlichen Produktion.
- CSA führt zu wirklicher Ernährungssouveränität.
- Sie nützt der Gesundheit von Böden, Gewässern, Pflanzen, Tieren und Menschen und deren Pflege und Entwicklung.
- Um das Konzept bekannter zu machen, bedarf es einer breiten Öffentlichkeitsarbeit und finanzieller wie personeller Kapazitäten, um Höfe bei der Umstellung auf solidarische Landwirtschaft zu unterstützen (Beratung, Mitgliedergewinnung etc.).
- Wie stark die Zahl der konkret umgesetzten Projekte steigen wird, hängt unter anderem von der aktiven Förderung zum Beispiel durch ELER, LEADER+ und von Vernetzungsmöglichkeiten der bisherigen und zukünftigen Akteure ab.

sowie der Landwirte ab. Hierfür sind oft einzelne engagierte Personen ausschlaggebend, die motivieren und für das nötige Bewusstsein sorgen.

Insbesondere Verbindlichkeit und die Übernahme von gegenseitiger Verantwortung sind wesentliche Faktoren, die eine erfolgreiche CSA kennzeichnen. Die Wertschätzung der landwirtschaftlichen Leistungen und Produkte sowie die Freude an der Umsetzung sind ebenfalls wichtige Grundlagen, auf denen eine erfolgreiche CSA basiert.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Soil Association: A Share in the Harvest – a feasibility study for CSA. Bristol 2001 (Download unter: <http://orgprints.org/9062>). – USDA: 2007 Census Of Agriculture. Volume 1, Geographic Area Series, Part 51 U.S. Summary and State Reports. Washington DC 2009 (Download unter: http://www.agcensus.usda.gov/Publications/2007/Full_Report/index.asp).
- 2 T. Groh and S. McFadden: Farms of Tomorrow – Community supported Farms – Farm supported Community. Bio-Dynamic Farming and Gardening Association. Kimberton 1997.
- 3 T. van Elsen et al.: Soziale Landwirtschaft auf Biobetrieben in Deutschland. – Schlussbericht zum Projekt 08OE223, gefördert vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau. Witzenhausen 2010 (Download unter <http://orgprints.org/18044/>).
- 4 Vgl. ebenda.
- 5 Weitere Informationen zum Förderpreis finden sich unter www.foerderpreisoeekologischerlandbau.de.
- 6 Nähere Infos unter www.solidarische-landwirtschaft.org.
- 7 Aktualisiert nach K. Kraiß und T. van Elsen: Community Supported Agriculture (CSA) – ein nachhaltiges Konzept für ländliche Räume. – Beiträge zur 11. Wissenschaftstagung Ökologischer Landbau (Band 2). Gießen 2011, S. 356–359.
- 8 Vgl. Kraiß und van Elsen (2011) (siehe Anm. 7).
- 9 Vgl. K. Kraiß und T. van Elsen: Landwirtschaftliche Wirtschaftsgemeinschaften (Community Supported Agriculture, CSA) – ein Weg zur Revitalisierung des ländlichen Raumes? – In: R. Friedel und E. A. Spindler (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. Wiesbaden 2008, S. 183–194.



Dr. Thomas van Elsen

Petrarca e.V. –
Europäische Akademie für Landschaftskultur
c/o Universität Kassel, FÖL

Nordbahnhofstr. 1a, 37213 Witzenhausen
E-Mail: Thomas.vanElsen@petrarca.info
www.soziale-landwirtschaft.de
www.petrarca.info



B.Sc. Katharina Kraiß

Studium der Ökologischen Agrarwissenschaften
an der Universität Kassel/Witzenhausen

Ermschwerder Str. 56, 37213 Witzenhausen
E-Mail: K.Kraiss@web.de

● **Schwerpunkt »Zusammen arbeiten«**

»Bauern – von wegen die schwätzen net«

Dialog als Schlüssel zur sozialen Nachhaltigkeit – ein Projekt mit Jungbauern

von Clemens Dirscherl

Soziale Nachhaltigkeit ist mehr als der Arbeitskräftebesatz auf den Höfen. Soziale Nachhaltigkeit umfasst auch die Arbeits- und Lebensqualität. Doch: So beruflich qualifiziert heute der landwirtschaftliche Nachwuchs auch ist – es fehlt ihm oft an sozialen Kompetenzen, die der Schlüssel sind, um künftige Berufsunzufriedenheit zu vermeiden und zu einem Mehr an Lebensqualität zu gelangen. In einem Projekt in Hohebuch wird der Aufbau solcher Kompetenzen geübt. Im Zentrum steht dabei das Einüben des Dialogs innerhalb der Familie, innerhalb des Berufsstandes und vor allem auch mit den gesellschaftlichen Gruppen und ihren immer neuen Anforderungen an die Landwirtschaft. Der nachfolgende Beitrag gibt einen Erfahrungsbericht aus der Arbeit mit den jungen Männern und Frauen aus der Landwirtschaft.

Eine nachhaltige Landwirtschaft ist allgemein anerkanntes Leitbild: von Agrarpolitik, Bauernverbänden, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen – praktisch von allen und jedem. Dabei besteht Übereinstimmung, dass die zwei Eckpunkte des Nachhaltigkeitsdreiecks Ökonomie und Ökologie unverzichtbar für die Zukunft der Landwirtschaft sind. Leicht verschämt dazwischen schiebt sich das dritte Nachhaltigkeitseck: die soziale Nachhaltigkeit. Diese wird gerne mit dem Arbeitskräftebesatz auf den Betrieben und der gesellschaftlichen Teilhabe der landwirtschaftlichen Bevölkerung identifiziert. Weniger im Blick ist, dass soziale Nachhaltigkeit auch eine langfristige Voraussetzung für die Existenz der Landwirtschaft ist: nämlich die Arbeits- und Lebensqualität von Bäuerinnen und Bauern zu berücksichtigen, weil sich darin ihre Lebenszufriedenheit und ihr Lebensglück spiegelt.

Doch wie sieht es aus mit der Lebensqualität? Ob konventionell wirtschaftender oder Öko-Bauer – wer wie im Hamsterrad sich ständig um den eigenen Betrieb dreht, mit der Arbeit nicht mehr nachkommt, die Nacht zum Tag werden lässt, für den Freizeit, gar Hobby ein Fremdwort ist, der legt sicherlich nicht die Voraussetzungen für eine nachhaltige Landwirtschaft. Von daher ist es nahe liegend, dass Eltern mit einem ebenso arbeits- wie entbehrungsreichen Leben wenig Begeisterung beim Nachwuchs zur Hofübernahme auslösen, wenn sie ständig unzufrieden, in Neid auf andere Berufsgruppen oder Kollegen mit dem Schicksal

hadernd, Agrarpolitik, Bauernverband, Umwelt- und Tierschutzgruppen sowie Medien in fast verschwörerischer Sicht für alles Übel auf ihrem Hof und in ihrem Leben verantwortlich machen.

Um solch eine Negativspirale bäuerlicher Berufszufriedenheit erst gar nicht zuzulassen, ist es erforderlich, dass Landwirte schon frühzeitig beginnen, sich selbst, ihr Leben und ihre Umwelt zu reflektieren. Unverzichtbar dafür ist Dialogfähigkeit. Dies ist Gegenstand eines Projektes mit Jungbäuerinnen und -bauern, für das in Baden-Württemberg im Rahmen der landwirtschaftlichen Fachschulbildung die so genannten »Bauernschulkurse zur Persönlichkeitsbildung« die Grundlage geben. Denn: So sehr der landwirtschaftliche Nachwuchs heute fachlich in Produktionstechnik und Betriebswirtschaft qualifiziert ist, so sehr mangelt es ihm immer noch an sozialen Kompetenzen, die in einer »offenen Gesellschaft« (Karl Popper) erforderlich sind, um sich mit sich selbst und dem eigenen Beruf, aber auch dialogorientiert mit gesellschaftlichen Anfragen auseinanderzusetzen und sich seiner Rolle als Landwirt oder Landwirtin selbst-bewusst zu stellen.

Der Landwirt – zunächst Mensch, dann Betriebsleiter

Alle Imagestudien über die deutschen Bauern bestätigen das gern gepflegte Stereotyp: Unsere heimischen Bauern sind freundlich, liebenswert, fleißig, eben schaf-

fensfroh, aber auch etwas einfältig, wenig umfassend gebildet und vor allem wenig kommunikativ, um nicht zu sagen wortkarg. Ist an diesem Vorurteil etwas dran? Pflegt man in der Landwirtschaft tatsächlich eine eher »defensive Kommunikationsstrategie« nach dem Motto: »Ich sag »Ja« – und hab meine Ruhe«? Über solche Fragestellungen nachzudenken gehört zu den Grundanliegen, wenn sich der landwirtschaftliche Nachwuchs mit sich selbst und seiner Persönlichkeit befasst. Da geht es wohl auch um die vordergründige Selbstpräsentation im Rahmen einer Hofvorstellung, wie sie die klassischen Kommunikationstrainings zum Gegenstand haben: Körperhaltung, Beistand, Körpersprache, Gestik, Mimik, Stimmführung und Blickkontakt. All das macht der großen Mehrzahl der jungen Landwirte und Landwirtinnen großen Spaß, stellt aber nicht wenige auch vor eine erhebliche Belastungsprobe. Eine noch größere Herausforderung ergibt sich, wenn man sich über das eigene Leben, die Kindheit, die Jugend, Freud wie Leid (Todesfälle in der Familie, Trennung der Eltern, ständige Streitereien zuhause, soziale Isolation in der Schule oder die fehlende Freundin) austauscht. Über all dies zu sprechen ist nicht einfach, schon gar nicht in einer Runde gleichaltriger Berufskolleginnen und -kollegen. Nicht jeder meldet sich dabei zu Wort, aber durch das Gespräch hat jeder die Möglichkeit, sich in seiner Persönlichkeit rückzufragen, seine Stärken und Schwächen abzuklären und Vorstellungen für das eigene Leben zu entwickeln.

Ein ganz wichtiges Thema dabei ist die Frage, wie man überhaupt zur Entscheidung kam, Landwirtschaft zu lernen. Wie hat man Landwirtschaft vom Elternhaus vermittelt bekommen? Wie selbst in der Kindheit und Jugend erfahren? Welche Vorstellungen macht man sich von dem eigenen landwirtschaftlichen Berufsweg und welche Motive stehen als Begründung für die Berufswahl?

Dialogfähigkeit in der bäuerlichen Familie

»Nix gesagt ist genug gelobt« – mit dieser Formulierung wird in jedem Kurs allgemein schmunzelnd die innerfamiliäre Kommunikationssituation in der Landwirtschaft gekennzeichnet. »Schaffe, net schwätze« gilt – nicht nur im Süddeutschen – als Devise, um die betrieblichen Herausforderungen des Alltags zu meistern. Dabei bleibt das Nachdenken, das Zwiegespräch, der Austausch mit und untereinander oftmals auf der Strecke. Gerade in der bäuerlichen Familie mit nach wie vor mehreren Mitgliedern aus Altenteilern, Eltern, Geschwistern, oftmals Auszubildenden, Praktikanten und Fremdarbeitskräften sowie auch Tanten oder Onkeln ergibt sich ein engmaschiges Geflecht sozialer Beziehungen. Obwohl sie in der Alltagsroutine durchaus eingespielt sind, geben sie immer wieder auch Anlass

zu atmosphärischen Störungen bis hin zu offen ausbrechenden Konflikten und mitunter handfesten Streitereien. Wie aber die Muster durchbrechen, in denen Dialog eine Einbahnstraße ist und der eine immer nur redet und der andere nur zuhört? Freiräume sich zu verschaffen, um miteinander nicht nur die Erfordernisse des Arbeitsgeschehens zu besprechen, sondern auch über Störungen, Empfindlich- und Befindlichkeiten, Kränkungen, Unsicherheiten will ebenso erprobt sein wie zu lernen, dass dies durchaus kein Zeichen von »Schwäche«, sondern von »Stärke« ist.

Mit den Augen des Gegenüber zu sehen, mit den Ohren des Gegenüber zu hören, ja mit der Nase des Gegenüber sogar zu riechen, wenn es zum Beispiel um Geruchsbelästigungen im nahe gelegenen Neubaugebiet geht, wo samstagsnachmittags die Vorbereitungen für ein Geburtstagsfest starten und auf dem Arbeitsplan des Landwirts die Gülleausbringung steht. Was als Fremdwort »Empathie« vom landwirtschaftlichen Nachwuchs anfangs noch mit Fragezeichen versehen wird, wird dann im weiteren Verlauf des Kurses für die jungen Männer und Frauen immer nachvollziehbarer. Sie verstehen, dass ein gelingendes Miteinander, ob in der Partnerschaft, der Familie, in der Arbeitsbeziehung, ja sogar im Dorf nur durch soziales Gespür und Empfindsamkeit gelingen kann und dass es grundlegend ist, sich in den Gesprächspartner, dessen Hintergründe für Entscheidungen und Meinungen hineinversetzen zu können, um daraus auch Verständnis für unterschiedliche Sichtweisen zu finden.

Dies betrifft zunächst die Ebene der Generationen miteinander. Regelmäßig werden aus der Runde von einigen jungen Landwirten Vorwürfe an die Väter gerichtet: Warum hat der Vater den Betrieb nicht so weiterentwickelt, dass ich erfolgreich da anknüpfen kann? Warum hat er bestimmte Entwicklungen oder Wachstumsschritte »verschlafen«, wo doch das Beispiel von Mitschülern belegt, dass es Väter gibt, die durchaus in die Zukunft und damit für den Sohn mitgedacht, mitgeplant und mitinvestiert haben. Nun steht man selbst vor der Entscheidung, wie man die Zukunft auf dem Hof gestaltet: mit einem weiteren Wachstumsschritt und gewaltigen Investitionen oder einer betrieblichen Entwicklung in Richtung Dienstleistung, Marktnische oder was auch immer? Mit den Entscheidungen des Vaters zu hadern und ihn dauerhaft verantwortlich zu machen für die »miese Betriebssituation« – auch hier braucht es Einfühlung, Empathie und Dialog, um das künftige Miteinander gut zu gestalten: Was brachte die unterschiedlichen Väter dazu, entsprechende Weichenstellungen für die betriebliche Entwicklung, vielleicht auch im Blick auf die Söhne, vorgenommen zu haben?

Wie kann gemeinsam eine Zukunftsentscheidung angegangen, abgewogen und dann auch gegangen werden? Wer kennt nicht die Auseinandersetzungen zwi-

schen den Generationen, wenn der landwirtschaftliche Nachwuchs fachlich höchst qualifiziert, insbesondere auch versiert im Umgang mit den neuesten Computerprogrammen zum Ackerbau-, Herden-, Fütterungs-, Stall-, Finanzmanagement von der Fachschule, Landbauakademie oder Fachhochschule nach Hause kommt und sein topaktuelles »Know-how« unter den ebenso skeptischen wie fragenden Blicken des Vaters nicht nur präsentieren, sondern betrieblich einführen möchte? Da gerät manch jugendlicher Heißsporn mit dem betriebserfahrenen und eher bedächtigen Vater aneinander. Auch hier ist Empathie gefragt und ein Verständnis dafür, dass die biblische Weisheit »alles hat seine Zeit« auch auf dem Betrieb Gültigkeit hat, wenn Betriebsentwicklungsschritte anstehen: wenn es bedeutet, nicht vorschnell, besserwisserisch, vorwurfsbehaftet, sondern eben behutsam, geduldig, im Alltagsablauf überzeugend und vielleicht auch nur in Probeschritten Veränderungen anzugehen.

Dass diese »intergenerative Dialogfähigkeit« eine große Herausforderung für die bäuerlichen Familien auch heute noch darstellt, zeigt sich an der traditionell nicht einfachen Mutter-Schwiegertochter-Beziehung. Oftmals ist diese in ein Dreiecksverhältnis eingebunden mit Sohn bzw. Ehemann. Jeder kann dazu Geschichten erzählen über die unterschiedlichen Auffassungen von Haushaltsführung, zur Teilzeitberufstätigkeit der Schwiegertochter, über Gartenarbeit, Vorratshaltung zur familiären Eigenversorgung bis hin zur Freizeitgestaltung der Mutter, welche gegenüber der Schwieger- bzw. Großmutter immer wieder Anlass zu Reibereien gibt. Welche Rolle nimmt dabei der Vater ein? Taucht er ab, will er es allen recht machen, hat er eine je nach Situation begründete Meinung oder stellt er sich auf die Seite von Frau oder Mutter bzw. wiegelt er ab? Plötzlich erleben die jungen Männer und Frauen aus ihrer eigenen Familienbiografie heraus, was Empathie als Voraussetzung für Dialogfähigkeit im zwischenmenschlichen Umgang bedeutet.

Dialogfähigkeit innerhalb der Landwirtschaft

Fast vergessen sind die Grabenkämpfe, die noch in den 1980er-Jahren zwischen ökologischer und konventioneller Landwirtschaft geführt wurden. Nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um die Zukunft der milchviehhaltenden Betriebe haben jedoch gezeigt, dass die Dialogfähigkeit innerhalb der Landwirtschaft bei kontroversen Standpunkten oftmals begrenzt ist. Das belegen die hartnäckigen, zum Teil mit aggressiver Tonlage geführten Auseinandersetzungen zwischen Vertretern des Deutschen Bauernverbandes (DBV) und den Vertretern des Bundes deutscher Milchviehhalter (BDM). Zum Schluss existierte nur noch Funkstille zwischen den Verbandsvertretern. Die unterschiedlichen Standpunkte

während des Milchstreiks 2008 führten auch zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten bis hinein in die Dörfer und letzten Endes sogar in die Familien. Erschreckend dabei war die mitunter recht aggressive Stimmung mit persönlichen Verunglimpfungen und Verbalattacken. Geübt werden muss Akzeptanz, dass es eben politisch unterschiedliche Meinungen gibt, für die keiner für sich die absolute Gültigkeit beanspruchen kann.

Ähnliches gilt für die Auseinandersetzungen zwischen ökologischer und konventioneller Landwirtschaft, insbesondere wenn unter 30 Kursteilnehmern sich gerade zwei Ökobauern befinden. Die Diskussion um Klimawandel, Produktionseffizienz, Tierschutz und gesellschaftliche Akzeptanz führt dazu, dass die konventionellen Landwirte höchst sensibel auf die in der öffentlichen Meinung »privilegierten« Ökolandwirte reagieren – manches Mal geradezu gereizt. Dialogfähigkeit bedarf es auch insbesondere in den aktuellen Auseinandersetzungen um den Biogasboom und um die damit verbundenen steigenden Pachtpreise vor Ort aufgrund des massiven Hungers nach Flächen, die die Energiewirte für ihre Anlagen benötigen. Selten sprechen die betroffenen Landwirte direkt und persönlich miteinander, eher hetzt man sich in der allgemeinen Stimmung gegenseitig auf. Es zeigt sich demnach, dass es durchaus auch Handlungsbedarf innerhalb der Landwirtschaft gibt, um sich differenziert und mit einem Austausch rationaler Argumente über die unterschiedlichen Betriebsentwicklungen, politischen Vorstellungen oder kommunalpolitischen Belange auseinanderzusetzen.

Dialog über gesellschaftsethische Anfragen

Verfolgt man berufsständische Veranstaltungen in der Landwirtschaft bzw. die Verlautbarungen ihrer Verbandsorgane, dann scheint der größte Gegner der Bauern recht schnell ausgemacht: die »bösen« Nichtregierungsorganisationen. Damit werden alle Interessensgruppierungen, Verbände und Aktionsbündnisse zusammengefasst, welche sich mit Fragen der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung aus Sicht des Tierschutzes, des Umweltschutzes mit vielfältigen Facetten aus Wasserschutz, Luftemissionen, Bodenschutz, Biodiversität, klimaschädlichen Emissionen oder auch entwicklungspolitischen Fragen der europäischen Agrarpolitik in ihren Auswirkungen auf kleinbäuerliche Strukturen in der Dritten Welt befassen. Für viele Landwirte sind dann auch gleich die Medien als mitschuldig an der Skandalisierung der Landwirtschaft ausgemacht, weil einzelne problematische Fehlentwicklungen »aufgebauscht« und ungerechtfertigt die Landwirte als verursachende »Täter« diffamiert wurden.

Um solchen fast schon verschwörungstheoretisch anmutenden Verknüpfungen etwas entgegenzusetzen,

wird in dem Projekt mit den Junglandwirten regelmäßig der Dialog mit gesellschaftlichen Stakeholdern praktiziert. Vertreter aus Umwelt-, Verbraucher- oder Tierschutz bzw. den Medien werden dazu zum Gespräch mit dem landwirtschaftlichen Nachwuchs eingeladen, nicht ohne diesen zuvor in Argumentationstechnik und Argumentationsmitteln geschult zu haben. Zu dieser Schulung gehört, dass die Junglandwirte eigene kleine Verbraucherbefragungen durchführen und auswerten. Insgesamt kommen da bis zu 400 Befragungen zusammen, mit unterschiedlichen Vergleichsgruppen, zum Beispiel an Fachhochschulen, Autobahnraststätten, Einkaufszentren auf der grünen Wiese oder in kleinstädtischen Fußgängerzonen. Jedes Mal ist es für die jungen Landwirte überraschend, mit welcher großen Sympathie die Befragten mehrheitlich der heimischen Landwirtschaft gegenüberstehen. Zwar werden auch kritische Anfragen an die Landwirtschaft gestellt zu »Massentierhaltung«, Agro-Gentechnik, Dioxin in Futtermitteln, Nitrat im Grundwasser etc., doch die Grundaussage ist für den landwirtschaftlichen Nachwuchs ein Antrieb: Die Bevölkerung steht zur heimischen Landwirtschaft, weil sie zur regionalen Versorgung mit Lebensmitteln und zur Heimat dazugehört.

Empathie im Dialog mit den NGOs heißt, den anderen zu verstehen. Am besten geht das mit einem Planspiel. Für eine Podiumsdiskussion zum Thema landwirtschaftliche Nutztierhaltung und Fleischverzehr sind die Seminarteilnehmer/innen aufgefordert, in unterschiedliche Rollen zu schlüpfen: zum Beispiel als Vertreter der Vegetarier, Tierschützer, von Bauernverband, Umweltgruppen, Verbraucherzentrale oder Lebensmitteleinzelhandel. Jeder der Teilnehmer hat so die Gelegenheit, sich mit dem Meinungs- und Argumentationsraster einer bestimmten inhaltlichen Position zu identifizieren und sich daraus sachlich mit den Standpunkten und kritischen Anfragen des Gegenübers auseinanderzusetzen. Die Diskussionen werden per Video

aufgezeichnet und anschließend hinsichtlich Argumentationsweise, persönlicher Ausstrahlung und rhetorischer Wahrnehmung analysiert.

Dialog mit den gesellschaftlichen Anfragen wird erleichtert, wenn man selbst mal über den Tellerrand der Landwirtschaft hinaus einen Blick gewagt hat. Zum Beispiel ein Besuch in einem (oftmals sehr modernen) Kunstmuseum und einem Industriebetrieb. Auch wenn insbesondere der Museumsteil oftmals spontan gar nicht gut ankommt und zu übereinstimmenden negativen Rückmeldungen führt, soll damit erreicht werden, dass die jungen Männer und Frauen aus der Landwirtschaft erleben können, dass es neben der Arbeit auf dem Hof auch kreative Lebensbereiche gibt, welche mit Leidenschaft von Menschen verfolgt werden – nur eben mit anderer inhaltlicher Ausrichtung. Die Industriebesuche mit Einblick in Produktionsabläufe und Verwaltung teilen die Gruppe fast regelmäßig in zwei Meinungsblöcke: Während die einen die Vorteile einer regelmäßigen Arbeit mit fester Entlohnung und Freizeit betonen, überwiegt bei der Mehrheit die Zufriedenheit mit der landwirtschaftlichen Arbeitskultur – eben wegen der Ganzheitlichkeit, Überschaubarkeit, Selbstständigkeit und des hohen Abwechslungsgrades bäuerlicher Arbeit.

Erstes Fazit: Dialog als »Kulturübung«

Wenn heutzutage von einer landwirtschaftlichen Unternehmenskultur oder Berufsidealität gesprochen wird, erscheint es unverzichtbar, dem landwirtschaftlichen Nachwuchs eine entsprechende kulturelle Orientierung mit auf den Weg zu geben. Wenn der Begriff »Kultur« vom lateinischen »colere« (= Fürsorge halten, hegen, pflegen) stammt, so gehört damit auch die kommunikative Dialogfähigkeit dazu: sich als landwirtschaftlicher Betriebsleiter innerhalb der Familie, mit Berufskollegen, Dorfbewohnern und gesellschaftlichen Anfragen ernsthaft auseinanderzusetzen und dabei den Blick über die eigenen Sachzwänge des Betriebsgeschehens hinaus zu richten – eben einen »interkulturellen Dialog« innerhalb von Familie, Landwirtschaft und Gesellschaft pflegen zu können. Da uns allen dies nicht in die Wiege gelegt wurde, muss diese Fähigkeit genauso eingeübt werden wie einen Sport ausüben oder ein Musikinstrument lernen. Dazu braucht es Räume und Zeit.

Folgerungen & Forderungen

- Soziale Nachhaltigkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Zukunft der Landwirtschaft.
- Selbstreflexion und eine von Empathie getragene Dialogfähigkeit innerhalb der Familie und im Betrieb sind notwendige Fähigkeiten dazu.
- Faire und von rationalen Argumenten getragene Auseinandersetzungen innerhalb der Landwirtschaft als auch zwischen Landwirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen müssen ebenso erlernt werden.
- Es bedarf Freiräume und Zeit, um diese Dialogfähigkeit zu entdecken, weiterzuentwickeln und zu erproben.



Dr. Clemens Dirscherl

Geschäftsführer des Evangelischen Bauernwerks in Württemberg e.V. und Beauftragter für agrarsoziale Fragen der EKD

Evangelisches Bauernwerk in Württemberg e.V.
Hohebuch 16, 74638 Waldenburg
E-Mail: c.dirscherl@hohebuch.de

Rückblick 2011: Welternährungspolitik im Umbruch

von Tobias Reichert

Die Situation auf den internationalen Agrarmärkten und die Lage der Armen bleibt angespannt. Der Weltmarktpreisindex hat wieder ein ähnliches Niveau erreicht wie während der Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008 (vgl. hierzu Abb. 1 auf S. 76). Die Auswirkungen sind bislang etwas weniger dramatisch, da diesmal hohe Preise von Genussmitteln wie Kakao und Kaffee, die ebenfalls in den Index eingehen, eine größere Rolle spielen. Gleichzeitig sind die Energiepreise nicht so hoch wie vor drei Jahren und belasten das Budget armer Haushalte weniger als vor drei Jahren. Gleichwohl verhindern die wieder gestiegenen Preise für Grundnahrungsmittel wie Mais und Weizen, dass die Zahl der Hungernden spürbar zurückgeht.

Die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) legt in diesem Jahr keine neue Schätzung für die aktuelle Zahl der Unterernährten vor. Stattdessen arbeitet sie daran, die Schätzmethode zu verbessern. Derzeit stützt sie sich vor allem auf makroökonomische Preis- und Einkommensmodelle, aus denen die Ernährungssituation extrapoliert wird. In Zukunft sollen mehr Daten von der Mikroebene wie Haushaltsumfragen in verschiedenen Ländern und Regionen erhoben und verwendet werden.¹ Das würde es erlauben, strukturelle Änderungen, die durch die höheren Preise entstehen, schneller zu erfassen. Damit ließen sich regional unterschiedliche Bedingungen besser erfassen, etwa in China und Indien, wo die Weltmarktpreise keinen großen Einfluss auf die Ernährungssituation haben, aber in den jeweiligen Ländern regional unterschiedliche Preise vorherrschen können. Mit einer genaueren Erfassungsmethode ließen sich auch mögliche positive Effekte höherer Preise erfassen, etwa wenn es Subsistenzbauern gelingen sollte, sie für Investitionen zu nutzen, die Bauern damit zu Nettoanbietern von Agrarprodukten werden und so ihre Ernährungssituation verbessern. Eine dergestalt veränderte Erfassungsmethode könnte auch einen Hinweis geben, ob die seit der Preiskrise von 2007/2008 von vielen internationalen Akteuren hochgehaltene Strategie, vor allem die Produktivität von Kleinbauern zu stärken, schon praktische Wirkung gezeigt hat.

Zahl der Hungernden weltweit steigt

FAO arbeitet an neuer Schätzmethode

Bestehende internationale Regeln sind überholt ...

Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf die nun anscheinend dauerhaft höheren Preise geht glücklicherweise über neue Methoden, die Unterernährten zu zählen, hinaus. Dabei wird zunehmend deutlich, dass es keine geeigneten Institutionen und Mechanismen gibt, um mit hohen Agrarpreisen und Knappheiten umzugehen. Die bislang verbindlichsten Regeln, die

**WTO-Regeln ungeeignet
bei hohen Agrarpreisen
und Knappheiten**

sich mit den nationalen Agrarpolitiken beschäftigen und sie direkt beeinflussen, sind im Agrarabkommen der Welthandelsorganisation WTO festgelegt. Sie beschäftigen sich aber fast ausschließlich mit den Problemen, die in den 1980er- und 1990er-Jahren vorherrschten als sie ausgehandelt wurden: Überschüsse und niedrige Preise. Entsprechend sollen durch die WTO-Regeln Instrumente wie Subventionen und garantierte Preise reduziert werden, die Produktionsanreize schaffen oder Exporte künstlich verbilligen.² Auch die in der WTO angestrebte Zollreduktion sollte dazu dienen, neue Absatzmärkte für Länder zu schaffen, die mehr produzieren als sie verbrauchen und vor der Preiskrise Probleme hatten, diese Produkte abzusetzen. An der aktuellen Problemlage mit hohen Preisen und knappem Angebot würden verschärfte WTO-Regeln in diesen Bereichen nichts ändern. Daher wäre auch ein Abschluss der vollkommen blockierten Verhandlungen in der Doha-Runde der WTO für die derzeitigen Probleme weitgehend irrelevant.

Der internationalen Gemeinschaft ist es bislang noch nicht gelungen, sich auf Regeln mit ähnlicher Verbindlichkeit zu einigen, die hohen Preisen und Knappheit begegnen sollen. Das liegt auch daran, dass Regierungen die WTO-Regeln durch bloßes Nichtstun einhalten können, indem sie eben keine Zölle erheben oder Subventionen zahlen. Die Reaktion auf steigende Preise und Hunger verlangt dagegen in der Regel danach, dass Regierungen aktiv werden, was mit Kosten verbunden ist.

**Sinnvolle Ansätze –
aber nur auf
freiwilliger Basis**

Entsprechend mangelt es nicht an unverbindlichen oder zumindest nicht einklagbaren Absichtserklärungen und Deklarationen zur Hungerbekämpfung. Der Welternährungsgipfel von 1995 proklamierte noch das Ziel, die Zahl der Hungernden bis 2015 zu halbieren. In den 2001 verabschiedeten Millennium-Entwicklungszielen soll nur noch der Anteil der Hungernden an der Weltbevölkerung halbiert werden. Wegen des Bevölkerungswachstums ist dieses Ziel deutlich weniger ehrgeizig als das des Welternährungsgipfels. Verfehlt wird es aller Voraussicht nach trotzdem. Die 2004 verabschiedeten »Freiwilligen Leitlinien für das Recht auf Nahrung« sind der bislang konkreteste Ansatz, Agrar- und Ernährungspolitik darauf auszurichten, den Hunger zu bekämpfen. Sie enthalten zahlreiche sinnvolle Elemente, sind aber, wie schon im Titel festgehalten, lediglich freiwillig. Dabei sollen die Betroffenen im Mittelpunkt stehen und beteiligt werden. Die Leitlinien zu ignorieren kostet die Regierung also höchstens Ansehen, ist aber mit keinerlei wirtschaftlichen oder politischen Nachteilen verbunden.

... neue Institutionen formieren sich noch

**Neu:
Kleinbauern
im Fokus**

Entsprechend gab es zunächst keine koordinierte internationale Reaktion auf die Agrarpreiskrise 2007/2008, insbesondere die organisatorisch und finanziell ausgeblutete FAO konnte keine Impulse geben. Um dieses Vakuum zu füllen, gab es eine Reihe von internationalen Initiativen: Die UN schuf eine »High-Level«-Task Force, in der sich alle für die Welternährung relevanten zwischenstaatlichen Organisationen koordinieren sollen. Die G7 der großen Industriestaaten versprach, bis 2012 Mittel in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar für die Ernährungssicherung auszugeben und rief eine globale Partnerschaft für Landwirtschaft und Ernährung aus. Als erster Fortschritt ist zu bewerten, dass all diese Foren betonen, dass zur Bekämpfung der Hungerkrise vor allem Kleinbauern und die Grundnahrungsmittelproduktion aktiv unterstützt werden müssen. Diese waren in der Entwicklungszusammenarbeit und der nationalen Agrarpolitik der Entwicklungsländer jahrzehntelang vernachlässigt worden.

**Neues
Informationssystem
für den globalen
Agrarmarkt**

Unter der französischen Präsidentschaft hat auch die G20-Gruppe der größten Volkswirtschaften das Thema Welternährung auf die Agenda gesetzt und auf einem ersten Treffen der Landwirtschaftsminister einen Aktionsplan zu Nahrungsmittelpreisschwankungen und Landwirtschaft verabschiedet.³ Die Minister betonen darin mehrfach die Notwendigkeit, die landwirtschaftliche Produktion und die Produktivität zu steigern. Auch in den Papieren der G20 wird die Bedeutung der Kleinbauern in diesem Zusammenhang hervorgehoben. Das Recht auf Nahrung dagegen wird zwar gleich am Anfang betont, danach aber nicht mehr erwähnt. Der konkreteste Beschluss besteht darin, ein globales Agrarmarktinformationssystem (AMIS) zu gründen, das Informationen über Produktion, Preise, Handel und Lagerhaltung in verschiedenen Ländern zusammenträgt und zeitnah verfügbar macht. Damit sollen Panikreaktionen der »Märkte« und von auf Importe angewiesene Regierungen, die auf vermuteten globalen Knapp-

heiten beruhen, verringert werden. Das AMIS soll keine eigenständige Organisation werden, sondern von der FAO verwaltet werden, die schon heute regelmäßige Berichte über die globalen Lebensmittelmärkte herausgibt. Dabei soll sie nun mit anderen multilateralen Organisationen wie OECD, WTO, der Weltbank oder der UN-Konferenz zu Handel und Entwicklung (UNCTAD) zusammenarbeiten, die selbst handelsbezogene Daten erheben und gemeinsam mit der FAO das Sekretariat von AMIS bilden.⁴

Ein echter zusätzlicher Nutzen kann aber wahrscheinlich nur entstehen, wenn die Regierungen und statistischen Ämter der wichtigsten Produzenten- und Konsumentenländer ihre Daten umfassender und schneller an das AMIS weiterleiten als bislang an die FAO und die anderen Organisationen. Zunächst soll AMIS sich auf die wichtigsten international gehandelten Lebensmittel Weizen, Reis, Mais und Sojabohnen konzentrieren. Das ist beim Blick auf internationale Märkte verständlich, für die Ernährungssicherheit sind allerdings in vielen Regionen nur lokal gehandelte Lebensmittel wie Hirse, Kassava, Kartoffeln und Kochbananen von ähnlich großer Bedeutung.

Im Rahmen des AMIS sollen Informationen nicht nur gesammelt, sondern auch analysiert und bewertet werden. Dadurch soll zeitnah festgestellt werden, ob es »unnormale« Entwicklungen an den Weltagrarmärkten gibt. Was genau unnormale Entwicklungen sind und wie sie erkannt werden können, muss das AMIS selbst noch klären. Diese Aufgabe soll – zusammen mit den internationalen Organisationen des Sekretariats – eine »Agrarmarktinformationsgruppe« übernehmen, die aus Agrarexperten der G20 und weiterer Länder mit einem bedeutenden Anteil an der globalen landwirtschaftlichen Produktion und am Agrarhandel besteht. Ein »Rapid Response Forum« mit »Entscheidungssträgern« (also wahrscheinlich höheren Beamten) aus denselben Ländern soll im Fall sich abzeichnender unnormaler Marktbedingungen Vorschläge machen, wie diese durch adäquate Maßnahmen bezüglich Produktion und Märkten vermieden oder gelindert werden können. Zumindest im Umgang mit Krisen scheinen sich die G20 also als zentralen internationalen Akteur etablieren zu wollen. Die Mehrheit gerade der Länder, in denen Hunger herrscht, wäre an den Entscheidungen des Rapid Response Forums nicht direkt beteiligt, ebenso wenig wie Vertreter von Bauernorganisationen oder der Zivilgesellschaft.

Dabei befindet sich ein sehr viel repräsentativeres Gremium gerade im Aufbau. Vor allem auf Druck der Mehrheit der Entwicklungsländer, die nicht in der G20 sind, wurde vereinbart, dass das reformierte Committee for World Food Security (CFS) eine zentrale Rolle bei der Koordination der internationalen und nationalen Initiativen für Hungerbekämpfung und Agrarpolitik spielen soll. Das Komitee soll vor allem dafür sorgen, dass neben den internationalen Organisationen auch die Regierungen aller Länder sowie Vertreter der Zivilgesellschaft (vor allem Bauernorganisationen, aber auch Vertreter von Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen) in die Diskussionen und Empfehlungen einbezogen werden. Um endgültig abzuschätzen, ob das CFS die ihm zugedachten Aufgaben erfüllen kann, ist es noch zu früh. Immerhin soll das CFS-Sekretariat als Beobachter am AMIS teilnehmen und sich mit dessen Sekretariat sowie dem Rapid Response Forum regelmäßig austauschen.⁴ Die Frage, wieso das AMIS nicht direkt unter dem Dach des CFS etabliert werden soll, wird dagegen nicht gestellt. Wohl auch wegen des großen Einflusses der G20 im CFS selbst.

Ein wichtiger Fokus der Arbeit im CFS ist der Zugang zu Land und anderen Ressourcen für Kleinbauern und andere Gruppen. Es konnte dabei beträchtliche Fortschritte bei den Verhandlungen über freiwillige Leitlinien für die verantwortliche Verwaltung von Land, Fischgründen und Wäldern erzielen. Die Leitlinien konnten allerdings nicht wie ursprünglich geplant auf der letzten Sitzung des CFS verabschiedet werden. Der in weiten Teilen schon vereinbarte Entwurf basiert auf Menschenrechtsprinzipien und bietet, wenn er angenommen wird, eine gute Grundlage, um auch marginalisierten Gruppen mit nur informellen Rechten an Land, Wald und Fischgründen ein Anrecht auf die Nutzung zu sichern.⁵ Dies wird durch die Tatsache unterstrichen, dass die freiwilligen Leitlinien für das Recht auf Nahrung ausdrücklich als Bezugspunkt genannt werden. Damit werden Regierungen und Investoren dazu angehalten, die Interessen der Armen und von Hunger betroffenen oder bedrohten Gruppen in den Vordergrund zu stellen. Umstritten sind allerdings gerade noch die Teile zu den traditionellen Nutzungsrechten indigener Gruppen einerseits und zu Investitionen sowohl von internationalen als auch einheimischen Unternehmen in Land andererseits. Hier liegt eines der zentralen Spannungsfelder der

**Zusätzlicher Nutzen
noch ungewiss**

**Was sind »unnormale«
Marktentwicklungen?**

**Einbindung
der Zivilgesellschaft**

**Traditionelle
Nutzungsrechte vs.
neue Investitionen
in Land**

Landpolitik in vielen Ländern und damit für die negativen Wirkungen vieler, vor allem großflächiger Investitionsprojekte auf Menschenrechte und vor allem auf das Recht auf Nahrung.

Investitionen in Land nehmen zu – meist als »land-grabbing«

**Land als
Geldanlage ...**

Angesichts der rasant wachsenden Investitionen in Land werden wirksame Regeln immer notwendiger. Die Entwicklungsorganisation Oxfam schätzt, dass in den letzten zehn Jahren 227 Millionen Hektar Land verkauft oder verpachtet wurden – der größte Teil davon seit 2008 und an internationale Investoren.⁶ Damit haben mehr Flächen den Besitzer gewechselt als in der Europäischen Union für die Landwirtschaft insgesamt genutzt werden. Die Investoren planen dort oft Plantagenwirtschaft wie Anbau von Ölpalmen oder schnell wachsende Bäume, mit denen international handelbare Zertifikate für den Emissionshandel generiert werden sollen. Oft lassen die Investoren das Land aber auch schlicht brachliegen, da sie es als reine Geldanlage betrachten und auf höhere Verkaufspreise in einigen Jahren setzen.

Die besonders gestiegene Nachfrage nach Land seit 2008 erklärt sich zum einen aus den stark gestiegenen Preisen für landwirtschaftliche Produkte, die den wichtigsten Produktionsfaktor wertvoller machen. Zum anderen suchen Anleger angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrisen nach alternativen, sicheren und idealerweise auch lukrativen Investitionsmöglichkeiten. Land und auch Lebensmittel erscheinen aus diesem Blickwinkel zunehmend attraktiv.

**... oder Grundlage für
das Überleben**

Da es praktisch keine irgendwie fruchtbaren Flächen auf der Welt gibt, die völlig ungenutzt sind, entstehen vor allem durch großflächige Landkäufe und -verpachtungen Interessenkonflikte mit den bisherigen Nutzern. Oft handelt es sich dabei um Kleinbauern, nomadische Viehhalter, die die Flächen zeitweise als Weide nutzen oder dort Feuerholz sammeln. Die Regierungen der jeweiligen Länder müssten es als ihre Aufgabe sehen, diese Menschen vor den negativen Auswirkungen solcher Investitionen zu schützen. Leider ist oft das Gegenteil der Fall: Regierungen, die als Teil ihrer wirtschaftspolitischen Strategie Investitionen fördern wollen, sind oft bereit, die Rechte von Teilen ihrer eigenen Bevölkerung hintanzustellen. Hinzu kommt die gerade bei Landgeschäften weit verbreitete Korruption.

Die vom CFS diskutierten Freiwilligen Leitlinien sind angesichts dieser Probleme nur ein vergleichsweise schwaches Instrument. Sie würden aber zumindest klare Maßstäbe für das Verhalten der Regierungen setzen und auch von Investoren verlangen, sich mit den möglichen menschenrechtlichen Probleme ihrer Vorhaben auseinanderzusetzen.

G20 zeigen sich bei Agrarenergie beratungsresistent

Ein wichtiger Faktor für den Anstieg der Lebensmittelpreise und der internationalen Investitionen in Land ist die weiter wachsende Nachfrage nach Agrarenergie. Eine Reihe von Unternehmen sieht die Möglichkeit, diesen Markt durch den großflächigen Anbau von Energiepflanzen in Entwicklungsländern zu befriedigen und kauft oder pachtet zu diesem Zweck entsprechend große Flächen an. Auch diese bleiben oft ungenutzt, da sich die Erwartungen an die Erträge als unrealistisch herausstellen.

**Wachsende Nachfrage
nach Agrarenergie ...**

Im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009 wurden ein Fünftel der globalen Zuckerrohrernte und neun Prozent der Produktion von Grobgetreide (vor allem Mais) und Ölsaaten (Soja und Raps) allein für die Produktion von Agrarsprit verwendet.⁷ Nach Schätzungen der FAO wird 2011 mehr als doppelt so viel Getreide für andere Zwecke als Nahrung und Futtermittel verwendet (neben Spirit andere Formen der Energie oder in der Industrie zum Beispiel als Stärke) als noch 1980. Der Anteil an der in dieser Zeit gestiegenen Getreideproduktion hat sich von 14 auf fast 20 Prozent erhöht.⁸

Dies hat nicht nur die Preise für diese Agrarrohstoffe nach oben getrieben, sondern beeinflusst wegen der Konkurrenz um Land und um Produktionsmittel wie Dünger und auch Kredite auch die Preise von Produkten wie Weizen, die keine große Rolle bei der Herstellung von Kraftstoffen spielen.⁷ Mit Ausnahme von Ethanol aus Zuckerrohr ist Agrarenergie teurer als die fossilen Treibstoffe. Sowohl Ethanol aus Mais oder Zuckerrüben als auch Biodiesel aus Palmöl, Raps oder Soja werden nur eingesetzt, weil sie hoch subventioniert werden oder verpflichtende Quoten für ihren Einsatz festgelegt wurden. In einer von den G20 in Auftrag gege-

benen Analyse der Gründe für die hohen und instabilen Weltmarktpreise stellen zehn internationale Organisationen fest, dass die künstlich geschaffene Nachfrage nach Agrarenergie entscheidend zu den höheren Preisen beiträgt.⁷ Da die politisch festgeschriebene Nachfrage auf Preisänderungen nicht reagiert und damit auch bei höheren Preisen, zum Beispiel wegen schlechter Ernten, nicht zurückgeht, verschärft sie auch Preisschwankungen, da sie eine feste Menge bindet, die für andere Zwecke nicht zur Verfügung steht.

Vor diesem Hintergrund fordern die Organisationen, alle politischen Anreize für Agrarsprit und -energie sowie verpflichtende Quoten und Subventionen abzuschaffen. Da auch den Experten klar ist, dass dies nicht erfüllt werden wird, fordern sie zumindest, die Instrumente so flexibel zu gestalten, dass sie an Situationen wie weiter steigende Lebensmittelpreise angepasst, also reduziert werden können. In der G20 reagierten weder die Agrarminister bei ihrem Treffen im Juni noch die Staatschefs im November auf diese Forderung. Das CFS empfiehlt in einer typischen Kompromissformulierung den Staaten, ihre Agrarenergiepolitik »wo anwendbar und notwendig« zu überprüfen und mandatiert das Expertenpanel, eine Literaturanalyse zu den positiven und negativen Wirkungen von Agrarenergie auf die Ernährungssicherheit zu erstellen.⁹ Es ist allerdings mehr als fraglich, ob eine weitere Studie, die zu denselben Ergebnissen führen wird wie die vorherigen, einen Politikwechsel zur Agrarenergie auslösen wird.

... wird künstlich geschaffen

Politische Anreize auf dem Prüfstand

EU-Agrarpolitik – Subventionsreform und Weltmarktorientierung

Weniger reformbereit als erhofft zeigt sich auch die Europäische Kommission. Im Oktober hat sie ihren detaillierten Vorschlag für eine umfassende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik gemacht. Sie konzentriert sich dabei auf die Subventionen, vor allem die Direktzahlungen. Aus internationaler Sicht ist besonders problematisch, dass die Kommission eine wichtige Rolle der EU beim Export von Fleisch und Milchprodukten sieht. Für diese Produktgruppen sollen auch Exportsubventionen eingesetzt werden können, um die »angemessene Beteiligung« der EU am internationalen Handel zu sichern.¹⁰ In einem früheren Strategiepapier versuchte die Kommission dies sogar als Beitrag zur Welternährung darzustellen.¹¹ Dabei ist das derzeitige Niveau der Tierhaltung in der EU nur durch massive und weiter steigende Importe von Futtermitteln, vor allem Sojaschrot, möglich. Dafür werden in den Anbauländern etwa 20 Millionen Hektar Ackerland in Anspruch genommen. Da dort die Sojafläche aufgrund steigender Nachfrage wächst, werden Wälder und Steppen umgebrochen, was die Artenvielfalt verringert und zu hohen CO₂-Emissionen führt. Das Forum Umwelt und Entwicklung und Germanwatch schätzen, dass bei der Produktion von Sojaschrot für den deutschen Markt Emissionen entstehen, die etwa einem Fünftel der Menge entsprechen, die die deutsche Landwirtschaft emittiert.¹² Eine Reduktion der Sojaimporte durch eine Kombination aus verringerter Tierhaltung und Umstellung des Futters auf heimische (Eiweiß-)Pflanzen wäre daher auch aus Klimasicht dringend geboten. Im Vorschlag der Kommission findet sich keines dieser Elemente.

EU-Agrarpolitik: kein Umdenken bei Tierhaltung und Export

Weniger Deregulierung ...

Die neuen Initiativen und Organisationen in der internationalen Agrarpolitik haben noch keine klare, geschweige denn eine einheitliche Strategie entwickeln können. Alles deutet aber auf eine aktivere Rolle der Staaten und der internationalen Gemeinschaft hin. Zugleich ist dieses Jahr mit der Doha-Runde der WTO ein wichtiger Treiber der Deregulierung wohl endgültig gescheitert. Selbst die G20, die in früheren Kommuniqués ganz im Stile der G7 nicht müde wurden zu betonen, wie wichtig ein baldiger Abschluss der Runde wäre, erkennen dies nun an. In ihrer Erklärung von Cannes¹³ stellen sie fest, dass die Runde nicht abgeschlossen werden kann und empfehlen stattdessen, einzelne Themenbereiche separat zu verhandeln und entsprechende sektorale Abkommen zu schließen. Ein ähnlicher Anlauf des WTO-Generaldirektors Lamy war allerdings schon vor einigen Monaten daran gescheitert, dass die Mitglieder sich nicht einigen konnten, in welchen Sektoren man sich denn einigen könnte und sollte.¹⁴ Die Landwirtschaft gehört aber sicherlich nicht dazu. Agrarthemen sind auch in vielen der laufenden oder angestrebten bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen die größten Stolpersteine, auf jeden Fall zwischen der EU und Mercosur, aber auch bei der geplanten Transpazifischen

Doha-Runde der WTO endgültig gescheitert

Freihandelszone (TPP), in der vor allem die USA auf offene Agrarmärkte drängen, Japan aber eigentlich dagegen ist. Die französische Initiative im Rahmen der G20, die Spekulation mit Agrarrohstoffen einzudämmen, hat zwar nicht zu dem erhofften koordinierten Vorgehen geführt, zumindest aber zur Empfehlung des internationalen Verbands der Börsenaufsichtsbörden, bestimmte besonders spekulative Geschäfte je nach Marktlage zu begrenzen oder ganz zu verbieten. Dies haben die G20 zustimmend zur Kenntnis genommen.³

... aber was sonst?

Wie die internationale Gemeinschaft mit der neuen Situation umgeht und welche Ziele bei möglichen Interventionen im Vordergrund stehen, wird stark davon abhängen, welches Forum sich als wichtigste Entscheidungsinstanz etablieren kann – wenn dies einer multilateralen Struktur überhaupt gelingt. Die besten Aussichten hätten arme und Hungernde wahrscheinlich bei einer starken Rolle des CFS. Bei den G20 droht dagegen die Gefahr, dass sie den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten vor allem auf stabile Agrarmärkte und die Weltwirtschaft insgesamt legen und dabei auch auf die Interessen ihrer Agrarindustrie, sei es der Sojakomplex in Brasilien oder die Schweinefabriken in der EU, Rücksicht nehmen.

Fazit

Die Weltmarktpreise für Lebensmittel verharren ebenso wie die Zahl der Hungernden auf hohem Niveau. Die internationale Gemeinschaft beginnt zögerlich mit damit, neue Institutionen und Mechanismen zu schaffen, um neuen globalen Knappheiten zu begegnen. Wie weit dies zu einem koordinierten Politikwechsel führt, ist noch nicht abzusehen.

**Koordinierter
Politikwechsel noch
nicht in Sicht**

Anmerkungen

- 1 FAO (Food and Agriculture Organisation of the United Nations): The state of food insecurity in the world 2011. How does international price volatility affect domestic economies and food security? Rome 2011.
- 2 HLPE (High Level Panel of Experts on Food Security and Nutrition): Price Volatility and Food Security. Rome July 2011.
- 3 G20: Ministerial Declaration. Action Plan on Food Price Volatility and Agriculture. Meeting of G20 Agriculture Ministers. Paris 22.–23. June 2011.
- 4 AMIS (Agricultural Market Information System): Enhancing Market Transparency. O.O. 2011.
- 5 Oxfam: Land and Power. London. 2011.
- 6 CFS (Committee on World Food Security): Consolidated Changes to the First Draft of the Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security. Rome 12–15 July and 10–15 October 2011.
- 7 FAO, IFAD, IMF/OECD, UNCTAD, WFP, the World Bank, the WTO, IFPRI and the UN HLT: Price Volatility in Food and Agricultural Markets: Policy Responses. O.O., 2. June 2011.
- 8 van de Sand, Klemens: Germanwatch-Trendanalyse zur globalen Ernährungssicherung 2011. Hintergrundpapier. Germanwatch. Bonn und Berlin 2011.
- 9 Committee on World Food Security (CFS): Final report. Rome 17.–22. October 2011.
- 10 Europäische Kommission: Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council establishing a common organisation of the markets in agricultural products (Single CMO Regulation). Brussels 2011.
- 11 Europäische Kommission: Die GAP bis 2020: Nahrungsmittel, natürliche Ressourcen und ländliche Gebiete – die künftigen Herausforderungen. Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. KOM 2010 672 (endgültig), Brussels 18. November 2010.
- 12 T. Reichert und M. Reichardt: Saumagen und Regenwald. Klima- und Umweltwirkungen deutscher Agrarrohstoffimporte am Beispiel Sojaschrot: Ansatzpunkte für eine zukunftsfähige Gestaltung. Forum Umwelt und Entwicklung und Germanwatch. Berlin 2011.
- 13 G20: Cannes summit final declaration. Building our common future. Cannes, 4. November 2011.
- 14 M. Frein und T. Reichert: WTO gelähmt. WTO-Mitglieder scheitern auch an Minimalpaket für Ministerkonferenz im Dezember. Der offizielle Abbruch der Doha-Runde scheint nur noch Formsache. Bonn, 1. August 2011.



Tobias Reichert

Referent für Welthandel und Ernährung bei Germanwatch e.V.

Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin
E-Mail: reichert@germanwatch.org

Brot für die Börse

Spekulation mit Rohstoffen und ihre fatale Wirkung auf Landwirtschaft und Ernährung

von Markus Henn

Wie schon 2007/08 kam es auch 2010/11 durch gestiegene Rohstoffpreise, insbesondere bei Getreide und Öl, zu schwerwiegenden Folgen für die Ärmsten der Welt. Innerhalb eines Jahres stiegen laut Welternährungsorganisation allein die Getreidepreise um über 70 Prozent. Hohe Lebensmittelpreise führen dazu, dass sich immer mehr Menschen ihre täglichen Mahlzeiten nicht mehr leisten können – und schlimmstenfalls verhungern. Die Gründe für die gravierenden Preisschwankungen und -steigerungen der letzten Jahre sind vielfältig. Immer deutlicher wird jedoch, dass die Spekulation mit agrarischen Rohstoffen einer der entscheidenden Faktoren ist. So ist es kein Zufall, dass zeitgleich mit den Rohstoff- und Lebensmittelpreisen auch die Finanzspekulation auf den internationalen Rohstoffbörsen 2011 einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Die Finanzmärkte haben das Geschäft mit Agrarrohstoffen entdeckt – mit verheerenden Folgen. Der folgende Beitrag beschreibt, wie es zu dieser »Finanzialisierung« der Rohstoffmärkte kommen konnte und welche Gegenmaßnahmen zu ergreifen sind, um nicht noch mehr Menschen in Hunger und Armut zu stürzen. Im Zentrum steht dabei eine stärkere Regulierung des Terminhandels mit landwirtschaftlichen Rohstoffen. Ob der laufende Reformprozess in der EU dazu führen wird, ist noch ungewiss.

Kaum ein Preis ist so wichtig wie der von Agrarrohstoffen. Die Preisspitzen 2007/2008 bei Getreide und Reis, aber auch anderen Rohstoffen wie Öl trugen maßgeblich dazu bei, dass die Zahl der Hungernden in Entwicklungsländern von 850 Millionen auf über eine Milliarde anstieg. Nach einem starken Preisverfall 2009 schnellten die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel bis Anfang 2011 wieder hoch und verharrten bis Mitte 2011 auf hohem Niveau (Abb. 1). 2010 sollen dadurch laut Weltbank 44 Millionen Menschen zusätzlich in Armut gefallen sein. Es sind Menschen, die mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen müssen.

Entwicklungsländer sind von Preisanstiegen besonders negativ betroffen, denn rund zwei Drittel sind Nettonahrungsmittelimporteure, sodass sich Weltmarktpreise direkt auf die nationalen Märkte auswirken. Gleichzeitig geben die meisten Haushalte dort einen großen Teil ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus (bis zu 70 Prozent und mehr). Deshalb führen hohe Preise für Grundnahrungsmittel häufig zum Verzicht auf höherwertige und gesündere Nahrung wie Obst, Gemüse oder Milch, zu Verschuldung oder zu geringeren Ausgaben für Gesundheit und Bildung, wodurch

auch erhebliche langfristige Schäden bei den Menschen entstehen. Hohe Ölpreise wirken sich durch höhere Kosten für Transport, Dünger und anderes negativ auf Entwicklungsländer aus. Und schließlich ist nicht nur die Höhe, sondern auch das starke Schwanken der Preise problematisch.

Seit der Preisexplosion 2007/2008 herrscht in Politik und Wissenschaft eine Debatte über die Gründe für die Schwankungen. Dabei gehen einige davon aus, dass sich alles aus den Fundamentaldaten (dem physischen Angebot an Rohstoffen und der Nachfrage danach) erklären lässt. Schwache Ernten 2006/2007 und 2010, steigende Nachfrage aus Schwellen- und Entwicklungsländern sowie die Nutzung von Nahrungspflanzen für Produktion von Biosprit seien verantwortlich. Sicherlich spielen diese Faktoren eine Rolle. Doch war 2008 und vor allem 2010 die Angebotsseite nicht so schwach, um die damaligen Sprünge zu rechtfertigen.¹ Auch steigt die Nachfrage aus Schwellen- und Entwicklungsländern schon seit Jahrzehnten, ohne dass es vor 2006 zu Preissprüngen gekommen wäre; und zumindest China ist bis heute bei Mais und Weizen Selbstversorger.²

Das Geschäft mit der Zukunft

Wegen der unzureichenden Erklärungskraft der Fundamentaldaten wird die Rolle eines anderen Faktors immer offensichtlicher: Spekulation an den Warenterminbörsen. Viele Rohstoffe, vor allem Getreide und Soja, werden auch in die Zukunft hinein an Terminbörsen als Futures oder Optionen und außerhalb der Börsen als Forwards oder Swaps gehandelt. Der Handel ist in den USA besonders entwickelt, wo in Chicago die auch heute noch wichtigste Terminbörse steht. Auch in vielen Schwellenländern wachsen die Terminbörsen – die chinesische in Dalian könnte vielleicht in zehn Jahren Chicago an Handelsvolumen übertreffen.

In Europa waren die Börsen durch die Steuerung der Preise für Getreide und andere wichtige Güter durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) lange Zeit bei weitem nicht so relevant. Doch durch die Liberalisierung der GAP gewinnen sie eine neue Bedeutung, vor allem die Getreidebörse in Paris. Die Börse in London ist schon lange bedeutend bei Zucker, Kakao, Kaffee, Metallen und Öl. Auch in Frankfurt werden nicht nur die Produkte anderer Börsen vermarktet, sondern seit 2009 eigene Futures angeboten. Im Juli 2011 durchbrach der Frankfurter Handel erstmals die Schwelle von 100 000 Verträgen, was allerdings im internationalen Vergleich noch immer wenig ist. Jedoch will die Deutsche Börse mit der New York Stock Exchange fusionieren, zu der auch über die Tochter NYSE Liffe ein Teil des Londoner Rohstoffhandels und die Terminbörse in Paris gehören.

Grundidee der Terminbörsen ist, den landwirtschaftlichen Produzenten wie Bauern und den Abnehmern wie Lebensmittelverarbeitern eine Möglichkeit zu geben, sich gegen Preisschwankungen abzusichern (»hedging«). Da Futures aber keinen physischen Besitz des Rohstoffs mehr voraussetzen, können auch Finanz-

spekulant aktiv sein, die ihren Gewinn aus Wetten auf Preisentwicklungen ziehen. Lange wurden deren Aktivitäten von der Wissenschaft eher positiv betrachtet, da sie den Markt größer und liquider machen, so dass Produzenten und Abnehmer beziehungsweise deren Zwischenhändler mehr Partner haben. Allerdings war der Anteil dieser Spekulanten an den Terminmärkten lange Zeit relativ überschaubar, in den USA zum Beispiel bei um die 20 Prozent. Dies genügte aber, um einen mehr oder weniger funktionierenden Terminhandel zu betreiben, der natürlich auch viele Probleme mit Manipulationen und anderem hatte.

Wachsender Einfluss von Finanzakteuren

Die Zahl der Spekulanten war vor allem deshalb begrenzt, weil es früher in den USA klare Grenzen für Finanzakteure wie Banken, Pensions- und Investmentfonds gab. Diese wurden jedoch seit den 1990er-Jahren aufgehoben oder stark gelockert, vor allem mit einem Gesetz im Jahr 2000 und einigen Behördenentscheidungen in den darauf folgenden Jahren. Damit strömten insbesondere seit 2005 Finanzspekulant in großer Zahl in den Markt. Mit dem vollen Ausbruch der Krise 2007 verstärkte sich dann die Flucht in Rohstoffe noch, zumindest bis das ganze Ausmaß der Krise klar wurde und die Investitionen sowie die Preise zeitweise einbrachen – um danach wieder weiter anzusteigen (Abb. 2).

Mit diesem Zustrom – in der Wissenschaft oft »Finanzialisierung« genannt – wurden Finanzspekulant die dominierende Händlergruppe. Im Chicagoer Weizenfuture zum Beispiel sank der Anteil der physischen Absicherer (»Hedger«) von 88 Prozent im Jahr 1996 auf 35 Prozent im Jahr 2008.³ Das Verhältnis von US-Weizenfutures zur physischen US-Weizenproduktion stieg vom 11-fachen im Jahr 2002 auf das 30-fache 2007.⁴

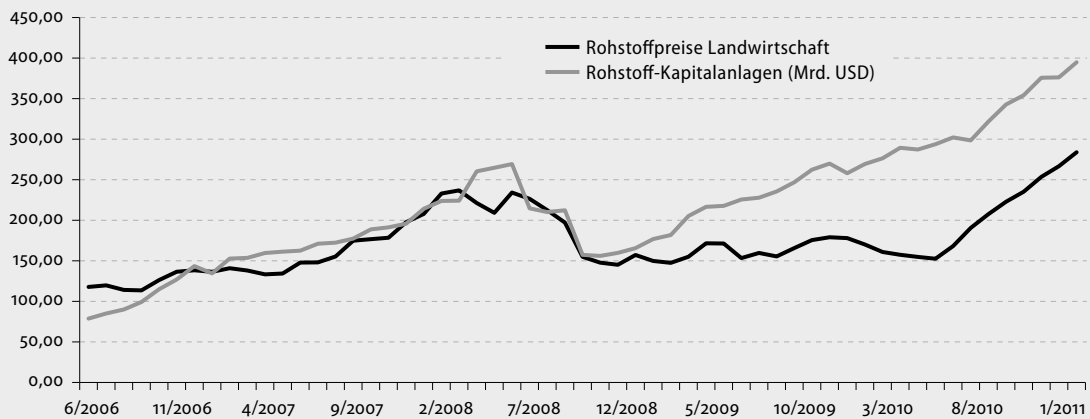
Mitte 2008 waren rund 270 Milliarden US-Dollar in Rohstofftermingeschäften investiert, nach einem zeitweiligen Einbruch dann Mitte 2011 rund 400 Milliarden (Abb. 2).⁵ Der neue große Markt ist wie immer China. Nachdem dort 2008 Begrenzungen für ausländische Beteiligungen ausliefen, drängen die internationalen Konzerne in den Markt. 60 Prozent des chinesischen Sojamarcktes sollen 2011 schon in ihren Händen gewesen sein, jetzt wollen sie in die Getreidemärkte eindringen.⁶

Besonders wuchsen sogenannte Indexfonds, in denen 2003 nur 15 Milliarden US-Dollar angelegt waren, 2008 schon 200 Milliarden.⁷ Dies sind Fonds, die einer Futures-

Abb. 1: FAO-Preisindex für Lebensmittel (1990–2011)



Quelle: FAO 2011

Abb. 2: Kapitalanlagen im Rohstoff-Terminmarkt und Rohstoffpreise Landwirtschaft (indexiert)

Das Investitionsvolumen für Agrarrohstoffe entwickelte sich bis 2008 nahezu parallel zu den Rohstoffpreisen; seitdem nehmen die Kapitalanlagen jedoch deutlich zu. Quelle: Bank for International Settlements (BIS) 2011

Kaufempfehlung (Index) folgen, die zum Beispiel von der Bank Goldman Sachs herausgegeben wird und sehr häufig den Kauf von Futures nach sich zieht, die auf steigende Preise wetten. Die Indices enthalten oft neben Öl und Metallen auch einen bedeutenden Anteil Agrarrohstoffe. In die Indexfonds wird dann von institutionellen Großanlegern wie Pensions- und Versicherungsfonds investiert, aber sie werden auch als börsengehandelte Fonds (englisch abgekürzt: ETF) an Kleinanleger verkauft. Neben Indexfonds spielen auch Hedgefonds eine große Rolle. So kaufte der Fonds Armajaro im Juni 2010 fast die gesamten Kakaofutures an der Londoner Börse auf. Das führte sogar zu einem Beschwerdebrief von Kakao verarbeitenden Unternehmen, die drohten, ins besser regulierte New York abzuwandern, falls die Londoner Börse nicht stärker reguliert werde.

Die Banken und Fonds haben inzwischen aber auch begonnen, in den physischen Handel einzusteigen. 2009 kontrollierten die Banken Goldman Sachs, Barclays und J. P. Morgan Rohstoffe im Wert von 16 Milliarden Pfund – mehr als dreimal so viel wie im Vorjahr. Im Handelsblatt meinte dazu der Chef einer Kakaofirma, es sei sehr viel branchenfremdes Geld an den Markt gekommen, und fährt dann fort: »Die gleichen Banken, die sich am Spiel beteiligen, geben uns heute keine Kredite mehr oder verlangen mehr Sicherheiten, weil der Markt volatiler geworden ist. Das ist schon grotesk.«⁸

Die Folgen der »Finanzialisierung«

Finanzspekulant kannten anfangs im Vergleich zu den wenigen früheren Spekulanten den physischen Markt nicht oder deutlich weniger. Sie investierten oft nur, um sich gegen Risiken in Finanzmärkten oder In-

flation abzusichern, sprich aus Gründen, die per definitionem nichts mit Angebot und Nachfrage bei einem bestimmten Rohstoff zu tun haben. Inzwischen investieren Banken und Fonds aber viel Geld in die Analyse der Rohstoffmärkte. Dadurch wird eher ihre Insiderkenntnis und die schiere Geldmenge ein Problem, das entweder zu Manipulationen oder durch den Herdentrieb der Spekulanten zu sich selbst verstärkenden Preistrends führen kann.

Es gibt auch klare Anhaltspunkte dafür, dass die Spekulation an Terminmärkten auf die physischen Märkte durchschlägt. Zum einen ist klar, dass die Finanzspekulanten mit ihren Kaufinteressen die Preise auf den Terminmärkten beeinflussen, selbst wenn einige diesen Handel nur für ein Nullsummenspiel halten.⁹ Zugleich soll der Terminmarkt den Preis auf den physischen Märkten vorhersagen, deshalb wird zumindest ein Teil der Preissteigerung auf die physischen Märkte übertragen. Dies geschieht entweder vermittelt über Lagerhaltung oder darüber, dass sich viele physische Händler direkt an den Preisen der Futures orientieren. Finanzspekulanten können dabei zwar die Preise nicht langfristig bestimmen wie sie wollen, aber ein kurz- bis mittelfristiger Preissprung ist zweifellos möglich – aus Sicht der Allgemeinheit schlimm genug.

Schon 2006 schätzte die Bank Merill Lynch, dass die Preise durch Spekulation um 50 Prozent in die Höhe getrieben waren.¹⁰ Dass Finanzspekulation zu Übertreibungen führt, ist auch in jüngster Zeit wieder zu sehen. Bei einer Anhörung der US-Commodity Futures Trading Commission (CFTC) im August 2010 klagte Doug Sombke vom US-Bauernverband: »Ich denke, Spekulanten haben uns da in einen riesigen Schlamassel hineingeritten.«¹¹ Und Klaus Josef Lutz, Vorstands-

Unzureichend

Der neue Vorschlag der EU-Kommission

Am 20. Oktober 2011 hat die EU-Kommission einen Vorschlag zu Überarbeitung der MiFID veröffentlicht.

- Fortan soll der außerbörsliche Handel wieder deutlich stärker reguliert werden.
- Speziell für Rohstoffmärkte soll gelten, dass die Handelsplätze einen wöchentlichen öffentlichen Bericht über den Handel erstellen müssen, der nach Händlertypen – also zum Beispiel nach Banken, Fonds und Unternehmen – trennt.
- Zudem soll jeder Handelsplatz Positionslimits einführen, welche die Zahl der Verträge eines einzelnen Händlers begrenzen. Aber es werden auch Maßnahmen zulässig sein, die eine Umgehung der Positionslimits wieder möglich machen. Damit die Limits wirklich wirken, muss es zudem nicht nur Limits für einzelne Händler geben,

sondern auch für ganze Händlerklassen. Limits für einzelne Händler lassen sich zu leicht umgehen.

- Sowohl die europäische Wertpapierbehörde (ESMA) als auch die nationalen Behörden sollen in die Märkte eingreifen können, jedoch fehlen allgemeine Verbote für Handelsformen wie Indexfonds, mit denen riesige Mengen Anlegergeld in die Märkte gepumpt werden und die sich als besonders schädlich erwiesen haben.
- Auch der hochspekulative Hochfrequenzhandel wird kaum eingedämmt.

Fazit: Die von der EU-Kommission veröffentlichten Vorschläge für eine Regulierung von Finanzinstrumenten sind unzureichend, um exzessiver Spekulation mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu begegnen.

chef von Europas größtem Agrarhändler BayWa, meinte zur selben Zeit: »70 Prozent der Preisaufschläge sind den Spekulanten geschuldet.«¹²

Inzwischen wächst auch die wissenschaftliche Kritik. So schreiben sogar ein Weltbankforscher und der ehemalige Leiter der Analyseabteilung der Direktion Landwirtschaft bei der EU-Kommission: »Wir nehmen an, dass Indexfondsaktivität [...] eine Schlüsselrolle bei der Preisspitze von 2008 gespielt hat. Biosprit spielte auch eine gewisse Rolle, aber viel weniger, als ursprünglich gedacht. Und wir finden keinen Beleg, dass die angeblich gestiegene Nachfrage aus Schwellenländern irgendeinen Effekt auf die Weltmarktpreise hatte.«¹³ Eine neue Studie der UNCTAD und viele andere belegen, dass durch die massenhafte Beteiligung der Finanzspekulanten die Rohstoffmärkte viel stärker miteinander und mit den Finanzmärkten korreliert sind und so die Preissignale verzerrt werden.¹⁴ Beim Öl konnte jüngst besonders gut nachgewiesen werden, wie stark Spekulanten den Preis beeinflussen.¹⁵

Reformen dringend nötig

Regulierung und Begrenzung der Rohstoffterminkmärkte sind in jedem Fall dringend nötig. Der Handel muss über regulierte und transparente Börsen erfolgen. Der Anteil von Spekulanten muss über Positionslimits, also Obergrenzen für die maximale Zahl an Futuresverträgen pro Händler und am besten pro Händlerklasse, deutlich reduziert werden. So meinte eine frühere Weizenhändlerin auf einem Treffen der Welternährungsorganisation: »Über 150 Jahre Futures-Handel haben gezeigt, dass Positionslimits in Märkten mit endlichem Angebot notwendig sind, um exzessive Spekulation

und Horten zu verhindern.«¹⁶ Zusätzlich müssen einige Anlageformen wie Indexfonds oder der Eigenhandel der Banken verboten werden.

Die USA haben mit mehreren Reformen in den Jahren 2009 und 2010 aus den Fehlern der letzten Jahre gelernt und wollen nun Finanzspekulation wieder deutlich beschränken. So sollen außerbörsliche (»OTC«) Derivate wieder auf transparente Handelsplattformen kommen. Des Weiteren sollen die Positionslimits für Finanzspekulanten wieder viel stärker geltend gemacht und Ausnahmen gestrichen werden. Allerdings herrscht gerade eine harte Auseinandersetzung in der US-Politik zur konkreten Umsetzung der neuen Regeln, sodass noch nicht klar ist, wie stark die Grenzen wirklich sein werden.

In der EU läuft der Reformprozess noch, denn wie erwähnt schreitet durch die Liberalisierung der GAP der Börsenhandel voran, außerdem könnte eine schärfere US-Regulierung Spekulanten auf europäische Börsen ausweichen lassen. Ein im Juli 2011 vom EU-Parlament verabschiedeter Entwurf für eine Verordnung zu den außerbörslichen OTC-Derivaten will diese weitgehend auf Handelsplattformen (»zentrale Gegenparteien«) abrechnen (»clearen«) lassen; auch soll es Sicherheitsleistungen für die verbleibenden OTC-Derivate und mehr Transparenz über Meldepflichten für alle Geschäfte geben. Von der Verpflichtung zum zentralen Clearing sollen allerdings die sogenannten »nicht-finanziellen« Gegenparteien wie Bauern oder Weizenhändler ausgenommen werden, nicht aber von den Meldepflichten. Diese Maßnahmen wären ein Fortschritt, der Entwurf muss jetzt aber noch gemeinsam vom Rat der Europäischen Union und dem Parlament endgültig abgestimmt werden.

Daneben sollen zwei Richtlinien reformiert werden, die mit Termingeschäften und Derivaten zu tun haben: Die Richtlinie zu Märkten für Finanzinstrumente (MiFID) und die zu Marktmissbrauch (MAD). Dort wird es insbesondere um die Frage gehen, ob bestimmte Geschäfte begrenzt oder komplett verboten werden sollen oder können. Auch die Einrichtung einer starken Aufsichtsbehörde, die Kontrolle des immer wichtigeren Hochfrequenzhandels und des Terminhandels von internationalen Agrarkonzernen sollten in der MiFID angegangen werden. Ob es zu einer echten Kontrolle und zur Einführung verbindlicher Positionslimits kommt, ist im Herbst 2011 noch ungewiss. Der Gesetzgebungsprozess wird aller Erfahrung nach nicht vor Herbst 2012 abgeschlossen sein (siehe Kasten).

Es bleibt die Frage, ob Terminbörsen überhaupt notwendig sind. Die Finanzbranche will natürlich dort Geschäfte machen dürfen. Aber auch der Bauernverband unterstützt die Börsen, weil er sonst Unsicherheit für die Absätze befürchtet – er scheint nichts von den amerikanischen Kollegen gelernt zu haben, die wiederholt exzessive Spekulation kritisierten. Einigen Bauern kann wohl eine preistreibende Nachfrage von Finanzakteuren in manchen Fällen auch nutzen. Doch angesichts der vielen Schwächen der Terminmärkte sollten jedenfalls Marktalternativen geprüft und angestrebt werden. Regionale und internationale Reserven und Abkommen oder auch eine reformierte Gemeinsame Agrarpolitik könnten die Terminbörsen und damit zumindest eine Form der Nahrungsmittelspekulation – so wie bisher in der EU – bedeutungslos machen.

Folgerungen & Forderungen

- Einer der Hauptgründe für die massiven Preisschwankungen bei Nahrungsmitteln ist die rasant zunehmende Spekulation auf den Warenterminbörsen.
- Finanzspekulanten sind mittlerweile die dominierende Händlergruppe auf den Rohstoffbörsen.
- Die Spekulation an den Terminbörsen schlägt bereits auf die physischen Märkte durch und beeinflusst dort die Preise.
- Die Rohstoffterminmärkte müssen daher (wieder) reguliert und begrenzt werden, etwa indem Spekulanten durch Handels-Obergrenzen (»Positionslimits«) in ihrem Tun deutlich beschränkt und/oder einzelne Anlageformen verboten werden.
- Parallel muss die Transparenz auch beim außerbörslichen Handel erhöht werden.
- Um die Ärmsten der Welt vor den Folgen hoher Nahrungsmittelpreise zu schützen, sind staatliche Marktinterventionen notwendig sowie in Europa eine entsprechend reformierte Gemeinsame Agrarpolitik.

Anmerkungen

- 1 2007/08 waren es 607 Millionen Tonnen Weizen, 2008/09 685 Millionen, 2009/10 679 Millionen, 2010/11 geschätzte 651 Millionen. Bei Mais war die Ernte von 2010/11 mit geschätzten 824 Millionen Tonnen sogar höher als in den beiden Jahren zuvor mit 800 und 820 Millionen Tonnen. Siehe International Grains Council: Grain Market Report Nr. 414 vom 25. August 2011.
- 2 Vgl. L. Xinzheng: Securing grain. New policies address grain concerns in China and allow the country to remain grain self-sufficient. In: Third World Resurgence, Februar 2011.
- 3 Vgl. Better Markets: Comment Letter to CFTC on Position Limits for Derivatives. Washington DC 2011, p. 14 (<http://www.better-markets.com/assets/pdf/CL-CFTC-PL-Final.pdf>).
- 4 Vgl. M. Dettmer et al.: Die Preistreiber. In: Der Spiegel 24/2008, basierend auf Daten der Chicago Mercantile Exchange und des US Department of Agriculture. Eigene Berechnung.
- 5 Bank for International Settlements, 81st Annual Report 2011, p. 57.
- 6 Vgl. L. Xinzheng, a.a.O.
- 7 Vgl. US Senate Permanent Subcommittee on Investigations: Excessive Speculation in the Wheat Market. Washington DC 2009.
- 8 Zitat und Zahlen nach R. Drescher et al.: Beim Rohstoff-Roulette gewinnt immer die Bank. In: Handelsblatt vom 9. August 2010.
- 9 So z.B.: S. Irwin und D. Sanders: The Impact of Index and Swap Funds on Commodity Futures Markets: Preliminary Results. OECD Food, Agriculture and Fisheries Working Papers No. 27. Paris 2010.
- 10 Vgl. E. Thornton: Inside Wall Street's culture of risk. In: Bloomberg Businessweek vom 12. Juni 2006.
- 11 Zitat nach S. Bowers: Commodity prices soar as spectre of food inflation is back. In: The Guardian vom 6. August 2010 (Übersetzung Markus Henn).
- 12 Zahlen nach R. Drescher et al. (s.o. Anm. 8).
- 13 J. Baffes und T. Haniotis: Placing the 2006/08 Commodity Price Boom into Perspective. World Bank Policy Research Working Paper 5371. Washington DC Juli 2010 (Übersetzung Markus Henn).
- 14 Vgl. UNCTAD: Price Formation in Financialized Commodity Markets: The Role of Information. Genf 2011. Außerdem K. Tang und W. Xiong: Index Investment and the Financialization of Commodities. NBER Working Paper No. 16385, Princeton 2010. Weitere Studien finden sich unter http://www2.weed-online.org/uploads/evidence_on_impact_of_commodity_speculation.pdf. Kurz vor Redaktionsschluss erschien der Report der Verbraucherschutzorganisation foodwatch: Die Hungermacher. Wie Deutsche Bank, Goldman Sachs & Co. auf Kosten der Ärmsten mit Lebensmitteln spekulieren. Berlin 2011 (http://foodwatch.de/kampagnen_themen/nahrungsmittel_speculation/report_die_hungermacher/index_ger.html).
- 15 Siehe etwa K. J. Singleton: Investor Flows And The 2008 Boom/Bust in Oil Prices. Stanford 2011 (<http://www.stanford.edu/~kenneths/OilPub.pdf>).
- 16 A. Berg: Agricultural Futures: Strengthening market signals for global price discovery. Paper to the FAO's Committee on Commodity Problems Extraordinary meeting. Genf 2010.



Markus Henn

Referent für Finanzmärkte bei der Organisation Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED) und Mitglied der AG Finanzmärkte von Attac Deutschland

Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin
E-Mail: markus.henn@weed-online.org

Zukunftsfähige Welternährung

Ökolandbau und Fairer Handel als funktionierende Alternativen zum Agrobusiness – zwei Fallstudien zu Mais und Reis

von Agnes Bergmeister

Rund eine Milliarde Menschen hungern weltweit. Die Preise für Lebensmittel sind auf einem Rekordhoch. Das Klima verändert sich, immer mehr fruchtbares Ackerland geht verloren. Wasser und Energie werden zunehmend knapper und teurer. Die Landwirtschaft steht damit vor gewaltigen Herausforderungen. Als Erwerbs- und Existenzgrundlage von rund 2,6 Milliarden Menschen ist sie größter Beschäftigungszweig der Welt und entscheidender Wirtschaftsfaktor vieler Entwicklungsländer. Fachleute sehen kleinbäuerliche, ökologisch orientierte Landwirtschaft als Lösungsweg zur Bekämpfung von globalen Umweltproblemen, Hunger und Armut. – Der nachfolgende Beitrag beschreibt am Beispiel des Maisanbaus in Mexiko und des Reisanbaus in Asien erfolgreiche Modelle, wie durch den Einsatz ökologischer Landbaumethoden in Kombination mit Fairem Handel die kleinbäuerliche Landwirtschaft gesichert, die Nahrungssicherheit und -souveränität der Menschen gewährleistet bleibt und darüber hinaus vielfältige Wertschöpfungen im Bereich der Bildung und ländlichen Entwicklung generiert werden, die den Menschen vor Ort zugutekommen.

Ernährungskrisen und ihre Ursachen sind komplex und nicht leicht auf einen Nenner zu bringen. Welternährungsexperten sind sich jedoch weitgehend einig, dass Hunger kein Problem mangelnder globaler Produktion ist, denn wir haben Jahrzehnte globaler Überschussproduktion mit Rekordernten hinter uns. Hunger ist vielmehr ein Problem fehlerhafter politischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Rahmenbedingungen sowie ungleicher Einkommensverteilung. Die weltweite Nahrungsmittelkrise seit 2008 hat deutlich gemacht, wie verhängnisvoll sich dabei die Abhängigkeit vom Weltmarkt und dessen stark schwankenden Lebensmittelpreisen auf Länder des Südens auswirken kann.

Gerade deshalb sind die Entwicklung ländlicher Räume und der Aufbau nachhaltiger Landbewirtschaftung dort so wichtig. Die voraussichtlich weiter stark zunehmende Nachfrage nach Lebensmitteln kann und sollte, soweit es die standörtlichen Bedingungen erlauben, über eine ökologische Intensivierung in den jeweiligen Regionen gedeckt werden. Kleinbäuerlicher Ökolandbau bietet die Chance, nachhaltig zu wirtschaften, unter anderem weil unabhängig von teuren externen Produktionsmitteln vielfältige und hochwertige Nahrungsmittel erzeugt werden. Entscheidend ist, dass

die Menschen sich selbst ernähren können, das heißt, dass die Familien über eigene landwirtschaftliche Erträge und/oder ausreichendes Einkommen verfügen.

Neben dem Weltagrarbericht¹ betont auch eine Studie der UN-Konferenz zu Handel und Entwicklung UNCTAD² die Vorteile ökologischer Anbausysteme: von der höheren Nahrungsmittelsicherheit über Umweltschonung, sozialen und kulturellen Vorteilen bis hin zu den verbesserten Einkommensmöglichkeiten zur Armutsreduzierung. Und auch der im März 2011 vorgestellte UN-Bericht »Agrarökologie und das Recht auf Nahrung«³ verdeutlicht eindringlich, dass ein Wandel hin zu ökologischen Anbaumethoden den Teufelskreis aus Hunger und Armut unterbrechen und die fatale Abhängigkeit vom Weltmarkt verringern kann. Gerade in Entwicklungsländern können durch agrarökologische Optimierungen die Erträge sich in fünf bis zehn Jahren sogar verdoppeln; auf diese Weise kann ein wichtiger Beitrag zur Lösung des Hungerproblems geleistet werden. In kleinen diversifizierten Bauernhöfen ist die Produktivität pro Fläche höher als in intensiven Bewirtschaftungssystemen, denn sie können sich besser den Anforderungen ihrer jeweiligen Standorte anpassen und mehr Existenzen auf dem Land sichern, weil sie arbeitsintensiver sind.

Hier greifen dann auch die positiven Effekte des Fairen Handels: Armutsminderung durch stabile, faire Preise, zusätzliche feste Prämien, Vorfinanzierungen und langfristige Handelsbeziehungen verbessern nachhaltig die Lebensbedingungen vieler Kleinbauernfamilien.

Kleinbauern sichern Ernährung

Das Prinzip der industriellen Erzeugung (hohe Produktivität durch hohen Ressourcenverbrauch) kommt durch steigende Ressourcenpreise und sich dramatisch verschärfende Umweltprobleme immer offensichtlicher an seine Grenzen. Ökolandbau, der das Wissen und die Erfahrung von Kleinbauern und -bäuerinnen einbezieht, bietet ein Leitbild für Alternativen. Denn die zwei Milliarden Menschen, die durchschnittlich weniger als zwei Hektar Land bewirtschaften, ernähren nicht nur den größten Teil der Menschheit, sondern erbringen gleichzeitig vielfältige Ökosystem-Dienstleistungen wie Gewässerschutz, Bodenschutz, Klimaschutz und Artenvielfalt. Mehrerträge entstehen beispielsweise durch die größere Bandbreite angebauter Nahrungsmittel, die zeitliche und räumliche Vielfalt durch Mischkulturen und vielfältige Fruchtfolgen sowie die optimale Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten. Gleichzeitig sinkt so das Risiko von Ernteausfällen.

Kombiniert mit fairen Handelsbedingungen sind kleinbäuerliche, ökologische Anbauformen einer der entscheidenden Lösungsansätze, um die globale Ernährungssicherung zu verbessern. Denn der Faire Handel setzt sich ein für ein Handelssystem in sozialer, ökonomischer und ökologischer Gerechtigkeit. Kleinbauern und -bäuerinnen vermarkten ihre Produkte zu gerechten Bedingungen und sichern so ihre Existenz. Der Anbau sowohl zur Selbstversorgung als auch für den regionalen Markt sowie für den Export hilft ihnen, der Armut zu entkommen. Zudem werden Zusammenschlüsse von Kleinbauern und -bäuerinnen unterstützt und deren Aus- und Weiterbildung gefördert. Die Fair-Handels-Prämie wird je nach den lokalen Bedürfnissen vorwiegend für Gemeinschaftsprojekte wie Schulen, Gesundheitsposten und Ausbildungskurse im ökologischen Landbau etc. verwendet.

Im Rahmen der gemeinsamen Kampagne »Öko+ Fair ernährt mehr!«⁴ legten Naturland e.V. und der Weltladen-Dachverband e.V. zwei Fallstudien vor, die exemplarisch zeigen, wie kleinbäuerliche ökologische Landwirtschaft am Beispiel Mais und Reis zur Ernährungssicherung beiträgt. Die Fallstudien⁵ beleuchten zu Beginn jeweils die spezielle, weit in die jeweilige Geschichte zurückreichende kulturelle, religiöse und symbolische Bedeutung der beiden Lebensmittel. Die traditionelle mexikanische Küche mit ihrem Grundpfeiler Mais zählt seit 2010 zum UNESCO-Kulturerbe

der Menschheit. Reis, der als das älteste angebaute Getreide gilt, spielt bis heute in Asien eine zentrale Rolle. (In Thailand begrüßt man sich beispielsweise mit der Frage: »Haben Sie heute schon Reis gegessen?«) Der Konsum ist trotz sich ändernder Ernährungsgewohnheiten weiterhin sehr hoch. Kleinbauern bauen Reis bzw. Mais vorwiegend zur Selbstversorgung an.

In beiden Beispielen haben sich Bauernbewegungen gebildet, um den eigenen Anbau zu schützen und zu verteidigen. Denn Regierungen und multinationale Konzerne propagieren und favorisieren Hybridsorten, Agrochemikalien und Agro-Gentechnik. Kleinbäuerliche Wirtschaftsweisen werden dagegen nicht oder nicht nennenswert unterstützt und gefördert. Die dargestellten Kooperativen setzen auf ökologische Maßnahmen zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit. Der Humusmehrung zum Beispiel durch Kompostierung, Mist, Mulch sowie Fruchtfolgen mit Leguminosen usw. kommt in den Ländern des Südens und ihren Bodenverhältnissen eine Schlüsselrolle zu. Denn die organische Substanz ist Nährstoffträger und verbessert unter anderem Wasserhaltefähigkeit und Bodenstruktur.

Unser täglich Mais

Mais gehört mit Weizen und Reis zu den wichtigsten Pflanzen für die Welternährung und zu den führenden Agrar-Rohstoffen im Welthandel. Im Jahr 2009 wurden weltweit über 817 Millionen Tonnen geerntet. Zwei Drittel der Weltproduktion wird zur Tierfütterung verwendet und ein zunehmender Anteil, insbesondere im Hauptproduktionsland USA, zur Herstellung von Ethanol als Agro-Treibstoff. In vielen Ländern Afrikas und Lateinamerikas hingegen ist Mais Grundnahrungsmittel Nummer Eins. Das trifft insbesondere auf Mexiko zu, wo die Getreidepflanze ihren Ursprung hat. Dort ist Mais Teil der kulturellen Identität und es gibt die größte Vielfalt an Maissorten.

Die Liberalisierung des Maismarktes im Rahmen des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA führte zu Armut und Verdrängung mexikanischer Kleinbauern, die sich zunehmend mit billigem, hochsubventioniertem US-Importmais konfrontiert sehen. Die Konzentration des Maismarktes durch wenige Abnehmer und die Monopolisierung des »modernen« Saatgutes verschärfen die Situation. Die von der mexikanischen Regierung propagierte Modernisierung, Mechanisierung und Monokultivierung der Landwirtschaft wirkt dem nicht entgegen, sondern verschlechtert die Situation der Kleinbauern. So schafft sie Abhängigkeiten von teuren, externen Betriebsmitteln (z. B. Pestizide, Mineraldünger und Agro-Gentechnik). Der Großteil der nationalen Mais-Fördergelder fließt in den technisierten, düngemittel- und pestizidintensiven, bewässerten Anbau in den nördlichen Bundesstaaten.

Wie kann ökologischer Maisanbau in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft Mexikos zu nachhaltiger Bodenbewirtschaftung, Ernährungssicherheit und -souveränität beitragen? Das traditionelle Mischanbausystem Milpa kann mit einer Vielzahl einheimischer Mais-Landrassen und vielen anderen Gemüse- und Fruchtarten an die verschiedenen Umweltbedingungen und auch Klimaveränderungen angepasst werden. In der typischen Milpa werden neben dem Mais Bohnen und Kürbisse kultiviert. Je nach Standort sind verschiedene Ausprägungen möglich: Gemüse, Gewürze, Obstbäume kommen dazu. Dieser diversifizierte Anbau ergänzt den Speiseplan, mindert Ernteaussfälle und trägt zum Erhalt der Artenvielfalt der Nutzpflanzen bei.

Die Mitglieder der *Fair-Trade-Kooperative TOSEPAN* im Bundesstaat Puebla betreiben Handel mit ökologisch und fair-zertifiziertem Kaffee, Piment und Meliponahonig. Um die Abwanderung der indigenen Bevölkerung zu verringern und Möglichkeiten für die ländliche Entwicklung zu bieten, setzen sie immer stärker auf nachhaltigen Milpa-Maisanbau. Oft besitzen sie nur sehr wenig Selbstversorger-Fläche, sodass sie Mais zu kaufen müssen. Der Mangel an eigenen Selbstversorger-Produkten und die Bodenerosion im Bergland haben sie dazu bewogen, alternative Strategien zu erarbeiten, um ihre Ernährung zu sichern. Die Erträge im Öko-Mais-Anbau (verbessert etwa durch Gründungspflanzen und Kompost) betragen etwa 2,6 Tonnen pro Hektar und liegen damit um drei Viertel höher als die landesweiten Durchschnittserträge bei Mais-Kleinbauern. Saatgut der Landrassen wird aus der eigenen Ernte gewonnen und selektiert, zum Boden- und Erosionsschutz wird entlang der Höhenlinien gesät, Ackerrandstreifen werden mit Sträuchern und Obstbäumen bepflanzt. Demonstrationsparzellen, Aus- und Weiterbildungskurse zu den Themen Gründung, Kompostierung etc. sowie das Weitergeben der Anbau-Erfahrungen unter den Kleinbauern helfen bei der Verbreitung des Wissens.

Nach Aussagen verschiedener Kleinbauern der Region könne die konventionelle Maisbewirtschaftung zwar ähnlich gute Hektarerträge liefern, doch müsse man dafür teure Kunstdünger zukaufen. Weiterhin erwähnen sie, dass im konventionellen Maisanbau bodenbedeckende Gründünger und Beikräuter fehlen und es deshalb zu Bodenerosion kommt. Die TOSEPAN-Bauern sprechen von der Notwendigkeit, den Boden, die Gewässer, den Wald und die Mutter Erde (»Tierra Madre«) zu schützen und setzen sich deshalb für den Ökolandbau ein. Mit Hilfe der Fair Trade-Prämie konnte eine Kaffee-Aufbereitungsanlage, ein Schulungszentrum und ein Öko-Tourismus-Projekt installiert werden. Der Faire Handel ermöglicht somit im Verbund mit dem Ökolandbau ganzheitliche Entwicklungsstrategien und mehr Ernährungssicherheit.⁶

Die *Kooperative FIECH* in Chiapas, dem ärmsten Bundesstaat Mexikos, vereinigt unter ihrem Dach verschiedene indigene Organisationen. Ein Teil davon ist die landwirtschaftliche Beratungsgesellschaft PATPO. Sie bildet die Bauern zum Beispiel zu Fragen des Klimawandels und der Ernährungssicherheit oder zu Diversifizierung und ökologischer Bewirtschaftung der Selbstversorgerparzellen aus. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf Erhalt und Förderung der einheimischen Mais-Sorten. In den landwirtschaftlich genutzten Hanglagen sorgen Terrassen, Dauergrünstreifen sowie hangparallele Sickerwassergräben für Bodenschutz. Erträge bis zu 4,8 Tonnen pro Hektar können erwirtschaftet werden. Verschiedene FIECH-Bauern bestätigen, dass sie selbst in den kalten Hochlagen (2 500 Meter über NN) mit Ökoanbau rund zwei Tonnen Mais pro Hektar ernten. Dazu kommen die Erträge von Bohnen, Kürbissen und anderen Produkten. Hausgärten, Kleinviehwirtschaft, Speisepilzkulturen und Meliponahonig runden die Selbstversorgung ab. Das Exportprodukt Kaffee, fair- und ökologisch-zertifiziert, wird von 3 200 Kleinbauernfamilien angebaut. Die Zusammenarbeit im Fairen Handel ermöglichte auch den Aufbau von drei Jugendschulheimen, drei Cafeterien, einem Gesundheitsprogramm, einer Kaffee-Aufbereitungsanlage und einer Kaffee-Röstmarke.

Der ökologische Kaffeeanbau beider vorgestellten Kooperativen für den Export im Fairen Handel setzt auf Agroforstsysteme, die auf traditioneller Landnutzung aufbauen: Unter Schattenbäumen gedeihen neben dem Kaffee andere Nutzpflanzen. Um Kleinbauernprodukte fair auf dem Inlandsmarkt zu positionieren (Domestic Fair Trade) bietet Comercio Justo Mexiko verschiedene Produkte an; ein nationaler Fair-Standard für Mais wird gerade entwickelt. Es gibt etwa 20 ökologische, regionale Bauernmärkte, auf denen unter anderem Landrassen-Mais, auch zu verschiedenen Speisen und Getränken verarbeitet, verkauft wird.

Unser täglich Reis

Reis ist das wichtigste Grundnahrungsmittel der Menschen. Er bildet für mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung den Hauptteil des täglichen Kalorienverbrauchs. 90 Prozent der Reisfelder befinden sich in Asien und erbringen 92 Prozent der Welterzeugung. Auf den Weltmarkt gelangen je nach Jahr nur vier bis sechs Prozent der Weltproduktion. In Asien dient der Großteil der Ernten zur Selbstversorgung der Reisbauern und ihrer Familien. Seit den 1960er-Jahren stieg die weltweite Reisproduktion stetig (anfängliche Erfolge der »Grünen Revolution«; Initiativen zur Ernährungssicherung; gute Erntebedingungen), sodass die Weltlagerbestände 2011 laut Welternährungsorganisation FAO ihr höchstes Niveau seit 2002 erreichten. Wenn

die Reispreise wie in den letzten zwei Jahren zeitweilig übermäßig in die Höhe schnellen, ist dies weniger auf Lebensmittelverknappung oder Exporteinschränkungen durch große Erzeugerländer wie Indien oder den Klimawandel zurückzuführen als vielmehr auf Spekulationsgeschäfte.⁷

Die Sortenvielfalt bei Reis ist außergewöhnlich: Es gibt mehr als hunderttausend Sorten! Allerdings nimmt diese Vielfalt seit der »Grünen Revolution« zugunsten einiger Hohertragssorten ab. So findet man beispielsweise in Thailand und Burma auf 40 Prozent der Reisfelder nur noch fünf Sorten. Obwohl die »Grüne Revolution« zweifellos zu Ertragssteigerungen geführt hat, konnte sie ihren Anspruch, das Welthungerproblem zu lösen, in vielen Ländern nicht erfüllen. Zunehmend zeigen sich negative Nebeneffekte. So gerieten viele Kleinbauern durch den Kauf von Hohertragssorten, Düngern und Pestiziden in die Schuldenfalle und in Abhängigkeit von transnationalen Konzernen, die ihr (patentiertes) Saatgut im Paket mit den dazugehörigen Totalherbiziden vertreiben. Dies führte zur weiteren Verarmung der Landbevölkerung und gleichzeitig zu massiven Umweltschäden (z. B. Überdüngung und Emission von Treibhausgasen, insbesondere Methan).

Folgerungen & Forderungen

- Die Politik ist gefordert, sich auf nationaler und internationaler Ebene für die Förderung kleinbäuerlicher Strukturen und für die weltweite Verbreitung der Prinzipien des Ökolandbaus und des Fairen Handels einzusetzen mit dem Ziel, eine langfristige Ernährungssouveränität zu erreichen. Dazu gehören im Speziellen:
- Förderung von Kleinbauern und -bäuerinnen und ihrer Selbstorganisation und Förderung der ländlichen Entwicklung, unter anderem durch die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Wissensvermittlung und Weiterbildung;
- Unterstützung des Fairen Handels als Instrument zur Armutsbekämpfung;
- Umsetzung der Forderungen des Weltagrarberichts;
- Abschaffung der Agrarexportsubventionen;
- Bereitstellung von Forschungsgeldern für den Ökolandbau auch in Trockengebieten und tropischen Klimazonen;
- Etablierung sozialer und ökologischer Kriterien für die Herstellung und Verwendung von Agrartreibstoffen und anderen nachwachsenden Rohstoffen.
- Jeder Verbraucher hat die Möglichkeit, mit dem Kauf ökologisch produzierter und fair gehandelter Produkte die Lebens- und Ernährungssituation von Kleinbauern zu verbessern.

Viele asiatische Regierungen haben auf Hybridreis gesetzt. Es zeigt sich aber, dass die erwartete Ertragssteigerung ausbleibt: So liegen die Hektarerträge bei Hybridreis in China kaum über dem nationalen Durchschnitt, auf den Philippinen sogar darunter. Hybridreis ist viel anfälliger für Pflanzenkrankheiten und Schädlinge und bringt, selbst bei verstärktem Einsatz von Pestiziden, weniger Ertrag als erwartet. Abgesehen davon, dass Kleinbauern kaum in der Lage sind, die Kosten für neue Technologien (unter anderem aufgrund der Lizenzgebühren für patentierte oder sortengeschützte Pflanzen) zu bezahlen, verlieren sie dadurch die Möglichkeit, ihr Saatgut selbst zu gewinnen und weiterzuverwenden, wie sie es seit Jahrhunderten tun.⁸

Das philippinische Netzwerk MASIPAG setzt sich für eine bauernorientierte Agrarpolitik ein und betreibt seit 1986 Feldversuche zur Weiterentwicklung von Saatgut und einfachen Hilfsmitteln gegen Schädlinge und Krankheiten.⁹ Seine Priorität liegt in der Nahrungssicherheit der Bevölkerung. Da die Regierung auf »Cash Crops« wie Palmöl setzt, werden die Reisanbauflächen immer kleiner, sodass mehr Reis importiert wird. Dabei handelt es sich zudem um subventionierte Billigimporte, die den lokalen Markt gefährden. Die ökologisch wirtschaftenden MASIPAG-Mitglieder berichten anlässlich der Untersuchung »Ernährungssicherheit und Empowerment« 2009 über stabilisierte Erträge, verbesserte Gesundheit, halbierte Produktionskosten, zunehmende Bodenfruchtbarkeit, höhere Biodiversität und Erträge, die je nach Landesregion ebenso hoch oder höher sind als die konventionell wirtschaftender Bauern. Neben Reis bauen sie verschiedene Gemüse an. Obstbäume, Bambus oder Kokospalmen halten zudem den Wind ab und verhindern Bodenerosion.

Bei *Green Net* in Thailand, einem landesweiten Vermarktungsnetz für ökologische Produkte, das Mitte der 1980er-Jahre gegründet wurde, sorgen fünf der insgesamt acht Bauerngruppen für Anbau und Weiterverarbeitung des fair- und öko-zertifizierten Hom Mali-Duftreises für den Export, die anderen drei für den Binnenmarkt. *Green Net* fördert ausschließlich Kleinbauern, indem es deren landwirtschaftliche Produkte über den Fairen Handel sowie ein Netz von 30 Naturkostläden im Inland vermarktet. Für Verpackung und Vakuumierung des Produktes sind zwei Kleinbetriebe entstanden, die derzeit über 30 Angestellte, mehrheitlich Frauen, beschäftigen. Die Reismengen, die *Green Net* an europäische Fair-Handelsorganisationen exportiert, steigen stetig; im Jahr 2010 waren es gut 400 Tonnen. Zusätzlich fördert *Green Net* die Herstellung weiterer Produkte wie Reisessig, -waffeln oder Kokosnussöl für Kosmetikartikel, um zusätzliches Einkommen für die Produzent/-innen zu schaffen. Weitere Mehrwerterschöpfung wird ermöglicht durch:

- spezielle Sorten (Spezialitäten wie Basmatireis oder Hom Mali-Duftreis erzielen höhere Preise);
- Förderung des kleinbäuerlichen Öko-Anbaus (Wiederherstellen bzw. Erhalten der Bodenfruchtbarkeit und Sortenvielfalt);
- möglichst weitgehende eigene Verarbeitung (mehr Unabhängigkeit und Verhandlungsspielraum durch Besitz einer eigenen Reismühle) sowie professionelle Qualitätssicherung;
- Verpackung im Erzeugerland (zusätzliche Verdienstquellen);
- möglichst direkten Export (unabhängig von Dritten).

Fazit

Die beschriebenen Beispiele in Mexiko, Thailand und auf den Philippinen zeigen, dass Ökolandbau und Fairer Handel einen positiven Beitrag zur weltweiten Ernährungssicherung leisten können. Gerade in Entwicklungsländern haben kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft ein großes Potenzial, die Ernährungssituation der Menschen auf dem Land zu verbessern.

Anmerkungen

- 1 So der IASSTAD-Bericht (»Weltagrarbericht«): www.weltagrarbericht.de.
- 2 UNCTAD: Trade and environment review 2009/2010: Promoting poles of clean growth to foster the transition to a more sustainable economy. Genf 2009 (http://www.unctad.org/en/docs/ditcted20092_en.pdf)
- 3 Report: Agroecology and the right to food (08.03.2011) (www.srfood.org/index.php/en/component/content/article/1-latest-news/1174-report-agroecology-and-the-right-to-food).
- 4 <http://www.oekoplusfair.de/>
- 5 Vgl. Peter Gänz: Kulturpflanze Mais. Ökologische Kleinbauernwirtschaft als Beitrag zur Ernährungssicherheit in Mexiko (2011) (http://www.naturland.de/fileadmin/MDB/documents/Ueber_Naturland/Mais_Studie_End2011.pdf) und Elisabeth Piras: »Reis ist leben« Wie Öko-Landbau und Fairer Handel zu Ernährungssouveränität führen (2011) (http://www.naturland.de/fileadmin/MDB/documents/Ueber_Naturland/Reis_Studie_END2011.pdf).
- 6 www.tosepan.com
- 7 <http://www.faz.net/artikel/S31721/rohstoffe-reismarkt-im-banne-der-zocker-30326636.html#01082C>
- 8 Vgl. GRAIN et al.: Feeding the Corporate Coffers: Why Hybrid Rice continues to fail Asia's small Farmers (2010) (<http://www.grain.org/article/entries/4158-feeding-the-corporate-coffers-why-hybrid-rice-continues-to-fail-asia-s-small-farmers>).
- 9 Vgl. zu MASIPAG auch den Beitrag von Sandra Blessin: Auf Vielfalt setzen. Förderung der Agrobiodiversität als Strategie im Klimawandel. In: Der kritische Agrarbericht 2011, S. 77–81, insbes. S. 79 f.



Agnes Bergmeister

Naturland e.V.
Kampagne »Öko+Fair ernährt mehr!«

Kleinhaderner Weg 1, 82166 Gräfelfing
E-Mail: a.bergmeister@naturland.de
www.oekoplusfair.de

Rückblick 2011: Ökolandbau als »Gold-Standard«

von Minou Yussefi-Menzler und Benjamin Thober

Im Jahr 2011 gab es wieder zahlreiche Entwicklungen und Impulse in der Bio-Branche. Neue Initiativen haben sich gegründet, vieles wurde angestoßen, Wachstum wohin man schaut. Aber: ein klares Bekenntnis der Regierung zum Ökolandbau fehlt. Sie steht auf der Bremse. Wenn gleich das Potenzial vorhanden wäre, verhindern die politischen Rahmenbedingungen, dass noch mehr deutsche Landwirte auf Ökolandbau umstellen. Die Förderung des Ökologischen Landbaus in Deutschland ist zwischen 2004 und 2009 um elf Prozent gesunken.

Ebenso dramatisch: Die Bundesregierung hat alle Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) zur Förderung des Ökolandbaus abgelehnt! Der Rat hatte der Bundesregierung Vorschläge unterbreitet, wie sie ihr in der Nachhaltigkeitsstrategie festgeschriebenes Ziel erreichen könne, den Ökolandbau von derzeit knapp sechs auf 20 Prozent auszuweiten.¹ Der Ökolandbau sei im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft besser geeignet, »die ungelösten Aufgaben der Welternährung, Lebensmittelsicherheit und Wettbewerbsfähigkeit« zu meistern. Auch bei den Themen Klimawandel oder biologische Vielfalt sieht der Rat den Biolandbau wesentlich besser aufgestellt. Der Nachhaltigkeitsrat sieht unter den aktuellen Rahmenbedingungen den Ökolandbau benachteiligt. Agrarstrukturelle Entwicklungen führten zu einem intensiven Wettbewerb um den Produktionsfaktor Boden, der den Ökobereich benachteilige – beispielsweise weil es für Bauern lukrativer ist, Biogas zu erzeugen. Grundsätzlich fordern die Ratsmitglieder »eine grundlegend andere Architektur der Politik für Landwirtschaft und ländliche Räume«. Sie müsse den Ökolandbau als »Gold-Standard« für das Leitbild einer nachhaltigen Landwirtschaft etablieren.² Dies entspräche auch der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und sei nur mit einer drastischen Steigerung der Forschung für den Ökolandbau durch die Bundesregierung in Höhe von 20 Prozent der Gelder für Agrarforschung zu erreichen. Das wären rund 80 Millionen Euro, ein Vielfaches des heutigen Volumens für die Öko-Forschung. Insbesondere in die Erforschung neuer Technologien sowie in die Zucht spezieller, für den Biolandbau geeigneter Pflanzen müsse viel mehr Geld als bisher gesteckt werden.

Als Begründung für die Ablehnung der Vorschläge führte der Parlamentarische Staatssekretär Peter Bleser an, dass der Ökolandbau hinsichtlich seiner Wirkungen beim Klima- und Gewässerschutz sowie bei der Sicherung der biologischen Vielfalt und der Bodenfruchtbarkeit keine nennenswerten Vorteile gegenüber dem konventionellen Landbau aufweise. Mit diesem Urteil widerspricht das Ministerium jedoch den einschlägigen wissenschaftlichen und politischen Erkenntnissen der vergangenen Jahre.³

**Nachhaltigkeitsrat
favorisiert
Ökolandbau ...**

**... und fordert
mehr Geld
für Öko-Forschung**

Flächen- und Betriebsentwicklung

Umso erfreulicher ist es, dass der Ökolandbau auch im Jahr 2011 in vielerlei Hinsicht gewachsen ist: Die Biofläche in Hektar hat bereits die Millionengrenze überschritten! In Deutschland wuchs die ökologisch bewirtschaftete Fläche 2010 um 4,6 Prozent (Vorjahr 4,3 Prozent) und die Zahl der ökologisch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe hat sich um 4,3 Prozent (Vorjahr 6,2 Prozent) erhöht.⁴ Ende 2010 wurden in Deutschland 990 702 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche von insgesamt 21 942 Betrieben nach den europäischen Regeln des Ökologischen Landbaus bewirtschaftet.

Millionengrenze überschritten

Die Zahl der landwirtschaftlichen Öko-Betriebe nahm damit gegenüber dem Vorjahr um 895 und die Fläche um 43 588 Hektar zu. Der Anteil an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe beträgt im Jahr 2010 7,3 Prozent (Vorjahr 5,6 Prozent), der an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche 5,9 Prozent (Vorjahr 5,6 Prozent). Damit sind im Ökologischen Landbau erneut die soliden Wachstumsraten der Vorjahre bestätigt worden.

Auch bei den verarbeitenden Betrieben im Bio-Sektor ist eine Zunahme zu verzeichnen. Mit 7 703 waren im Jahr 2010 4,5 Prozent mehr Betriebe in der Verarbeitung von Öko-Produkten tätig als 2009. Während die Anzahl der Importeure etwa auf Vorjahresniveau liegt, hat die Anzahl der Betriebe, die Bio-Erzeugnisse sowohl verarbeiten als auch importieren um 6,7 Prozent zugenommen. Reine Handelsunternehmen verzeichnen einen Zuwachs von acht Prozent.

Bio-Markt: Deutschland europaweit vorn, aber hohe Importrate

Der Absatz (ohne Genussmittel und Außer-Haus-Verpflegung) von Lebensmitteln aus ökologischem Anbau am gesamten Umsatz mit Lebensmitteln in Deutschland erhöhte sich von 1,48 Milliarden Euro im Jahr 1997 auf geschätzte 5,9 Milliarden Euro im Jahr 2010, was 3,4 Prozent des gesamten Lebensmittelmarktes entspricht.⁵ Im Vergleich zum Vorjahr ist dies jedoch kaum eine Veränderung, wobei das Wachstumspotenzial nach Einschätzung von Experten weiterhin enorm ist. Für das Jahr 2011 zeichnet sich wieder ein starkes Wachstum von weit über fünf Prozent ab.

Deutschland: größter Absatzmarkt und größter Produzent ...

Auch in anderen europäischen Ländern kommt Bio voran. Hier gibt es jedoch ein deutliches West-Ost-Gefälle. Deutschland ist der größte Bio-Markt in der EU, gefolgt von Frankreich mit jährlich rund drei Milliarden und Großbritannien mit etwa zwei Milliarden Euro Umsatz. Italien erreicht mit 1,5 Milliarden Euro Bio-Umsatz pro Jahr immerhin Rang vier. Noch keine nennenswerte Rolle spielen Bio-Produkte beispielsweise in Ost- und Südosteuropa. Trotzdem liegen die 27 EU-Länder insgesamt etwa gleichauf mit dem größten Bio-Markt der Welt, den Vereinigten Staaten, wo jährlich Bio-Lebensmittel im Wert von mehr als 17 Milliarden Euro konsumiert werden.⁶

Deutschland ist nicht nur größter Absatzmarkt, sondern auch größter Produzent von Bio-Produkten in Europa. Trotzdem hat der deutsche Bio-Handel im Wirtschaftsjahr 2009/2010 einen Großteil der abgesetzten Produkte, die auch von deutschen Erzeugern hätten produziert werden können, importiert. So wurden beispielsweise 50 Prozent der Äpfel, 48 Prozent der Möhren, 32 Prozent der Trinkmilch, 28 Prozent der Kartoffeln und 20 Prozent der Eier importiert. Bei Getreide waren es 15 Prozent. Die sehr hohen Importraten von Fruchtgemüse wie Tomaten (80 Prozent) und Paprika (90 Prozent) sind der ganzjährigen Nachfrage von Produkten, die in Deutschland nicht immer wachsen, geschuldet.⁷

... dennoch hohe Importraten

Um den Anteil der importierten Bioprodukte zu senken, müssen Anreize geschaffen werden, die heimische Produktion zu erhöhen. Ein Ansatz ist hier beispielsweise das Projekt »bio offensive«, das eine Gemeinschaftsaktion der Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) und dem Verband der Landwirtschaftskammern (VLK) ist. Begleitet wird die Initiative vom Deutschen Bauernverband und dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Im Jahr 2010 ließen bereits über 250 Landwirte das Marktpotenzial für ihren Betrieb überprüfen. Eine weitere Runde ist 2011 angelaufen: Erfahrene Fachberater analysieren individuell und präzise gemeinsam mit dem Betriebsleiter die Voraussetzungen des Betriebs für die Bioproduktion. Außerdem können direkte Kontakte zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugern und Verarbeitern bzw. Handelsunternehmen geknüpft werden.⁸

Lebensmittelskandale 2011: Dioxin und EHEC

Im Jahr 2011 gab es zwei große Lebensmittelkrisen: Bei dem Dioxin-Skandal Anfang des Jahres wurden erhöhte Dioxin-Konzentrationen in Eiern und Futtermitteln festgestellt. Daraufhin wurden etwa 5 000 Betriebe vor allem in Niedersachsen vorsorglich gesperrt. Quelle der Verunreinigungen waren im Futtermittel eingesetzte isolierte Fettsäuren. Beim schleswig-holsteinischen Futtermittelhersteller Harles und Jentzsch waren offenbar monatelang und verbotenerweise Futterfette mit Industriefetten gemischt geworden, was die Kontaminierung verursachte. Da der Einsatz isolierter Fettsäuren im Ökologischen Landbau nicht erlaubt ist und insbesondere jene Betriebe, die nach den Richtlinien eines der deutschen Öko-Verbände wirtschaften, grundsätzlich keine konventionellen Pflanzenöle beimengen dürfen, befand sich unter den gesperrten Höfen kein Bio-Betrieb. Kurzfristiger Effekt des Skandals war eine enorme Absatzsteigerung von ökologisch erzeugten Eiern, in deren Folge es mancherorts sogar zu Versorgungsengpässen kam. Die bioVista GmbH hat eine Studie erstellt, die die Auswirkungen dieses Skandals auf den Bio-Fachhandel im Detail untersucht.⁹

Dioxinskandal:
kein Bio-Betrieb
betroffen

Im Mai folgte dann die EHEC-Epidemie. Insbesondere letztere hielt die Republik wochenlang in Atem und hatte starke Umsatzeinbußen bei konventionellen und ökologischen Gemüsebetrieben zur Folge. Die EHEC-Krise war eine menschliche Tragödie, in deren Verlauf mehr als 50 Menschen starben und tausende Erkrankte stationär behandelt werden mussten. Der Versuch, die Quelle der Infektion ausfindig zu machen, entpuppte sich bald als die Suche nach der sprichwörtlichen Nadel im Heuhaufen: Erst Anfang Juni, Wochen nach dem Auftreten der ersten Krankheitsfälle, verdichteten sich die Hinweise, dass Sprossen von einem ökologisch wirtschaftenden Hof in Niedersachsen mit dem aggressiven EHEC-Keim kontaminiert gewesen sein sollen, der die Krankheitswelle ausgelöst hatte. Bis heute gibt es jedoch keinen eindeutigen Beweis, dass der Hof eine Quelle der EHEC-Epidemie war. Vieles deutet darauf hin, dass verunreinigte Bockshornklee-Samen aus Ägypten, die an den Sprossenbetrieb geliefert wurden, als Ursache in Frage kommen. Die Hofgemeinschaft hat wegen des EHEC-Verdachts massive Umsatzeinbußen zu verkraften. EHEC ist allerdings kein spezifisches Bio-Problem: Studien weisen im Gegenteil eher auf ein geringeres Vorkommen des Erregers in der ökologischen Tierhaltung hin. Zu Recht ist die EHEC-Krise auch in der öffentlichen Wahrnehmung nicht zu einer Bio-Krise geworden. In Mitleidenschaft gezogen wurden allerdings unzählige konventionelle und ökologische Gemüsebauern, da der Absatz insbesondere von Gurken, Tomaten und Salat nach Ausbruch der Epidemie drastisch zurückging. Die Europäische Union hat hierbei relativ schnell mit Entschädigungen gegengesteuert.

EHEC:
kein spezifisches
Bio-Problem

Die größten Einbußen bei der Nachfrage nach Gemüse erlebten die Discounter, die in der ersten Juni-Woche rund ein Drittel weniger Gemüse absetzten als im Vorjahr. Biogeschäfte profitierten dagegen vom großen Verbrauchervertrauen und der offensiven Informationspolitik und spürten die Kaufzurückhaltung erst, als Bioware in Verdacht geriet.¹⁰ Der Fachhandel für Naturkost konnte 2011 immense Wachstumsraten aufweisen: Im ersten Quartal gab es bereits ein überdurchschnittliches Umsatzwachstum von 14 Prozent, wobei die Hofläden davon am meisten profitierten – Konsumenten wenden sich in »skandalösen« Zeiten gern wieder an ihre regionalen Bauern. Auch das zweite Quartal 2011 schließt mit einer erfreulichen zweistelligen Wachstumsrate von circa 13 Prozent ab. Im Mai verursachte der EHEC-Skandal zwar einen Wachstumseinbruch von »nur« noch vier Prozent, im Juni betrug der Zuwachs aber 21 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Mit einem sehr guten Plus von elf Prozent setzte sich die positive Entwicklung auch im 3. Quartal fort. Von Januar bis September dieses Jahres hat sich der Umsatz des unabhängigen Fachhandels um fast 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht – das Wachstum in diesem Zeitraum war doppelt so hoch wie 2010.¹¹

Naturkostfachhandel:
immense
Wachstumsraten

Forschung: wenn es ums Ganze geht

Unter dem Motto »Es geht ums Ganze: Forschen im Dialog von Wissenschaft und Praxis« fand vom 15. bis 18. März 2011 die 11. Wissenschaftstagung an der Justus-Liebig-Universität in Gießen mit etwa 300 Teilnehmern statt.¹² Im Rahmen der Schwerpunkte Pflanze und Boden, Tier, Ökolandbau und Umwelt, Produkte sowie Sozioökonomie boten etwa 37 Fachsektionen die Ge-

legenheit, die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse vorzustellen und zu diskutieren. Gemäß dem Tagungsmotto war die besondere Absicht der Veranstalter, einen intensiven Dialog von Wissenschaftlern und Praktikern zu führen. Die Wissenschaftstagung wurde Anfang der 1990er-Jahre von der SÖL initiiert und führt alle zwei Jahre Wissenschaftler, Berater und Praktiker zur Diskussion aktueller Fragestellungen in der Biolandbauforschung zusammen. Die nächste Tagung wird 2013 in Bonn stattfinden.

**Bundesprogramm
wird evaluiert ...**

Seit Anfang 2011 wird das Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN) evaluiert.¹³ Zum einen werden die Förderrichtlinien im Bereich Informationsmanagement einer umfassenden Bewertung unterzogen, wobei die Evaluierung eine fundierte Einschätzung ermöglichen soll, inwiefern die Richtlinien zur Erreichung des jeweiligen Förderziels beigetragen haben. Der Bericht von Agrifood Consulting GmbH und Rambøll Management Consulting GmbH soll im Februar 2012 vorliegen. Des Weiteren evaluiert die internationale Auftragnehmerngemeinschaft Organic Research Evaluations (ORE) den Forschungs- und Entwicklungsbereich des Bundesprogramms.¹⁴ Im Fokus stehen dabei das Programm des BMELV zur Förderung von Forschungsvorhaben im Ökologischen Landbau und über 500 Forschungsprojekte, die seit 2005 gefördert wurden. Es soll insbesondere geklärt werden, inwieweit die Ergebnisse der bisherigen Projekte dazu beitrugen, den Ökologischen Landbau in Deutschland zu stärken und dessen Marktanteile auszubauen. Die voraussichtlich im Juni 2012 zur Verfügung stehenden Ergebnisse der Evaluation sollen auch einer künftigen Optimierung der Forschungsförderung zugutekommen.

**...Forschung für
Ökolandbau nach wie
vor vernachlässigt**

Innerhalb der Agrarforschung wird der Ökolandbau jedoch vernachlässigt: Von den 58 Millionen Euro an Drittmitteln, die von den Agrarforschungsinstituten des Bundes in den vergangenen drei Jahren eingeworben wurden, standen für Forschungsprojekte im Rahmen des Ökolandbaus nur 120.000 Euro zur Verfügung.¹⁵ Demgegenüber möchte die Bundesregierung in den nächsten sechs Jahren im Rahmen ihrer Bioökonomiestrategie 2,4 Milliarden Euro »vordringlich in die Grüne Gentechnik« investieren. Die Ausstattung des Bundesprogramms Ökolandbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft fällt mit 16 Millionen Euro jährlich dagegen bescheiden aus. Diese Vernachlässigung des Ökolandbaus wird weder seiner wirtschaftlichen noch seiner gesellschaftlichen Bedeutung für Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz gerecht.

Networking: Zusammenschluss für eine starke Bio-Branche

Währenddessen schreitet die Vernetzung innerhalb der Öko-Branche weiter voran: Nach bereits intensiver Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren ist der Bundesverband Ökologischer Weinbau, ECOVIN, seit Mitte 2011 neues Mitglied im Dachverband der Bio-Branche, dem Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) und ergänzt diesen um die wichtige Stimme des Ökologischen Weinbaus. Damit sind jetzt alle überregionalen deutschen Bio-Anbauverbände unter dem Dach des Spitzenverbandes BÖLW, dem auch Verarbeiter und Händler angehören, zusammengeschlossen.

**Forschungsverbund
gestärkt**

Auch der Verbund Ökologische Praxisforschung (V.Ö.P) hat Zuwachs bekommen: Ein Jahr nach Gründung wurde der Demeter e.V. als neues Mitglied in die Organisation aufgenommen. Die fünf beteiligten Organisationen – Forschungsinstitut Biologischer Landbau (FiBL), SÖL, Bioland, Naturland und Demeter – wollen ihre Aktivitäten in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Wissenstransfer und Bildung eng miteinander verzahnen. Mit dieser vertrauensbildenden Maßnahme wurde eine stärkere kooperative Zusammenarbeit der Verbände eingeleitet.

Die Bio-Anbauverbände Biokreis, Biopark und Verbund Ökohöfe haben mit der Gründung der Bundesvereinigung Ökologischer Landbau (BVÖL) eine neue, gemeinsame Interessenvertretung von Bio-Bauern aus der Taufe gehoben.¹⁶ Ziel des Zusammenschlusses ist nach eigenen Angaben die Verbesserung von gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für ökologisch wirtschaftende Betriebe. Dabei müssen die strukturell bedingten unterschiedlichen Gegebenheiten zwischen »Ost« und »West« berücksichtigt werden, um Biobetriebe nicht gegen Biobetriebe und Regionen nicht gegen Regionen auszuspielen. Mit dieser Bündelung der Interessen will sich der neue Verband in den Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) und die International Federation of Organic Agricultural Movements (IFOAM) einbringen.

Bislang ist die Ausrichtung der neuen Bundesvereinigung jedoch noch unklar und es bleibt abzuwarten, wie sich die Arbeit und die Kooperationen gestalten werden.

Im Jahr 2011 machen die jungen Ökos mobil: Junge Bio- und Fairhandelsaktivisten aus der ganzen Welt haben den »Young Organics e.V.« gegründet, ein weltweites Aktionsbündnis. Bereits auf der BioFach 2011 trafen sich rund 120 junge Berufstätige unter der Schirmherrschaft der IFOAM, um Visionen und Strategien für die Entwicklung der Bio-, Fairtrade- und Nachhaltigkeitsbewegung in den nächsten Jahrzehnten zu diskutieren. Mission der Young Organics ist es, den nachhaltigen Lebensstil nach fairen und ökologischen Grundsätzen zu fördern, jungen gleichgesinnten Menschen eine Plattform zum Austausch zu bieten und diese dann mit einer Stimme zu präsentieren. Dazu nehmen die Mitglieder am internationalen Dialog und an politischer Entscheidungsfindung teil und organisieren – zum Teil über soziale Netzwerke wie Facebook – entsprechende Austauschgelegenheiten.

***Junge Ökos
machen mobil***

EU-Agrarpolitik: (nur) die Richtung stimmt

Die Erwartungen und Anforderungen an die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union ab 2014 sind enorm: Im Wesentlichen muss die Reform einen Umgestaltungsprozess hin zu einer umwelt- und sozialverträglichen Landwirtschaft in Europa einleiten, in welcher dem Ökolandbau als nachhaltigster Form der Landwirtschaft besondere Anerkennung und Förderung zuteil werden sollte. Nur wenn sich die Agrarförderung künftig an gesellschaftlichen Zielen wie Umweltfreundlichkeit, Tierschutz oder Klimaschutz messen lassen kann, ist der Umfang des Landwirtschaftsetats im europäischen Haushalt auch in der kommenden Förderperiode zu rechtfertigen. Im Oktober 2011 hat die EU-Agrarkommission ihre Legislativvorschläge zur Neuausrichtung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik vorgelegt.¹⁷ Aus Sicht des Öko-Sektors stellen sie zwar einen guten Ansatz dar, die Umsetzung überzeugt jedoch noch nicht (siehe Kasten). Ein Systemwechsel hin zu einer umweltfreundlichen und bäuerlichen Landwirtschaft in Europa ist so nicht zu bewirken, denn außer durch die vorgeschlagenen sieben Prozent ökologische Vorrangflächen werden die Greening-Maßnahmen in der Ersten Säule keinerlei Effekt haben. Die dringend notwendige Verbesserung des Tierschutzes lässt die Reform denn auch ganz außen vor. Dass Direktzahlungen an die Landwirte künftig an die Einhaltung ökologischer und sozialer Kriterien gebunden sein werden, ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, die dafür festgelegten Kriterien führen aber zu keiner nennenswerten Änderung der gegenwärtigen Praxis in der Landwirtschaft. So ist etwa die Vorgabe, nach der auf maximal 70 Prozent der Ackerflächen eine einzige Frucht stehen dürfte, völlig ungeeignet, den Trend der Ausbreitung von Monokulturen wie etwa Mais zu bremsen. Auch der Stichtag für das Umbruchverbot von Dauergrünland zum 1. Januar 2014 liegt viel zu spät.

***EU-Agrarreform:
Gute Ansätze ...***

Jetzt sind EU-Parlament und die Mitgliedsstaaten gefordert, noch substanzielle Verbesserungen zu erreichen. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner muss deshalb dafür sorgen, dass ihren Worten, wonach öffentliche Gelder für öffentliche Güter eingesetzt werden müssen, jetzt Taten folgen. Sinnvoll wäre beispielsweise, die Direktzahlungen an eine dreigliedrige Fruchtfolge zu binden, die den Anteil einer Frucht auf 50 Prozent begrenzt und einen Mindestanteil von zehn Prozent Leguminosen vorsieht.

***... wenig überzeugend
in der Umsetzung***

Der Ökolandbau wird je nach Bundesland unterschiedlich gefördert. Die Förderhöhen unterscheiden sich teils drastisch, da die konkrete Ausgestaltung der Agrarförderung größtenteils Ländersache ist. Beim Gemüseanbau etwa variiert die Beibehaltungsprämie, je nach Land, zwischen 255 und 550 Euro pro Hektar. Nachdem bereits 2005/2006 wegen des absehbaren Endes der damaligen EU-Förderperiode eine unklare Übergangssituation entstand, in der viele Länder zwischenzeitlich die Umstellungsprämie einstellten, ist diese auch mit Auslaufen des aktuellen Förderzeitraums wieder umkämpft: So hat das Land Brandenburg die Umstellungsprämie vorerst gestoppt – obwohl das finanzielle Risiko für den Haushalt gering und die Nachfrage aus dem benachbarten Berlin schon heute kaum zu befriedigen ist. Die Länder Baden-Württemberg, Thüringen und Rheinland-Pfalz verfolgten zunächst ähnliche Pläne. Inzwischen hoben sie ihre Förderstopps aber wieder auf und unterstützen jetzt auch in der Übergangszeit bis zur neuen EU-Förderperiode ab 2014 die für eine umweltfreundliche Landwirtschaftsentwicklung so wichtige Umstellung auf den Ökologischen Landbau.

***Unklare
Übergangssituation
auf Länderebene***

Richtlinien: Öko-Wein & Bio-Futter müssen kommen

In der Diskussion: Kellereirichtlinie ...

Die EU-Ökoverordnung wurde im Jahre 2011 an den Vertrag von Lissabon angepasst. Dieser billigt unter anderem dem europäischen Parlament größere Mitbestimmungsrechte zu. Den Änderungen entsprechend werden sich auch die Lobbymethoden der Bio-Branche wandeln müssen – es gilt, neue Mitgestaltungspfade einzuschlagen.

Wieder aufgenommen wurden Anfang Juli die Verhandlungen um eine Kellereirichtlinie, die im vergangenen Jahr an einer Kontroverse um die Schwefelung von Bio-Weinen gescheitert war. Der neue Entwurf sieht regional unterschiedliche Schwefelgrenzwerte vor und weist somit den Weg in Richtung eines Kompromisses, mit dem auch die nördlicheren Anbauländer leben könnten. Grundsätzlich ist die baldige Verabschiedung der Kellereirichtlinie wünschenswert, damit endlich Rechtssicherheit über die Herstellung von Bio-Weinen besteht.

... und Zukunft der Bio-Fütterung

Diskussionen finden derzeit auch über die Zukunft der Bio-Fütterung statt: Die Kommission möchte die Regeln zur Herkunft des Futtermittels verschärfen, um die Versorgung stärker zu regionalisieren. Obschon dieses Ansinnen grundsätzlich begrüßenswert ist, so sind die vorgeschlagenen Änderungen doch zu weitgehend und würden einige Betriebe überfordern. Ursprünglich plante die Kommission außerdem ein Ende des Zukaufs konventioneller Futterkomponenten für Monogastrier zum Jahresende. Ökologische Eiweißkomponenten sind allerdings noch nicht in ausreichender Menge verfügbar; und sogar der mit dem aktuellen Kommissionsentwurf vorgelegte Kompromissvorschlag ist nicht weitgehend genug, um die Eiweißversorgung der Tiere auch künftig sicherzustellen. Weitere Diskussionen bleiben also notwendig.

Gentechnik: Petition bringt Hoffnung

Nulltoleranz für Futtermittel gekippt

Im Bereich der Agro-Gentechnik, deren Risiken weiterhin nur unzureichend erforscht sind, hat es im vergangenen Jahr zwei wesentliche gesetzliche Veränderungen auf europäischer Ebene gegeben: Zum einen wurde die bislang geltende Nulltoleranz für nicht zugelassene GVO-Konstrukte in Futtermitteln zum 1. August 2011 gekippt, zweitens wurde den Mitgliedsstaaten der EU erstmals die Möglichkeit eingeräumt, nationale Anbauverbote für gentechnisch ver-

Alexander Gerber

Nachbessern erforderlich

Die Vorschläge zur EU-Agrarreform aus der Sicht des Ökolandbaus

Ökolandbau ist nachgewiesenermaßen am besten geeignet, die multifunktionalen Ziele einer nachhaltigen Landwirtschaft zu erreichen. Stickstoff muss nicht energieaufwändig hergestellt werden, sondern wird von Leguminosen aus der Luft geholt. Tiere werden flächengebunden gehalten. Nährstoffe sind damit knapp, oberstes Ziel ist, ihre Verluste zu minimieren. Ein unter diesen Restriktionen erreicht hohes Ertragsniveau ist Ausdruck der effizientesten und umweltfreundlichsten Form der Landwirtschaft. Dort wo Ökolandbau betrieben wird, steigt die Wertschöpfung im ländlichen Raum um ein Drittel. Dies macht deutlich: Die Frage, welchen Stellenwert die Agrarpolitik dem Ökolandbau beimisst, wird nicht aus der Perspektive einer Klientelpolitik für Öko-Landwirte gestellt. Es geht darum, wie wir die Herausforderungen meistern,

dauerhaft Landwirtschaft betreiben zu können. Die Voraussetzung dafür ist, dass immer mehr Landwirte auf Ökolandbau umstellen und alle – bestehende und neue Betriebe – wirtschaftlich arbeiten können. Dafür müssen die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Was bieten nun die aktuellen EU-Vorschläge?

Die gute Nachricht: Wer ökologisch wirtschaftet, hätte die geplanten »Greening-Auflagen« der Ersten Säule bereits erfüllt. Damit erkennt die Politik an, dass der Ökolandbau die Fruchtfolge-Regelungen sowieso erfüllt und vergleichbare ökologische Leistungen, wie sie auf Vorrangflächen erreicht werden sollen, im Ganzen bereits erbringt. Für Öko-Betriebe, die bereits einem engen Kontrollregime unterliegen, wird damit der Verwaltungsaufwand erheblich vereinfacht. Alle anderen Regelungen gehen aber längst nicht weit ►

änderte Pflanzen aufgrund von Umweltrisiken oder aus sozio-ökonomischen Erwägungen zu beschließen.

Seit September 2009 wurde keine Soja-Lieferung mehr aufgrund von Verunreinigungen mit nicht zugelassenen GVO-Konstrukten beanstandet, dennoch hat die Europäische Union im Februar die Nulltoleranz bei Futtermitteln gekippt und damit das Tor für eine schleichende Kontaminierung der Landwirtschaft mit gentechnisch veränderten Konstrukten weit geöffnet. Die Entscheidung wurde vor dem Hintergrund eines angeblichen, tatsächlich aber nicht vorhandenen Futtermittelmangels beschlossen, den die Industrie heraufbeschworen hatte. Eine ähnliche Initiative im Deutschen Bundesrat, die eine Aufweichung der Nulltoleranz-Regelung beim Saatgut vorsah, konnte verhindert werden – nicht zuletzt dank erfolgreicher gesellschaftlicher Proteste.

Die Entscheidung des Europäischen Parlamentes, den Mitgliedsstaaten nationale Gentechnik-Anbauverbote zu ermöglichen, ist dagegen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung: Bisher konnten die EU-Länder nur vorübergehend und unter Berufung auf »neue wissenschaftliche Erkenntnisse« hinsichtlich gesundheitlicher und ökologischer Risiken Anbauverbote für GV-Pflanzen erlassen – jetzt werden zeitlich unbefristete Anbauverbote auf nationaler Ebene möglich, die mit Umweltrisiken oder sozio-ökonomischen Bedenken begründet werden dürfen. Künftig wird die Entscheidung über den GVO-Anbau in der EU endlich auf Grundlage der Umweltgesetzgebung und nicht mehr der Binnenmarktgesetzgebung erfolgen!

Während im Zuge der politischen Diskussion also höchst unterschiedliche Entwicklungen einsetzen, die bisweilen begrüßenswert, manchmal aber auch unerfreulich sind, lehnen die europäischen Bürger die Agro-Gentechnik mehrheitlich ab: Laut Eurobarometer sprechen sich über 60 Prozent der Europäer gegen Gentechnik im Essen aus. Dieses Bild wird auch durch einen Blick auf den anhaltenden gesellschaftlichen Protest für eine gentechnikfreie und umweltverträgliche Landwirtschaft bestätigt. Die ökologische Landbaubewegung in Deutschland ist hier außerordentlich engagiert und hat in den vergangenen Monaten einige bemerkenswerte Aktionen auf den Weg gebracht: Bio-Pionier und Rapunzel-Vorstand Georg Wilhelm absolvierte erstmals im Jahre 2007 einen mehr als 1 200 Kilometer langen Marsch von Lübeck nach Lindau unter dem Motto »Genfrei gehen«, 2009 führte dieser Anti-Gentechnik-Lauf dann von

**Nulltoleranz
bei Saatgut bleibt**

**Anbauverbote auf
nationaler
Ebene möglich**

genug, um eine Lenkungsfunction hin zu mehr Ökolandbau zu erreichen. Dafür müsste aus Sicht des Ökolandbaus Folgendes umgesetzt werden:

- Die Mittel für die Zweite Säule müssen mindestens 50 Prozent aller EU-Agrarmittel umfassen.
- Wiederum 50 Prozent der Mittel der Zweiten Säule (also mindestens ein Viertel der Gesamtmittel) müssen zwingend für Agrarumweltprogramme vorgesehen werden, damit genügend Mittel vorhanden sind, die Umstellung auf und die Beibehaltung des Ökolandbaus fördern zu können.
- Ökolandbau muss ein verpflichtender Teil der Agrarumweltprogramme sein, die EU muss diese Maßnahme mit 80 Prozent kofinanzieren.
- Ökolandbau muss fester Bestandteil in Programmen zur ländlichen Entwicklung sein, wie der Förderung von Beratung, Investitionen oder Erzeugergemeinschaften. Entsprechende von Öko-Betrieben in Anspruch genommene Maßnahmen sollten dabei 20 Prozent höher gefördert werden.

Für einen wirklichen Schritt in Richtung einer umweltfreundlicheren Landwirtschaft müssen weitere Kernforderungen im Rahmen des »Greening« umgesetzt werden: Es muss ein Anteil Leguminosen von mindestens zehn Prozent in der Fruchtfolge festgeschrieben werden. Die Fruchtfolge muss zudem mindestens dreifeldrig mit einem maximalen Anteil einer Frucht von 50 Prozent sein. Überhaupt noch Verbesserungen in diese Richtung zu erzielen, wird eine große Herausforderung unserer politischen Arbeit in den nächsten Monaten sein. Grundsätzlich muss das Ziel sein, dass Zahlungen an die Landwirte nur noch für konkret erbrachte gesellschaftliche bzw. Umweltleistungen erfolgen.¹⁸

Dr. Alexander Gerber

Geschäftsführer des Bundes Ökologische
Lebensmittelwirtschaft (BÖLW)
Marienstr. 19–20, 10117 Berlin
E-Mail: gerber@boelw.de
www.boelw.de

**Europäisches
Zulassungsverfahren
in der Kritik**

Berlin nach Brüssel. Nachdem Wilhelm und seine Unterstützer während beider Märsche insgesamt fast 130 000 Unterschriften für eine gentechnikfreie Landwirtschaft sammeln konnten, exportierte Rapunzel die erfolgreiche Aktionsidee im Jahre 2011 in die USA: Im Oktober fand ein gut zwei Wochen langer Marsch von New York nach Washington D. C. statt. Mit der Aktion wurde einerseits gestritten für die Einführung einer Kennzeichnung von tierischen Produkten in Deutschland, die unter dem Einsatz von gentechnisch verändertem Futtermittel hergestellt werden, andererseits die Forderung nach einer grundsätzlichen Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln in den USA unterstützt.

Ein noch immer bestehendes Problemfeld ist das europäische Zulassungsverfahren von Gentechnik-Pflanzen: Gesundheitliche, sozio-ökonomische und ökologische Risiken werden von der zuständigen Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) nur mangelhaft geprüft. Sogar die EU-Umweltminister und das Europäische Parlament halten das Verfahren für unzureichend. Felix Prinz zu Löwenstein, Vorstandsvorsitzender des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft, hatte daher im März eine Petition im Deutschen Bundestag eingereicht, die im Kern einen sofortigen Zulassungsstopp von gentechnisch veränderten Pflanzen in Europa fordert.¹⁹ Die Petition, die von zahlreichen Verbänden und Organisationen unterstützt wurde, war sensationell erfolgreich und gewann innerhalb von sechs Wochen mehr als 100 000 Mitzeichner. Da sie nach drei Wochen bereits problemlos über 50 000 Unterstützer gefunden hatte, konnte sie in einer öffentlichen Anhörung des Petitionsausschusses am 26. September 2011 vom Petenten vorgestellt werden. Flankiert wurde die Sitzung von der Veröffentlichung einer im Auftrag des BÖLW erstellten Studie, welche die Lücken im Zulassungssystem offenbart. Eine Entscheidung steht noch aus.

**100 000 Bürger
fordern sofortigen
Zulassungsstopp**

Tatkräftig unterstützt wurde die Petition auch von der Initiative »Vielfalterleben«, die in den Tagen unmittelbar vor der öffentlichen Anhörung in vielfältiger Weise auf diese aufmerksam machte, sich vor allem aber in den Monaten zuvor mit einer eigenen Unterschriftenaktion online und auf den Straßen sowie in vielen Supermärkten eindrucksvoll für eine gentechnikfreie Landwirtschaft engagierte. Bis dato hat auch diese Initiative über 100 000 Unterstützer finden können. All das zeigt: Die Menschen wollen und brauchen keine Gentechnik auf Äckern und Tellern, sondern eine vielfältige und umweltfreundliche Landwirtschaft, in der gesunde und qualitativ hochwertige Lebensmittel erzeugt werden!

Themen für 2012: Nachhaltigkeit & Regionalität

Im Jahr 2011 wurde irgendwo auf der Welt der siebenmilliardste Erdenbürger geboren. Die Herausforderung, die rasant wachsende Weltbevölkerung zu ernähren, nimmt kontinuierlich zu. Der Ökologische Landbau muss sich neu orientieren, um den wachsenden Anforderungen sowohl ökonomisch als auch ökologisch gerecht zu werden. Der Markt für Öko-Produkte wächst schneller als die Umstellung von landwirtschaftlichen Betrieben auf Öko-Anbau. Die Produktivität des Ökolandbaus zu steigern ist notwendig und muss mit einer Ausweitung des Flächenanteils einhergehen. Auch ist der Aspekt der Nachhaltigkeit besonders wichtig. Allerdings zeichnet sich hier ab, dass andere dieses Themenfeld für sich entdecken. Die Branche muss sich daher die Frage stellen: Wie geht sie damit um, dass andere Gruppierungen und Unternehmen außerhalb des Biolandbaus für die Bereiche Nachhaltigkeit, aber auch Regionalität Definitionen entwickeln und sich damit profilieren wollen? So wird derzeit daran gearbeitet, Kriterien für ein Siegel zu entwickeln, mit dem Produkte »aus der Region« gekennzeichnet werden können. Diese Entwicklungen darf der Ökosektor nicht an sich vorbeiziehen lassen, sondern muss einmal mehr zeigen, dass dies seine ureigensten Themen sind, in denen er Vorreiter ist.

Ökosektor gefordert

Anmerkungen

- 1 Rat für Nachhaltige Entwicklung: RNE veröffentlicht Empfehlung zu Ökolandbau und Agrarpolitik. Pressemeldung vom 11. August 2011 (Download: www.nachhaltigkeitsrat.de/news-nachhaltigkeit/2011/2011-07-28/rne-veroeffentlicht-empfehlung-zu-oekolandbau-und-agrarpolitik/).
- 2 Rat für Nachhaltige Entwicklung: Gold-Standard Ökolandbau: Für eine nachhaltige Gestaltung der Agrarwende. Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung vom 11. Juli 2011 (Download: www.nachhaltigkeitsrat.de/dokumente/empfehlungen/texte-nr-40-jul-2011).
- 3 C. Behm: Ökologischer Landbau: Bundesregierung ignoriert Nachhaltigkeitsrat. Pressemitteilung vom 14. September 2011 (Download: www.cornelia-behm.de/cms/presse/dok/390/390587.oekologischer_landbau_bundesregierung_ig.html).
- 4 BMELV: Ökologischer Landbau in Deutschland weiter auf Wachstumskurs. Pressemitteilung vom 22. Juni 2011 (Download: www.bmelv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2011/124-Oekolandbau-Deutschland.html?searchArchive=o&cl2Categories_Themen=LandwirtschaftLaendlicheRaume&submit=Suchen&monat=juni&jahr=2011&searchIssued=1).
- 5 BMELV: Ökologischer Landbau in Deutschland (Download: www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Oekolandbau/OekologischerLandbauDeutschland.html).
- 6 M. Sahota: Global Organic Food & Drink Market 2011. Präsentation auf der BioFach (Download: www.fibl.org/fileadmin/documents/en/news/2011/sahota-2011-biofach-market.pdf, siehe auch www.lebensmittelpaxis.de/component/content/article/3206-wachstum-international.html?cpon=1).
- 7 Das sind Ergebnisse aus einer Importeursbefragung in Deutschland, Produktionsdatenanalysen in den wichtigsten Lieferländern, Außenhandelsstatistik einiger Unternehmen und GfK-Paneldatenauswertung im Projekt 09OE065 »Analyse der Entwicklung des ausländischen Angebots bei Bioprodukten mit Relevanz für den deutschen Bio-Markt«, das im Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft gefördert wurde.
- 8 www.bio-offensive.de.
- 9 bioVista GmbH: Auswirkungen des Dioxin-Skandals 2010/2011 auf den deutschen Bio-Fachhandel. Analysen und Thesen anhand des bioVista Handpanels. Ettlingen 2011 (www.biovist.de).
- 10 K. Kreuzer: GfK-Analyse zu Auswirkungen der EHEC-Krise (2011). (Download: <http://oneco.biofach.de/de/news/?focus=23dbc4df-def5-49e6-930a-542314897119>).
- 11 H. Hartmann: wob-fachhandelsbarometer-naturkost, Quartale 1, 2 und 3 2011 (Download: www.wob-hartmann.de/Information.4.o.html).
- 12 M. Yussefi-Menzler: Wissenschaftstagung Ökologischer Landbau 2011. Praxis, Beratung, Wissenschaft: Gelebter Dialog. In: Ökologie & Landbau Nr. 158, S. 55–56.
- 13 BÖLN: Bundesprogramm Ökologischer Landbau. Die zweite Evaluierung 2011/2012. (Download: www.bundesprogramm.de/das-programm/evaluierung). Siehe auch: ICROFS (2011): Terms of Reference für Gutachter in der Evaluation des BÖLN (Download: www.icrofs.org/pdf/2011_Gutachterauf-ruf_Evaluation_BoLN_ToR_final.pdf).
- 14 Die ORE besteht aus den deutschsprachigen Kooperationspartnern InterVal GmbH (Berlin), Organic Research Centre (Elm Farm Großbritannien) und Hochschule für nachhaltige Entwicklung (FH) (Eberswalde).
- 15 C. Behm: Bundesregierung setzt Kampf gegen Ökolandbau weiter fort. Kleine Anfrage belegt systematische Benachteiligung mit Zahlen. Pressemitteilung der Bundestagsabgeordneten Cornelia Behm vom 15. Juni 2011 (Download: www.cornelia-behm.de/cms/presse/dok/383/383775.bundesregierung_setzt_kampf_gegen_oekola.html).
- 16 Biokreis: Bio-Anbauverbände heben neue Interessenvertretung aus der Taufe. Pressemitteilung vom 13. Oktober 2011 (Download: www.biokreis.de/images/archiv/pdf_pm/meldung_o89.pdf).
- 17 <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1181&format=HTML&aged=o&language=DE&guiLanguage=en>
- 18 Eine längere Fassung dieses Beitrags von Alexander Gerber erscheint in der Lebendigen Erde Nr. 1/2012.
- 19 BÖLW (2011): Petition unterstützen – Gentechnik-anbau stoppen! (Download: www.boelw.de/petition-gentechnik.html).

**Minou Yussefi-Menzler**

Stiftung Ökologie & Landbau

Weinstr. Süd 51, 67098 Bad Dürkheim
E-Mail: menzler@soel.de
www.soel.de

**Benjamin Thober**

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW)

BÖLW e.V.
Marienstr. 19–20, 10117 Berlin
E-Mail: benjamin@thober.de
www.boelw.de

© **Schwerpunkt »Zusammen arbeiten«**

Wertschöpfung durch Wertschätzung

Die Regionalwert AG – ein innovatives Netzwerk vom Acker bis auf den Teller

von Christian Hiß

Vor fünf Jahren haben der Gärtnermeister Christian Hiß und seine Frau Andrea am Ostrand des Kaiserstuhls, rund 20 Kilometer von Freiburg entfernt, die Regionalwert AG gegründet. Sie brachten aus dem Familienbesitz die Demeter-Gärtnerei Hiß in die AG ein; der Hof der Familie Hiß wird seit 55 Jahren biologisch-dynamisch bewirtschaftet und zählt damit zu den Pionieren des ökologischen Landbaus in Deutschland. Mit dem Geld der damals 40 anderen Aktionäre – eine bunte Mischung aus Unternehmern, Lehrern, Anwälten, Biologen und Bauern aus der Region – begann die neue Aktiengesellschaft landwirtschaftliche Betriebe, die keinen familieneigenen Nachfolger haben, zu kaufen und an qualifizierte Existenzgründer zu verpachten. Zudem werden Investitionen in laufenden Betrieben gefördert. In beiden Fällen jedoch nur, wenn die Betriebsleiter ökologisch verantwortbar wirtschaften und zu regionaler Kooperation bereit sind. Denn das Ziel der neuen »Bürgeraktiengesellschaft« ist die Sicherung ökologischer Wertschöpfung in der Region für die Region: vom Gemüseanbau bis zu Gastronomie und Lieferservice. Mittlerweile knapp 500 Aktionäre konnten für dieses Ziel begeistert werden. Der folgende Beitrag schildert die Gründe, die zu der Gründung der AG geführt haben, und wertet die ersten Erfahrungen mit dieser neuen Form der Kooperation und Solidarität auf und mit dem Land aus.

Im September 2006 haben meine Frau und ich die Regionalwert AG mit dem Betriebsvermögen unseres Demeterhofes in Eichstetten am Kaiserstuhl gegründet. Damit wurde ein mittlerweile weit über die Grenzen Südbadens bekanntes und diskutiertes Modell für Regionalentwicklung auf den Weg gebracht. In einigen anderen Regionen sind Bestrebungen im Gange, das Modell zu übertragen, eine zweite Regionalwert AG wurde mittlerweile für München und Umgebung gegründet. Mit dem Konzept haben wir mehrere Problemstellungen der ökologischen Land- und Regionalwirtschaft aufgegriffen und versucht, durch das neue Strukturmodell Lösungen herbeizuführen.

Warum eine Regionalwert AG?

Nach nahezu sechzigjähriger biologisch-dynamischer Bewirtschaftung unternahmen wir diesen wohlüberlegten Schritt aus folgenden Gründen:

Hofnachfolge

Die Hofnachfolge ist in Deutschland sowohl im Ökolandbau wie in der Landwirtschaft überhaupt ein nach

wie vor ungeklärtes oder sogar verdrängtes Thema. Bisher gibt es wenige differenzierte Möglichkeiten zur Betriebsweitergabe. In den meisten Fällen gilt: Entweder eines der Kinder der Familie bewirtschaftet den Hof weiter oder der Betrieb existiert in absehbarer Zeit nicht mehr. Wird er aufgelöst, dann werden die frei werdenden Flächen gerne von den anderen Landwirten im Dorf oder der Region zur eigenen Betriebserweiterung pachtweise übernommen oder gekauft. Im Falle der Hofaufgabe sind oftmals bei den Kindern bis ins höhere Alter Rechtfertigungsmechanismen beobachtbar. Das heißt, sie haben ein schlechtes Gewissen, weil durch ihre »Schuld« der elterliche Hof aufgegeben wurde.

Übernimmt jedoch die nachfolgende Generation den Hof, dann birgt auch diese tradierte Praxis grundlegende Probleme. Denn es ist nie ganz klar, aus welchen Motiven heraus sich die Nachfolger zu diesem Schritt entschlossen haben: aus der Neigung zu dem Beruf des Landwirts oder um die Eltern nicht enttäuschen zu wollen, nachdem sie erlebt haben, wie sich diese ein Leben lang für den Hof eingesetzt haben.

Für uns war schon früh klar: Wenn der älteste unserer drei Söhne in das Alter seiner Berufswahl kommt,

soll der Betrieb kein Familienbetrieb mehr sein. Die Entscheidung für oder gegen den Beruf des Landwirts sollte frei von familiär-sozialen Zwängen sein, wie für jeden anderen Beruf auch. Zudem wollten wir die Betriebsentwicklung nicht davon abhängig machen, ob einer der Söhne den Betrieb weiterführen wird. Normalerweise muss ein Betriebsleiter ja bereits 15 Jahre vor dem Rentenalter, also im Alter von etwa 50 Jahren, den Betriebsaufbau und die damit verbundenen Neuinvestitionen einstellen und den Betrieb langsam auslaufen lassen. Denn entscheidet sich keines der Kinder dafür, den Betrieb weiterzuführen, dann sind die Fremdkapitalverbindlichkeiten im Rentenalter oft ein Problem. Deshalb galt es eine Lösung zu finden, die beiden (der Generation der Eltern und die der Jungen) gerecht werden kann.

Ein weiterer Gesichtspunkt im Problemkomplex Hofnachfolge ist, dass es nicht wenige gut ausgebildete junge Landwirtinnen und Landwirte gibt, die gerne einen Hof bewirtschaften würden, aber nicht aus der Landwirtschaft stammen und keine Aussicht haben, einen Betrieb vererbt zu bekommen. Eine Möglichkeit wäre die außerfamiliäre Hofnachfolge, doch auch sie ist ein schwieriges Thema; viele Versuche schlagen aus sozialen Gründen und mangelnder Finanzierung fehl.

Für uns war die Gründung der Regionalwert AG und die Übergabe des Betriebseigentums in die Verantwortung vieler Menschen (Aktionäre) aus diesem Blick-

winkel ein großer Erfolg. Alle drei Söhne haben ein völlig entspanntes Verhältnis zur Landwirtschaft, arbeiten sehr gerne in den Betrieben der Regionalwert AG und mittlerweile auch in anderen Ländern, und es ist durchaus vorstellbar und auch wünschenswert, dass sie einen landwirtschaftlichen Betrieb irgendwo auf der Welt oder bei uns in der Region bewirtschaften. Dabei können sie sich immer sicher sein, dass sie nicht aus den Verhältnissen heraus dazu gezwungen wurden.

Betriebsentwicklung

Wir haben unseren Demeterhof in den vergangenen Jahrzehnten, wie viele andere Bio-Betriebe auch, vielfältig entwickelt. Die Spezialisierung auf eine Kultur oder einen Betriebszweig haben wir aus ökonomischen, ökologischen und sozialen Gründen immer kritisch gesehen. Neben dem Kerngeschäft, dem Gemüseanbau, wurde ab 1992 die Saatgutvermehrung und die Pflanzenzüchtung hinzugenommen. Die Direktvermarktung in Freiburg hatte seit Anfang der 1970er-Jahre Tradition, es wurde Brot gebacken und Milchvieh gehalten. 2001 bauten wir einen neuen Stall, weil wir der Überzeugung waren, dass der Dünger für den Pflanzenbau aus dem Betrieb stammen muss und nicht aus anderen Erdteilen zugefahren werden soll.

Kurz gesagt, der multifunktionale Hof ist sinnvoll und zukunftsweisend, aber er überfordert die Betriebsleiterfamilien gnadenlos, weil in jedem Arbeitsbereich



die Anforderungen an die Qualifikation der Betriebsleiter stetig steigt. Die Direktvermarktung ist kein Selbstläufer mehr und die Produktion und die Verarbeitung erfordern hohe Standards und eine permanente Qualifizierung. Wie also aus dem Dilemma Spezialisierung versus Diversifizierung herauskommen, ohne sich und die Mitarbeiter zu überfordern?

Die Idee ist, ein Netzwerk von Betrieben aufzubauen, in dem jeder Teilbetrieb unternehmerisch selbständig von einem auf sein Kerngeschäft spezialisierten Unternehmer geführt wird. Durch die intensive Zusammenarbeit der Betriebe, die gesellschaftsrechtlich zusammenhängen, können die Negativeffekte der Spezialisierung aufgehoben werden. Über die rein betriebliche Zusammenarbeit hinaus ist die gesellschaftsrechtliche und kapitalwirtschaftliche Zusammengehörigkeit wichtig, weil innerhalb des Wertschöpfungsstromes vom Acker bis auf den Teller die finanzielle Wertschöpfung sehr unterschiedlich sein kann, weswegen viele Landwirte oft die Vermarktung und die Verarbeitung mit in den Betrieb hinzugenommen haben.

Mit dem Schritt hin zum Netzwerk kann der oben beschriebene Effekt der Arbeitsüberlastung aufgrund multipler fachlicher Beanspruchung vermieden werden. Finanzielle Gewinne und Verluste sollten über die ganze Wertschöpfungskette verteilt werden können

und nicht zu Lasten einer Stufe verbucht werden müssen. Es sollte also ein Korrektiv neben der üblichen und oft wenig erquicklichen Produktpreisdiskussion etabliert werden. »Lasst die Händler, Banken und Dienstleister doch ihre Gewinne an der Landwirtschaft machen, aber beteiligt sie auch an den Verlusten der Landwirtschaft«, so könnte die Devise des Netzwerkes lauten.

Mit der Umsetzung des Konzeptes ist der Ausdehnung des Wertschöpfungsnetzwerks fachlich, personell und betrieblich keine Grenze mehr gesetzt. Die Eingliederung von Wertschöpfungsstufen kann je nach Region rasch erfolgen. Vieles ist zusammen denkbar, was zuvor isoliert voneinander existierte. Landwirte, Verarbeiter, Dienstleister und Händler werden zu Partnern unter einem Dach, handelsrechtlich wird die Konstruktion als Holding bezeichnet.

Kapitalbeschaffung

Um ein Unternehmen gleich welcher Art aufbauen zu können, braucht man Finanzkapital. Manche Branchen der Wertschöpfungskette brauchen mehr, andere weniger. Die Landwirtschaft braucht im Verhältnis zu ihrer Rentabilität viel Geld, die Dienstleistung eher wenig. Die Kapitalvergabe durch Banken ist in der Landwirtschaft zögerlich geworden, aus dem einfachen Grund, weil es nicht sicher ist, ob ein Betrieb über lange Sicht

Gemüsebauer sucht Hofnachfolger –

Beispiel Hofnachfolge

Ein Gemüsebauer in der Region sucht einen Betriebsnachfolger. Er findet zwar einen, dieser kann aber den Kapitalbedarf für die Betriebsgründung und Übernahme nicht aufbringen. Seine Eltern würden zwar mitfinanzieren, aber es reicht nicht. Andere Lösungen wie die schrittweise Ablösung über viele Jahre würden den Existenzgründer in den ersten Jahren zuviel Liquidität kosten. Banken winken ab, denn erstens fehlen Sicherheiten und zweitens Geschäftsabschlüsse, die nachweisen, dass der Betrieb den Kapitaldienst tragen kann. Öffentliche Förderung? Fehlanzeige. Vielleicht ein Junglandwirtezuschuss über 15.000 Euro, aber nur für Neuinvestitionen. Verbilligte Darlehen? Ja, die gibt es, aber ebenfalls nur für Neuinvestitionen. Ein Existenzgründer braucht aber Kapital. Die Lösung: Der junge Gemüsebauer gründet eine KG, die Eltern und die Regionalwert AG werden Kommanditisten und statten den Existenzgründer mit genügend Eigenkapital aus, dass er seinen Betrieb beginnen kann.

Der kleine Bioladen muss mithalten –

Beispiel Betriebsvergrößerung

Eine Bioladnerin will ihr Geschäft vergrößern. Der Schritt ist notwendig, weil kleine Naturkostfachgeschäfte so gut wie keine Chancen mehr haben, neben den größeren Fachgeschäften oder gar Discounter zu bestehen. Das Geschäft

ist hart umkämpft, die Banken verlangen eine hohe Eigenkapitalquote als Sicherheit für die Kredite. Die Geschäftsvergrößerung kann nicht finanziert werden, trotz guter Aussichten, dass der neue Bioladen bestehen kann. Die Lösung: Die Einrichtung wird von der Regionalwert AG bzw. ihrer Tochter, der Regionalwert Immobilien UG&Co.KG, finanziert und an die Betreibergesellschaft vermietet. An der Betreibergesellschaft selbst, einer GmbH, beteiligt sich die Regionalwert AG auch noch. Der neue Bioladen, jetzt mit dem Namen Regionalwert Biomarkt, kann auf diese Weise ohne weiteres Fremdkapital finanziert werden.

Bauer sucht Bank – Beispiel Existenzgründung

Ein junger Obstbauer, der selber keinen Hof geerbt hat, sucht und findet einen Betrieb, den er gerne bewirtschaften würde. Er pachtet ihn und beginnt mit dem zusammengeparten Eigenkapital den Betrieb. Er beantragt die Umstellung auf ökologischen Obstbau, darf aber im ersten Jahr die Erzeugnisse noch nicht in den Biomarkt geben. Die Preise für konventionelles Obst sind schlecht, die Kosten für die Bewirtschaftung höher. Nach fünf Monaten geht ihm das Geld aus, er geht zur Bank: Fehlanzeige, weil er keine Jahresabschlüsse und keine Sicherheiten vorweisen kann. Er kommt zur Regionalwert AG, sie gibt ihm zwei stille Beteiligungen, die nur im Gewinnfall verzinst werden. Der Betrieb floriert, im zweiten Jahr darf er die Produkte als Um- ►

(viele Darlehen laufen bis zu 20 Jahre) in der Lage sein wird, den Kapitaldienst zu leisten. Bei der Kreditvergabe gehen die Banken meistens nicht von spezifischen Parametern wie den regionalen Besonderheiten oder dem ökologischen Anbau aus, sondern von rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Jede Risikobetrachtung wird nur im Hinblick auf die finanzielle Rentabilität der Betriebe gemacht. Soziale und ökologische Kriterien an sich spielen keine Rolle. Finanziert wird, was *sich rechnet*. Im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung ist es aber unerlässlich, dass auch Wirtschaftsbereiche finanziert werden, die sich im Augenblick nach betriebswirtschaftlichen Kriterien (noch) *nicht rechnen*. Aber wie könnte das gehen? Will doch kein Geldgeber sein Geld verlieren oder dauerhaft minimieren.

Eine Möglichkeit bietet auch hier das Wertschöpfungsnetzwerk. Werden verschiedene Wertschöpfungsstufen als zusammengehöriges Wirtschaftsgebilde konstruiert und alle im Netzwerk übernehmen die Risiken von einzelnen Betrieben mit, dann kann auch ein zunächst finanziell unrentables Unternehmen finanziert werden. Natürlich ist es notwendig, dass in diesem Fall darauf geachtet wird, dass eine finanzielle Rentabilität angestrebt wird, aber in manchen Gebieten sind solche Rentabilitätsziele – zumindest kurzfristig – schwer zu

stellungsware verkaufen, kann gleich auf das Netzwerk der Regionalwert AG zurückgreifen und hat Abnehmer. Er könnte mehr verkaufen als er hat, die Preise sind gut. Das zweite Geschäftsjahr wird bereits mit Gewinn abgeschlossen. Im nächsten Schritt gründen er und die Regionalwert AG gemeinsam eine KG und finanzieren den Betrieb über Kommanditanteile weiter hoch. Der junge Betriebsleiter kann auf diese Weise massiv in junge Obstanlagen investieren, ohne sich verschulden zu müssen. Die Verzinsung der Gesellschafteranteile ist vom Geschäftsergebnis abhängig: macht er Gewinn, erhält die Regionalwert AG ihren Anteil gemessen an der Höhe des Gesellschafteranteils, der Betriebsleiter ist Komplementär und erhält ebenfalls Gewinnanteile – genauso bei Verlusten.

Neue Investitionen sind nötig –

Beispiel Betriebserweiterung

Ein junges Unternehmerpaar, frisch von der Universität, gründet einen Gemüse- und Obstverarbeitungsbetrieb. Nach den ersten drei Jahren, die gezeigt haben, dass der Betrieb funktionieren kann und die Produkte gefragt sind, müssen sie in neue Technik und größere Räume investieren. Sie entscheiden sich nach Südbaden ins Netzwerk der Regionalwert AG umzuziehen, die Regionalwert AG kauft eine Immobilie und vermietet sie langfristig an die Unternehmer.

erreichen. Dennoch muss immer wieder genau geprüft werden, ob die finanzielle Unterrentabilität wirklich an den gegebenen Rahmenbedingungen liegt – oder unter Umständen nicht auch an der mangelnden Eignung der Betriebsleiter.

Bürgerbeteiligung

Ein weiterer wesentlicher Gesichtspunkt bei der Erstellung der Konzeption war die notwendige und sinnvolle Einbindung der Bürgerschaft in die Zukunft der Landwirtschaft in der jeweiligen Region. Aus der Tatsache, dass Landwirtschaft mehr leistet als die bloße Nahrungsmittelproduktion, indem sie den Lebensraum gestaltet und viele Gemeingüter mehr oder weniger beeinträchtigt, ist es auch nachvollziehbar, dass die Betroffenen (heute bezeichnet man sie als »Stakeholder«) in die langfristige Regionalentwicklung mit einbezogen werden. Ein schwieriges Unterfangen, wenn man bedenkt, dass große Gruppen effektiv zusammenarbeiten sollen, um etwas Produktives hervorzubringen.

Sozial-ökologische Berichterstattung

Im Laufe der praktischen Arbeit in der ökologischen Landwirtschaft hat sich uns gezeigt, dass nach den bisherigen betriebs- und finanzwirtschaftlichen Rechenmodellen die sozial-ökologisch ausgerichteten Betriebsführungen immer einen finanziellen Nachteil haben. Sie enthalten Kosten für die vielfältige Landschaftsgestaltung, für die Erhaltung der Biodiversität, für den Bodenaufbau und nehmen oft noch einen Minderertrag pro angebaute Hektar in Kauf. Die sozial-ökologische Wertschöpfung kommt auf der Ertragsseite der Buchhaltung so gut wie nicht vor. Dies sollte geändert werden, in dem den zukünftigen Kapitalgebern die sozial-ökologische Wertschöpfung der Landwirtschaft jährlich offengelegt wird.

Das neue Wertschöpfungsnetzwerk

Nach dreijähriger Konzeptarbeit wurde die Regionalwert AG Bürgeraktiengesellschaft in der Region Freiburg im September 2006 gegründet. Zuvor waren alle möglichen Gesellschaftsformen auf ihre Tauglichkeit für die erläuterten Ziele geprüft und vor allem die – vorzugsweise in der ökologischen Landwirtschaft – existierenden Modelle auf Vor- und Nachteile untersucht worden. Die Entscheidung für die Aktiengesellschaft fiel aufgrund ihrer klaren inneren Struktur und ihres Potenzials für die Kapitalbeschaffung. Sie ermöglicht, eine große Zahl von Beteiligten einzubinden. Das notwendige Gründungskapital ergab sich aus dem Betriebsvermögen von uns. Beim Gründungsvorgang wurde von den Gründern der sechsköpfige Aufsichtsrat benannt und der geschäftsführende Vorstand eingesetzt.

Kapitalerhöhungen und Investitionen

Um die Ziele der Regionalwert AG erfüllen zu können, braucht es weiteres Kapital. Durch Ausgabe von neuen Aktien, die bei der Regionalwert AG 500 Euro pro Stück kosten, wurde in den vergangenen vier Jahren das Stammkapital schrittweise von ursprünglich 385.000 Euro auf mittlerweile knapp zwei Millionen Euro erhöht. 3932 Regionalwert-Aktien sind ausgegeben, 480 Aktionäre teilen sich das Stammkapital mit unterschiedlichen Quoten. Keiner der Aktionäre besitzt im Moment mehr als sieben Prozent der Aktien.

Das Geld wurde in Betriebe der ökologischen Land- und Regionalwirtschaft investiert. Das Organigramm in Abbildung 1 zeigt den Status quo des Netzwerkes. Das Schaubild zeigt auch die Investmentstrategie: In alle vier Kategorien der Wertschöpfungskette (Dienstleistung, Landwirtschaft, Verarbeitung und Vermarktung) wird investiert. Es ist dabei sorgfältig abzuwägen, wo hinein jeweils investiert wird. Teilweise sind es Betriebsvergrößerungen, in einigen Fällen aber auch Existenzgründungen. Dabei sind bisher bereits vier Betriebe entstanden, die auf dem gewöhnlichen Kapitalmarkt kein Kapital erhalten hätten. Oft ist es das Problem von notwendigen Sicherheiten oder von fehlenden bisherigen Geschäftsabschlüssen. Die Regionalwert AG geht in diesen Fällen mit den jungen Unternehmern eine Gesellschaft wie die KG oder die GmbH ein und bringt über diesen Weg Eigenkapital in die Betriebe ein. In der Regel sind die Beteiligungen gewinn- und verlustbeteiligt.

Sozial-ökologische Berichterstattung

Die heutige Wirtschaft zeichnet sich dadurch aus, dass bestimmte Kosten externalisiert, das heißt entweder der Allgemeinheit oder zukünftigen Generationen aufgeladen werden. Von Beginn an haben wir uns das ehrgeizige Ziel gesetzt, der sozial-ökologischen Wertschöpfung der Landwirtschaft einen Wert zu geben, indem den Aktionären sozusagen die »Rückseite« des finanziellen Geschäftsergebnisses offengelegt wird. Dazu braucht man sogenannte Indikatoren für die soziale und ökologische Wertschöpfung. Wir haben in einem Forschungsprojekt 64 einzelne Handlungsfelder herausgearbeitet, die tagtäglich durch das Wirtschaften beeinträchtigt werden, aber von der kurzfristigen Erfolgsrechnung, wie sie die normale Buchführung hervorbringt, nicht beziffert werden. Oft sind es qualitative Parameter, die nicht so einfach in Geld ausgedrückt werden können. Dennoch müssen die Leistungen sichtbar gemacht werden, aber wie?

Wir haben dazu 64 Indikatoren entwickelt, mit denen man die sozial-ökologischen Leistungen auf jedem unserer Betriebe jedes Jahr erheben und damit nachvollziehbar machen kann. Sie benennen Faktoren aus den dreizehn Feldern, die darüber entscheiden, ob der Betrieb nachhaltig wirtschaftet oder nicht. So-

wohl soziale Gesichtspunkte wie auch ökologische und regionalwirtschaftliche werden erfasst. Im Einzelnen sind es:

- Beschäftigungsstruktur
- Entlohnung
- Mitarbeiterfluktuation
- Qualität der Arbeitsplätze
- Bodenfruchtbarkeit (Landwirtschaft)
- Ressourcenverbrauch
- Biodiversität
- Anwendung der EG-Bio-Verordnung
- Anteil der Öko-Fläche im Netzwerk
- Wertschöpfungsverteilung
- Wertschöpfung in der Region
- Engagement in der Region
- Dialog in der Wertschöpfungskette

Folgerungen & Forderungen

- Die Regionalwert AG greift zentrale Probleme der ökologischen Land- und Regionalwirtschaft (wie etwa Fragen der Hofnachfolge, der Spezialisierung oder der Kapitalbeschaffung) auf und entwickelt durch den Aufbau eines Wertschöpfungsnetzwerks einen eigenständigen Ansatz für deren Lösung.
- Das Netzwerk der verschiedenen Partnerunternehmer basiert *ideell* auf der gegenseitigen Wertschätzung des jeweils spezifischen Beitrags, den die Betriebe leisten, damit die ökologisch erzeugten Lebensmittel den Weg vom Acker auf die Teller der Verbraucher finden.
- Das Netzwerk fungiert auch *finanziell* als Solidargemeinschaft, die – weitgehend bankenunabhängig – ökonomisch langfristig tragfähige betriebliche Initiativen ermöglicht.
- Die Regionalwert AG beteiligt die Menschen in der Region an den Wertschöpfungsketten einer ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft »vor Ort« – sei es als Aktionäre, sei es als Verbraucherinnen und Verbraucher regionaler Produkte.
- Die Regionalwert AG betritt Neuland bei der regionalen Bindung von Kapitaleinsatz und eröffnet auch für andere Regionen eine Perspektive für die Entwicklung des ökologischen Landbaus und des ländlichen Raumes.
- Mit einer konsequenten sozial-ökologischen Berichterstattung macht sie die vielfältigen, jedoch kaum monetarisierbaren ökologischen wie sozialen Leistungen der ökologischen Landwirtschaft und der ihr nachgelagerten Bereiche sichtbar.
- Vergleichbare Nachhaltigkeitsbilanzen sollten in Zukunft zu einem verbindlichen Teil der Bilanzierungsvorgaben für Aktiengesellschaften (und andere Unternehmensformen) werden.

Alle Felder werden noch einmal unterteilt in Einzelindikatoren. Werden diese sorgfältig erhoben, dann erhält man die Wertschöpfung aus den Geschäftsjahren jenseits der finanziellen Ergebnisse. Diese Faktoren entscheiden neben den finanziellen Geschäftszahlen, ob der Betrieb *nachhaltig* wirtschaftet.

Übertragung in andere Regionen

Das Interesse an dem Konzept ist groß. Aus anderen Regionen kommen viele Anfragen, ob die Regionalwert AG auch dort finanzieren kann. Da wir nur im Südbadischen investieren, müssen wir die Anfragenden oft enttäuschen. Da bleibt nur, selber vor Ort eine Regionalwert AG zu gründen. Auch dazu gibt es viele Anfragen und wenn es wie geplant läuft, werden auch bald in anderen Regionen weitere Bürgeraktiengesellschaften gegründet werden. Zunächst ist bei vielen Akteuren die Begeisterung groß, nach einer gewissen Zeit stellt sich regelmäßig Ernüchterung ein, weil eine Regionalwert AG nicht so einfach »aus dem Boden zu stampfen« ist; es braucht viel Kenntnis in Kapital- und Finanzwirtschaft und die muss dann noch in den Zusammenhang mit ökologischer Landwirtschaft gebracht werden. Mittlerweile wurde von uns eine Regionalwert Treuhand Gesellschaft gegründet, die die Akteure in anderen Regionen berät und die Lizenz für die Marke vergibt. Nach der Gründung werden die neuen Regionalwert AGs aus den anderen Regionen Gesellschafter an dieser Dachgesellschaft und werden so in die Weiterentwicklung des Konzepts direkt eingebunden.

Resümee und Ausblick

Wir werden oft gefragt, ob wir den Schritt wieder machen und den Betrieb in eine Regionalwert AG einbringen würden. Dazu können wir nur »Ja« sagen, denn vieles von dem, was wir erhofft hatten, wurde schon erreicht.

- Die Söhne sind frei von der Last, den elterlichen Betrieb übernehmen zu müssen; sie haben weiterhin die Möglichkeit, einen landwirtschaftlichen Beruf zu ergreifen und einen Betrieb zu bewirtschaften, dies aber aus freier Entscheidung. Und trotzdem hat unser ehemaliger Betrieb Perspektive. Er ist jetzt im Besitz der Regionalwert AG, das heißt von vielen

Bürgern in der Region und wird von Nachfolgern bewirtschaftet.

- Das Netzwerk wächst ständig und wir konnten bereits einige Existenzgründungen auf den Weg bringen und jungen, engagierten Unternehmern helfen, ihre Betriebe zu finanzieren. Es stellen sich die erhofften Synergieeffekte zwischen den Betrieben durch ihre Zusammenarbeit ein, die Betriebe können effizienter geführt werden.
- Die Nachfrage nach Aktien ist groß. Es zeigt sich in Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrisen, dass immer mehr Menschen nach Möglichkeiten suchen, ihr Geld – statt in anonyme, global gehandelte Finanzprodukte – lieber »vor der Haustür« in regionale und sinnvolle Projekte zu investieren.
- Natürlich gibt es auch Nachteile und Hindernisse. So ist das Aktienrecht sehr anspruchsvoll und die Aktiengesellschaft nur mit viel Kenntnis und Beratung zu führen. Aber die Entscheidung, den ganzen Bereich der Finanzierung und der Kapitalwirtschaft für die kleinen Betriebe in der Region zu bündeln und professionell zu führen, war richtig. Den kleinen Betrieben hilft auch, dass wir einen Regionalwert-Dienstleistungsgesellschaft gegründet haben, die die Betriebe bei der Buchhaltung, dem Controlling und den Fördermodalitäten hilft bzw. diese Aufgaben für sie übernimmt.

Die Regionalwert AG wird wachsen, in der Region Freiburg wie auch darüber hinaus. Denn ihre Gründung ist auf fruchtbaren Boden gefallen, weil neue Konzepte gebraucht werden, um dem Trend zu großen Betrieben, Hofaufgaben, Globalisierung und dem Ausverkauf der regionalen Strukturen etwas entgegenzusetzen. Die Regionalwert AG Bürgeraktiengesellschaft ist dazu nur ein Modell, aber sicher eines, das sehr konsequent die Herausforderungen angeht.



Christian Hiß

Gärtnermeister mit Masterabschluss für Social Banking (MASB), Gründer und Vorstand der Regionalwert AG, seit 2010 Ashoka Fellow

Hauptstraße 140, 79356 Eichstetten

E-Mail: hiss@regionalwert-ag.de

www.regionalwert-ag.de

Mehr Transparenz

Neue Studie analysiert Situation und Marktvolumen des Naturkostfachhandels in Deutschland

von Heike Kuhnert, Sabine Pläßmann-Weidauer, Meike Janssen, Ulrich Hamm, Sabine Kauffmann, Klaus Braun, Elke Röder, Hans-Josef Brzukalla und Markus Rippin

Der auf den Verkauf von Bio-Lebensmitteln spezialisierte Naturkostfachhandel hat in Deutschland eine lange Tradition. Mit knapp 1,8 Milliarden Euro Gesamtumsatz hat er den Weg aus der Nische geschafft. Dennoch mangelte es lange Zeit an zuverlässigen Informationen über die Marktdaten des Naturkosteinzel- und -großhandels. Wie strukturiert sich der Naturkostfachhandel in Deutschland und wie groß ist dieses Marktsegment? Dies sind die zentralen Fragen eines zweijährigen Projektes, das vom Bundesverband Naturkost Naturwaren Herstellung und Handel e.V. initiiert wurde und dessen Ergebnisse nun vorliegen und in dem folgenden Beitrag dargestellt werden.

In Deutschland existieren insgesamt 2 346 Naturkostfachgeschäfte (Stand Oktober 2010). Das ergaben Erhebungen des Projektes »Marktdaten Naturkostfachhandel«, das vom Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) Herstellung und Handel zusammen mit den Partnern AgroMilagro research, bio verlag, Kommunikationsberatung Klaus Braun, Land und Markt sowie der Universität Kassel-Witzenhausen durchgeführt wurde.¹ Gezählt wurden alle Geschäfte, die in ihrem Sortiment mindestens 95 Prozent Bio-Lebensmittel führen, ein Vollsortiment anbieten und stationäre Verkaufsstellen sind. Hofläden mussten darüber hinaus Bio-Lebensmittel im Wert von mindestens 50.000 Euro jährlich zukaufen, um als Naturkostfachgeschäfte zu gelten.

Die Analyse der Geschäfte nach der Verkaufsfläche zeigt, dass über die Hälfte weniger als 100 Quadratmeter Verkaufsfläche besitzt. Diese Läden werden als kleinflächige Naturkostfachgeschäfte klassifiziert, während Geschäfte zwischen 100 und 399 Quadratmeter als mittelgroße Naturkostfachgeschäfte gelten. Auf diesen Ladentyp entfallen knapp 37 Prozent der identifizierten Geschäfte. Läden ab 400 Quadratmeter Verkaufsfläche werden dem Ladentyp großflächiges Naturkostfachgeschäft zugeordnet, sie nehmen einen Anteil von 13 Prozent aller Läden ein. Auf die Verwendung der Begriffe »Bio-Laden«, »Bio-Supermarkt« etc. wird hier bewusst verzichtet, da es für sie keine trennscharfe und einheitliche Abgrenzung gibt.

Die marktmäßig hohe Relevanz der vergleichsweise jungen großflächigen Naturkostfachgeschäfte macht deren Anteil an der insgesamt ermittelten Verkaufsfläche des deutschen Naturkostfachhandels deutlich: Von den annähernd 387 000 Quadratmeter Verkaufsfläche entfallen nahezu 45 Prozent auf diesen Ladentyp, während die anzahlmäßig dominierenden kleinflächigen Naturkostfachgeschäfte einen Anteil von knapp 18 Prozent einnehmen. Aufgrund der Expansion von Filialisten wie beispielsweise Alnatura oder denn's dürfte die relative Bedeutung großflächiger Verkaufsstellen weiter zunehmen.

Regional unterschiedliche Fachhandelsdichte

Die Dichte der Verkaufsstellen variiert innerhalb des Bundesgebietes. Die höchste Fachhandelsdichte – gemessen in Quadratmeter je 1 000 Einwohner – weisen Bayern und Baden-Württemberg auf, die östlichen Bundesländer, mit Ausnahme von Berlin, bilden das Schlusslicht (Abb. 1).

Aus der Grundgesamtheit der bundesweit 2 346 Naturkostfachgeschäfte wurde eine repräsentative Stichprobe von 319 Geschäften in fünf Regionen gezogen. Von 306 kontaktierten Naturkostfachgeschäften nahmen insgesamt 254 Geschäfte an der Befragung teil, was einer Antwortquote von 83 Prozent entspricht. Die Geschäfte wurden im Zeitraum Dezember 2010 bis Juni

2011 in Face-to-Face-Interviews unter anderem zu den Parametern Umsatz, Verkaufsfläche und Bezugsquellen befragt.

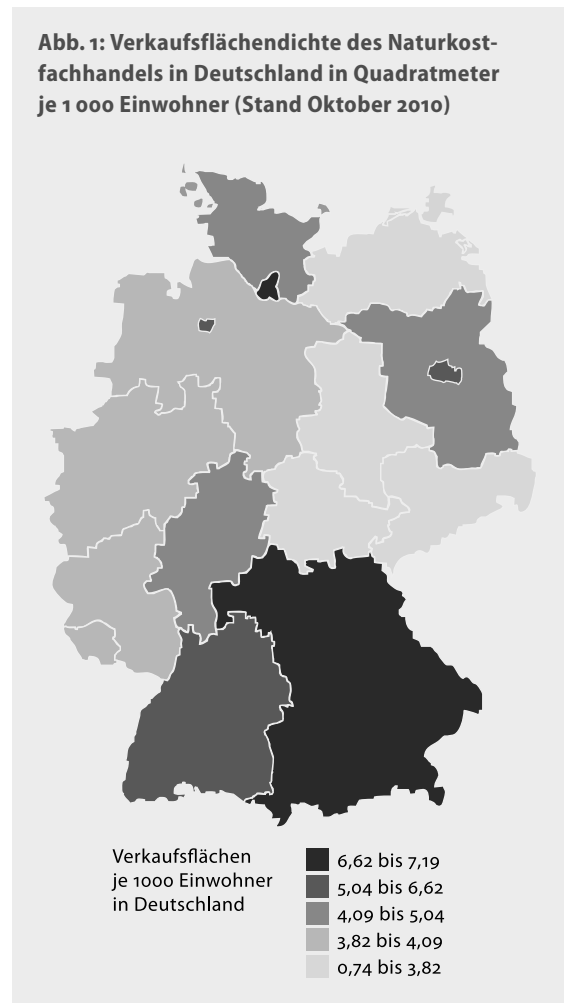
Knapp die Hälfte (48 Prozent) aller befragten Naturkostfachgeschäfte waren kleinflächige Geschäfte mit einer Verkaufsfläche von weniger als 100 Quadratmeter. 35 Prozent entfielen auf die Kategorie mittelgroße Naturkostfachgeschäfte (100 bis 399 Quadratmeter) und nahezu 17 Prozent auf die Kategorie großflächige Naturkostfachgeschäfte mit einer Verkaufsfläche von mindestens 400 Quadratmeter. Die Grundgesamtheit wird insgesamt sehr gut durch die Stichprobe repräsentiert. Großflächige Geschäfte sind geringfügig über- und kleinflächige geringfügig unterrepräsentiert.

Die Struktur in den fünf untersuchten Regionen wies dabei teilweise große Unterschiede auf: Während in der Region Ost kleinflächige Naturkostfachgeschäfte mit einem Anteil von 86 Prozent klar dominierten, waren großflächige Naturkostfachgeschäfte in Berlin und der Region Süd-West bereits mit einem Anteil von 26 bzw. 23 Prozent vertreten.

Insgesamt handelte es sich bei einem Viertel aller befragten Naturkostfachgeschäfte um Filialgeschäfte. Differenziert man nach Größe der Verkaufsfläche, so werden deutliche Unterschiede sichtbar: Während rund 86 Prozent der großflächigen Naturkostfachgeschäfte als Filiale geführt wurden, traf dies nur auf einen verschwindend geringen Anteil der kleinflächigen Geschäfte zu (weniger als drei Prozent). Bei den mittelgroßen Naturkostfachgeschäften waren knapp 30 Prozent filialisiert.

Mehr Fläche – mehr Umsatz

Der Nettoumsatz für das Jahr 2009² lag bei den befragten Naturkostfachgeschäften im Durchschnitt bei knapp 730.000 Euro. Bei dieser Angabe muss jedoch beachtet werden, dass die Spanne zwischen dem niedrigsten und

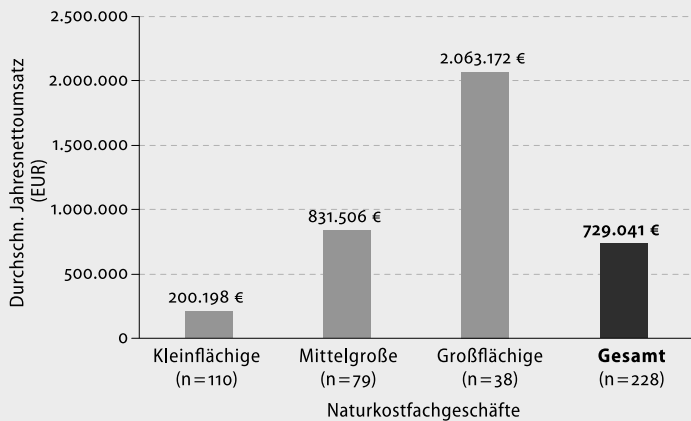


höchsten Wert fast 4,2 Millionen Euro betrug. Knapp ein Viertel aller Geschäfte kam auf einen Jahresnettoumsatz von über einer Million Euro (Tab. 1). Die Hälfte der Läden erzielte jedoch einen Nettoumsatz von weniger als 325.000 Euro pro Jahr. Bei insgesamt 13 Prozent der Läden lag der Jahresnettoumsatz bei unter 100.000 Euro.

Grundsätzlich galt bei den befragten Naturkostfachgeschäften: Je größer die Verkaufsfläche eines Ladens, desto höher war der erzielte Nettoumsatz (hochsignifikanter Pearson-Korrelationskoeffizient von 0,74). So betrug der durchschnittliche Nettoumsatz bei kleinflächigen Geschäften rund 200.000 Euro, bei mittelgroßen Geschäften 830.000 Euro und bei großflächigen Geschäften rund zwei Millionen Euro pro Jahr (Abb. 2). Diesen Zusammenhang verdeutlichen auch die folgenden Zahlen: Rund 81 Prozent der kleinflächigen Naturkostfachgeschäfte erzielten einen Nettoumsatz von unter 300.000 Euro, während die große Mehrheit (82 Prozent) der großflächigen Geschäfte einen Nettoumsatz von über einer Million Euro verbuchen konnte.

Tab. 1: Umsatz im Naturkosteinzelnhandel nach Klassen (n = 228)

Jährlicher Nettoumsatz nach Klassen	% der Geschäfte
< 100.000 €	13,2
100.000 bis 199.999 €	17,1
200.000 bis 299.999 €	16,7
300.000 bis 399.999 €	9,6
400.000 bis 499.999 €	8,3
500.000 bis 999.999 €	11,0
1.000.000 bis 1.999.999 €	12,7
2.000.000 bis 2.999.999 €	6,6
> 2.999.999 €	4,8

Abb. 2: Umsatz der Naturkostfachgeschäfte nach Ladentyp

Konzentrationsprozesse auf niedrigem Niveau

Beim insgesamt generierten Nettoumsatz aller befragter Geschäfte ist eine hohe Konzentration zu beobachten: Großflächige Naturkostfachgeschäfte, die knapp 17 Prozent aller Geschäfte ausmachten, erzielten zusammen fast die Hälfte (47 Prozent) des Gesamtumsatzes im Naturkosteinzelnhandel. Knapp 40 Prozent des Gesamtumsatzes wurde von mittelgroßen Naturkostfachgeschäften generiert, während die anteilmäßig dominierenden kleinflächigen Naturkostfachgeschäfte (48 Prozent aller Geschäfte) zusammen nur 13 Prozent des Gesamtumsatzes verbuchen konnten.

Der Konzentrationsprozess im Naturkosteinzelnhandel schreitet damit ebenso wie im gesamten Lebensmitteleinzelhandel voran, allerdings auf sehr viel niedrigerem Niveau. Im allgemeinen Lebensmitteleinzelhandel waren knapp vier Prozent aller Geschäfte (mit mehr als 2.500 Quadratmeter Verkaufsfläche) für 24 Prozent des Gesamtumsatzes verantwortlich, während die 44 Prozent kleinflächigen Geschäfte (unter 400 Quadratmeter) für nur noch sieben Prozent des Umsatzes im Lebensmitteleinzelhandel standen.³

Filialisierte Geschäfte mit höheren Umsätzen auf der Fläche

Über alle befragten Geschäfte hinweg betrug der Jahresumsatz *pro Quadratmeter* im Durchschnitt rund 3.800 Euro. Bei kleinen Geschäften fiel dieser Wert im Durchschnitt mit rund 3.600 Euro etwas niedriger aus, bei mittel- und großflächigen Geschäften mit rund 4.000 Euro etwas höher. Jedoch wich der Jahresumsatz pro Quadratmeter bei diesen Geschäften stark nach unten oder oben vom Durchschnittswert ab, so dass nicht von einem systematischen Zusammenhang

zwischen der Größe der Verkaufsfläche und dem Umsatz pro Quadratmeter ausgegangen werden kann. Ein signifikanter Unterschied ist jedoch zwischen filialisierten und nicht filialisierten Geschäften zu beobachten: Der Umsatz pro Quadratmeter fiel bei filialisierten Geschäften mit durchschnittlich 4.292 Euro signifikant höher aus als bei nicht filialisierten Geschäften mit einem durchschnittlichen Umsatz pro Quadratmeter von 3.602 Euro (T-Test zum Mittelwertvergleich, $p < 0,1$).

Vergleicht man den durchschnittlich pro Geschäft erzielten Jahresumsatz *nach Region*, so liegt Berlin mit einem Durchschnitts-

wert von rund 1,3 Millionen Euro Jahresumsatz pro Geschäft klar an der Spitze, gefolgt von den Regionen Süd-West und Süd-Ost mit rund 870.000 bzw. rund 740.000 Euro. Schlusslicht bildet die Region Ost mit einem durchschnittlichen Jahresumsatz von rund 221.000 Euro pro Geschäft. In Berlin fiel auch der Umsatz pro Quadratmeter überdurchschnittlich hoch aus, wohingegen der Umsatz pro Quadratmeter in den anderen Regionen nicht nennenswert vom Gesamtdurchschnitt abwich.

Frisch und vielfältig

Die befragten Naturkostfachgeschäfte generierten im Durchschnitt rund 87 Prozent ihres Nettoumsatzes im Jahr 2009 mit Bio-Lebensmitteln. Entsprechend entfielen auf den Non-Food-Bereich im Durchschnitt rund 13 Prozent des Umsatzes. Dabei gab es kaum Unterschiede zwischen klein-, mittel- und großflächigen Geschäften. Rund die Hälfte aller Befragten (54 Prozent) bezifferte den Anteil des Non-Food-Bereichs auf zehn Prozent oder niedriger. Nur bei elf Prozent der Geschäfte machte der Non-Food-Bereich mehr als 20 Prozent des Umsatzes aus.

Der Anteil des Frischesortiments am Umsatz mit Bio-Lebensmitteln betrug im Durchschnitt rund 56 Prozent. Das traf für klein-, mittel- und großflächige Geschäfte im Prinzip gleichermaßen zu. Spezialisierte Geschäfte mit einem sehr hohen Anteil des Frische- bzw. Trockensortiments waren jedoch erwartungsgemäß hauptsächlich unter den kleinflächigen Geschäften zu finden.

Interessante Ergebnisse lieferten die Angaben zur Diversifizierung der Geschäftsaktivitäten, also inwiefern neben dem eigentlichen Kerngeschäft des stationären Einzelhandels weitere Einnahmequellen mit Bio-

Lebensmitteln existierten. Knapp ein Drittel aller befragten Geschäfte betrieb auf ihrer Ladenfläche ein Bistro oder Café. Unter den großflächigen Geschäften betrug dieser Anteil sogar rund 45 Prozent. Ein Lieferservice wurde insgesamt von 49 Prozent der Geschäfte angeboten, hauptsächlich von kleinflächigen und mittelgroßen Geschäften. Ein Marktstand wurde nur von insgesamt rund acht Prozent der Geschäfte unterhalten, fast ausschließlich von kleinflächigen.

Insgesamt zeigte sich unter den Befragten ein positives Geschäftsklima im Naturkosteinzelnhandel: Rund 70 Prozent aller Geschäfte rechneten mit steigenden Umsätzen, nur drei Prozent gingen von sinkenden Umsätzen aus. Am positivsten schätzten die großflächigen Geschäfte ihre zukünftige Umsatzentwicklung ein.

Großhändler beliefern vor allem Facheinzelhandel

Auf der Großhandelsebene wurden im Frühjahr 2011 in einem ersten Schritt zunächst 131 im Sinne des Projektes relevante Unternehmen mit Großhandelsfunktion ermittelt. Kriterien für die Relevanz waren: Das Unternehmen beliefert Naturkosteinzelhändler, hat mehr als zehn Kunden, erreicht mit ihnen einen Umsatz von mindestens sechs Millionen Euro pro Jahr (500.000 Euro pro Monat) und ist nicht nur lokal tätig. In einem zweiten Schritt wurden die Unternehmen telefonisch kontaktiert, um die genannten Kriterien zu überprüfen. Letztlich konnten 41 Fragebögen ausgesandt werden, um detaillierte Informationen zu den Umsatzstrukturen der Unternehmen zu ermitteln.⁴ In die Auswertungen gingen die Angaben von 28 Unternehmen ein.

Die befragten Unternehmen haben 2009 in Deutschland zusammen einen Nettoumsatz von 1,17 Milliarden Euro realisiert, der 2010 auf 1,28 Milliarden Euro gewachsen ist (plus 9,4 Prozent). Über drei Viertel dieses Umsatzes entfallen auf Kunden aus dem Naturkost-einzelhandel (siehe Abbildung 3). Der Anteil der Kundengruppen Lebensmitteleinzelhandel, Großverbraucher und Reformwarenhandel beträgt jeweils weniger als fünf Prozent. Hinter dem Anteil von 13 Prozent »Sonstige« stehen vor allem die Umsätze der Kosmetikspezialisten mit Drogerien und Apotheken sowie die Direktgeschäfte mit anderen Großhändlern und Herstellern.

Bei den mit dem Naturkosteinzelnhandel erzielten Umsätzen entfällt deutlich mehr als die Hälfte auf das Frischesortiment, während die Sortimentsbereiche Trockenpro-

dukte 36 Prozent und Naturwaren neun Prozent des Gesamtumsatzes ausmachen.

Marktvolumen des Naturkostfachhandels

Neben der Beschreibung der Strukturen des Naturkostfachhandels war zentrales Ziel des Projektes, ein valides Verfahren zur Hochrechnung des Marktvolumens des Naturkostfachhandels zu erarbeiten. Der Verfahrensweg sollte möglichst einfach und nachvollziehbar gehalten werden und so wenig wie möglich Schätzungen enthalten. Basis für die Hochrechnungen bildeten die Daten zur Gesamtheit der Naturkostfachgeschäfte in Deutschland sowie die Ergebnisse der repräsentativen Face-to-Face-Befragung im Naturkosteinzelnhandel.

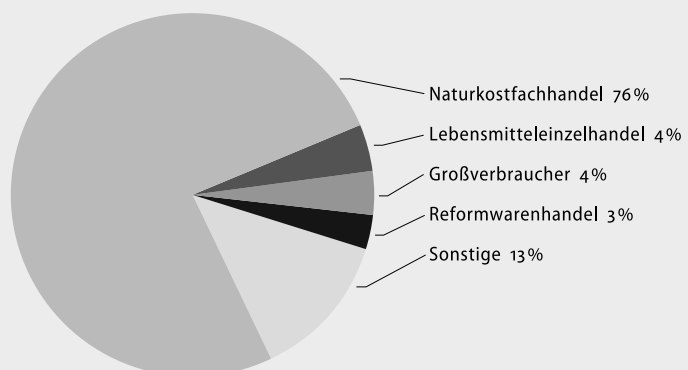
Sechs alternative Vorgehensweisen wurden entwickelt und auf ihre Stärken und Schwächen sowie das resultierende Ergebnis überprüft. In allen Verfahrensvarianten lag das Marktvolumen des Naturkostfachhandels zwischen 1,60 und 1,91 Milliarden Euro (Nettoumsatz), was generell für die Qualität der Datengrundlagen und die gewählten Methodiken spricht.

Als methodisch valide und für die Zukunft zu präferierende Variante wurde von Projektteam und begleitendem Beirat eine nach Verkaufsflächen geschichtete Hochrechnung ausgewählt. Das Ergebnis dieser Variante ergab einen Gesamtumsatz im Naturkostfachhandel von 1,77 Milliarden Euro im Jahr 2009. Davon entfielen rund 90 Prozent auf Lebensmittel und zehn Prozent auf so genannte Non-Food-Artikel.

Ausblick

Da sich der vergleichsweise junge Bio-Markt sehr rasch entwickelt, wird spätestens in fünf Jahren eine neue grundlegende Erhebung der Strukturdaten erforderlich

Abb. 3: Anteil der verschiedenen Kundengruppen am Jahresnettoumsatz der befragten Unternehmen mit Großhandelsfunktion (n = 28); bezogen auf das Jahr 2009



Folgerungen & Forderungen

- Die Ergebnisse der Marktanalyse des deutschen Naturkostfachhandels leisten einen wichtigen Beitrag zu mehr Transparenz in diesem traditionell sehr bedeutsamen Bio-Marktsegment.
- Erstmals konnte ein derart umfassendes Bild des Fachhandels gezeichnet und Methoden zur Hochrechnung seines Marktvolumens getestet werden. Damit wurde eine solide Basis für eine Fortschreibung der Strukturdaten dieser Branche geschaffen.
- Zwischen den im Bereich der Marktforschung tätigen Akteuren konnte ein Dialog aufgebaut werden und die Kommunikation von Branchendaten erfolgt nun abgestimmt.
- Das vorhandene Instrumentarium muss zukünftig weiter genutzt und entwickelt werden. Dies erfordert zum einen weiterhin die Bereitschaft des Naturkost-einzel- und -großhandels zur Datenlieferung. Zum anderen braucht es finanzielle Mittel, um die Marktforschung finanzieren zu können. Nach dem jetzigen Stand der Dinge wird die kurzfristige Fortschreibung der Daten voraussichtlich aus Eigenmitteln der Branche finanzierbar sein.
- Eine neue grundlegende Erhebung der Strukturdaten sollte im Sinne der Agrarpolitik sein und über Bundesmittel gefördert werden.

sein. Diese zu finanzieren sollte im Sinne der Agrarpolitik sein, denn eine umfangreiche neutrale Marktberichterstattung und -analyse dient der Markttransparenz für alle Wirtschaftsbeteiligten und ist gerade für kleine Pioniermärkte wie für den Öko-Markt sehr bedeutend. Markttransparenz ist schließlich eine unabdingbare Voraussetzung für einen funktionierenden Wettbewerb und diesen sicherzustellen ist Aufgabe des Staates. Ohne solche öffentlich zugänglichen Branchendaten würde sich eine Informationsasymmetrie zwischen den relativ kleinen Unternehmen in Naturkosthandel und -verarbeitung, die sich keine großen Marktforschungsabteilungen leisten können, und den sehr großen Unternehmen im allgemeinen Lebensmittelhandel und in der Lebensmittelindustrie ergeben, die einem fairen Wettbewerb nicht zuträglich ist.

Anmerkungen

- 1 Das Projekt wurde im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft gefördert (Kennziffer 08OE123).
- 2 Die dargestellten Daten zum Umsatz basieren auf den Angaben von 228 Naturkostfachgeschäften und beziehen sich größtenteils auf das Jahr 2009. In 17 Fällen wurde anstelle des Jahres 2009 das Jahr 2010 erfasst. Nur zehn Prozent aller 254

befragten Geschäfte waren nicht bereit, Angaben zum Umsatz zu machen.

- 3 EHI Retail Institute: Handel aktuell – Struktur, Kennzahlen und Profile des internationalen Handels – Schwerpunkt Deutschland, Österreich, Schweiz. EHI Retail Institute GmbH Köln 2009.
- 4 Der Großteil der Unternehmen fiel aufgrund der gesetzten sechs Millionen Euro Umsatzgrenze heraus. Bei einem weiteren nennenswerten Teil der Unternehmen stellte sich heraus, dass sie den Naturkosteinzelhandel nicht wie angenommen direkt beliefern.

Dr. Heike Kuhnert

Inhaberin des Unternehmens Land und Markt
Heckscherstraße 28, 20253 Hamburg
E-Mail: kuhnert@landundmarkt.de

Dr. Sabine Pläbmann-Weidauer und Meike Janssen

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen am
Fachgebiet Agrar- und Lebensmittelmarketing
Universität Kassel-Witzenhausen
Steinstraße 19, 37213 Witzenhausen
E-Mail: s.plassmann@uni-kassel.de
E-Mail: m.janssen@uni-kassel.de

Prof. Dr. Ulrich Hamm

Leiter des Fachgebietes Agrar- und
Lebensmittelmarketing
Universität Kassel-Witzenhausen
E-Mail: hamm@uni-kassel.de

Sabine Kauffmann

Geschäftsführerin der bio verlag gmbh
Magnolienweg 23, 63741 Aschaffenburg
E-Mail: sabine.kauffmann@bioverlag.de

Klaus Braun

Inhaber der Kommunikationsberatung
Klaus Braun
Gabelsbergerstraße 8, 67346 Speyer am Rhein
E-Mail: kb@braunklaus.de

Elke Röder

Geschäftsführerin des Bundesverband
Naturkost Naturwaren (BNN) Herstellung
und Handel e.V.
Albrechtstraße 22, 10117 Berlin
E-Mail: roeder@n-bnn.de

Hans-Josef Brzukalla

Freier Mitarbeiter beim Bundesverband
Naturkost Naturwaren (BNN) Herstellung
und Handel e.V.
E-Mail: h.j.brzukalla@gmx.de

Markus Rippin

Inhaber der AgroMilagro research
Auf der Tränke 17, 53332 Bornheim
E-Mail: markus.rippin@agromilagro.de

Rückblick 2011: **Witterung, Bodennutzung und Preise**

von Onno Poppinga

Witterung und Ernte

»Das war mal wieder richtig Winter« – früh setzte der Frost ein und er hielt lange aus. Dazu litt die Vegetation unter den wenigen Niederschlägen; nicht nur die Winterniederschläge, sondern auch die im Frühjahr brachten sehr wenig Wasser. Als dann noch im April eine lang anhaltende Trockenperiode mit tageweise sehr hohen Temperaturen einsetzte und erst Ende Mai endete, hatte das erhebliche Folgen für die Grünlandbestände sowie für die Kartoffeln- und die Möhrenaussaat. Für die Möhren fehlte in den für sie vorbereiteten Dämmen die Mindestfeuchte zur Keimung.

Auf leichten und humusarmen Böden kam es bei Wintergetreide und Raps zu Trockenschäden, die bis in die Ernte nachwirkten. Das Ergebnis war eine zum Teil extrem niedrige Wuchshöhe vieler Getreidebestände und sehr geringe Strohernte. Als dann Ende Mai bis Anfang Juni eine lang anhaltende Regenperiode einsetzte, »traf« sie als erstes die, die noch Heu machen. Wer die wenigen Zeitfenster, die eine Bodentrocknung erlaubten, nicht optimal nutzte, der musste lange, lange warten – sogar bis Ende August! – oder das »Heu in die Hecke fahren«. Die Frühjahrstrockenheit führte zu deutlich niedrigeren Erntemengen und so entstand so etwas wie eine Heuspekulation. Abenteuerliche Preise bis 25 Euro pro Dezitonne und mehr wurden verlangt – und vielfach auch bezahlt.

Während sich für Schnitt und Ernte der Grassilage immer noch ein Zeitfenster finden ließ, sah das bei der Getreideernte ganz anders aus. In vielen Regionen musste die Ernte »vom Feld gestohlen« werden. Viel, sehr viel Getreide musste getrocknet werden. Zwischen den Großwetterlagen traten ungewöhnlich starke Unterschiede auf. Vor allem die Regionen im östlichen Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, aber auch an der Nordseeküste hatten schon vom Spätherbst bis in den Winter 2010/11 starke Niederschläge erlebt, die zu hoher Bodenfeuchte führten. Gelegentlich konnte in diesen Regionen der Mais erst im Winter, nach Einsetzen des Frostes, geerntet werden – mit stark negativer Wirkung auf die Futterqualität. War im Westen, Süden und Südosten Deutschlands die Trockenheit ein Problem, so kam es in nordostdeutschen Gebieten immer wieder zu Starkregen.

Die extremen Wetterlagen im Jahr 2011 hatten weit über die Landwirtschaft hinausgehende Folgen. Ein Sandsturm führte Mitte April auf der Autobahn A19 bei Rostock zu einer Massenkarambolage mit acht Todesopfern. Daraufhin kam zu einer Kontroverse zwischen einem Um-

**Extreme Wetterlagen:
zwischen Trockenheit
und Starkregen**

weltverband und dem Bauernverband, welchen Anteil die Größe des neben der Autobahn gelegenen Kartoffelackers von 40 Hektar und die fehlenden Wald- bzw. Windschutzstreifen an der Katastrophe hatten. Am 10. und 11. September bewirkte dagegen Starkregen in Sachsen-Anhalt flächenhafte Erosionen von in Deutschland bisher kaum bekanntem Ausmaß. Mehrere Bundesstraßen und eine Autobahn mussten stundenlang gesperrt werden, weil sich fruchtbare Ackerböden in Schlammlawinen verwandelt hatten.

Der »Altweibersommer« von Mitte September bis Anfang Oktober erlaubte dann einen zügigen Herbstbestellung und sorgte zu Beginn der Zuckerrüben- und Silomaisernte für günstige Bedingungen. In den norddeutschen Nässegebieten musste dagegen manch ein Maishäcksler bzw. voller Erntewagen wieder freigeschleppt werden – überschwere Landmaschinen auf feuchten Böden!

Bodennutzung

Bei der Bodennutzung setzten sich die längerfristigen Trends weiter fort: die Konzentration auf wenige Nutzpflanzen! Im Einzelnen lässt sich aus dem Vergleich 2011 zu 2010^{1,2} ablesen:

- Der Anteil des Ackerlandes nahm mit plus 30 000 Hektar auf Kosten des Dauergrünlandes zu.
- Der Anbau von Getreide zur Körnergewinnung wurde um circa 100 000 Hektar reduziert. Während die Anbauflächen von Weizen und Körnermais praktisch unverändert blieben, nahm der Flächenumfang von Roggen um 60 000 Hektar und der von Gerste und Hafer um 40 000 Hektar ab.
- Der große Gewinner war – wie alle Jahre wieder – der Silomais: plus 200 000 Hektar! Dabei spielte der Anbau für die Verwertung in Biogasanlagen eine sehr große Rolle. Der Flächenumfang anderer Feldfutterpflanzen wie Leguminosen oder Feldgras blieb dagegen unverändert.
- Im Gegensatz zu vielen Prognosen bei der Zuckermarktreform nahm der Anbauumfang bei Zuckerrüben um immerhin 30 000 Hektar zu. Der Umfang des Feldgemüseanbaus blieb unverändert.
- Der Winterraps hatte einen Rückgang von fast 80 000 Hektar zu verzeichnen, behält aber unverändert seine sehr große Bedeutung mit 1,4 Millionen Hektar Anbaufläche.
- Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung (Erbsen, Ackerbohnen, Lupine) haben unverändert nur noch eine sehr geringe Bedeutung, auch wenn es einen leichten Anstieg des Anbaus von 80 000 auf 98 000 Hektar gab.
- Der Kartoffelanbau wurde zwar um zwei Prozent ausgedehnt auf 260 000 Hektar, verblieb aber auf seinem extrem niedrigen Niveau (1950 wurden noch mehr als 1 Millionen Hektar Kartoffeln angebaut). Die Ausdehnung entfiel nahezu vollständig auf die Sparte »Industriekartoffeln« (105 000 Hektar Speisekartoffeln, 154 000 Hektar Industriekartoffeln).

**Konzentration auf
Ackerbau und Silomais
bleibt bestehen**

Maiswurzelbohrer

Der seit Jahren steigende Umfang des Maisanbaus mit räumlichen Konzentrationen von örtlich bis zu 50 Prozent an der Ackerflächennutzung erweist sich als idealer Nährboden für den Maiswurzelbohrer. Dass nun nach dem Maiszünsler auch der Maiswurzelbohrer weitere Anbaugelände erobert, ist eine Folge der Konzentration und der Art seines Anbaus (Stoppelreste bleiben an der Oberfläche). Ursprünglich kam dieser Käfer nur in Nordamerika vor, gelangte dann aber durch Maislieferungen in der Zeit des NATO-Angriffs auf Jugoslawien nach Südosteuropa. Nachdem er in Deutschland seit einigen Jahren in Südbaden, dem Zentrum des Maisanbaus zur Vermehrung, im Bodenseekreis und in Bayern, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen auftrat, gab es 2011 erstmals auch ein Befallgebiet um Groß Gerau in Hessen. Der Maiswurzelbohrer ist »eigentlich« über eine weite Stellung des Mais in der Fruchtfolge einfach zu bekämpfen. Sein vermehrtes Auftreten belegt, dass es mit der »guten fachlichen Praxis« nicht zum Besten gestellt ist. Kamen als Pestizidanwendungen im Mais bislang nur Herbizide zum Einsatz, so wird neuerdings auch von der »Notwendigkeit« Fungizide einzusetzen berichtet. Früher Befall der Blätter durch Pilzsporen könne zu starken Ertragsseinbußen führen.

**Fungizide statt
Fruchtfolge**

Zustand der Böden

Der Zustand der Böden wurde anlässlich der Pflanzenbautagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) im Juni 2011 in Bernburg sehr kritisch bewertet. Professor Christen aus Halle wies auf die anhaltend hohen Verluste ackerbaulich nutzbarer Fläche durch Siedlungsbau und Verkehr hin. Deutlich sprach er in seinem Vortrag »Gewinnmaximierung auf dem Acker – Raubbau an der nachhaltigen Bodenfruchtbarkeit?« auch die Folgen der aktuellen Formen der Bodennutzung an: Erosion, starke Bodenverdichtung durch überschwere Landmaschinen, mangelnde Grunddüngung und Humusabbau. Besondere Probleme sah er auf leichten und mittleren Standorten bei ausschließlicher mineralischer Düngung, hohem Hackfruchtanteil und flächendeckendem Strohverkauf.

Der Boden verliert an Fruchtbarkeit

Um die Dynamik des Kohlenstoffhaushaltes von Ackerböden geht es auch in einer Studie des Forschungsverbundes CARBOEUROPE. In dieser wurden die CO₂-Flüsse zwischen Ökosystemen und Atmosphäre direkt gemessen. Bei allen neun in Europa untersuchten Standorten zeigte sich eine Humuszehrung von im Mittel 95 Gramm Kohlenstoff pro Quadratmeter und Jahr, was einen Verlust von fast einer Tonne Kohlenstoff pro Hektar bedeutet!³

Tierhaltung

Der Vergleich der Entwicklung der Tierzahlen und der tierhaltenden Betriebe für die letzten zwei Jahre (jeweils Mai 2009 zu Mai 2011) ergibt folgendes Bild:⁴

Rinderhaltung

Die Zahl der Milchkühe lag 2011 bei 4,2 Millionen und verminderte sich nur geringfügig um 0,1 Prozent. Die Zahl der Mutterkühe verminderte sich ebenfalls nur geringfügig um 1,1 Prozent. Differenziert nach den Bundesländern hatte Schleswig-Holstein etwas stärkere Rückgänge bei der Zahl der Milchkühe (1,6 Prozent), während die Zahl in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt leicht anstieg. Auch bei der Rindermast insgesamt gab es nur einen geringfügigen Rückgang (0,8 Prozent); eine stärkere Abnahme gab es nur bei den älteren Mastbullen (7,9 Prozent).

Während die Zahl der Rinder sich nur leicht verminderte, nahm die Zahl der Halter stärker ab (2,8 Prozent). Die Abnahme war am stärksten in Bremen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Die stärksten Rückgänge bei den Mutterkuhhaltern hatten Bremen (16,7 Prozent), das Saarland (5,2 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (4,5 Prozent).

Hohe Milchleistung auf Kosten der Tiergesundheit

Die Konzentration der Rinderbestände nimmt von Jahr zu Jahr zu. Von den 4,2 Millionen Kühen sind nur noch gut 700 000 in Herden kleiner als 30 Tiere, 1,5 Millionen standen dagegen in Beständen mit mehr als 100 Kühen.

Heftige Worte für den Zustand der Milchviehhaltung in Deutschland fand auf dem 4. NRW-Tierärztetag Professor Martens von der Universität Berlin. Es gebe eine gegenläufige Beziehung zwischen der Milchleistung und der Tiergesundheit. Während die Milchleistung im Laufe der Jahre gestiegen sei, habe sich die Laktationszahl halbiert und die Lebensleistung sei unverändert geblieben: »Warum züchten wir seit 50 Jahren, wenn sich am Ende nichts verändert hat?«⁵

Tatsächlich weist der neueste Bericht der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Rinderzüchter (ADR)⁶ ein durchschnittliches Alter der Kühe unter Milchleistungsprüfung auf nach wie vor extrem niedrigem Niveau nach (Tab. 1).

Im Gegensatz zu diesen »Haupt-Rassen«, denen weit über 90 Prozent aller Kühe angehören, hatten die selten gewordenen »alten« Rassen und Doppelnutzungsrasen im Jahr 2011 teilweise

Tab. 1: Durchschnittsalter der Kühe unter Milchleistungsprüfung⁷

	1993	1997	2003	2007	2011
Holstein-Sbt	5,1	4,9	4,8	4,6	4,6
Holstein-Rbt	5,0	4,9	4,9	4,8	4,8
Fleckvieh	5,1	4,8	4,8	4,7	4,7
Braunvieh	5,7	5,6	5,5	5,5	5,4

**Im Allgäu und
Ostfriesland werden
die Kühe älter**

ein sehr viel höheres Durchschnittsalter (Hinterwälder 6,7 Jahre; Vorderwälder 5,7 Jahre; Rotbunt-Doppelnutzung 5 Jahre). Bei den »Haupttrassen« ragen das Allgäu (Braunvieh) und Ostfriesland (Deutsche Holsteins des Zuchtverbandes Ostfriesischer Stammviehzüchter) als die zwei Regionen heraus, in denen noch Kühe mit einem höheren durchschnittlichen Lebensalter zu finden sind (5,4 Jahre bzw. 5 Jahre im Jahr 2010). In beiden Regionen haben der Weidegang und die Grünlandnutzung immer noch eine hervorragende Bedeutung.

Ein extrem hoher Anteil der Kühe tritt als Färse oder nach der zweiten Kalbung wegen Euterentzündungen, Erkrankungen der Gliedmaßen oder wegen Unfruchtbarkeit den Weg zum Schlachter an. Angesichts dessen ist die in landwirtschaftlichen Wochenblättern immer wieder beschworene Gleichsetzung von neuen und vergrößerten Stallanlagen mit verbesserten Lebensbedingungen für die Kühe⁸ nur eine Schönfärberei mit der Absicht, Fragen nach den vielfältigen(!) Ursachen für das katastrophal niedrige Durchschnittsalter der Kühe möglichst erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Schweinehaltung

Auch beim Schweinebestand gab es in Deutschland einen geringfügigen Rückgang um 0,7 Prozent auf 26,7 Millionen Tiere. Die stärksten Rückgänge gab es bei den Zuchtsauen (2,3 Prozent) und den Jungschweinen bis unter 50 Kilogramm Lebendgewicht. Beides dürften Anpassungsreaktionen der Betriebe mit Sauenhaltung an die deutlich gestiegenen Erzeugungskosten durch die hohen Getreide-, Soja- und Energiepreise und auf die starke Konkurrenz auf den Ferkelmärkten durch steigende Ferkelimporte aus Dänemark und den Niederlanden sein. Die Zahl der Betriebe mit Zuchtsauen nahm stärker ab als die der Mastbetriebe. Der Rückgang erfasste vor allem Betriebe mit kleinen Beständen. Innerhalb von nur sechs Monaten sank die Zahl der Bestände von bis zu 250 Schweinen um 8,9 Prozent! Der durchschnittliche Schweinebestand stieg – ebenfalls im Halbjahr bis zur letzten Zählung – von 818 auf 844 Schweine je Betrieb. 2 200 Betriebe halten mehr als 2 000 Schweine (5,3 Prozent Zunahme innerhalb eines halben Jahres).

**Hohe Belegdichte
und Zukauffutter
begünstigen
Salmonellen**

Eine neue Studie der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) bestätigte erneut den Zusammenhang zwischen Bestandsgröße und Salmonellenbefall. »Danach war die Wahrscheinlichkeit auf Salmonellen zu stoßen in Buchten von Betrieben mit 1000 und mehr Mastschweinen fünfmal so hoch wie auf Vergleichsbetrieben mit weniger als 100 Tieren.«⁹ Die höhere Belegungsdichte pro Bucht geht mit einem erhöhten Befall einher. Bei grobem, selbst gemahlenem Futter war der Salmonellenbefall geringer als bei zugekauftem Mischfutter. Die Tierärztliche Hochschule Hannover hatte schon vor Jahren festgestellt, dass grob gemahlenes Futter einhergeht mit geringerem Salmonellenbefall.¹⁰

Viehichte, Bodenpreise und Krankheitskeime

Wer mit offenen Augen durch die Landschaften fährt, kann es gar nicht übersehen: die Viehdichte in den nordwestdeutschen Regionen nimmt weiter zu (»Hinter jedem Busch steht ein neuer Stall«). Die Landwirtschaftszählung 2010¹¹ weist die höchste Viehdichte mit mehr als 1,0 Großvieheinheiten pro Hektar in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein aus, die niedrigste in den Neuen Bundesländern sowie in Rheinland-Pfalz und dem Saarland, in denen sie niedriger als 0,6 Großvieheinheiten pro Hektar ist. Die Tierhaltung in den Neuen Bundesländern ist in den Betrieben hoch konzentriert, bezüglich der Fläche aber liegt sie weit unter dem Bundesdurchschnitt. Zudem spielte die Viehdichte eine bedeutende Rolle im Zusammenhang mit zwei die agrarpolitische Diskussion im Jahr 2011 prägenden Themen: die Entwicklung der Bodenpreise und der erhöhte Krankheitsdruck in der Tierhaltung.

**Biogas
treibt Pachtpreise
nach oben**

Die regionalen Unterschiede zwischen Pacht- und Kaufpreisen sind deutlich und sie wachsen. Vermutet wird seit längerem, dass dafür dem Betrieb von Biogasanlagen eine wichtige Rolle zukomme. Die Pachtpreisentwicklung in Deutschland¹² bestätigt den bedeutenden Einfluss der Biogasanlagen. Sie zeigt auf, dass es zu einer »Explosion« der Pachtpreise gerade in den Regionen kommen kann, in denen neben einer hohen Viehdichte ein ohnehin schon »heißer« Pachtmarkt durch eine gleichzeitig hohe Biogasdichte besteht. In den ostdeutschen Bundesländern mit einer niedrigen Viehdichte haben die Biogasanlagen keinen solchen Einfluss. Hier können die flächenstarken Betriebe die Biogasanlagen im Wesentlichen ohne Zupacht »mit Futter« versorgen. Speziell für die sehr differenzierten Pachtpreisstrukturen in Niedersachsen

zeigte sich, dass gerade in den Veredelungsregionen die Pachtpreise signifikant stiegen. »Diese Differenzierung lässt sich zum Teil durch die für die Veredelungsregion spezifischen Agrarstrukturen erklären. So erklärten die befragten Landwirte der Region, dass sie teilweise die hohen Pachtpreise durch andere Betriebszweige, etwa die Schweinehaltung und Biogasproduktion, finanzieren.«¹³

Zunehmend werden weitere agrarindustrielle Stallanlagen auch außerhalb der bisherigen Schwerpunktregionen für die Veredlung geplant und errichtet, wie beispielsweise in der Region Celle, Uelzen und Gifhorn. Die regionale Ausdehnung trifft zum Teil auf heftige Proteste. Es gab vereinzelte Brandstiftungen bei fast fertiggestellten Geflügelmastställen. Regionale politische Institutionen und einzelne Landräte suchen Gegenmaßnahmen in unterschiedlichen Hebeln wie den Brandschutzbestimmungen und dem Baurecht und reagieren so auf die stark wachsende Ablehnung in der Bevölkerung. Eine erhebliche Bedeutung für diese wachsende Ablehnung agrarindustrieller Stallanlagen haben Untersuchungsergebnisse zu krankmachenden Keimen in der Stallabluft und bei Tierkontakten (vor allem MRSA = Methicillin-resistenter *Staphylococcus aureus*). Die Tagespresse und die landwirtschaftlichen Wochenblätter berichteten.^{14,15} Die MRSA sind Teil der sogenannten »Krankenhausflora«, die nicht mehr mit Antibiotika therapiert werden kann. Es wird vermutet, dass die starke Verbreitung der MRSA bei landwirtschaftlichen Nutztieren durch den starken Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung mit verursacht worden ist. Zwei Wege sind nachgewiesen: Übertragung von tierassoziierten MRSA auf den Menschen wie auch umgekehrt die Übertragung von Menschen auf die Tiere. Auch für die Entstehung von MRSA gilt der Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung als wichtiger Faktor. MRSA kommt vor allem bei denjenigen Nutztieren vor, die am stärksten und regelmäßigsten mit Antibiotika behandelt werden: Geflügel, Mastkälber und Schweine. Bei Rindern kommt MRSA vergleichsweise selten vor. In niederländischen Krankenhäusern werden landwirtschaftliche Tierhalter bei ihrer Einlieferung bereits generell als Risikopatienten behandelt und von anderen Patienten isoliert. Eine ähnlich hohe Belastung haben auch Tierärzte und Mitarbeiter von Schlachthöfen. MRSA scheint insbesondere in intensiven Mastanlagen sowie in Regionen mit hoher Viehdichte vorzukommen.¹⁷ Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) geht von einer doppelt so hohen Wahrscheinlichkeit einer MRSA-Kontamination in einem Betrieb mit 400 Mastplätzen als einem mit weniger als 100 Plätzen aus.¹⁷

Große Mastanlagen begünstigen resistente Keime

Betriebe und Arbeitskräfte

Am jahrzehntelangen Trend hat sich nichts geändert: Die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Menschen und die Zahl der Betriebe nimmt weiter ab:¹⁸

- Waren 1993 noch knapp 1,3 Millionen Familienarbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig, so waren es 2007 nur noch knapp 730 000, 2010 noch 570 000 – und 2011? Der Anteil der teilbeschäftigten Familienarbeitskräfte nahm deutlich stärker ab als die der vollbeschäftigten Arbeitskräfte.
- Im Gegensatz dazu blieb die Zahl der ständigen Lohnarbeitskräfte weitgehend unverändert (209 000 im Jahr 1993, 196 000 im Jahr 2010). Allerdings gab es eine deutliche interne Verschiebung: Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten verdoppelte sich. Am stärksten nahm die Zahl der »Nichtständigen« (= Saison-)Arbeitskräfte zu: von 98 000 im Jahr 1993 auf 334 000 im Jahr 2011! Die sogenannte »Flexibilisierung der Arbeit« hat die Landarbeiter offensichtlich voll erreicht.

Saisonarbeitskräfte nehmen zu – Mindestlöhne gefordert

Mindestlohn

Eine erhebliche Aufmerksamkeit erreichte der Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern Till Backhaus, als er im Zusammenhang mit der Debatte um den Bundesagrarbericht einen Mindestlohn für Landarbeiter von bis zu 15 Euro forderte. »Unsere Landwirte [in Mecklenburg-Vorpommern – OP] erhalten jährlich 470 Millionen Euro Beihilfen aus Steuergeldern. Da müssen sie ihren Mitarbeitern ausreichend Löhne zahlen.«¹⁹ Der Lohn für Landarbeiter ist in den Neuen Bundesländern mit 7,50 Euro pro Stunde um etwa zwei Euro niedriger als in den westdeutschen Bundesländern.

Entwicklung der Intensität der Produktion

Pflanzenschutzmittel

Über den Absatz von Pflanzenschutzmitteln informiert das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit gut ein halbes Jahr nach dem Ablauf des betrachteten Kalenderjahres. Die Angaben für 2010 stammen von Juli 2011.²⁰ Eine komplette Datenübersicht kann deshalb erst für 2010 gegeben werden (Tab. 2). Nach dem sehr deutlichen Rückgang der Wirkstoffmenge im Vorjahr um 4 800 Tonnen, der vermutlich zu einem großen Teil die Folge der sehr hohen Preise in den Jahren 2008 und 2009 war, stieg der Absatz 2010 um 2 000 Tonnen und übertraf damit wieder die »Schallmauer« von 40 000 Tonnen. Die Zunahmen gab es speziell bei den Herbiziden.

**Steigender
Herbizidabsatz**

Tab. 2: Inlandsabsatz an Wirkstoffen; Entwicklung seit 2001

Pflanzenschutzmittel wirkstoffe	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Herbizide	14 942	14 328	15 350	15 923	14 698	17 015	17 147	18 626	14 619	16 675
Fungizide	8 246	10 129	10 033	8 176	10 184	10 251	10 942	11 505	10 922	10 431
Insektizide und Akarizide	6 518	5 889	6 370	7 328	6 809	7 780	9 153	9 665	9 625	10 360
Ohne inerte Gase	740	742	779	1082	827	813	1092	909	1030	941
inerte Gase	5 778	5 147	5 591	6 246	5 982	6 967	8 061	8 756	8 595	9 419
Sonstige	3 957	4 332	4 002	3 704	3 803	3 740	3 502	3 624	3 591	3 378
Summe	33 663	34 678	35 755	35 131	35 494	39 786	40 744	43 420	38 757	40 844
Summe ohne inerte Gase	27 885	29 531	30 164	28 885	29 512	31 819	32 683	34 664	30 162	31 425

Mineraldünger

**Zunahme beim
Stickstoffdünger**

Die folgende Tabelle 3 zeigt sowohl die langfristige Entwicklung im Absatz der Mineraldünger als auch den letzten Zehnjahreszeitraum. Bei der »langen Reihe« springt die gewaltige Zunahme im Einsatzniveau bei Stickstoff ins Auge, die fast das Fünffache von 1949/50 bis in die Jahre

Tab. 3: Inlandsabsatz von Düngemitteln nach Nährstoffarten in Deutschland ²¹

Wirtschaftsjahr	Aufwand an Nährstoffen kg je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (einschließl. Brache)			
	N	P ₂ O ₅	K ₂ O	CaO
1949/50	25,1	21,4	45,5	59,3
1959/60	41,8	45,2	75,9	73,7
1969/70	78,4	62,9	87,3	87,4
1979/80	122,0	70,9	93,3	130,5
1989/90	120,0	50,1	66,7	170,4
1999/00	118,0	24,6	35,1	136,9
2000/01	108,4	20,6	31,9	117,4
2001/02	105,6	18,5	29,8	124,9
2002/03	105,1	19,3	28,2	117,3
2003/04	107,4	16,7	28,6	116,3
2004/05	104,4	17,8	28,1	108,9
2005/06	105,3	16,2	25,1	106,0
2006/07	94,4	15,6	26,1	122,7
2007/08	106,8	18,7	30,2	125,2
2008/09	91,6	10,3	10,6	126,4
2009/10	92,9	13,9	21,5	117,8
2010/11	106,9	17,1	26,0	130,7

1989/90 ausmachte. Das Verhältnis zwischen Stickstoff als Leistungsdüngung zu Phosphor und Kali (P&K) als Grunddüngung hat sich stark zum Nachteil von Phosphor und Kali verschoben.

Bei der »kurzen Reihe« ab 1999/2000 ist auffällig, dass die N-Düngermenge je Hektar mit Schwankungen zwischen den Jahren auf dem erreichten hohen Niveau verblieb, während die Grunddünger von Jahr zu Jahr noch weiter zurückgingen. Im letzten Jahr (2010/2011) haben, vermutlich angeregt durch die hohen Getreide- und Rapspreise des Vorjahres und die sehr guten Preisprognosen, die Einsatzmengen bei allen Nährstoffarten zugelegt. Ein Aspekt, der bei der Klimadiskussion berücksichtigt werden sollte: Das hohe Niveau der Stickstoffdüngung erfordert einen entsprechend hohen Aufwand fossiler Energie durch die technische Herstellung von Ammoniak.

**Klimarelevanz
von Stickstoffdünger**

Soja

Für alle Formen intensiver Tierhaltung spielt Soja eine herausragende Rolle als Eiweißfutter. Ohne diese Zufuhr ist die jetzige Form »moderner« Tierhaltung in der EU nicht denkbar – und nicht überlebensfähig. Im zehnjährigen Vergleich bewegen sich die Sojaimporte in Form von Bohnen, die in Ölmühlen verarbeitet werden, und als Ölkuchen bzw. Extraktionsschrot um 35 Millionen Tonnen. Im langjährigen Vergleich gibt es einen rückläufigen Anteil der Sojabohnen und einen steigenden von Ölkuchen.

Märkte und Preise

Die Getreide-, Futtermittel-, Raps- und Zuckermärkte haben an die hohen Preise der Vorjahre anknüpfen können – wenn auch mit plötzlichen, kurzfristigen Einbrüchen und Anstiegen. Das bewegt die Landwirte nicht weniger wie die Landhändler. Worauf sind die Preisschwankungen vor allem zurückzuführen? In einem Interview für die »taz« am 22. Juni 2011 bezeichnete Heiner Flassbeck, leitender Ökonom bei der UN-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD), die Preisbewegungen für Nahrungsmittel und Rohstoffe als »klassisches Marktversagen«: »Nicht der physische Markt bestimmt die Preise, sondern der Finanzmarkt. Die Preise für Öl und bestimmte Nahrungsmittel korrelieren zu fast 100 Prozent mit anderen Finanzprodukten wie Aktien oder spekulativ gehandelte Währungen. Und das kann man nicht mit Angebot und Nachfrage erklären, sondern nur mit einem massiven Einfluss von Finanzakteuren.« So sei beispielsweise die Deutsche Bank einer der größten Zuckerhändler der Welt.

**Hohe Lebensmittelpreise
aufgrund von
Finanzspekulationen**

Vielen Landwirten fällt es durchaus schwer, solche wissenschaftlichen Analysen zu akzeptieren. Ihnen wurde und wird etwas anderes vermittelt. Ein schönes Beispiel dafür lieferten die »DLG-Unternehmertage«: Der Chefrohstoffanalyst der Commerzbank machte auf der Veranstaltung deutlich, dass im Gegensatz zu früheren Jahren Aktien- und Rohstoffmärkte eng verknüpft seien und »zwischen dem Aktien- und dem Weizenmarkt mittlerweile eine Korrelation von 80 Prozent« bestehe.²² Der Geschäftsführer einer Erzeugergemeinschaft versuchte dagegen zu halten. Die fundamentalen Faktoren, das heißt Angebot und Nachfrage, hätten starken Einfluss auf die Agrarpreise.

Milch und Rindfleisch

Bei der Bewertung der Erzeugerpreisentwicklung für Milch müssen die verschobenen Grundlagen der Preisangaben bedacht werden. Über Jahrzehnte war die Basis dafür eine Milch mit den Gehalten von 3,7 Prozent Fett und 3,4 Prozent Eiweiß. Vor einigen Monaten wurde sie aber umgestellt auf vier Prozent Fett und 3,4 Prozent Eiweiß. Als Folge erscheinen die aktuellen Preise bei einem unmittelbaren Vergleich deutlich besser als nach der alten Berechnung. Erfolgte die Umstellung wegen dieser »optischen Wirkung«?

**Geschönter
Milchpreis**

Das Jahr 2009 war von sehr niedrigen Preisen gezeichnet, die dann im Jahr 2010 auf 30 Cent pro Kilogramm anstiegen. Im Gegensatz dazu pendelten die Erzeugerpreise 2011 – auf der Basis von jetzt vier Prozent Fett berechnet – zwischen 30 und 35 Cent je Kilogramm. Es gab aber große Schwankungen zwischen den Molkereien. In der EU nahm die Milchanlieferung von Januar bis Juli 2011 um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu (in Deutschland um 2,6 Prozent). Die Mehrproduktion führte besonders zum Anstieg der Herstellung von Magermilchpulver um 11,9 Prozent und bei Butter um 1,6 Prozent.

Der positive Zusammenhang von Grünfütter und einer ernährungsphysiologisch höherwertigen Milch zeigt langsam Wirkung. Marken wie die »Weidemilch« von Campina oder die »Heumilch« von der Gläsernen Molkerei Upahl zeigen: Der Weidegang der Kühe wird von einigen Molkereien genutzt, um auf die besonderen Eigenschaften ihrer Produkte wie zum Beispiel die höheren Gehalte an mehrfach ungesättigten Fettsäuren hinzuweisen.

Deutlicher noch als im Vorjahr haben sich die Preise für Schlachtkühe und Bullen – im längerfristigen Vergleich – nicht nur behauptet, sondern sind deutlich angestiegen (plus 30 Cent gegenüber 2010; Bullen in der Handelsklasse R3 bewegten sich zwischen 3,30 und 3,50 Euro je Kilogramm). Gute »Fleischkühe« wie Fleckvieh und andere Doppelnutzungsrasen »brachten richtig Geld«.

Eier

Preiseinbruch bei Eiern

Der Eiermarkt erlebte ab März 2010 einen sehr starken Einbruch. Dabei verminderte sich der Abstand zwischen Eiern aus der Bodenhaltung und der Kleingruppenhaltung. Ab 2011 sackten die Preise noch mal ab, stiegen dann aber bis Mitte des Jahres wieder etwas an.

Mastschweine

Vor allem im Westen Deutschlands beschäftigten die neu konzipierten »Abrechnungsmasken« bei »Tönnies« und »Vion« die Mäster (Abrechnungsmasken dienen der Klassifizierung der Handelswerte von Schlachtkörperteilen wie etwa Schinken oder Bauch). Angenommen wird von vielen Mästern, dass die Umstellung der Masken für den Schlachtkörper eingeführt wird, um einen Anstieg der »Norm« durchzusetzen.

Der Schlachtschweinemarkt in der EU und vor allem in Deutschland war durch steigende Erzeugungs- und Schlachtzahlen bestimmt. In Deutschland wurde ein Anstieg der Schlachtzahlen um 700 000 auf fast 60 Millionen Tiere erwartet. Die Erzeugerpreise stiegen zwar trotzdem leicht an, vermochten aber die stark gestiegenen Futter- und Energiekosten nicht auszugleichen. Wie stets wurde die wenig günstige Lage der Mäster an die Ferkelerzeuger »weitergereicht«, obwohl diese ihrerseits stark gestiegene Futter- und Energiekosten zu tragen hatten.

Niederländische Schweinehalter fordern Produktionsquote

Für eine gewisse Aufregung im »Blättermarkt« sorgte im Mai die Forderung der Niederländischen Interessengemeinschaft der Schweinehalter (NVV), für Mastschweine eine »Produktionsquote« einzuführen, ohne die für sie eine verbesserte Erlössituation nicht mehr zu erreichen sei. Die Vorstellungen der NVV für den Schweinemarkt ähneln den Vorstellungen des BDM für den Milchmarkt: ohne Kontrolle der angebotenen Mengen ist ein akzeptables Preisniveau nicht zu erreichen.

Feldfrüchte

Die sehr speziellen Wetterlagen 2010/2011 haben zu einer deutlich schwächeren Getreideernte geführt. Die Erzeugerpreise für Getreide hielten das hohe Niveau des Vorjahres von 18 bis 20 Euro pro Dezitonne, wenn auch bei einigen kurzfristigen Schwankungen. Die Erntemengen bei Raps gingen um etwa 30 Prozent zurück. Besonders stark waren die Ertragsausfälle im größten Rapsanbaugebiet Deutschlands Mecklenburg-Vorpommern mit minus 40 Prozent! Bei Kartoffeln gab es deutliche regionale Schwankungen, insgesamt aber eine hohe Erntemenge, die etwa 17 Prozent über dem Vorjahr lag. Die Preise standen daher unter Druck.

Ertragsausfälle bei Getreide und Raps

Die Gewinner waren dagegen die Zuckerrübenanbauer. Der sehr spezielle Witterungsverlauf hatte das Wachstum der Rüben und ihren Zuckergehalt kräftig ansteigen lassen. Die um 20 Prozent erhöhten Erntemengen trafen auf durch die Rohstoffspekulation deutlich angestiegene Zuckerpreise! So kann's gehen.

Drittlandsexporte der EU

In »Produktion und Markt« wird seit einigen Jahren auf die Drittlandsexporte eingegangen. Dies deshalb, weil Aussagen von Agrarpolitikern, von Vertretern der Agrarwirtschaft und der EU-Kommission seit inzwischen mehr als zwei Jahrzehnten behaupten, die Nachfrage auf Drittlandsmärkten würde stetig wachsen und böte gute Absatzchancen für Agrarerzeugnisse aus der

EU. Weil das so sei, müsse sich die Landwirtschaft wie die Agrarwirtschaft auf die Bedingungen der Weltmärkte einstellen. Im Gegensatz zu den letzten zehn Jahren ist für die hier betrachteten Agrarprodukte im Jahr 2010 tatsächlich ein Anstieg der Exportmengen festzustellen.

Getreide

Nach einem deutlichen Rückgang der Exporte in den Jahren 2004 bis 2007 erfolgte ab 2008 ein leichter Anstieg, der im Jahr 2010 die bisher höchste Ausfuhrmenge (im zehnjährigen Vergleich) des Jahres 2000 um circa drei Millionen Tonnen übertraf.

Milch

Die Drittlandsexporte der EU von Milch und Milchprodukten bewegen sich seit zehn Jahren unverändert im Bereich von 2,5 Millionen Tonnen. Im Gegensatz zu der oft gemachten Aussage der Molkereiwirtschaft ist dabei der Anteil der finanziell hochpreisigen Käseexporte vergleichsweise gering und über die Jahre wenig verändert. Der leichte Zuwachs 2010 ist fast vollständig auf gestiegene Milchpulverexporte zurückzuführen.

Rindfleisch

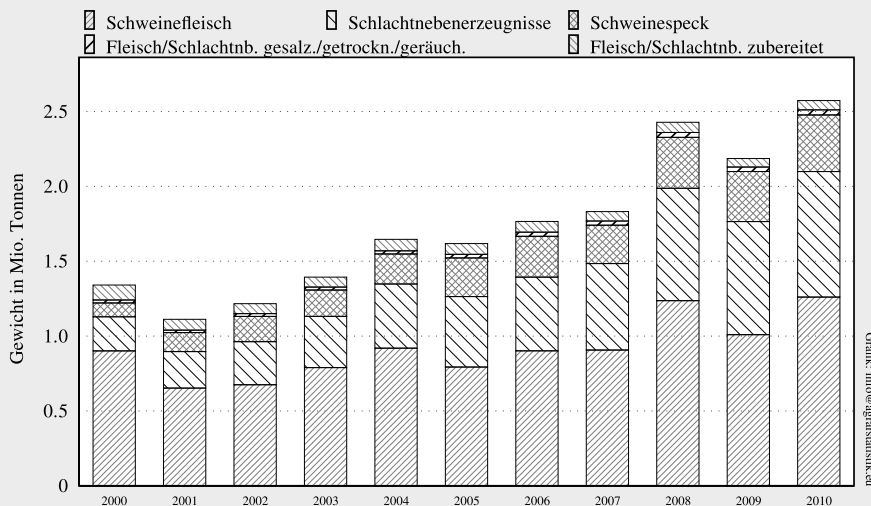
Die Rindfleischexporte haben im zehnjährigen Vergleich einen starken Rückgang erlebt (niedrigster Wert 2007). Mit etwas über 300.000 Tonnen gab es 2010 einen deutlichen Anstieg auf das Niveau des Jahres 2003. Bestanden die Rindfleischexporte im Vorjahr fast zur Hälfte aus den Schlachtnebenprodukten, so hat im Jahr 2010 auch der Export höherwertiger Produkte deutlich zugenommen.

Schweinefleisch

Im zehnjährigen Vergleich ist eine Zunahme der Exportmengen festzustellen; im Jahr 2010 wurde erstmals die Menge von 2,5 Millionen Tonnen überschritten. Eine sehr große Rolle bei den Exporten haben die Schlachtnebenprodukte und der Speck. Dass darüber die ungünstige Entwicklung der Erzeugerpreise nicht zu verbessern sei, ist die folgende Aussage eines Marktkommentators: »Unendlich aufnahmefähig ist der Markt derzeit nur für den Export von Speck Richtung Russland sowie Pfötchen, Bäuchen, Schwänzen usw. Richtung Asien. Letztlich muss sich der Auszahlungspreis aber über die Edelteile rechnen, und das funktioniert derzeit nicht.«²² (Abb.1)

**Steigende Agrarexporte
in Drittländer**

Abb. 1: Export Schweinefleisch



© European Communities, 1995–2011, Eurostat

Fazit

Es muss wohl noch offen bleiben, worauf der starke Preisanstieg bei Getreide, Raps und vor allem bei Zuckerrüben zurückzuführen ist. Denkbar sind folgende Erklärungsansätze:

- Die Deregulierung der Agrarmärkte hat dazu geführt, dass die EU ihre jahrelange auf niedrige Erzeugerpreise ausgerichtete Politik nicht mehr umsetzen kann.
- Das Verhältnis zwischen Mengen- und Preisentwicklung hat dazu geführt, dass das Preisniveau allgemein angestiegen ist.
- Die Einbeziehung von Agrarprodukten in die Finanzspekulation hat zu hohen Preisen geführt, unabhängig von der Mengenentwicklung. Dementsprechend ist, wann auch immer, mit einem Preisabsturz zu rechnen.

Wie dem auch sei, vor allem große Ackerbaubetriebe werden ein dickes Plus bei ihren Gewinnen verzeichnen können. Glänzende Geschäfte für die Landmaschinen- und Anlagenindustrie sind die voraussehbaren Folgen. Bei den Milchviehbetrieben wird der Gewinnzuwachs deutlich geringer sein; der Bau einer großen Zahl von x-mal 100er-Ställen zeigt aber, dass auch hier vielerorts Aufbruchstimmung herrscht.

Anmerkungen

- 1 Statistisches Bundesamt: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fachserie 2, Reihe 3.1.2, 2011 (vorläufig), S. 5.
- 2 Statistisches Bundesamt: Wer produziert unsere Lebensmittel? Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010, DSTATIS 2011, S. 12.
- 3 Neue Landwirtschaft: Schlechter Befund für Ackerböden, 2/2011, S. 58.
- 4 Neue Landwirtschaft, 7/2011, S. 32 f.
- 5 Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen-Lippe, 37/2011, S. 39.
- 6 Rinderproduktion in Deutschland 2010, Ausgabe 2011. Bonn 2011.
- 7 Berichte der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Rinderzucht (ADR), Bonn, verschiedene Jahrgänge.
- 8 Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen-Lippe, 38/2011, Berichte über »Forum Milch« in Soest.
- 9 Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen-Lippe, 31/2011, S. 16.
- 10 Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen Lippe, 21.7.2011, S. 19.
- 11 Statistisches Bundesamt (2011) (siehe Anm. 2).
- 12 Neue Landwirtschaft, 7/2011, Analyse und Bewertung von Pachtmarkt in Ost- und Westdeutschland, S. 32.
- 13 Plumeyer et al.: Der niedersächsische Landpachtmarkt! Eine empirische Analyse aus Pächtersicht. Diskussionspapiere, Nr. 1104, Uni Göttingen, Mai 2011, S. 81.
- 14 Götz Schmidt: Keimstreuer Agrarfabrik, www.freitag.de/wochenthema/1124, 16. Juni 2011.
- 15 Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen Lippe, 12/2010, S. 23.
- 16 Epidemiologisches Bulletin, 2. Mai 2008, Robert Koch Institut: Menschen können sich über den Kontakt mit Methicillinresistenten Staphylococcus aureus (MRSA) identifizieren. Stellungnahme der BfR Nr. 014/2009.
- 17 Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen-Lippe, 23/2010, S. 12.
- 18 Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2011, Hrsg. BMELV. Berlin 2011, S. 71.
- 19 Der Grundstein [Zeitschrift der IG Bauen, Agrar, Umwelt], 62. Jahrgang, Nr. 78, S. 20.
- 20 Bundesamt für Verbraucherschutz, Absatz an Pflanzenschutzmitteln in der BRD, Juli 2011.
- 21 Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 8.2., Düngemittelversorgung, Wirtschaftsjahr 2010/2011, 2011. Tabelle 3 bezieht sich auf die Lieferungen der Produzenten und Importeure an Absatzorganisationen oder Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990.
- 22 Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen-Lippe, 37/11, S. 20.
- 23 Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen-Lippe, 29/2011, S. 42.



Prof. Dr. Onno Poppinga
Hochzeitsstraße 5, 34376 Immenhausen-Holzhausen
rondopopp@t-online.de

»Der Mais ist mein Kapital«

Aktuelle Entwicklungen in der landwirtschaftlichen Energiewirtschaft

von Dieter Voegelin

Pflanzenöle

Bis zum Jahr 2006 entstanden rund 600 dezentrale Ölmühlen. Landwirte pressen in relativ kleinen Ölmühlen das Öl selbst und vermarkten es ab Hof an Fahrzeughalter. Laut Statistik¹ wurden von ihnen 2007 noch 772.000 Tonnen Öl produziert und größtenteils als Kraftstoff vermarktet. Die Landwirte hatten auf die steigenden Dieselpreise und in die Höhe kletternde Nachfrage nach Rapsölkraftstoff reagiert. Da Pflanzenöle Lebensmittel sind und Wasser nicht gefährden, unterliegen sie der ermäßigten Mehrwertsteuer. Es wurde keine Mineralölsteuer erhoben. Zudem wurde mit dem Pressrest (dem Presskuchen) ein wertvolles Eiweißfuttermittel gewonnen.

2011 sieht das Bild ernüchternd anders aus. Seit 2006 ist reiner Pflanzenölkraftstoff einer jährlich steigenden Mineralölsteuer unterworfen, die jetzt bei 18,5 Cent pro Liter liegt. Damit hat Pflanzenölkraftstoff seine Konkurrenzfähigkeit zu Diesel verloren. 2009 wurden nur noch 100.000 Tonnen Pflanzenölkraftstoff abgesetzt, 2010 gerade noch 61 000 Tonnen. Im ersten Halbjahr 2011 waren es schließlich nur noch 10 000 Tonnen.² Nur noch eingefleischte Sympathisanten tanken weiterhin Pflanzenöl. Auch die Landwirte, die in den »Boom-Jahren« ihre Traktoren auf den Biokraftstoff umstellten, haben das Interesse weitgehend verloren. Die Folge war, dass immer mehr landwirtschaftliche Ölmühlen ihren Betrieb einstellten. In einer Umfrage des Bayerischen Technologie- und Förderzentrums (TFZ) waren 2011 nur noch 290 Mühlen in Betrieb.³ Alleine 2010 wurden 66 Ölpresen stillgelegt, davon 44 vorübergehend und 22 endgültig. Das Kapitel dezentraler Kraftstoffversorgung durch Landwirte und für die Region ist damit erst mal geschlossen.

Dennoch schwindet die Rapsanbaufläche nur geringfügig. Die im Jahr 2011 durch die Witterung deutlich geringeren Erntemengen werden auf dem allgemeinen Rapsmarkt abgesetzt. Ein Großteil wird in industriellen Ölmühlen und Biodieselfabriken zu einem »Biokraftstoff« verarbeitet, der dem Diesel beigemengt wird.

**Der Boom
ist vorbei**

Bioethanol

Die Beimischung von Biokraftstoffen zu den fossilen Kraftstoffen ist die Strategie der Bundesregierung seit 2006. Der Mineralölindustrie wird auferlegt, bestimmte Mindestmengen zu Diesel und Benzin beizumengen. Beim Diesel ist dies Biodiesel, das heißt die veresterten Pflanzenöle, und beim Benzin Alkohol. In Deutschland gibt es keine ausgeprägte Brennereikultur. Die kleinen, meist süddeutschen Betriebe brennen Trinkalkohol, die größeren geben ihre Produkte an das staatliche Branntweinmonopol ab. Für die benötigten Beimischungsmengen waren sie allesamt zu klein. Im ersten Halbjahr 2011 wurden dafür 573 000 Tonnen eingesetzt.²

Die Herstellung von Bioethanol-Kraftstoff war deshalb von Anbeginn (2009) ein Geschäft der Großindustrie, allen voran die Südzucker AG mit ihrem Geschäftszweig crop-energies, die laut Geschäftsbericht 2010/2011 bereits 678 000 Kubikmeter produzierten. Zwar bemüht sich eine Gruppe von größeren Hofbrennereien in Westfalen um die Herstellung eines Kraftstoffs

**Geschäft
der Großen**

REGIONOL, der aber nur in speziellen Fahrzeugen als Reinkraftstoff eingesetzt werden kann und deshalb kaum Marktbedeutung hat.

Biogas

Die Fermentierung von landwirtschaftlichen Reststoffen, vor allem Mist und Gülle, ist wohl die älteste landwirtschaftliche Energieproduktion, die sich selbständig als Energieerzeugung entwickelt hat. Die ersten echten Biogasanlagen, meist im süddeutschen Raum, betrieben mit Gasmotoren Blockheizkraftwerke an, an die Generatoren zur Stromerzeugung angeschlossen waren. Die Abwärme wurde im Stall oder Wohnhaus genutzt. Diese Zustände kann man fast als idyllisch bezeichnen im Verhältnis zu der heutigen Situation. Die Biogaserzeugung ist in einen dezentralen kleinindustriellen Bereich hineingewachsen. Im Jahr 2000 wurden knapp 1 000 Anlagen mit einer Durchschnittsleistung von 75 Kilowatt betrieben. Heute sind es rund 6 000 Anlagen, deren durchschnittliche elektrische Leistung bei 350 Kilowatt liegt. Es gibt zwei Hauptursachen dafür:

Biogaserzeugung wird immer dezentraler

Erstens: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sicherte den Anlagebetreibern eine feste Vergütung für ihre Stromerzeugung zu. Erst mit der Novellierung des EEG 2010 wird eine Mindestquote der Wärmenutzung vorgeschrieben, um die erhöhte Einspeisevergütung zu erhalten. Die Anlagenbetreiber setzten deshalb auf Größe, um wirtschaftlich zu arbeiten.

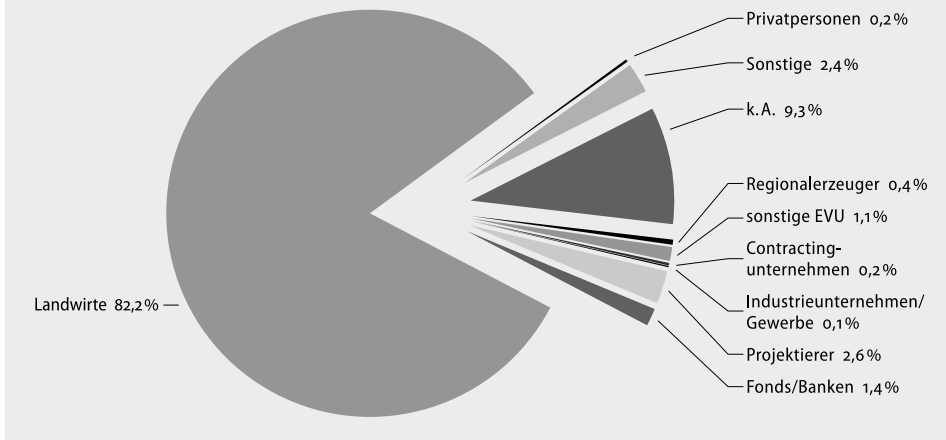
Zweitens: Technisch wurde dieses Wachstum dadurch möglich, dass pflanzliches Material den tierischen Exkrementen zugemischt wurde. Es stellte sich aber bald heraus, dass Biogasanlagen ausschließlich mit Silage, vor allem aus Mais, Getreide und/oder Getreide-Ganzpflanzen (GPS), auch betrieben werden konnten. Im Fachjargon heißen sie nach wie vor »Kosubstrate«, obwohl viele, vor allem Großanlagen, ausschließlich mit Ackerfrüchten betrieben werden (abgesehen von einigen pflanzlichen Abfällen wie Biertreber, Schlempe oder Altspeisefetten). Laut Deutschem Maiskomitee (2010)⁴ setzten 90 Prozent aller Biogasanlagen Mais auch oder ausschließlich ein. Mit Abstand folgen Getreide und GPS mit jeweils 50 Prozent. So ist der Anbau von Pflanzen für Biogasanlagen im Jahr 2011 kräftig weiter auf 800 000 Hektar gestiegen (Tabelle 1).

»Der Mais ist mein Kapital« beschwört ein Biogas erzeugender norddeutscher Landwirt im Fernsehen die Wetteraussichten für die Maisernte. Er spricht damit zahlreichen Berufskollegen, vor allem aus Bayern und Niedersachsen aus der Seele. Die meisten mittelgroßen Biogasanlagen (weniger als 500 Kilowatt elektrische Leistung) stehen in diesen Regionen. Insgesamt betreiben

Tab. 1: Anbau nachwachsender Rohstoffe in Deutschland (ha)

Pflanzen	Rohstoff	2010	2011*
Industriepflanzen	Industriestärke	160 000	165 000
	Industriezucker	10 000	10 000
	technisches Rapsöl	125 000	120 000
	technisches Sonnenblumenöl	8 500	8 500
	technisches Leinöl	2 500	2 500
	Pflanzenfasern	1 000	500
	Arznei- und Farbstoffe	10 000	10 000
	Summe Industriepflanzen	317 000	316 500
Energiepflanzen	Rapsöl für Biodiesel/Pflanzenöl	940 000	910 000
	Pflanzen für Bioethanol	240 000	250 000
	Pflanzen für Biogas	650 000	800 000
	Pflanzen für Festbrennstoffe (u. a. Agrarholz, Miscanthus)	4 000	6 000
	Summe Energiepflanzen	1 834 000	1 966 00
Gesamtanbaufläche NR		2 151 000	2 282 500

Quelle: FNR 2011; *Werte für 2011 geschätzt

Abb. 1: Eigentumsverhältnisse bei Bioanlagen in Deutschland

Landwirte mehr als 80 Prozent aller Anlagen (Abb. 1). Zunehmend dringen aber auch große Investoren wie Stadtwerke, Energieversorgungsunternehmen und Kapitalanleger in diesen Bereich vor, die Anlagen über fünf Megawatt betreiben. Die Gärsubstrate liefern Vertragslandwirte, die damit in die Rolle reiner Rohstofflieferanten geraten. Das erzeugte Gas wird aufbereitet und ins Erdgasnetz eingespeist.

Fazit

Landwirte sind an sich schon Energieerzeuger, indem sie aus Saat und mit Pflege ein Mehrfaches an Energie in pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen produzieren. Ihre Teilhabe an einem neuen Betriebszweig Energieversorgung wurde durch die Politik oder im Konkurrenzkampf mit den großen Konzernen zunehmend zurückgedrängt. Einzig die Biogaserzeugung ist noch als eigenständiger Betriebszweig aktiv. Die Jahre 2010 und 2011 waren ansonsten für die bäuerliche Energieproduktion keine Erfolgsjahre.

**Für die Bauern
keine Erfolgsjahre**

Anmerkungen

- 1 E. Remmele (TFZ): Vortrag Tagung Pflanzenölkraftstoff, Dresden 2011.
- 2 Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP): Marktbericht Oktober 2011.
- 3 Bayerisches Technologie- und Förderzentrum (TFZ): Status quo der dezentralen Ölgewinnung (Berichte Nr. 26), Straubing 2011.
- 4 www.biogas-statistik.de, Deutsches Maiskomitee.



Dieter Voegelin

Quenteler Straße 19, 34320 Söhrewald
E-Mail: info@bv-pflanzenoele.de

Zu viel Geld von außen?

Über Strukturentwicklungen und Bodenmärkte in Ostdeutschland und die Rolle externer Investoren

von Theodor Fock

Agrarstrukturen in der ostdeutschen Landwirtschaft sind von großen Betriebseinheiten mit über 500 Hektar und von hoher Stabilität bei den Betriebsstrukturen in den vergangenen fünfzehn Jahren geprägt. An den Bodenmärkten und durch den Zustrom von externem Kapital vollziehen sich zurzeit jedoch dynamische Änderungsprozesse mit ungewissen Folgen. Rasant ansteigende Bodenpreise und eine hohe wirtschaftliche Dynamik veranlassen immer mehr Betriebe, sich externe Kapitalgeber ins Boot zu holen. Zugleich werden ganze Betriebe von externen Investoren aufgekauft. Über Ausmaß, Umfang und Wirkungen dieser Investitionen liegen aber nur wenige Informationen vor. Die Diskussion, ob und gegebenenfalls wie man diese Prozesse steuern sollte, steht noch am Anfang.

Die Entwicklung der Agrarstrukturen in Ostdeutschland unterscheidet sich weiterhin deutlich von der in Westdeutschland und anderen europäischen Ländern. Die in den ostdeutschen Bundesländern in den 1990er-Jahren entstandenen Betriebsstrukturen zeigen sich erstaunlich stabil, wenn man auf die Zahlen der Agrarstatistik schaut. Die Anzahl der Betriebe und deren Größenstrukturen verändern sich nur wenig (Tab. 1). Die »agrarstatistische Stabilität« verbirgt aber strukturelle Prozesse hinter den nackten Zahlen, die die weitere Entwicklung mitbestimmen werden. Spätestens seit den Preissteigerungen bei vielen Agrarprodukten ab 2007 und der Finanzkrise ab 2008 hat der Agrarsektor für landwirtschaftsexterne Investoren an Attraktivität gewonnen.

Das Engagement von Investoren beschränkt sich dabei nicht auf die Rohstoffmärkte, sondern erstreckt sich auch auf die landwirtschaftliche Produktion selbst.¹ Aus Investorensicht bieten die ostdeutschen Betriebsstrukturen dabei deutlich bessere Voraussetzungen für einen Einstieg als andere Regionen. Die Bodenpreise (Kaufwerte und Pachtpreise) sind seit diesem Zeitraum ebenfalls in einem rasanten Höhenflug: In einigen Regionen Ostdeutschlands sind die Preise für durchschnittliches Ackerland in vier Jahren von 5.000 bis 7.000 Euro pro Hektar auf über 20.000 Euro angestiegen. Ursachen und Auswirkungen der Bodenpreisentwicklung sind umstritten, waren Anlass für eine um-

fangreiche Analyse des von Thünen-Instituts (vTI) im Auftrag des Bundeslandwirtschaftsministeriums.²

Stabilität in den Betriebsstrukturen ...

Aus den rund 5 000 sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben (LPGen und Volkseigene Güter) im Jahr 1989 sind bis zum Jahr 1995 32 600 Landwirtschaftsbetriebe unterschiedlicher Größe und Rechtsform entstanden. Seitdem hat sich die Anzahl der Betriebe und deren durchschnittliche Betriebsgröße nur noch unwesentlich verändert. Der Rückgang der Anzahl der Betriebe zwischen den Jahren 2007 und 2010 liegt im Wesentlichen darin begründet, dass in der Landwirtschaftszählung von 2010 die Erfassungsgrenze von zwei auf fünf Hektar angehoben wurde (sofern nicht bestimmte Obergrenzen in der Tierhaltung oder bei Spezialkulturen überschritten werden). In Westdeutschland ist in diesem Zeitraum die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe weiter deutlich zurückgegangen. Auch der Anstieg in der durchschnittlichen Betriebsgröße zwischen den Jahren 2007 und 2010 ist allein auf die veränderte statistische Datenerfassung zurückzuführen. Bei den unterschiedlichen Rechtsformen ist eher eine leicht rückläufige Entwicklung der Betriebsgrößen festzustellen.

Die ostdeutsche Landwirtschaft ist weiterhin durch im Vergleich sehr große Landwirtschaftsbetriebe gekennzeichnet, und zwar über alle Rechtsformen hin-

weg.³ In Mecklenburg-Vorpommern liegen 52 Prozent aller Betriebe in Größenklassen zwischen 100 und 500 Hektar; diese bewirtschaften aber nur knapp fünf Prozent der Landfläche und sind vorwiegend Nebenerwerbsbetriebe (64 Prozent). Dagegen bewirtschaften 850 Betriebe mit jeweils mehr als 500 Hektar 68 Prozent der Landfläche. Darunter fallen 330 Einzelunternehmen und Personengesellschaften (vor allem GbRs). Die Mehrzahl der Beschäftigten sind Lohnarbeitskräfte, von denen 70 Prozent in Landwirtschaftsunternehmen mit sechs und mehr Beschäftigten arbeiten. Betriebe mit vielen Beschäftigten gibt es in allen Rechtsformen. In 202 Einzelunternehmen mit sechs und mehr Beschäftigten sind zusammen 3 400 Personen beschäftigt, das macht im Durchschnitt 17 Beschäftigte pro Betrieb.

... hohe Dynamik auf den Bodenmärkten

Die Bodenmärkte in Ostdeutschland weisen schon seit Mitte der 1990er-Jahre eine hohe Dynamik auf: Zwischen ein und zwei Prozent der Fläche wechseln jährlich den Eigentümer durch Kauf. In Westdeutschland ist das eher ein halbes Prozent.² Auch nach Auslaufen der begünstigten Käufe nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz (EALG) Ende 2009 scheint sich diese Entwicklung fortzusetzen. In Mecklenburg-Vorpommern wechselten so im Jahr 2010 wiederum 1,3 Prozent der Landfläche den Eigentümer. Dadurch sinkt die Pachtquote der Betriebe. Diese liegt in Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile bei rund 66 Prozent. Anfang der 1990er-Jahre lag sie noch bei über 90 Prozent. Die hohe Rate der Zukäufe konnte vor allem durch die lange Zeit deutlich niedrigeren Preise bei Käufen von Privat an Privat vergleichsweise gut realisiert werden. Dazu kamen die begünstigten Verkäufe der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG).

Mittlerweile sind die Kaufwerte aber rasant angestiegen, besonders deutlich in Mecklenburg-Vorpommern: von 4.600 Euro im Jahr 2006 auf 9.200 Euro im Jahr 2010. In der Spitze sind Preise von über 20.000 Euro pro Hektar durchschnittlichen Ackerlandes üblich (z. B. in den BVVG-Ausschreibungen). In Mecklenburg-Vor-

pommern wurden im Jahr 2010 allein 160 Millionen Euro für Bodenzukäufe aufgebracht,⁴ was 18 Prozent der Wertschöpfung entspricht. Rechnet man die Pachtzahlungen hinzu (hier auf der Basis der durchschnittlichen Pachtpreise für Neupachten), kommt man auf rund 300 Millionen Euro Aufwand für Bodennutzung oder 34 Prozent der Wertschöpfung des Agrarsektors.

Warum Landwirte Boden kaufen

Zwischen den Jahren 2008 und 2011 wurde in sechs Bachelor- bzw. Masterarbeiten im Studiengang Agrarwirtschaft der Hochschule Neubrandenburg das Verhalten und die Strategie von Landwirten an den Bodenmärkten vor dem Hintergrund der aktuellen Preisentwicklung analysiert. Dazu wurden insgesamt 141 Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern und dem nördlichen Brandenburg mündlich interviewt. Die befragten Landwirte agieren vorwiegend defensiv, und zwar unabhängig von ihrer Betriebsgröße, der Rechtsform und der Region. Sie kaufen vor allem dann Boden, wenn sie das Gefühl haben »sie müssen«, wenn also eine Verkleinerung der Betriebsfläche befürchtet wird. Expansion, Boden als Kapitalanlage oder der Generationsgedanke werden kaum benannt. Gegenüber externen Kapitalanlegern (als Bodenkäufer oder in Form von Betriebsbeteiligungen) besteht große Skepsis, sie gewinnen aber offensichtlich erheblich an Bedeutung.

Eine Erhöhung der Eigentumsquote der landwirtschaftlichen Betriebe gegenüber den sehr niedrigen Werten kurz nach der Wende ist grundsätzlich sinnvoll. Wenn aber wie derzeit rund ein Drittel der Wertschöpfung für Boden eingesetzt wird, dürfte dies zu zwei Effekten führen:

- Andere Investitionsvorhaben werden zurückgestellt oder nicht realisiert. Dies beschränkt die langfristige Entwicklung der Betriebe.
- Trotz der vorherrschenden Befürchtungen werden externe Kapitalgeber für die Finanzierung der Bodenkäufe ins Boot geholt.

Über den tatsächlichen Umfang dieser stillen Beteiligungen gibt es keine statistischen Informationen. In Bankenkreisen geht man davon aus, dass derzeit bis zur Hälfte aller Bodenkäufe mit Beteiligung externer Kapitalgeber zu Stande kommt.

Verpachtung, stille Beteiligung oder Eigentümerwechsel

Externe Investoren engagieren sich auf unterschiedliche Weise in der Landwirtschaft. Es gibt direkte Bodenkäufe mit einer anschließenden Verpachtung. Dann gibt es stille Beteiligungen an landwirtschaftlichen Be-

Tab. 1: Betriebsstrukturen in Ostdeutschland

	1995	2001	2007	2010
Betriebe Anzahl	32 600	30 700	30 100	24 500
darunter MV	5 170	5 230	5 430	4 730
Ø-Größe in ha	213	197	197	226
darunter MV	272	269	250	286

MV: Mecklenburg-Vorpommern.

Quellen: Statistisches Jahrbuch ELF, 2011; Agrarbericht der Bundesregierung 2011, Agrarbericht MV, verschiedene Jahrgänge

trieben durch die Kapitalbereitstellung. Und es kommt zum Kauf landwirtschaftlicher Betriebe, die dann mit neuer Eigentümerstruktur fortgeführt werden.

Ostdeutschland hat auf Grund seiner Agrarstrukturen und der bislang niedrigeren Bodenpreise besondere Attraktivität für externe Investoren. Eine eindeutige Definition eines externen Investors besteht nicht, aber im Kern sind darunter Personen und Kapitalgesellschaften zu verstehen, die Kapital und Vermögen von außerhalb des Agrarsektors in landwirtschaftliche Böden und Betriebe investieren.

In der Studie des von-Thünen-Instituts wurden das Ausmaß und die Wirkungen externer Investitionen in ausgewählten Regionen untersucht.² Sie kommt zu dem Ergebnis, dass kein wesentlicher Einfluss externer Investoren auf die Bodenmärkte festzustellen sei. Auch der Umfang der Aktivitäten hätte in der jüngeren Vergangenheit nicht deutlich zugenommen.

Diese Schlussfolgerungen werden angesichts der methodischen Basis der Studie mit nur vier regionalen Fallstudien und angesichts eines schlechten Rücklaufs bei der schriftlichen Befragung teilweise als verfrüht angesehen.⁵

Nach eigenen Beobachtungen nimmt zumindest in Mecklenburg-Vorpommern und dem nördlichen Brandenburg in jüngster Zeit die Bedeutung externer Investoren laufend zu. Während in den 1990er-Jahren vorrangig Betriebe im Zuge der Privatisierungen gekauft wurden, werden heute Gesellschafteranteile gekauft und häufig Betriebe dadurch komplett übernommen. Der Betrieb bleibt zwar juristisch bestehen, aber mit Eigentümerwechsel. Motive für den Verkauf der Betriebe bzw. die Beteiligung externer Investoren sind entweder der Kapitalbedarf, vor allem für weitere Landkäufe, oder der Generationswechsel. Die typischen »Massengesellschaften« unmittelbar nach der LPG-Umwandlung haben sich in vielen Fällen zu Betrieben entwickelt, in denen sich die Gesellschafteranteile im Laufe der Zeit bei einigen Personen konzentrieren, meist aus dem Management der Betriebe. Wenn einzelne oder mehrere der Hauptgesellschafter nun altersbedingt ausscheiden wollen, fehlt den anderen Miteigentümern oder der nachfolgenden Generation die finanzielle Basis zur Übernahme, so dass man sich dann einen Käufer von außerhalb sucht. Benachbarte Betriebe sind vielfach ebenso überfordert, wodurch externe Investoren zum Zug kommen können bzw. Betriebe mit einem entsprechenden Kapitalhintergrund. In der Agrarstatistik ändert sich nichts und sofern Zukäufe von BVVG-Flächen stattfinden werden die Käufer auch als »normale Landwirtschaftsbetriebe« geführt.

Zu viel externe Investoren?

Einige Investoren investieren nach einer Übernahme in die vorhandenen Betriebszweige, sichern so Arbeits-

plätze und streben keine weitere Expansion am Bodenmarkt an. Preistreibende Effekte bleiben also aus. Andere stellen Betriebe auf fertige Betriebskonzepte um, zur Zeit vor allem auf Biogas. Dann wird häufig zuvor vorhandene Beschäftigung reduziert und es werden weitere Flächen im Umfeld hinzugekauft. Auch das Engagement vor Ort – eine Beteiligung am Dorfleben und der Gemeindeentwicklung – wird in unterschiedlicher Form praktiziert. Die KTG Agrar AG als scheinbar prominentester Großinvestor mit circa 35 000 Hektar und mehr als dreißig Betrieben (davon ein Teil auch in Litauen) stellt eher eine Ausnahme dar. Die Mehrzahl der großen externen Investoren sind vermögende Familien mit einem außerlandwirtschaftlichen Hintergrund, die entweder schon länger oder erst in den vergangenen Jahren Betriebe zugekauft haben. Der zu beobachtende Umfang der Investitionen schwankt dabei erheblich: von einzelnen Betrieben mit 1 000 bis 2 000 Hektar über drei bis fünf Betriebe mit 4 000 bis 10 000 Hektar und in einzelnen Fällen auch noch deutlich mehr.

Ein interessantes Ergebnis der Studie des von-Thünen-Instituts war, dass die befragten Vertreter der regionalen Verwaltung das Engagement der externen Investoren überwiegend positiv bewerten,² sich also durch die hohen Anfangsinvestitionen zunächst beeindrucken lassen. Letztendlich ist der Trend, dass zunehmend Anteile der Produktionskapazitäten in der Landwirtschaft in das Eigentum externer und nicht ortsansässiger Investoren übergehen, aus unterschiedlichen Gründen kritisch zu beurteilen. Auf lokaler Ebene kann es zu hoher Vermögenskonzentration kommen. Gemeinden, deren Entwicklung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum können in die Abhängigkeit der Investoren geraten. Gewinne, die erzielt werden, fließen tendenziell aus der Region ab. Auch ist davon auszugehen, dass überregional agierende Investoren sich selten an endogener Regionalentwicklung beteiligen werden. Allerdings liegen über den Umfang des Engagements externer Investoren und den sich daraus ergebenden Folgen bislang nur begrenzte Informationen vor.

Agrarpolitisch bleiben somit drei Fragen offen:

- Gibt es »zu viele« externe Investoren in der Landwirtschaft bzw. zeichnet sich ein »Zuviel« für die Zukunft ab?
- Falls ja, sollte man versuchen, diesen Prozess zu beeinflussen?
- Und drittens, welche Möglichkeiten gäbe es dafür?

Gerade der letzte Punkt ist vergleichsweise schwer zu beantworten. Die vorhandenen Instrumente, insbesondere das Grundstücksverkehrsgesetz, bieten wenig Ansatzpunkte. Mit dem Grundstücksverkehrsgesetz soll Landwirten ein Vorrang bei Verkäufen landwirtschaftlicher Grundstücke gegenüber Nicht-Landwirten ver-

schaftt werden. Unter ostdeutschen Verhältnissen besitzen die externen Investoren aber vielfach den Status als landwirtschaftliches Unternehmen und können so sogar privilegiert kaufen. Ein Kauf von Gesellschaftsanteilen bestehender Betriebe könnte sicherlich nicht ohne weiteres beschränkt werden, da hier allgemeine Regelungen des BGB bzw. GmbH-Rechts gelten. Auch bei den weiteren BVVG-Verkäufen können kapitalstarke externe Investoren ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten einsetzen und dadurch im Zweifelsfall andere landwirtschaftliche Kaufinteressenten überbieten.

Ausblick

Die Agrarstrukturen in Ostdeutschland unterscheiden sich immer weniger durch die Größe der Betriebe oder ihre verschiedenen Rechtsformen. Die Betriebsstrukturen haben sich in den vergangenen fünfzehn Jahren vergleichsweise wenig geändert. Allerdings waren die Bodenmärkte in erheblichem Umfang Änderungsprozessen unterworfen.

Der Eigentumsanteil der Betriebe durch Kauf von Flächen von Privat und der BVVG ist deutlich angestiegen. Seit 2007, zunächst ausgelöst durch steigende Agrarpreise, sind die Kaufwerte aber enorm angestiegen, regional um bis zu 300 Prozent. Die Nachfrage von externen Investoren hat an dieser Entwicklung Einfluss,

wobei große Investoren vorzugsweise komplette Betriebe übernehmen. Bei den derzeitigen Bodenpreisen und der anhaltend hohen Dynamik mit einem drei- bis vierfach höheren Eigentümerwechsel verglichen mit westdeutschen Verhältnissen wird es für ortsansässige Landwirte zunehmend schwer mitzuhalten. Eine mögliche Reaktion ist es, sich externe Kapitalgeber ins Boot zu holen, was aber deren Einfluss weiter stärken könnte.

Die Entwicklungen am Bodenmarkt sind also aus verschiedenen Gründen kritisch zu beurteilen. Die umfangreichen Investitionen am Bodenmarkt werden den Umfang der Investitionen in andere Aktivitäten zwangsläufig beschränken. Kreditfinanzierte Bodenkäufe – und viele Banken sind derzeit bereit, Zukäufe auch mit niedrigen Eigenkapitalanteilen zu finanzieren – können die wirtschaftliche Stabilität der Betriebe in der Zukunft gefährden, da sich bei einem Preisniveau von 15.000 Euro und mehr pro Hektar der Kapitaldienst nicht aus den Flächenerträgen erwirtschaften lässt. Externe Investoren finden daher gute Rahmenbedingungen für einen Einstieg. Zumindest für einen Teil der Investoren spielen kurzfristige Renditeaspekte bei ihrem Engagement keine wesentliche Rolle, sondern eher die Sicherheit der Vermögensanlage, so dass hohe Bodenpreise bzw. Kaufpreise von Betrieben akzeptiert werden. Über das tatsächliche Ausmaß des Engagements externer Investoren gibt es geringe Kenntnisse. Entsprechend sind auch die agrarstrukturellen und regionalwirtschaftlichen Folgewirkungen unterschiedlich zu beurteilen.

Folgerungen & Forderungen

- Die hohen Bodenpreise sind nicht unproblematisch für die weitere agrarstrukturelle Entwicklung in Ostdeutschland. Ihre dynamischen Veränderungen führen zu »Abwehrinvestitionen« und vereinzelt sogar zur Verdrängung vorhandener ortsansässiger Betriebe.
- Große externe Investoren werden wahrscheinlich weiterhin Engagements in der Landwirtschaft suchen. Ostdeutschland bietet dafür die entsprechenden Bedingungen.
- Es bestehen erhebliche Erkenntnisdefizite. Daher sind weitere Untersuchungen wünschenswert: regional breiter angelegt, differenziert nach unterschiedlichen Modellen des Investorenengagements und mit Blick auf die regionalen Auswirkungen.
- Konkrete Forderungen zu einer möglichen Regulierung sind verfrüht, da noch viele offene Fragen bestehen.
- Es bieten sich zunächst wenige Ansatzpunkte für eine Regulierung an. Das in diesem Zusammenhang häufig genannte Grundstücksverkehrsgesetz dürfte in seiner jetzigen Form kaum geeignet sein.
- Eine zu hohe Vermögenskonzentration als zusätzliches Kriterium einer »ungesunden Verteilung von Grund und Boden« könnte einen möglichen Ansatz darstellen.

Anmerkungen

- 1 T. Fock, C. Fuchs und J. Kasten: Jagd nach Grund und Boden. In: DLG-Mitteilungen, Heft 10, 2008, S. 15–21.
- 2 B. Forstner et al.: Aktivitäten von nichtlandwirtschaftlichen und überregional ausgerichteten Investoren auf dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt in Deutschland. Landbauforschung, Sonderheft 352. Braunschweig 2011.
- 3 Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010, Schriftliche Mitteilung. Schwerin Juli 2011.
- 4 Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern: Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke in Mecklenburg-Vorpommern 2010. Schwerin.
- 5 C. Schindler und T. Tanneberger: Investorenstudie vorgestellt. In: Bauernzeitung, 44/2011, S. 14–15.



Professor Dr. Theodor Fock

Professur für Agrarpolitik am Fachbereich Agrarwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft an der Hochschule Neubrandenburg

Brodaerstr. 2 / Haus 1, 17033 Neubrandenburg
E-Mail: fock@hs-nb.de

© **Schwerpunkt »Zusammen arbeiten«**

Die »Hähnchenblase«

Über die Krise der Geflügel-Agrarindustrie und eine erstarkende Bürgerbewegung

von Eckehard Niemann

Beim Markt für Geflügelfleisch scheint die Grenze des Wachstums längst erreicht. Seit zehn Jahren steigt der Verbrauch pro Jahr nur noch geringfügig, der Selbstversorgungsgrad hingegen liegt bei uns – wie in der EU insgesamt – bereits deutlich über 100 Prozent. Trotz dieses offenbar gesättigten Marktes werden zurzeit industrielle Masthähnchenanlagen in einem Umfang geplant, genehmigt und gebaut, der den derzeitigen Nachfragezuwachs um mehr als das Zehnfache übersteigt. Diese »Hähnchenblase« hat bereits heute fatale ökonomische Auswirkungen auf die von den Konzernen abhängigen Vertragsmäster. Und der Widerstand in der Zivilgesellschaft wird immer größer: Die Welle beantragter Agrarfabriken geht einher mit einer bundesweiten Welle von Protesten, der politischen Debatte über Nutztierhaltung und Agrarpolitik und mit neuen Initiativen für eine artgerechte Tierhaltung in bäuerlichen Strukturen.

Konzerne beherrschen seit den 1960er-Jahren den wachsenden Markt für Geflügelfleisch, insbesondere von Masthähnchen. Süddoldeburger Firmen wie Wesjohann (»Wiesenhof«), Stolle und Sprehe (»Alfra«, »Astenhof«) wuchsen im Oligopol und übernahmen nach 1990 viele ehemalige DDR-Kombinate »Industrielle Mast«.

Während die Eierkonzerne einen Großteil ihrer Stallanlagen auf Lohnarbeitsbasis betreiben, setzen die Hähnchenkonzerne vor allem auf Vertragsmast durch formal unabhängige Landwirte. In dieser »vertikalen Integration« beherrscht der Konzern (»Integrator«) alle Stufen: von der Belieferung mit Küken aus eigenen Brütereien und mit Futter aus eigenen Futterwerken bis zur Abnahme und Verarbeitung der Schlachttiere (je nach Leicht- oder Schwermast nach 30 bzw. 40 Tagen).

Der »Integrator« macht alle wesentlichen Vorgaben für die Produktion. Die Vertragsmäster finanzieren ihre Ställe auf eigenes Risiko mit 550.000 bis 600.000 Euro für die Standardeinheit von knapp 40 000 Tieren.¹ Die Mäster tragen das Produktionsrisiko und werden bei Skandalen als Sündenböcke benutzt. Sie betreiben zum erheblichen Teil unentlohnte Selbstausbeutung bzw. müssen Geld dazulegen.

Gesättigter Markt

Laut den Betriebszweig-Auswertungen der Landwirtschaftskammer Niedersachsen² kann etwa ein Viertel

der Betriebe seit vielen Jahren nicht einmal den vollen Lohnanspruch erwirtschaften (im Wirtschaftsjahr 2010/11 galt dies sogar für die durchschnittlich wirtschaftenden Betriebe). Ein Durchschnittsgewinn von sechs Cent pro Masthuhn und Mastdurchgang bedeutete bis vor kurzem (vor Erreichen der Selbstversorgung mit Hähnchenfleisch in Deutschland) bei einem 40 000er-Stall und 7,5 Mastdurchgängen im Jahr (also 300 000 Tieren pro Jahr) einen Jahresgewinn von 18.000 Euro und eine magere Rendite von drei Prozent auf die Investitionssumme.³

Vertragslandwirte tätigen ihre Investitionen in der Hoffnung, zu den 25 Prozent der »Besten« zu gehören – was per se für die allermeisten Mäster nicht aufgehen kann. Und weil die Mehrheit der Mäster ja nicht wirklich »schlecht«, sondern lediglich unterdurchschnittlich arbeitet, nutzen diese Hoffnung und die Selbstausbeutung dem Konzern. Je nach Vertragsdauer ist ein Wechsel zu einem anderen Integrator zwar möglich, aber in seinen Auswirkungen begrenzt: wegen ähnlicher Strukturen in allen Konzernen und oft auch wegen der räumlichen Ferne eines anderen Schlachthofs.

Seit etwa zehn Jahren wächst der Markt für Geflügelfleisch nur noch verhalten: Der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch von 11,4 Kilogramm Hähnchenfleisch im Jahr 2010 wuchs im Durchschnitt der letzten zehn Jahre nur noch um 320 Gramm bzw. um vier Prozent.⁴ Bei diesem begrenzten Zuwachs wird es im »Schweine-

fleischland« Deutschland auch maximal bleiben, trotz Hinweisen der Geflügellobby auf den höheren Verbrauch in anderen Ländern.⁵ Der Selbstversorgungsgrad in Deutschland und der EU liegt mittlerweile deutlich oberhalb von 100 Prozent.⁶ Die Importe aus Brasilien und den USA bestehen vor allem aus gefrorener Billigware und »Geflügelfleisch-Zubereitungen« für Fertiggerichte. Dieses Niedrigpreis-Marktsegment ist für die hiesigen Hähnchenfleischkonzerne zu hiesigen Produktionskosten ohnehin uninteressant.⁷

Gerechnet in 40 000er-Stalleinheiten gibt es in Deutschland knapp 2 000 Masthähnchenanlagen.⁸ Bei einem geschätzten künftigen Verbrauchszuwachs von weiterhin vier Prozent könnte das Marktgleichgewicht also maximal 80 zusätzliche Ställe (2 000 x 4 Prozent) verkraften. Derzeit werden jedoch geschätzt 900 Stalleinheiten geplant, beantragt oder gebaut. Allein im Hähnchen-Ballungsraum Landkreis Emsland liegen Anträge auf weitere elf Millionen Mastplätze in 275 Ställen vor,⁹ der Rothkötter-Konzern will seinen Schlachthof in Wietze von 400 Ställen beliefern lassen.¹⁰ Die Überproduktionswelle rollt.

Ruinöser Kampf um Marktanteile

Diese »Hähnchenblase« ist hauptsächlich durch das Eindringen neuer Konzerne in den Hähnchenmarkt entstanden. Rothkötter (»Emsland-Frischgeflügel«) aus Haren (Ems), ursprünglich ein Futtermittelkonzern, hat – mit welchem Geld auch immer – in wenigen Jahren seinen Marktanteil auf gut 20 Prozent gesteigert und setzt jetzt mit dem Neubau seines Mega-Schlachthofs in Wietze bei Celle zu einem weiteren Verdrängungskampf an.¹¹ Der holländische Plukon-Konzern (»Friki«), mittlerweile vom Finanzinvestor Gilde Buy-Out übernommen, hat kürzlich den Stolle-Konzern »einfusioniert«. Die ostdeutschen Dependancen des französischen Doux-Konzerns (»Gutsgold«) wurden jüngst geschlossen. In diesem ruinösen Kampf um Marktanteile und Vorherrschaft halten Wesjohann und Sprehe mit dem Ausbau eigener Kapazitäten dagegen.

Diese »Hähnchenblase« setzt alle europäischen Geflügelkonzerne unter Preisdruck: Selbst Europas größter Fleischkonzern Vion hat in Großbritannien bereits Hähnchen-Kapazitäten geschlossen bzw. reduziert¹² – kein Grund für Werner Hilse als Vion-Aufsichtsrat und niedersächsischer Landvolk-Präsident, Warnungen vor dem Einstieg in diese Branche auszusprechen.

Drittlandsexporte überschüssiger Ware sind für deutsche und Geflügelkonzerne in der EU allenfalls ein Weg zur Begrenzung von Verlusten. Auf dem Weltmarkt dominieren brasilianische Konzerne und Großkonzerne aus den USA, die zwar aus strategischen und fleischhygienischen Gründen nicht auf den EU-Markt drängen können, die aber zu wesentlich günstigeren Bedingun-

gen produzieren und Märkte wie Russland beliefern – solange diese Importländer nicht Selbstversorger sind.¹³

Zusammenbruch ganzer Produktionsketten vorausgesagt

Abgewälzt werden die Überschussprobleme deshalb weitestgehend auf die hiesigen abhängigen Vertragsmäster. In der Putenbranche forderten Erzeugergemeinschaften ihre Mitglieder bereits auf, sich wegen der Absatzprobleme für eine Form der Produktionseinschränkung zu entscheiden – also für zeitweise leer stehende Ställe bei weiter laufenden Kreditkosten.¹⁴ Was vorliegende Betriebszweig-Auswertungen der vergangenen Jahre noch nicht ausweisen: Kaum ein Neueinsteiger in die Hähnchenmast dürfte derzeit auch nur einen Cent verdienen. Die dramatisch gestiegenen Futterkosten können nicht vollständig in Form höherer Preise für Masthähnchen weitergegeben werden, die Konzerne drücken ihre Fleischüberschüsse durch Sonderangebote in den Markt.¹⁵

Professor Windhorst, ehemaliger Leiter des Institutes für Strukturforschung und Planung in agrarischen Intensivgebieten (ISPA) an der Universität Vechta, hat eine ähnliche Warnung vor ruinösen Überschüssen im »DGS-Magazin« veröffentlicht,¹⁶ dem offiziellen Organ des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG). In seiner Analyse beziffert er die Erweiterung der Schlachtkapazitäten in der Hähnchenbranche auf »weit mehr als das Doppelte des wahrscheinlichen Zusatzbedarfs«. Schon 2011 – und danach noch verstärkt – werde somit weit über die Aufnahmefähigkeit der deutschen, der europäischen und voraussichtlich auch der internationalen Märkte hinaus produziert werden. Infolge dieser Überschüsse werde in der ganzen Produktionskette bald kein Geld mehr verdient werden. Es werde »zu einer Reduzierung der Kapazität kommen oder auch zu einem Zusammenbruch ganzer Produktionsketten«, zur Unterauslastung oder einem Zusammenbruch von Schlacht- und Verarbeitungsbetrieben sowie zu Preisdruck, Vertragskündigungen und Liquiditätsproblemen der Vertragsmäster.

Ein wachsendes Problem sieht Windhorst auch im Widerstand gegen eine weitere Verdichtung bzw. Neuerrichtung von Mastanlagen. Dieser komme »nicht nur von Tier- und Umweltschutz-Organisationen, sondern auch von der nicht in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung sowie von Landwirten selbst«.

Windhorst erntete für seine ehrliche Analyse deutliche Kritik aus agrarindustriellen Kreisen.⁷ Der ZDG, zugleich Mitglied im Bauernverband, reagiert auf öffentliche Kritik vor allem mit einer Beschönigungs- und Verharmlosungs-PR.¹⁷ Auch der so genannte »Bundesverband bäuerlicher Hähnchenmäster«, der bezeichnenderweise Mitglied im ZDG ist, fällt in der Öffentlichkeit

mehr durch seine Kritik an kritischen Berichten über die agrarindustrielle Hähnchenmast auf als durch die Thematisierung der prekären Lage seiner Vertragsmäster.¹⁸

Was treibt die Stall-Investoren?

Den allermeisten Landwirten ist der Einstieg in die Abhängigkeit und in eine gesellschaftlich inakzeptable Qualhaltung der Tiere keine Überlegung wert. Denn mit bäuerlichen Prinzipien grundsätzlich unvereinbar ist eine agrarindustrielle Haltung unter Konzernkontrolle,

bei der Tiere

- wie Sachen einer kostenminimalen Haltungstechnik angepasst werden,
- einseitig auf Brustfleisch qualgezüchtet werden,
- unter Problemen mit Skelett und Herz-Kreislaufsystem leiden und eine längere Mast- und Lebenszeit gar nicht aushalten würden,
- zu zwanzig auf einem Quadratmeter und die ganze Zeit auf dem eigenem Kot stehen,
- zu 70 bis 100 Prozent Fußballentzündungen haben und durchschnittlich 2,3 Antibiotikagaben innerhalb von 30 bis 40 Tagen bekommen;

und bei der

- die Ausbreitung von Salmonellen und antibiotikaresistenten Keimen gefördert wird,
- belasteter Hühner trockenkot ausgebracht wird,
- massive Geruchs- und Keimemissionen die Gesundheit, Umwelt und Lebensqualität belasten und den Bau der Ställe von Berufskollegen verhindern,
- die Fütterung weitgehend auf Importen von gentechnisch manipulierter Soja beruht und
- die Dumpingexporte minderwertiger Geflügelteile die Bauern in afrikanischen Ländern verdrängen.

Derzeit wollen viele Investoren noch rechtzeitig vor den absehbaren gesetzlichen Einschränkungen einen Stall »durchziehen«. Viele befürchten auch, dass Wettbewerber ihnen mit einem Stallbau zuvorkommen und dadurch die zugelassenen Obergrenzen für Emissionen ausgeschöpft sein könnten. Viele Investoren dürften »Stroh-männer« der Konzerne sein. Ein Landwirt bei Celle machte öffentlich, dass Bauern von Schlachtkonzern-Vertretern Geld geboten wird, wenn sie stellvertretend für konzern-eigene Ställe die Bauanträge durchbringen.¹⁹

Auch wenn unter den Investoren etliche landwirtschaftliche Familienbetriebe sind: In diesem Betriebszweig produzieren sie agrarindustriell unter Konzernkontrolle. Das Argument, das »zweite Standbein« Hähnchenmast stabilisiere bäuerliche Familienbetriebe, ist falsch. Man rettet die Unabhängigkeit und auch die Rentabilität von Familienbetrieben nicht, wenn sie zu einem Kettenglied agrarindustrieller Konzernproduk-

tion werden. All diese Fakten werden von der Geflügel- und Bauernverbandslobby kaum publiziert – und wenn, dann falsch dargestellt. So wird die ruinöse Produktionssteigerung (also das *Problem*) als »Zuwachs« und damit als *Erfolg* gefeiert. Nichtssagend die Aussage, die Ware fließe »zügig ab«. Ware fließt immer ab, wenn man den Preis entsprechend senkt.

Viele defizitäre Mäster verkaufen ihre Ställe unter der Hand billig an andere Mäster, die dann zunächst einmal geringere Aufwendungen haben. Manche Mäster haben nach erfolgter Abschreibung alter Ställe eine Zeit lang geringere Kosten. Aber diesen Vorteil haben die Neueinsteiger in den Hähnchenmarkt eben definitiv nicht.

Für Landwirte, die nicht über Flächenzupacht wachsen können oder in bisherigen Produktionszweigen Probleme haben, ist der Einstieg in die Hähnchenmast deshalb kein »rettender Stroh-halm«, sondern erhöht nur die Verluste, Abhängigkeiten und Konflikte.

Bürgerdruck verschärft Probleme der Konzerne

Mittlerweile verhindert ein Netzwerk von Bürgerinitiativen und Verbänden viele Genehmigungen und schreckt potenzielle Mäster ab. Der vom Bauernverband unterstützte und vom Land Niedersachsen mit 6,5 Millionen Euro geförderte Rothkötter-Schlachthof in Wietze findet trotz massiver Anwerbeveranstaltungen unter Beteiligung der Landwirtschaftskammer im Umkreis nicht genügend Vertragsmäster.¹⁹ Hundert Mäster wären für die erste Produktionsstufe nötig und 400 für die Endausbaustufe. Anwerben konnte Rothkötter bisher geschätzt erst wenige Dutzend. Insidern zufolge sollen deshalb sogar 40 bis 50 Ställe im fernen Dänemark angeworben worden sein. Angesichts der Rentabilitätsschwelle von 150 Kilometern für Transporte ist das eine teure Notlösung. Klagen gegen den Schlachthof beziehen sich zudem auf Fehler bei der Baugenehmigung.²⁰ Offen bleibt, ob weitere und gegebenenfalls welche Geflügelkonzerne beim laufenden Verdrängungskampf auf der Strecke bleiben werden.

EU-Vorgaben und Bürger setzen die agrarindustrielle Qualhaltung auch politisch unter Druck, nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Niederlanden und anderen EU-Ländern. In zwei Gutachten kritisiert die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) die Haltungsformen bei Masthühnern, die einseitige Zucht auf schnelles Wachstum und die dadurch mitverursachten Probleme mit Skeletterkrankungen, Lahmheit, Kontaktdermatitis, unregelmäßigen Körperformen und plötzlichem Herztod. Es seien, so fordert die EFSA, Tierschutz-Indikatoren zu entwickeln und zu überwachen.²¹

Niedersachsens Landesregierung reagiert mit einem Tierschutzplan, der bis zum Jahr 2018 Verbesserungen durchsetzen soll. In der Politik diskutiert man über die

Abschaffung der Bau-Privilegierung von Gewerbe- und Großmastanlagen, über Keimschutz- und Brandschutzgutachten, über Reduzierungsprogramme von Antibiotika, über die Auswirkungen der industriellen Tiermast auf das Grundwasser, über hygienische und soziale Bedingungen in den Schlachtereien, über den Import von gentechnisch manipuliertem Soja und über Geflügelfleischexporte in afrikanische Länder.

Tierschutz-Siegel und Ordnungspolitik

Während in der EU und auf deutscher Ebene die Verhandlungen um ein staatliches Tierschutz-Siegel stocken, verhandelt der Deutsche Tierschutzbund mit Masthünerkonzernen über die Einführung eines privaten, zweistufigen Tierschutz-Siegels. Ein »Silber-Label« soll mehr Platz, begrenzte Gewichtszunahmen und einen Kalt-Scharr-Raum garantieren. Der Wesjohann-Konzern kündigte als erster an, neben seinem »Wiesenhof«-Programm eine Marke namens »Privat-Hof« einzuführen und dafür das Siegel des Tierschutzbunds zu beantragen.²²

Allerdings fehlen bei den neuen Siegeln bisher noch Tierzahl-Obergrenzen wie im NEULAND-Programm, so dass Emissionen ein Problem bleiben, bäuerliche Betriebsstrukturen nicht selbstverständlich sind und alternative (Direkt-)Vermarktungsstrukturen massiv unter Druck geraten können. Mögliche Skandale in den beteiligten agrarindustriellen Schlacht- und Geflügelkonzernen können auch auf deren »Siegel«-Produkte abfärben. Eine höhere Rentabilität und Unabhängigkeit für die teilnehmenden Landwirte ist nicht gesichert.

Siegel-Programme können die aktuell anstehende Durchsetzung einer flächendeckend artgerechten Tierhaltung und das generelle Verbot agrarindustrieller Haltungsformen und Strukturen daher nicht ersetzen.

Folgerungen & Forderungen

- Die Hähnchenblase macht die ruinöse Abhängigkeit der Mäster unübersehbar; dies kann beim Widerstand gegen neue Mastställe genutzt werden.
- Anlagen oberhalb der Grenzen des Bundesimmissionschutzgesetzes, die bei 15 000 Stallplätzen für Hennen, 30 000 für Mastgeflügel und 15 000 für Truthühner liegen, sollten nicht mehr genehmigt werden.
- Bestehende Anlagen sind zu verkleinern und auf artgerechte Haltung umzubauen.
- Investitionen für Großschlachthöfe, Agrarfabriken und Überschussprodukte sind nicht mehr zu fördern und stattdessen nur noch Stallbauten für eine konzernunabhängige, bäuerliche und artgerechte Tierhaltung sowie handwerkliche und regionale Verarbeitung.

Anmerkungen

- 1 H. Pieper: Lohnt Hähnchenmast? In: Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen-Lippe Nr. 43, 2011, S. 23 f.
- 2 S. Schierhold: Kosten und Leistungen in der Hähnchenmast, Präsentation bei der DLG-Wintertagung am 9. Januar 2008; dieselbe: Betriebszweigauswertungen in der Hähnchenmast, www.lwk-niedersachsen.de, Stand vom 24. Juni 2009 bzw. 12. April 2011.
- 3 K. Damme und C. Möbius: Geflügeljahrbuch 2012, Stuttgart 2011, hier Gewinnberechnung Broilermast der LWK Hannover 2007/08 und 2008/09, S. 62.
- 4 Der Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch von Jungmasthühnern in Deutschland lag 2000 bei 8,2 Kilogramm (vgl. de.statista.com) und 2010 bei 11,4 Kilogramm (vgl. MEG-Marktbilanz Eier und Geflügel 2011, Stuttgart 2011, S. 20).
- 5 Verbrauch von Hähnchenfleisch in Deutschland klar unter EU-Schnitt, Pressemeldung vom 25. September 2009 (www.landundforst.de)
- 6 H. W. Windhorst: Hähnchenfleischerzeugung – Wachstum als Risiko? In: DGS-Magazin 35/2010, S. 16.
- 7 W. Preugschat: Rothkötter auf Gegenkurs zu Windhorst. In: Land & Forst Nr. 44, 2010, S. 29.
- 8 Laut MEG-Marktbilanz Eier und Geflügel 2011 (siehe Anm. 4) gab es 2007 bereits 59,2 Millionen Masthühnerplätze (ebd., S. 121).
- 9 T. Böckermann: Kreis verlangt Keimgutachten. In: Neue Osnabrücker Zeitung (www.noz.de) vom 22. Oktober 2010.
- 10 G. Schulte: Landwirte halten sich mit dem Bau von Geflügelställen zurück. Hannoversche Allgemeine Zeitung (www.haz.de) vom 10. Januar 2011.
- 11 http://de.wikipedia.org/wiki/Emsland_Frischgeflügel, Zugriff am 2. November 2011.
- 12 BBC News: Jobs threat at Vion processing plant in Coupar Angus. Pressemitteilung vom 2. August 2011.
- 13 A. Veauthier und H. W. Windhorst: Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und niedersächsischen Geflügelfleischerzeugung. In: Weiße Reihe, Band 34, 2011, S. 37 ff.
- 14 AbL Niedersachsen: Überschuss-Abbau der Geflügelkonzerne auf Kosten der Mäster? Pressemitteilung vom 2. Februar 2011.
- 15 MEG-Marktbilanz Eier und Geflügel 2011, S. 144.
- 16 DGS-Magazin Nr. 35, 2010, S. 15 ff.
- 17 Siehe <http://www.zdg-online.de/presse/standpunkte>, verschiedene Meldungen.
- 18 www.agrarheute.com: Landwirtschaftliche Hähnchenaufzucht nicht pauschal verunglimpfen. Pressemitteilung vom 13. Januar 2010.
- 19 T. Harmening: Rothkötter, Suche nach Mega-Mäster. In: Cellesche Zeitung, 12. November 2010.
- 20 NABU ergänzt Klage gegen Wietze. In: Neue Osnabrücker Zeitung vom 8. September 2011.
- 21 EFSA: EFSA untersucht Tierschutz bei Masthühnern und ihrer Zucht. Pressemitteilung vom 28. Juli 2010.
- 22 Informationen bei der Fachtagung Initiative Tierwohl, Universität Göttingen am 30. Juni 2011, und www.agrarheute.com: Privathof-Ge Flügel – Wiesenhof stellt neue Haltungsform vor. Pressemitteilung vom 26. August 2011.



Dipl.-Ing. agr. Eckehard Niemann

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Mitkoordination des Netzwerks »Bauernhöfe statt Agrarfabriken«

Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel
E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de

Aufbruch mit Leguminosen

Ein Projekt in Nordrhein-Westfalen entwickelt eine zukunftsweisende Eiweißfutter-Versorgung

von Christoph Dahlmann

Schon seit Jahrzehnten bewegt das Thema der Eiweiß(futter)-Versorgung die Politik wie auch die kritische Öffentlichkeit. In den aktuellen Debatten über den weltweit wachsenden Fleischkonsum und die Frage der gentechnikfreien Fütterung spielt die hohe Importabhängigkeit von Eiweißträgern eine zentrale Rolle. Auch in den laufenden Verhandlungen zur EU-Agrarreform werden die Leguminosen immer wieder erwähnt. Fast jeder weiß um ihren Nutzen für die Landwirtschaft, aber nur wenige scheinen sie auch politisch durch entsprechende Maßnahmen fördern zu wollen. Ein Projekt in Nordrhein-Westfalen will das ändern und dazu beitragen, eine zukunftsweisende Eiweißfutter-Versorgung aufzubauen.

»Vom Acker in den Futtertrog – Zukunftsweisende Eiweißfutter-Versorgung für Nordrhein-Westfalen«, so lautet das seit März 2011 laufende Projekt der AbL-NRW.¹ So sperrig der Titel, so klar die Ziele: Die Reduzierung der hohen Mengen an Eiweißimporten (etwa 80 Prozent der in der EU verfütterten Eiweißträger werden importiert), die Bereitstellung von regional erzeugtem, gentechnikfreien Proteinfutter und die Etablierung von energieextensiveren Fruchtfolgen sind als wichtigste zu nennen. Für eine umfassende Eiweißinitiative müssen diese Ziele sicherlich um weitere Punkte ergänzt werden, wie zum Beispiel eine qualitative Verbesserung auch durch verstärkte Integration von Leguminosen des Grünlandes, Verringerung des Exportanteils von Rapsschrot und ein geringerer Konsum tierischen Eiweißes. Am Ende des Projektes sollen anwendbare Vorschläge für eine Eiweißinitiative für Politik und Praxis stehen.

Ausgangspunkt und zentraler Akteur in dem Projekt ist die Praxis, sind die Bäuerinnen und Bauern. Was läuft wirklich auf den Betrieben, welche Erfahrungen werden oder wurden dort mit dem Leguminosenanbau gemacht? Gibt es überhaupt neben dem Anbau im Ökologischen Landbau (in dem speziell die Klee- und Luzernegrasgemenge aber auch Körnerleguminosen wie die Ackerbohne und Erbse eine tragende Rolle in der Fruchtfolge spielen) noch einen nennenswerten Anbau?

In Nordrhein-Westfalen weist die Statistik für 2010 einen Anbau von 4 100 Hektar für Körnerleguminosen

aus. Dies entspricht bei einer Gesamtackerfläche von einer Million Hektar in NRW weniger als ein halbes Prozent. Etwa ein Drittel dieses Anbaus fand im Ökologischen Landbau statt. Vorläufige Ergebnisse aus der repräsentativen Bodennutzungserhebung 2011 geben sogar nur einen Anbauumfang von 3 000 Hektar an.² Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse dieser Erhebung Anbauwüchse in der Fläche bei Silo- und Körnermais von mehr als sieben Prozent. So steht Mais schon auf mehr als einem Viertel des Ackerlandes in NRW. Die derzeitigen ökonomischen Vorteile spiegeln sich also, nicht überraschend, in den Anbauverhältnissen wider.

Ein Blick zurück

Wurden 1950 noch annähernd 1,5 Millionen Hektar Leguminosen bundesweit angebaut – in der Summe aus Futterleguminosen wie zum Beispiel Klee oder Luzerne und Körnerleguminosen wie die Ackerbohne oder Erbse –, so sind es im Jahre 2011 nur noch knapp 360 000 Hektar (Abb. 1). Letzteres entspricht einem Anteil von drei Prozent an der Ackerfläche in Deutschland. Erwähnenswert sind hier noch die Unterschiede bis 1990. In der damaligen DDR hatten Leguminosen eine höhere Anbaubedeutung. Anteile an der Ackerfläche von Luzerne, Klee und Körnerleguminosen von ungefähr zehn Prozent der Ackerfläche waren hier die Regel. Wenn von Leguminosen gesprochen wird, sind zumeist die Körnerleguminosen gemeint. Diese machen im Jahr

2011 einen Anteil von nicht mal einem Prozent an der Ackerfläche aus, welches einem Anbauumfang von insgesamt 95 000 Hektar entspricht. Davon werden die Erbsen, die zumeist auf den mittleren Böden zu finden sind, am häufigsten angebaut. Auf den leichten Sandstandorten ist die Süßlupine (zumeist ist es die blaue Lupine) zu finden. Auf den schweren Böden hat die Ackerbohne ihre größte Anbauwürdigkeit und ist die Nummer drei der Körnerleguminosen. Vermehrt wird in letzter Zeit auch die Sojabohne angebaut.

Vielfältige Gründe des Anbaurückgangs

Über die letzten 60 Jahre gesehen sind die Futterleguminosen, zu denen auch die Gemenge aus Klee- oder Luzernegrass zählen, immer weniger in der Feldflur zu finden. Der Silomais hat sicherlich einen Großteil der Futterleguminosen ersetzt. Ein detaillierter Blick in die Anbauzahlen von Körnerleguminosen zeigt, dass sie in den letzten 60 Jahren einen Anbauumfang zwischen 50 000 Hektar und 230 000 Hektar hatten und derzeit bei den bereits genannten etwa 95 000 Hektar liegen. Das letzte »Anbauhoch« war um die Jahrtausendwende mit über 220 000 Hektar. Neben der Absenkung der EU-Ausgleichszahlungen für Körnerleguminosen im Jahr 2002 sind die Gründe für diesen Rückgang vielfältig, aber nicht immer nachvollziehbar.

Geringerer Deckungsbeitrag

Der Anbaurückgang wird zu einem Teil ökonomisch begründet. Zu groß sind die Unterschiede zu den Deckungsbeiträgen der marktdominanten Arten wie Raps, Weizen, Mais oder Kartoffeln. Auch wenn diese Betrachtung der Einzeldeckungsbeiträge häufig zu kurz greift und positive Effekte der Leguminosen auf die gesamte Fruchtfolge nicht berücksichtigt, muss deren geringe ökonomische Wettbewerbsfähigkeit in vielen Fällen konstatiert werden. So zeigen erste Ergebnisse aus dem Praxis-Monitoring des Projektes, dass die konventionellen Betriebe in 2011 zum Beispiel nicht mehr als 20 Euro/Dezitonne für Ackerbohnen erzielen konnten und dies bei Erträgen zwischen 50 und 65 Dezitonnen/Hektar. Zum Vergleich: Der Weizenpreis lag zu dem Zeitpunkt ebenfalls bei ungefähr 20 Euro/Dezitonne, die Erträge jedoch zwischen 80 und 100 Dezitonnen je Hektar.

Eine ökonomisch ratsame Betrachtungsweise der gesamten Fruchtfolge kann, je nach Betriebsform, zu anderen Ergebnissen führen: Besonders in Marktfruchtbetrieben können weite Fruchtfolgen, die eine Körnerleguminosenart integrieren, auch ökonomische Vorteile bieten. Diese werden erzielt durch die Kapung von Arbeitsspitzen und den positiven Effekten bei der Hinzunahme einer Sommerung in zumeist winterungenlastigen Fruchtfolgen.

Art der Verwertung wichtig

Einen Einfluss auf die Ökonomie bei den Körnerleguminosen hat aber auch die Art der Verwertung. Wird die Körnerleguminose innerbetrieblich verwertet, so kann auch ihr Futterwert als erzielter Preis in die ackerbauliche Deckungsbeitragsrechnung eingehen. Ein Kalkulationsmodell für den »innerbetrieblichen Preis«, oder besser den Futterwert, zeigt folgendes Beispiel aus dem konventionellen Bereich: Liegt die Notierung von Sojaschrot bei 30 Euro und die von Weizen bei 20 Euro pro Dezitonne, kann in diesem Fall zum Beispiel für die Erbse ein Preis von 25 Euro/Dezitonne in Rechnung gestellt werden. Für die Ackerbohne würde sich diese Kalkulation ähnlich verhalten. Die Lupine liegt wegen ihrer besseren Eiweißwertigkeit ein wenig höher.

Pflanzenbauliche Probleme

Für den Rückgang mitverantwortlich gemacht werden auch Probleme im pflanzenbaulichen Bereich: Fußkrankheiten, nicht ausreichende Unkrautunterdrückung, Wildschäden, Lagerneigung, unterschiedliche Insekten, eingeschränktes Sortenspektrum sowie schwankende Erträge. Letztere treten von Betrieb zu Betrieb in unterschiedlicher Intensität auf. Für den konventionellen Landbau ist noch zu erwähnen, dass es – im Vergleich zu den klassischen Kulturarten – nur ein eingeschränktes Spektrum von Pflanzenschutzmitteln für Körnerleguminosen gibt. Erschwerend für eine Anbausausdehnung kommt hinzu, dass in viehintensiven Regionen Pflanzenarten, die zusätzlich Stickstoff ins System bringen wie die Leguminosen durch ihre Fähigkeit Luftstickstoff zu binden, nicht ins Konzept passen.

Fehlender Zuchtfortschritt

Als ein Grund wie auch eine Folge des Anbaurückgangs kann der fehlende Zuchtfortschritt angesehen werden. In Deutschland hat momentan nur noch ein Züchterhaus ein vollständiges Zuchtprogramm für Ackerbohne und Erbse. Im Vergleich dazu gibt es für Winterweizen allein 16 vollständige Zuchtprogramme.

Wissensverlust

Der geschilderte Rückgang im Anbau spiegelt sich auch im Wissen bzw. Nicht-Wissen über Leguminosen wider. In Beratungskonzepten sind sie so gut wie gar nicht mehr integriert und in der Ausbildung verhält es sich ähnlich. Sicher muss hier unterschieden werden zwischen den Bewirtschaftungssystemen. Im Ökologischen Landbau spielen Leguminosen weiterhin eine tragende Rolle, aber im konventionellen sind sie trotz der beschriebenen Aktivitäten eher eine Rarität.

Hauptsächlich Soja

Dass die heimischen Körnerleguminosen aus konventionellen Fruchtfolgen so gut wie verschwunden sind,

liegt hauptsächlich an den bislang preiswerten Sojaimporten. Die guten Eiweißqualitäten der Sojabohne sind unbestritten. Des Weiteren hat der Handel auch kein Interesse daran, sich auf relativ kleine Mengen heimisch erzeugter Leguminosen einzustellen, wo doch die gesamte Struktur auf hohe Verarbeitungsmengen von Soja ausgelegt ist.

Wirtschaftliche Interessen

Da zum gegenwärtigen Zeitpunkt etwa 80 Prozent der in der EU verfütterten Eiweißträger importiert werden, hat die Importfuttermittelindustrie natürlich kein Interesse an einem vermehrten heimischen Anbau von Leguminosen. Und auch für andere Bereiche der Agrarbranche besitzen sie eine massive Sprengkraft wie zum Beispiel für die ölabhängige Stickstoffindustrie. Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg der Einsatz synthetischen Stickstoffs steil an, während gleichzeitig die Anbauflächen von Leguminosen zurückgingen.

Die (fast) vergessenen Vorteile

Durch ihre Fähigkeit, Luftstickstoff zu fixieren besitzen Ackerbohne, Erbse und Lupine bei den Körnerleguminosen und Klee- und Luzernegrasgemenge beim Feldfutterbau eine sehr gute Vorfruchtwirkung. Dies ist auch in der Praxis unumstritten, wie nicht nur eine Umfrage aus dem Jahr 2005 zeigt, bei der 98 Betriebsleiter den Körnerleguminosen einen Effekt auf die Nachfolgefrucht Winterweizen von acht bis elf Dezitonnen pro Hektar anrechneten. Dieser sehr gute Vorfruchtwert gilt für den ökologischen wie für den konventionellen Landbau, spielt aber im Ökologischen Landbau systembedingt eine wichtigere Rolle, da Stickstoff nicht synthetisch zugeführt werden darf. Der Anbau von Körnerleguminosen ist aber auch im Ökologischen Landbau

rückläufig und betrug im Jahre 2008 nur noch 6,2 Prozent der ökologisch bewirtschafteten Ackerfläche.

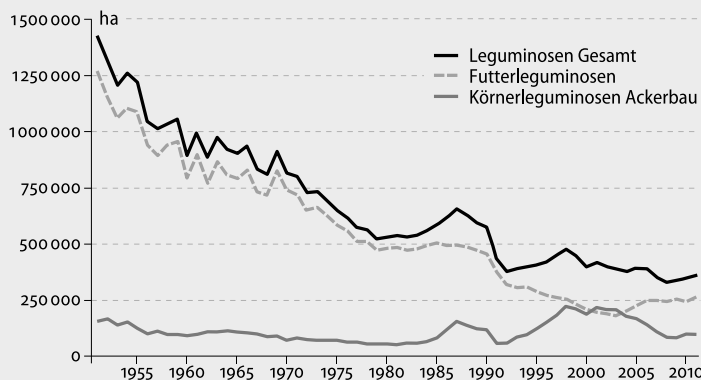
Förder- und Aktionsprogramme

Bestrebungen, die Leguminosen in der Fruchtfolge, aber auch in der Fütterung zu halten, hat es immer wieder gegeben. Vielen werden noch die jeweiligen Landesvereine zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hülsenfrüchten in guter Erinnerung sein. In den späten 1980er-Jahren wurde über diese Vereine eine Art Selbstverwertungsprämie von Körnerleguminosen für die Landwirte gesichert, die sonst nur Großabnehmer und Verarbeiter von Leguminosen einstrichen. Angefangen in Hessen kam die Prämie in fast allen alten Bundesländern zur Anwendung. In Hessen selber wurde der Anbauumfang innerhalb weniger Jahre von circa 800 bis 900 Hektar auf annähernd 5 000 Hektar gesteigert. Durch Vorgaben des Zolls, die Leguminosen zu denaturieren, wurde der Erfolg gebremst und schließlich mit der Umstellung von Mengen- auf Hektarprämien bei der Agrarreform 1993 jäh gestoppt. Aber diese Zeit hat Impulse gesetzt bei Landwirten (auch den konventionellen) und bei Züchtern.³

Förderungen über Agrarumweltmaßnahmen

In einigen Bundesländern werden über Agrarumweltmaßnahmen die Leguminosen mit gefördert. In Bayern und Nordrhein-Westfalen gibt es die »Vielfältige Fruchtfolge«, in Baden-Württemberg die »Fünfgliedrige Fruchtfolge«. Die Verpflichtung für die fünfjährige Laufzeit beinhaltet unter anderem den Anbau von mindestens fünf Hauptfrüchten und einen Mindestanteil von Leguminosen oder Leguminosengemengen. In Bayern und Baden-Württemberg sind dies fünf Prozent bzw. sieben Prozent in Nordrhein-Westfalen. Die Zahlungen liegen zwischen 65 und 85 Euro pro Hektar für die gesamte förderfähige Ackerfläche bei konventionellen Betrieben. Für ökologisch wirtschaftende Betriebe liegen die Fördersätze je nach Bundesland zwischen 30 und 40 Euro/Hektar niedriger. Um sich kurz die Dimensionen dieses Programms in Nordrhein-Westfalen zu vergegenwärtigen: 68 000 Hektar der über eine Millionen Hektar Ackerland werden innerhalb der »Vielfältigen Fruchtfolge« bewirtschaftet. Dieses Programm spricht natürlich eher die Marktfuchtregionen an. In grünlandgeprägten und viehintensiven Regionen hat es kaum eine Bedeutung.

Abb. 1: Leguminosenanbau in den letzten 60 Jahren in Deutschland



Quelle: Destatis sowie Statistisches Jahrbuch der DDR (verschiedene Jahrgänge)

Ein Aktionsprogramm in Bayern

In Bayern ist im Frühjahr 2011 das »Aktionsprogramm Heimische Eiweißfuttermittel« gestartet. Dieses mit 1,8 Millionen Euro finanzierte Programm hat eine Laufzeit von zwei Jahren. Die Hauptgründe für diese Aktivitäten sind das Bestreben nach einer gentechnikfreien Produktion sowie Ernährung, das Sicherstellen der Versorgungssicherheit und die Regionalität innerhalb der Produktion.⁴ Daraus resultieren die erklärten Ziele wie zum Beispiel die Reduzierung der Importabhängigkeit bezüglich Soja, die ausschließliche Deckung des Eiweißbedarfes in der ökologischen Tierhaltung aus heimischer Erzeugung und die kurzfristige Verdoppelung der Sojaanbaufläche auf 5 000 Hektar. Um diese Ziele zu erreichen sind folgende Ansatzpunkte in den Fokus gerückt: Eine effizientere Ausnutzung vorhandener Eiweißquellen (etwa die Hälfte des Rapsschrotes wird derzeit exportiert!) und die Ausdehnung des Anbaus heimischer Eiweißpflanzen.⁵

Frankreich subventioniert

Ein Blick über die Landesgrenzen hinaus führt nach Frankreich. Hier hat der Leguminosenanbau im europäischen Vergleich immer schon eine bedeutende Rolle gespielt. Aber auch in Frankreich ist die Anbaufläche schon seit Jahren rückläufig und so entschied sich die Regierung in Paris, ab 2010 ein Paket zu schnüren, welches den Körnerleguminosenanbau für drei Jahre mit 40 Millionen Euro unterstützt. Diese zusätzliche Subventionierung von umgerechnet circa 100 Euro pro Hektar führte 2010 zu einer sprunghaften Ausdehnung der Anbaufläche. Mit fast 400 000 Hektar kam es fast zu einer Verdopplung gegenüber 2009. Dieser Trend fand aber 2011 keine Fortsetzung. Im Gegenteil, der Anbau von Erbsen wurde um 18 Prozent gegenüber 2010 eingeschränkt, der von Ackerbohnen sogar um 30 Prozent. Marktexperten führen das auf ungünstige Witterungsverhältnisse und auf eine stärkere Ausdehnung des ökonomisch lukrativeren Rapsanbaus zurück.

Nachhaltigkeit von Förderungen und Konsequenzen

Die beschriebenen unterschiedlichen Initiativen und Fördermaßnahmen machen deutlich, dass es eines enormen Aufwandes bedarf, um die Leguminosen nachhaltig aus ihrer Nische zu holen. Programme, die auf zwei bis drei Jahre ausgelegt oder nur für bestimmte Regionen oder Bewirtschaftungssysteme interessant sind, haben leider keine ausreichende Nachhaltigkeit. Das Projekt »Vom Acker in den Futtertrog« setzt an der Basis an und versucht über Feldtage, Fachseminare und anderen Formen der Öffentlichkeitsarbeit die Leguminosen wieder verstärkt in das Bewusstsein zu rücken. Des Weiteren wird über die Erstellung eines internet-

Folgerungen & Forderungen

- Die hohen Mengen an Eiweißimporten müssen aus ökologischen sowie sozio-ökonomischen Gründen deutlich reduziert werden.
- Erforderlich ist eine »Eiweißoffensive« für Deutschland (und die EU) mit den Schwerpunkten Praxis, Züchtung, Forschung und Ausbildung.
- Leguminosen brauchen eine nachhaltige Förderung, die langfristig angelegt sein muss und nicht nur bestimmte Regionen und Bewirtschaftungssysteme umfasst.
- Ökologische Vorrangflächen innerhalb der EU-Agrarreform sind auch mit Leguminosen zu bestellen.
- Gentechnikfreiheit im Zusammenhang mit der Eiweißversorgung ist verstärkt in den Blick zu nehmen.

gestützten Markplatzes versucht, eine Art »Leguminosenbörse« zu etablieren.

Neben den Herausforderungen im Pflanzenbau, in Züchtung, Handel und Verwertung bedarf es deswegen einer Agrarpolitik, die vermehrt auf energieextensivere Fruchtfolgen und Verwertung achtet. Von daher hat der Vorschlag des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) durchaus seinen Charme, die EU-Direktzahlungen ab dem Jahr 2014 an einen Mindestanteil Leguminosen von 20 Prozent an der Ackerfläche zu binden. Leider ist dies in die Vorschläge der Kommission nicht aufgenommen worden. Bleibt zu hoffen, dass die von der Kommission vorgesehenen sieben Prozent ökologische Vorrangfläche in der Zukunft unter anderem mit Leguminosen bestellt werden.

Anmerkungen

- 1 Das Projekt wird gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen.
- 2 Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen-Lippe, 33/2011, S. 14.
- 3 Persönliche Mitteilung von Günter Völkel, ehemals LLH – Hessen, 28. Oktober 2011.
- 4 Persönliche Mitteilung von Josef Groß, Koordinator »Aktionsprogramm heimische Eiweißfuttermittel«, 18. Oktober 2011.
- 5 Heimische Eiweißfuttermittel – Impulse für eine bessere Eigenversorgung. Robert Schätzl, LfL-Bayern, Deutscher Bundestag, Berlin, 23. September 2011.



Christoph Dahlmann

Projektleitung »Vom Acker in den Futtertrog – Zukunftsweisende Eiweißfutter-Versorgung für NRW«

c/o AbL e.V.
Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm (Westf.)
E-Mail: dahlmann@abl-ev.de
www.Vom-Acker-in-den-Futtertrog.de

Künstlicher Herbst

Über Sikkation und die Reifesteuerung mit Hilfe von Pestiziden

von Friedrich Haalck

Sikkation – das Ausbringen von Herbiziden kurz vor der Ernte – ist ein inzwischen weitverbreitetes Verfahren des Pflanzenbaus. Es erleichtert nicht nur die Ernte, sondern soll sich auch günstig auf die Reife der so behandelten Ackerfrüchte, vor allem Kartoffeln, Raps, Brotgetreide und Weizen auswirken. Doch was bedeutet dieses relativ neue Anwendungsfeld von Pestiziden für die Umwelt und die menschliche Gesundheit? Eine weitere Vergiftung von Lebensmitteln? – Der folgende Beitrag geht diesen bislang in der Öffentlichkeit kaum gestellten Fragen nach. Er beschreibt und analysiert kritisch die derzeitige Festlegung von Rückstandshöchstgehalten und die behördliche Praxis bei der Zulassung der Pestizide, aber auch die vermeintlich »gute fachliche Praxis« der Pestizidausbringung. Eine fatale Gemengelage von behördlichem Versagen und bäuerlicher Praxis wird deutlich: Die Entscheidung der staatlichen Stellen über zumutbare Pflanzengifte in Lebensmitteln, Boden, Oberflächengewässer und Trinkwasser wird verdrängt und der Landwirt macht weiterhin, was er im Rahmen der Gesetze für den Betriebserfolg meint verantworten zu können. Eine konsequente Anwendung des Vorsorgeprinzips müsste angesichts der zahlreichen toxikologischen Unsicherheiten die heutige Praxis der Sikkation unverzüglich stoppen. So das Fazit des Autors.

Erntezeit: Wer sich noch mit Natur und Ackerscholle verbunden fühlt, die Jahreszeiten am Wechsel der Feldbestellung abliest, den beschleicht in den letzten Jahren ein mulmiges Gefühl. Das vertraute Bild will sich nicht einstellen, die Szenerie wirkt irgendwie falsch. Ein Missklang aus verheerend wirkenden, verwüsteten, abgestorbenen Kartoffelkulturen, bräunlich trockenen, wie »tot« wirkenden Rapsfeldern und trockengebleichten Getreidebeständen, in denen auch dann kein Grün mehr zu sehen ist, wenn es doch eigentlich schon wieder dort wachsen müsste, gibt Anlass zur Sorge. Doch statt extremer Sonneneinstrahlung, chemischer Verätzung durch Luftschadstoffe oder einer neuen Pflanzenkrankheit, wie man vielleicht denken könnte, steckt etwas völlig anderes hinter diesem neuen Ernteambiente, eine Maßnahme des Landwirts, die sich SIKKATION nennt und bei der kurz vor der Feldfruchtreife ein chemisches Pflanzengift über die Felder gesprüht wird, das ein frühzeitiges Welken künstlich einleitet.

Sikkation – »Gift auf Lebensmittel«

Der Begriff lässt sich vom lateinischen Adjektiv *siccus* (= trocken) ableiten und bedeutet nichts anderes als

»trocknen«. Das klingt recht harmlos und ein solcher Trocknungsprozess geschieht auch beim natürlichen Welken, wenn einjährige Pflanzen nach der Fruchtreife reifen. Bei der chemischen Sikkation werden auf fast ausgereifte Feldfrüchte Herbizide gespritzt zur Ernteerleichterung und Erhöhung des Deckungsbeitrages.¹ So setzen die künstlich verdorrten Pflanzenteile dem Ernteprozess weniger Widerstand entgegen. Die Ernte soll dadurch in mehrfacher Hinsicht rationalisiert werden.

Neben dem Effekt, dass ein für die Ernte ungünstiger »Beiwuchs« gleich mitvernichtet wird, sollen die Ackerfrüchte durch die Sikkation eine bessere Qualität bekommen: die gefürchteten Gummischoten beim Raps wären kein Thema mehr, die Kartoffeln würden laut Mittelhersteller »gleichmäßig Mehligkeit« und sogar einen »besseren Geschmack« bekommen. Viruskrankheiten würden vermieden und beim Getreide wäre eine höhere Kornqualität zu garantieren: niedrigere Feuchte, weniger Fremdbesatz, höhere Druschleistung, einfachere Unkrautbekämpfung. Ein paar Nachteile gibt es auch: Das Erntezeitfenster wird etwas schmaler durch die schnellere Abreife und die totgespritzten Ackerfrüchte dürfen nicht mehr als Saatgut

oder Braugerste vermarktet werden, da die Keimfähigkeit stark beeinträchtigt ist.

Was heißt hier »gute fachliche Praxis«?

Aktuell werden bei uns folgende sieben Mittel mit offizieller Erlaubnis auch zur Sikkation eingesetzt:

Tab. 1: Aktuell zugelassene Herbizide zur Sikkation

Wirkstoff	Handelsname
Glyphosat	Roundup
Deiquat oder Diquat	Basta/Liberty Link
Glufosinat-Ammonium	Reglone
Carfentrazone	Shark
Pyraflufen	Quickdown
Cyanamid	Alzodef
Cinidon-ethyl	Lotus

Außer Kartoffeln werden in der Praxis noch Weizen, Gerste, Hafer und Roggen, vor allem aber Raps und viele Körnerleguminosen wie Erbsen, Bohnen und Lupinen durch Herbizide in den künstlichen Herbst gebracht.

Das Pflanzenschutzgesetz beschwört die »gute fachliche Praxis« – eine Art sittlicher Konsens über eine wohlanständige Landwirtschaft, die als Berufsethos vorausgesetzt wird. Sie bedeutet, »den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nur, wenn es unter der Beachtung der Schadschwellen notwendig ist«. Der Passus »nur wenn sie unbedingt notwendig sind« lässt nun alle individuellen Spiel- und Interpretationsräume offen. Ist das Ausbringen von Herbiziden auf die fast fertige Pflanze, die potenziell ein Lebensmittel ist, »unbedingt notwendig«, sozusagen ein Notfall und damit wirklich »gute fachliche Praxis«? Laut EU-Definition sind Pflanzen vor der Ernte (wie auch Futtermittel) gar keine Lebensmittel. Das Aufsprühen von Gift geschieht also gar nicht auf potenzielle Lebensmittel, da es eine solche Kategorie rein rechtlich gar nicht gibt. Es sind eben »nur« Pflanzen vor der Ernte.²

Regelt die Zulassung die Gefährlichkeit?

Die Mittel sind geprüft, zugelassen. Selbst wenn wir mal die vielen (Forschungs-)Irrtümer, die wir in den letzten Jahrzehnten erlebt haben und bei denen chemische Wirkstoffe lange Zeit als unbedenklich eingestuft und dann aufgrund ihrer Toxizität und ihrer verursachten Schäden (denken wir nur an das Schlafmittel Thalidomid = Contergan, aber auch die FCKWs oder selbst das so lange als harmlos bewertete Benzol) beiseite stellen und uns auf die Betrachtung von offiziellen Grenzwerten konzentrieren, ergeben sich zahlreiche Fragen:

Die Verordnung (EG) 396/2005 schreibt bei allen zugelassenen Pestiziden Rückstandshöchstgehalte (RHG) für Lebens- und Futtermittel fest. Sie sollen gewährleisten, dass beim Verbraucher keine akuten Gefährdungen durch seinen Tagesbedarf an Lebensmitteln (ARfD = Akute Referenzdosis) auftritt und auch die sogenannte »vertretbare Tagesdosis ADI« (ADI = acceptable daily intake), das ist diejenige Dosis, die ein Mensch ein Leben lang täglich aufnehmen kann, ohne Schaden zu erleiden, nicht überschritten werden. Falls es noch keine speziellen Rückstandshöchstwerte für ein bestimmtes Lebensmittel gibt, gilt automatisch die niedrigste Höchstmenge von 0,01 Milligramm pro Kilogramm Lebensmittel.

Diquat, das am stärksten toxische zur Sikkation zugelassene Mittel hat den geringsten täglichen Toleranzwert von nur 0,002 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht (entsprechend 0,14 Milligramm pro 70 Kilogramm Körpergewicht). Der EU-zugelassene Rückstandshöchstwert von Diquat in Weizen ist aber 0,05 Milligramm pro Kilogramm, bei Leinsamen fünf Milligramm pro Kilogramm, bei Hafer zwei Milligramm pro Kilogramm und bei Gerste sogar zehn Milligramm pro Kilogramm! 15 Gramm Gerste reichen also, um meinen ADI-Wert für Diquat zu überschreiten! Dabei sind die Wechselwirkungen mit anderen Stoffen und die Wirkungen der Metaboliten (der Abbauprodukte) und deren Wechselwirkungen noch gar nicht berücksichtigt – sie werden ja auch nicht erforscht – geschweige denn, dass es hierfür Grenzwerte gibt.

Nachdenklich stimmt, dass besonders für die für das Sikkieren vorgesehenen Produkte wie Bohnen, Erbsen, Lupinen, Raps, Gerste, Hafer, Roggen und Weizen besonders hohe Rückstandshöchstwerte für die fraglichen Wirkstoffe zugestanden wurden. Während zum Beispiel bei Glyphosat normalerweise bei Beeren- und Zitrusfrüchten die untere Bestimmungsgrenze von 0,1 Milligramm pro Kilogramm mit dem RHG gleichgesetzt wird, erhöhten sich die RHG-Werte bei Hülsenfrüchten wie bei Bohnen schon mal auf zwei Milligramm pro Kilogramm, bei Erbsen, Lupinen und Raps wie auch bei Weizen und Roggen sogar auf zehn Milligramm pro Kilogramm. Bei Gerste und Hafer sind sogar 20 Milligramm pro Kilogramm erlaubt.

Glyphosat – »Harmlos wie Kochsalz«?

Glyphosat, der Hauptwirkstoff im Totalherbizid Roundup, ist eines der gebräuchlichsten Sikkationsmittel bei Getreide. Sikkation bedeutet, dass zu den ohnehin vorgenommenen Pestizid-Anwendungen eine weitere kommt. Das addiert sich also auf und zu vermuten ist, dass die jeweiligen toxikologischen Grenzwerte sehr viel schneller erreicht werden können. Als zusätzliche Anwendung wird die Sikkation jedoch in den Verord-

nungen, Richtlinien und Gesetzen, die den möglichen Eintrag von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmittel regeln, gar nicht thematisiert. Einzig zeigt sich dieser beachtliche Anstieg in den jeweils ermittelten Rückstandshöchstwerten. Vermutlich regelt die Praxis – spricht die Rückstandsfunde in Lebensmitteln – die auch vom Gesetzgeber geforderte Anpassung der Rückstandshöchstwerte.³ Sobald etwas sich als gefährlicher herausstellt als es bisher eingeschätzt worden war, werden die RHG nach unten korrigiert. Merkwürdigerweise finden wir aber gerade besonders hohe RHG-Werte bei häufig sikkerten Anbaupflanzen.

Am Beispiel des Glyphosats möchte ich die aktuellen Erkenntnisse über dessen Toxizität und Schädlichkeit kurz zusammenfassen:

Gerade Glyphosat wird breit angewendet, das heißt abgesehen von Kartoffeln (dafür ist es nicht zugelassen) nimmt man es zur Sikkation von Getreide (Weizen), Erbsen, Bohnen (zur Futtergewinnung), Brassica- und Senf-Arten (z. B. Winter-, Sommerraps, Senf, ausgenommen zur Saatguterzeugung) sowie Lein (Öllein, Genehmigung nach Paragraph 18a). Die jeweiligen Feldfrüchte werden zwangsläufig mit Glyphosat kontaminiert.

Die tolerierbare tägliche Aufnahmemenge (ADI) ist mit 0,3 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht für Glyphosat ungewöhnlich hoch. Ein erwachsener, circa 70 Kilogramm schwerer Mensch »darf« danach täglich 21 Milligramm Glyphosat konsumieren, ohne Schaden zu erleiden. Glyphosat kommt weltweit immer mehr zum Einsatz, vor allem, seit 1996 genetisch verändertes Saatgut mit Glyphosat-Resistenz von Monsanto eingeführt und »bedenkenlos« rund um das Jahr mit Roundup Ready behandelt werden kann. Glyphosat galt zur Zeit seiner Einführung als absolut unbedenklich. »Harmlos wie Kochsalz und in der Umwelt sehr schnell abbaubar« waren die wesentlichen Attribute, mit denen der Hersteller warb. Das Mittel sollte vor allem für tierische Organismen überhaupt nicht giftig sein, so dass man es bedenkenlos versprühen könne.

Die nachweisliche Toxizität von Glyphosat bzw. seinem Beistoff wirkt sich auch auf die Bodenorganismen, auf einfache Insekten, Bakterien, Regenwürmer etc. aus. Das wird einfach in Kauf genommen, obwohl man weiß, welche unverzichtbare Rolle diese Bodenorganismen für die Bodenfruchtbarkeit, für Auf- und Abbau von Humus und für die Bereitstellung von Nährstoffen haben. Diese Wirkung belegen auch Studien der Wissenschaftler Caroline Cox⁴ und Günter Henkelmann⁵.

Der argentinische Embryologe Professor Andrés Carrasco hat eine Studie über die embryonenschädigende Wirkung von Glyphosat veröffentlicht⁶ und Anfang 2009 hatte bereits Professor Gilles Seralini und sein Team von der Universität Caen eine Studie veröffentlicht. Seralini und seine Kollegen kommen zu folgendem Ergebnis⁷:

»Der Verdünnungsgrad bei den Versuchen liegt weit unter den landwirtschaftlichen Empfehlungen und korrespondiert mit den niedrigen Niveaus der Rückstände in Futter oder Nahrung. Diese Untersuchung stellt klar, dass die Adjuvanten von Roundup-Formulierungen nicht inaktiv sind. Vielmehr können bei den auf dem Markt verfügbaren Mixturen Zellzerstörung und Tod rund um die Rückstandsgrade besonders für Nahrung und Futter erwartet werden von den an Feldfrüchten behandelten Roundup-Formulierungen.«

Und so heißt es in einer Stellungnahme des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) vom 1. Juni 2010:

»In den vergangenen zwei Jahren häufen sich Berichte über toxikologische Effekte bei Glyphosat-haltigen Pflanzenschutzmitteln. Dabei erhärtete sich schnell der Verdacht, dass diese Effekte nicht auf den Wirkstoff Glyphosat, sondern auf einen Beistoff, die POE-Tallowamine (polyethoxylierte Alkylamine) zurückzuführen sind.

[...]

Auf der Grundlage der von den Antragstellern vorgelegten Information aus Studien und aus publizierten Daten hat das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) im Frühjahr 2010 eine Bewertung vorgelegt und die toxikologischen Grenzwerte ADI, ARfD und AOEL in Höhe von je 0,1 mg/kg Körpergewicht (KGW) abgeleitet.«⁸

Die Unvermeidbarkeit einer Gefährdung durch POE-Tallowamin-Rückstände, die hiernach ebenfalls in Lebensmitteln zu finden sein müssten und zu der in dieser Pressemitteilung Stellung genommen wird, verdient besondere Beachtung. Denn sie bestätigt möglicherweise den Verdacht, dass die EU-Rückstandsverordnung VO(EG) 396/2005 wie auch ihre Anhänge nicht umsonst Angaben zu Hilfsmitteln schuldig bleiben. Die möglichen Folgen für den Verbraucher lassen sich dadurch wesentlich positiver darstellen:

- Aufgrund fehlender Angaben zum Rückstandsverhalten von POE-Tallowaminen hat das BfR die mit der Nahrung aufgenommenen Rückstandsmengen abgeschätzt.
- Das BfR geht dabei davon aus, dass in Lebens- und Futtermitteln die Rückstände von POE-Tallowaminen im selben Verhältnis zu Glyphosat stehen wie im Pflanzenschutzmittel. Die Aufnahme der so ermittelten Mengen stellt für den Verbraucher kein akutes oder längerfristiges Risiko dar.

Wir erinnern uns an dieser Stelle, dass die erlaubten Rückstandswerte (und damit vermutlich auch die üblicherweise in der gängigen Praxis aufzufindenden Durchschnittswerte) von Glyphosat ganz besonders hoch waren (bis zu 20 Milligramm/Kilogramm Gerste und Hafer), so dass auch das Überschreiten der neuen

ADI-Werte von 0,1 Milligramm/Kilogramm bzw. sieben Milligramm bei einem Erwachsenen mit 70 Kilogramm bei einer Vorliebe für Getreide nicht so unmöglich scheint, selbst wenn das Verhältnis von polyethoxyliertem Alkylamin (POEA) zu Glyphosat unterhalb von 1:1 sein sollte. Dabei ist es auch nicht erwiesen, dass sich POEA nicht stärker als Glyphosat zum Beispiel in den fetthaltigen Samen ansammeln könnte, da auch das BfR nur von Vermutungen und Spekulationen, nicht von realen Laborwerten ausgeht. Offensichtlich besteht auch hier eine wesentliche noch nicht wissenschaftlich ausgeräumte Unsicherheit in der toxischen Einschätzung.

Auffällig ist jedoch, dass selbst an dieser Stelle, trotz ganz eindeutiger wirkungsverstärkender Wechselwirkungen zwischen Beistoff und Wirkstoff, was die erwähnten zunehmend dokumentierten »toxikologischen Effekte« betrifft, nicht von *synergistischen* Effekten gesprochen wird. Das bedeutet: Trotz besserer Erkenntnis versucht man von Seiten der zuständigen öffentlichen Einrichtungen das Problem nach wie vor zu verschleiern und gibt vor, es mit der Korrektur von toxikologischen Daten aus der Welt geschafft zu haben.

Folgerungen & Forderungen

- Sikkation – das Ausbringen von Totalherbiziden kurz vor der Ernte – soll die Ernte verbessern und die Reifeprozesse steuern. Fraglich ist, ob sich eine solche Praxis noch mit der rechtlich geforderten »guten fachlichen Praxis« des Pflanzenschutzes deckt, nach der nur dann Pestizide eingesetzt werden dürfen, wenn es unbedingt notwendig ist.
- Gefordert werden muss, dass die Zulassung von Herbizidanwendungen zur Sikkation zumindest solange ausgesetzt wird, bis eine wirklich Risikobewertung für die angewandten Herbizide vorliegt.
- Gefordert wird auch eine Neuregelung »der guten fachlichen Praxis« im Pestizideinsatz sowie ein Sikkationsverbot für Brotgetreide und Esskartoffeln.
- Gefordert wird auch die Neuformulierung der Rückstandshöchstwerte unter Berücksichtigung der Giftigkeit der Surfactanten (inerts) und eine neue Risikobewertung der Pestizide unter Berücksichtigung der kanzerogenen, enzymatischen und endokrinen Wirkungen.

Fazit: unvereinbar mit dem Vorsorgeprinzip

Laut Lebensmittelrecht gilt das Vorsorgeprinzip. Die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 legt dies im Artikel 7 ausdrücklich fest. Die Behörden können die Praxis der Sikkation auf dieser Rechtsgrundlage stoppen. Dies wäre mindestens das Gebot der Stunde angesichts der vielen toxikologischen Unvorhersehbarkeiten und der geschilderten Widersprüche zwischen toxikologischen Grenz- und Toleranzwerten.

Anmerkungen

- 1 Der gesamte Bericht über Sikkation ist erschienen unter: Friedrich Haalck (federführend): Sikkation – ein Grund zu fragen. Zur Reifesteuerung von Kartoffeln, Raps und Weizen. Elektronische Zeitung Schattenblick 2010 (www.schattenblick.de); Koautoren sind Brigitta Reinken und das Schattenblick-Redaktionsteam.
- 2 Kartoffeln, Raps und Weizen als Pflanzen sind laut Art. 2c der Verordnung (EG) Nr.178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 bis zum Zeitpunkt ihrer Ernte noch keine Lebensmittel.
- 3 Nach VO (EG) Nr. 396/2005 Abs. 22 sollen »die Rückstandshöchstgehalte für Pestizide (...) kontinuierlich überwacht und angepasst werden, (...)«.
- 4 C. Cox (2007): Glyphosate factsheet (<http://www.mindfully.org/Pesticide/Roundup-Glyphosate-Factsheet-Cox.htm>).
- 5 Vgl. G. Henkelmann: Das Verhalten von Glyphosat in der Umwelt – Forschungsergebnisse zum Austrag und zur Verlagerung. Institut für Agrarökologie, Ökologischen Landbau und Bodenschutz an der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft, Arbeitsbereich: IAB 1f, Isotopentechnik und Stoffdynamik, Glyphosat. Ohne Jahresangabe. (www.lfl.bayern.de/iab/bodenschutz/14620/linkurl_o_1.pdf)
- 6 A. Paganelli, V. Gnazzo, H. Acosta, S.L. Lopez, A.E. Carrasco (2010): Glyphosate-based Herbicides produce teratogenic effects on vertebrates by impairing retinoic acid signaling. In: Chem. Res. Toxicol., 23 (10), pp. 1586–1595.
- 7 Nora Benachour and Gilles-Eric Seralini (2009): Glyphosate Formulations Induce Apoptosis and Necrosis in Human Umbilical, Embryonic, and Placental Cells. In: Chem. Res. Toxicol. 22 (1), S. 97–105 (<http://pubs.acs.org/doi/abs/10.1021/tx800218n>).
- 8 Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), 1. Juni 2010. In: www.raiffeisen.com/webedit/hagekiel/web/3293?artikel=30215649



Dipl. Ing. agr. Klaus Friedrich Haalck
Koogstr. 6, 25774 Lehe in Dithmarschen
E Mail: haalck.gilcher@freenet.de

Moderatoren des Wandels

Diskursanalyse der Wende zum Produktivismus nach 1945
am Beispiel des »Österreichischen Bauernbündlers«

von Ulrich Schwarz und Ernst Langthaler

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstand weltweit mit dem »Produktivismus« ein neues Regime der landwirtschaftlichen Entwicklung: die Ablösung traditioneller, bäuerlicher Wirtschaftsformen durch eine zunehmend spezialisierte, kapitalintensive und wachstumsorientierte Agrarproduktion. Dieser Wandel zum Produktivismus in der Landwirtschaft war jedoch kein der Agrarentwicklung eingeschriebenes Gesetz. Agrarexperten im Verbund mit staatlichen Behörden und staatsnahen Landwirtschaftsorganisationen trieben ihn entscheidend voran. Für sie bot die Agrarpresse ein Massenmedium, das die Intensivierung, Spezialisierung und Betriebskonzentration gegenüber der Landbevölkerung vermittelte. Nach welchen Regeln der Diskurs in der Agrarpresse gestaltet war, untersuchen die Autoren des folgenden Beitrags am Beispiel des »Österreichischen Bauernbündlers«, der auflagen- und reichweitenstärksten Bauernzeitung Niederösterreichs in der Nachkriegszeit. Die Untersuchungsergebnisse lassen sich auch auf die Agrarpresse in Deutschland übertragen und sensibilisieren für die Art und Weise, wie auch in der heutigen Agrarpresse mit scheinbar selbstverständlichen sprachlichen Unterscheidungen auf subtile Art Akzeptanz für agrarpolitische Entwicklungen geschaffen wird.

Wenn eine Epoche in der mehrtausendjährigen Entwicklung der Landwirtschaft das Attribut »revolutionär« verdient, dann ist es die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts. Innerhalb weniger Jahrzehnte vollzog das Agrarsystem in weiten Teilen der Erde, in kapitalistisch wie sozialistisch verfassten Staaten, eine grundlegende Wende: von der arbeits- zur kapitalintensiven Bewirtschaftung, von vielseitiger zu spezialisierter Land- und Viehnutzung, von kleinteiliger Besitzverteilung zum Größenwachstum. Nicht nur das Agrarsystem erfuhr eine Revolution, auch dessen Verhältnis zu Natur und Gesellschaft wandelte sich in revolutionärer Weise: von einer Sonnenlicht und Muskelkraft nutzenden Energiequelle zu einem Verbraucher fossiler Energie, von einer lokal und regional eingebetteten Arbeits- und Lebensweise zu einem (supra-)staatlich regulierten Rohstofflieferanten.¹ Für den Trend zur Intensivierung, Spezialisierung und Betriebskonzentration mit anhaltenden Produktivitäts- und Produktionssteigerungen hat sich der Begriff *Produktivismus* eingebürgert.²

Wir dürfen die Wende zum Produktivismus nicht als der Agrarentwicklung eingeschriebenes Gesetz missverstehen; wie jede Revolution bedurfte auch diese der

Revolutionäre, die – um im Bild zu bleiben – im richtigen Moment die Massen in Bewegung versetzen. Diese Mobilisierungsarbeit war Aufgabe des agrarischen Expertensystems, das sich in Europa seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert um staatliche und staatsnahe Forschungs- und Bildungseinrichtungen formiert hatte. Die über Generationen vor Ort betriebenen Arten der Landbewirtschaftung galten als überholt; an ihre Stelle sollte das von Experten geplante »Megaprojekt« einer kapitalintensiven, spezialisierten und flächenkonzentrierten Wirtschaftsweise treten. Um dieser zeitlich und räumlichen Umorientierung – von der Vergangenheit zur Zukunft und vom Lokalen zum Nationalstaat – zum Durchbruch zu verhelfen, suchte das Expertensystem das Vertrauen der Landbevölkerung zu gewinnen.³ Dazu bediente es sich des Massenmediums Agrarpresse; dieses diente als zentraler Kommunikationskanal, über den Vorstellungen einer übergreifenden agrarischen Gemeinschaft unter fachkundiger Führung verbreitet wurden.⁴

Die Agrarmedien mit der größten Reichweite im Nachkriegs-Österreich waren die Blätter des Bauernbundes, der dominierenden Fraktion im Agrarbereich.

Der Bauernbund war strukturell und personell eng mit den Landwirtschaftskammern und Genossenschaften verflochten und bildete zusammen mit ihnen einen zentralen Knoten im politisch-ökonomischen Netzwerk des österreichischen Agrarapparats. Die Macht dieses Apparats speiste sich aus dem im Agrarbereich seit dem späten 19. Jahrhundert eingespielten Korporatismus: Das Landwirtschaftsministerium bediente sich mangels eigener regionaler Unterbehörden landwirtschaftlicher Organisationen zur Umsetzung agrarpolitischer Maßnahmen. So spielten die Landwirtschaftskammern nach 1945 eine Doppelrolle als bauerliche Interessenvertretung und als agrarpolitisches Ausführungsorgan.⁵ Ihre Experten und Funktionäre gestalteten nicht nur die kammereigenen Fachblätter; sie verfassten – neben Berufsjournalisten, Parteifunktionären und Volksbildnern – auch regelmäßige Artikel in der popularisierenden Bauernbundpresse.

Regeln des Diskurses

Welchen Regeln der Agrarmediendiskurs der Nachkriegszeit folgte, das heißt welches Verständnis von Wirklichkeit in der Agrarpresse entworfen wurde, untersuchen wir im Folgenden am Beispiel des *Österreichischen Bauernbündlers*, der Wochenzeitung des niederösterreichischen Bauernbundes.⁶

Erstens setzt der Diskurs in den Agrarmedien eine Differenz zwischen dem, was als »politisch« und damit als bestreitbar gilt, und dem, was außerhalb des Politischen liegt und folglich dem politischen Streit entzogen ist. Auf der einen Seite ist die Rede von Landwirtschaft als Gegenstand (partei)politischer Auseinandersetzung im Besonderen und gesellschaftlicher Debatten im Allgemeinen. Dabei geht es um Gesetzesmaßnahmen, Bewertungsmaßstäbe, Planungsentwürfe – kurz, um die Landwirtschaft als Gegenstand staatlicher und gesellschaftlicher Eingriffe. Auf der anderen Seite der Unterscheidung gewinnt das scheinbar Selbstverständliche Oberhand über die öffentliche Debatte. Hier geht es um die Verbesserung der bauerlichen Betriebs- und Haushaltsführung durch neue Mittel und Methoden. Worüber man streiten kann (die »Politik«) wird auf Auseinandersetzungen im öffentlichen Raum eingehegt; die Sphäre von Betrieb und Haushalt – gleichwohl von politischer Relevanz – wird als »unpolitisch« davon ausgeklammert. Das erzeugt eine Spannung zwischen *Politisierung* und *Entpolitisierung* und entkoppelt die »politische« Bewertung von einer »unpolitischen« Beschreibung. Provoziert im politisierten Bereich das standpunktabhängige Argument ein ebenso standpunktabhängiges Gegenargument, regiert im entpolitierten Bereich der stillschweigend anerkannte Sachzwang.

Diese Spannung schlägt sich auch in der Anordnung der Artikel nieder. So erscheinen Artikel, die einer po-

litisierenden Perspektive folgen, im vorderen Teil der Zeitung; im hinteren Teil, der sich land- und hauswirtschaftlichen Fachthemen widmet, sind die Aussagen kaum hinterfragbar, entpolitisiert. Die Unterscheidung des »Politischen« und des »Unpolitischen« markiert unterschiedliche Positionen von Sprechern und Sprecherinnen des Diskurses: erstere Sphäre als Kampfarena des Agrarpolitikers, letztere Sphäre als Fachgebiet des Agrarexperten. Somit entpuppt sich das, was in der Zeitung als schlichtweg gegebener – folglich »unpolitischer« – Sachzwang erscheint, als Ergebnis einer höchst politischen Setzung.

Das zweite wichtige Unterscheidungsmoment im *Bauernbündler* stellt die Beziehung zu Produktmärkten heraus. Es teilt das Spektrum der Aussagen in einen Bereich, der sich auf die Warenproduktion für Märkte bezieht, und einen anderen, in dem dieser Bezug fehlt. Daraus entsteht eine Spannung zwischen *Kommodifizierung*, der Umformung zur auf Märkten gehandelten Ware, und *Entkommodifizierung*. Das Verständnis von »Produktion« wird auf die Tauschwertproduktion beschränkt; der ausgeklammerte Teil der Produktion, etwa die Schaffung von Gebrauchswerten, erscheint als »Reproduktion« in Betrieb und Haushalt. Beide Unterscheidungs momente erzeugen unterschiedliche Redeweisen über die Landwirtschaft: Die eine ist bestimmt durch betriebs- sowie gesamtwirtschaftliche Themen der landwirtschaftlichen Warenproduktion, die andere durch Themen der biologischen und sozialen Reproduktion (etwa die Versorgung der Familienangehörigen und der bauerliche Haushalt).

Auf beiden Achsen, der (Ent-)Politisierung und der (Ent-)Kommodifizierung, wirkt der Diskurs als Ein- und Ausschlussmechanismus: Die »Produktion« wird auf das, was auf den Produktmärkten veräußert werden kann, beschränkt; die übrigen Produkte und Dienstleistungen, die Betriebs- und Haushaltsangehörige erarbeiten, werden als »Reproduktion« davon ausgeklammert. Keine der beiden Einhegungen – weder das »Politische« noch die »Produktion« – bildete die Wirklichkeit einfach ab; beide regelten den Agrarmediendiskurs, der seine Wirklichkeit der Landwirtschaft nach eigenen Maßstäben entwarf.

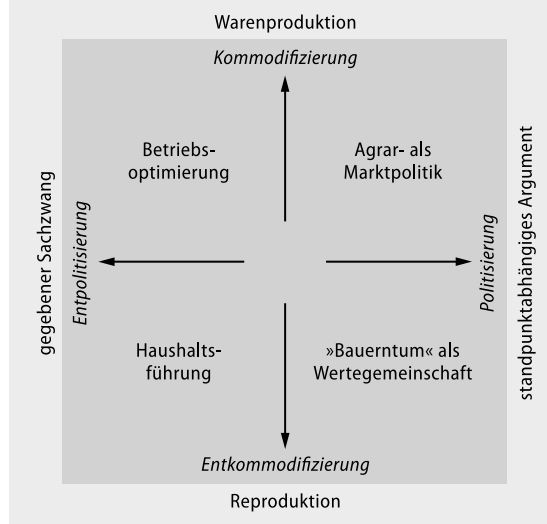
Das Feld des Sagbaren

Kombinieren wir diese beiden Unterscheidungs momente in den Aussagen des *Bauernbündlers*, so entsteht ein zweidimensionales Feld, in dem sich die grundlegende Ordnung des Agrarmediendiskurses zeigt (Abb. 1). Artikel, die im rechten oberen Bereich – dem dominanten Pol – dieses Feldes angeordnet sind, beinhalten Aussagen zur *politisierten Warenproduktion*. So ist hier etwa die Rede von der Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion für die österreichische Volks-

wirtschaft, von markt- und preispolitischen Steuerungsmaßnahmen oder von der Anpassung der Agrarstruktur an die jeweiligen Erfordernisse. Im linken oberen Bereich der *entpolitisierten Warenproduktion* steht der einzelne landwirtschaftliche Betrieb im Mittelpunkt, für dessen Optimierung neue Strategien und Technologien vorgestellt werden. Im rechten unteren Bereich, der durch die *politisierte Reproduktion* geprägt ist, erscheint das Bauerntum als konservative Wertegemeinschaft. Hier wird die katholisch-konservative Ausrichtung des *Bauernbündlers* als Publikationsorgan des Bauernbundes offenkundig. So ist hier etwa die Rede von der bauerlichen Familie als der »Keimzelle der Gesellschaft«. Im unteren linken Bereich – dem dominanten Pol – der *entpolitisierten Reproduktion*, die weder als agrarische Warenproduktion noch durch die politischen Debatten beeinflussbar erscheint, stehen die Hauswirtschaft und die damit verbundenen Strategien der Erhaltung von Arbeitskraft und Betriebsmitteln im Fokus.

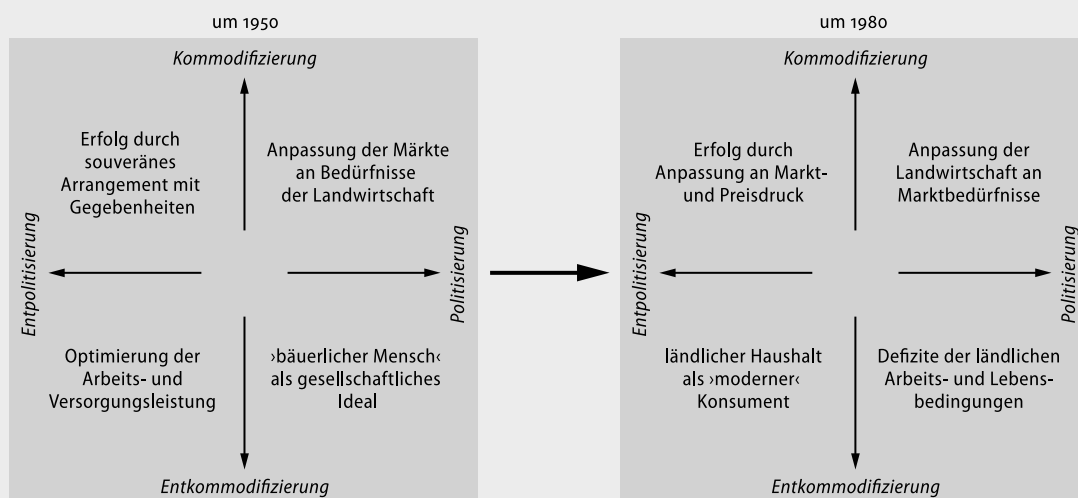
Die Ordnung des Agrardiskurses setzte nicht nur als widersprüchlich erscheinende Leitbilder, etwa den »schollenverbundenen Bauern« (im rechten unteren Bereich) und den »produktiven Landwirt« (im linken oberen Bereich), zueinander in Beziehung; auch Kategorien wie etwa *Geschlecht* waren darin eingewoben. So erscheinen die politisierten und entpolitisierten Bereiche der Warenproduktion in den Artikeln zunächst als geschlechtsneutral. Betrachtet man jedoch die in den Artikeln angesprochenen Protagonisten (den »Landwirt«, den »Unternehmer«, den »Betriebsleiter«, den »Produzenten«, den »Züchter« usw.), entpuppen sie sich implizit als männliche Domäne. In der Sphäre der politisierten Reproduktion mit dem bauerlichen

Abb. 1: Die Ordnung des Agrarmediendiskurses im Österreichischen Bauernbündler 1950–1980



Lebensstil im Zentrum herrscht dagegen eine explizite Geschlechterordnung, in der Bauer und Bäuerin, aber auch Vater und Mutter bedeutungsgeladene Rollen zugeschrieben werden. Der einzige Bereich im Feld des Agrardiskurses, der explizit auf das Geschlecht Bezug nimmt, ist die entpolitisierte Reproduktion. Das »Reich der Hausfrau«, wie es in einigen Artikeln heißt, versammelt Aussagen, die weder politisierende Verhandlung noch Bezüge zur Warenproduktion zulassen; Adressat ist ausschließlich die weibliche Leserschaft.

Abb. 2: Der Wandel des Agrarmediendiskurses im Österreichischen Bauernbündler 1950–1980



Der Agrardiskurs stützt sich auf Gegensätze des Geschlechterdiskurses. Sowohl Warenproduktion als auch politisches Gestalten erscheinen als etwas »Männliches«. Hingegen steht das für beide Bereiche konstitutive Andere, die Sachzwängen unterworfenen Reproduktionsarbeit (die weder als Warenproduktion gewertet wird noch für die politische Debatte relevant erscheint) für das »Weibliche«. Indem Bedeutungen verknüpft werden, werden gesellschaftlich wirksame Machtverhältnisse mitorganisiert. Die Bäuerin wird dem Bereich der entpolitisierten Reproduktion und der als »weiblich« artikulierten Hausarbeit zugeordnet und als für Politik und Marktproduktion irrelevantes Subjekt definiert. Auf diese Weise arbeitet der Agrarmediendiskurs der »Hausfrauisierung« der in der Landwirtschaft tätigen Frauen zu.⁷

Beständigkeit im Wandel

Das wohl erstaunlichste Ergebnis ist die Beständigkeit, welche die (Ent-)Politisierung und (Ent-)Kommodifizierung in den Aussagen des *Bauernbündlers* trotz wandelnder Themen zwischen den 1950er- und 1980er-Jahren zeigt. Das heißt jedoch keineswegs, dass es keinen Wandel gab. Beeinflusst durch den zunehmenden Anpassungsdruck der Landwirtschaft an die Bedingungen der Industriegesellschaft erfuhren das bisher zweidimensionale Feld des Sagbaren eine entscheidende Umwertung (Abb. 2).

Im Bereich der politisierten Warenproduktion veränderte sich die Beziehung der Politik zum Markt grundlegend. Anfang der 1950er-Jahre war noch die Rede von der Gestaltung der Marktbedingungen gemäß der Bedürfnisse der Landwirtschaft, die in der Versorgungskrise der Nachkriegszeit eine entscheidende Stellung genoss. Bis zu den 1980er-Jahren verlagerte sich der Tenor der Aussagen hin zu Maßnahmen, welche die Anpassung der Agrarproduktion an die Markterfordernisse vorantrieben. Eine ähnliche Verschiebung vollzog sich im Bereich der entpolitisierten Reproduktion. Diente anfangs das Bild des »städtischen Menschen« noch als Kontrastfolie zu den Vorzügen des »bäuerlichen Menschen«, verlagerte sich die Bewertung hin zu den als defizitär beklagten Arbeits- und Lebensbedingungen in der Landwirtschaft im Vergleich zur übrigen Gesellschaft. Im Bereich der entpolitisierten Warenproduktion veränderten sich die Erfolgsmaßstäbe: Vom souveränen Arrangement der natur- und verkehrsräumlichen Standortbedingungen sowie der Betriebsausstattung und organisation hin zur Betriebsanpassung nach Maßgabe der Preis- und Marktverhältnisse. Überdeutlich veränderten sich die Aussagen im Bereich der entpolitisierten Reproduktion: Stand zunächst die Optimierung der Arbeits- und Versorgungsleistung im landwirtschaftlichen Haushalt im Mittel-

punkt, verschwand die als »weiblich« markierte Arbeit fast vollständig aus dem Diskurs. Sie wurde durch Ratgeber für den »modernen«, am städtisch-kleinbürgerlichen Modell orientierten Warenkonsum ersetzt.

Im Vergleich der Aussagen des *Bauernbündlers* über vier Jahrzehnte lässt sich die Beziehung zwischen Agrarmediendiskurs und Produktivismus genauer fassen: Einerseits vermittelten die Artikel vielfältige Deutungsangebote, die dem Orientierungsbedarf der Leserinnen und Leser entsprachen. Andererseits knüpften sich an diese Anreize auch Zumutungen, die der Leserin oder dem Leser die Anpassung gewohnter Arbeits- und Lebensweisen an fachmännische Vorgaben abverlangten. Während der eine Aspekt in den 1950er-Jahren noch überwog, gewann der andere bis in die 1980er-Jahre mehr und mehr an Gewicht. Freilich, die Leser und Leserinnen des *Bauernbündlers* eigneten sich die offiziellen Deutungsvorgaben, gemäß ihrer Wirtschafts- und Lebensstile, durchaus eigensinnig an. Doch bot der Diskurs einen Maßstab, um den Abstand zwischen bäuerlicher Praxis und produktivistischer Norm zu bemessen – und zu verringern.⁸ Der Agrarmediendiskurs erzwingt keine Lesarten, lässt ihnen aber auch nicht völlig freien Lauf; vielmehr *moderiert* er zwischen offiziellen und alltäglichen Redeweisen. So gesehen erscheinen die in der Agrarpresse zur Land-

Folgerungen & Forderungen

- Diese Studie zeigt, dass die Rede über Landwirtschaft in der Ära des Produktivismus nicht nur durch das, was gesagt wurde, sondern auch durch das, was unsagbar (und damit in gewisser Weise undenkbar) war, geprägt ist.
- Dieser Ein- und Ausschlussmechanismus zeigt sich im begrenzten Politikverständnis, das die haus- und betriebswirtschaftliche Seite davon als »unpolitisch« abtrennt.
- Er zeigt sich auch im beschränkten Verständnis von Landwirtschaft als Marktproduktion, das andere Tätigkeiten in den Bereich der »Reproduktion« verweist; dabei stützt es sich auf vorherrschende Geschlechterbilder – und stützt diese wiederum.
- Die Ergebnisse dieser diskurshistorischen Studie vermögen die Leser gegenwärtiger Agrarzeitschriften für die Ein- und Ausschlussmechanismen des Agrardiskurses zu sensibilisieren; scheinbar selbstverständliche Trennungen erweisen sich, kritisch betrachtet, als höchst fragwürdig.
- Schließlich wird deutlich, dass Agrarentwicklungen – historische ebenso wie gegenwärtige – keinen eingeschriebenen Gesetzen folgen, sondern von Menschen gemacht – und daher auch veränderbar – sind.

bevölkerung sprechenden Experten als *Moderatoren* – und somit Schlüsselakteure – des Produktivismus in der Nachkriegszeit, in Österreich wie anderswo in Europa.⁹

Anmerkungen

- 1 Vgl. E. Langthaler: Landwirtschaft vor und in der Globalisierung. In: R. Sieder und E. Langthaler (Hrsg.): *Globalgeschichte 1800–2010*. Wien/Köln/Weimar 2010, S. 135–169.
- 2 Vgl. B. Ilbery und I. Bowler: *From Agricultural Productivism to Post-Productivism*. In: B. Ilbery (Ed.): *The Geography of Rural Change*. London 1998, pp. 57–84.
- 3 Vgl. J. D. van der Ploeg: *The Virtual Farmer. Past, Present and Future of the Dutch Peasantry*. Assen 2003, pp. 3–43.
- 4 Vgl. F. Uekötter: *Die Wahrheit ist auf dem Feld. Eine Wissensgeschichte der deutschen Landwirtschaft*. Göttingen 2010, S. 443–449.
- 5 Vgl. E. Langthaler: *Nahe und entfernte Verwandtschaft. Agrar-Korporativismus in Niederösterreich*. In: S. Eminger und E. Langthaler (Hrsg.): *Niederösterreich im 20. Jahrhundert*, Bd. 1: Politik. Wien/Köln/Weimar 2008, S. 687–710.
- 6 Die Auswertung der Jahrgänge 1950, 1958, 1969 und 1981 des *Österreichischen Bauernbündlers* erfolgte mittels der Multiplen Korrespondenzanalyse.
- 7 Vgl. M. Mies: *Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung*. In: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* 9/10 (1983), S. 115–124.
- 8 Dieser Befund ergibt sich aus den vorläufigen Ergebnissen des FWF-Forschungsprojektes *Landwirtschaftsstile in Österreich 1945–1980*; die endgültigen Projektergebnisse werden 2012 als Themenheft der Zeitschrift *Historische Anthropologie* publiziert.
- 9 Dieser Beitrag ist ein Ergebnis des Forschungsprojektes *Landwirtschaftsstile in Österreich 1945–1980* (P20922-G15), das im Auftrag des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) von 2009 bis 2011 am Institut für Geschichte des ländlichen Raumes in St. Pölten gelaufen ist (siehe www.ruralhistory.at).



Mag. Ulrich Schwarz

Institut für Geschichte des ländlichen Raumes

Kulturbezirk 4, A-3109 St. Pölten

E-Mail: uws@gmx.at



PD Dr. Ernst Langthaler

Institut für Geschichte des ländlichen Raumes

Kulturbezirk 4, A-3109 St. Pölten

E-Mail: ernst.langthaler@univie.ac.at

Rückblick 2011: Ländliche Räume als Ressourcenreservoir

von Ulf Hahne

Die Begehrlichkeiten, ländliche Räume als Ressourcenreservoir zu nutzen, nehmen immer stärker zu. Dies bringt den ländlichen Räumen in Europa nicht nur neue Wertigkeit, sondern sorgt auch für zunehmende Konflikte in der Flächennutzung, bei Biodiversität sowie ökonomischer und sozialer Vielfalt. Gerade das abgelaufene Jahr 2011 hat hierfür viele Beispiele geliefert und zeigt die generelle Tendenz, dass sich die Nutzungskonflikte verschärfen. Ablesen lässt sich die zunehmende Ressourcenorientierung beispielsweise an der neuen Waldstrategie der Bundesregierung, welche zum Internationalen Jahr der Wälder 2011 vorgelegt wurde. Die Politik trägt dabei mit ihren Entscheidungen – etwa der Einspeisevergütung im Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) – deutlich zur Konfliktverschärfung bei; das Honigurteil des Europäischen Gerichtshofs zeigt aber auch Grenzen der ungehemmten Ressourcennutzung.

***Nutzungskonflikte
verschärfen sich***

Mit Spannung wurden im Jahr 2011 die Entwürfe der Europäischen Kommission für die künftige EU-Förderperiode 2014 bis 2020 erwartet. Sie stehen im Mittelpunkt dieses Jahresrückblicks, soweit sie die Förderbedingungen für ländliche Räume betreffen.

Der letzte größere Abschnitt befasst sich mit Regionalprodukten, denn wieder einmal ist im Jahr 2011 eine Debatte um Sinn und Unsinn von Regionalprodukten entbrannt – ausgehend von der Zeitschrift Öko-Test, welche in ihrem September-Heft 94 Regionalprodukte auf Etikettenschwindel hin untersuchte.

Landnahme – begehrte Fläche

Landwirtschaftliche Fläche wird immer begehrter. So wurden im Schnitt der Jahre 2007 bis 2010 täglich 87 Hektar für Siedlungs- und Verkehrszwecke umgewandelt.¹ Die Flächeninanspruchnahme hat sich damit zwar verlangsamt, doch auch in dieser von der Weltwirtschaftskrise gekennzeichneten Periode ist der Flächenverbrauch unverantwortlich hoch und weit vom 30-Hektar-Ziel der bundesdeutschen Nachhaltigkeitsstrategie entfernt. Da der Wald gut geschützt ist, geht die Landnahme vor allem zulasten landwirtschaftlicher Fläche. Dass dabei zunehmend in ländlichen Räumen Flächen umgewidmet werden, hängt vor allem mit den in hoch verdichteten Räumen fehlenden Expansionsflächen zusammen – und dem weiter wachsenden Flächenbedarf für Verkehrszwecke.

***Fläche immer
begehrter***

Die Flächenknappheit in der Landwirtschaft wird aber nicht nur durch Umwidmung für Siedlungszwecke verursacht, sondern auch durch die zunehmende Flächennachfrage für Fut-

ter- und Energiemais. So stieg die in Deutschland für den Silomaisanbau genutzte Fläche von 1998 bis 2011 um über 66 Prozent, seit 2008 sogar um 31 Prozent.² Die Auswirkungen auf Kauf- und Pachtpreise sind schon jetzt in vielen Regionen deutlich spürbar und verdrängen ertragschwächere Nutzungen wie Milchviehbetriebe und die Pferdehaltung. Die weiteren Auswirkungen dauerhaften Maisanbaus auf Bodenfruchtbarkeit und Grundwasser seien nur angedeutet. Es wird Zeit, dass hier im EEG nachgesteuert wird, um nicht noch weitere Fehlanreize zu setzen.

Waldstrategie der Bundesregierung

Wald – nur eine Holzressource?

Für die Bundesregierung hat das Agrarministerium im September 2011 eine »Waldstrategie 2020« vorgelegt.³ Nach fast drei Jahren Abstimmungsarbeit ergab sich ein dünnes Papier, das wegen der Auslassungen ebenso aufschlussreich ist wie wegen seiner grundsätzlichen Ausrichtung. Die Zielrichtung ist deutlich formuliert: Der Wald soll als Holzressource deutlich stärker genutzt werden als derzeit – bis zum durchschnittlichen jährlichen Zuwachs. Statt derzeit gut 54 Millionen Festmeter (2010) sollen in Zukunft 100 Millionen Festmeter Holz dem Wald jährlich entnommen werden. Die bisherige Höchstmenge fiel aufgrund der Kalamität des Sturmes Kyrill im Jahr 2007 an und belief sich damals auf über 76 Millionen Festmeter – war also noch immer weit von der neuen Zielmarke entfernt.

Die neue Zielmarke der maximalen Holzerzeugung blendet wesentliche Erkenntnisse nachhaltiger Holzwirtschaft aus. Denn schließlich kommt es nicht auf den bloßen Mengenertrag an, sondern ganz wesentlich auch auf die Arten- und Alterszusammensetzung des Waldes, den Beitrag zum Bodenschutz, zur Wasserspeicherung, zur Biodiversität und zum Klimaschutz. Die Reduktion auf eine einzige ökonomische Zielmarke ist nicht ausreichend – und wurde von den Umweltverbänden zu Recht kritisiert.

Fichte leidet unter Klimawandel

Der Klimawandel wird sich auf Artenzusammensetzung und Waldwachstum in Deutschland auswirken. Schon jetzt ist abzusehen, dass der in Deutschland am stärksten verbreitete und in der Holzindustrie am häufigsten genutzte Baum, die Fichte, erheblich unter dem Klimawandel leiden wird und daher weniger stark angebaut werden kann. Dies hat aber Konsequenzen für die Holzwirtschaft bis hin in die Bauwirtschaft und Möbelindustrie, da die Fichte dort die am stärksten genutzte Baumart darstellt. Soll die Be- und Verarbeitung, die teils starke regionalwirtschaftliche Bedeutung in walдреichen Regionen erreicht, nicht aus Deutschland herauswandern, ist eine intensivere Befassung mit den Nutzungsmöglichkeiten der Laubbaumarten notwendig. Ein entsprechender Forschungsschwerpunkt fehlt allerdings in der neuen Waldstrategie.

Kaskadenwirtschaft wenig durchdacht

Auch der in der Waldstrategie verwendete Begriff der »Kaskadenwirtschaft«, also die Mehrfachnutzung von Holz in verschiedenen Verwendungen bis hin zur finalen thermischen Verwertung, erscheint bislang wenig durchdacht. Die Holzverwendung ist derzeit hochspezialisiert und meist auf einen einzigen Nutzen festgelegt. Anders als bei Papier funktioniert das Recycling von Altholz wenig, Kernproblem ist die Kontamination von Altholz durch Behandlung und Beschichtung. Aufgrund der Fördermöglichkeiten wird allerdings derzeit auch stofflich nutzbares Holz energetisch verwertet – das widerspricht den Gedanken der Kreislaufwirtschaft. Sinnvoll wäre daher die Überarbeitung des EEG mit dem Ziel, die energetische Verwertung von Altholz, Landschaftspflegeholz und Restholz zu befördern. Dagegen sollte die Vergütung von Strom aus Waldholz gestrichen werden.

Aufgrund der zunehmenden Nachfrage nach Holz zu Energiezwecken verändern sich auch im Holzsektor die Preisrelationen. Die Energiewende wird auch hier noch weitere Konflikte erzeugen: Der Wald ist bislang weitgehend vor Eingriffen geschützt – sehr viel besser als jede andere Art der Flächennutzung. Doch die Energiewende verlangt nach neuen Windenergiestandorten und nach neuen Leitungstrassen. Dabei kann der Wald nicht mehr sakrosankt bleiben, wenn man die Ausbauziele tatsächlich erreichen will.

Gentechnikfreie Regionen und das Honigurteil des EUGH

In die Bemühungen um gentechnikfreie Lebensmittel und gentechnikfreie Regionen in Europa ist neue Bewegung gekommen. Im Honigurteil vom 6. September 2011⁴ hat der Europäische

Gerichtshof (EUGH) entschieden, dass der Verkauf von Honig mit nur geringsten Verunreinigungen durch Genpflanzen, die keine EU-Zulassung als Lebensmittel haben, verboten wird. Honig mit Verunreinigungen durch zugelassene Genpflanzen muss nun als »gentechnisch verändert« gekennzeichnet werden. Für Spuren von Genpflanzen kann beim Verursacher Schadenersatz gefordert werden. Die EU-Länder haben für den Schutz der Imker zu sorgen. Entsprechend sind neue Mindestabstände von Genfeldern festzulegen.

**Bisherige
Rechtsprechung
verworfen**

Der EUGH hat damit die bisherige Rechtsprechung verworfen, welche den Einfluss kleinster Mengen gentechnisch veränderter Pollen als »praktisch unvermeidlich« ansah. Das Urteil stärkt die Imker, Verbraucher und den Umweltschutz und setzt der rücksichtslosen industriellen Veränderung von Lebensräumen eine Grenze. Die Bundesregierung hat in Reaktion auf das Urteil bereits eine Änderung der Mindestabstände angekündigt. Die Länder sollen darüber hinaus eigene Abstände festlegen können.

Insgesamt unterstreicht die Debatte die Bedeutung der Schaffung gentechnikfreier Regionen. Zu fordern ist ein gemeinschaftliches Vorgehen nicht mehr nur auf Landkreisebene, sondern auf Länderebene. Das in ganz Österreich geltende Anbauverbot für gentechnikveränderte Organismen bietet dafür das Vorbild in Europa.

Wettbewerb »Menschen und Erfolge. Aktiv für ländliche Infrastruktur«

Um Aktivitäten zu zeigen, aber dafür wenig Geld aufwenden zu müssen, veranstalten Ministerien gern Wettbewerbe. So rief der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Januar 2011 gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie dem Deutschen Landkreistag zum Wettbewerb »Menschen und Erfolge – Aktiv für ländliche Infrastruktur« auf. Der Wettbewerb richtete sich an Einzelpersonen, Vereine, Initiativen, Unternehmen sowie Gebietskörperschaften. Er sollte Beispiele sammeln, wie ideenreich Menschen und Institutionen vor Ort Lösungsansätze zur Aufrechterhaltung oder gar zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur entwickeln.

**Wettbewerb –
ohne politische
Folgen**

Mit 585 Einsendungen war die Resonanz auf die Ausschreibung sehr gut. Die eingereichten Beiträge zeigen Initiativen und Lösungen zu den Themen soziale Infrastruktur, lebendige Ortsgemeinschaft, Bauen und Sanieren, Bildung und weiteren Bereichen.⁵ Der Wettbewerb ehrt die Ausgezeichneten, aber weder konnten große Innovationen entdeckt werden noch lässt der Wettbewerb einen Politikansatz erkennen. Eine politische Schlussfolgerung, wie lokales Engagement gestärkt und mit geeigneten Anreizen oder Unterstützungsmaßnahmen vorangebracht werden kann, vermisst man bislang. Offenbar ging es dem Ministerium doch eher nur um die öffentliche Publizität.

Aktionsprogramm »Regionale Daseinsvorsorge«

Folgenreicher war das im Jahr 2011 zu Ende gehende Modellvorhaben »Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft«, in dem das neue Instrument des »Masterplans Daseinsvorsorge« für ländliche, vom demografischen Wandel besonders betroffene Regionen entwickelt und erprobt wurde.⁶ Die individuell auf die jeweiligen Regionen angepassten Lösungen zeigen dabei, dass zwischen wissenschaftlicher raumneutraler Analyse und lokalen Besonderheiten und Empfindlichkeiten ein Kompromiss erarbeitet werden muss. Dieser Kompromiss misst den lokalen Bedingungen besondere Lösungspotenziale zu – bis hin zur Einrichtung etwa von Zwergschulen, mit denen die Bildungsinfrastruktur aufrechterhalten werden kann. Die Masterpläne Daseinsvorsorge werden als neues Instrument sicher Anwendung finden. Allerdings wird der Aufwand zur Erarbeitung deutlich zu reduzieren sein. Flugs hat das Ministerium den Begriff in der Fortführung auch in »Regionalstrategie Daseinsvorsorge« gewandelt.

**Lösungen liegen
im Lokalen**

Als Fortführung des Modellvorhabens hat das Bauministerium im Rahmen der »Initiative Ländliche Infrastruktur« das Aktionsprogramm »Regionale Daseinsvorsorge« aufgelegt. Dazu wurden ländliche Regionen zur Bewerbung aufgefordert. In einem zweistufigen Wettbewerb werden nun bis zu 30 regionale Träger ausgewählt, die für die Erarbeitung ihrer »Regionalstrategie Daseinsvorsorge« vom Ministerium sowohl fachliche Unterstützung als auch eine finanzielle Zuwendung für zwei Jahre erhalten werden. Für ausgewählte Regionen, die »ihre Strategie

besonders engagiert gestalten und aus den Ergebnissen umsetzungsreife Innovationen entwickeln« (so das Ministerium), sind im Jahr 2014 weitere Mittel für Anschlussprojekte vorgesehen. Insgesamt stehen 6,5 Millionen Euro für drei Jahre zur Verfügung.

Innovatives Vorhaben »LandZukunft« des BMELV

In den Reigen der Bundesministerien, welche den demografischen Wandel und seine Folgen zum Thema machen, hat sich nun auch das Landwirtschaftsministerium eingereiht und das Modellvorhaben »LandZukunft« ausgerufen.⁷ Und das mit einem Ansatz, der in vielerlei Richtungen wirklich Neuerungen enthält. Im Vordergrund stehen dabei nicht Aspekte der Daseinsvorsorge, sondern die Aktivierung von Beschäftigung und Wertschöpfung in peripheren ländlichen Räumen. Dabei wagt sich das Ministerium in verschiedener Richtung weit vor:

Periphere ländliche Räume im Fokus

- Zielsetzung: Nicht Anpassung an demografische Trends steht im Vordergrund, sondern das Ziel, die Abwärtsspirale zu stoppen. Dies soll durch eine positive wirtschaftliche Entwicklung gelingen.
- Themenbezug: Es gibt keine Beschränkung auf Themen der Land- und Forstwirtschaft. Das Ministerium sieht sich als Anwalt für die ländlichen Räume in ihrer gesamten Vielfalt.
- Neue Zielgruppen: Unternehmen und unternehmerische Menschen sollen direkt und systematisch in die ländliche Entwicklungspolitik eingebunden werden.
- Zielbezug statt Regionales Entwicklungskonzept (REK): Anstelle eines sonst üblichen Bezugs auf ein Regionales Entwicklungskonzept soll zwischen dem BMELV, dem jeweiligen Land und der auszuwählenden Förderregion eine Zielvereinbarung in Form eines verbindlichen Vertrages geschlossen werden.

Weitergedacht wurde auch bei den Finanzierungsinstrumenten: Die Regionen erhalten Regionalbudgets, über deren Verwendung ausschließlich die regionalen Partnerschaften auf Grundlage der Zielvereinbarung entscheiden. Darüber hinaus sollen Mikrokredite zur Finanzierung von Kleinunternehmen erprobt werden.

Auch bei der Auswahl der Regionen hat das Ministerium einen eigenen Weg gewählt: Es wurden 17 periphere Kreisregionen mit demografischen und wirtschaftlichen Problemen ausgewählt, die nun auf Basis ihrer vorhandenen Entwicklungskonzepte innovative Ideen und Instrumente zur Weiterentwicklung ihrer wirtschaftlichen Basis formulieren sollen. Am Ende der Bewerbungsphase werden dann vier Regionen für die Durchführung ausgewählt. Insgesamt stehen neun Millionen Euro für drei Jahre zur Verfügung.

Vorbereitungen zur EU-Förderperiode 2014–2020

Im Juni 2011 legte die Europäische Kommission ihren mittelfristigen Haushaltsvorschlag für die kommende Förderperiode von 2014 bis 2020 vor. Dieser mittelfristige Finanzrahmen sieht eine mäßige Ausgabensteigerung vor, er wird allerdings mit den Mitgliedsstaaten und dem Parlament noch diskutiert werden. Dabei geht es nicht nur um die Höhe des Etats, sondern auch um die Schaffung von direkt der EU zustehenden Einnahmen. Letztere sollen helfen, der leidigen Nettozahlerdebatte und nationalen Sonderregeln (»Britten-Rabatt«) zu entkommen. Im Oktober 2011 legte die Kommission sodann ihre Verordnungsentwürfe für die neue Förderperiode vor, als letztes folgte der Vorschlag für die Agrarpolitik und die Politik der ländlichen Entwicklung am 12. Oktober.

EU bereitet neue Agrarpolitik vor

Die grundlegenden Ziele der neuen Förderperiode schließen an das Kommissions-Papier »Europa 2020« aus dem Jahr 2010 an und zielen auf »intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum«.⁸ Als wichtiges Ziel in den Vorbereitungspapieren findet sich immer wieder die Betonung der besseren Kohärenz der EU-Politiken untereinander. Auf den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) – als jungen Fonds – trifft dies besonders zu, da er einerseits als »Zweite Säule« der Agrarpolitik zusätzliche Maßnahmen zur Agrarpolitik enthält (insbesondere im Bereich von Agrarumweltmaßnahmen), andererseits aber auch räumliche Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Räume beinhaltet und

gemäß EU-Jargon damit »strukturelle« Ziele in der Regionalpolitik verfolgt. Somit ist er auch ein Teil der Strukturpolitik.

Die einzelnen Finanzansätze der beiden wichtigsten EU-Förderbereiche – Agrarpolitik und Kohäsionspolitik – unterscheiden sich wenig von der derzeit laufenden Periode. Bemerkenswert ist allerdings die Absicht der Kommission, den Ansatz für INTERREG (»territoriale Zusammenarbeit«) um 30 Prozent zu erhöhen. Es wird sich zeigen, ob dieser Vorschlag die Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten und die Begehrlichkeiten der Fachpolitiken übersteht. So hat der Agrarkommissar in seiner Präsentation bereits höhere Zahlen für die GAP (317,2 Milliarden Euro) und die ländliche Entwicklung (101,2 Milliarden Euro) genannt,⁹ als sie in der mittelfristigen Finanzplanung vom Juni 2011 vorgesehen waren. Über die Finanzausstattung wird daher sicher noch am meisten gerungen werden.

**Finanzausstattung
in der Diskussion**

Übersicht: Instrumente der EU-Politik und finanzielle Ausstattung für 2014–2020			
Kohäsionspolitik	Mrd. €	Agrarpolitik	Mrd. €
Kohäsionsfonds	68,7	GAP	281,8
Konvergenzgebiete (am wenigsten entwickelte Regionen)	162,6	Ländliche Entwicklung	89,9
Übergangsregionen	38,9	Sonstiges (Krisen etc.)	15,2
Wettbewerbsregionen	53,1		
Territoriale Zusammenarbeit	11,7		
Gebiete in äußerster Randlage und dünn besiedelte Regionen	0,9		
Total	336,0	Total	386,9

Quelle: EU-Commission 2011: A Budget for Europe. Press Release 29/06/2011

Förderziele – allgemeine Regeln

Nachdem die EU für die Periode 2007 bis 2013 stolz auf die Errungenschaft eines »vereinfachten und transparenten Prioritätsrahmens« war und hierin drei Oberziele (Konversion, Wachstum und Beschäftigung, territoriale Zusammenarbeit) formulierte, ist die Kommission für die neue Periode von dieser unscharfen Trennung, die sich ohnehin eher auf die räumlichen Kategorien bezog, abgerückt. Stattdessen wurden die inhaltlichen Prioritäten stärker präzisiert. Die zentralen Ziele sind in der allgemeinen Strukturfondsverordnung¹⁰ (Artikel 9) niedergelegt und umfassen elf Unterpunkte. Diese reichen von Forschung, Entwicklung und Innovation, verbessertem Zugang zu Informations- und Kommunikationsdiensten, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittelgroßen Unternehmen über Umweltziele wie Dekarbonisierung und Klimaanpassung zu Verkehrs-, Beschäftigungs- und sozialen Zielen. Die jeweiligen Fonds können bei den Zielen Schwerpunkte innerhalb dieser Grobziele benennen.

Prioritätensetzung

Regionalpolitik (»Kohäsionspolitik«)

In der Kohäsionspolitik (Politik des räumlichen und sozialen Zusammenhalts) verfolgt die EU weiter den Ansatz der Solidarität (Unterstützung der schwachen und schwächsten Regionen) und der Innovation. Die sektoralen Förderschwerpunkte lauten: Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Innovation und Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). In den weniger entwickelten Regionen sollen hier mindestens 50 Prozent der Mittel hineinfließen, in den stärker entwickelten Regionen soll der Anteil mindestens 80 Prozent betragen.

**Mehr Solidarität
und Innovation**

Die Schwerpunkte zeigen, dass die EU ihr »20-20-20-Ziel« (20 Prozent weniger Treibhausgasemissionen als 2005, 20 Prozent Anteil Erneuerbarer Energien und 20 Prozent mehr Energieeffizienz) durch starken Ausbau der Erneuerbaren Energien erreichen will und dass sie die Innovationskraft weniger bei den großen Unternehmen als vielmehr bei den kleinen und mittelgroßen Unternehmen sieht. Dies ist sicherlich ein Fortschritt gegenüber der Vorgängerperiode, in der im Zielbereich »Wachstum und Beschäftigung« keine (oder nur geringe) sektorale Vorgaben existierten. Interessant, dass erstmals im Vorschlag für die neue Förderperiode auch

explizit erwähnt wird, was durch Regionalpolitik nicht gefördert werden soll, so unter anderem die Stilllegung von Atomkraftwerken und die Tabakindustrie.

**»Übergangsregionen« –
eine neue
Gebietskategorie**

Räumlich umgesetzt wird die Politik in drei unterschiedlichen Raumtypen. Unterschieden werden die am wenigsten entwickelten Regionen (Pro-Kopf-BIP geringer als 75 Prozent des EU-Durchschnitts), die Übergangsregionen (75 bis unter 90 Prozent des EU-Durchschnitts) und die sogenannten »Wettbewerbsregionen« (in der deutschen Übersetzung, im Englischen schlicht: »more developed regions«), denen trotz ihrer ökonomischen Stärke auch mit Fördermitteln unter die Arme gegriffen werden soll. So verfolgt die EU-Kommission weiter den Ansatz »horizontaler« Förderung, damit ihre »Wohltaten« auch bei möglichst vielen Investitionen in Produktivkapital und Infrastruktur sichtbar sind. Mit der Einführung der Zwischenkategorie der »Übergangsregionen« schafft die EU eine neue, aber einfach verständliche Gebietskategorie, welche bisher schwierige Konstrukte wie »statistische Effekt-Regionen« oder »Phasing-out-Gebiete« ablöst.

Auf die unsinnige Verknüpfung der Fördergebietskategorien mit inhaltlichen Zielwerten (»Kohäsion«, »Wettbewerb und Beschäftigung«) ist verzichtet worden. Die Regionen sind einfach nach wirtschaftlichem Entwicklungsstand benannt und unterscheiden sich in Mittelvolumen, Förderhöchstgrenzen und Ansprüchen.

Weniger Unterstützung für schwächste Regionen

Die Fördervolumina für die Teilgebiete sind der obigen Tabelle zu entnehmen. Danach sollen etwa zwei Drittel der Kohäsionsmittel in die strukturschwächsten Regionen fließen. Damit vollzieht die Kommission einen weiteren Schritt zur Abkehr vom Prinzip, die schwächsten Regionen besonders zu stärken, um den Zusammenhalt Europas zu verbessern. Denn in der noch laufenden Vorgängerperiode konzentrierten sich immerhin fast 80 Prozent der regionalpolitischen Mittel auf die schwächsten Regionen.

Kofinanzierungsregeln

Die Finanzkrise hat die Problematik der Kofinanzierung von EU-Mitteln in den Mitgliedsstaaten verschärft. Daher schlägt die Kommission eine Abstufung nach der Regionszugehörigkeit vor: Wettbewerbsregionen sollen weiter 50 Prozent Eigenmittel aufbringen, Übergangsregionen erhalten immerhin bis zu 60 Prozent EU-Zuschüsse und die schwächsten und abgelegenen Gebiete erhalten bis zu 85 Prozent.

Neuer expliziter Schwerpunkt Stadtentwicklung

Eine bemerkenswerte Neuerung ist die explizite Einrichtung des Schwerpunktes »Stadtentwicklung«. Der Schwerpunkt sieht Maßnahmen zur integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung (mindestens fünf Prozent der Mittel des Europäischen Regionalfonds), für innovative Maßnahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung (mindestens 0,2 Prozent der jährlichen Mittel) sowie die Einrichtung einer Stadtentwicklungsplattform zur Förderung des Austauschs zwischen Städten vor. Mit diesem neuen Schwerpunkt reagiert die EU auf die wachsende Bedeutung der Städte in der sozioökonomischen Entwicklung. Es wird sich zeigen müssen, inwieweit dieser neue Fokus zu Lasten ländlicher Entwicklung führt. Zu befürchten steht, dass das Interesse an einer wirksamen Entlastungspolitik der urbanen Zentren schwindet und der weitere Zuzug und die Konzentration von Wirtschaft und Bevölkerung in urbanen Räumen protegiert werden. Dies verstärkt aber wiederum die Probleme urbaner Gebiete durch zunehmende Überlastung von Räumen, Klima, Umwelt, verschärft soziale Disparitäten und erzeugt weiteren Verkehr.

**Wachsende
Bedeutung der Städte**

Programm »Wettbewerbsfähigkeit und KMU«

Bei den Einzelprogrammen ist als Neuerung ein spezifisches Programm zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen zu erwähnen. Explizit wird hierbei auch die Tourismusförderung benannt, die bislang im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) nur Großinvestitionen und Großinfrastrukturen unterstützte, während die Vielzahl der Kleinunternehmen, die den Tourismus in ländlichen Räumen kennzeichnen, nur über Umwege und kleinere Programme (wie LEADER in ELER) gefördert werden konnten.

Programm »Life+«

Ein wichtiges komplementäres Umweltprogramm für ländliche Räume ist Life+, das nun fortgesetzt und um den Teilbereich Klima ergänzt werden soll. Trotz dieses zusätzlichen Schwerpunkts wurde das Volumen mit 2,4 Milliarden Euro gegenüber den 2,14 Milliarden Euro in der laufenden Periode nur wenig erhöht. Offenbar setzt die Kommission stark darauf, dass Umwelt- und Klimaziele im Wesentlichen über die Mainstream-Programme, insbesondere durch Umweltauflagen bei den Direktzahlungen an Landwirte, erreicht werden können. – Das Programm »Life+« wird weiter über die direkte zentrale Mittelverwaltung der Kommission laufen und nicht in die großen Förderfonds eingebunden, es darf aber nur komplementär eingesetzt werden.

ELER: Ländliche Entwicklung als Teilziel

Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) benennt drei Ziele: 1) Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, 2) nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und Klimaschutzpolitik sowie 3) die ausgewogene räumliche Entwicklung ländlicher Gebiete. Bei letzterem werden explizit erwähnt die Diversifizierung durch Gründung neuer Kleinbetriebe und Schaffung von Arbeitsplätzen, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ländlicher Gebiete voranzutreiben. Damit ist das Türchen für außerlandwirtschaftliche Maßnahmen ein Stück weit geöffnet.

Hinzu kommen Möglichkeiten, die lokale Infrastruktur und lokale Basisdienstleistungen in ländlichen Gebieten (einschließlich Freizeit und Kultur), die Dorferneuerung und Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Wiederherstellung und Verbesserung des natürlichen und kulturellen Erbes der Dörfer und ländlichen Landschaften zu fördern. Explizit wird die Verbesserung des Zugangs zu Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Entwicklung von schnellen und ultraschnellen Breitbanddiensten erwähnt. Zudem soll auch die Entwicklung von Dienstleistungen und Infrastrukturen gefördert werden, die eine soziale Integration zur Folge haben und eine Umkehrung des sozialen und wirtschaftlichen Abschwungs und der Entvölkerung ländlicher Gebiete bewirken. Eine finanzielle Aufteilung mit Mindestansätzen für jedes der drei Hauptziele wird nicht mehr vorgenommen.

Die EU-Kommission hat im ELER-Entwurf die Möglichkeiten zur Förderung von Wirtschaftsinitiativen und Investitionen auch außerhalb der Landwirtschaft eingeräumt. Die Erfahrung der noch laufenden Förderperiode zeigt, dass die besten Absichten der EU nichts nützen, wenn nicht auch auf nationaler Ebene entsprechende Förderprioritäten mit gesetzt werden. Hier sind insbesondere die Gemeinschaftsaufgabe GAK und die Bundesländer aufgefordert, ländliche Entwicklung breiter zu verstehen und Kofinanzierungsmöglichkeiten zu schaffen. Es den privaten Trägern oder den Gemeinden allein zu überlassen, reduziert die Entwicklungsmöglichkeiten ländlicher Räume unnötig.

Förderung auch außerhalb der Landwirtschaft ...

... bedarf nationaler Kofinanzierung

LEADER

Der bewährte bottom-up-Ansatz endogener ländlicher Entwicklung bleibt erhalten. Neu ist: LEADER kann sogar als Koordinationsinstrument fondsübergreifend eingesetzt werden (ein Gebiet, mehrere Finanzierungsfonds). Das erhöht die allerdings die Anforderungen an Steuerung und Entwicklungskonzepte weiter. Neben LEADER tritt aber auch die Möglichkeit, lokale Entwicklungsstrategien nur auf einen sektoralen Ansatz zu beziehen. Damit wird der Kritik des teils zu großen Aufwands und der Abstimmungserfordernisse in LEADER gefolgt. Auch die komplizierte Aufteilung von ELER in drei Förder-Achsen mit unterschiedlichen Maßnahmen-schwerpunkten wird aufgegeben. LEADER soll mindestens fünf Prozent der ELER-Beteiligung für das ländliche Entwicklungsprogramm umfassen.

Auch bei LEADER sind nun lokale Entwicklungsgruppen in einem nichtländlichen Gebiet, das eine lokale Entwicklungsstrategie umsetzt, zugelassen.¹¹ Hiermit wird der zunehmenden Verflechtung urbaner und ländlicher Gebiete Genüge geleistet. Vielleicht ist dies auch nutzbar für die Förderung einer urbanen Landwirtschaft.

Zunehmende Verflechtung urbaner und ländlicher Gebiete

Finanzierungssätze

Um LEADER als Steuerungsansatz zu stärken, schlägt die Kommission eine deutlich höhere ELER-Beteiligung vor. Statt bisher 50 Prozent sollen die Normalfördersätze bei LEADER 80 Pro-

zent Förderung umfassen, in den schwächeren Regionen werden sie auf bis zu 90 Prozent heraufgesetzt. Besonders innovative Maßnahmen sollen zudem sogar bis zu 100 Prozent Förderung erhalten können. Neu ist unter anderem auch die Möglichkeit, Mittel von der einen Säule der Agrarpolitik in die andere zu übertragen. – Positiv bei LEADER ist auch die Möglichkeit, bei den Vorlaufkosten für den Kapazitätsaufbau einer neuen lokalen Aktionsgruppe Unterstützung zu erhalten. Die Förderung der Vorphase durch ein solches »start-up kit« ist eine alte Forderung, die endlich erfüllt wird.

Förderung ländlicher Räume in der Agrarpolitik

Noch immer keine eigenständige Politik für ländliche Räume

Die Kommission hat zwar erkannt, dass die Politik für die ländlichen Räume einen Doppelcharakter hat und nicht nur eine zweite Säule der Agrarpolitik darstellt (mit ihren agrar- und forstbezogenen Umweltmaßnahmen), sondern auch ein Entwicklungsprogramm für ländliche Räume mit über die Landwirtschaft hinausgehenden Inhalten. Dazu gehört die Förderung von Produktionsketten wie die Förderung außerlandwirtschaftlicher Aktivitäten (z. B. Tourismus). Dieser Teil der ländlichen Entwicklungspolitik gehört damit eindeutig zur Kohäsionspolitik der EU. Das Dilemma, eine wirklich eigenständige Politik für ländliche Räume auf den Weg zu bringen, konnte damit auch diesmal nicht gelöst werden. Wie hier Doppelverwaltungen vermieden werden können, bleibt noch ungelöst. – Die verschiedenen Fördermöglichkeiten enthalten aber auch Chancen für ländliche Regionen, weil sie nun mit den verschiedenen Förderprogrammen spielen können und die ländliche Entwicklung als Ergänzungsprogramm zu den Strukturfonds nutzen können (oder eben auch umgekehrt).

Netzwerk ländliche Entwicklung und ein Innovationspreis

Die bewährten Instrumente der nationalen Vernetzung und des europäischen Austauschs werden weitergeführt. Neu eingeführt wird ein »Preis für innovative lokale Zusammenarbeit in ländlichen Gebieten«. Hier sollen ab 2015 bis zu 50 besonders innovative Projekte internationaler Zusammenarbeit mit bis zu je 100.000 Euro prämiert werden. Man darf folgern, dass es neben den ohnehin innovativen Ideen im Bereich ländlicher Entwicklung, die durch die Förderprogramme der Strukturfonds, von ELER und LEADER etc. bereits gegenüber weniger innovativen ausgewählt wurden, nun noch »innovativste« Projekte geben soll. Da es in der Wissenschaft keine eindeutige Definition von »Innovation« gibt, darf man sich schon jetzt über den Proporz bei der Vergabe freuen. Vielleicht wäre die Aufstockung der LEADER-Mittel um diese fünf Millionen Euro ertragreicher ...

Regionalprodukte unter Beschuss

Die Zeitschrift Öko-Test veröffentlichte in ihrer September-Ausgabe 2011 einen Test von 53 »Regionalprodukten« sowie 40 Regionalvermarktungsinitiativen und prangerte dabei den Etikettenschwindel mit regionalen Herkunftsbezeichnungen an. Als Kriterien für die Regionalität legten die Redakteure die regionale Herkunft der Rohprodukte, die Verarbeitung in der Region und die auf die Region begrenzte Vermarktung fest. Nur 14 Produkte konnten alle drei Kriterien erfüllen.

Wer sich mit der Praxis der Regionallabel auskennt, ist darüber nicht verwundert. Denn bislang gibt es keine nationalen oder europäischen Vorgaben, wie regionale Herkunftsbezeichnungen präzisiert werden müssen. Zwar gibt es europäische Label, um die sich Regionalprodukte bemühen können:¹²

- »geschützte Ursprungsbezeichnung« (Erzeugung, Verarbeitung und Herstellung in einem bestimmten Gebiet) – Beispiele: Roquefort, Allgäuer Emmentaler, Wernigeröder Mineralbrunnen;
- »geschützte geografische Angabe« (mindestens eine der Produktionsstufen liegt im Herkunftsgebiet) – Beispiele: Cidre Breton, Schwarzwälder Schinken, Lübecker Marzipan;
- »garantiert traditionelle Spezialität« (Produkt weist traditionelle Zusammensetzung auf oder wird nach traditionellem Verfahren hergestellt) – Beispiele: Mozzarella, Pizza Napoletana, Jamón Serrano.

Doch Regionalprodukte müssen sich diesen Zertifizierungsverfahren nicht unterwerfen. Schlimmer noch: Jede Region und jeder Hersteller kann nach eigenen Regeln definieren, was als regionales Produkt gelten soll. Manchmal genügt es, die Verwendung des regionalen Logos zu beantragen – und schon kann man als regionales Produkt auftreten. Der Boom von regionalen Marken und die Einrichtung von Regionalregalen in Supermarktketten haben diesen Missbrauch stark ausgedehnt. Begünstigt ist die Entwicklung durch fehlende oder zu lasche Regeln.

Die Stichprobe von Öko-Test beweist, wie wenig hinter den regionalen Labeln steckt. Alarmierend ist vor allem, wie unverfroren nicht einmal die kleinsten Bedingungen regionaler Rohstoffe umgangen werden. Häufig wird nur die regionale Herstellung als Bedingung erfüllt – ohne Zugabe regionaler Rohstoffe.

Für viele Regionalinitiativen ist allerdings die Produktion »regionaler« Produkte schwierig, da viele Herkunftsstoffe nicht regionalisiert angeboten werden (z. B. Zucker nur nach Herstellungsstaaten). Dass Öko-Test aber die Vermarktung auf die Region begrenzen will, um Regionalprodukte als echt zu zertifizieren, geht über die auch vom Bundesverband der Regionalbewegung vorgeschlagenen Kriterien hinaus, begrenzt die Absatzgebiete unnötig und schließt viele echte Regionalprodukte (Hopfen aus der Hallertau) aus. Während also das von Öko-Test vorgeschlagene Kriterium, dass 95 Prozent der Rohstoffe aus der Region stammen sollten, sinnvoll erscheint, ist es die willkürliche Absatzgrenze von 60 Kilometer nicht – schon eine Region wie die Rhön ist größer.

Mit allen drei Kriterien – Rohstoffe, Verarbeitung und Absatz in der Region – hat die Zeitschrift ihre Messlatte sehr hoch gelegt – und der Test kommt so zu besonders schlechten Ergebnissen. Was aber festgehalten werden muss: Es besteht dringender Handlungsbedarf, bundeseinheitliche Kriterien für die Bezeichnung von Regionalprodukten festzulegen.

**Was ist ein
»Regionalprodukt«?**

**Dringender
Klärungsbedarf**

Anmerkungen

- 1 Statistisches Bundesamt 2011: Umweltökonomische Gesamtrechnungen.
- 2 Vgl. Statistisches Bundesamt 2009: Landwirtschaft in Deutschland und der Europäischen Union. Wiesbaden. Sowie aktuelle Daten zur Landnutzung: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/LandForstwirtschaft/Bodennutzung/Tabellen/Content75/AckerlandHauptfruchtgruppenFruchtarten,templated=renderPrint.psml.
- 3 Siehe hierzu auch den Jahresrückblick im Wald-Kapitel dieses Kritischen Agrarberichts (S. 181–190).
- 4 Rechtssache C-442/09 des Europäischen Gerichtshofs. – Zur Entwicklung der gentechnikfreien Regionen in Deutschland siehe den Beitrag von Anne-Marie Volling in diesem Agrarbericht (S. 243–248).
- 5 www.menschenunderfolge.de.
- 6 Vgl. dazu auch den Fachbeitrag von Michael Glatthaar in diesem Kapitel des Kritischen Agrarberichts (S. 153–158).
- 7 www.land-zukunft.de
- 8 EU-Kommission 2010: Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. KOM (2010) 2020. Brüssel.
- 9 http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/legal-proposals/index_de.htm vom 13. Oktober 2011.
- 10 EU-Commission 2011: COM(2011) 615 final. Brüssel.
- 11 Artikel 44 des Entwurfs zur ELER-Verordnung.
- 12 Listen mit den bislang zertifizierten Produkten finden sich in folgender Datenbank: <http://ec.europa.eu/agriculture/quality/door/list.html>.



Univ.-Prof. Dr. Ulf Hahne

Fachgebiet Ökonomie der Stadt- und Regionalentwicklung

Universität Kassel
Fachbereich 06 (Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung)
Henschelstr. 2, 34127 Kassel
E-Mail: hahne@uni-kassel.de

Suffizienz & Subsistenz

Wege in eine Postwachstumsökonomie am Beispiel von »Urban Gardening«

von Christa Müller und Niko Paech

Das Wachstumsparadigma hat seinen Glanz verloren. Stetig steigender Konsum und die einseitige Orientierung an den Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts führen unsere Gesellschaft in eine Wachstumsfalle. Angesichts des Klimawandels und der zunehmenden Verknappung zentraler Ressourcen wie dem Erdöl sowie des implodierenden Finanzkapitalismus gilt es, neue Wohlstandskonzepte zu entwerfen, die nicht auf materiellem Wachstum, steigendem Konsum und weiterem Verbrauch von Ressourcen gründen. Im Zentrum steht dabei die Frage, welche (Selbst-)Versorgungsstrategien die Stabilität unserer Gesellschaft auf Dauer garantieren können. – Der nachfolgende Beitrag eines Ökonomen und einer Soziologin befasst sich mit der Notwendigkeit und den ersten Umrissen einer »Postwachstumsökonomie«, die auf die Stärkung lokaler und regionsbezogener Wirtschaftskreisläufe setzt. Gefordert ist ein tiefgreifender Wandel unseres Konsumstils, der sich an den »Leitsternen« der Suffizienz und Subsistenz orientiert (weniger/anders konsumieren und mehr selber machen). Gemeinschaftsnutzung, die Verlängerung der Nutzungsdauer von Gütern sowie Eigenproduktion können dabei weiträumige industrielle Wirtschaftsketten ersetzen und neue ökonomische und soziale Qualitäten in Stadt und Land schaffen. Gerade die Gemeinschaftsnutzung durch lokale und regionale Kooperation erhöht die Möglichkeiten der Re-Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen.

Bis heute gilt gemeinhin wirtschaftliches Wachstum als Garant für Wohlstand und sozialen Frieden in unserer Gesellschaft. Auch jetzt, in der akuten Krise der Finanzmärkte und inmitten der enormen Verschuldung der öffentlichen Haushalte, wird alle Hoffnung auf neues Wachstum gesetzt – so sehr, dass die Politik sich sogar ein »Wachstumsbeschleunigungsgesetz« ausgedacht hat. Eine immerhin kreative Wortschöpfung, die gleich zwei Fetische unserer Gesellschaft, nämlich Beschleunigung und Wachstum, benennt und ihnen sozusagen die höheren Weihen eines Bundesgesetzes verleiht. Bis heute ist es jedoch – trotz aller Ankündigungen und technologischer Beschwörungen – nicht gelungen, wirtschaftliches Wachstum dauerhaft von einem erhöhten Ressourcen- und Energieverbrauch zu entkoppeln. Allein schon deshalb ist die Überwindung des Wachstumsparadigmas unumgänglich.

Wachstumsdämmerung

Weiteres Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) kann keine Option für das 21. Jahrhundert sein. Aus

den zahlreichen Begründungszusammenhängen, die diese Erkenntnis untermauern, sollen im Folgenden nur die sozialen Pathologien eines auf großräumiger industrieller Arbeitsteilung beruhenden Fremdversorgungssystems hervorgehoben werden. Herannahende Ressourcenverknappungen, die sich keineswegs nur als »Peak Oil« äußern, verwandeln das zeitgenössische Konsummodell in ein einsturzgefährdetes Kartenhaus. Die industrielle Nahrungsmittelproduktion wird davon in besonderem Maße tangiert, vor allem wegen ihrer hohen Abhängigkeit vom Öl. Technisch orientierte Nachhaltigkeitskonzeptionen suggerieren, die fossile Abhängigkeit sei mittels smarter Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien, Informationstechnologien, Elektromobilität etc. zu überwinden. Aber der damit forcierte Bedarf an Flächen und seltenen Erden bzw. Metallen würde bestenfalls dazu verhelfen, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben.

Als eine mögliche Antwort wird das Konzept der »Resilienz« diskutiert.¹ Es beschreibt Stabilitätseigenschaften eines Systems gegenüber äußeren Störgrößen, die dessen Fortbestand oder bestimmte seiner Funktio-

nen andernfalls gefährden. Resiliente Versorgungsmuster beruhen auf Kleinräumigkeit, Dezentralität, Flexibilität und Vielfalt. Dies impliziert stärkere Unabhängigkeit von externen Versorgungsleistungen, kürzere Wertschöpfungsketten und folglich eine tendenzielle Minderung struktureller Wachstumszwänge. Je weitreichender Konsumbedarfe in Subsistenzleistungen transformiert oder gar durch suffiziente Handlungs Routinen² ersatzlos reduziert werden können, desto größere Potenziale eines geordneten (andernfalls infolge des Peak Oil-Phänomens ohnehin unumgänglichen) Rückbaus der industrialisierten Arbeitsteilung ergeben sich daraus. So ergänzen sich Suffizienz und Subsistenz (nebst verwandter Mittel und Strategien) zu einem resilienten Gestaltungsrahmen für eine »Postwachstumsökonomie«.³

Eine Rückführung der in Geld transferierten industriellen Wertschöpfung auf die Hälfte des derzeitigen Niveaus kann geplant und schrittweise (»by design«) oder mit einem durch »Peak Everything«⁴ induzierten Kollaps (»by disaster«) erfolgen. In jedem Fall würde infolge verringerter bzw. zusammenbrechender Produktionskapazitäten ein ebenso verringertes Quantum an monetär entgolter Arbeitszeit verfügbar sein. Soziale Sicherungssysteme in Form staatlicher Transferleistungen, die schon jetzt an ihre Grenzen stoßen, würden in einer derartigen Situation möglicherweise vollends versagen. Eine Möglichkeit der Nivellierung sozialer Härten bestünde in einer Umverteilung der verbleibenden Arbeitszeit auf ein individuell durchschnittliches Quantum von circa 20 Stunden. Der frei gewordene Teil an ehemals industriell verausgabter Erwerbsarbeit könnte ergänzenden Subsistenzleistungen dienen.

Moderne Subsistenz

Zwischen den Extremen lokaler Subsistenz und globaler Verflechtung existiert ein reichhaltiges Kontinuum unterschiedlicher Fremdversorgungsgrade. Deren punktueller oder gradueller Abbau setzt voraus, die Distanz zwischen Verbrauch und Produktion zu verringern. Im Kontext einer Postwachstumsökonomie ist »urbane Subsistenz«⁵ also keine Frage des Entweder-oder, sondern des Mehr-oder-weniger. Sie entfaltet ihre Wirkung im unmittelbaren sozialen Umfeld, also auf kommunaler oder regionaler Ebene⁶, und basiert auf der (Re-)Aktivierung von Kompetenzen, manuell und kraft eigener handwerklicher Tätigkeiten den Bedürfnissen jenseits kommerzieller Märkte zu entsprechen. Subsistenzleistungen verringern die Abhängigkeit von einem monetären Einkommen. Neben ehrenamtlichen, gemeinwesenorientierten, pädagogischen und künstlerischen Betätigungen kann moderne Subsistenz drei Outputkategorien erzeugen, die zur Substitution industrieller Produktion beitragen.

1. Gemeinschaftsnutzung:

Wer sich einen Gebrauchsgegenstand vom Nachbarn leiht, ihm als Gegenleistung ein Brot backt oder das neueste Linux-Update installiert, trägt dazu bei, materielle Produktion durch soziale Beziehungen zu substituieren. Objekte wie Autos, Waschmaschinen, Gemeinschaftsräume, Gärten, Winkelschleifer, Digitalkameras etc. sind auf unterschiedliche Weise einer Nutzungsintensivierung zugänglich. Sie können gemeinsam angeschafft werden oder sich im privaten Eigentum einer Person befinden, die das Objekt im Tausch gegen andere Subsistenzleistungen verfügbar macht. Auch die Institution sogenannter »Commons« (Gemeingüter)⁷ kann in manchen Fällen geeignet sein.

2. Nutzungsdauerverlängerung:

Ein besonderer Stellenwert käme der Pflege, Instandhaltung und Reparatur von Gütern jeglicher Art zu. Wer durch handwerkliche Fähigkeiten oder manuelles Improvisationsgeschick die Nutzungsdauer von Konsumobjekten erhöht (zuweilen reicht schon die achtsame Behandlung, um den frühen Verschleiß zu vermeiden), substituiert materielle Produktion durch eigene produktive Leistungen, ohne notwendigerweise auf bisherige Konsumfunktionen zu verzichten. Angenommen, es gelänge in hinreichend vielen Gebrauchsgüterkategorien die Nutzungsdauer der Objekte durch eigene oder mittels lokaler Tauschbeziehungen akquirierte Inputs an Erhaltungsmaßnahmen und Reparatur durchschnittlich zu verdoppeln, dann könnte die Produktion neuer Objekte entsprechend halbiert werden. So würde ein Rückbau der Industriekapazität mit einem nur geringen Verlust an bisherigen Konsumfunktionen einhergehen.

3. Eigenproduktion:

Ausgerechnet jener Versorgungsbereich, dessen Kollaps unweigerlich zur Überlebensfrage würde, verkörpert durch seine exorbitant hohe Mineralölabhängigkeit geradezu das Gegenteil von Resilienz: Ernährung. Im Nahrungsmittelbereich erweisen sich Hausgärten, Dachgärten, Gemeinschaftsgärten und andere Formen der urbanen Landwirtschaft und des urbanen Gärtnerns⁸ als derzeit dynamischer und ausbaufähiger Trend. Dieses Handlungsfeld ist auch deshalb elementar, weil konventionelle Wertschöpfungsketten im Agrar- bzw. Lebensmittelsektor derart schwerwiegende ökologische Schädigungen hervorrufen, dass jede auch nur teilweise Substitution entsprechende Entlastungseffekte zeitigt. Darüber hinaus sind künstlerische und handwerkliche Leistungen möglich, die von der kreativen Wiederverwertung ausrangierter Gegenstände über Holz- oder Metallobjekte in Einzelfertigung bis zur semi-professionellen »Marke Eigenbau«⁹ reichen. Tauschringe, Netzwerke der Nachbarschaftshilfe, Offe-

ne Werkstätten, Verschenkmärkte und »Transition Towns«¹⁰ sind nur einige Beispiele dafür, dass lokal erbrachte Leistungen über den Eigenverbrauch hinaus einen Leistungsaustausch auf lokaler Ebene erlauben. Dies gilt erst recht für lokal erzeugte Güter in Form von Services wie etwa Vorträge, Unterricht, Schulungen, Beratungen, künstlerische Darbietungen, Pflegeleistungen etc. Der Schritt zur Vermarktung von Handwerksprodukten zum Beispiel über »eBay«, »Etsy« wirft allerdings die Frage auf, ob die ausgerufenen »Revolution des Selbermachens«¹¹ nicht letztlich wieder strukturelle Wachstumstreiber wachruft. Dass nennenswerte Investitionen und damit Kapitalbeschaffung in diesem Segment nicht notwendig sind, lässt allerdings hoffen.

Werden die drei Outputkategorien je nach individuellen Neigungen, Fähigkeiten und Umfeldbedingungen kombiniert, bilden sie einen reichhaltigen Fundus, aus dem sich Ergänzungen des in einer Postwachstumsökonomie deutlich verringerten monetären Einkommens schöpfen lassen. Wenn Konsumobjekte doppelt so lange und/oder doppelt so intensiv genutzt werden, reicht die Hälfte an industrieller Produktion, um dasselbe Quantum an Konsumfunktionen oder »Services«, die diesen Gütern innewohnen, zu extrahieren. Diese Auslegung von moderner Subsistenz bildet trotz oberflächlicher Ähnlichkeiten zum Effizienzdiskurs, prominent verkörpert durch den »MIPS«-Ansatz¹² oder die »Service Economy«¹³, eher dessen Widerpart. Warum?

Erstens beruhen die Entlastungseffekte der obigen Subsistenzformen nicht auf einer ökologischen Entkopplung industrieller Arbeitsteilung, sondern setzen den Rückbau des Industriesystems voraus. Zweitens sind es hier weder etablierte Firmen noch »Ecopreneure«¹⁴, die als Anbieter eigentumsersetzender Services (z. B. Carsharing, Leasing-Modelle, kommerzielle Verleihsysteme) letztlich das Fremdversorgungsregime – wenngleich auf Basis erhöhter Nutzeneffizienz – aufrechterhalten. Vielmehr sind es *die Nutzer selbst*, welche durch den allmählichen Wandel vom Konsumenten zum »Prosumenten«¹⁵ oder »Co-Producer«¹⁶ die ökonomische Souveränität erlangen, kraft eigener substanzieller, manueller und sozialer Kompetenzen Industrieoutput zu ersetzen. Insoweit die damit einhergehende Entkommerzialisierung das Tauschmittel Geld nicht verwendet, weil die Subsistenzleistungen im lokalen Nahraum entstehen, können Wertschöpfungsbeziehungen eine bestimmte Länge und Komplexität nicht überschreiten. Zudem benötigen derartige Prozesse keine oder nur vernachlässigbare Investitionen, also auch kein Fremd- und Eigenkapital. Folglich mildern sie strukturelle Wachstumszwänge.

Die drei genannten Outputkategorien der modernen Subsistenz zielen zwar darauf, ein prägnant zurückgebautes Industriesystem zu ergänzen und dessen vor-

maligen Output teilweise zu substituieren, stellen jedoch zugleich eine synergetische Verbindung zu industriellen Artefakten her. Selbst die von industrieller Spezialisierung weit entfernte Subsistenzpraxis, etwa das Urban Gardening, ist in einen globalisierten urbanen Kontext eingebettet. Dies gilt umso mehr für die beiden anderen Outputvarianten, nämlich Nutzungsintensivierung und Nutzungsdauerverlängerung. Schließlich bleiben es Objekte aus arbeitsteiliger Industrieproduktion, deren Nutzung durch Hinzufügung eigener Subsistenzinputs verlängert, intensiviert oder auf andere Weise aufgewertet wird. Bei diesen Subsistenzinputs handelt es sich um marktfreie Güter:

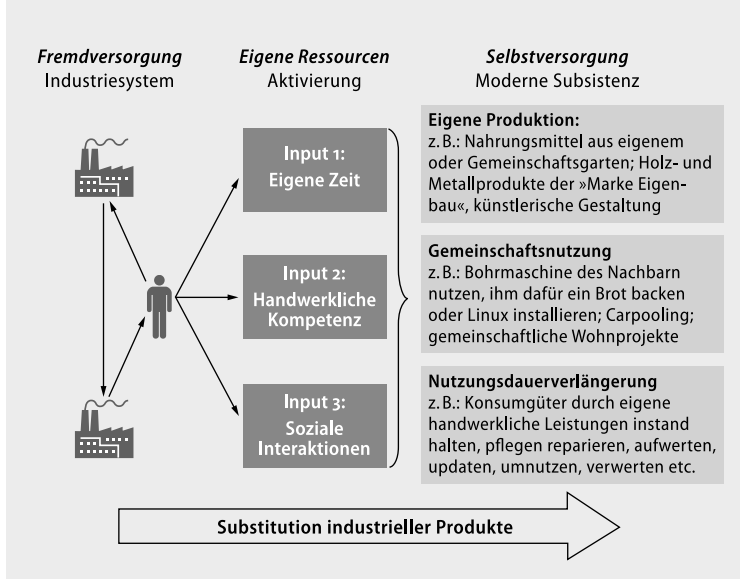
- *Eigene Zeit*, die aufgewendet werden muss, um handwerklich oder künstlerisch tätig zu sein und Austauschbeziehungen im sozialen Umfeld pflegen zu können;
- *handwerkliche Kompetenzen* und Improvisationsgeschick, um Potenziale der Eigenproduktion und Nutzungsdauerverlängerung auszuschöpfen;
- *soziale Beziehungen*, ohne die Gemeinschaftsnutzungen undenkbar sind.

Subsistenz resultiert aus einer Kombination mehrerer Input- und Outputkategorien. Angenommen, Person A lässt sich ein defektes Notebook von Person B, die über entsprechendes Geschick verfügt, reparieren und überlässt ihr dafür Bio-Möhren aus dem Gemeinschaftsgarten, an dem sie beteiligt ist. Dann gründet diese Transaktion erstens auf sozialen Beziehungen zwischen A und B sowie zwischen B und den anderen Nutzern des Gemeinschaftsgartens, zweitens auf handwerklichen Kompetenzen (A: Gemüseanbau; B: defekte Festplatte erneuern und neues Betriebssystem installieren) und drittens auf eigener Zeit, ohne die beide manuelle Tätigkeiten nicht erbracht werden können. Die Outputs erstrecken sich auf Eigenproduktion (Gemüse), Nutzungsdauerverlängerung (Reparatur des Notebooks) und Gemeinschaftsnutzung (Gartengemeinschaft).

Selbstredend sind auch Subsistenzhandlungen praktikabel, die keiner vollständigen Ausschöpfung der oben genannten Input- und Outputtypen bedürfen. Wer seinen eigenen Garten bewirtschaftet, die Nutzungsdauer seiner Textilien durch eigene Reparaturleistungen steigert oder seine Kinder selbst betreut statt eine Ganztagsbetreuung zu »konsumieren«, nutzt keine sozialen Beziehungen, wohl aber Zeit und handwerkliches Können. Die Outputs erstrecken sich in diesem Beispiel auf Nutzungsdauerverlängerung und Eigenproduktion.

Insoweit Subsistenzkombinationen im obigen Sinne Industrieoutput ersetzen, monetäres Einkommen ersparen, jedoch eigene Zeiteinputs benötigen (die wie-

Abb. 1: Input- und Outputkategorien moderner Subsistenz



derum infolge der Reduktion industrieller Produktion freigesetzt werden), lässt sich die Transformation zur Postwachstumsökonomie als gelungene Synchronisation von Industrierückbau und Subsistenzaufbau darstellen.

Urban Gardening

Wie immer bei Prozessen gesellschaftlicher Transformation stellt sich die Frage nach den Akteuren. Der Weg in eine Postwachstumsökonomie wird mit einem erheblichen zivilisatorischen Wandel vonstattengehen. Die Gesellschaft der Zukunft wird keine Konsumgesellschaft des alten Schlages mehr sein können. Die unvermeidlichen materiellen Wohlstandsverluste offerieren dennoch Perspektiven; jedoch nur dann, wenn sie von neuen Wohlstandsmodellen, einer gerechten Umverteilung sowie von Partizipations- und Demokratisierungsprozessen begleitet werden. Der Staat müsste dafür eine seiner ureigensten Aufgaben wahrnehmen, nämlich als Garant der Daseinsfür- und -vorsorge die öffentlichen Räume von Partikularinteressen freihalten und die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Subsistenzorientierte Nachhaltigkeitsstrategien benötigen mehr als Anerkennung, nämlich infrastrukturelle und rechtliche Voraussetzungen, zum Beispiel die Bereitstellung von Grund und Boden, damit sich ihre Potenziale für eine zukunftsfähige Entwicklung entfalten können. Eine radikale Umsteuerung der Politik ist nötig, um weitere soziale Härten und ökologische Verwerfungen zu verhindern.

Die nach wie vor vorhandene Orientierung an der Hegemonie des globalen (Finanz-)Marktes lässt derzeit

jedoch nicht darauf hoffen, dass die notwendigen Schritte gegangen werden. An dieser Stelle bringt die Zivilgesellschaft eine weitaus größere »kollektive Intelligenz« hervor als die in Interessens- und Klientelkalküle hoffnungslos verstrickte Politik. Da nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern insgesamt das Institutionengefüge und seine tradierten Formen der Legitimität erodieren, werden selbstorganisierte und selbstbestimmte Räume in Zukunft eine sehr viel wichtigere Rolle spielen als derzeit vorstellbar.¹⁷

Besonderes Augenmerk als Ort des Geschehens verdient der Nahraum – und zwar nicht nur auf dem Lande: In der Stadt haben sich in den letzten Jahren ganz neue Formen postmaterieller und postfossiler Lebensstile herausgebildet, die

die anstehenden Veränderungen nicht mit Knappheit und Mangel, sondern mit einer Ökonomie der Fülle verbinden. Dabei spielt die neue Gartenbewegung mit ihren Kulturen des Selbermachens eine zentrale Rolle.¹⁸

Die neuen Gartenaktivitäten irritieren nicht nur den Blick auf die Stadt, wenn etwa auf dem ehemaligen Berliner Flughafen Tempelhof gemeinschaftlich Gemüse angebaut wird (www.allmende-kontor.de), sondern sie stellen auch sehr bewusst den ungenierten Zugriff auf die Ressourcen dieser Welt in Frage. Zu beobachten ist, auch und gerade in den jüngeren Generationen, eine neue Hinwendung zu ethischen Diskursen. Die industrielle Landwirtschaft mit ihrer gnadenlosen Ausbeutung von Tieren und Ressourcen des globalen Südens wird mit wachsender Abscheu beobachtet. Die Trendforschung verweist darauf, dass mehr und mehr Großstadtbewohner/innen die globalen Verwertungsketten ablehnen und lieber selbst anbauen, selbst kochen und eine neue Genießer-Esskultur zelebrieren wollen. Ökokisten mit landwirtschaftlichen Produkten aus der Stadt gelten in New York gerade als die »neuen i-Pods« und hausgemachte Marmelade als unverzichtbares »Must Have«. Die *Süddeutsche Zeitung* zitiert eine Bloggerin der neuen Bewegung der »Foodies«, die über Twitter und Facebook illegale »Supper Clubs« organisiert, bei denen mehrtägige Menüs in Privathäusern zubereitet werden: »Supper Clubs geben uns die Kontrolle zurück – wir holen uns den Spaß an hervorragendem Essen in gutem Ambiente von profitorientierten Restaurants zurück.«¹⁹

Dieser Hedonismus geht einher mit einer neuen Sensibilität für den fairen Umgang mit Menschen anderer Länder und mit den Gemeingütern. Die Sensibi-

litäten werden in den neuen urbanen Gärten geweckt und geschärft. Beim Säen und Ernten stößt man irgendwann zwangsläufig auch auf Fragen wie: Wem gehört das Land und wer erntet seine Früchte?

In diesem Sinne ist die neue Gartenbewegung tatsächlich subversiv. Oft wird gegen sie vorgebracht, dass das Urban Gardening eine Stadt niemals ernähren könne. Abgesehen davon, dass dies noch nicht ausgemacht ist, geht es darum auch (vorläufig) gar nicht. Die Bedeutung der Gartenbewegung liegt vielmehr in der Wertschätzung der kleinbäuerlichen und der Subsistenzproduktion sowie in der Erfahrung und Einübung einer Logik, die nicht auf Verwertung, sondern auf Versorgung ausgerichtet ist. Urban Gardening ist auch Plattform und Erfahrungsraum der Erkenntnis, dass die Nahrungsmittelfrage eine zentrale gesellschaftliche Frage ist, im Übrigen eine, die keineswegs »gelöst« ist. Sie macht vielmehr deutlich, dass die Versorgung mit den lebensnotwendigen Dingen nicht mehr länger an die Industrie oder den Markt delegiert werden sollte, sondern dass stattdessen ganz neue Koalitionen zwischen Zivilgesellschaft und Gemeinwesen beginnen sollten, sich mit den grundlegenden Fragen der Existenz zu befassen und Schnittstellen zwischen kultureller, sozialer und ökonomischer Produktivität als wirk-

liches Zukunftspotenzial zu entdecken. Urbane Gärten und andere Orte der Subsistenzorientierung liefern hier jede Menge kreative, visionäre und alltagstaugliche Anregungen.

Folgerungen & Forderungen

- Das zeitgenössische, am Wachstum orientierte Konsummodell ist in Zeiten von Klimawandel und globaler Ressourcenverknappung nicht zukunftsfähig.
- Erforderlich ist ein prägnanter Rückbau des gesamten Industriesystems mit seinem hohen Rohstoff- und Energieverbrauch. Industrierückbau und Subsistenzaufbau müssen synchron verlaufen.
- Unvermeidliche materielle Wohlstandsverluste eröffnen nur dann attraktive Perspektiven für die Betroffenen, wenn sie zugleich von partizipativen, sozial gerechteren und ökologisch tragfähigen Wohlstandsmodellen begleitet werden.
- Moderne Subsistenz ersetzt einen Teil der industriellen Produktion durch Gemeinschaftsnutzung, die Verlängerung der Nutzungsdauer von Gütern und durch Eigenproduktion. So entstehen »resiliente« Versorgungsmuster, die auf Kleinräumigkeit, Dezentralität, Flexibilität und Vielfalt basieren.
- Der urbane wie regionale Nahraum erfährt dadurch eine ökonomische wie soziale Aufwertung.
- Urbane Gärten sind eine wichtige Keimzelle für eine auf Subsistenz und Suffizienz basierende Postwachstumsökonomie und ein gesellschaftliches Experimentierfeld für neue Formen postmaterieller und postfossiler Lebensstile.

Literatur

- 1 Vgl. R. Hopkins: The Transition Handbook. Dartington 2006.
- 2 Vgl. N. Paech: Nach dem Wachstumsrausch: Eine zeitökonomische Theorie der Suffizienz. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 47/166-167 (2010), S. 33-40. – O. Stengel: Suffizienz – Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise (Wuppertaler Schriften Band 1). München 2011.
- 3 Vgl. N. Paech: Postwachstumsökonomie – ein Vademecum. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 46/160-161 (2009), S. 28-31.
- 4 R. Heinberg: Peak Everything. Gabriola Island 2007.
- 5 D. Dahm und G. Scherhorn: Urbane Subsistenz. München 2008.
- 6 Vgl. N. Paech und B. Paech: Suffizienz plus Subsistenz ergibt ökonomische Souveränität. In: Politische Ökologie 124 (2011), S. 54-60.
- 7 Vgl. E. Ostrom: Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter. München 2011.
- 8 Vgl. Chr. Müller (Hg.): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. München 2011.
- 9 H. Friebe und T. Ramge: Marke Eigenbau. Frankfurt am Main/New York 2008.
- 10 Hopkins (siehe Anm. 1).
- 11 Friebe und Ramge (siehe Anm. 9), S. 16.
- 12 F. Schmidt-Bleek: Das MIPS-Konzept. Weniger Naturverbrauch – mehr Lebensqualität durch Faktor 10. München 2000.
- 13 W. Stahel: Sustainability and Services In: M. Charter and U. Tischner (Eds.): Sustainable Solutions. Sheffield 2001, pp. 151-164.
- 14 U. Schneidewind und M. Hübscher: Nachhaltigkeit und Entrepreneurship in der New Economy. In: T. Beschorner und R. Pfriem (Hrsg.): Evolutorische Ökonomik und Theorie der Unternehmung. Marburg 2000, S. 419-436.
- 15 A. Toffler: The Third Wave. New York 1980.
- 16 P. Kotler: The Prosumer Movement: A New Challenge for Marketers. In: R. J. Lutz (Ed.): Advances in Consumer Research, Vol. 13 (1986), pp. 510-513.
- 17 Vgl. C. Crouch: Postdemokratie. Frankfurt am Main 2008.
- 18 Vgl. Müller (siehe Anm. 8).
- 19 Süddeutsche Zeitung vom 28./29. August 2010.



Dr. Christa Müller

Soziologin und geschäftsführende Geschäftsführerin der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis sowie der Stiftung Interkultur

Daiserstr. 15 Rgb., 81371 München
E-Mail: info@anstiftung-ertomis.de



apl. Prof. Dr. Niko Paech

Ökonom und zur Zeit Vertreter des Lehrstuhls für Produktion und Umwelt (PUM) an der Universität Oldenburg. Seit 2010 Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) e.V.

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg,
Fak. II (PUM), 26111 Oldenburg
E-Mail: niko.paech@uni-oldenburg.de

● **Schwerpunkt »Zusammen arbeiten«**

Handeln statt Hoffen

Zusammenarbeit zur Bewältigung des demografischen Wandels:
Aufbruch im Werra-Meißner-Kreis

von Michael Glatthaar

Der demografische Wandel stellt die Städte und Gemeinden in Deutschland vor große Herausforderungen. Nahezu jedes kommunale Handlungsfeld ist von der Veränderung der Altersstruktur in der Bevölkerung betroffen: von der öffentlichen Infrastruktur über die Sozialpolitik bis hin zur Finanzierung der Daseinsvorsorge. Der folgende Beitrag geht am Beispiel des Werra-Meißner-Kreises der Frage nach, wie es gelingen kann, den vielfältigen Herausforderungen des demografischen Wandels durch Einbindung von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu begegnen. Der Werra-Meißner-Kreis gehört in den alten Bundesländern zu den »Vorreitern« des demografischen Wandels, weil er schon jetzt einen deutlichen Rückgang der Bewohnerzahlen und eine sichtbare Überalterung der Bevölkerung vorzuweisen hat. Im Unterschied zu den neuen Bundesländern hat die Region es jedoch nicht mit einem plötzlichen Einbruch der Einwohnerzahlen zu tun, sondern mit einem allmählichen Prozess, der mehr und mehr sichtbar wird. Das Modellvorhaben der Raumordnung »Region schafft Zukunft« in der Region des Werra-Meißner-Kreises, das im Folgenden dargestellt wird, hat in knapp zwei Jahren zu einer Aufbruchstimmung geführt und zahlreiche Projekte initiiert. Was sind die Erfolgsfaktoren dieses Modellvorhabens? Wie wurde der Prozess gesteuert, welche Formen der Zusammenarbeit haben sich bewährt? Und welche Schlussfolgerungen können in Hinblick auf die Entwicklung und Umsetzung von Förderprogrammen von Bund und Ländern gezogen werden?

Der Werra-Meißner-Kreis war eine der ersten Regionen in den alten Bundesländern, die vom demografischen Wandel stark betroffen war. Der Kreis hat bis heute den höchsten Bevölkerungsrückgang in Hessen mit den einhergehenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Seit über zehn Jahren verliert der Kreis im Durchschnitt jährlich ein Prozent seiner Bevölkerung – die Faktoren hierfür sind allgemein bekannt (negativer natürlicher Saldo und negativer Wanderungssaldo) und sollen hier nicht vertieft werden.

Bei dem Versuch, auf kommunaler und regionaler Ebene Antworten auf die Fragen zu geben, die mit der demografischen Entwicklung zusammenhängen, sind vier »Meilensteine« zu nennen:

- Im Jahr 2004 fand die erste kreisweite Veranstaltung (Regionalforum) zum demografischen Wandel statt, die auf Initiative der Kreisverwaltung und des Vereins für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V., der gleichzeitig die Lokale Aktionsgruppe im LEADER-Prozess (LAG) ist, durchgeführt wurde. Teilnehmer waren Vertretern der ehrenamtlichen Kommunalpolitik, die Bürgermeister des Kreises sowie Multiplikatoren aus den Bereichen Soziales, Wirtschaft, Kultur und Jugend. Das Regionalforum bildete den Auftakt der Diskussion über Prognosen und Auswirkungen der demografischen Entwicklung und formulierte erste Handlungsnotwendigkeiten.
- Im Jahr 2006 richtete der Landrat die »Stabsstelle Demografie« ein. Dem Stab Demografie gehören alle Fachbereiche der Kreisverwaltung an. Zeitgleich wurde auf Kreisebene das Lokale Bündnis für Familie gegründet, das sich zum wesentlichen Motor bei der Gestaltung des demografischen Wandels entwickelte.
- Im Jahr 2007 wurde unter Federführung des Vereins für Regionalentwicklung e.V. mit zahlreichen Akteuren aus der Region das »Regionale Entwicklungskonzept« geschrieben. Der demografische Wandel ist so zu einem der zentralen Themen im Regionalen Entwicklungskonzept geworden.

- Im Jahr 2009 hat die Kreisverwaltung einen ersten Demografiebericht erstellt, der 2011 überarbeitet und aktualisiert wurde.

Parallel wurde eine Reihe weiterer Veranstaltungen im Kreis durchgeführt sowie Studien von der Universität Kassel und anderen Hochschulen erstellt. Insgesamt ist das Thema demografischer Wandel seit sieben Jahren immer wieder aufgegriffen worden. Dies hat dazu geführt, dass mittlerweile sämtliche kommunalen Handlungsfelder vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung diskutiert werden. Zentral war immer die Suche nach Anpassungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Mit der Zeit setzte sich auch die Erkenntnis durch, dass ein Gegensteuern nach altbewährten Mustern, beispielsweise durch die Ausweisung billigen Baulandes für Neubürger, nicht zum Erfolg führt, da sich die Wan-

derungsprozesse von der Verfügbarkeit von Bauland und Immobilien aufgrund abnehmender Nachfrage weitgehend abgekoppelt haben.

Es ist auch gelungen, neben den kommunalen Schlüsselakteuren breite Teile der interessierten Bevölkerung in der Region mit dem Thema demografischer Wandel zu erreichen. Dies führte unter anderem dazu, dass das Thema Demografie nicht als ein kurzfristiges Modethema, sondern mittlerweile als eine dauerhafte Herausforderung für den Werra-Meißner-Kreis allgemein angesehen wird.

Das Modellvorhaben »Region schafft Zukunft«

Der Werra-Meißner-Kreis wurde in das Modellvorhaben der Raumordnung »Region schafft Zukunft – alte Länder« des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und

Abb. 1: Organisationsstruktur des Modellvorhabens »Region schafft Zukunft – Werra-Meißner« (eigene Darstellung)



Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) aufgenommen. Ziel des Modellvorhabens ist, an Beispielen zu zeigen, wie sich eine Region den Herausforderungen des demografischen Wandels stellen kann und welche Strategien dabei zum Erfolg führen. Das Modellvorhaben »Region schafft Zukunft« umfasste einen fast zweijährigen Prozess (Juli 2009 bis März 2011), in dem ein Masterplan Daseinsvorsorge in drei Arbeitsgruppen erarbeitet und über 25 Projekte umgesetzt wurden (Abb.1).

Komplexe Steuerung

Die Steuerung komplexer regionaler Prozesse wird als »Regional Governance« bezeichnet und steht seit mehreren Jahren im Fokus wissenschaftlicher Diskussionen. Den Hintergrund dieser Diskussionen bilden zwei zentrale Erkenntnisse: Einerseits können Erfolge und Misserfolge auf regionaler Ebene immer weniger durch zentrale politische Entscheidungen vom Bund oder den Ländern beeinflusst werden. Andererseits sind die Kommunen als handelnde Akteure häufig zu klein, um die zunehmend komplexeren Prozesse beeinflussen oder gar lenken zu können.

In der Regional Governance-Diskussion werden fünf Ebenen zur Beschreibung komplexer Steuerungssysteme unterschieden, die zur Einordnung des Masterplan-Prozesses im Werra-Meißner-Kreis verwendet werden:

- *Ebene 1: Eine regionale Organisation, die neben einem Kern zur Durchführung wesentlicher Aufgaben auch Entscheidungsorgane und Entscheidungsregeln beinhaltet.* Dies war im Masterplan-Prozess die Lenkungsgruppe (siehe Abb. 1). Als Entscheidungsregel setzte sich die Konsensentscheidung durch, obwohl formal das Mehrheitsprinzip festgelegt wurde. Die Lenkungsgruppe traf sich während der Laufzeit zehn Mal. Weitere Kernaufgaben waren die Vernetzung der Arbeitsgruppen und weiterer Akteure, insbesondere der politischen Vertreter auf kommunaler und Kreisebene.
- *Ebene 2: Der Netzwerkcharakter der Organisation zur Steuerung der Aufgaben, also insbesondere die Zusammenarbeit relevanter Akteure aus dem öffentlichen und privaten Sektor.* Dieser Netzwerkcharakter war einerseits durch die Lenkungsgruppe selbst gegeben sowie durch die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen. Alle Arbeits- und Entscheidungsstrukturen waren durch Vertreter des öffentlichen und privaten Sektors besetzt, die ohne formale hierarchische Strukturen zusammenarbeiteten. Insgesamt arbeiteten rund 80 Personen regelmäßig in den Arbeits- und Projektgruppen zusammen. Etwa 200 Personen wurden jeweils über drei große Veranstaltungen und circa 1000 Personen über den regelmäßigen Newsletter erreicht. Dies scheint auf den ersten Blick wenig, da nicht mal ein Prozent der Bevölkerung direkt eingebunden war. Andererseits konnten über die personelle Zusammensetzung der Arbeitsgruppen Schlüsselpersonen aus Vereinen und Verbänden einbezogen werden, die einen weit größeren Kreis von Personen erreichten.
- *Ebene 3: Die Bedeutung von Akteuren in der Regionalpolitik, also die Berücksichtigung der legitimierten politischen Vertreter.* In allen Entscheidungs- und Arbeitsgremien waren politisch legitimierte Vertreter verschiedener Parteien eingebunden. Die Entscheidungen beispielsweise über die Mittelverwendung im Masterplan wurden jedoch ohne zusätzliche, formal-politische Beschlüsse gefasst (Lenkungsgruppe). Gleichwohl wurde das gesamte Modellvorhaben zu Beginn durch einen Kreistagsbeschluss und einen Beschluss der Bürgermeisterdienstversammlung legitimiert bzw. unterstützt, so dass von Beginn an die legitimierten Vertreter eingebunden waren. Für die Umsetzung der Handlungs- und Anpassungsstrategien (Ergebnisse) wurden Diskussionen in allen relevanten Ausschüssen und im Kreistag geführt (siehe unten).
- *Ebene 4: Eine Kombination von Steuerungsformen und -instrumenten, also Rechtsnormen, Verhandlungen, Anreiz- und Ausgleichsregeln wie beispielsweise Wettbewerbe, die Einordnung des Organisationsmodells (offenes oder geschlossenes System) sowie Dauerhaftigkeit und Verbindlichkeit der Zusammenarbeit.* Es handelte sich um eine Kombination aus offenem und geschlossenem System. Die Arbeits- und Entscheidungsebenen tagten nicht öffentlich und waren auf eine Anzahl von maximal 25 Teilnehmer begrenzt. Gleichzeitig wurde eine breite Offenheit durch die Veröffentlichung von Zwischenergebnissen, Protokollen, öffentlichen Veranstaltungen sowie die Herausgabe eines monatlichen Newsletters erreicht.
- *Ebene 5: Die Rolle und Funktion einer Koordinierungsstelle (z. B. das Regionalmanagement), im Sinne von zielgerichteter Lenkung, Moderation und Koordination.* Über die gesamte Laufzeit des Prozesses gab es eine zentrale Koordinierungsstelle, die durch zwei Personen besetzt war: die Geschäftsführerin des Vereins für Regionalentwicklung sowie der Leiter der Stabsstelle Demografie. Zusätzlich wurde das Modellvorhaben durch ein externes Prozessmanagement unterstützt, das in allen drei Ebenen vertreten war, die jeweiligen Sitzungen mit vorbereitete, durchführte und die Ergebnisse aufbereitete. Hierdurch war gewährleistet, dass die interne Kommuni-

Daten, Fakten und Ergebnisse

Laufzeit des Projekts: Juni 2009 bis März 2011

Finanzen:

- 30.000 Euro für die Erarbeitung des Masterplans Daseinsvorsorge (Datenerhebung, -aufbereitung, qualitative Bedarfsanalyse, Prozessmanagement, Öffentlichkeitsarbeit, Prozesssteuerung der Geschäftsführung, externe Dienstleister)
- 600.000 Euro für 20 Projekte im Themenfeld »Innovationen für familien- und altengerechte Quartiere«
- 130.000 Euro für sechs Projekte im Themenfeld »Wachstum und Innovation«
- circa 4,5 Millionen Euro aus anderen Programmen, Eigenmitteln und in Form von Eigenleistungen

Auswahl umgesetzter Projekte im Schwerpunkt »Innovationen für familien- und altengerechte Quartiere«:

- drei Projekte im Bereich »Nahversorgung und Begegnung« mit einer Gesamtförderung in Höhe von 230.000 Euro (davon zwei Wieder- bzw. Neueröffnungen und ein Umzug mit Schaffung eines Treffpunktes)
- zwei Mehrgenerationenprojekte im Außenbereich, Schaffung von Mehrgenerationenplätzen mit einer Gesamtförderung von 55.000 Euro
- Wettbewerb »Innovationen für familien- und altengerechte Quartiere«, insgesamt sechs Projekte, Gesamtförderung 150.000 Euro (z. B. Mehrgenerationenkino, Musikraum, Studie zu Wohnqualität)

- zwei Projekte zur Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Mehrgenerationentreffpunkten (Familienhäuser), Gesamtförderung 85.000 Euro
- Studien und Konzepte zu den Themen »Mobilität« und »Wohnqualität«
- Durchführung einer Kinder- und Jugendkonferenz

Auswahl umgesetzter Projekte im Schwerpunkt »Wachstum und Innovation«:

- Projekt Demografiecoaching für Unternehmen, durchgeführt in fünf Unternehmen
- Studie zur Entwicklung von Anpassungsmöglichkeiten bei leitungsgebundenen Infrastrukturen (Wasser, Abwasser, Strom)
- Energieberatung für Unternehmen und Aufbau einer Energie-Agentur
- Studie zur Abwärmenutzung der Feuerfestindustrie

Diskussion der Ergebnisse in den Ausschüssen des Kreistags:

- Ausschuss für Kreis- und Regionalentwicklung
- Gesundheits- und Sozialausschuss
- Schulausschuss
- Umweltausschuss

Kreistagsbeschluss zur Umsetzung der Ergebnisse der Masterplan-Arbeitsgruppen und Fortführung des Prozesses vom 4. Februar 2011

kation über kurze Wege möglich war und durch die externe Unterstützung Managementleistungen vergeben werden konnten, um die Handlungsfähigkeit innerhalb der Region nicht durch zu viel Arbeit einzuschränken.

Das Modellvorhaben war geprägt durch die Möglichkeit, öffentliche Fördermittel für die beispielhafte Entwicklung von Anpassungs- und Handlungsstrategien sowie die Umsetzung von Projekten zu verwenden. Dieses ist, im Gegensatz zu den knappen finanziellen Ressourcen der Kommunen, als Sonderbedingung für die Steuerung anzusehen, da nicht über eine Umverteilung von Mitteln entschieden werden musste, sondern zusätzliche finanzielle Mittel verwendet wurden.

Reflexion, Aufbruchstimmung und Erfolge

Die Einordnung des Modellvorhabens nach wesentlichen Fragen von Regional Governance kann nur in Teilen erklären, warum nach vergleichsweise kurzer Zeit eine Aufbruchstimmung erreicht wurde und das

Modellvorhaben im Kreis und vom Bundesministerium für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung als Erfolg eingeschätzt wird.

Weitere Sonderbedingungen, die auf das Modellvorhaben sowie die Besonderheiten der Region zurückgeführt werden können, sind:

■ Ein beschleunigter Prozess

Die Region befasste sich schon seit längerer Zeit auf verschiedenen Ebenen mit der Entwicklung von Handlungs- und Anpassungsstrategien in Folge demografischer Veränderungen. Folglich konnte das Modellvorhaben als Beschleunigung eines bereits begonnenen Prozesses angesehen werden.

■ Bündelung von Ressourcen

In der Zeit des Modellvorhabens ist es gelungen, die personellen wie zeitlichen Ressourcen innerhalb der Region zu bündeln. Dies spiegelte sich in der hohen Priorität innerhalb der Kreisverwaltung wider, zeigte sich aber auch im hohen Engagement der weiteren Akteure aus dem privaten Sektor.

■ Externe Unterstützung

Im Modellvorhaben konnten Mittel für externe Dienstleister verwendet werden, die aufbauend auf den Fragestellungen Szenarien für die künftige Entwicklung modellhaft entwickelten, über mehrere Modellierungen Änderungen vornahmen und am Schluss eine Kosten-Nutzen-Analyse für jeweils verschiedene Handlungsstrategien erstellten. Darüber hinaus gab es eine weitere Unterstützung durch ein externes Prozessmanagement. Folglich war die Erarbeitungssituation im Modellvorhaben vergleichsweise gut, da die Teilnehmer nicht selbst bestimmte Zwischenergebnisse weiterentwickeln mussten, sondern Fragestellungen und Zielsetzungen sowie Arbeitsaufträge an Externe formulieren konnten.

■ Integrierte Vorgehensweise

Im Rahmen des Masterplans Daseinsvorsorge war es möglich, acht Themenbereiche in drei Arbeitsgruppen parallel und integriert zu bearbeiten. Es wurden im Erarbeitungsprozess jeweils Wechselwirkungen zu anderen Themenbereichen und zu den beispielhaften Projekten aufgezeigt; damit liegt weit mehr als eine sektorale Betrachtung einzelner wichtiger Themen vor.

■ Gleichzeitigkeit von Prozess und Projektumsetzung

Es widerspricht zwar dem eigentlichen strategisch-konzeptionellen Vorgehen, parallel zur Erarbeitung von Handlungsstrategien auch schon Projekte umzusetzen, da hier immer die Gefahr besteht, dass unumkehrbare Prozesse in Gang gesetzt werden. Auf der anderen Seite besteht die Möglichkeit, durch die frühzeitige Realisierung von Projekten Anregungen für die Entwicklung von Handlungsstrategien zu geben. Letztlich ist es gelungen, die Projekte auf der einen Seite mit den Arbeitsgruppen und den dort erarbeiteten Handlungsstrategien zu verknüpfen und Impulse bzw. Fragestellungen zu konkretisieren.

Ein weiterer wesentlicher Wert der 30 Projekte kann darin gesehen werden, dass neben strategisch-konzeptionellen Prozessen im Rahmen des Masterplans über 20 konkrete baulich-räumliche Projekte umgesetzt werden konnten, die als sichtbare Ergebnisse in der Region mit dem Masterplan verbunden sind.

■ Bundesweite Aufmerksamkeit

Das Modellvorhaben der Raumordnung führte über fast zwei Jahre dazu, dass ein hohes Interesse am Werra-Meißner-Kreis bestand, was sich an vielfachen Anfragen für Tagungen, einer Steigerung von Exkursionen in die Region sowie einer durch den Bund begleiteten Pressearbeit zeigte.

Mit Blick auf das Steuerungssystem und den Prozess im Rahmen des Modellvorhabens sollen abschließend die wichtigsten Merkmale genannt werden.

Das in weiten Teilen geschlossene Modell ohne politische Legitimation hat durch verschiedene Formen der Öffnung bzw. Öffentlichkeitsarbeit, über die Qualität der Ergebnisse und die Diskussion mit den politisch verantwortlichen Akteuren dazu geführt, dass ein Kreistagsbeschluss zur Umsetzung der entwickelten Handlungsstrategien erreicht wurde. Dies ist vor allem der Einbindung von politischen Entscheidungsträgern geschuldet. Auf der anderen Seite ist ein wesentlicher Erfolg auch darauf zurückzuführen, dass Vertreter der privaten Sektoren (Initiativen, Vereine und Verbände etc.) aktiv eingebunden wurden und die Ergebnisse mitentwickelt haben. Hierdurch kamen neue Sichtweisen auf und es wurden weitere Themen bearbeitet (wie z. B. Nahversorgung oder Gesundheit).

Darüber hinaus hat die Doppelverantwortung im Prozess (Verein für Regionalentwicklung und Kreisverwaltung) dazu geführt, dass viele Schlüsselpersonen in

Folgerungen & Forderungen

- Das große Interesse am Wettbewerb »Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge« zeigt, dass das Thema in den Regionen angekommen ist.
- Jetzt statt zwei über 20 Regionen fördern zu wollen greift zu kurz, da weit mehr Regionen eine Zukunftsstrategie entwickeln wollen und ihre eigenen Mittel hierfür in der Regel nicht ausreichen. Ein Mainstream-Förderprogramm Masterplan Daseinsvorsorge von Bund und Ländern wäre die folgerichtige Lösung.
- Die Doppelverantwortung von Kreisverwaltung und Verein für Regionalentwicklung e.V. war der Garant dafür, dass weitere Akteure einbezogen werden konnten und sehr kooperativ mit Entscheidungen und Verantwortung umgegangen wurde.
- Folglich sollte bei weiteren Förderprogrammen die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung mit weiteren Schlüsselakteuren als Ausgangsbedingung festgelegt werden.
- Das dargestellte Beispiel zeigt, dass eine fach- und ressortübergreifende Bearbeitung umgesetzt werden kann und damit Querverbindungen und Abhängigkeiten verschiedener Themen berücksichtigt werden können.
- Folglich kann ein Regionalbudget (als solches kann das Modellvorhaben angesehen werden) zur Entwicklung integrierter Anpassungsstrategien und gleichzeitigen Umsetzung von Schlüsselprojekten unter bestimmten Bedingungen eine Aufbruchstimmung initiieren.

Entscheidungs- und Arbeitsstrukturen eingebunden wurden.

Letztlich hängt der Prozess wesentlich von den agierenden Personen ab. Dies kann einerseits konzeptionell an der Einbindung von Schlüsselpersonen festgemacht werden, denn es ist gelungen, die Entscheidungsträger aus Verwaltung und dem privaten Sektor in den Arbeitsprozess einzubinden. Auf der anderen Seite hängt es von den Personen selbst ab, ob sie in der Lage sind, sich auf einen offenen Arbeitsprozess einzulassen.

Die bundesweite Aufmerksamkeit, gepaart mit den Sonderbedingungen des Modellvorhabens, kann sicherlich als weiterer Teil des Erfolges bezeichnet werden. Aber die externen Bedingungen müssen auch innerhalb der Region aufgenommen und in konkrete Aktivitäten oder Strukturen umgesetzt werden, und genau dies ist im Rahmen des Modellvorhabens gelungen.

Im Sommer 2010 wurde unter dem Titel »Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge« zur Teilnahme an einem bundesweiten Wettbewerb für weitere Regionen vom Bundesministerium für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung aufgerufen, an dem sich über 150 Regionen beteiligten. Es ist geplant, zwischen 20 und 30 Regionen bei der Entwicklung von Handlungs- und Anpassungsstrategien ab dem Jahr 2012 zu unterstützen.

Zitierte und weiterführende Literatur

- A. Benz und D. Fürst: Region: »Regional Governance« – Regionalentwicklung. In: B. Adamaschek und M. Pröhl (Hrsg.): Regionen erfolgreich steuern. Regional Governance – von der kommunalen zur regionalen Strategie. Gütersloh 2003, S. 11–66.
- Chr. Diller: Regional Governance by and with Government: Die Rolle staatlicher Rahmensetzungen und Akteure in drei Prozessen der Regionsbildung. Habilitationsschrift Berlin 2005.
- D. Fürst: Regional Governance. In: A. Benz et al. (Hrsg.): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Governance Band 2. Wiesbaden 2007, S. 353–365.
- M. Glatthaar: Stadtregionale Verbände – Lösung des Steuerungsdilemmas in schrumpfenden Regionen? Kassel 2010.
- M. Pütz: Regional Governance. Theoretisch-konzeptionelle Grundlagen und eine Analyse nachhaltiger Siedlungsentwicklung in der Metropolregion München. München 2004.
- Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. (Hrsg.): Region schafft Zukunft – Ergebnisse aus dem Masterplan für den Werra-Meißner-Kreis. Eschwege 2011.



Dr. Michael Glatthaar

Mitnhaber des Planungsbüros proloco Stadt und Region, Planung und Entwicklung

Am Neuen Markt 19, 28199 Bremen
E-Mail: glatthaar@proloco-bremen.de
www.proloco-bremen.de

Rückblick 2011: Naturschutz im Schatten der Energiewende

von Heidrun Heidecke

Das Jahr 2011 begann mit einem großen Achtungszeichen für die Agrarpolitiker: Ein Bündnis von rund 120 Organisationen rief für den 22. Januar 2011 nach Berlin zu einer Demonstration für eine Wende in der Agrar- und Lebensmittelpolitik. 22 000 Menschen kamen in die Hauptstadt und demonstrierten unter dem Motto: »Wir haben es satt – Nein zu Gentechnik, Tierfabriken und Dumping-Exporten«. Mit 70 Treckern und einem Meer von Transparenten bot sich ein überwältigendes Bild. Zahlreiche Redner aus dem In- und Ausland forderten einen grundlegenden Wandel der Landwirtschaftspolitik weltweit, insbesondere den Stopp von Landraub für den Anbau von Futtersoja und die Produktion von Agrosprit. Noch nie waren wegen Landwirtschaftspolitik so viele Menschen auf die Straße gegangen. Ein voller Erfolg für die Agraropposition!

Die Agrar- und Ernährungsindustrie reagierte zunächst geschockt. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) dominierten die öffentliche Wahrnehmung. Von »klimaschädlicher Massentierhaltung« und »irreführender Werbung« der Lebensmittelindustrie war überall in den Medien zu hören und zu lesen. Es folgten zahlreiche Einladungen zu Gesprächen, bei denen Industrie und Handel auch den Rat der NGOs für die Verbesserung von Produktionslinien einholten. Diese geöffneten Türen sollen weiter aufgestoßen werden: Am 21. Januar 2012, zu Beginn der Internationalen Grünen Woche, findet die nächste große Kundgebung in Berlin statt. Adressatin der Proteste ist vor allem die Bundesregierung. Diese hatte 2010 zwar Industrie und Zivilgesellschaft eingeladen, an einer »Charta für die Landwirtschaft« mitzuwirken. Ob aber mehr als heiße Luft dabei produziert wird, darf bezweifelt werden.

**Großer Erfolg für
die Agraropposition**

Fukushima und die Folgen – die Energiewende 2011

Die Nuklearkatastrophe von Fukushima am 11. März 2011 brachte unendliches Leid über die betroffenen Regionen und führte in Deutschland zu einer seit vielen Jahren nicht mehr gekannten Mobilisierung der Atomkraftgegner. Die Reihe der Großdemonstrationen riss in den folgenden Wochen nicht ab: Am 26. März forderten 250 000 Demonstranten in Berlin, Hamburg, Köln und München »Alle AKWs abschalten, Frau Merkel!«. Einen Monat später, anlässlich des 25. Jahrestages der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, demonstrierten 120 000 Kernkraftgegner an zwölf Atomanlagen. Wieder einen Monat später folgten am 28. Mai 2011 Großdemonstrationen in über 20 Städten mit insgesamt 160.000 Menschen.

Die schwarz-gelbe Koalition musste reagieren. So beschloss das Bundeskabinett am 6. Juni das sofortige Aus für acht Atomkraftwerke und den stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022. Zusätzlich wurden neun weitere Gesetze und Verordnungen beschlossen, die den Ausbau der regenerativen Energien und der Stromnetze erleichtern sowie die Energieeffizienz erhöhen sollen, um die Klimaschutzziele zu erreichen.

**Forderungen
der Umweltverbände
berücksichtigt ...**

Auch das »Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2012« gehörte in dieses Gesetzespaket. Zentrale Forderungen der Umweltverbände für die EEG-Novelle waren eine verpflichtende Wärmenutzung sowie wirksame Regeln gegen die »Vermaisung« der Landschaft, gegen Grünlandumbruch und gegen die Förderung des Einsatzes von Waldrestholz zur Stromerzeugung. Die drastischen Auswirkungen auf den Naturhaushalt und auf das Landschaftsbild durch den Anbau von Energiemais auf aktuell fast 800 000 Hektar in Deutschland sollten mit den neuen Regelungen begrenzt werden. Das Artensterben, die Oberflächenwasserverseuchung und die Erodierung der Böden als Folgen des übermäßigen Anbaus sollten reduziert werden. Der Verlust von über 230.000 Hektar Grünland seit 2003 sind großteils ebenso dem Biomasseboom geschuldet wie die vielerorts zu beobachtenden sehr engen Fruchtfolgen, die einen hohen Pestizideinsatz erfordern.

Die Forderungen der Umweltverbände wurden bei der Novellierung im Wesentlichen berücksichtigt. So enthält die EEG-Novelle eine Begrenzung des Mais- und Getreideanteils pro Biogasanlage auf maximal 60 Prozent. Dadurch wird ein Beitrag zur Begrenzung der Monokulturen, besonders von Mais, geleistet und ein Fruchtwechsel gefördert.

**... zahlreiche
Hintertüren
offengelassen**

Aber im Gesetz gibt es wieder Hintertüren, die Ausnahmen von sinnvollen Regeln erlauben. Besonders kontraproduktiv sind die noch in letzter Minute von Lobbyisten durchgedrückten Vorteile für Mega-Biogasanlagen mit mehr als zwei Megawatt. Diese profitieren künftig von unverantwortlich hohen Vergütungssätzen. Dieser Kardinalfehler wird in den betroffenen Regionen zu einer steigenden Nachfrage nach Mais und einer noch intensiveren Bewirtschaftung der Flächen führen. Hinzukommt, dass bei Biogasanlagen mit über einem Megawatt mehr als 18 000 Kubikmeter Gärreste (Biogasgülle) pro Jahr anfallen, für deren halbwegs umweltgerechte Ausbringung mindestens 720 Hektar notwendig sind. Einige Betreiber von Großanlagen versuchen die Gärreste zu trocknen und damit transportwürdig zu machen. Doch dies ist höchst umstritten, weil die Technik dazu noch nicht ausgereift, die bisherigen Verfahren sehr teuer sind und weil die zum Trocknen eingesetzte Wärme keine fossile Energie ersetzt. Denn bei kleineren dezentralen Anlagen würde die Gülle ohne Wärmearaufwand auf die umliegenden Felder ausgebracht. Leider geschieht dies auch rund um Großanlagen. Überdüngung der anlagennahen Felder ist die Folge. Gleichzeitig entziehen die urbanen Kapitalgesellschaften, die in Groß-Biogasanlagen investieren, den ländlichen Regionen die Wertschöpfung aus der Biogaserzeugung.

Eine Streichung der Zusatzförderung von Waldrestholz konnte im EEG nicht erreicht werden, zumindest aber eine Senkung der Vergütung. Angesichts der Ziele, die Totholzmengen in den Wäldern aus Gründen des Naturschutzes zu erhöhen und die Waldböden vor Verarmung zu schützen (»Nährstoffnachhaltigkeit«), kann es nicht der richtige Weg sein, unsere Wälder regelrecht »auszufegen«, um dann in Kraftwerken Strom herzustellen.

**Strittige
»Sonnenenernte«
auf der Fläche**

Auch die Regelungen des EEG zur Vergütung von Strom aus Solarfreiflächenanlagen beinhalten Konfliktpotenzial mit Naturschutzbelangen. Das Gesetz unterscheidet bei der Vergütung zwischen Ackerflächen, Konversionsflächen und sonstige Freiflächen. Dass der Zubau auf Ackerböden seit 2010 nicht mehr gefördert wird, ist unter den Aspekten des Flächenverbrauchs richtig. Für Konversionsflächen hingegen gilt der höchste Fördersatz. Neben Industriebrachen und Müllhalden zählen auch militärische Liegenschaften zu Konversionsflächen. Auch wenn das Gesetz Naturschutzgebiete und Nationalparke als Standorte ausschließt, tauchen zunehmend Konflikte mit Naturschutzbelangen auf, denn viele großflächige Konversionsgebiete sind nicht als solche ausgewiesen.

Durch Flächenverbrauch und Zerschneidung sowie durch die mögliche Entwertung von wertvollen Naturbereichen sind Freiland-Solarparks für den Naturschutz nicht konfliktfrei. Unkoordinierter Wildwuchs und Fehlentwicklungen, wie es sie anfangs beim Ausbau der Windenergie gegeben hat, müssen unbedingt vermieden werden. Eindeutigen Vorrang sollte nach Auffassung der Umweltverbände die Errichtung oder Integration von Solaranlagen an Gebäuden haben, sei es auf Dachflächen oder an Fassaden. Durch die Ausweisung von Eignungsflä-

chen muss die konfliktfreie Errichtung dieser Freiland-Solarparks gesichert werden. Mittelfristig sollte die Nutzung auf Freiflächen unterbleiben und nur bei besonderen Gegebenheiten zulässig sein: auf bereits versiegelten oder anders nicht nutzbaren Flächen wie aufgelassenen Gewerbegebieten und Industriebrachen, auf nicht renaturierten Mülldeponien und Abraumhalden, Lärmschutzwällen, Parkplätzen sowie auf versiegelten Höfen oder Innenbereichen.

Windenergienutzung und Waldschutz

Zur Erreichung der Ausbauziele im Bereich der Erneuerbaren Energien soll insbesondere der weitere Ausbau der Windenergienutzung an Land mit einem signifikanten Anteil beitragen. Dabei rücken auch Wälder immer stärker als Windkraftstandorte ins Blickfeld. Mit einer Anlagenhöhe von bis zu 200 Metern ist die Errichtung von Windenergieanlagen über Waldflächen heute grundsätzlich möglich und wird in jüngerer Zeit zunehmend vorangetrieben. Andererseits sind Wälder komplexe Ökosysteme, Lebensraum für verschiedene, auch bedrohte Arten sowie wesentliche Grundlage für die menschliche Erholung und Naturerfahrung. Insbesondere die Fragestellung nach Tabu-Flächen und Kriterien für die Planung von Windenergieanlagen in Waldgebieten bilden einen Schwerpunkt der Debatten der Umweltverbände mit Politik und Planern. Nach Auffassung der Umwelt- und Naturschutzverbände müssen bei der Genehmigung von Windenergieanlagen in Wäldern die Umwelt- und Naturschutzbelange besonders umfassend geprüft und vorrangig berücksichtigt werden. Windkraftnutzung im Wald darf nicht dem Umbau der Wälder zu einer naturnahen Waldwirtschaft entgegenstehen. Windenergieanlagen im Wald sollten nur dann geplant werden, wenn regional andere Flächen – bezogen auf das Ausbauziel – nicht ausreichend bereitstehen. Bei Windenergieanlagen im Wald ist der Schutz von Fledermäusen besonders zu beachten. Generell fordern die Verbände eine wesentlich verbesserte freilandbiologische Datenermittlung der Windkraftbetreiber in den Genehmigungsverfahren, um durch qualitativ hochwertige naturschutzfachliche Unterlagen Folgewirkungen auf Naturschutzbelange zu minimieren.

Windkraftanlagen in Wäldern?

Ausbau der Leitungsnetze

Der massive Ausbau von Wind- und Solarenergie macht auch die Neustrukturierung des Leitungsnetzes notwendig. Im Fokus der Ausbaupläne stehen dabei die Höchstspannungsnetze – sogenannte Stromautobahnen. In den betroffenen Gebieten formieren sich zahlreiche Bürgerinitiativen, um den Ausbau der Hochspannungsleitungen in ihrer Nähe zu verhindern.

Der Bundestag beschloss Ende Juli 2011 das Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG). Um den Netzausbau zu beschleunigen, soll die Bundesnetzagentur bei Leitungen von grenzüberschreitender oder länderübergreifender Bedeutung die Raumverträglichkeit prüfen und in bestimmten Fällen auch die Planfeststellung übernehmen. Die Bundesländer behalten ein Mitspracherecht. Leitungen auf der 110 Kilovolt-Ebene sollen in der Regel unterirdisch verlegt werden, wenn die Kosten dafür nicht das 2,75-Fache der Freileitungskosten übersteigen. Das NABEG sieht vor, die Bürger bereits in einem frühen Planungsstadium in konkrete Trassenplanungen einzubeziehen.

Mit seiner Forderung nach Einführung der Strategischen Umweltprüfung auch in diesem Gesetz konnte sich der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) durchsetzen. Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) kann einerseits zu einer besseren Planungsqualität von Stromleitungen führen. Andererseits gibt es leider auch die Option, dass die Anforderungen an den Naturschutz deutlich reduziert werden können. Entscheidend für einen sinnvollen und auch in der Bevölkerung akzeptierten Ausbau der Stromnetze wird sein, den Bürgerinnen und Bürgern glaubhaft zu vermitteln, dass der Ausbau nur dem Umstieg auf die Erneuerbaren Energien dient und dass alles getan wird, um den Netzausbau so klein wie möglich zu halten. Deshalb muss in der Energiepolitik die oberste Priorität einerseits bei der Senkung des Stromverbrauchs liegen und andererseits ein dezentraler Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgen.

Strategische Umweltprüfung beim Netzausbau

Eingriffsregelung im Bundesnaturschutzgesetz geschwächt

Die Debatten um die Energiewende werden politisch genutzt, um die Eingriffsregelung im Bundesnaturschutzgesetz weiter zu schwächen. Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung ist mit

ihren Vorschriften über Vermeidung, Ausgleich, Abwägung und Ersatz bzw. Ersatzzahlung grundlegend für den Umgang mit Natur und Landschaft. Bereits in der Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes 2010 wurde die Eingriffsregelung verwässert. Hier wurden Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gleichrangig gestellt. Die Ersatzgeldzahlung bildet auch weiterhin keine Alternative zur naturalen Kompensation. Ersatzgeld ist dann zu leisten, wenn die Eingriffsfolgen nicht behoben werden können.

**Verrat am
Naturschutz ...**

Die Koalitionäre der derzeitigen Bundesregierung haben eine Gleichstellung von Ersatzmaßnahmen und Ersatzgeld zum konkreten Ziel ihrer Koalition erklärt. Nach dem Willen der Koalitionäre soll dann künftig lediglich eine Ausgleichszahlung genügen, wenn durch Infrastrukturmaßnahmen oder ein neues Bauwerk in die Natur eingegriffen wird. Die Verpflichtung, den Schaden durch konkrete Naturschutzmaßnahmen zu kompensieren, würde entfallen. Die Umweltverbände kritisierten dieses Vorhaben von Beginn an als Verrat am Naturschutz.

Der Referentenentwurf der Novelle des Baugesetzbuches für eine klimagerechte Stadtentwicklung im Juni 2011 sah erstmals vor, die Eingriffsregelung des Bundesnaturschutzgesetzes für den bebauten Bereich auszuhebeln. Im Baugesetzbuch gelang es zwar, die Streichung der Eingriffsregelung zu verhindern, aber hinter den Kulissen versucht insbesondere die FDP, diesen Punkt des Koalitionsvertrags weiter durchzusetzen. Als Argument für die Notwendigkeit der Aufhebung der Naturalkompensation dienen seit diesem Jahr der Ausbau von Wind- und Solaranlagen sowie der Netzausbau. Naturalkompensation würde hier nur hemmen und die Energiewende verzögern.

Diese Argumentation wird vom Bauernverband aufgegriffen. Mit seiner Kampagne »Stoppt Landfraß« fokussiert dieser vorrangig auf den angeblichen »Flächenverbrauch« durch Ausgleichsmaßnahmen nach Eingriffen. Der Bauernverband fordert den Verzicht auf Naturalkompensation zugunsten eines Ausgleichs mit Geld, das dann für produktionsintegrierte Ersatzmaßnahmen ausgegeben werden soll. Besonders aggressiv tritt hier der Bayerische Bauernverband auf.

**... Bauernverband
mit dabei**

Die Umweltverbände kritisieren auf das Schärfste, dass Ausgleichsflächen des Naturschutzes vom Bauernverband als »Landfraß«, »Flächenverbrauch« oder »Flächenfraß« bezeichnet werden. Im Gegensatz zu asphaltierten oder bebauten Flächen handelt es sich um naturnahe Biotopflächen mit Positivwirkungen für Fauna und Flora, Grundwasserschutz, Bodenfruchtbarkeit ebenso wie für die Erholungswirkung für die Bevölkerung. Sie sind insbesondere ein Beitrag zum Biotopverbund und zur Strukturanreicherung in ausgeräumten landwirtschaftlichen Fluren, ein Rückzugsraum für auch jagdlich relevante Wildtiere und vor allem der Lebens- und Nahrungsraum für bestäubende Insekten oder natürliche Gegenspieler. Somit profitiert von solchen Ausgleichsflächen auch die Landwirtschaft ganz unmittelbar, denn derartige Flächen haben agrarökologische Positivwirkungen für eine nachhaltige wirtschaftende Landwirtschaft.

Es ist im übrigen kein Zufall, dass die Diskussion des Flächenverbrauches, den die Naturschutzverbände schon seit Jahrzehnten führen, erst jetzt vom Bauernverband aufgenommen wird. Anlass ist die dramatisch verschärfte innerlandwirtschaftliche Konkurrenz von Flächen für Nahrungsmittelproduktion, Veredelungswirtschaft, nachwachsende Rohstoffe und Energiepflanzenanbau.

**Minimaler
Flächenbedarf**

Wegen Eingriffsprojekten ausgewiesene Ausgleichs- und Kompensationsflächen nehmen jedoch nur minimale Flächen ein: In Bayern zum Beispiel sind es nach dem amtlichen Ökoflächenkataster nur rund 0,3 Prozent der dortigen Landesfläche, ein Drittel davon auf auch vorher nicht landwirtschaftlich nutzbaren Flächen wie Still- und Fließgewässern, Mooren oder Wäldern. Damit verbleiben 0,2 Prozent, die oft aber auf ohnehin landwirtschaftlich nicht oder wenig interessanten Restflächen liegen. Mindestens ein Drittel bis etwa die Hälfte dieser Flächen wird im Rahmen von Biotoppflegemaßnahmen von Landwirten oder Schäfern extensiv beweidet oder gemäht. Diese Flächen sind also einer behutsamen landwirtschaftlichen Nutzung nicht entzogen. Damit verbleiben etwa 0,1 Prozent Flächen, die nicht landwirtschaftlich genutzt werden. Diese Flächen haben aber gerade in der intensiv genutzten, strukturarmen Agrarlandschaft gewünschte stabilisierende ökologische Funktionen.

Die vom Bauernverband propagierten Produktionsintegrierten Kompensationsmaßnahmen (PIK) sind nach Auffassung der Umwelt- und Naturschutzverbände naturschutzfachlich keine

Alternative zur Wiederherstellung betroffener Biotopflächen, zur Aufwertung der Agrarlandschaft mit Kleinstrukturen (z. B. Hecken, Raine), zu Brachflächen, Biotopverbundflächen oder zur Neuschaffung von zusammenhängenden Biotopflächen.

Eine Reihe von zentralen, aber ungeklärten Fragen wie die dingliche Sicherung, die Überlagerung mit anderen landwirtschaftlichen Fördermitteln wie zum Beispiel Betriebsprämien, die notwendige Kopplung von Ausgleichsmaßnahmen an lokale Populationen streng geschützter Arten, die zeitlich sehr aufwändige Vollzugskontrolle dieser weit verstreuten kleinflächigen Einzelmaßnahmen und die schwer messbare naturschutzfachliche Erfolgskontrolle machen derartige Maßnahmen ungeeignet für die Masse der Ausgleichsfälle.

Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen (PIK) entsprechend der Schwerpunktsetzung von § 15, Absatz 3 Bundesnaturschutzgesetz (Berücksichtigung agrarstruktureller Belange bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vor allem bei »besonders geeigneten Böden«) sind nur für einen Ausnahmefall bei Eingriffen in relevante Gunstlagen der Landwirtschaft sinnvoll, bei denen mobile, gefährdete Arten speziell betroffen sind wie zum Beispiel Feldhamster oder die Wiesenweihe. Diesen Arten kann dort aufgrund ihrer Habitatansprüche und Lebensweise unmittelbar in Ackerschlägen mit Erwerb oder Anlage stationärer Biotopflächen nicht oder nur bedingt geholfen werden. Da in solchen Gunstlagen reguläre Förderprogramme hinsichtlich der Förderhöhe an ihre Grenzen stoßen, können Produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen hier als Ausnahmefall einen Sinn machen.

**Ungeklärte
Fragen**

Internationales Jahr der Wälder – Bundesregierung blockiert

Auf das Jahr der Biodiversität folgte im Jahr 2011 das von den Vereinten Nationen ausgerufenen Internationale Jahr der Wälder. Damit sollten Bewusstsein und Wissen um die Erhaltung und die nachhaltige Entwicklung von Wäldern zum Nutzen heutiger und künftiger Generationen gefördert werden.

Passend zum Internationalen Jahr der Wälder gelang ein wichtiger Schritt zum Schutz der Rotbuchenwälder: Die UNESCO wies im Juni 2011 fünf Buchenwälder in Deutschland als Weltkulturerbe aus. Ursprünglich war ein Viertel der weltweiten Rotbuchenwälder hierzulande beheimatet. Deshalb trägt Deutschland für ihren Erhalt eine besondere Verantwortung. Buchenwälder mit dauerhaft natürlicher Waldentwicklung sind jedoch im System von Schutzgebieten in Deutschland bislang nicht ausreichend repräsentiert.¹ Rotbuchenwälder mit einem Alter von über 160 Jahre und ohne forstliche Bewirtschaftung gibt es nur auf 0,1 Prozent der Landfläche.

Ein nationales Schutzprogramm für weitere Buchenwälder ist somit dringend nötig. So müssen für den Erhalt und die Wiederherstellung naturnaher Buchenwälder auf großer Fläche Schutzgebiete wie ein Nationalpark im Steigerwald und in der Senne-Egge eingerichtet sowie die nutzungsfreien Kerngebiete mit naturnahen Buchenwäldern in den Biosphärenreservaten Pfälzer Wald und Rhön vergrößert werden. Alle Buchenwälder, die größer als 1 000 Hektar sind und sich im Bundesbesitz befinden, sollten dauerhaft der natürlichen Entwicklung überlassen werden.

Der BUND fordert, mittelfristig mindestens ein Zehntel der Waldfläche Deutschlands als »Urwälder von morgen« dauerhaft ihrer natürlichen Entwicklung zu überlassen, bis 2020 mindestens fünf Prozent. Von den zehn Prozent soll mindestens die Hälfte in Form von großen, zusammenhängenden Gebieten ausgewiesen werden. Flächen von mindestens 1 000 Hektar, möglichst einigen tausend Hektar, sollen angestrebt werden. Nur wenn keine geeigneten größeren Flächen gegeben sind, können in Ausnahmefällen Mindestflächen von 200 Hektar Fläche akzeptiert werden. Die andere Hälfte soll als kleinere Naturwaldreservate, als »Trittssteine« von mindestens 0,5 Hektar Fläche und als Vernetzungsbänder ausgewiesen werden.

**Deutsche
Buchenwälder als
Weltkulturerbe
anerkannt**

Dies ist dringlicher denn je, denn der deutsche Wald steht zunehmend unter Druck²: Die Nachfrage nach Holz ist rasant gestiegen und nimmt weiter zu. Vor dem Hintergrund des Klimawandels boomt die energetische Nutzung von Holz. Zudem wird der umweltfreundliche Rohstoff dringend als Ersatzstoff für energieintensive Baustoffe benötigt. Gleichzeitig verbraucht Deutschland so viel Papier wie die Kontinente Südamerika und Afrika zusammen. Doch nicht nur der Nutzungsdruck, auch der Klimawandel macht dem Wald zunehmend zu schaffen. Hinzu kommen massive Einsparungen beim Forstpersonal bei gleichzeitig steigenden

**Wald
steht zunehmend
unter Druck**

Ansprüchen durch Erholungssuchende. Als Antworten auf diese Herausforderungen haben BUND und NABU im Internationalen Jahr der Wälder ihre zentralen Forderungen für eine naturverträgliche, zukunftsfähige Waldpolitik in fünf Punkten zusammengestellt.³

Wald – nur ein Rohstofflieferant?

Ausgerechnet im Internationalen Jahr der Wälder brachte die Bundesregierung eine Waldstrategie heraus, die den deutschen Wald zum Rohstofflieferanten herabstuft. Die Holzernte soll auf jährlich 100 Millionen Kubikmeter gesteigert werden. Damit werden alle Grundsätze von Nachhaltigkeit missachtet. Zu viel Holzeinschlag schadet dem Wald in all seinen Funktionen: Biologische Vielfalt, Klima, Boden, Wasserhaushalt, Luftreinhaltung und nicht zuletzt die für die Holzernte so wichtige Nährstoffnachhaltigkeit nehmen Schaden. Die Lobbyarbeit der Verbände konnte bislang lediglich eine direkte Aushebelung der waldrelevanten Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie durch das BMELV verhindern.

Biodiversitätspolitik der EU – ein neuer Anlauf nach verpassten Zielen

Ziele verfehlt

Vor fast einem Jahrzehnt verpflichtete sich die EU, bis 2010 den Verlust biologischer Vielfalt in Europa zu stoppen. Europa konnte zwar beim Schutz der Biodiversität einige Fortschritte verbuchen, aber das selbstgesteckte Ziel wurde weit verfehlt. Im März 2010 haben die Staats- und Regierungschefs der EU daraufhin die von der Kommission vorgeschlagene langfristige Vision und das neue Ziel, den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen, befürwortet:

»Die Vision für 2050:

Schutz, Wertbestimmung und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und der von ihr erbrachten Dienstleistungen – des Naturkapitals – der Europäischen Union aufgrund des Eigenwerts der biologischen Vielfalt und ihres fundamentalen Beitrags zum Wohlergehen der Menschen und zum wirtschaftlichen Wohlstand, um katastrophale Veränderungen, die durch den Verlust der biologischen Vielfalt verursacht werden, abwenden zu können.

Das Ziel für 2020:

Aufhalten des Verlustes an biologischer Vielfalt und der Verschlechterung der Ökosystemdienstleistungen in der EU und deren weitestmögliche Wiederherstellung bei gleichzeitiger Erhöhung des Beitrags der Europäischen Union zur Verhinderung des Verlustes an biologischer Vielfalt weltweit.«⁴

Neue Strategie

Am 3. Mai 2011 hat die Europäische Kommission zur Umsetzung dieses Mandats eine Biodiversitätsstrategie der EU für das Jahr 2020 veröffentlicht. Gleichzeitig sollen damit die 2010 von der EU auf der UN-Biodiversitätskonferenz in Nagoya (CBD-COP 10) eingegangenen Verpflichtungen umgesetzt werden. Die neue Strategie konzentriert sich auf sechs prioritäre Ziele (und entsprechende Maßnahmen), mit denen sie Folgendes erreichen will:

- Ausweitung der Bemühungen zum Artenschutz und Schutz der Lebensräume,
- Erhaltung und Wiederherstellung von Ökosystemen und ihren Dienstleistungen,
- Verankerung der Biodiversitätsziele in den einschlägigen Bereichen der EU-Politik: Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei,
- Bekämpfung invasiver gebietsfremder Arten,
- Erhöhung des EU-Beitrags zur Eindämmung des weltweiten Biodiversitätsverlustes.

Bundesregierung blockiert

Nach Auffassung der Umweltverbände umfasst die vorgelegte Strategie lediglich Minimalanforderungen, die kurzfristig zur Eindämmung des Artenschwundes und des Verlusts an Ökosystemdienstleistungen notwendig sind. Trotzdem versuchte das BMELV, die Verabschiedung der Strategie zu blockieren. Und das, obwohl sich die Bundesregierung im Rahmen des neuen Strategischen Plans der UN-Biodiversitätskonvention (CBD) explizit verpflichtet hat, bis 2020 alle land- und forstwirtschaftlich genutzten Gebiete nachhaltig zu bewirtschaften, um den Schutz der Biodiversität zu gewährleisten sowie schädliche Subventionen und Anreize abzubauen. Es gelang, die Bundesregierung zu einer Zustimmung in Brüssel zu bewegen, aber bisher sind nur die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie verabschiedet. Um die Ausgestaltung der kon-

kreten Maßnahmen wird noch immer politisch gerungen. Damit bleibt die Strategie nach wie vor Gegenstand intensiver Lobbyarbeit.

Reform der EU-Agrarpolitik – Auswirkungen auf den Naturschutz

Bereits im Jahr 2010 hatten alle Umweltverbände Ihre Anforderungen an die EU-Agrarpolitik nach 2013 formuliert und auf vielen Veranstaltungen, in Gesprächen und Briefen an die EU-Kommission herangetragen. Am 12. Oktober 2011 hat die EU-Kommission in Brüssel nun ihre Vorschläge für eine gemeinsame Agrarpolitik nach 2013 auf den Tisch gelegt. Die Entwürfe sind nach Auffassung der Natur- und Umweltschutzverbände ein richtiger, aber viel zu zaghafter Schritt, um die Umweltsituation nachhaltig zu verbessern. Zentrale Neuerung ist die Vorschrift, dass die Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe um ein Drittel gekürzt werden, wenn die Empfänger nicht bereit sind, drei Kriterien zu befolgen.

Das erste Kriterium sieht vor, dass jeder Hof sieben Prozent seiner Fläche als »ökologische Vorrangflächen« für den Schutz der biologischen Vielfalt bereitstellt. Viele Bauernhöfe haben artenreiche Feldraine schon bisher nicht umgepflügt und halten traditionell Flächen für den Naturschutz vor. Diese wären von dieser Auflage nicht betroffen. Große Ackerbaubetriebe mit riesigen Schlägen ohne Feldraine und Hecken müssten diese dagegen neu schaffen. Die Umweltverbände fordern nach wie vor von der EU, dass *zehn* Prozent der Fläche zum Schutz der biologischen Vielfalt aus der landwirtschaftlichen Nutzung genommen werden. Aber auch die vorgesehenen sieben Prozent sind bereits ein echter Gewinn, besonders für die Biodiversität in den ausgeräumten Bördelandschaften. Wichtig ist, dass dann auch die »richtigen« Maßnahmen als ökologische Vorrangflächen anerkannt werden: Hecken, Gewässerrandstreifen, Blühstreifen etc.

Die zweite Regel betrifft die *Fruchtfolge*: Grundsätzlich soll jeder Landwirt auf seiner Fläche jährlich drei verschiedene Feldfrüchte anbauen. Leider sieht die Kommission aber vor, dass eine einzige Feldfrucht – zum Beispiel Mais – bis zu 70 Prozent der Gesamtfläche belegen darf. Dieser hohe Anteil entspricht quasi einer Monokultur und löst vielerorts Proteste aus. Monokulturen und zu enge Fruchtfolgen zerstören das Ökosystem im Boden (also die Fruchtbarkeit) und ziehen steigende Pestizideinsätze nach sich. Nachhaltig im Sinne guter ackerbaulicher Praxis wäre es, jeder Feldfrucht maximal ein Drittel der vorhandenen Flächen zu geben und alle fünf Jahre Klee gras oder Eiweißpflanzen wie etwa Ackerbohnen, Lupinen oder auch Soja anzubauen.

Das dritte Kriterium betrifft ökologisch besonders wertvolles *Grünland*: Weil es große Mengen Kohlenstoff bindet, leistet Grünland einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz und beherbergt eine Vielzahl bedrohter Arten (siehe Kasten). Zukünftig soll ein Umbruchverbot gelten. Das ist grundsätzlich positiv. Aber wenn als Referenzpunkt erst das Jahr 2014 gilt, wird es bis dahin kaum noch schützenswerte Wiesen geben. Bis zu diesem Stichjahr wäre ganz legal ein immenser Teil dieser Flächen umgepflügt. Zielführend wäre hier ein zurückliegender Referenzpunkt für das Umbruchverbot. Außerdem reicht es nicht aus, die Prämie für Grünland der für Ackerflächen anzugleichen. Nur eine zusätzliche Förderung der tierfreundlichen Weidehaltung kann Klima-, Arten- und Tierschutz gleichzeitig sicherstellen.

Sind bei den Direktzahlungen Ansätze eines »Greenings« festzustellen, sind die Vorschläge für die Förderung des ländlichen Raumes (ELER-Verordnung) enttäuschend und fallen noch hinter das Niveau der letzten Förderperiode zurück. So sollen die im Rahmen des Health Checks eingeführten höheren Kofinanzierungssätze für die »neuen Herausforderungen« (Klimaschutz, Biodiversität, Wassermanagement, Erneuerbare Energien) *nicht* fortgeführt werden. Der reguläre Kofinanzierungssatz beträgt nur noch 50 Prozent. Die Agrarumweltmaßnahmen sollen zwar um Klimaschutzmaßnahmen erweitert werden, aber die Förderhöchstsätze werden nicht angehoben und eine Anreizkomponente wird nicht wieder eingeführt. Die bisherige Ausnahmeoption für höhere Zahlungen im Rahmen von Natura 2000 und der Wasserrahmenrichtlinie wurde ersatzlos gestrichen. Der bisherige Art. 57 der ELER-Verordnung, der für die Umsetzung von Natura 2000 in Deutschland eine herausragende Bedeutung hat, fehlt im neuen Verordnungsentwurf.

Mit diesen Vorgaben kann die Kommission ihre Ziele im Bereich Agrarumweltpolitik nicht erreichen. Insbesondere bei den Kofinanzierungssätzen für Agrarumweltmaßnahmen sind

**Biodiversität braucht
(mehr) Fläche**

**Monokulturen
und zu enge
Fruchtfolgen**

**Umbruchverbot ...
aber erst ab 2014**

**Enttäuschende
Vorschläge für den
ländlichen Raum**

deutliche Nachbesserungen einzufordern. Ansonsten werden sich finanzschwächere Bundesländer weitgehend aus der Agrarumweltpolitik zurückziehen. Ein Greening der Agrarpolitik muss daher unbedingt auch anspruchsvolle, finanziell gut ausgestattete Förderprogramme in der Zweiten Säule umfassen. Hier wird in den nächsten Monaten noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten sein.

**LIFE:
Beeindruckende
Ergebnisse**

Neben einer besseren Ausstattung der Programmteile zur Förderung des ländlichen Raumes (ELER-Verordnung), die der Umsetzung von Natura 2000 zugutekommen, kommt auch der weiteren finanziellen und inhaltlichen Ausgestaltung des LIFE-Programms der EU große Bedeutung zu. Obwohl das Budget von LIFE+ in der laufenden Finanzperiode von 2007 bis 2013 nur 0,2 Prozent des gesamten EU-Budgets umfasst, konnten mit den insgesamt 2,1 Milliarden Euro beeindruckende Ergebnisse erzielt werden. Insbesondere in Natura 2000-Gebieten, die fast ein Fünftel des EU-Gebietes ausmachen, hat das Programm Akzente gesetzt. In Deutschland wurden bislang 300 Projekte mit einem Volumen von 680 Millionen Euro von LIFE finanziert. Die Kofinanzierung durch die EU beträgt derzeit 50 Prozent. Erfreulicherweise soll der Finanzanteil der EU für LEADER-Projekte nach dem Willen der Kommission ab 2014 auf 80 Prozent steigen können.

Angesichts der enormen Herausforderungen in allen Umweltbereichen ist das LIFE-Programm in der neuen EU-Finanzperiode weiterzuentwickeln und zu reformieren. LIFE muss zukünftig einen größeren Beitrag zur Finanzierung des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 leisten, dessen Finanzbedarf die EU-Kommission auf sechs Milliarden Euro pro Jahr schätzt.

Deshalb fordern die Umweltverbände, das LIFE-Finanzierungsinstrument als eigenständige Finanzierungslinie beizubehalten und zu stärken. Das Budget soll von aktuell 0,2 Prozent auf mindestens ein Prozent des EU-Gesamtbudgets steigen. Für den Förderzweck »Natur und Biodiversität« sollen mindestens eine Milliarde Euro pro Jahr eingesetzt werden, ein Großteil davon für Natura 2000-Gebiete. Um die Beteiligung der Mitgliedsstaaten zu erleichtern, ist der EU-Finanzierungsanteil auf 75 Prozent zu steigern. Damit würden Kommunen, Behörden und Naturschutzverbände entlastet und die Akzeptanz des Programms verbessert. Mit LIFE sollen zudem zukünftig nicht nur innovative und modellhafte Projekte finanziert werden, sondern auch wiederkehrende Managementmaßnahmen in Natura 2000-Gebieten. LIFE könnte so zu einer effizienten Umsetzung und Finanzierung des europäischen Schutzgebietssystems beitragen.

Anmerkungen

- 1 Siehe hierzu den Beitrag von Manfred Grossmann über das »Weltnaturerbe Buchenwälder« im Kritischen Agrarbericht 2011, S. 197–200.
- 2 Siehe hierzu auch den Jahresrückblick im Wald-Kapitel S. 181–190.
- 3 BUND und NABU: Fünf-Punkte-Plan für den Wald der Zukunft. Forderungen für eine naturverträg-

- liche Waldpolitik bis 2020 (http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/naturschutz/20110311_naturschutz_wald_5_punkte_plan.pdf).
- 4 Mitteilung der Kommission: Lebensversicherung und Naturkapital: Eine Biodiversitätsstrategie der EU für das Jahr 2020, S. 3 (Download: www.ec.europa.eu/environment/nature/.../1_DE_ACT_part1_v2.pdf).



Heidrun Heidecke

Naturschutzexpertin des BUND.
Ehemals Landwirtschafts- und
Umweltministerin in Sachsen-
Anhalt (1994 bis 1998)

BUND – Freunde der Erde
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
E-Mail: heidrun.heidecke@bund.net

● **Schwerpunkt »Zusammen arbeiten«**

Partnerbetrieb Naturschutz

Neue Wege der Zusammenarbeit von Naturschutz und Landwirtschaft

von Brigitte Leicht, Inge Unkel und Jörg Weickel

Zusammen statt gegeneinander arbeiten – und damit dem Naturschutz zu mehr nachhaltigem Erfolg verhelfen: Das war das erklärte Ziel für das Land Rheinland-Pfalz, sich neue Strategien zu überlegen, wie Naturschutz und Landbewirtschaftung enger miteinander verzahnt werden können. Herausgekommen ist dabei der »Partnerbetrieb Naturschutz«. Er verknüpft Anliegen des Naturschutzes mit den Anforderungen an eine gewinnorientierte Betriebsführung und findet daher beim landwirtschaftlichen Berufsstand mittlerweile eine hohe Anerkennung. Das Besondere: Landwirte waren von Anfang an mit dabei, als die notwendigen Rahmenbedingungen für die praxisgerechte Ausgestaltung eines solchen Instruments in einem Modellvorhaben erarbeitet wurden. Nicht zuletzt deshalb wurde das Projekt zu einem großen Erfolg. Der Beitrag stellt nicht nur die sehr dialogorientierte Vorgehensweise vor, sondern geht auch der Frage nach, ob sich die entwickelten neuen Formen guter Zusammenarbeit auf andere Regionen und Fragestellungen übertragen lassen.

Das Ziel war klar, nur der Weg dorthin noch zu präzisieren. Dass es zwischen dem Naturschutz und der Landwirtschaft gut funktionieren kann, davon hatten wir uns nämlich bereits während eines Besuchs bei Kollegen in Österreich überzeugt, wo mit dem »Naturschutzplan« ein gesamtbetrieblicher Ansatz in der Naturschutzberatung sehr erfolgreich umgesetzt wird. Mit Wolfgang Suske, der die Naturschutzberatung der Länder zentral koordiniert, und Günter Jaritz, einem Kollegen aus der Naturschutzverwaltung im Salzburger Land, besuchten wir Landwirte, die voller Stolz in ihrem »Naturschutzplan-Betriebsordner« präsentierten, was sie alles für den Naturschutz im Betrieb tun. Landwirte, die während des Betriebsrundgangs immer ganz genau erklären konnten, wonach sie ihr Konzept ausgerichtet haben und wie sich für sie betrieblich eins ins andere fügt. Es war beeindruckend zu sehen, wie zwischen Beratung und der bäuerlichen Familie ein fast schon »vertrautes« oder eben partnerschaftliches Verhältnis bestand.

Worin gründet sich dieser Erfolg? Ist dies ein – vielleicht rein österreichisches – Einzelphänomen oder steht dahinter ein Konzept, das sich auch auf andere Regionen und Strukturen anwenden lässt? Liegt es daran, dass Österreich die besseren Fördermaßnahmen hat? Oder daran, dass die Landwirte dort dem Naturschutz grundsätzlich offener gegenüberstehen? Oder ist es einfach die besondere Art des Umgangs miteinander?

Worauf kommt es also an, wenn Naturschutz erfolgreich mit Landwirten umgesetzt werden soll und was davon lässt sich auch auf andere Regionen und andere Systeme übertragen? Die Beobachtungen in Österreich überzeugten uns davon, dass die Beratung ein wichtiger Schlüssel für den Erfolg ist.

Landwirte – von Anfang an dabei

Der Umgang zwischen Naturschützern und Landwirten ist häufig konfliktbeladen. In Einzelfragen gibt es oftmals noch wenig Verständnis für die jeweils andere Perspektive. Die üblichen Strategien zur Erreichung von Naturschutzziele beschränken sich häufig auf den ordnungsrechtlichen Rahmen. Dennoch sind in den letzten Jahren einige grundsätzliche Änderungen zu beobachten: In ihren Lübecker Grundsätzen bekannte sich die Länderarbeitsgemeinschaft für Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung (LANA) bereits 1992 zu einem Honorierungssystem für Naturschutzleistungen der Landwirtschaft. Mit der Einführung der Agrarumweltmaßnahmen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wurden ab 1994 Landwirten europaweit Förderangebote für die Extensivierung ihrer Produktionssysteme gemacht.

Auch Rheinland-Pfalz setzte bereits sehr früh auf den persönlichen Kontakt zur Landwirtschaft und auf

Anreizsysteme außerhalb des Ordnungsrechts. Und daher passte das österreichische Konzept nicht nur gut in die rheinland-pfälzische Linie, es gab uns vor allem wichtige Impulse für die gewünschte Weiterentwicklung.

In einem Modellvorhaben wurde von 2007 bis 2009 an den notwendigen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des rheinland-pfälzischen Beratungs- und Förderungssystems gearbeitet. Dabei war wichtig, dass die Praxis mitgestalten konnte. In diesem Sinne wurden Verwaltung, Beratung und landwirtschaftliche Betriebe von Anfang an am Entwicklungsprozess beteiligt. Nach dem Prinzip des »Learning by doing« konnte der methodische Ansatz erprobt und sukzessive weiterentwickelt werden.

Hierfür wurden insgesamt 18 Modellbetriebe landesweit so ausgewählt, dass sie die regionale Vielfalt der Landwirtschaft und des Naturschutzes repräsentieren konnten. Sie mussten sozusagen »typisch« für die Region sein und von daher auch »typische« Themenstellungen einbringen. Interessenvertreter und Vertreter der Berufsverbände wurden gezielt eingebunden, um von ihrer Bündelungsfunktion frühzeitig profitieren zu können.

Bei der Projektumsetzung wurden Zwischenergebnisse immer im Plenum diskutiert und damit die Gesamtstrategie schrittweise weiterentwickelt. Dieser Prozess wurde gesteuert von einer Koordinationsstelle, die den Informationsfluss über alle Ebenen hinweg organisierte und moderierte.

Im September 2009 wurde das Modellprojekt erfolgreich abgeschlossen. Die erarbeitete Strategie war Grundlage dafür, den »Partnerbetrieb Naturschutz« 2010 landesweit als neues Instrument des Naturschutzes einzuführen. Hierzu wurde in der landwirtschaftlichen Presse, über Verbände, Berater und Verwaltungen breit informiert. Unter dem Motto »Rheinland-Pfalz sucht neue Partner« kam es im Mai 2010 zu einem ersten Bewerbungsverfahren, bei dem 85 Betriebe mit einer Gesamtflächenausstattung von mehr als 6 000 Hektar (einschließlich Sonderkulturen wie Obst, Wein und Gemüse) ihre Bewerbung einreichten. 60 davon konnten in der ersten Runde aufgenommen werden. Diese Resonanz ist ein großer Erfolg.

Im Dialog bleiben

Im Partnerbetrieb Naturschutz soll einerseits Naturschutz im landwirtschaftlichen Betrieb thematisiert und andererseits mit Win-Win-Konzepten Landwirten/Winzern ein attraktives Angebot gemacht werden. Es war der Wunsch der Teilnehmer, dass mit dem neuen Instrument Betrieben auch die Möglichkeit zur Imageverbesserung gegeben werden soll. Der Status »Partnerbetrieb Naturschutz« soll dabei jedoch nicht dem einer Marke oder eines Labels mit starren Kriterien und dazugehörigem Kontrollsystem entsprechen, sondern

dem einer freiwilligen Vereinbarung, der sich alle Beteiligten gleichermaßen verpflichten.

Dennoch war es Konsens, dass mit diesem Status auch eine Selbstverpflichtung der Betriebe über das Übliche hinaus, das heißt ein nachvollziehbarer Qualitätsstandard verbunden sein muss. Die Grundregeln hierfür hielten am Ende des Modellvorhabens alle Beteiligten in einem gemeinsamen Positionspapier fest. Die Umsetzung im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen geschieht daher in einem zweistufigen System:

Stufe 1 – Betriebsindividuelle Naturschutzberatung

Die Beratung erfolgt ganzheitlich und interdisziplinär in einem Team aus Naturschutz- und Landwirtschaftsberatung. Die Betriebsflächen inklusive ihrer Nutzungsverteilung bilden die Bezugspunkte für die naturschutzbezogenen Entwicklungspotenziale des Betriebs. Beziehungen im Naturraum, Schutzgebietsausweisungen, Artvorkommen etc. werden gleichermaßen zugrunde gelegt wie produktionsrelevante Standorteigenschaften (Bodengüte, Erosionsgefährdung etc.) und Raumstrukturen.

Im Dialog zwischen Betriebsleitung und dem Beratungsteam werden Entwicklungsziele für den Betrieb erarbeitet. Dabei geht es immer um Naturschutzaspekte im Betriebsbezug, rechtliche Rahmenbedingungen und Anforderungen, Fördermöglichkeiten, Besonderheiten des Betriebs oder der Landschaft bis hin zu Fragen der konkreten Umsetzung von Maßnahmen und deren fachliche Unterstützung.

Stufe 2 – Zielvereinbarung im betrieblichen Naturschutzkonzept

Konnten im Beratungsprozess für beide Seiten sinnvolle Entwicklungsalternativen aufgezeigt werden und ist der Betrieb bereit, diese langfristig in seine Betriebsentwicklung zu integrieren, hat er die Möglichkeit, sich als Partner des Naturschutzes öffentlich zu präsentieren. Die Grundlage für die damit beginnende Partnerschaft bildet eine Zielvereinbarung. Diese beinhaltet:

- den gesamtbetrieblichen Naturschutzplan, in dem die Maßnahmen beschrieben sind, zu deren Umsetzung der Betrieb sich verpflichtet;
- die jährliche, gemeinsam durch Betriebsleitung und Beratung durchgeführte Überprüfung der Zielerreichung und der Möglichkeiten zur Weiterentwicklung;
- die regelmäßige Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen oder Erfahrungsaustauschen (mindestens einmal jährlich).

Das Neue am Partnerbetrieb Naturschutz ist also die Kombination von Beratung und Anreizsystemen in einem für die Landwirtschaft nach wie vor sensiblen Themenfeld. Zum Einsatz kommen dabei ganz neue,

innovative Ansätze, deren Ziel freiwillige Kooperationen von Naturschutz und Landwirtschaft sind.

Sich auf Augenhöhe begegnen

Zum wirklich Besonderen im Partnerbetrieb Naturschutz wurde für uns eine ganz neue Sichtweise auf den Beratungsprozess. Wir stellten in der Arbeit mit den Modellbetrieben fest, dass, wenn man sich auf Augenhöhe begegnet und die Belange aller am Entwicklungsprozess Beteiligten gleichwertig behandelt, auch die besten Ergebnisse für beide Seiten erreicht werden können. Dialogorientierung, Betriebsindividualität und Ergebnisoffenheit haben sich dabei als ausschlaggebende Faktoren für den Beratungserfolg erwiesen.

In diesem Sinne ist dieser Beratungsansatz auf nahezu jede Fragestellung übertragbar, die auf Veränderungsprozesse in der Betriebsführung ausgerichtet ist. Wir meinen, dass solche Konzepte partnerschaftlicher Zusammenarbeit auch in anderen Regionen und auch für weitere Problemstellungen gut anwendbar sind. Leitlinie für die Beratungsarbeit ist der Grundsatz, dass die Beratung informiert, aufklärt und – wo möglich und nötig – unterstützt. Dabei wird ein prozessorientierter Beratungsansatz verfolgt, in dem die folgenden Punkte Berücksichtigung finden sollten:

Integrierte Beratung

Das Prinzip der Gleichrangigkeit der Belange von Naturschutz und Betriebsökonomie wird durch die Zusammenarbeit beider Beratungssysteme gewahrt, die beide autonome Zuständigkeitsbereiche haben und zum Teil auch hoheitliche Aufgaben umsetzen, im Beratungsprozess gleichwohl als Teampartner gleichrangig nebeneinander stehen. So wird garantiert, dass stets die produktionstechnischen und arbeitswirtschaftlichen Seiten möglicher Entwicklungsvarianten im betrieblichen Naturschutz mitbewertet werden. Ist beispielsweise die Extensivierung des betrieblichen Grünlands umsetzbar und wenn ja, bis zu welchem Umfang? Wie wirkt sich die Extensivierung auf die Milchleistung aus? Hat der Betrieb genug Fläche, um den verbleibenden Wirtschaftsdünger auszubringen?

Werden solche Fragen direkt mitbearbeitet und werden frühzeitig Machbarkeiten überprüft, lassen sich Entwicklungskonzepte betriebsindividuell auf solide Füße stellen. Auf der Ebene des Einzelbetriebs entstehen durchaus auch Zielkonflikte. Diese können durch eine integrierte Betrachtungsweise aufgelöst werden. Die Zusammenführung orientiert sich an den jeweils vorhandenen Zuständigkeiten Ressourcen.

Durch die Brille des Betriebs schauen

Jeder Betrieb ist anders und es gilt jeweils zu erkennen, welche Themen und welche Ziele passen. Betriebs-

struktur und Naturraumausstattung geben die Informationen darüber, was grundsätzlich möglich ist, aber nicht darüber, wo der Betrieb steht, das heißt welche eigenen Vorstellungen oder welchen Wissensstand er hat und welche Faktoren die Entscheidungsfindung bzw. die Meinungsbildung beeinflussen. In der Beratung ist es wichtig, sich auch diese betriebsindividuellen Aspekte zu erschließen.

Individuellen Nutzen erzeugen

Die Potenzialorientierung setzt eine deutliche Priorität darauf, sich am Machbaren zu orientieren. Potenziale haben eine positive Ausstrahlung, Potenziale lassen sich entdecken und weisen in die Zukunft. Sie schaffen neue Optionen und bieten Handlungsalternativen an. Der Fokus richtet sich also auf das, was kurz-, mittel- oder langfristig möglich ist. Was umgesetzt wird, wird in einem ergebnisoffenen Verfahren betriebsindividuell ausgehandelt.

Die Grundsätze der Freiwilligkeit bzw. der Ergebnisoffenheit bedingen umgekehrt, dass für den Betrieb ein erkennbarer Mehrwert entstehen sollte. Dieser kann monetärer Art sein, muss es aber nicht. Die Motivation ist betriebsindividuell verschieden; erwartet wird aber von den Landwirten immer ein Gefühl von: »Es lohnt sich!« Der Betrieb entscheidet selbst, woran er diesen Nutzen für sich festmachen möchte. Wichtig ist, im Beratungsdialo g diesem Aspekt hinreichend Beachtung zu schenken.

Bedürfnisse wahrnehmen und anerkennen

Sich auf Augenhöhe begegnen heißt, die eigenen Anliegen nicht höher zu bewerten als die Bedürfnisse des Gegenübers. Letztlich geht es darum, im Betrieb zukunftsrelevante Entscheidungen zu fällen. Diese werden immer vor dem Kontext der inneren Werte und Bedürfnisse des Betriebsleiters getroffen. Hierzu gehören beispielsweise das Bedürfnis nach Zukunftssicherheit, der Anspruch auf Professionalität und die Anerkennung von außen, ein bestimmtes Maß an Lebensqualität und Zufriedenheit oder aber auch die unternehmerische Ungebundenheit.

So sehen viele Landwirte – darunter auch Bio-Bauern – die produktionsintegrierte Förderung von Ackerwildkräutern sehr kritisch. »Saubere« Bestände sind Berufsethos. Sie zu erhalten zeugt von professioneller Bestandsführung. Der Anlage blütenreicher Säume oder dem Belassen von Brachen zur Förderung von Insekten, Bodenbrütern etc. stehen viele der Ackerbauern hingegen sehr offen gegenüber. Für uns erwies sich dort häufig ein Nebeneinander von Naturschutz und Produktion als die bessere Alternative. Werden solche Aspekte im Beratungsdialo g nicht hinreichend beachtet, bilden sie im Einzelfall immer wieder auch Grenzen, die zu respektieren sind.

Überzeugen statt fordern

Die Prämisse im Partnerbetrieb Naturschutz ist: Der Betrieb entscheidet immer selbst, wohin und wie weit er gehen möchte. Er trägt letztlich das unternehmerische Risiko und muss seine Entscheidungen vor diesem Hintergrund verantworten können. In diesem Fall ist es am »Naturschutz«, Überzeugungsarbeit zu leisten und tragfähige Entwicklungsalternativen aufzuzeigen. Die Erfahrung zeigt, dass das Anforderungsspektrum hierfür sehr breit ist und längst nicht bei der ökonomischen Betrachtung aufhört. So wurden beispielsweise über Information und Aufklärung Maßnahmen in die Wege geleitet, die der Betrieb ohne zusätzliche Förderung gerne umsetzt – weil das Ziel (etwa der Schutz einer besonderen Art) überzeugend präsentiert und zu einem Identifikationsfaktor wurde.

Im Naturschutz, aber auch in anderen Bereichen wird erfahrungsgemäß häufig zu wenig über Fragen wie »Warum ist eine Maßnahme sinnvoll?«, »Welchen Effekt erzeugt das Unterlassen einer Handlung?« oder »Welche Arten (Lebensräume, Ressourcen etc.) kann ich konkret in meinem Betrieb schützen?« kommuniziert. Von den Praktikern wurde diesen Fragen sehr große Bedeutung beigemessen und ihre überzeugende Beantwortung hatte immer großen Einfluss auf die Entscheidungsfindung.

Im Partnerbetrieb Naturschutz wird versucht, diese Brücke zu schlagen und über eine ganzheitliche Betrachtung Landwirten ihre Möglichkeiten aufzuzeigen, diesen Spagat zu meistern. Es soll betrieblicher Naturschutz greifbar gemacht, aber gleichzeitig für die Belange des Naturschutzes im Betriebsumfeld sensibilisiert werden.

Folgerungen & Forderungen

- Um für Natur- und Umweltschutz bessere Akzeptanz in der Landwirtschaft zu erreichen, bedarf es neuer, partnerschaftlich ausgerichteter Angebote.
- Naturschutzorientierte Entwicklungskonzepte müssen die betrieblichen Gegebenheiten und Perspektiven integrieren.
- Der Naturschutz muss der Landwirtschaft auf Augenhöhe begegnen.
- Der individuelle Mehrwert des Beratungsergebnisses ist eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung.
- Die Beratung sollte langfristig und verlässlich angeboten werden können und möglichst vielfältige flächenbezogene Instrumente einbeziehen.
- Anzustreben ist eine einfach administrierbare Kofinanzierung im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).

Zielkonflikte auflösen

Die Anforderungen der Gesellschaft an eine nachhaltige Landwirtschaft sind vielfältig und werden immer anspruchsvoller. Zusätzlich zur Produktion qualitativ hochwertiger Lebensmittel unter Weltmarktbedingungen müssen sich Betriebe heute umfassend mit Themen wie Naturschutz, Klimawandel, Gewässerschutz etc. auseinandersetzen. Der Anspruch auf den Erhalt einer flächendeckenden Landwirtschaft, die konkurrenzfähig bleibt und gleichzeitig nachhaltig produziert, wird diesen betrieblichen Realitäten heute noch nicht gerecht.

Um diese Zielkonflikte aufzulösen braucht es Instrumente, die der Landwirtschaft hierbei praxisorientierte Hilfestellungen anbieten. Der vorgestellte partnerschaftliche Ansatz kann dabei in vielen Bereichen eine sehr konstruktive Ergänzung zum bestehenden Ordnungsrahmen sein.

Dieser Ansatz steht natürlich im Widerspruch zu den aktuell zu beobachtenden Tendenzen des sukzessiven Abbaus staatlicher Beratungsdienste. Dennoch sehen wir in einer ganzheitlichen Beratung entwicklungswilliger Betriebe den zentralen Schlüssel für die zukunftsorientierte Ausrichtung der Landwirtschaft. Durch ihre Bereitstellung wird ein hoher gesellschaftlicher Mehrwert erzeugt.

Hinweis

Mehr Informationen zum Thema unter www.partnerbetrieb-naturschutz.rlp.de



Brigitte Leicht

Koordinationsstelle Partnerbetrieb Naturschutz, Dienstleistungszentrum ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück

Rüdesheimer Str. 60–68, 55545 Bad Kreuznach
E-Mail: brigitte.leicht@dlr.rlp.de



Inge Unkel

Referentin für Vertragsnaturschutz im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

Kaiser-Friedrich-Str. 1, 55116 Mainz
E-Mail: inge.unkel@mulewf.rlp.de



Jörg Weickel

Abteilungsleiter Landwirtschaft im Dienstleistungszentrum ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück

Rüdesheimer Str. 60–68, 55545 Bad Kreuznach
E-Mail: joerg.weickel@dlr.rlp.de

Methodische Mängel

Anspruch und Realität des Deutschen Bienenmonitoring-Projekts (DeBiMo) – eine kritische Reflexion

von Tomas Brückmann

Schon seit Jahren sterben weltweit ganze Bienenvölker in einem bislang unbekannten Ausmaß. Das ist auch für uns Menschen unmittelbar bedrohlich – nicht nur, weil es immer weniger Honig gibt: Bienen sind als Bestäuber für einen großen Teil der landwirtschaftlichen Pflanzen unentbehrlich. Ohne Bienen keine Ernterfolge. Und auch die Pflanzenvielfalt ist ohne die Mithilfe der bestäubenden Bienen in großer Gefahr. Die Ursachen des weltweiten Bienensterbens sind noch nicht komplett erforscht. Obwohl sich die Hinweise mehren, dass Pestizide dabei eine nicht unerhebliche Rolle spielen, lässt eine große Untersuchung mit Regierungs- und Industriebeteiligung zum Bienensterben in Deutschland, das Deutsche Bienenmonitoring-Projekt (DeBiMo), den Aspekt »Pestizide« komplett außen vor. Das könnte damit zusammenhängen, dass die mehrjährige Untersuchung zur Hälfte von der chemischen Industrie finanziert wurde, die genau die Pestizide herstellt, die im Verdacht stehen, die Bienen zu schädigen. Im Abschlussbericht des Projekts wird stattdessen behauptet, dass der Befall mit Varroa-Milben unzweifelhaft die Hauptursache der Überwinterungsprobleme darstelle. In einer von den Umwelt- und Naturschutzverbänden BUND und NABU veröffentlichten Studie wird das Deutsche Bienenmonitoring von zwei unabhängigen Wissenschaftlern scharf kritisiert. Starke methodische Mängel, falsch ausgewählte Stichproben, ein unzureichender Untersuchungsrahmen und fehlerhafte statistische Methoden, so lautet die Mängelliste der kritischen Wissenschaftler. – Der folgende Beitrag gibt die wesentlichen Kritikpunkte wieder und erläutert, warum die Umweltverbände darüber hinaus ein verändertes Zulassungsverfahren für Pestizide und insgesamt eine »bienenfreundlichere« Landwirtschaft fordern.

»Stirbt die Biene, hat der Mensch noch vier Jahre zu leben. Keine Bienen mehr, keine Bestäubung mehr, keine Pflanzen mehr, kein Tier mehr, kein Mensch mehr ...« Mit diesem Zitat, das Albert Einstein zugeschrieben wird, versucht eine aktuelle Publikation aus dem Hause der Bundesverbraucherschutzministerin Aigner auf die Bedeutung der Honigbiene aufmerksam zu machen und zugleich in das weltweite Phänomen des Bienenvolksterbens einzuführen.¹

Konkreter als Frau Aigner wird die deutsche Übersetzung eines Artikels² der am Bienenmonitoring beteiligten Bieneninstitute: Der Westlichen Honigbiene, *Apis mellifera*, schreibt man eine enorme Bedeutung für die Bestäubung vieler Nutzpflanzen zu. 80 Prozent aller europäischen Nutzpflanzen sollen zumindest in einem gewissen Maß auf die Bestäubung angewiesen sein. Und zu 90 Prozent sei die von Imkern gehaltene Honigbiene für die kommerzielle Bestäubung verantwortlich. Die

deutschen Bienenforscher sehen den Bestand der Honigbiene vor allem durch parasitische Milben, Pilze, Bakterien, Viren und kleine Beutenkäfer gefährdet.³

Das Deutsche Bienenmonitoring ...

Das Deutsche Bienenmonitoring-Projekt (DeBiMo) wurde im Herbst 2004 als Reaktion auf die besonders hohen Verluste im Winter 2002/2003 ins Leben gerufen. Ziel des Vorhabens ist es, Faktoren zu identifizieren, welche für die zunehmenden Bienenvölkerverluste im Winter verantwortlich sind. Zu diesem Zweck wurden seit 2004 über 1 200 Bienenvölker aus rund 120 Bienenstöcken (zehn Völker je Bienenstand) regelmäßig beobachtet.⁴ In der Bundesrepublik gehen jedoch circa 85 000 Imker ihrer Tätigkeit nach. Mit der Auswahl von 120 Monitoring-Imkern wurden der Repräsentanz des DeBiMo insofern enge Grenzen gesetzt.⁵

DeBiMo sammelte Daten zu Gesundheitszustand, einem möglichen Varroa-Befall sowie zu viralen, bakteriellen und pilzartigen Erregern.⁶ Ebenso wurden Daten zum imkerlichen Management (Ertrag, Volkstärke etc.) und zur innerbetrieblichen Betriebsweise (Standort, Trachtverhältnisse etc.) erhoben.⁷ Auf der Basis dieser Untersuchungen konnten mehr als 4 000 Datensätze aus den Jahren 2004 bis 2008 ausgewertet werden. Ebenso wurde das Völkersterben erfasst und die entsprechenden Zusammenhänge dargestellt.

... in der Kritik

Ein Streitfall in der Öffentlichkeit ist die Finanzierung des DeBiMo. Seit dem Jahre 2010 wird das Deutsche Bienenmonitoring jährlich mit 400.000 Euro vom Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) getragen. Das entspricht dem Anteil, der in den Jahren zuvor vom Industrieverband Agrar (IVA) übernommen wurde, in dem die Pestizidhersteller organisiert sind. Den zweiten Teil der Finanzierung tragen von Beginn an mit 400.000 Euro die Bieneninstitute der Bundesländer.⁸

Im Januar 2011 traten die Naturwissenschaftler Dr. Peter P. Hoppe und Dr. Anton Safer an den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und den Naturschutzbund Deutschland (NABU) heran und stellten ihnen ihre Analyse der DeBiMo-Studie vor: »Das Deutsche Bienenmonitoring: Anspruch und Wirklichkeit. Eine kritische Bewertung«.⁹ Im gleichen Monat wandten sich daraufhin BUND und NABU zusammen mit den beiden Autoren in einer Presseinformation an die Öffentlichkeit und machten damit die Kritikpunkte publik. In ihrer Ausarbeitung stellen die Autoren zahlreiche aktuelle Aussagen des Deutschen Bienenmonitorings in Frage. Sie beziehen sich auf die wissenschaftliche Publikation zu den Ergebnissen des Bienenmonitorings von Herbst 2004 bis Frühling 2008.¹⁰ Diese ist bisher nur in englischer Sprache publiziert worden.

Die Wissenschaftler kritisieren am DeBiMo im Wesentlichen Folgendes:

- Der Projektbeirat, der das Bienenmonitoring während des Untersuchungszeitraums steuerte, besteht zu 50 Prozent aus Vertretern der Pestizidindustrie. Damit ist die Unabhängigkeit der DeBiMo-Autoren nicht gegeben.
- Wichtige wissenschaftliche Publikationen zu den Ursachen des Bienenvolksterbens wurden in der Publikation des Deutschen Bienenmonitorings¹¹ weder berücksichtigt noch erwähnt.
- Die Repräsentativität der gewonnenen Daten für die Bienenhaltung in Deutschland wird hinterfragt.
- Das Bienenmonitoring ist zu stark auf die Varroa-Milbe als Ursache für die Wintermortalität fixiert.

Ursachen für Sommerverluste werden vollkommen unzureichend betrachtet.

- Mögliche Wirkungen von Pestiziden auf das Bienenvolksterben wurden ebenfalls völlig unzureichend untersucht.

Weiterhin üben die Autoren Methodenkritik am Bienenmonitoring. Sie beschreiben Pannen bei der Dateneingabe und -übermittlung und hinterfragen die verwendeten statistischen Methoden.¹²

Nachfolgend soll auf die wesentlichen Kritikpunkte beim Deutschen Bienenmonitoring, die auch von den Umweltverbänden aufgegriffen wurden, detaillierter eingegangen werden.

1. Pestizidindustrie kontrolliert sich selbst

Das Deutsche Bienenmonitoring sei nicht unabhängig. Das ist ein Vorwurf, den sich das Konstrukt des DeBiMo gefallen lassen muss. Vier Unternehmen der chemischen Industrie (BASF, Bayer CropScience, Bayer HealthCare und Syngenta) saßen in dem neunköpfigen Projektbeirat, der das DeBiMo steuerte. Hinzu kommt noch der Bauernverband (DBV), der den Unternehmen der Agrochemie sehr nahe steht. Bis Ende 2009, also im vollständigen Berichtszeitraum, finanzierten die Unternehmen über den Industrieverband Agrar (IVA) 50 Prozent der Kosten des Bienenmonitorings. Man muss sich die Frage stellen, wie groß das Interesse der Pestizidhersteller ist, potenziell schädliche Wirkungen der von ihnen hergestellten Agrochemikalien auf Bienen öffentlich untersuchen zu lassen.

2. Unangenehme Forschungsergebnisse aus dem Ausland bleiben unberücksichtigt

In Frankreich vermuteten Bienenhalter das Beizmittel Gaucho als Ursache für das Bienenvolksterben. Dieses enthält das Neonikotinoid Imidacloprid. Daraufhin beauftragte der französische Landwirtschaftsminister ein Comité Scientifique et Technique (Wissenschaftliches und Technisches Komitee) aus unabhängigen Wissenschaftlern am Nationalen Zentrum für wissenschaftliche Forschung (CNRS) mit einer multifaktoriellen Untersuchung. Das daraus resultierende CST-Gutachten¹³ ist nach Meinung von Hoppe und Safer die bis heute gründlichste und umfassendste Untersuchung des Zusammenhanges zwischen einem Neonikotinoid und dem Bienenvolksterben. Imidacloprid wird von den französischen Forschern als Bedrohung für die gesamte Bienenkolonie bezeichnet. Subletale Dosen des Pestizids erhöhen die Empfindlichkeit der Biene gegenüber Parasiten und Krankheitserregern. In Frankreich wurde die Verwendung von Imidacloprid zur Beizung von Sonnenblumen- und Maissaat 1999 ausgesetzt. Diese Studie mit klaren Aussagen des Zusammenhangs zwischen Bienenvolksterben und dem

Einsatz von Neonikotinoiden wird von den Autoren des Deutschen Bienenmonitorings weder erwähnt noch berücksichtigt.

3. Methodik mit vielen Schwächen

Das DeBiMo integrierte 120 Imker aus der gesamten Bundesrepublik in sein Monitoring. Diese wurden aber nicht nach dem Zufallsprinzip (wie üblich bei wissenschaftlichen Untersuchungen), sondern nach Kriterien der Zuverlässigkeit ausgewählt. (Die Mehrzahl der Imkereien hatten in der Vergangenheit mit den Bieneninstituten in einem Varroa-Resistenz-Projekt zusammengearbeitet.) Deshalb kann diese Positivauswahl an Imkern nicht als repräsentativ für die deutsche Imkerschaft angesehen werden.

Hoppe und Safer kritisieren die geringe Gesamtstichprobe, mit der das DeBiMo arbeitet. Lediglich 0,15 Prozent der Bienenhalter und nur 0,5 Prozent der Völker wurden in die Untersuchungen einbezogen. Ebenso hart klingt die Kritik an den ausgewählten Monitoringgebieten. Diese sind ebenfalls nicht repräsentativ für die verschiedenen regionalen Bedingungen der Bundesrepublik. Waldreiche und bergige Gebiete wurden vom DeBiMo bevorzugt ausgewählt. Flachländige Regionen mit großen Agrarflächen und hohem Anteil Rapsanbau in Niedersachsen, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordbayern fehlen dagegen. Und die Bundesländer Schleswig-Holstein und das Saarland fallen ganz aus dem Monitoringraster raus.

4. Einseitige Beschuldigung der Varroa-Milbe

Es besteht der begründete Verdacht, dass sich die Autoren der DeBiMo-Veröffentlichung auf die Varroa-Milbe vorher festgelegt haben. Obwohl eine Monitoringstudie grundsätzlich keine Aussagen über *ursächliche* Zusammenhänge erlaubt, sondern bestenfalls bestimmte *Korrelationen* aufdeckt, lautet die Schlussfolgerung des Deutschen Bienenmonitorings apodiktisch: »Basierend auf diesen Ergebnissen darf man mit Sicherheit [sic!] behaupten, dass Varroa destructor der dominante Killer von Honigbienen im Winter ist.«¹⁴ Eine kritische Diskussion wie auch eine Fehlerbetrachtung fehlen in der Publikation.

Zur Untermauerung der »Schuldzuschreibung« bedient man sich zweier Veröffentlichungen aus den USA und Polen. Aber genau diese liefern *keine* exakten Beweise für die Annahme, dass die Varroa-Milbe die Hauptursache der Winterverluste ist.

Durch die zu frühe Fixierung auf die Varroa-Milbe versäumen es die Autoren, die Ursachen eines Milbenbefalls durch ein geschwächtes Immunsystem zu untersuchen und später zu diskutieren. Deshalb gehen Hoppe und Safer mit den DeBiMo-Autoren hart ins Gericht: Die Schlussfolgerung, Varroa sei die Hauptursache des Bienensterbens (»der dominante Killer«),

sei »wissenschaftlich unhaltbar und bewusst irreführend«.¹⁵

5. DeBiMo ungeeignet zur Pestiziderfassung

Der größte Kritik, welche die Umweltverbände am Bienenmonitoring äußern, bezieht sich auf die Aussage zum Einfluss der Pestizide auf das Bienenvolksterben. NABU und BUND vertreten die Meinung, dass das Bienenmonitoring in seiner jetzigen Ausrichtung nicht in der Lage ist, valide Aussagen zum Einfluss von Pestiziden auf die Bienengesundheit zu treffen.

Sämtliche Untersuchungsaspekte innerhalb des DeBiMo, die sich auf Pestizide bezogen (Probenahmen, Analytik, Interpretation), lagen in Verantwortung einer industrielastigen DeBiMo-»Arbeitsgruppe Pflanzenschutzstoffe« innerhalb des Projektrats. Mitglieder der Arbeitsgruppe waren unter anderem vier Mitarbeiter von Bayer CropScience, BASF und Syngenta. In den beiden ersten Jahren wurden die Pestizidanalysen sogar in den Laboren von Bayer CropScience durchgeführt. Von einer unabhängigen Bearbeitung zu sprechen wäre daher weit verfehlt.

Die DeBiMo-Publikation¹⁶ macht völlig unzureichende Angaben zur Methodik der Pestizidanalyse. So ist nicht nachvollziehbar, welche Stoffe mit welcher Messgenauigkeit analysiert wurden. In jedem Fall ist die Anzahl der Pestizidproben, die vom DeBiMo untersucht wurden, viel zu gering, um von einer Repräsentativität des Monitorings zu sprechen.

Auch Bienenbrot wurde vom DeBiMo auf Rückstände untersucht. Jedoch fehlt dabei die Angabe der absoluten Konzentrationen der nachgewiesenen Pestizide, obwohl diese nach unseren Informationen von der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LUFA) Speyer geliefert wurden. Stattdessen wird in der Publikation nur angegeben, wie viele Pestizidkonzentrationen oberhalb und unterhalb der Nachweisgrenze liegen. Es scheint, dass Ergebnisse bewusst »vernebelt« werden.

Die Autoren gehen in ihren Untersuchungen fast ausschließlich auf einzelne Pestizide ein. Synergistische Effekte, wie sie beim gleichzeitigen Einsatz von zwei oder mehreren Pestiziden auftreten können, werden nicht diskutiert. Ebenso versäumen sie es, subletale Effekte (längere Einwirkung niedriger Dosen) zu thematisieren.

Persilschein für Pestizide?

Die Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft (FNL),¹⁷ ein Zusammenschluss der Agrarindustrie und landwirtschaftlicher Lobbyverbände unter Vorsitz des Bauernverbandes, übersetzte als erste die Ergebnisse der in englischer Sprache geschriebenen Monitoringveröffentlichung. Das geschah unmittelbar nach der Kritik von NABU und BUND am Bienenmonitoring auf Basis

der Ausarbeitungen von Hoppe und Safer. Die FNL ließ es sich dabei nicht nehmen, Entwarnung für die Pestizide zu geben. Ungeachtet erdrückender Beweise in der Fachliteratur, dass Pestizide eine wesentliche Ursache am Bienenvolksterben darstellen, nutzte die FNL die mediale Öffentlichkeit, um Pestizide freizusprechen.¹⁸

Dass es für einen solchen »Persilschein« für Pestizide keinen Grund gibt, zeigte sich im Frühjahr 2008, als sich in der Bundesrepublik ein Bienenvolksterben von bisher nie dagewesener Dimension ereignete.¹⁹ Der Einsatz des Insektizids Clothianidin aus der Gruppe der Neonikotinoide bewirkte in der Region Oberrhein in Baden-Württemberg den Tod oder die schwere Schädigung von zehntausenden Bienenvölkern. Zeitgleich verschwanden in den betroffenen Regionen Wildbienen, Schmetterlinge und andere Nutzinsekten. Daraufhin wurde Clothianidin 2008 verboten, jedoch durfte es ab 2010 wieder verwendet werden.

Aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen²⁰ zeigen, dass Neonikotinoide wie das Clothianidin viel stärkere Auswirkungen auf die Umwelt haben als vorher angenommen wurde:

- Sie sind langlebig, reichern sich im Boden an und können von Pflanzen und Tieren wieder aufgenommen werden. So ist es möglich, dass Anteile in die Nahrungskette eingebracht werden und sie schädigen.
- Viele Pflanzen, so auch junger Mais, können an den Blatträndern überschüssiges Wasser abscheiden. Diesen Vorgang nennt man Guttation. In Maispflanzen aus Saatgut, das mit Clothianidin gebeizt wurde, ließen sich die Pestizide im Guttationswasser nachweisen. Bienen, die Wasser aufnahmen, starben innerhalb einer Minute.
- Neonikotinoide wirken nicht nur auf Bienen, sondern auch auf andere sogenannte »Nichtzielorganismen«. Vögel und andere Tiere, die von diesen leben, leiden dann unter Nahrungsmangel.
- Die Belastung mit Neonikotinoiden trifft Bienen mit besonderer Härte, da sie auch von anderen Seiten bedroht werden: neben der Varroa-Milbe auch von der zunehmenden Blütenarmut in der industrialisierten Agrarlandschaft, verursacht durch Monokulturen und fehlende Ackerrandstreifen.

Mangelhafte Zulassungspraxis

Die Produktzulassung für Pestizide liegt in der EU bei den zuständigen Behörden der einzelnen Mitgliedsstaaten. In der Bundesrepublik ist das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) für die Zulassung zuständig. Das BVL genehmigte auch das Mittel Poncho mit dem Wirkstoff Clothianidin, das in Baden-Württemberg Bienenvölker eines ganzen Landstriches tötete oder stark schädigte. Die oberste

Zulassungsbehörde bescheinigte dem Wirkstoff keine negativen Auswirkungen auf Mortalität, Volks-, Brutentwicklung, Flugintensität, Verhalten und Orientierungsvermögen.

Das noch immer andauernde Bienenvolksterben belegt, dass die für die Zulassung durchgeführten Tests nicht ausreichend waren. So wurden erhebliche Mängel im Versuchsaufbau festgestellt. Ebenso ist nachgewiesen worden, dass man den Versuchen unkorrekte Halbwertszeiten zu Grunde legte.²¹

Der BUND erneuert daher seine Forderung, die Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel, insbesondere für die systemisch wirksamen Neonikotinoide, schnellstens zu aktualisieren. Die Versuchsbedingungen der Zulassungsprüfung müssen die realen Verhältnisse in der Agrarlandschaft widerspiegeln. Diese ist in der Regel von Monokulturen und Artenarmut geprägt. Und Pestizide werden mehrfach innerhalb eines Jahres in den verschiedensten Kombinationen auf den gleichen Standort ausgebracht. Kombinationswirkungen wie auch subletale Effekte sind zu erwarten und müssen unbedingt ins Kalkül gezogen werden. Ebenso muss im Versuchsaufbau berücksichtigt werden, dass die in der industriellen Agrarlandschaft verbliebenen Arten aufgrund chronischen Nahrungsmangels hohem Stress ausgesetzt sind. Der macht sich in mangelnder Fitness bemerkbar, wodurch die Anfälligkeit gegenüber Pestiziden wiederum erhöht wird.

Quo vadis DeBiMo?

Die Umweltverbände sind durchaus interessiert an einem verbesserten Bienenmonitoring, das hilft, die

Folgerungen & Forderungen

- Das Deutsche Bienenmonitoring weist erhebliche methodische Mängel auf und wird seinem Anspruch nicht gerecht, eine eindeutige Ursachenanalyse für das Bienenvolksterben in Deutschland zu liefern.
- Vor allem lässt sich aus dieser Beobachtungsstudie nach wissenschaftlichen Maßstäben kein Freispruch für die Pestizide ableiten.
- Das Bienenmonitoring muss in Zukunft methodisch verbessert und vor allem erweitert werden um kontrollierte Versuche mit Pestiziden.
- Die Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel, insbesondere für die systemisch wirksamen Neonikotinoide, sind schnellstens zu aktualisieren.
- Grundsätzlich muss der Einsatz von Pestiziden deutlich gesenkt und die Landwirtschaft wieder vielfältiger werden, um die Lebensbedingungen für die Bienenvölker zu verbessern.

wahren Hintergründe des Bienenvölkersterbens zu erkennen und gegen sie vorzugehen. Dazu gehört jedoch eine vorbehaltlose Untersuchung der Pestizide als potenzielle Mitverursacher des ungeklärten Phänomens des Bienenvölkersterbens. Im September 2011 erfolgte deshalb seitens des BUND eine Anfrage bei der Koordination des DeBiMo nach den Änderungen, die aufgrund der erfolgten Kritiken vorgenommen wurden.

Der DeBiMo-Koordinator Peter Rosenkranz teilte dem BUND daraufhin mit, dass sich am Bienenmonitoring nichts Grundsätzliches ändern werde. Die wichtigsten, bereits erfolgten Veränderungen seien die Finanzierung, die jetzt nur noch über öffentliche Gelder (Bund, Länder) erfolgt, und die erhöhten Rückstandsuntersuchungen. Der Projektkoordinator wies außerdem nochmals auf die Grenzen für die Probennahmen bezüglich ihrer Repräsentativität hin. Ebenso machte er klar, dass Aussagen zu den subletalen und synergistischen Effekten von Pestiziden mit einem DeBiMo der aktuellen Prägung nicht möglich seien.

Der BUND kann sich mit dieser Antwort nicht zufrieden geben und setzt sich weiterhin für ein methodisch verbessertes Bienenmonitoring ein. Vor allem muss das Monitoring um kontrollierte Versuche mit Pestiziden erweitert werden, um deren Effekte auf Bienen und Bienenbrut eindeutig zu klären. Damit würde die reine Beobachtungsstudie DeBiMo aufgewertet und die Möglichkeit eröffnet, die ursächliche Rolle der Pestizide zu klären.

Anmerkungen

- 1 BMELV: Bienen – Unverzichtbar für Natur und Erzeugung. Berlin 2011.
- 2 E. Genersch et al.: The German bee monitoring project: a long term study to understand periodically high winter losses of honey bee colonies. In: *Apidology* 1 (2010), pp. 332–352.

- 3 FNL: Das Deutsche Bienenmonitoring-Projekt: Eine Langzeitstudie zur Untersuchung periodisch auftretender hoher Winterverluste bei Honigbienenvölkern. Berlin 2011.
- 4 Ebenda.
- 5 www.bmelv.de/SharedDocs/FAQs/Landwirtschaft/Tier/Bienen, 24. August 2011.
- 6 FNL (siehe Anm. 3).
- 7 BMELV (siehe Anm. 5).
- 8 Ebenda.
- 9 P. Hoppe und A. Safer: Das Deutsche Bienenmonitoring (DeBiMo): Anspruch und Wirklichkeit. Eine kritische Bewertung (2010) (Download unter: http://www.bund.net/themen_und_projekte/chemie/pestizide/gefahr_fuer_die_natur/tiere/bienen/).
- 10 Genersch (siehe Anm. 2).
- 11 Ebenda.
- 12 Hoppe und Safer (siehe Anm. 9).
- 13 C. Doucet-Personeni et al.: Rapport final du Comité Scientifique et Technique de l'Études Multifactorielle des troubles des abeilles (CST), Imidacloprid utilise en enrobe des semences (Gaucho) et trouble des abeilles. 2003.
- 14 Hoppe und Safer (siehe Anm. 9), S. 6.
- 15 Ebenda.
- 16 Genersch (siehe Anm. 2).
- 17 <http://fnl.de/fnl/organisation.html>, 30. September 2011.
- 18 FNL (siehe Anm. 3).
- 19 BUND: Anhaltendes Bienenvolksterben durch Pestizide; Grundlegende Reform der Zulassungspraxis gefordert. Berlin 2010.
- 20 Ebenda.
- 21 BUND (siehe Anm. 19).



Tomas Brückmann

Diplom-Biologe und Kommunikationswissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Themenfeld »Pestizide und Biodiversität« beim BUND

BUND Bundesgeschäftsstelle
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
E-Mail: tomas.brueckmann@bund.net

Netze des Lebens knüpfen

Biotopvernetzung als zentrale Aufgabe des Naturschutzes und die bisherigen Versäumnisse der Politik

von Friederike Scholz

Unberührte Wildnis gibt es hierzulande kaum noch. Im Gegenteil: Zugunsten von Landwirtschaft, Siedlungen, Gewerbegebiete, Straßen und Bahnlinien geht immer mehr Natur verloren. Für Wildtiere wird es deshalb zunehmend eng. Und neue Lebensräume zu suchen, ist für sie fast unmöglich geworden. Weite, ausgeräumte Flächen bieten scheuen Tieren wie Wildkatze und Luchs nicht die nötige Deckung. Tausende Wildtiere verlieren jedes Jahr beim Überqueren stark befahrener Straßen ihr Leben. Die Zerschneidung der Landschaft durch das Straßennetz, aber auch die »leergeräumten« Landschaften der Intensivlandwirtschaft gehören zu den Hauptproblemen des Naturschutzes in Deutschland. Die Wiedervernetzung zerschnittener Lebensräume und die Schaffung von Wanderkorridoren für Wildtiere muss daher entschlossen vorangetrieben werden. Dazu hat sich Deutschland entsprechend der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt verpflichtet – verfolgt dieses Ziel aber nicht mit dem nötigen Nachdruck, wie der folgende Beitrag zeigt. Aber es gibt auch positive Ansätze wie etwa die Umsetzung eines Wegeplans für Wildkatzen, die seit 2007 von Aktiven des Naturschutzes mit Erfolg vorangetrieben wird.

Die Isolierung und Zerschneidung von Lebensräumen gehört zu den Hauptproblemen des Natur- und Artenschutzes in Deutschland. Die Zersiedelung der Landschaft, das dichte Verkehrswegenetz und nicht zuletzt weiträumig ausgeräumte, hochintensiv bewirtschaftete landwirtschaftliche Flächen führen neben dem direkten Lebensraumverlust zu einer Verinselung der verbliebenen Lebensräume.

Für die in solche Lebensraumfragmente zurückgedrängten und isolierten Teilpopulationen vieler Tier- und Pflanzenarten hat dies schwerwiegende Folgen: Da es kaum noch zu einem Austausch von Individuen zwischen den isolierten Teilpopulationen kommt, besteht die Gefahr der genetischen Verarmung und von Inzuchtdepression, welche zu verminderter Fruchtbarkeit, erhöhter Krankheitsanfälligkeit und auch körperlichen Fehlbildungen führen können.

Indem Wanderungsbewegungen von Wildtieren durch die oben beschriebenen landschaftlichen Barrieren massiv erschwert werden, wird zudem die Wiederausbreitung vieler seltener Arten in neue Lebensräume stark verlangsamt bzw. verhindert: So stellt für einige hochbedrohte Säugetiere wie Wolf, Fischotter und Wildkatze der Straßenverkehr schon heute die häufigs-

te Todesursache dar. Luchs und Wildkatze meiden es als waldgebundene Arten, größere Offenlandflächen ohne Deckung zu überqueren und sind daher durch die hiesigen landschaftlichen Strukturen stark in ihrem Ausbreitungspotenzial eingeschränkt. Hinzu kommt, dass vielerorts kleinere, naturschutzfachlich wertvolle Lebensraumfragmente für sich allein genommen zu klein sind, um überlebensfähige Bestände von Tierarten mit größerem Raumanspruch zu beherbergen. Sind solche kleineren Habitatfragmente nicht mit anderen, sie umgebenden Fragmenten verbunden, um in Form eines Biotopverbunds Lebensraum auch für räumlich anspruchsvollere Arten zu bieten, sind die einzelnen, isolierten Fragmente als Lebensraum für viele Wildtiere verloren.

Vom Problem der Landschaftsfragmentierung sind dabei nicht nur Tiere betroffen, sondern gleichermaßen auch die unterschiedlichen Pflanzenpopulationen in den fragmentierten Landschaftsarealen: Da viele Wildtiere durch im Fell anhaftende Pflanzenteile und mit dem Kot Pflanzensamen über weite Strecken transportieren, wird mit der massiven Einschränkung von Tierwanderungen auch die Ausbreitung vieler Pflanzenarten stark gehemmt.

Die Folgen ausgeräumter Landschaften

Zu den bedeutendsten Faktoren, welche zur Verinselung von Lebensräumen führen, gehört die Ausrichtung der Agrarlandschaft an industriellen Bewirtschaftungsformen. Vielerorts prägten und strukturierten noch bis vor wenigen Jahrzehnten Hecken, Feldraine, Gräben, Brachen, Feldgehölze und kleine Tümpel die Feldflur und bildeten ein ökologisch funktionelles Netzwerk von Kleinbiotopen.

Dieses Bild unserer Kulturlandschaft ist in weiten Teilen Deutschlands mittlerweile verschwunden und mit ihm ein großer Teil der Artenvielfalt der Agrarlandschaft. Die großen, ausgeräumten Ackerschläge unserer Tage, die unter hohem Düngemittel- und Pestizideinsatz mit Großmaschinen bewirtschaftet werden, bieten nur noch sehr wenigen Tieren und Pflanzen Lebensraum. Durch den intensiven Einsatz von Insektiziden zum Beispiel aus der Gruppe der Neonicotinoide und glyphosat-basierten Herbiziden werden ganze Landstriche gänzlich totgespritzt. Sogar einstige Allerweltsarten der ländlichen Kulturlandschaft wie Feldlerche, Rebhuhn und Feldhase stehen heute in Deutschland auf der Liste gefährdeter Arten. Weißstörche, Feldhamster, Wachtelkönige, unzählige Singvögel, Insekten und Wildblumen sind weitere Verlierer dieser Entwicklung. Auch Großtrappe und Schreiadler sind akut vom Aussterben bedroht.

Der massive Rückgang der biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft ist dramatisch und im höchsten Maße besorgniserregend. Die politischen Anstrengungen gegen das ländliche Artensterben stehen dazu jedoch in keinem Verhältnis. Über die Hälfte der Fläche Deutschlands wird landwirtschaftlich genutzt, dementsprechend hoch ist die Bedeutung der Agrarlandschaft für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Und als dementsprechend bedeutsam ist der derzeitige flächenhafte Biodiversitätsverlust einzuschätzen. Mit dem Verlust an Hecken, Ackerrandstreifen, Feldgehölzen usw. geht dabei nicht nur wertvoller Lebensraum, sondern auch die Funktion dieser Strukturen für den Biotopverbund verloren. Das Spektrum der von der Industrialisierung der Landwirtschaft betroffenen Arten erweitert sich dadurch beträchtlich: wo vorher Arten der Trocken-, Feucht- und Waldlebensräume linienhafte Strukturen wie Hecken, Feldraine und Ufergebüsche als kurzzeitige Brückenschläge bei ihren Wanderungsbewegungen nutzen konnten, erwartet sie heute nur noch eine leere, abweisende Landschaft, die nicht mehr überwunden werden kann.

Die Verpflichtungen Deutschlands ...

Um den beschriebenen Problemen der Landschaftszerschneidung und -fragmentierung entgegenzuwirken,

kommt der Wiedervernetzung von Lebensräumen eine zentrale Bedeutung zu. Diese Erkenntnis schlägt sich auch im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG 2009) nieder. Im § 20 wird formuliert: »Es wird ein Netz verbundener Biotope (Biotopverbund) geschaffen, das mindestens 10 Prozent der Fläche eines jeden Landes umfassen soll.« Bezogen auf die landwirtschaftlich geprägten Räume wird im § 21 betont, dass durch den Erhalt und die Neuschaffung von linien- und punktförmigen Elementen wie Hecken, Feldrainen und Trittsteinbiotopen die Vernetzung von Biotopen in der Feldflur vorangetrieben werden soll.

Diese Ziele finden sich auch in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt Deutschlands (NBS) wieder, dem Werkzeug zur Umsetzung der internationalen Verpflichtungen, zu denen sich Deutschland als Vertragsstaat der Konvention zur biologischen Vielfalt (Convention on Biological Diversity – CBD) bekennt. In der NBS findet sich eine ganze Reihe konkreter Visionen und beabsichtigter Maßnahmen zum Thema Biotopverbund sowohl in der Formulierung der allgemeinen Ziele der NBS als auch in den Teilkapiteln zu Biotopverbund, Land- und Forstwirtschaft sowie Mobilität.

Hinsichtlich der Zerschneidungswirkung von Straßen und Bahntrassen wird in der NBS das Ziel vorgegeben, dass bis 2020 die Beeinträchtigungen des Biotopverbundsystems durch Verkehrswege weitestgehend abgebaut werden sollen und die ökologische Durchlässigkeit von Lebensräumen erreicht ist.¹ In Bezug auf diese Zielsetzung wurde im bestehenden Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP festgehalten, ein Bundesprogramm zur Wiedervernetzung von Lebensräumen aufzulegen. Dieses Programm soll den Grünbrückenbau über bestehende Verkehrswege deutlich voranbringen. Über seine Finanzierung hat der Haushaltsausschuss am 10. November 2011 abschließend beraten (siehe unten).

... und ihre mangelhafte Umsetzung

Häufig wird – auch und gerade von Raumordnungsbehörden – das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000 als hauptsächliches Werkzeug zur Umsetzung eines Biotopverbunds interpretiert. Natura 2000-Gebiete dienen der Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie und der Vogelschutz-Richtlinie und bedecken 15,4 Prozent der Landfläche Deutschlands. Im Bundesnaturschutzgesetz wird formuliert, der Biotopverbund solle der Verbesserung des Zusammenhangs der Natura 2000-Gebiete dienen. Natura 2000-Gebiete stellen lediglich Bestandteile des Biotopverbunds dar, welcher generell aus Kern-, Verbindungsflächen und Verbindungselementen besteht (BNatSchG § 21).

Daraus ergibt sich, dass das Natura 2000-Schutzgebietsnetz für sich allein gestellt noch nicht die Voraus-

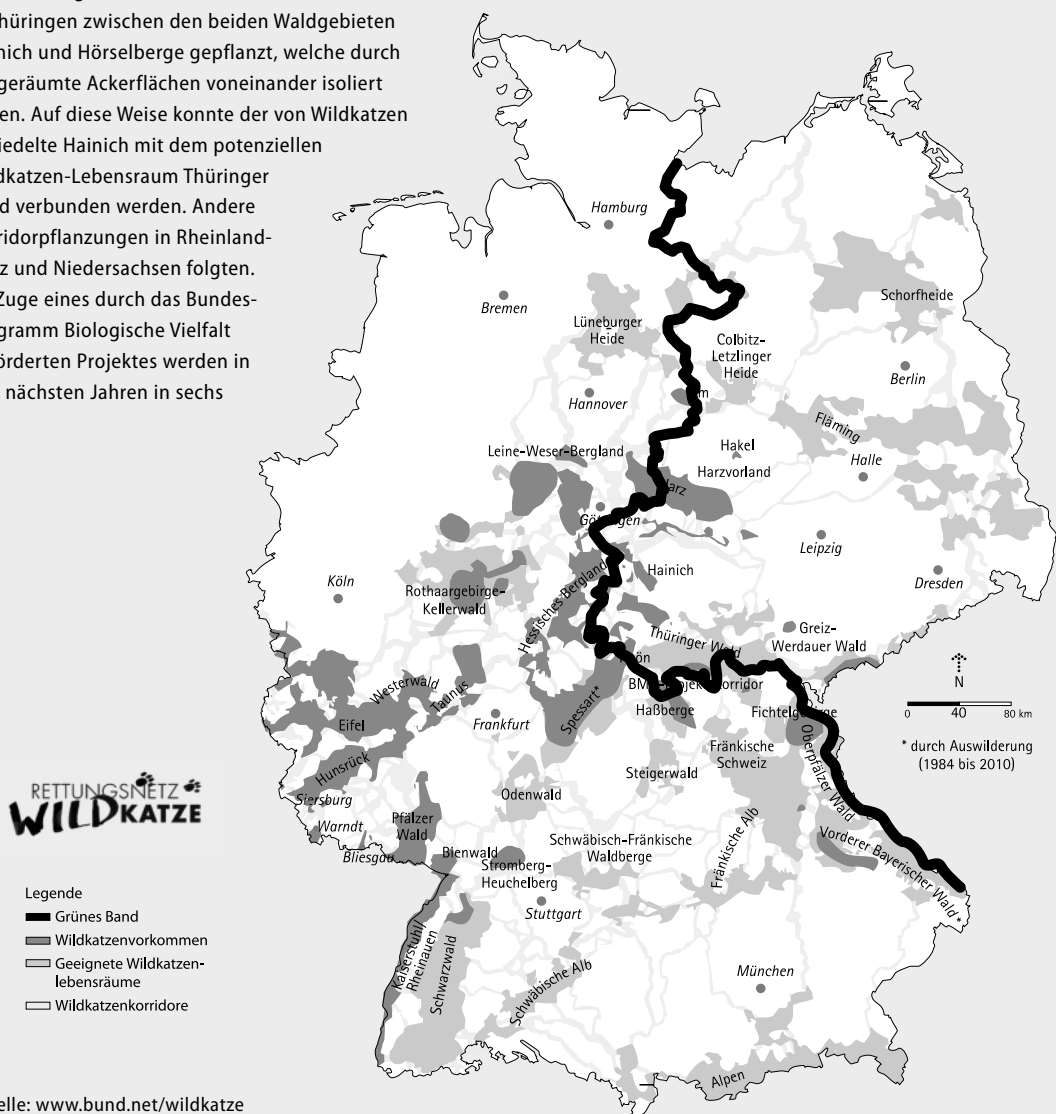
Das Rettungsnetz Wildkatze

Basierend auf den Ergebnissen von Telemetriestudien zur Raumnutzung der Wildkatze wurde ein Konzept für den Waldverbund erarbeitet, welches in Form des Wildkatzenwegeplans mögliche Ausbreitungskorridore dieser Art darstellt. Die Wildkatze eignete sich besonders gut als Leitart für eine Vielzahl waldbundener Arten, da sie auf naturnahe Wälder mit altem Baumbestand angewiesen ist. Durch Korridorplantungen und andere Vernetzungsmaßnahmen sollen die Waldlebensräume Deutschlands wieder zu einem 20 000 Kilometer umfassenden Verbund vernetzt werden. Um diesem ehrgeizigen Ziel Stück für Stück näher zu kommen, werden durch BUND-Aktive in verschiedenen Regionen Deutschlands Korridore mit Büschen und Bäumen gepflanzt (Abb. 1).

Der erste grüne Korridor wurde 2007 bei Eisenach in Thüringen zwischen den beiden Waldgebieten Hainich und Höselsberge gepflanzt, welche durch ausgeräumte Ackerflächen voneinander isoliert waren. Auf diese Weise konnte der von Wildkatzen besiedelte Hainich mit dem potenziellen Wildkatzen-Lebensraum Thüringer Wald verbunden werden. Andere Korridorplantungen in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen folgten. Im Zuge eines durch das Bundesprogramm Biologische Vielfalt geförderten Projektes werden in den nächsten Jahren in sechs

Regionen neue Korridore entstehen und isolierte Waldgebiete wieder miteinander verbunden. Die Korridore werden hauptsächlich im Bereich strukturarmer Ackerschläge mit ausgeprägter Barrierewirkung etabliert.

Im Optimalfall ist ein solcher Korridor insgesamt 50 Meter breit und besteht im zentralen Bereich aus größeren, standortgerechten Bäumen, im Mantelbereich aus Büschen und einem Krautsaumbereich zum Beispiel in Form eines Ackerandstreifens. Durch diese Korridorstruktur entstehen gerade in den Mantel- und Saumbereichen der Korridore wertvolle Lebensräume und Leitstrukturen auch für unzählige Arten der Agrarlandschaft. Somit können Korridorplantungen zur Förderung des Wald-Biotopverbundes auch wertvolle Biotopverbundstrukturen für Arten des Offenlandes schaffen.



setzungen eines ökologisch vollwertigen Biotopverbundsystems erfüllt. Als Kernflächen kommt den Natura 2000-Gebieten jedoch eine wichtige Funktion in einem länderübergreifenden Biotopverbund zu. Gleiches gilt zum Beispiel für Nationalparke, Naturschutzgebiete und Biosphärenreservate: Auch sie können laut § 21 Bestandteile des Biotopverbundsystems sein, jedoch nur dann, wenn sie mit anderen Schutzgebieten in direkter Verbindung stehen und fachlich geeignet sind, diese Funktion zu erfüllen. Die Vernetzung dieser Schutzgebiete zu einem funktionellen Biotopverbund wird bislang jedoch stark vernachlässigt, die Planung und Umsetzung konkreter Verbindungselemente findet seitens der für die Raumplanung zuständigen Behörden der Länder kaum statt.

Verschiedene fachliche Konzepte für eine deutschlandweite Biotopverbundplanung stehen mittlerweile zur Verfügung, nun hängt deren Umsetzung vom politischen Willen ab, den Biotopverbund tatsächlich voranzubringen. Andere Länder Europas sind Deutschland auf diesem Gebiet der *Green Infrastructure* meilenweit voraus: So arbeiten die Niederlande bereits seit 20 Jahren an einem landesweiten Biotopverbundsystem und sind auch im Bau von Wildtier-Querungshilfen über Straßen führend in Europa.

Beispiele für Konzepte zum Biotopverbund innerhalb Deutschlands sind die Veröffentlichung des Bundesamts für Naturschutz (BfN) »Länderübergreifender Biotopverbund in Deutschland«², der Wildkatzen-Wegeplan des BUND³ und der Generalwildwegeplan Baden-Württembergs⁴. Konzepte zur Standortfindung für Grünbrücken und andere Querungsbauwerke finden sich beispielsweise im NABU-Bundeswildwegeplan⁵ und dem kürzlich erschienenen Band »Bundesweite Prioritäten zur Wiedervernetzung von Ökosystemen: Die Überwindung straßenbedingter Barrieren«⁶, der ebenfalls vom BfN veröffentlicht wurde und als Grundlage für die Erarbeitung des Bundesprogramms Wiedervernetzung diene.

Voraussetzung für die Funktionalität der zu schaffenden Biotopverbundstrukturen ist die Abmilderung der hierzulande massiven Landschaftszerschneidung durch Straßen und Schienentrassen. Trotz eindeutiger Zielsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie und den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag gestaltet sich die Umsetzung des seit dem Frühjahr 2011 vorliegenden Bundesprogramms zur Wiedervernetzung von Lebensräumen schwierig.

Zwar ist mit dem Beschluss des Bundesprogramms Wiedervernetzung durch das Bundeskabinett noch im Jahr 2011 zu rechnen, jedoch ist die finanzielle Untermauerung des Programms derzeit unzureichend. Ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen hinsichtlich eines

eigenen Haushaltstitels für das Bundesprogramm Wiedervernetzung wurde während der oben bereits erwähnten, abschließenden Haushaltsausschusssitzung am 10. November 2011 abgelehnt. Wiedervernetzungsmaßnahmen sollen nun aus dem allgemeinen Titel für Um- und Ausbau von Autobahnen bezahlt werden, welcher mit insgesamt 150 Millionen Euro ausgestattet

wird. Wie viel Geld davon konkret für den Bau von Grünbrücken und anderen Querungsbauwerken veranschlagt wird, ist an keiner Stelle festgehalten. Damit gleitet die finanzielle Ausstattung und die Umset-

zung des Bundesprogramms in die Unverbindlichkeit ab, was den weiteren Bau von Grünbrücken und anderen Querungshilfen über bestehende Verkehrswege deutlich hemmen wird – und womit ein elementares Element zur Schaffung eines funktionellen Biotopverbundsystems grob vernachlässigt wird. Solange die Bundesregierung solch eindeutige Zielsetzungen der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt Deutschlands (NBS) nicht konsequenter verfolgt, fällt es schwer, an die Ernsthaftigkeit ihrer sonstigen Bemühungen zum Schutz der Biodiversität zu glauben.

Neue Chancen für den Biotopverbund – die GAP-Reform

Das Regelwerk der gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) wird 2013 umfassend reformiert. Laut Europäischer Kommission⁷ »(ist) die obligatorische »Ökologisierung der Direktzahlungen« [...] ein Grundpfeiler der Reform. Sie wird die Umweltverträglichkeit des Sektors verstärken und zeigt deutlich auf, wie die reformierte GAP zu einer breiteren Spanne der Unionsprioritäten beitragen wird. Insbesondere erfolgen künftig 30 Prozent der Direktzahlungen abhängig von der Einhaltung einer Reihe umweltverträglicher Praktiken, die über die Cross-Compliance hinausgehen.« Durch eine solche Kopplung von 30 Prozent der Direktzahlungen aus der Ersten Säule an ökologische Maßnahmen können sich einige neue Chancen für den Biodiversitätsschutz in der Agrarlandschaft ergeben. Für eine solche »Ökologisierung« kommen im Wesentlichen drei Maßnahmen in Frage:

- ökologische Vorrangflächen,
- die Förderung der Fruchtartenvielfalt und
- der Grünlanderhalt.

Auf ökologischen Vorrangflächen würden beispielsweise Hecken, Blühstreifen, Tümpel oder Brachen geschaffen bzw. erhalten. Auch wenn die meisten der ökologischen Vorrangflächen dann voraussichtlich nicht in direkter Verbindung miteinander stehen, würde so ein



Folgerungen & Forderungen

- Die Zielsetzungen der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt müssen ein stärkeres politisches Gewicht erhalten. Das betrifft auch und insbesondere die Ziele, die mit der Schaffung eines Biotopverbundes in Zusammenhang stehen.
- In den Landesentwicklungsplänen bzw. -programmen der Länder müssen verbindliche Festlegungen zur Schaffung eines Biotopverbundsystems integriert und dargestellt werden. Das Schutzgebietsnetz Natura 2000-Gebiete wird dabei als potenzielles Element des Biotopverbunds verstanden, nicht jedoch als eigenständiges Biotopverbundsystem an sich.
- Der Gebietsschutz zur Schaffung von Kernelementen des Biotopverbunds muss stärker ausgebaut werden, dazu gehört auch die Ausweisung neuer Nationalparks.
- Die Umsetzung des Bundesprogramms Wiedervernetzung muss zügig vorangetrieben werden. Dafür sind angemessene finanzielle Mittel bereitzustellen.
- Im Zuge der Ökologisierung der Direktzahlungen an Landwirte durch die GAP-Reform 2013 sollte als Bedingung festgelegt werden, dass ökologische Vorrangflächen zehn Prozent der Fläche eines landwirtschaftlichen Betriebes ausmachen.

kleinräumiges Netzwerk aus wertvollen Rückzugsräumen für die bedrohten Arten der Agrarlandschaft entstehen und somit der Biotopverbund auf landwirtschaftlichen Flächen stark gefördert.

Jedoch muss derzeit befürchtet werden, dass die Europäische Kommission, wenn überhaupt, einen zu geringen Flächenanteil für ökologische Vorrangflächen festschreiben wird. In vielen Regionen Deutschlands hätte dies kaum einen positiven Effekt zur Folge. Eine zentrale Forderung der Naturschutzverbände besteht deswegen darin, einen Flächenanteil von möglichst zehn Prozent ökologischen Vorrangflächen pro geförderten Betrieb auszuweisen.

Auch das mögliche Verbot des weiteren Grünlandumbruchs kann einen Beitrag zur Stärkung des Biotopverbundes leisten. Allerdings sind dafür extensiv bewirtschaftete Flächen ungleich wertvoller als intensiv bewirtschaftetes und gedüngtes Grünland. Durch eine Regelung zum Umbruchsverbot käme es lediglich zu einem Verschlechterungsstopp, es würde keine Trendwende hin zu einer Erhöhung des Grünlandanteiles angestoßen. Im Gegenteil: Würden die zu erhaltenden Grünlandflächen eines Betriebes zu einem bestimmten Referenzzeitpunkt (beispielsweise zum 1. Januar 2014) erfasst, würde das viele Landwirte bis zu diesem Zeitpunkt sogar zu einem verstärkten Grünlandumbruch antreiben.

Anmerkungen

- 1 BMU: Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. Berlin 2007.
- 2 D. Fuchs et al.: Länderübergreifender Biotopverbund in Deutschland – Grundlagen und Fachkonzept. Bundesamt für Naturschutz. Bonn 2010.
- 3 B. Vogel, T. Mölich und N. Klar: Der Wildkatzenwegeplan. Ein strategisches Instrument des Naturschutzes. Naturschutz und Landschaftsplanung 41 (11) 2009, S. 333–340.
- 4 FVA: Generalwildwegeplan 2010. Wildtierkorridore des überregionalen Populationsverbunds für mobile, wallassoziierte, terrestrische Säugetiere. Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg 2010.
- 5 NABU: Der NABU-Bundeswildwegeplan. Berlin 2007.
- 6 K. Hänel und H. Reck: Bundesweite Prioritäten zur Wiedervernetzung von Ökosystemen: Die Überwindung straßenbedingter Barrieren. Bundesamt für Naturschutz. Bonn 2011.
- 7 Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Ein Haushalt für »Europe 2020« – Teil II: Politikbereiche im Überblick. KOM 500/2, Brüssel 2011.



Dr. Friederike Scholz

Biologin und Mitarbeiterin des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) im Bereich Naturschutz

BUND-Bundesgeschäftsstelle
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
E-Mail: Friederike.Scholz@bund.net
www.bund.net

Rückblick 2011: Ernüchternde Bilanz – Das Internationale Jahr der Wälder

von László Maráz

Was hat das Jahr 2011 für die Wälder gebracht? Diese Frage stellt sich am Ende eines Jahres, das die Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Wälder erklärt hatten. Unter dem Motto »Wälder für Menschen« sollte auf vielfältige Weise die nachhaltige Bewirtschaftung, die Erhaltung und die nachhaltige Entwicklung aller Arten von Wäldern zum Nutzen heutiger und künftiger Generationen gestärkt werden. Auf internationaler Ebene koordinierte und unterstützte das Waldforum der Vereinten Nationen (UNFF) die Aktivitäten. In Deutschland hatte das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) die Federführung und kein Geringerer als Bundespräsident Christian Wulff übernahm die Schirmherrschaft.

Bedrohte Lebensgrundlage – wachsende Ansprüche

Die Wahl der Vereinten Nationen war eine gute Entscheidung, schließlich sind Wälder nicht nur eine wichtige Lebensgrundlage für Abermillionen von Menschen. Sie haben auch eine herausragende Bedeutung für die biologische Vielfalt und ihre bloße Existenz begünstigt auf vielfältige Art und Weise das Leben auf der Erde. Man denke nur an den Schutz vor Dürre und Überschwemmungen, vor Boden- und Winderosion. Oder an die Bedeutung von Wäldern als Kohlenstoffspeicher. Weitere wertvolle Wirkungen von Wäldern sind die zahllosen Produkte wie zum Beispiel Fasern, Früchte, Wild, Baumaterial, Medizinpflanzen und Farbstoffe. Produkte, die einst abfällig als »Nichtholz«-Produkte bezeichnet wurden und heute als VIPs gelten (Very Important Products), wenngleich Holz das aus kommerzieller Sicht wichtigste Waldprodukt bleiben dürfte. Schon für eine Energieversorgung vor allem in ländlichen Gebieten ärmerer Nationen ist Brennholz unverzichtbar und als nachwachsender Baustoff begehrt. Das zweitwichtigste Waldprodukt ist hingegen der Boden selbst, denn die meisten Rodungen dienen nur nebenbei der Holzernte: Viele Wälder werden für Viehweiden, Ölpalmenplantagen, Sojafelder und andere Anbauprodukte gerodet. Nicht zuletzt sind Wälder in dicht besiedelten Industrieländern wie Deutschland auch für die Erholung und den Lärmschutz wichtig.

Nach wie vor aber sind Wälder auf dem Rückzug. Der größte Teil der Urwälder wurde bereits degradiert oder zerstört und bestenfalls durch Wirtschaftsforsten oder gar durch industrielle Holzplantagen ersetzt. Auch im vergangenen Jahr dürften wieder zwischen 13 und 15 Millionen

**Wälder sind
überlebenswichtig**

**Trendwende
nicht in Sicht**

Hektar Wälder zerstört worden sein. Zu dieser sogenannten Nettoentwaldung (absoluter Flächenverlust) muss man noch mehrere Millionen Hektar Waldflächen hinzurechnen, die jährlich durch Holzeinschlag oder Brandrodung degradiert werden. Diese werden zwar weiterhin als Wald bezeichnet, sie drohen aber in der Regel völlig zu verschwinden. Riesige Kahlflächen, versteppte, degradierte und verwüstete Landschaften gibt es inzwischen genug. Vor allem die Agrarwirtschaft gilt als Hauptursache für diese Entwicklung, da wegen intensiver Übernutzung viel Ackerland verlorengeht.

**Ein neues
Holzzeitalter beginnt**

Auch im Jahr der Wälder sind die Ansprüche an den Wald weiter gestiegen und eine Trendwende ist nicht in Sicht. Das liegt zwar auch an der mittlerweile auf sieben Milliarden gewachsenen Zahl der Menschen. Hauptursache für den zunehmenden Druck (nicht nur) auf die Wälder sind aber vor allem die Begehrlichkeiten einer weltweit auf Wachstum eingestellten Gesellschaft, die immer mehr Rohstoffe und Energie verbrauchen will. Am größten ist der Flächenbedarf für die Erzeugung von Futtermitteln (und damit von Fleisch), erst danach kommen die Bedürfnisse für pflanzliche Nahrungsmittel und – in noch vergleichsweise geringem Flächenumfang – für Bioenergie (Agrartreibstoffe). Doch der Druck auf die bedrohten und geschundenen Ökosysteme nimmt weiter zu. Um dem Klimawandel und der Verknappung fossiler Energieträger entgegenzuwirken, will man die Wälder noch intensiver nutzen als bisher. Wollte man alle Baustoffe durch Holz ersetzen oder unseren gesamten Energiebedarf mit Holz decken, wären die Wälder in wenigen Jahren komplett abgeholzt. Doch wir stehen vor einem neuen Holzzeitalter – denn Wälder werden als immer wichtigere Quelle für nachwachsende Rohstoffe betrachtet.

Das Internationale Jahr der Wälder – weitgehend folgenlos

**Herbe
Enttäuschung**

Das Jahr der Wälder war eine herbe Enttäuschung, trotz prominenter Fürsprecher, eines Medienaufwandes mit tausenden von Veranstaltungen, die das Thema Wald immerhin einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machten. Zwar sollte man von Medienkampagnen begrenzter Größenordnung nicht allzu viel erwarten. Dass aber nach langen Jahren der Problemanalysen, Strategieentwicklungen und Programmplanungen kaum etwas für die Rettung der Wälder unternommen wird, ist bitter. Immerhin hatten das BMELV und die forst- und umweltpolitischen Akteure in Deutschland seit 1999 ein nationales Waldprogramm unter dem Dach des UNFF auf den Weg gebracht.¹ Inzwischen gibt es eine Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt,² einen nationalen Biomasseaktionsplan³, eine Nachhaltigkeitsstrategie⁴ und nicht zuletzt die im Herbst 2011 beschlossene Waldstrategie 2020 der Bundesregierung.⁵ Viel Arbeit und Steuergelder sind in solche Prozesse geflossen. Längst liegen durchaus brauchbare und konkrete Handlungsempfehlungen vor, doch umgesetzt wird praktisch nichts.

Kein Ruhmesblatt

So ist vier Jahre nach Verabschiedung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt immer noch nicht bekannt, wie viele Wälder in Deutschland tatsächlich dauerhaft geschützt sind. Auf die Ergebnisse eines Forschungsvorhabens wird man noch etwa zwei Jahre warten müssen, weil vor allem die für die Waldbewirtschaftung zuständigen Bundesländer zögern, entsprechende Daten zu liefern. Vom Ziel, fünf Prozent der Waldfläche so zu schützen, dass sie sich natürlich entwickeln können, ist man noch weit entfernt, denn die Wälder, in denen eine forstliche (Holz-)Nutzung dauerhaft unterbleibt, dürften etwa zwischen einem und zwei Prozent liegen. Für ein hochentwickeltes Industrieland ist dies kein Ruhmesblatt. Wohl gemerkt: Im Rahmen der Zertifizierung von Agrartreibstoffen verlangen EU und Bundesregierung flächenscharfe Nachweise, um zu verhindern, dass etwa für die Produktion von Palmöl keine Naturwälder zerstört wurden. Da kann man nur hoffen, dass die zuständigen Behörden in Indonesien oder Brasilien schneller arbeiten als die Forstverwaltungen eines Landes, in dem eigentlich jeder Quadratmeter im Grundbuch erfasst ist.

**»Unsinn, unverantwortlich und unmoralisch« – Der Widerstand gegen
Waldnationalparks**

»Wälder für Menschen«: Das Motto des Internationalen Jahres der Wälder 2011 war auf vielleicht unfreiwillige Weise passend. Der Wald hat, so lautet die Botschaft, vor allem *für den Men-*

schen da zu sein. So sagte der Vorsitzende des Gemeinsamen Forstausschusses »Deutscher Kommunalwald«, Verbandsdirektor Winfried Manns (Mainz), dass mit der Waldstrategie 2020 wichtige Weichen gestellt worden seien, damit der Wald seinen Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz leisten könne. Um Naturschutz im Walde zu praktizieren, seien ideologisch motivierte pauschale Waldstilllegungen wenig zielführend, Prinzipienreiterei schade an dieser Stelle.

So verstärkten auch im Jahr der Wälder viele Akteure aus Forst- und Holzwirtschaft und des Waldbesitzes ihren Widerstand gegen die Einrichtung neuer Schutzgebiete, die man gerne als »Stilllegung« oder »Nullnutzung« bezeichnet. Wider besseren Wissens wird das Schreckgespenst von Enteignung und Jobverlusten an die Wand gemalt. Ignoriert wird, dass in Schutzgebieten – außer der Holzproduktion – sämtliche anderen Wirkungen gesteigert werden und auch die bestehenden Nationalparks sogar zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen haben. Die verbalen Angriffe auf Umweltverbände, die im deutschen Wald neue Nationalparke fordern, nehmen zu. Holznutzung sei angewandter Klimaschutz, so lautet die vorgeschobene Begründung der Gegner von Nationalparks, und wer die Ausweisung von Schutzgebieten fordere, mache sich schuldig am Raubbau in den Tropenwäldern. Zwar forderten im Frühjahr 19 Umweltverbände in einem Offenen Brief⁶ an den Deutschen Forstwirtschaftsrat (DFWR) und die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW), in Zukunft von derartigen Behauptungen Abstand zu nehmen. Doch die Appelle blieben ohne Wirkung. So wiederholte der Präsident der AGDW, Philipp Freiherr zu Guttenberg, in seiner Rede auf dem »Tag des Waldeigentums« am 19. Oktober 2011 in Berlin seine Behauptungen und bezeichnete das Anliegen, Waldschutzgebiete einzurichten als »Unsinn, unverantwortlich und unmoralisch«.

Das Schreckgespenst von Enteignung und Jobverlusten

Dabei wäre nach einer Phase jahrzehntelangen Raubbaus, Waldzerstörung und Plünderung die Schonung des Waldes mal wieder am Zuge. Dringend müsste sich die Gesellschaft für die Wälder einsetzen: Restaurierung von Viehweiden, Wiederbewaldung von Kahlflächen, Umbau von Holzmonokulturen in naturnähere Mischwälder, Sicherung der letzten wertvollen Waldökosysteme durch Schutzgebiete. Eine Jahrhundertaufgabe, die uns allen zugute käme.

Eine Jahrhundertaufgabe

Die Waldstrategie 2020 des BMELV – auf dem Holzweg

Doch wer im Jahr der Wälder erwartet hatte, dass die Zeiten für die gefährdeten Lebensräume besser würden, wurde enttäuscht. Denn die Nutzergruppen führen ein weiteres Argument für die Steigerung der Holzproduktion ins Feld: Die Sorge um den Klimawandel und die Verknappung des Rohstoffes Holz.

Schon mit der 2004 von Renate Künast vorgelegten »Charta für Holz« hatte das Bundeslandwirtschaftsministerium Maßnahmen eingeleitet, mit denen der Holzverbrauch in den folgenden zehn Jahren um 20 Prozent gesteigert werden sollte. Frei nach dem Motto »Je mehr Holz, desto besser für das Klima« stiegen die Holzeinschläge stark an, sodass vor allem im Staatswald fast der gesamte Zuwachs geerntet wurde. Zudem lag mit der zweiten Bundeswaldinventur ein Zahlenwerk vor, das einen steigenden Holzvorrat im deutschen Wald belegte. Schnell war von überalterten Beständen die Rede – bei einem Durchschnittsalter von knapp 80 Jahren eine gewagte These. Im Sommer 2008 entschloss sich das BMELV, eine Strategie zu erarbeiten, um die Rohstoffversorgung der deutschen holzverarbeitenden Industrie sicherzustellen und gleichzeitig den Verbrauch von Holzprodukten zu steigern. Ende 2008 wurde dann mit der Erarbeitung der Waldstrategie 2020 begonnen, die das BMELV als seinen Beitrag für das Internationale Jahr der Wälder präsentieren wollte.

Waldplündern für den Klimaschutz

Im stillen Kämmerlein

Umweltverbände warnten von Beginn an vor einseitigen Zielsetzungen zugunsten einer Intensivierung der Holznutzung. Man dürfe nicht gegen die Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie arbeiten. Doch die Ausrichtung auf rohstoffbezogene Themen blieb bestehen. Im Sommer 2009 forderten mehrere Umweltverbände Bundesministerin Ilse Aigner auf, wichtige Problemfelder (wie etwa die wirtschaftlichen Schäden durch die überhöhten Schalenwildbestände) in die Waldstrategie zu übernehmen, zu analysieren und auf Lösungen hinzuarbeiten. Außerdem wurde angemahnt, die Akteure an der Erarbeitung zu beteiligen.

Doch das Ministerium lehnte eine Mitsprache von Umweltverbänden ab. Viele Fragen blieben unbeantwortet, einen Entwurf der Waldstrategie bekamen Umweltverbände nicht zu sehen. Als Briefe und Gespräche nicht weiterhalfen, stellte der Verfasser im Mai 2010 einen Antrag auf Akteneinsicht. Diese ist nach dem Informationsfreiheitsgesetz von allen Bundesbehörden zu ermöglichen. Das Ministerium lehnte den Antrag zunächst mit dem Verweis auf eine »Regierungstätigkeit« ab. Doch diese inzwischen häufigste Begründung für Ablehnungen solcher Anträge ist in der Mehrzahl der Fälle nicht stichhaltig. Nach Einlegen von Widerspruch, Einschaltung des Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit⁷ und monatelangem Tauziehen konnte die Akteneinsicht erfolgen.

Nachhaltigkeit: Fehlanzeige

Schon bei den drei Symposien zur Waldstrategie 2020 wurde die Ausrichtung auf eine Steigerung der Holznutzung deutlich. Zuweilen hatte man den Eindruck, hier sei eine Lobbyorganisation der Holzindustrie zugange, denn wiederholt sprachen sich auch Mitarbeiter des Ministeriums vehement *gegen* die (einstimmig vom Bundeskabinett beschlossene) Ausweisung von Schutzgebieten auf fünf Prozent der Waldfläche bis 2020 aus. Das Thema Holz dominierte zwar die Argumentation, doch es war im dritten und letzten Symposium immerhin gelungen, kompetente Referenten zu gewinnen, die sich zum Beispiel für die Steigerung von Tot- bzw. Biotopholzvorräten im Wald aussprachen und auch die Ausweisung von Waldschutzgebieten als wichtige walddpolitische Herausforderung empfahlen.

Ministerium als Lobbyorganisation

Umweltverbände: Wald ist kein Rohstofflager

Zu Beginn der Internationalen Grünen Woche 2011 in Berlin forderten die Umweltverbände DNR, BUND, Forum Umwelt und Entwicklung, Greenpeace, NABU und WWF eine Neuausrichtung der Wald- und Jagdpolitik in Deutschland.⁸ Ausgerechnet im Internationalen Jahr der Wälder 2011 drohe Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, den Wald zum reinen Rohstofflager zu degradieren, so der Tenor der Verbände. Die Kritik bezog sich auf Aigners Entwurf der sogenannten »Waldstrategie 2020«, die 2011 von der Bundesregierung beschlossen wurde. – Die wichtigsten Forderungen aus dem Appell:

1. »Schutz und nachhaltige Nutzung« statt »Schutz durch Nutzung«

Die Waldstrategie 2020 sollte eine Strategie für den Wald sein und nicht für die Beschaffung von Rohholz. Die Waldstrategie ordnet alle Waldfunktionen der Holzproduktion unter. Der Ansatz »Schutz durch Nutzung« ist für den Wald und seine Lebensgemeinschaften als Ganzes ungeeignet, da sich beispielsweise die forstliche Nutzung des Waldes und die Bedürfnisse der auf die Alters- und Zerfallsphasen von Wäldern angewiesenen Artengemeinschaften gegenseitig ausschließen. Die Waldnutzung muss dem Grundsatz »Schutz und nachhaltige Nutzung« folgen. Diese

Verpflichtung leitet sich aus der für Deutschland völkerrechtlich verbindlichen UN-Konvention über die biologische Vielfalt ab.

2. Einordnung in internationale Verpflichtungen zum Schutz der Biodiversität

Die Ziele und Maßnahmen der Nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS) sollten von der Bundesregierung offensiv vertreten werden, denn es handelt sich bei der NBS um die Umsetzung internationaler Verpflichtungen im Rahmen der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD). Dabei geht es vor allem darum, fünf Prozent der Waldflächen dauerhaft aus der forstlichen Nutzung zu nehmen, die natürliche Entwicklung auf zehn Prozent der Waldfläche der öffentlichen Hand bis 2020 zuzulassen, den naturnahen Waldbau weiter zu fördern, die Biodiversitätsbelange im öffentlichen Wald vorbildlich zu berücksichtigen, klare Grundsätze einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung im Gesetz zu verankern, den Anteil standortheimischer Baumarten kontinuierlich zu erhöhen, den Vertragsnaturschutz im Privatwald auszubauen und bis 2020 ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Waldverjüngung und Wildbesatz herzustellen. Auf der Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention in Nagoya hat sich Deutschland außerdem verpflichtet, ►

Doch die Waldstrategie 2020 entpuppte sich zunächst nicht nur als reine Holzstrategie. Man wollte sogar für mehrere Jahrzehnte die Holzvorräte im Wald abbauen, also mehr ernten als nachwächst. Die Bäume sollen wieder früher geerntet werden und mithilfe der Forstpflanzenzüchtung und des Anbaus nicht-einheimischer Baumarten (v.a. Douglasie) sollen weitere Ertragssteigerungen erzielt werden. Durch die Offenlegung dieser Pläne gelang es, wenigstens diesen Angriff auf die Nachhaltigkeit zu verhindern. Trotzdem will man den gesamten Holzeinschlag auf 80 Millionen Festmeter pro Jahr steigern. Diese Menge ist zwar theoretisch verfügbar, aber nur, wenn man keine Rücksicht auf die biologische Vielfalt und auf die Bodenfruchtbarkeit legt. Der Wald soll zwar mehr leisten, doch ob er dazu nachhaltig in der Lage ist, das wurde in der Waldstrategie nicht ermittelt. So sind viele Waldböden von Natur aus oder wegen historischer Übernutzung so nährstoffarm, dass eine Nutzung des Ast- und Rindenmaterials und vielerorts sogar der dünneren Stammteile verboten werden müsste, denn Nährstoffe und Biomasse sind zu wertvoll, um sie als billiges Brennmaterial zu verheizen. Und bei den niedrigen Anteilen von Biotopholz von etwa 13 Festmetern pro Hektar ist der Erhalt der biologischen Vielfalt im Wirtschaftswald nicht möglich. Wenn man dann noch die zusätzlichen Waldschutzgebiete berücksichtigt, in denen die Holznutzung eingestellt werden soll, kommt man auf deutlich geringere Erntepotenziale.

Angriff auf die Nachhaltigkeit

Schonzeit für die Jagdlobby

Die um ein Vielfaches überhöhten Schalenwildbestände (vor allem Hirsche und Rehwild) bleiben auch nach dem Jahr der Wälder ein Dauerproblem. Doch das Thema Jagd wird auch in der

17 Prozent seiner terrestrischen Ökosysteme unter effektiven Schutz zu stellen und seine Wälder in einer Weise nachhaltig zu bewirtschaften, dass die biologische Vielfalt keinen Schaden nimmt.

3. Deutschlands Verantwortung für die Buchenwälder wahrnehmen

Deutschland ist ein Buchenland. Es beherbergt etwa ein Viertel des natürlichen Verbreitungsgebietes der Rotbuche. Kein anderes Land hat einen vergleichbar hohen Anteil an diesem Areal. Zahlreiche Buchenwaldtypen gibt es nur in Deutschland, im Zentrum der Verbreitung. Alte, naturnahe Buchenwälder zählen heute zu den weltweit stark bedrohten Lebensräumen. Deutschland trägt daher eine besondere globale Verantwortung für dieses weltweit einzigartige »Naturerbe Buchenwälder«. Die Waldstrategie 2020 sollte diese besondere Verantwortung ernst nehmen und den Erhalt und die großflächige Entwicklung natürlicher und naturnaher Buchenwälder in Deutschland durch geeignete Maßnahmen sicherstellen.

4. Waldnaturschutz – integrativ und segregativ

Im Waldnaturschutz ist die Situation jener Arten besonders kritisch, die an die Alterungs- und Zerfallsphasen der Waldökosysteme gebunden und auf die Erhaltung großräumiger, unzerschnittener Waldgebiete angewiesen sind. Dies belegt der bundesweit hohe Anteil der an Alt- und Totholz

gebundenen Arten in den Roten Listen. Die steigende Nachfrage im Bereich der Holzenergie und die Bestrebungen der Bundesregierung, die Hiebsätze in Deutschland durch Vorratsabbau weiter zu erhöhen, stellen eine akute Bedrohung für den Erhalt und die Förderung ökologisch wertvoller Waldstrukturen dar. Die Integration von Naturschutzelementen in den Wirtschaftswald darf nicht aufgegeben werden. Diese sind wichtig, um die Lebensraumqualität des Waldes insgesamt auf ein naturschutzfachliches Mindestniveau zu heben und damit die Wanderung und den genetischen Austausch von Arten zwischen einzelnen Biodiversitätszentren zu ermöglichen. Ebenso muss sichergestellt werden, dass neben kleinen Trittsteinbiotopen von wenigen Hektar Größe auch großräumige, unzerschnittene Waldgebiete in der Größe von mehreren hundert bis tausend Hektar dauerhaft aus der forstlichen Nutzung genommen werden. Nur in solchen Gebieten können sich Wälder mit einer echten Naturwalddynamik als »Urwälder von morgen« entwickeln. Es geht um die Stärkung des integrativen Naturschutzes auf ganzer Fläche, ergänzt um segregative Elemente, die für den Erhalt der biologischen Vielfalt von besonderer Bedeutung sind. Ein weiteres Thema, das die Waldstrategie 2020 lösungsorientiert aufgreifen sollte, ist die Umsetzung der FFH- und Vogelschutzrichtlinie im Wald. Hier bestehen nach Ansicht der Umweltverbände noch erhebliche Defizite. ►

**Angst vor der
Jagdlobby**

Waldstrategie 2020 mit Samthandschuhen angefasst, obwohl hier großes Potenzial liegt, denn mit angepassten (= niedrigeren) Reh- und Hirschbeständen würde sich der Wald natürlicher, artenreicher und wuchskräftiger verjüngen und auch dies würde die Holzerträge steigern. Doch die Angst vor der Jagdlobby ist zu groß und eine Bundesministerin will sich offenbar nicht mit mächtigen politischen Einflussgrößen streiten. Dabei kostet allein der Bau von Wildschutzzäunen im Wald den Steuerzahler jährlich 90 Millionen Euro.

Bedauerlich ist auch, dass selbst lang bekannte Probleme wie das Waldsterben nicht gelöst werden, obwohl auch hier die Zeit drängt (siehe hierzu den Beitrag von Helmut Klein und Hubert Weiger in diesem Kapitel, S. 191–196). Und die Bekämpfung des illegalen Holzhandels wurde auf das Jahr 2013 verschoben. Erst dann treten Regelungen in Kraft, die das Problem ein wenig entschärfen könnten. Übrigens: Die Verbände der Forstwirtschaft und des Waldbesitzes setzen sich bis heute nicht dafür ein, dass die Importe von billigem oder gar illegalem Raubholz unterbunden werden. Es sind dieselben Lobbygruppen, die sich gegen neue Nationalparks engagieren und darauf verweisen, dass hierdurch der Raubbau im Tropenwald steigen würde, denn irgendwo müsse das Holz ja herkommen.

Wenn das BMELV seinen Auftrag ernst nimmt, als zuständige Fachbehörde für eine nachhaltige Waldnutzung zu sorgen, darf es sich nicht als Speerspitze von Holzfirmen und Wachstumsideologen betätigen. Natürlich sollten die Potenziale für mehr Holzproduktion genutzt werden. So könnten durchaus einige tausend Hektar zusätzlicher Kurzumtriebsplantagen für mehr Holzproduktion sorgen, die, wenn sie in Agrarsteppen angelegt würden, sogar vorteilhaft für die Umwelt sein könnten. Doch dabei sind ökologische Grenzen strikt einzuhalten. An-

Das Ansinnen der Waldstrategie, Honorierungsmodelle wie Vertragsnaturschutz und Ökokonten für den Naturschutz im Privatwald zu stärken und zielgerichtet weiterzuentwickeln ist aus Sicht der Umweltverbände zu begrüßen. Dem Vertragsnaturschutz pauschal den Vorrang vor ordnungsrechtlichen Maßnahmen einzuräumen ist jedoch nicht zielführend. Honorierungsmodelle können nur auf dem Ordnungsrecht aufbauen oder dieses ergänzen, sie können es aber nicht ersetzen. Entgegen den Darstellungen im Entwurf der Waldstrategie 2020 sind im Bundeswaldgesetz keine spezifischen Naturschutzstandards für die Forstwirtschaft formuliert. Damit fehlt eine bundeseinheitliche Bemessungsgrundlage für die Honorierung besonderer Naturschutzleistungen von Privatwaldbesitzern durch den Vertragsnaturschutz.

5. Zertifizierung – erheblichen Qualitätsunterschieden Rechnung tragen

Beim Thema Zertifizierung weisen die Umweltverbände darauf hin, dass wesentliche qualitative Unterschiede zwischen den Zertifizierungssystemen FSC und PEFC bestehen. Die Waldstrategie 2020 sollte sich daher dafür aussprechen, die Vorbildfunktion der Wälder in öffentlicher Hand durch die Zertifizierung nach dem anspruchsvolleren FSC-Standard nachzuweisen. Ebenso sollte die gleichrangige Bewertung der Zertifizierungssysteme im Rahmen der öffent-

lichen Beschaffung, insbesondere beim Import von Holz aus Nicht-EU-Ländern, grundlegend revidiert werden.

6. Wald und Wild – den Konflikt an der Wurzel packen

Die durch jagdliches Missmanagement verursachten Schäden für die Forstwirtschaft, den Naturschutz, den Klimaschutz und letztendlich für die gesamte Volkswirtschaft müssen dringend gelöst werden. Dies scheitert nicht nur an einem unzureichenden Gesetzesvollzug, sondern auch an den dringend zu novellierenden Jagdgesetzen von Bund und Ländern. Statt lediglich auf die unverbindliche Erarbeitung eines gemeinsamen Leitbildes für die Jagd im Wald zu verweisen, sollte die Regierung Vorschläge zur Novellierung des Bundesjagdgesetzes machen sowie die wesentlichen Gründe für den mangelnden Gesetzesvollzug in den Bundesländern analysieren und entsprechende Lösungsvorschläge unterbreiten.

7. Holz »intelligent nutzen« statt »verbrauchen«

Der nachhaltigen Nutzung des nachwachsenden Rohstoffs Holz sind Grenzen des Wachstums gesetzt. Deshalb sollte die Regierung nicht das Ziel verfolgen, den Holzverbrauch pro Kopf zu steigern, sondern ihn zu einem Instrument zur Umsetzung einer intelligenten Nutzungskaskade ►

sonsten steigt eben der Preis. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage, Marktwirtschaft – wurde uns das nicht jahrzehntlang gerade von der Wirtschaft erzählt?

Nachhaltigkeit zum Lippenbekenntnis degradiert

Die vielleicht schlimmste Entwicklung im Internationalen Jahr der Wälder aber bleibt der Angriff auf den Grundsatz der Nachhaltigkeit, auf den die deutsche Forstwirtschaft so stolz ist. Doch gerade die Verbände, die sich stets mit diesem Vermächtnis schmücken, unternahmen im vergangenen Jahr nichts, um wenigstens den Grundsatz der Mengennachhaltigkeit zu verteidigen. Vermutlich sind doch andere Interessen im Spiel, denn zu oft und zu laut war der Ruf nach Versorgung der Holzverarbeitenden Industrie mit möglichst viel und günstigem Holz. Schlimmer noch aber ist das Schweigen der Nachfolger jener Forstleute, die einst die Nachhaltigkeit entwickelt haben: Doch die Professoren der forstlichen Fakultäten, die diesen Grundsatz eigentlich so vehement verteidigen müssten wie die Ärzte ihren hippokratischen Eid, blieben stumm.

**Das Versagen
der Professoren**

Lichtblick – Alte Deutsche Buchenwälder zum Weltnaturerbe ernannt

Ein erfreuliches Ereignis aber gab es doch. Denn am 25. Juni 2011 hat das Welterbekomitee der UNESCO entschieden, die »Alten Buchenwälder Deutschlands« in die Liste des Welterbes einzuschreiben. Anfang des Jahres 2010 hat Deutschland die Aufnahme herausragender alter Buchenwälder in die prestigeträchtige Welterbeliste der UNESCO beantragt. Dabei handelt es sich um ausgewählte Waldflächen in fünf Schutzgebieten:

von Holz weiterzuentwickeln. Dann bestünde die Chance, dass die Holzlücke wesentlich geringer ausfiele als prognostiziert. Vermeintliche Lösungen wie die Erhöhung der Einschläge, verkürzte Umtriebszeiten, der verstärkte Anbau exotischer Baumarten und die tendenzielle Abkehr von der Wertholzproduktion in naturnahen Dauerwäldern können nicht Teil einer zukunftsfähigen Rohstoffpolitik sein. Das Ziel, nachhaltige Produktions- und Konsumstrukturen zu etablieren, kann nur durch eine effizientere und insgesamt sparsamere Nutzung kostbarer Rohstoffe wie Holz erreicht werden. Im Sinne einer effizienten Kreislaufwirtschaft ist der stofflichen Nutzung und dem Holzrecycling daher der Vorrang vor der energetischen Nutzung zu geben. Dafür sind gesetzliche Änderungen sowie z. B. der Abbau indirekter Subventionen für energieintensive Baustoffe notwendig.

8. Klimaschutz – deutsche Wälder müssen wieder signifikante CO₂-Senke werden

Der Wald in Deutschland war noch 1990 eine Senke für das klimawirksame Gas CO₂ in einer Größenordnung von acht Prozent der industriellen Emissionen. Diese gesellschaftliche und wirtschaftspolitisch wichtige Wirkung der Wälder ist hochgradig gefährdet: Mit den von der Bundesregierung beabsichtigten und an das Klimasekretariat gemeldeten Hiebsätzen würden die Holz- und Kohlenstoffvorräte in Deutschlands Wäldern

massiv abgebaut. Der einfache Grundsatz der forstlichen Nachhaltigkeit, nur so viel zu ernten wie nachwächst, würde damit ausgesetzt. Die dadurch verursachten CO₂-Emissionen können nur bedingt durch langlebige Holzprodukte oder durch die Substitution fossiler Energieträger kompensiert werden. Die deutschen Wälder drohen damit selbst zu Verursachern des Klimawandels zu werden. Um dies zu verhindern, muss der Hiebsatz auch in Zukunft erheblich unter dem Zuwachs liegen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Wälder wieder eine signifikante Senke für CO₂ darstellen.

Entgegen den Darstellungen im Entwurf der Waldstrategie 2020 sind die Wälder in Deutschland mit einem Durchschnittsalter von knapp 80 Jahren nicht alt, sondern noch sehr jung. Sie könnten besonders in der für den Klimaschutz entscheidenden Phase der nächsten drei Jahrzehnte durch Vorratsaufbau weiteren Kohlenstoff binden und damit das Klima entlasten. Lediglich die einschichtigen, von Fichten dominierten Altersklassenwälder im Alter von etwa 80 bis 100 Jahren auf labilen Standorten können durch Kalamitäten wie Wind oder Insektenbefall rasch zur Kohlenstoffquelle werden. Nur in diesen Beständen wäre eine vorübergehende Überschreitung des Nachhaltighiebsatzes mit dem Ziel des forcierten Waldumbaus nach Überprüfung sinnvoll.

Wertvolle Relikte

- Nationalpark Jasmund (Mecklenburg-Vorpommern)
- Serrahn im Müritz-Nationalpark (Mecklenburg-Vorpommern)
- Grumsin im UNESCO-Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin (Brandenburg)
- Nationalpark Hainich (Thüringen)
- Nationalpark Kellerwald-Edersee (Hessen)

Diese Gebiete repräsentieren die wertvollsten Relikte großflächiger naturbelassener Buchenwälder in Deutschland. Sie ergänzen hervorragend das seit 2007 bestehende UNESCO-Weltkulturerbe Buchenurwälder der Karpaten, mit denen die deutschen Gebiete nun eine gemeinsame Stätte bilden.

Das UNESCO-Welterbeübereinkommen stellt herausragende, einmalige Natur- und Kulturgüter unter weltweiten Schutz. Nach der Fossilienfundstätte Grube Messel (eingeschrieben 1995) und dem Wattenmeer (2009) sind die Buchenwälder die dritte Weltnaturerbebestätte in Deutschland.

Energieholz – eine Therapie gegen den Klimawandel?

**Begehrter
Energieförderer**

Holz ist als Energieförderer so begehrt wie schon lange nicht mehr. Noch nie wurde auf der Erde so viel davon verbrannt wie heute. Für viele Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern ist Holz der einzige verfügbare und bezahlbare Energieträger. Sein Verbrauch steigt aber vor allem in Industrieländern, denn Holz ist ein vergleichsweise günstiger Brennstoff und durch seine Verbrennung in Heizungen und Kraftwerken lassen sich fossile Energieträger einsparen.

Im Vergleich mit Heizöl oder Kohle ist der Einsatz von Holz klimaschonender, solange nicht zu viel Holz genutzt wird, Raubbau unterbleibt und ausreichend Holz für andere – und hier vor allem für stoffliche – Verwendungen übrig bleibt. Dass Holz aufgrund der steigenden Nachfrage teurer wird, ist ein weiterer Grund dafür, sparsam damit umzugehen.

**Nutzung von
»Waldrestholz« ...**

Die energetische Holznutzung wird aber kontrovers diskutiert, denn die Verbrennung dieses nachwachsenden Rohstoffes hat nicht nur Vorteile. Holz ist schon heute ein knappes Gut, und da auch erneuerbare Rohstoffe nicht beliebig schnell nachwachsen, sind die Nutzungspotenziale begrenzt. In vielen Regionen ist Raubbau an Wäldern an der Tagesordnung und es werden jedes Jahr große Waldgebiete degradiert und vernichtet. Auch in unseren Wäldern wird immer mehr Holz geerntet. Dabei müssten zum Schutz der biologischen Vielfalt viel mehr Bäume und Hölzer als Biotrophholz im Wald verbleiben, wo sie unzähligen Tier- und Pilzarten Nahrunggrundlage und Lebensraum bieten. Vor allem dünnere Hölzer mit hohem Rindenanteil sowie Zweige, Blätter und Nadeln enthalten die meisten wertvollen Pflanzennährstoffe eines Baumes und gelangen normalerweise bei der Zersetzung wieder in den Waldboden. Die zunehmende Nutzung von solchem »Waldrestholz« führt an vielen Standorten zur Abnahme der Bodenfruchtbarkeit. Immerhin gerät jetzt auch dieses Problem ins Blickfeld der Experten. Mehr als die Hälfte unserer Wälder steht auf armen Standorten, in denen sich der Waldbewirtschafter nennenswerte Nährstoffentzüge nicht leisten kann. Werden zu viele Nährelemente entnommen, sinkt der Zuwachs der nachfolgenden Waldgeneration. Auf humusreichen Standorten der Alpen droht außerdem massiver Humusabbau und die Wasserspeicherfähigkeit der Waldböden nimmt rapide ab.

**... schadet der
Bodenfruchtbarkeit
und Biodiversität**

Für die Energiewende reicht es nicht, Heizöl und Kohle einfach durch Holz zu ersetzen, denn so viel Holz können unsere Wälder nicht liefern. Und beim Import solch großer Holzmengen lassen sich ökologische und soziale Probleme in den Herkunftsländern nicht ohne weiteres ausschließen. Auch andere Länder werden diesen Rohstoff verstärkt nutzen, sei es für stoffliche oder energetische Einsatzbereiche. Die dabei erwünschten klimapolitischen Vorteile durch Ersatz energieintensiver Baustoffe oder fossiler Energieträger bestehen ja nicht nur in Deutschland und die örtliche und regionale Verwendung spart Transportkosten. Es gibt also genug Gründe dafür, sparsam mit Energieholz umzugehen.

Nachhaltigkeitskriterien für feste Biomasse?

In Europa wird nun darüber diskutiert, ob auch für feste Biomasse Nachhaltigkeitskriterien eingeführt werden sollen. Mit den Gesetzen zu Biokraftstoffquoten und Erneuerbaren Energien (EEG) hat der Gesetzgeber die Möglichkeit, Vorschriften über die Qualität und Herstellungs-

weise von Bioenergieträgern zu erlassen. Die Nachhaltigkeitskriterien auf europäischer und deutscher Ebene beschränken sich bisher nur auf flüssige Biomasse wie zum Beispiel Palmöl, Ethanol oder Biodiesel aus Rapsöl. Bei festen Biomasserohstoffen sind solche Kriterien noch nicht vorgeschrieben, obwohl diese in viel größeren Mengen zur Energieerzeugung beitragen als Biokraftstoffe.

Es sprechen einige Gründe dafür, die Holzverbrennung stärker zu reglementieren. Schon heute wird in Deutschland ein Viertel des gesamten Holzaufkommens direkt verheizt und fast noch einmal so viel wird nach Gebrauch energetisch genutzt (Altholz, Verarbeitungsreste). Der Holzmangel macht nicht nur anderen Holzverwendern zu schaffen, sondern sorgt auch für weiteren Druck auf die Wälder. Seit Jahren nimmt der Holzeinschlag in Deutschland zu. Wenn infolgedessen größere Holzmenen importiert würden, dürfte dies auch den Raubbau in Wäldern anderer Regionen fördern. Es müssten also dringend Nachhaltigkeitskriterien für den Energieholzinsatz eingeführt werden.

Auch über den Klimaschutzbeitrag von Energieholz lässt sich trefflich streiten: Zwar wird bei der Holzverbrennung viel weniger Kohlendioxid erzeugt als beim Heizen mit Kohle oder Heizöl. Doch im Vergleich zu vielen stofflichen Nutzungspfaden schneidet es schlechter ab. Und da man Bau- und Möbelholz recyceln und am Ende ihrer Lebenszeit energetisch nutzen kann (»Kaskadennutzung«), sollten nur solche Hölzer verbrannt werden, für die es keine bessere Verwendungsmöglichkeit gibt. Zwar wurde bei der Novellierung des EEG die Förderung der Holzverbrennung reduziert, doch dies betrifft nur Neuanlagen und schon aufgrund seines Preisvorteils wird Holz weiterhin in großen Mengen im Ofen landen.

Frischholz als »Reststoff«

Für einen Teil der Energieholznutzung gelten übrigens heute schon die Kriterien der Nachhaltigkeitsverordnung für Biomassestrom. In Deutschland haben sechs Zellstofffabriken einen Anspruch für eine Vergütung ihrer Stromeinspeisung nach dem EEG. Darunter auch das größte deutsche Biomassekraftwerk, die Zellstofffabrik ZS Stendal, die in ihrem Werk bei Arneburg jährlich drei Millionen Festmeter Holz zu Zellstoff verarbeitet.⁹ Holz besteht zur Hälfte aus Zellstofffasern, die nicht nur dem Holz seine Zugfestigkeit verleihen, sondern auch für reißfestes Papier sorgen. Die andere Hälfte besteht vor allem aus Lignin (Holzstoff), das wie eine Art Füllstoff und Kleber wirkt, bei der Papierherstellung aber unerwünscht ist, weil es das Papier vergilben lässt (»holzfreies Papier« ist ja nur holzstofffreies Papier), was z. B. bei der Herstellung des kurzlebigen Zeitungspapiers aber nicht stört. Das Lignin gilt als Reststoff und wird verbrannt. Die Wärme und ein Teil des erzeugten Stroms werden für die Energieversorgung der Zellstofffabrik genutzt. Der übrige Strom wird ins Netz eingespeist und dies wird nach dem EEG vergütet. Weil das Lignin nach der Trennung vom Zellstoff als sogenannte Ablauge oder Schwarzlauge vorliegt und – das ist der entscheidende Punkt – beim Eintritt in die Brennkammer flüssig ist, müssen die Kriterien der Nachhaltigkeitsverordnung für Biomassestrom erfüllt sein. Da aber diese Ablauge im Sinne der Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung als Reststoff aus der Zellstoffherstellung gilt und demnach im Vorfeld keine Emissionen verursacht, gilt so erzeugter Strom als emissionsfrei. Woher das Holz stammt und auf welche Weise es erzeugt wurde, spielt dabei leider keine Rolle.

Energieholz – nachwachsender Rohstoff mit begrenztem Potenzial

Holz ist inzwischen so knapp, dass für 2020 allein in Deutschland ein jährlicher Mangel von mehr als 30 Millionen Kubikmetern erwartet wird (in Europa soll diese »Deckungslücke« bei über 400 Millionen Kubikmetern liegen). Inzwischen konkurrieren Spanplattenhersteller, Papierfabrikanten und Biomassekraftwerke um die einst günstigen Holzsortimente. Die Preise steigen und darum wird immer mehr Holz aus dem Wald geholt. Sogar Äste, Reisig, Blätter und Wurzelstöcke und leider auch hohle Bäume dürfen vielerorts nicht mehr im Wald verrotten. Dort aber könnten sie zahllosen Arten als Nahrungsgrundlage und Lebensraum dienen und den Waldboden fruchtbar und durchlässig erhalten. Verbände der stofflichen Nutzung wie die Arbeitsgemeinschaft Rohholzverbraucher (AGR) und der Verband der Holzindustrie (VHI) kritisieren die einseitige Förderung der energetischen Holznutzung, die bestehende Nutzungskonkurrenzen verschärft. Sie fordern die Abschaffung der EEG-Vergütung für die Stromerzeugung

**Holzverbrennung
muss stärker
reglementiert werden**

**»Emissionsfreier« Strom
aus Zellfabriken?**

**Energetische
Holznutzung in
der Kritik**

gung aus Wald- und Waldrestholz.¹⁰ Die Bundestagsfraktionen der Grünen und der SPD forderten, die Vergütung wenigstens deutlich zu verringern.

Es ist nicht sinnvoll, den Verbrauch eines knappen Gutes mit Steuergeldern zu fördern. Die viel beschworene Kaskadennutzung funktioniert nur, wenn das Holz nicht gleich verbrannt wird. Unseren Wäldern würden höhere Holzvorräte gut tun. Zum einen wächst Holz an Holz, zum anderen wird viel Biomasse für den Schutz der Biodiversität und für die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit benötigt. Die Ausweitung der Schutzgebiete im Wald auf fünf Prozent der Fläche wird ebenfalls eine leichte Verknappung des Holzangebotes bewirken. Wenn wir stattdessen nicht Wälder in Skandinavien, Nordamerika und in anderen Regionen plündern wollen, bleibt nur eine Möglichkeit: Energie sparen, Papier sparen, Rohstoffverbrauch reduzieren und den nachwachsenden Rohstoff nur dann verbrennen, wenn es keine bessere Verwertungsmöglichkeit gibt. Und für die Hölzer, die verbrannt werden, müssen europaweite einheitliche und verbindliche Nachhaltigkeitsstandards geschaffen werden, damit aus der Energiewende nicht ein neues Umweltdesaster wird.

Anmerkungen

- 1 Siehe www.nwp-online.de.
- 2 www.bfn.de/0304_biodivstrategie-nationale.html.
- 3 www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Bioenergie-NachwachsendeRohstoffe/NachwachsendeRohstoffe/Biomasseaktionsplan.html.
- 4 www.bundesregierung.de/Webs/Breg/nachhaltigkeit/DE/Nationale-Nachhaltigkeitsstrategie/Nationale-Nachhaltigkeitsstrategie.html
- 5 www.bmelv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2011/195-MUE-Waldstrategie.html.
- 6 www.forumue.de/index.php?id=16.
- 7 Vgl. hierzu auch 2. Tätigkeitsbericht des BfDI zur Informationsfreiheit, Nr. 2.1.1 – abrufbar unter: www.bfdi.bund.de.
- 8 Waldstrategie 2020 – Entwurf des BMELV. Stellungnahme in 10 Punkten von BUND, DNR, Forum Umwelt & Entwicklung, Greenpeace, NABU und WWF (www.forumue.de/fileadmin/userupload/publikationen/101110_waldstrategie_2020_-_10_punkte_ngos.pdf). Die folgenden Punkte sind diesem Positionspapier entnommen.
- 9 www.zellstoff-stendal.de/NumbersAndFacts.aspx.
- 10 www.rohholzverbraucher.de/sites/aktuelles_aktuelle_nachrichten.php?id=292.



László Maráz

Diplomforstwirt, Koordinator der Plattform »Nachhaltige Biomasse« und Koordinator der AG Wald im Forum Umwelt und Entwicklung

Forum Umwelt und Entwicklung
Marienstraße 19–20, 10117 Berlin
E-Mail: maraz@forumue.de

Alles nur Panikmache?

2000 Jahre Waldsterben durch Luftverschmutzung
und die Entwicklung der letzten 30 Jahre

von Helmut Klein und Hubert Weiger

»Erst stirbt der Wald, ... dann der Mensch«. So lautete Anfang der 1980er-Jahre der plakative Slogan der Umweltbewegung, mit dem auf die damals dramatischen Schädigungen des Waldes aufmerksam gemacht wurde – mit Erfolg. Im November 1981 titelte DER SPIEGEL »Saurer Regen über Deutschland. Der Wald stirbt« und löste damit eine ganze Flut weiterer Medienberichte aus. Nahezu täglich erschienen in den folgenden Jahren in Zeitung, Funk und Fernsehen Berichte über das Waldsterben. Auch die Politik reagierte. Wichtige Verordnungen zur Luftreinhaltung wurden erlassen. Erst die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl 1986 lenkte die Umweltdebatte auf andere Themen. – Und heute? Gibt es das Waldsterben noch? Wird das Thema nur totgeschwiegen oder hat man sich an die offiziellen Waldzustandsberichte einfach gewöhnt? Führt man durch das Land, sieht man viele grüne, aber kaum tote Wälder. War also alles nur Panikmache? Leider nein, wie der nachfolgende Beitrag zeigt: Das Waldsterben ist weiterhin ein akutes, aber vergleichsweise unauffälliges Problem. Und es hat als immissionsbedingte Waldschäden eine zweitausendjährige Geschichte voller naturwissenschaftlicher Erkenntnisse und politischer Versäumnisse.

Der römische Geograf Strabo (63 vor bis 26 nach Chr.) war der erste, der über Schwefeldioxidschäden im Umkreis von Erzröstereien in Iberien berichtete, ohne das Gas benennen zu können. Achtzig Jahre später berichtet Plinius der Ältere, dass dort »auf großer Fläche jegliche Vegetation verschwunden ist« und er fragt: »Was für ein Ende soll die Ausbeutung der Erde in all den kommenden Jahrhunderten noch finden? Bis wohin soll unsere Habgier noch vordringen?« Zur Schadensminderung legte man die Röstereien auf Bergrücken an. Das war der Beginn dessen, was wir seit 1961 als »Hochschornsteinpolitik« kritisieren.

Ein bedeutender Fortschritt bei den Vermeidungsstrategien gelang 1556 Georg Agricola. Er beschrieb in seinem Buch »Vom Berg- und Hüttenwesen« zusätzlich zu den Waldschäden schwere Gesundheitsschäden durch Rauch in Sachsen und forderte: »Wir müssen größeren Wert auf die Erhaltung der Gesundheit legen als auf den Gewinn!« Als Mittel gegen die SO₂-Belastung beschrieb er die Rauchgasentschwefelung und gegen Schwermetallbelastungen durch Hüttenrauch empfahl er Flugstaubkammern.

Am Ende des 16. Jahrhunderts erließ Königin Elisabeth I. von England »Ein strenges Gebot gegen Luftver-

pestung durch Steinkohlefeuerung«, aber noch 1695 erklärte der erste deutsche Emissionslobbyist, Prof. Friedrich Hoffmann aus Halle, der Schwefel des Kohlerauchs sei nicht schädlich, sondern im Gegenteil sogar dem Wohlbefinden dienlich. Trotzdem kam 1724 aus Sachsen der erste Bericht über ein Tannensterben.

Tannensterben und rauchende Schornsteine – erste Forschungsansätze

Als sich dann im 19. Jahrhundert Tannensterben und Rauchgasblößen im Erzgebirge, Thüringer Wald, Fichtelgebirge und Frankenwald ausbreiteten, begann man in Deutschland mit der Erforschung des Problems und in Preußen trat 1831 das erste Dampfkesselgesetz in Kraft. Es forderte »eine möglichst vollständige Verzehrerung des Rauches« und in Wohngebieten Schornsteine von mindestens 60 Fuß (18,83 Meter) Höhe. 1847 beschrieb Wolf erste Versuche zum Thema. Er stellte fest: Bei 300 Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter Luft »waren alle entfalteten Blätter der Resedapflanze in 48 Stunden fast zerstört«. Es musste etwas geschehen!

An der sächsischen Forsthochschule Tharandt wurde 1850 ein Lehrstuhl für Pflanzenchemie gegründet

und der Leiter, Professor Stöckhardt, veröffentlichte 1853, dass drei Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter Luft und die Schwermetalle aus dem Rauch der Antonshütte junge Fichten und Kiefern innerhalb von drei Monaten töteten. Das war prinzipiell noch gut angelegtes Steuergeld, denn das sächsische Parlament genehmigte »angesichts gewaltiger Verwüstungen« durch staatliche Hüttenwerke 18 595 Thaler Schadensersatz an die Städte Freiberg und Schwarzbach. Auch das Versacherprinzip galt also noch!

Als 1993 die Stadt Augsburg wegen ähnlicher Schäden beim Bundesgerichtshof auf Schadensersatz klagte, entschied dieser, dass die Schäden »entschädigungswürdig und entschädigungsbedürftig« seien. Es geschah aber nichts, weil weitere Rechtsgrundlagen fehlten und niemand diese einforderte!

Es folgte ab Mitte des 19. Jahrhunderts die sogenannte »Gründerzeit«. Rauchende Schornsteine wurden zum Symbol des Fortschritts. Aber es gab auch Erkenntnisfortschritte. Robert Angus Smith hatte in England lange und sorgfältig geforscht und die Literatur zur Schadstoffchemie in der Atmosphäre ausgewertet. Das Ergebnis war 1872 ein dickes, eindrucksvolles Buch mit dem Titel »Air and rain. The beginning of chemical climatology«. Er prägte schon darin den Begriff »acid rain« (Saurer Regen).

Waldsterben und Wirtschaftswachstum

1871 gewann Deutschland den deutsch-französischen Krieg, Frankreich zahlte Reparationen und in Deutschland kam es dadurch zu einem gewaltigen Investitions- und Immissionsboom. Schon 1883 wurden neue Erkenntnisse über Immissionsschäden veröffentlicht. Der deutsche Agrarchemiker Julius von Schroeder aus Tharandt und der Förster Carl Reuss aus Goslar veröffentlichten ihr vom Preußischen Landwirtschaftsministerium gefördertes Buch »Die Beschädigung der Vegetation durch Rauch und die Oberharzer Hüttenrauchschäden«. Sie erweiterten die bisherige Fachdiskussion, in der es hauptsächlich um akute Schäden ging, um die Problematik der chronischen Schäden und sie warnten wohlbegründet und unmissverständlich davor, dass »der Schaden [...] für weite Länderstrecken verhängnisvoll und verderblich zu werden droht«. Und der schwedische Physiker Arrhenius schrieb 1896, auf der Erde werde es immer milder. Das bei der massenhaften Verbrennung von Kohle und Öl freigesetzte Kohlendioxid werde die Temperaturen weltweit um bis zu sechs Grad Celsius ansteigen lassen.¹ Er fand das – als Physiker – noch nicht besorgniserregend und er erhielt 1903 den Nobelpreis für Chemie. Die gravierenden, globalen Auswirkungen auf Ökosysteme wurden erst nach dem Anstieg um fast ein Grad Celsius seit 1880 in den letzten 30 Jahren erkannt.

Etwa ab 1900 kam es dann auch an der Ruhr, der Saar und in Oberschlesien zu Schäden an Nadel- und Laubbäumen, die man im Ruhrgebiet durch die Pflanzung amerikanischer Roteichen »bekämpfte«. 1910 gab es »Eichensterben« in Westfalen, Sachsen und Pommern mit Befall durch Hallimasch, Mehltau und Rindenpilze als »Sekundärschädlinge«. In den folgenden Jahren erschienen bedeutende Arbeiten von Wislicenus in Tharandt. Er belegte, dass selbst »unsichtbare Schäden« (heute »latente Schäden«) zum Befall durch solche Sekundärschädlinge führen, die deshalb auch »charakteristische Merkmale von Rauchschäden« sind. Ab 1919 breitete sich das »Ulmensterben« vom nordfranzösischen Industriegebiet über Holland nach Deutschland und Sibirien aus. Sein vollstreckender Sekundärschädling ist der Pilz *Ceratocystis ulmi*.

Alle diese Geschichten zusammen führten schließlich dazu, dass mündige Bürger aktiv wurden. 1925 schaltete sich der Bund Naturschutz in Bayern (BN) in die politische Diskussion ein: Der Ordinarius für Forstpolitik an der Universität München, Prof. Dietrich, forderte auf dem ersten deutschen Naturschutztag in München: »Es muss doch wirklich möglich sein, den Schwefel, der als Geißel des Waldes entweicht, abzufiltern, bevor er sein zerstörerisches Werk beginnt.«

Da die Rauchgasentschwefelung 1556 von Georg Agricola erfunden und 1896 erstmals in Deutschland patentiert worden war, wäre es in der Tat möglich gewesen, hätte es da nicht massiven Widerstand der Versucher und den Einfluss dieser Lobby in Parlamenten und Regierungen gegeben.

Ein eindrucksvolles Beispiel dafür lieferte der »Siedlungsverband Ruhrgebiet« und der zuständige preußische Landtag 1926: Der Siedlungsverband veröffentlichte eine Denkschrift zum »Sterben der Wälder im Ruhrkohlebezirk«, die unter anderem darüber informierte, dass in den vorangegangenen 40 Jahren 50 Prozent des Waldes abgestorben waren und dass dieser Vernichtungsprozess weiter fortschreite. Die Abgeordneten »Dr. Hugo und Genossen« machten daraus 1927 eine Gesetzesinitiative. Rauchgasentschwefelung sollte vorgeschrieben werden. Der Landtag lehnte aber ab, weil dadurch Arbeitsplätze hätten gefährdet werden können.

So entwickelte sich das Problem ungehindert weiter. Die einst einfache Schadstoffmischung aus Schwefeldioxid und Schwermetallen wurde immer komplexer. Die Verdünnungs- und Verteilungstechniken der Emittenten wurden immer wirksamer. Neue Schadstoffe wurden hergestellt, emittiert oder entstanden in der verschmutzten Atmosphäre. Die Wälder wurden auf immer größeren Flächen chronisch und latent geschädigt und diese Grundbelastung betraf nicht nur alle Baumarten, sondern alles Leben und viele Bauwerke. Eine qualitativ neue Situation war entstanden. Profes-

sor Hans Leibundgut an der ETH Zürich prägte 1954 für den ganzen Komplex den Begriff »Waldsterben«.

Ab 1950 kam dann das zweite »Wirtschaftswunder« in Gang und mit ihm weitere massive Waldschäden. In Bayern entwickelte sich zwischen BN und Staatsregierung ein lang andauernder Streit um sachlich richtige und verantwortungsbewusste Aussagen zu den Ursachen absterbender Kiefernbestände bei Kelheim. Der BN gewann in allen Bereichen: Es stand fest: Die Bäume starben an Schwefeldioxid. Ministerpräsident Streibl hatte gelogen, Gutachten waren zurückgehalten und der Verband war diffamiert worden.²

Schwefel und Stress

Diese unverantwortliche politische Dominanz der Verursacher musste gebrochen werden. So veranstaltete der BN am 22. Mai 1981 – vor gut 30 Jahren – eine erste Pressefahrt in die Schadensgebiete im Bayerischen Wald, welche vom Autor Hubert Weiger in seiner damaligen Funktion als Beauftragter des Bund Naturschutz für Nordbayern vorbereitet und organisiert wurde.³ Auf dieser Veranstaltung griff der Hauptreferent, Prof. Dr. Peter Schütt, Leibundguts Begriff »Waldsterben« auf und führte ihn folgendermaßen in die politi-

sche Diskussion ein: »Die Bäume befinden sich infolge jahrelanger Umweltbelastung in einem Stresszustand und sind deshalb nicht mehr voll in der Lage, den Angriffen von Krankheitserregern und tierischen Schädlingen zu widerstehen.«

Diese Pressefahrt wurde 1982 mit großer Medienresonanz wiederholt, SPD und CSU brachten unabhängig voneinander im Bayerischen Landtag umfangreiche Dringlichkeitsanträge ein und Ministerpräsident Strauß gab eine verräterische Tatsache zu. Er schrieb an den BN: »Bereits im Winter 76/77 [...] hat die Staatsforstverwaltung umfangreiche Erhebungen über Umfang und Schwerpunkte der Schäden an der Tanne durchgeführt.« Und tatsächlich gab es »geheime«, erschreckende Erkenntnisse.³ Im Spätsommer 1982 wurden die deutschen Förster aufgefordert, den Anteil immissionsgeschädigter Bäume in den Wäldern zu schätzen – ohne vernünftige Anleitung. Bundeslandwirtschaftsminister Ertl (FDP) teilte mit, der Anteil liege bei sieben Prozent und sagte: »Wir wollen nicht tatenlos weitere Forschungsergebnisse abwarten ...«

Daraufhin äußerten sich die Kritiker mit der Behauptung, die Zahl sei, wegen der schlechten Anleitung, maßlos übertrieben. Als aber die Folgerhebung 1983 schon 35 Prozent geschädigter Waldfläche dokumentierte, behaupteten dieselben Interessenvertreter ungeniert, der Anstieg sei bei weitem nicht so groß wie es scheine, denn die Annahme von sieben Prozent im Vorjahr sei ja viel zu gering gewesen.

Ab 1984 wurde vor allem unter dem Druck der Umweltverbände von den deutschen Forstbehörden eine bundesweite jährliche Erhebung der sichtbaren Schäden durchgeführt: der Waldschadensbericht. Ab 1989 wurde diese Inventur auch im Auftrag der Europäischen Kommission und der UN/ECE von den Forstverwaltungen in 28 bis 32 europäischen Ländern durchgeführt. Diese Berichte brachten eine Menge wertvoller ökologischer und politischer Fakten ans Licht.

Damit hatten wir ab 1982 im Waldsterben das am besten dokumentierte Umweltproblem. Es hat seine Ursachen in sehr vielen menschlichen Aktivitäten und ist damit *das* hoch integrierende Maß für Umweltbelastung schlechthin. Die Kurven der Waldschadensentwicklung wurden zu »Fieberkurven« unserer Umwelt und unserer eigenen Belastung.

Die große Aussagekraft der erläuterten »Fieberkurven« und die auf ihrer Grundlage erzielten Erfolge (Entschwefelung, Entstickung, Entstaubung von Rauchgasen, Autokatalysator, bleifreies Benzin, Müllmanagement etc.) haben aber auch die Waldschadenserhebung und das Waldsterben bei den Verursachern und ihrer Lobby zum meistgehassten Umweltindikator gemacht. In keinem anderen Bereich wurde so erbittert um die Verfälschung oder Einstellung der Schadenserhebungen und um ihre Interpretation gekämpft. Dabei ließen

Deutlich & sichtbar: Der Wald ist krank

Nach Angaben der letzten Waldzustandsberichte der EU/ECE sind in Europa rund

- 70 Prozent der Waldbäume *sichtbar* geschädigt (Schadstufe 1) und rund
- 20 Prozent der Waldbäume *deutlich* geschädigt (Schadstufe 2–4)

Die für Deutschland angegebenen Anteile sind nicht besser: Nach Angaben der letzten Waldzustandsberichte der Bundesregierung sind bei uns rund

- 65 Prozent der Waldbäume *sichtbar* geschädigt (Schadstufe 1) und rund
- 25 Prozent der Waldbäume *deutlich* geschädigt (Schadstufe 2–4)

Der Anteil toter Bäume liegt immer bei nur wenigen Prozentpunkten, weil geräumte Flächen überhaupt nicht und nur ein Teil der Stehendtoten gezählt werden. Er nimmt auch immer wieder ab! – Bei der forstlichen Nutzung werden tote Bäume verordnungsgemäß und aus betriebswirtschaftlichen Gründen bevorzugt entnommen. Normalerweise lägen die Entnahmen insgesamt bei etwa 1 Prozent pro Jahr. In den letzten 25 Jahren waren es durchschnittlich etwa zwei Prozent. Sie werden darum im Folgejahr von der Statistik nicht mehr erfasst.

sich manche Wissenschaftler engagieren, Beamte wurden massiv unter Druck gesetzt.

Waldsterben und Klimawandel

In den letzten Jahren wurde die öffentliche Wahrnehmung der Waldsterbensproblematik durch zusätzliche ökologische und soziale Probleme, allen voran den Klimawandel, in den Hintergrund gedrängt. Das Interesse der Öffentlichkeit an Waldschutzaktivitäten ließ nach und viele Parlamentarier wandten sich anderen Dingen zu, wie zum Beispiel der Privatisierung der staatlichen Forstbetriebe.

Dabei wäre es angebracht gewesen, den Ursachenzusammenhang zwischen den Symptomen Waldsterben

und dem Klimawandel auch politisch zu erkennen und Lösungen durchzusetzen. Stattdessen haben die Bundesregierung und viele Bundesländer inzwischen den jährlichen Waldzustandsbericht gestrichen und wollen diesen nur noch alle vier Jahre veröffentlichen. Was im Wald noch aufgenommen und gemessen wird, wird der Öffentlichkeit vorenthalten. Diese Datenerhebungen sind für den Normalbürger nicht mehr einsehbar. Die Begründung mit angeblichen Kosteneinsparungen ist angesichts des vergleichsweise geringen Aufwandes für eine jährliche Berichterstattung nicht stichhaltig, zumal schon der geldwerte Schaden an den Ökosystemen und Ressourcen viel, viel höher ist. Der wahre Grund liegt wohl in der Hoffnung, dass ein Problem in Vergessenheit gerät, das die Regierung nicht lösen will, weil sie

Abb. 1: Waldsterben in Deutschland (alle Baumarten)

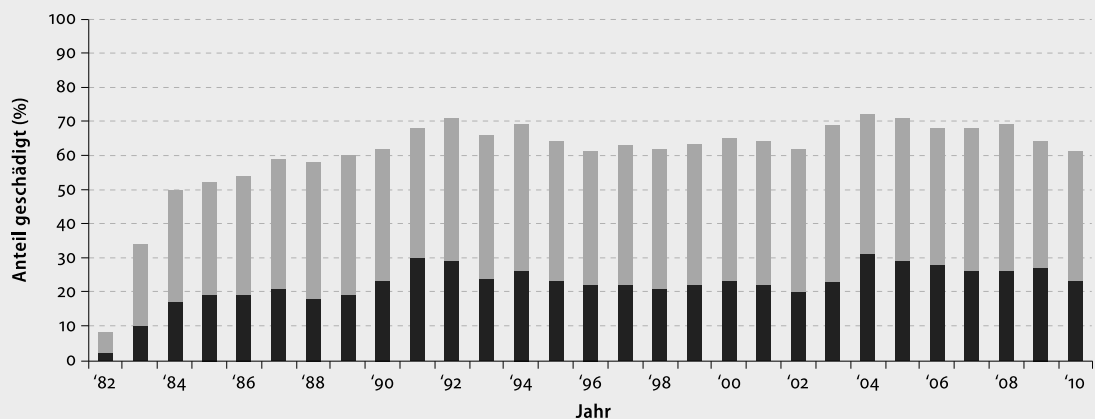
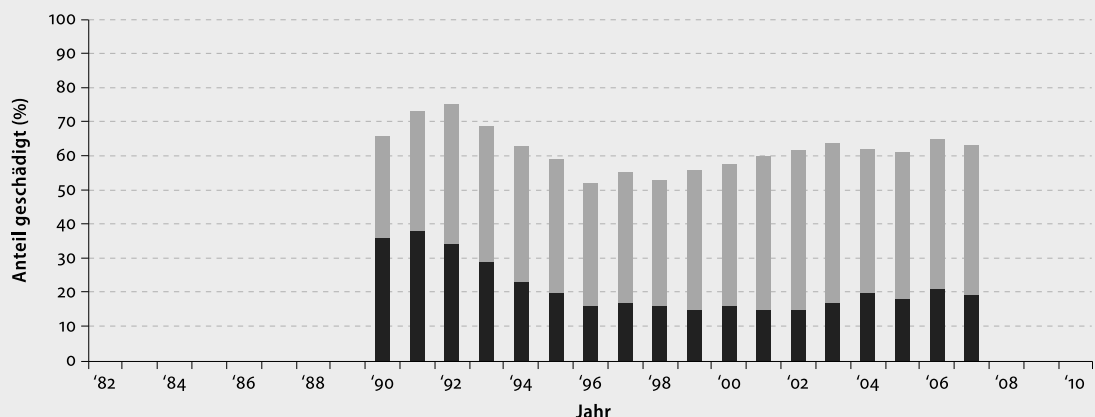


Abb. 2: Waldsterben in den Neuen Bundesländern (alle Baumarten)



Eigene Grafik; Datenquelle: Bundesländer⁴

Unterer Balkenteil = schwere Schäden (Schadstufe 2–4), oberer Balkenteil = leichte Schäden (Schadstufe 1), gesamte Säulenhöhe = gesamter Anteil geschädigter Waldfläche (Schadstufe 1–4). Bis 1989 ohne Neue Bundesländer

damit mächtige Interessengruppen (Energie, Öl, Auto, Landwirtschaft) verprellen würde. Hinzu kommt, dass sich *bundesweit* der Zustand der Wälder seit bald 30 Jahren nicht zum Besseren hin gewandelt hat (Abb. 1)

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die Daten nach der »Wende« in den neuen Bundesländern analysiert: Abbildung 2 zeigt das eindrucksvolle Ergebnis eines gigantischen unfreiwilligen Großversuchs zu Umweltbelastungen, zu ihren ökologischen Auswirkungen und zur Umweltpolitik, das nochmals deutlich unsere Aussagen zu den Ursachen des Waldsterbens stützt. Nach dem ökonomischen Zusammenbruch – besonders der Schwerindustrie – der ehemaligen DDR sanken die Rauchgasemissionen drastisch. Ein weiterer Effekt wurde durch die Installation von Rauchgasreinigungen erreicht. Diese wurden durch den Druck der Öffentlichkeit als Folgen der Waldsterbensdebatte über die Großfeueranlagen-Verordnung politisch 1983/1984 durchgesetzt und führten zu einer massiven Reduktion vor allem der Schwefelemissionen in Westdeutschland und der EWG.⁵ Auch in den östlichen Nachbarnationen brach Anfang der 1990er-Jahre die Schwerindustrie zusammen. Die Luftverschmutzung sank um circa 90 Prozent, allem voran die Schwefelemissionen. Das hatte zur Folge, dass sich auch die dortigen Wälder und Forste zum Teil deutlich erholten.

Zum geschilderten Themenbereich legte Professor Wolfram Elling 2007 mit drei Koautoren in dem Buch »Schädigung von Waldökosystemen« eine Fülle weiterer fundierter Daten und Interpretationen in allgemeinverständlichen Formulierungen vor.⁶

Ein weiterer brisanter und aktueller Aspekt, der Themenkomplex »Kahlflächen«, greift nochmals zurück auf zahlreiche Fachpublikationen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis heute. Professor Hans Wislicenus (Tharandt) formulierte 1912 zusammenfassend und prägnant: »Die unsichtbaren Schäden schwächen die Resistenz gegen die Infektion aller Arten von Parasiten. Scheinbar gesunde Bäume werden von allen möglichen Pilzen, Käfern und Schädlingen befallen. Doch überall, so belegen es eine Reihe von Studien, sind die sauren Gase am Vernichtungsprozess mit behilflich.«

Wislicenus konnte noch nicht genug über die Wirkung globaler Erwärmung mit ihren Sekundäreffekten wie Stürmen, Trockenheit und der Ausbreitung von »Schädlingen« wissen, um sie in seine Aussage zu integrieren. Heute würde er die einschlägigen Untersuchungen und Dokumentationen zahlreicher Autoren und die zusammenfassenden Berichte des IPCC kennen und sehr wahrscheinlich eine entsprechende Ergänzung bezüglich »saurer Gase und Treibhausgase« formulieren.

Wir haben heute in den Wäldern der nördlichen gemäßigten Klimazone sehr viele große und einige riesige Forstflächen, die durch solche »Schädlinge« – meist

Folgerungen & Forderungen

- Die Schwefeldioxid-Emissionen wurden zwar wesentlich reduziert, aber die Immissionen der Säuren des Schwefels und des Stickstoffs sind nach wie vor in vielen Waldgebieten viel zu hoch, denn die entstandenen Vorschädigungen säureempfindlicher Böden sind so drastisch, dass diese Böden nun auch die derzeitigen Immissionen »nicht vertragen«. Weitere drastische Maßnahmen zur Reduktion der Säureeinträge sind notwendig!
- Auch die emissionsbedingten Stickstoffeinträge haben abgenommen, sind aber weiterhin viel zu hoch.
- Die Emissionen giftiger Schwermetalle sind wesentlich reduziert. Da diese Elemente aber praktisch nicht abgebaut werden können, sind die alten Einträge (auch) in Wäldern noch vorhanden und jeder weitere Eintrag erhöht die Belastung. Hier sind »Nullemissionen« anzustreben.
- Radioaktive Stoffe, elektrische Hochfrequenz- und Pestizidwirkungen wurden nie sorgfältig geprüft oder Ergebnisse wurden der Öffentlichkeit vorenthalten. Ihre Wirkung ist damit nicht auszuschließen, aber plausibel. Ihre Freisetzung ist deshalb entsprechend der Vorsorgepflicht zu verbieten. Untersuchungen sind notwendig.
- Die Relevanz des anthropogenen Treibhauseffektes für Waldschäden war im letzten Jahrhundert nicht in der politischen Debatte zu etablieren. Inzwischen hat sich das Phänomen – wie seit 1896 zu erwarten – unübersehbar und untolerierbar manifestiert und entwickelt.
- Die Wirkungswege der vielen Klimafaktoren in ihren regionalen Ausprägungen sind auf lange Sicht unübersehbar, aber sicher extrem vielfältig. Effizienter (!) Klimaschutz ist also auch aus der Sicht der Bekämpfung des Waldsterbens unabdingbar.

Borkenkäferarten – zerstört wurden. Die größte Einzelfläche ist in British Columbia/Kanada (Mountain Pine Beetle) mit 175 000 Quadratkilometern.⁷ Aber auch der Bereich des Bayerischen Waldes und des Böhmerwaldes mit fast 1 000 Quadratkilometer ist ein extremes Signal, auch wenn er – wie hunderte kleinerer (aber nicht unbedeutender) Flächen im Harz, Fichtelgebirge, Erzgebirge, im Bayerischen Wald, Schwarzwald und Alpenraum – nicht in die Waldschadensstatistik eingeht. Der Schadbefall durch Insekten wird als »natürliche Erscheinung« abgetan und damit dem wichtigen Gesamtzusammenhang (»Sekundärschädlinge« durch Klimawandel und Waldsterben, ausgelöst durch Emissionen) entrissen. Dadurch kommt es zu irreführenden Statistiken, die die Öffentlichkeit nicht dulden sollte. Schon in den letzten Waldzustandsberichten waren Schad-

stoffeinträge nur als eine von mehreren »Ursachen« für die sichtbaren Waldschäden genannt worden (Trockenheit, starker Fruchtsatz, Insekten, Wetter, Luftschadstoffe).

All die zahlreichen konkreten Einzelmaßnahmen für einen effektiven Waldschutz (siehe die nebenstehenden »Folgerungen & Forderungen«) würden nicht nur dem Wald und seinen Besitzern nützen würden. Sie würden auch das Leben der Menschen erleichtern und verschönern, vor Krankheiten schützen, das Klima schonen, die Biodiversität erhalten, Ressourcen schonen und der Verfassung und ihren »Organen« wieder zu angemessenem Ansehen verhelfen. Dies ist bei allen Diskussionen über die »Kosten« solcher Maßnahmen zu berücksichtigen! 2000 Jahre Vorarbeit dazu müssen reichen!

Anmerkungen

- 1 Svante Arrhenius: On the influence of carbonic acid in the air upon the temperature of the ground. In: The London, Edinburgh and Dublin Philosophical Magazine and Journal of Science 5 (1896), pp. 237-276.
- 2 Helmut Klein: Der Bund Naturschutz in Bayern und das Waldsterben (<http://www.waldklein.de/ws/Der%20BN%20und%20das%20WS.pdf>).
- 3 Vgl. die Grafiken zum »Tannensterben« in Bayern 1970–1985 (<http://www.waldklein.de/ws/WS%20Ta%20By%20a%20u%20b.htm>).
- 4 http://www.waldklein.de/ws/ws_bilz.htm. Und: <http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Wald-Jagd/WaldBodenZustand/Waldzustand2010.html>
- 5 Hubert Weiger: Der BUND und seine Aktivitäten gegen das Waldsterben – Waldschäden und Holzwirtschaft. Hrsg. H. P. Rossmanit, österreichischer Agrarverlag, 1987.
- 6 Wolfram Elling: Schädigung von Waldökosystemen. Auswirkungen anthropogener Umweltveränderungen und Schutzmaßnahmen. Heidelberg 2007.
- 7 http://www2.news.gov.bc.ca/news_releases_2009-2013/2011JTI0056-000378.htm. – Siehe auch: http://www.for.gov.bc.ca/hfp/mountain_pine_beetle/maps.htm.



Dr. Helmut Klein

Stellvertretender Sprecher des Bundesarbeitskreises Wald im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.

Hörndlweg 22, 82346 Andechs
E-Mail: waldklein@t-online.de
www.waldklein.de



Prof. Dr. Hubert Weiger

Diplom-Forstwirt und Bundesvorsitzender des BUND e.V. sowie Landesvorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern e.V.

Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
E-Mail: hubert.weiger@bund.net

Das Naturerbe erhalten!

Die Forderung nach mehr Waldschutzgebieten und der Streit um den Nationalpark Steigerwald

von Hubert Weiger und Ralf Straußberger

In ganz Deutschland werben Umweltverbände gemeinsam mit vielen Kommunen und anderen Akteuren für die Ausweisung neuer Nationalparke. Denn ohne neue Schutzgebiete kann Deutschland das 2007 in der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt beschlossene Ziel, bis 2020 fünf Prozent der Waldfläche dauerhaft einer natürlichen Entwicklung zu überlassen, nicht erfüllen. Doch wo immer solche Initiativen gestartet werden, schlägt ihnen Widerstand entgegen. Beispielhaft für die teilweise heftigen Auseinandersetzungen ist der seit über vier Jahren andauernde Streit um den geplanten Nationalpark im nördlichen Steigerwald, der zum dritten bayerischen Nationalpark werden soll. Neben nachvollziehbaren Sorgen etwa um die Versorgung mit Bau- und Brennholz sind es allerdings eher vorgeschobene Argumente, die Gegner des Nationalparks dazu benutzen, die Pläne zu torpedieren. Der folgende Beitrag beschreibt diese Auseinandersetzung und geht ausführlich auf die verschiedenen Bedenken ein, die einem Nationalpark Steigerwald (und anderen vergleichbaren Vorhaben) entgegengebracht werden.

Die Diskussionen um die Zukunft des Steigerwalds werden sehr intensiv und emotional geführt. Trotz der augenscheinlichen Chancen und Vorteile, die ein Nationalpark bietet, gibt es vor Ort immer noch Proteste. Der Bund Naturschutz in Bayern e.V. hat deshalb zusammen mit anderen Verbänden wie dem WWF und dem Landesbund für Vogelschutz den Freundeskreis Nationalpark Steigerwald gegründet, um gemeinsam für den ersten Nationalpark in Franken zu werben. Die Verbände im Freundeskreis setzen sich dafür ein, die Diskussionen um den möglichen Nationalpark zu versachlichen und führen dazu eine Vielzahl von Veranstaltungen und Exkursionen durch.

Bayern steht international in der Pflicht

Doch während andere Bundesländer sich über die Anerkennung ihrer Laubwaldnationalparks als UNESCO-Weltnaturerbe freuen, bleibt Bayern Schlusslicht beim Schutz seiner Buchenwälder. Die bayerische Staatsregierung will keinen Nationalpark im nördlichen Steigerwald.

Dabei hätte es der Steigerwald verdient, als erster fränkischer Nationalpark ausgewiesen zu werden. Es handelt sich um das ökologisch wertvollste größere

Laubwaldgebiet Bayerns. Auf über 11 000 Hektar befinden sich hier zwischen Ebrach, Gerolzhofen und Eltmann Buchenwälder und andere Laubwälder überwiegend in einem ökologisch hochwertigen Zustand, was auch durch ein Gutachten des Bundesamtes für Naturschutz bestätigt wird.¹ Die hervorragende Naturausstattung der Wälder mit einer Reihe von Schutzgebieten und Naturwaldreservaten ist mittlerweile bestens wissenschaftlich untersucht. Außerdem sind die Wälder ausschließlich im Staatsbesitz und nur von wenigen Straßen durchschnitten. Andere Nationalparks werden im nördlichen Schwarzwald und im Teutoburger Wald geplant, weitere geeignete Gebiete wurden in einem Gutachten beschrieben, das Greenpeace im Frühjahr veröffentlicht hat. Hier wird gefordert, Deutschlands Rotbuchenwälder im Verbund zu schützen, denn der Schwerpunkt des Verbreitungsgebietes der Baumart (Rot)Buche liegt in Mitteleuropa.² Deutschland – und insbesondere das Flächenland Bayern – liegt im Zentrum dieses Verbreitungsgebietes. Da man Buchenwälder nicht in Brasilien oder Zentralafrika schützen kann, haben wir in Deutschland eine besondere Verantwortung, diese Buchenwaldökosysteme zu schützen. Die entwickelten Länder können kaum von den Entwicklungsländern fordern, ihre Arten zu erhalten, wenn sie

nicht bereit sind, entsprechende Schritte in ihrem eigenen Land umzusetzen.

Ein Nationalpark Steigerwald wäre eine großartige Chance für den Naturschutz in Deutschland und ein Beweis dafür, dass auch Bayern die internationalen und nationalen Vorgaben zum Schutz der Biodiversität in den Wäldern unterstützt. Die Bundesregierung hat in der Nationalen Biodiversitätsstrategie vorgegeben, dass zehn Prozent des öffentlichen Waldes wegen seiner Vorbildfunktion bis 2020 der natürlichen Entwicklung überlassen werden sollen.³ Durch die Ausweisung eines Nationalparks Steigerwald könnte Bayern seine großen Defizite im Waldnaturschutz abbauen, denn bislang werden nur etwa zwei Prozent seines Staatswaldes dauerhaft von der Holznutzung verschont. Bayern besitzt die mit Abstand größte Waldfläche aller Bundesländer, doch in seinen Wäldern wurde die Buche auf zwölf Prozent der Fläche zurückgedrängt und es mangelt vor allem an alten Beständen

Unbegründete Sorgen und Befürchtungen

In der aktuellen Diskussion um einen möglichen Nationalpark werden eine Reihe von Sorgen und Befürchtungen geäußert, die die Verbände des Freundeskreises sehr ernst nehmen. Diese erweisen sich bei näherem Hinsehen jedoch als unbegründet oder können bei entsprechender Ausgestaltung des Nationalparks berücksichtigt werden und lassen sich so ausräumen:⁴

Befürchtung: Im Nationalpark gibt es ein Betretungsverbot bzw. das Betreten ist nur noch auf wenigen Wegen möglich und die anderen Wege werden zurückgebaut. Die Einheimischen werden ausgesperrt.

Richtig aber ist: Weder im Nationalpark Berchtesgaden noch im Nationalpark Hainich in Thüringen gibt es Betretungsverbote oder Wegegebote. Wegegebote gibt es in Teilbereichen des Nationalparks Bayerischer Wald zum Schutz des Auerwildes, das im Steigerwald aber nicht vorkommt. Ein Wegegebot ist deshalb für einen Nationalpark Steigerwald naturschutzfachlich nicht erforderlich und soll es deshalb nicht geben. Die Besucher sollen stattdessen durch ein attraktives Angebot an Wegen, Informationen und Führungen an die Natur herangeführt werden. Nationalparke dienen neben dem Schutz der Waldnatur ausdrücklich auch der naturkundlichen Bildung und dem Naturerleben.

Befürchtung: Im Nationalpark wird die Jagd verboten. Dies führt zu starken Verbißschäden im Wald durch Rehe und zu immensen Schäden auf den umliegenden Feldern durch Wildschweine.

Richtig aber ist: Gerade in einem Nationalpark ist das ungestörte Aufwachsen der Baumarten und der übrigen Waldpflanzen erklärtes Ziel und unerlässliche Voraus-

setzung für eine natürliche Entwicklung. Die Regulierung des Rehwildbestandes auf ein waldverträgliches Maß ist daher eine zentrale Aufgabe in einem Nationalpark. Gleiches gilt für die Kontrolle des Wildschweinbestandes zur Verhinderung von Schäden auf benachbarten landwirtschaftlichen Flächen. So werden die Wildschweine in anderen Nationalparks wo es erforderlich ist streng bejagt. An der Bejagung können auch private Jäger verstärkt beteiligt werden.

Befürchtung: Im Nationalpark werden sich Schädlinge an Fichte und Rotbuche ausbreiten, die die angrenzenden Wälder bedrohen.

Richtig aber ist: Eine Gefährdung angrenzender Wälder durch Fichtenborkenkäfer infolge einer Nationalparkausweisung steht im Steigerwald völlig außer Diskussion. Nach Auskunft des Forstbetriebes Ebrach vom Februar 2009 hat sich der Anteil der Fichten seit der letzten Inventur 1998 von neun auf etwa fünf Prozent verringert. Der Forstbetrieb tätigt hohe Einschläge bei den verbliebenen Fichten, bevor diese aufgrund des Klimawandels abzustarben drohen. Binnen weniger Jahre wird der Staatswald Steigerwald fichtenfrei sein – völlig unabhängig vom Nationalpark.

Buchenborkenkäfer und andere Buchenschädlinge stellen ebenfalls laut Experten keine Gefahr für den Buchenwald dar. Es gibt kein einziges Beispiel für ein bestandsweites, geschweige denn großflächiges Absterben von Buchenwäldern in Europa! Das gilt genauso für bewirtschaftete wie für unbewirtschaftete Buchenwälder wie beispielsweise die Urwälder in den Abruzzen und auch für die seit mehr als 30 Jahren unbewirtschafteten Buchen-Naturwaldreservate in Bayern.

Die Buche wächst in Mitteleuropa seit Jahrtausenden natürlicherweise in einem Gleichgewicht mit ihren Fraßinsekten. Sie gilt als stabile Baumart, die genetisch sehr anpassungsfähig ist und auch an kurzfristige Ereignisse wie Trockenstress oder Schädlingsvermehrung angepasst ist. Unsere Rotbuche kommt in Europa unter sehr unterschiedlichen Klimabedingungen vor. Im Süden behauptet sie sich an Standorten, die um bis zu fünf Grad Celsius wärmer sind oder deutlich geringere Niederschläge erhalten als der Obere Steigerwald. Die höchsten Wuchsleistungen der Rotbuche in Bayern wurden in den sommerwarmen und niederschlagsarmen Gäulandschaften Mainfrankens gemessen. Sie wird von Forstexperten in Zeiten des Klimawandels deshalb als gut geeignete Baumart empfohlen.

Befürchtung: Im Nationalpark wird die Holznutzung komplett eingestellt und dadurch die Versorgung der örtlichen Sägewerke bzw. der örtlichen Bevölkerung mit Brennholz gefährdet.

Richtig aber ist: Im Nationalpark Steigerwald sollen von den diskutierten 10 000 Hektar Nationalparkfläche

5 000 bzw. mittel- bis langfristig 7 500 Hektar aus der Nutzung genommen werden. Auf der restlichen Fläche von maximal 2 500 Hektar ist eine Holznutzung möglich, soweit sie der Nationalparkzielsetzung dient. Somit sind allenfalls 20 Prozent des Waldes im Steigerwald – alles Staatswald – vom Nationalpark und damit von Nutzungseinschränkungen betroffen. 80 Prozent der insgesamt 51 000 Hektar großen Wälder im Naturpark Steigerwald sind vom Nationalpark überhaupt nicht betroffen und können wie bisher bewirtschaftet werden. Eine Versorgung der Sägewerke im Steigerwald und auch der Brennholzinteressenten im bisherigen Umfang ist demnach durch den Nationalpark keinesfalls gefährdet. Nach Angaben des Forstbetriebes werden derzeit 25 Prozent des Holzeinschlags als Brennholz verwertet. Bei einem Jahreseinschlag von circa 30 000 Festmetern sind dies rund 7 500 Festmeter. Gleichzeitig werden jährlich 10 000 Festmeter Industrieholz aus dem unterfränkischen Staatswald nach Österreich exportiert, davon die Hälfte aus dem Forstbetrieb Ebrach, weit unter dem im Steigerwald den Einheimischen abverlangten Brennholzpreis.

Befürchtung: In den Nationalpark werden auch private Wälder, Gemeinde- und Körperschaftswälder miteinbezogen und deren Waldbesitzer dadurch quasi enteignet.

Richtig aber ist: Von einer Nationalparkausweisung ist nur Staatswald in einer Größenordnung von 10 000 bis 11 000 Hektar betroffen. Die Nutzung in Wäldern anderer Waldbesitzer ist dadurch nicht berührt. Nutzungseinschränkungen oder gar Enteignungen finden nicht statt.

Befürchtung: Landwirte müssen bei der Bewirtschaftung ihrer Äcker und Wiesen im Steigerwald mit höheren Auflagen rechnen.

Richtig aber ist: Der diskutierte Nationalpark betrifft nur Waldflächen. Die an den Nationalpark angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Flächen stehen schon heute überwiegend als Schutzzone des Naturparks Steigerwald unter Landschaftsschutz. Zwei im Wald liegende größere Wiesentäler sind seit längerem als Naturschutzgebiete ausgewiesen. Für alle anderen forstwirtschaftlich und landwirtschaftlich genutzten Flächen außerhalb des Nationalparks wird es deshalb keine weiteren Einschränkungen geben.

Befürchtung: Die örtliche Bevölkerung wird bei Entscheidungen über die Ausweisung und die Ausgestaltung des Nationalparks nicht eingebunden.

Richtig aber ist: Die Verbände des Freundeskreises informieren im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen, Vorträge und Waldführungen über den Nationalpark Steigerwald. Um die Interessen und Wünsche der örtlichen Bevölkerung einzubinden, soll –wie auch in anderen

Nationalparken – ein Kommunalen Nationalparkausschuss eingerichtet werden.

Befürchtung: Ein Nationalpark wird für die Region keine wirtschaftlichen Vorteile bringen. Es ist lediglich mit ein paar Übernachtungsgästen mehr zu rechnen. Daran verdienen allenfalls die Gaststätten.

Richtig aber ist: Erfahrungen aus anderen deutschen und europäischen Nationalparks belegen, dass mit dem Qualitätssiegel »Nationalpark« eine deutliche Zunahme bei den Touristenzahlen verbunden ist. So wuchsen die jährlichen Besucherzahlen im Nationalpark Hainich in Thüringen von 50 000 im Eröffnungsjahr 1999 auf über 400 000 im Jahr 2007. Auch im Bayerischen Wald ist der Nationalpark der zentrale Werbeträger. Eine aktuelle Untersuchung der Universität Würzburg zur Bedeutung des Nationalparks Bayerischer Wald als regionaler Wirtschaftsfaktor belegt, dass der Nationalpark als wahres Jobwunder fungiert. Als eine der größten Attraktivitäten Bayerns zieht der Nationalpark 760 000 Besucher pro Jahr an. Jeder zweite kommt extra wegen der Wildnis. Die Besucher lassen so viel Geld in der Region, dass damit die Finanzierung von 939 Vollzeitbeschäftigten ermöglicht wird. Mit einem Nationalpark rückt die Region auch überregional ins Blickfeld.

2009 wurden die Ergebnisse einer Studie des Bundesamtes für Naturschutz über den regionalökonomischen Effekt des Tourismus in allen deutschen Nationalparks veröffentlicht.⁵ Sie belegen, dass der mit Nationalparks verbundene Tourismus einen beachtlichen wirtschaftlichen Beitrag für die Region leisten kann. Pro Jahr besuchen circa 51 Millionen Besucher die deutschen Nationalparks und bewirken damit bundesweit einen Bruttoumsatz von 2,1 Milliarden Euro. Dies entspricht mehr als 69 000 Arbeitsplätzen, die vom Nationalpark-Tourismus abhängen.

Dabei ist die gute wirtschaftliche Entwicklung beim Tourismus nicht das einzige Standbein. Auch andere Wirtschaftszweige können vom Nationalpark profitieren, zum Beispiel unternehmensnahe Dienstleistungen, gezielte Innovations- und Kooperationsprojekte im produzierenden Gewerbe oder entsprechende Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Ein florierender Tourismus führt zu einer Erhöhung des Auftragsvolumens im regionalen Handwerk, Baugewerbe und im Handels- und Dienstleistungssektor. Außerdem ist ein Nationalpark eine ideale Förderkulisse, dem damit Fördermittel aus EU-Strukturfonds und Förderprogrammen (etwa dem LIFE-Natur-Programm), aus Bundesprogrammen (Bundesprogramm »Naturschutzprojekte von gesamtstaatlicher Bedeutung«) und aus Landesmitteln offenstehen.

Befürchtung: Durch den Verzicht auf Holznutzung wird die Wirkung der Wälder im Nationalpark für den Kli-

maschutz beeinträchtigt, da nur durch die Nutzung des Holzes Kohlenstoff aus der Atmosphäre dauerhaft gebunden werden kann.

Richtig aber ist: Urwälder speichern große Mengen Kohlenstoff, wie Forschungsergebnisse des Max-Planck-Instituts für Biogeochemie in Jena belegen. Selbst in reifen Urwäldern besteht wie bislang angenommen kein allgemeines Fließgleichgewicht zwischen Speicherung und Freisetzung der Kohlenstoffmenge, sondern im Boden wird darüber hinaus weiterhin Kohlenstoff in erheblichen Mengen aufgenommen und gespeichert. Dieser Prozess erreicht keinen Sättigungszustand. Knapp 60 Prozent der im Ökosystem Wald gebundenen Kohlenstoffmenge ist ohnehin im Auflagehumus und Mineralboden und in Wurzeln enthalten. In »jungen Urwäldern« wie in einem auszuweisenden Nationalpark wird besonders viel Kohlenstoff gespeichert, da sich die lebende Biomasse der bisherigen Wirtschaftswälder durch Ausreifen der Bäume verdoppeln bis verdreifachen würde. Die im Wald verbleibenden Holzmengen würden die Kohlenstoffspeicherung im Boden entscheidend verstärken. Ein Buchennationalpark wie der Steigerwald wäre eine echte Kohlenstoffsänke, deren Bedeutung gerade vor dem Hintergrund des durch den Klimawandel ausgelösten unmittelbar bevorstehenden Zerfalls der Fichtenforste nicht hoch genug zu schätzen ist. Im Übrigen ist Kohlenstoff im abgestorbenen Holz im Wald etwa genau so lange festgelegt wie in Holzprodukten.⁶

Folgerungen & Forderungen

- Deutschland – und hier insbesondere Bayern als das waldreichste Bundesland – trägt international Verantwortung für den Schutz der Wälder und ihrer Biodiversität. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Schutz der Buchenwälder zu.
- Nationalparke können diese Aufgabe erfüllen und einzigartige Naturlandschaften als unser natürliches Erbe schützen. Nationalparke sind unverzichtbar für die biologische Vielfalt und den Artenreichtum unserer Erde.
- Der Steigerwald ist das ökologisch wertvollste größere Laubwaldgebiet Bayerns. Er ist hinsichtlich der naturschutzfachlichen und strukturellen Gegebenheiten für einen Nationalpark sehr gut geeignet.
- Die Ausweisung des Steigerwalds als Nationalpark bietet – über den Waldschutz hinaus – für die Region die Chance einer positiven ökonomischen Entwicklung, basierend auf dem Ausbau des naturverträglichen Tourismus.
- Die bayerische Landespolitik ist aufgefordert, ihre bisherige Blockadepolitik aufzugeben und gemeinsam mit den Menschen im Steigerwald den Aufbau eines Nationalparks in die Wege zu leiten.

Landesregierungen müssen endlich handeln

In ganz Deutschland sind jetzt die Bundesländer gefragt, denn sie sind für die Waldnutzung zuständig. Mit umfassenden und unabhängigen, von den Landesregierungen in Auftrag gegebenen Gutachten sollten alle diskutierten Schutzgebietsvarianten und deren Auswirkungen auf den Schutz der Buchenwälder und ihre Tier- und Pflanzenwelt, auf die Regionalentwicklung, auf Arbeitsplätze, Handwerk, Gastgewerbe und Tourismus geprüft werden. Angesichts der vielen und objektiven wirtschaftlichen Argumente, die für einen Nationalpark sprechen, kann es sich eine verantwortliche Kommunal- und Landespolitik nicht dauerhaft leisten, das Thema Nationalpark überhaupt nicht ernsthaft zu diskutieren.

Anmerkungen

- 1 A. Hoffmann et al.: Machbarkeitsstudie für eine UNESCO-Welt-naturerbenominierung eines ausgewählten deutschen Buchenwaldclusters. Teilprojekt I: Fachwissenschaftlicher Teil. Buchenwaldinstitut e.V., im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz. Bonn/Niedenstein 2006.
- 2 Deutschlands internationale Verantwortung: Rotbuchenwälder im Verbund schützen. Gutachten im Auftrag von Greenpeace e.V. (2011) (Download: www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/waelder/Studie_Buchenwaelder_April_2011.pdf).
- 3 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt. Berlin 2007.
- 4 Zu Folgendem siehe auch die Website des Freundeskreises Nationalpark Steigerwald (<http://www.pro-nationalpark-steigerwald.de/home/argumente.html>).
- 5 Studie des Bundesamtes für Naturschutz »Regionalökonomische Effekte des Tourismus in deutschen Nationalparken«. Landwirtschaftsverlag in der Reihe Naturschutz und Biologische Vielfalt (Heft 76) (Bezug: www.buchweltshop.de/bfn/).
- 6 Weitere Informationen gibt es unter www.pro-nationalpark-steigerwald.de, www.ja-zum-Nationalpark-Steigerwald.de und <http://www.bund-naturschutz.de/fakten/wald/nationalpark-steigerwald.html>.



Prof. Dr. Hubert Weiger

Bundvorsitzender des BUND e.V. sowie Landesvorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern e.V.

Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
E-Mail: hubert.weiger@bund.net



Dr. Ralf Straußberger

Waldreferent im Bund Naturschutz und Geschäftsführer des Freundeskreises Nationalpark Steigerwald

Bund Naturschutz in Bayern e.V.
Bauernfeindstr. 23, 90471 Nürnberg
E-Mail: ralf.straussberger@bund-naturschutz.de

Rückblick 2011: **Alte Probleme – Neue Initiativen**

von Heidrun Betz, Elke Deininger, Inke Drossé, Esther Müller,
Claudia Salzborn und Frigga Wirths

EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș hat Vorschläge für eine grünere und gerechtere EU-Agrarpolitik (GAP) vorgelegt, doch der Schutz der Tiere kommt darin nicht als eigenständiges Ziel der EU zur Sprache. Mehr Tierschutz kann demnach wie bisher lediglich *indirekt* erreicht werden: durch die Förderung von Biobetrieben und die Fördermöglichkeit für tierfreundlichere Stallanlagen. Da diese Förderungen in der Zweiten Säule angesiedelt sind und damit dem Willen der Mitgliedsstaaten unterliegen, sind sie EU-weit nahezu unverbindlich. Nicht geäußert hat sich die Kommission zu den Maßnahmen, die zur Verbesserung des Tierschutzes tatsächlich erforderlich wären: europaweit gültige, strenge und verbindliche Vorschriften zur Tierhaltung, zum Transport und zur Schlachtung für alle landwirtschaftlich genutzten Tiere, ein Verbot von Langstreckentransporten und Exportsubventionen für den Transport lebender Tiere und der Baustopp für weitere Intensivtierhaltungen.

EU-Agrarreform:
Tierschutz kein Thema

Neue Tierschutzinitiativen in Deutschland

Tierschutzinitiative der Bundeslandwirtschaftsministerin

Im Februar kündigte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner eine Tierschutzinitiative an und damit unter anderem auch das Verbot der Kleingruppenhaltung für Legehennen, das Verbot der Ferkelkastration ohne Betäubung, strenge Haltungsregeln für Mastkaninchen und ein EU-weites Tierschutzlabel zur Kennzeichnung von tierschutzgerecht erzeugten Produkten. Der Deutsche Tierschutzbund begrüßt die Pläne, forderte deren schnelle Umsetzung in verbindliche rechtliche Regelungen und bestärkte die Ministerin darin, national zu handeln. Auf keinen Fall dürfe es dazu kommen, dass die Pläne mit Verweis auf EU-weit einheitliche Regelungen auf die lange Bank geschoben werden.

**BMELV: Bislang nur
Ankündigungen**

Charta für Landwirtschaft und Verbraucher

Im Frühjahr 2011 leitete die Bundeslandwirtschaftsministerin einen gesamtgesellschaftlichen Beratungsprozess zur Rolle und zu den Aufgaben der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft ein, an dessen Ende eine »Charta für Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Umwelt und Tier«¹ stehen sollte. Kernstück dieses Prozesses waren groß angelegte Arbeitstreffen, bei denen rund 40 Verbände in fünf Workshops diskutierten. Dem Thema Tierhaltung war dabei ein eigener

Workshop gewidmet. Die negativen Folgen, die die intensive Tierzucht, die zunehmende Industrialisierung und die Intensivierung der landwirtschaftlichen Tierhaltung für die Tiere haben, wurde aber auch an den Workshop-Tagen deutlich, an denen Umweltprobleme, Ernährungssicherheit und Welthandel oder die Lebensmittelerzeugung und der Handel im Mittelpunkt standen. Aus der Zwischenbilanz des Ministeriums war herauszulesen, dass der Wunsch vieler Bürger nach einer artgerechten Tierhaltung und einer verbraucherorientierten Landwirtschaft im Ministerium mittlerweile erkannt wurde. Ob die Vorschläge des Bundesministeriums jedoch geeignet sein werden, diesem Anliegen zu entsprechen, war zum Redaktionsschluss dieses Agrarberichts noch nicht abzusehen.

Tierschutzplan Niedersachsen

Vorreiter Niedersachsen?

Mit einem 38 Punkte umfassenden Tierschutzplan will Niedersachsens Landwirtschafts- und Verbraucherschutzminister Gert Lindemann die Nutztierhaltung in dem Bundesland entscheidend verbessern.² Geplant sind unter anderem der Ausstieg aus bisher üblichen Manipulationen an Tieren wie Schnabelkürzen bei Geflügel (bei Legehennen ab 2016, bei Puten ab 2018) oder das Kupieren der Schwänze bei Ferkeln (ab 2016) und die Beendigung der betäubungslosen Ferkelkastration. Darüber hinaus sollen die Haltungsbedingungen und der Umgang mit Nutztieren verbessert werden. Zu den verschiedenen Problembereichen wurden Arbeitsgruppen etabliert, in denen Tierhalter, Vertreter der Veterinärbehörden und unter anderem auch Experten des Deutschen Tierschutzbundes gemeinsam Lösungen erarbeiten sollen. Dabei setzt das Land nicht auf neue gesetzliche Regelungen, sondern auf Auslegungshinweise für vorhandene Gesetze bzw. Leitlinien oder Empfehlungen für die Tierhaltung und unterstützt auch Projekte bzw. wissenschaftliche Untersuchungen. Die letzten Maßnahmen sollen 2018 umgesetzt sein. Verbandsvertreter der Landwirtschaft in Niedersachsen kritisierten die Pläne. Sie warfen der Landesregierung eine Diffamierung ihres Berufsstandes vor, doch Ministerpräsident David Mac Allister unterstützte das Anliegen seines Landwirtschaftsministers – auch in der Öffentlichkeit.

Kampagne für ein neues Tierschutzgesetz gestartet

Novellierung des Tierschutzgesetzes gefordert

Zehn Jahre ist es her, dass der Tierschutz (2002) als Staatsziel im Grundgesetz verankert wurde. Er stellt damit ein überragendes Gemeingut dar, dem der Gesetzgeber in besonderer Weise Rechnung tragen muss. Die Realität sieht anders aus: In der Intensivlandwirtschaft leben Tiere unter Bedingungen, die dem Anspruch des Tierschutzgesetzes nicht gerecht werden. Obwohl das Gesetz dies nur für begründete Ausnahmefälle zulässt, werden zum Beispiel Hühnern und Puten routinemäßig die Schnäbel gekürzt³ und Ferkeln werden die Schwänze kupiert, um sie an nicht tiergerechte Haltungssysteme anzupassen. Ein Ausnahmepassus im Gesetz erlaubt es, männliche Ferkel ohne Betäubung zu kastrieren (siehe unten). Nahezu alle männlichen Ferkel müssen deshalb diesen äußerst schmerzhaften Eingriff ohne Betäubung über sich ergehen lassen. Angesichts dieser Missstände fordern die Tierschutzverbände – nicht zuletzt mit Blick auf die Staatszielbestimmung Tierschutz – eine grundlegende Novellierung. Der Deutsche Tierschutzbund hat der Bundesregierung dazu einen umfangreichen Forderungskatalog vorgelegt und eine Kampagne für ein neues Tierschutzgesetz gestartet. Da die Bundesregierung gehalten ist, bis 2012 die Regelungen der neuen EU-Tierversuchsverordnung in nationales Recht umzusetzen und deshalb das Tierschutzgesetz zu ändern, besteht die Aussicht, dass auch weitergehende Forderungen der Gesellschaft in einem neuen Tierschutzgesetz Niederschlag finden könnten.

Der Dioxin-Futtermittelskandal – lokales Problem, bundesweite Auswirkung

Wie rasch sich in der global und industriell organisierten, intensiven Tierhaltung ein lokales Problem zu einem wahren Flächenbrand ausweiten kann, wurde deutlich, nachdem bei Routinekontrollen eines Futtermittelunternehmens im Dezember 2010 in Hühner-, Puten- und Schweinefutter Dioxin festgestellt worden war. Als Ursache der Verunreinigung erwies sich die Zumischung von mit Dioxin belasteten Fetten eines Futterfett-Unternehmens aus Schleswig-Holstein. Das Werk hatte über einen niederländischen Zwischenhändler technische Fette, die nicht für die Futtermittelherstellung zugelassen waren, gekauft, in einer nicht für die Futterproduktion zugelassenen niedersächsischen Rührstation »gestreckt« und an Mischfutterunter-

nehmen in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ausgeliefert. Landwirtschaftliche Betriebe in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen wurden mit diesem Futter beliefert, unzählige Tiere damit gefüttert. Belastete Produkte fanden sich in zwölf Bundesländern, dioxinbelastete Eier waren bis in die Niederlande geliefert worden. Anfang Januar hatten die Behörden 4 700 Höfe gesperrt, die mit dem Futter beliefert worden waren (4 400 davon in Niedersachsen), Ende Januar waren es noch 422 Höfe. 8 000 dioxinbelastete Hühner wurden geschlachtet, ihr Fleisch vernichtet. In einem niedersächsischen Schweinemastbetrieb wurden wegen Überschreitung des Grenzwertes 140 Schweine getötet. Ihr Fleisch kam nicht in den Handel. Wie viele Tiere dioxinbelastetes Futter erhalten haben, ließ sich rückwirkend nicht mehr ermitteln – zumal die für den Skandal verantwortliche Futtermittelfirma schon im März 2010 erhöhte Dioxinwerte im Fett festgestellt haben soll, ohne dies den Behörden zu melden.

**Dioxinbelastetes
Futter für Tiere**

Die Käfighaltung von Legehennen – immer noch kein EU-weiter Ausstieg

In der EU rückt das Datum für den Ausstieg aus der herkömmlichen Käfighaltung immer näher. Nach der EU-Richtlinie zum Schutz von Legehennen⁹ sind herkömmliche Käfighaltungen ab dem 1. Januar 2012 verboten. Dessen ungeachtet werden nach Rückmeldungen der Mitgliedsstaaten der EU noch immer rund 40 Prozent aller Legehennen in solchen Käfigen gehalten. Geschätzt wird, dass ein Großteil der Produzenten bis Ablauf der Frist nicht umgestellt haben wird.

**Trotz Verbot:
40 Prozent der
Legehennen
in alten Käfigen**

Das neue Tierschutzlabel – Mehrwert für den Tierschutz

Die seit einigen Jahren laufende Diskussion um eine Tierschutzkennzeichnung hat weiter Fahrt aufgenommen. Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner setzt sich für eine freiwillige Tierschutzkennzeichnung nach dem Vorbild des Bio-Siegels ein.⁴ Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik des BMELV hat sich für die Einführung einer nationalen Tierschutzkennzeichnung ausgesprochen.⁵ Er hält ein solches Siegel unter bestimmten Voraussetzungen für ein geeignetes Instrument, um die Bedingungen in der Tierhaltung zu verbessern, Markttransparenz für die Verbraucher sowie Anreize für die Produzenten zu schaffen und neue Märkte mit höherem Wertschöpfungspotenzial zu erschließen.

Auch die Göttinger »Initiativgruppe Tierwohl-Label«, ein Expertengremium aus Vertretern des Handels, der Verarbeitung, der Wissenschaft sowie des Tierschutzes, hat ihre Arbeit an der Entwicklung von Rahmenbedingungen für ein deutsches Tierschutzlabel, das perspektivisch eine relevante Marktbedeutung einnehmen soll, fortgesetzt und damit für einen weiteren Antrieb der Diskussion gesorgt.⁶ Am 30. Juni 2011 hat sich die Initiative im Rahmen einer Fachtagung öffentlich vorgestellt und den Arbeitsstand der Göttinger Arbeitsgruppe zur Standardsetzung für Mast Schweine und -hühner zur Diskussion gestellt.

Die verstärkten Diskussionen um eine Tierschutzkennzeichnung, Teilentwicklungen im Markt und nicht zuletzt das zunehmende Interesse von Produzenten und Handel, sich gemeinsam mit dem Deutschen Tierschutzbund zu engagieren, haben gezeigt, dass die Zeit reif ist für einen breiten Tierschutz-Einstieg in den Markt. Der Deutsche Tierschutzbund hat sich daher entschlossen, als Vertrauensträger im Tierschutz initiativ zu werden und mit einem Label auf den Markt zu gehen, das für einen wirklichen Mehrwert an Tierschutz steht.⁷

Das Tierschutz-Label orientiert sich an dem Konzept und den Ergebnissen der Initiativgruppe »Tierwohl-Label«: Mit dem Label sollen zukünftig Produkte tierischen Ursprungs gekennzeichnet werden, bei denen Tierschutzstandards, die weit über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen, eingehalten werden. Geplant ist ein zweistufiges Verfahren. Gestartet wird zunächst mit einem Label für Produkte von Masthühnern und Mast Schweinen. Langfristig sollen die Kriterien jedoch alle landwirtschaftlich genutzten Tiere und die gesamte Produktionskette umfassen (Zucht bis Schlachtung). Zu den Eckpunkten der Standards gehören neben Strukturierung, mehr Platz und Beschäftigungsmöglichkeiten in der 1. Labelstufe (Einstiegsstufe) beispielsweise das Verbot des ►

**Vermarktung illegal
erzeugter Eier?**

Bislang hat die EU-Kommission keine Veranlassung gesehen, das Käfigverbot aufzuweichen. Anfang Oktober 2011 hat Gesundheitskommissar Dalli jedoch vor dem Landwirtschaftsausschuss des Europaparlamentes erklärt, dass für diejenigen Produzenten, die ihre Legehennen auch nach dem 1. Januar 2012 entgegen der EU-Richtlinie in herkömmlichen Legebatterien halten, eine Lösung gefunden werden soll. Dies könne zum Beispiel eine Nutzung der Eier für die Eiprodukteherstellung im Inland darstellen. Indem man den Produzenten eine Vermarktung illegal erzeugter Eier in Aussicht stellt, wird das Verbot für konventionelle Käfige jedoch untergraben: Solche Produzenten würden noch belohnt, während diejenigen, die fristgerecht ihre Legehennenhaltung umgestellt haben, Wettbewerbsnachteilen ausgesetzt sind. Der Ausstieg aus der Käfighaltung ist aus Sicht des Tierschutzes längst überfällig und die zwölfjährige Übergangsfrist war ein mehr als großzügiges Zugeständnis an die Wirtschaft.

**Legehennen-
verordnung
verfassungswidrig**

Im Oktober 2010 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Regelungen zur Kleingruppenkäfighaltung in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung für verfassungswidrig.¹⁰ Ausschlaggebend war die Tatsache, dass die Tierschutzkommission erst nach Beschlussfassung der geänderten Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung durch das Bundeskabinett und erst nach der gemeinschaftsrechtlichen Notifizierung gehört wurde. So konnte die Tierschutzkommission nicht in ausreichendem Maße Einfluss auf die Gestaltung der Haltungsvorgaben nehmen. In der Konsequenz wurde die Bundesregierung aufgefordert, die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung in den strittigen Punkten bis zum 31. März 2012 zu ändern. Der im Mai 2011 vorgelegte Entwurf zur Änderung der Verordnung sieht vor, die Kleingruppenhaltung von Legehennen zu streichen und durch eine Haltung in Haltungseinrichtungen von mindestens zwei Metern Höhe zu er-

Schwanzkupierens sowie der betäubungslosen Kastration bei Mastschweinen oder eine Begrenzung der Tageszunahmen bei Masthühnern. Auch für Transport und Schlachtung gibt es strenge Vorgaben. In der 2. Labelstufe (Premiumstufe) kommt zusätzlich unter anderem Zugang ins Freie hinzu. Außerdem müssen bei beiden Labelstufen tierbezogene Kriterien erfüllt werden, mit denen konkrete Rückschlüsse auf das Wohlbefinden der Tiere möglich sind und die zeigen, ob die ambitionierten Standards im Alltag optimal bewirtschaftet werden. Zudem wird angestrebt: Wer die 1. Labelstufe verkaufen möchte, soll auch Produkte der 2. Labelstufe im Angebot haben.⁸

Für den Deutschen Tierschutzbund ist die Einführung eines solchen Labels eine große Herausforderung. So musste er sich gegen den Vorwurf verwehren, er wolle mit dem Label für den Fleischverzehr werben. Der Tierschutzbund stellte daraufhin nochmals klar, dass das Tierschutzlabel *keinen* zusätzlichen Kaufanreiz bieten solle. Nach wie vor sieht er in der fleischlosen Ernährung den größten Schritt in Richtung Tierschutz. Es soll aber auch denjenigen Verbrauchern, die Fleisch und tierische Produkte verzehren (und das ist die große Mehrheit der Gesellschaft) möglich sein, sich klar und sicher für mehr Tierschutz zu entscheiden. Für unzählige Tiere sollen so zügig erste Verbesserungen realisiert werden.

Um keine falschen Erwartungen zu wecken, muss dem Verbraucher transparent und ver-

ständig kommuniziert werden, wofür die Labelstufen stehen: Die Einstiegsstufe bietet einen ersten Schritt hin zu mehr Tierschutz mit ersten elementaren Verbesserungen für die Tiere. Sie bleibt aber ein Kompromiss und ist keine Revolution im Tierschutz. Dem Verbraucher muss ersichtlich sein, dass er immer auch die Option hat, Produkte der Premiumstufe zu erwerben. Eine ganz besondere Herausforderung ist die konkrete Ausgestaltung der Labelstufen: Die Einstiegsstufe sollte bereits einen spürbaren Tierschutz-Mehrwert beinhalten, der stetig fortentwickelt wird. Die Anforderungen müssen aber gleichwohl von vielen Landwirten erfüllbar sein, um einen breiten Einstieg in mehr Tierschutz realisieren zu können. Landwirte, die ihre Tiere schon heute besonders artgerecht und damit den Bedingungen der Premiumstufe entsprechend halten wie die NEULAND-Bauern, sollen durch das neue Label keinen Wettbewerbsnachteil erhalten. In diesem Spagat galt es, das optimal Machbare herauszuholen. Der Deutsche Tierschutzbund steht für einen ambitionierten und glaubwürdigen Tierschutz. Dieses Vertrauen gilt es zu erhalten und zu untermauern. Neben der Etablierung solider belastbarer Anforderungen ist der Aufbau einer gut funktionierenden, unabhängigen und transparenten Zertifizierung und Kontrolle (z. B. durch die spezielle Schulung der Zertifizierer/Kontrollure) essentiell.

setzen.¹¹ Bestehenden oder bis zum Inkrafttreten der Verordnung genehmigten Betrieben mit Kleingruppenkäfigen soll allerdings eine Übergangsfrist bis zum Jahr 2035 eingeräumt werden.

Am 23. September 2011 lehnte der Bundesrat den Entwurf der Bundesregierung ab, jedoch konnten sich die Länder auch nicht auf kürzere Übergangsfristen einigen, die einige Bundesländer vorgeschlagen hatten und die auch in den Empfehlungen des Ausschusses des Bundesrates aufgegriffen wurden.¹² Einen neuen Entwurf will die Bundesregierung nicht vorlegen, sondern dies den Bundesländern überlassen. Auf der Agrarministerkonferenz haben sich die Länder darauf geeinigt, dass die Kleingruppenkäfige kurzfristig abgeschafft werden sollen. Rheinland-Pfalz und Niedersachsen sollen einen Vorschlag über die betriebswirtschaftlich durchschnittlich notwendige Nutzungsdauer von Stalleinrichtungen vorlegen, der auch die wirtschaftlichen Belange der Halter berücksichtigt. Zudem soll ein Importstopp für Eier aus herkömmlichen Käfigen aus EU-Mitgliedsstaaten durchgesetzt werden.

***Kleingruppenkäfige
sollen kurzfristig
abgeschafft werden***

Die Haltung von Schweinen – Ausstieg aus der betäubungslosen Ferkelkastration

Die chirurgische Kastration männlicher Ferkel ohne Betäubung innerhalb der ersten sieben Lebenstage ist dem Deutschen Tierschutzgesetz zufolge zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch immer zulässig.¹³ Während schmerzhaftes Eingriffe ohne Betäubung nach § 4, Abs. 1 TschG verboten sind, wird durch § 5, Abs. 4 TschG die betäubungslose Kastration männlicher Ferkel als Ausnahme zugelassen. Wissenschaftlich gibt es hierfür keine Erklärung. Die Ausnahme begründet sich rein wirtschaftlich. In der Zwischenzeit können sich jedoch weder Politik und Fleischwirtschaft noch der Handel der Problematik entziehen. Mittlerweile kann es als Konsens angesehen werden, dass ein Ausstieg aus der betäubungslosen Ferkelkastration erfolgen wird. Über die Notwendigkeit wird nicht mehr diskutiert, was bereits als großer Erfolg angesehen werden kann. Immer noch ungeklärt ist jedoch, zu welchem Zeitpunkt die Streichung der Ausnahmeregelung (§ 5, Abs. 4 TschG) im Tierschutzgesetz erfolgen wird.

***Schmerzhafter
Eingriff ohne
Betäubung ist üblich ...***

Die Frist für die längst überfällige Änderung des Tierschutzgesetzes ist am 1. Januar 2012 abgelaufen. Seit diesem Datum müssen die ökologisch wirtschaftenden Betriebe innerhalb der Europäischen Union sicherstellen, dass männliche Ferkel ausschließlich unter Schmerzausschaltung kastriert werden.¹⁴ Daher ist es auch nicht mehr zu rechtfertigen, dass in konventionellen Schweinehaltungen die Kastration weiterhin betäubungslos erfolgt. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hatte angekündigt, noch 2011 bekannt zu geben, wann das deutsche Tierschutzgesetz entsprechend geändert wird. Bis zum Redaktionsschluss ist dies nicht erfolgt.

In den letzten Jahren hat sich erfreulicherweise viel bewegt. Viele Forschungsarbeiten und praktische Initiativen durchleuchten das Thema. Letztendlich kristallisiert sich heraus, dass drei Methoden praxistauglich und tierschutzkonform sind:

- Die Kastration unter Vollnarkose mit Isofluran, kombiniert mit einem Schmerzmittel,
- die Immunokastration
- und die Mast von Ebern.

***... aber es
gibt Alternativen***

Aufgrund variierender Betriebsformen mit unterschiedlicher Mastdauer und Haltung sowie unterschiedlichem Einsatz von Rassen erachtet der Deutsche Tierschutzbund es als sinnvoll, diese drei Methoden als tierschutzkonforme Alternativen zu akzeptieren.

Seit Mai 2008 werden alle männlichen Ferkel auf Zuchtbetrieben, die dem NEULAND-Verein für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung e.V. angeschlossen sind, unter Anwendung der Vollnarkose mit Isofluran und zusätzlicher Gabe eines Schmerzmittels kastriert. Dank der Vorreiterrolle von NEULAND konnten sehr viele praktische Erfahrungen mit der Anwendung der Isoflurannarkose auf Betrieben gesammelt werden. Gleichzeitig wurde die praktische Anwendung durch gezielte Forschung unterstützt. Eine wichtige Arbeit, in der unter anderem die Hirnströme gemessen wurden, befasste sich mit der Feststellung der Narkosetiefe und der daraus resultierenden Schmerzausschaltung der Narkoseform. Die Forschungsarbeit steht kurz vor der Veröffentlichung und bestätigt, dass die Isofluran-Narkose kombiniert mit einem Schmerzmittel in der Form, wie sie auf den NEULAND-Betrieben praktiziert wird, eine sichere

und tierschutzkonforme Alternative darstellt.¹⁵ Eine andere laufende Forschungsarbeit ermittelt die Arbeitszeit, die bei der Kastration von Ferkeln unter Isofluran-Narkose in einer Betäubungsanlage auf den Betrieben anfällt.¹⁶

**Auch Bio-Betriebe
reagieren ...**

Auch die Betriebe von BIOLAND haben in der Zwischenzeit ihre Richtlinien geändert und stellen auf die Kastration der männlichen Ferkel unter Betäubung um.¹⁷ Leider wird der englische Text der EU-Durchführungsverordnung für ökologisch wirtschaftende Betriebe, der die Worte »Anästhesie« und/oder »Analgesie« enthält, in Deutschland so ausgelegt, als wenn auch die Gabe eines einfachen Schmerzmittels ausreichen würde. Dieser Auffassung widerspricht der Deutsche Tierschutzbund, der sicher ist, dass mit der Formulierung eine *Schmerzfreiheit* bei der Kastration gemeint ist und diese kann ausschließlich durch eine Narkose erreicht werden. Die nicht zufriedenstellende Folge ist, dass beispielsweise NATURLAND, der zweite große deutsche Bioverband, es akzeptiert, dass die Ferkel vor dem Eingriff lediglich ein Schmerzmittel erhalten.¹⁸ Dies bedeutet aber, dass die Ferkel weiterhin betäubungslos kastriert werden. Das Schmerzmittel reicht bei Weitem nicht aus, um den starken Schmerz während des chirurgischen Eingriffs nennenswert zu reduzieren. Eine aktuelle wissenschaftliche Studie¹⁹ zeigt jedoch, dass der Verbraucher davon ausgeht, dass auf Bio-Betrieben die Tiere gar nicht – oder schmerzfrei unter Betäubung – kastriert werden. Hier sieht der Deutsche Tierschutzbund umgehenden Handlungsbedarf für die deutschen Bio-Betriebe.

... jedoch zögerlich

Der Großteil der konventionellen landwirtschaftlichen Betriebe kastriert weiterhin betäubungslos. Tierhalter, die nach den Regeln von QS arbeiten,²⁰ verwenden ein Schmerzmittel, was aber – wie oben bereits dargestellt – keinen reduzierenden Einfluss auf den intraoperativen Schmerz hat. Nur der Wundschmerz in der Heilungsphase ist durch die Schmerzmittelgabe reduziert. Die Kastration selbst erfolgt weiterhin betäubungslos.

**Immunokastration:
Tierschutzkonforme
Alternative**

Die Immunokastration stellt neben der bereits dargestellten Isofluran-Narkose eine weitere praktikable und tierschutzkonforme Alternative zur betäubungslosen Ferkelkastration dar. Das zugelassene Präparat Improvac® sorgt dafür, dass das für den Ebergeruch mitverantwortliche Androstenon nicht gebildet werden kann. Dadurch kann sekundär das im Darm gebildete und ebenfalls für den Geruch verantwortliche Skatol schneller verstoffwechselt und ausgeschieden werden.²¹ Seit Mai 2009 erhielt das Mittel in der Europäischen Union eine Zulassung und ist somit innerhalb und außerhalb Europas in insgesamt 58 Ländern zugelassen. Seit 2011 verkauft die belgische Supermarktgruppe Colryt nur noch Fleisch von Schweinen, die als Ferkel nicht mehr betäubungslos kastriert wurden. Hierbei setzt die Firma auf Mäster, die ihre Schweine mit Improvac® behandeln. Die Supermarktkette publiziert ihre Entscheidung und informiert den Konsumenten. In Deutschland fehlt bisher – vor allem bei den großen Schlachtkonzernen – die Bereitschaft geimpfte Tiere anzunehmen, was aus Tierschutzsicht nicht nachvollziehbar ist.

**Ebermast:
Verzicht auf Kastration**

Die Mast unkastrierter Eber und damit der vollständige Verzicht auf die Kastration wurden erfreulicherweise durch verschiedene, insbesondere praxisnahe Projekte vorangetrieben. Im Rahmen der von QS koordinierten Plattform »Ausstieg aus der Ferkelkastration« wurden Forschungsergebnisse und Erkenntnisse aus der Praxis zusammengetragen und in einem im November 2010 gemeinsam mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) in Berlin durchgeführten Workshop vorgestellt.²² Sehr viel Arbeit wird zurzeit von drei großen Schlachtunternehmen in Deutschland in die Detektion von Ebern mit Geruchsabweichung am Schlachtband investiert. So werden beispielsweise Personen ausgebildet, die in der Lage sind, riechende Schlachtkörper zu erkennen. Der Verkauf von Eberfleisch erfolgt größtenteils nicht in Deutschland, sondern unter anderem über die Supermarktkette Albert Heijn in den Niederlanden, die seit 2011 ihr Sortiment umgestellt hat und ausschließlich Fleisch von Schweinen anbietet, die nicht kastriert wurden.

Europaweit läuft der Weg in Richtung Ebermast, wobei in einer freiwilligen Vereinbarung verschiedener Interessensvertreter aus Politik, Wirtschaft und Tierschutz eine Willensbekundung zum Ausstieg aus der Kastration ab 2018 vorgesehen ist.²³ Der Gesetzgeber ist dringender denn je gefordert, die Änderung des Tierschutzgesetzes und das Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration zu verwirklichen. Bis dahin sollten weitere Initiativen – auch des deutschen Handels – erfolgen, damit endlich der Verbraucher auch hierzulande Fleisch von Schweinen wählen kann, die nicht betäubungslos kastriert wurden.

Die Haltung von Mastkaninchen – nach wie vor Einzelhaft im Käfig erlaubt

Bislang gibt es weder europäische noch national rechtsverbindliche Mindestanforderungen, die die Kaninchenhaltung zu Erwerbszwecken in Deutschland konkret regeln. Die dringende Notwendigkeit, den Schutz dieser Tiere zu verbessern, ist hinlänglich bekannt. Im Juni 2011 hat das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) den Verbänden ein Eckpunktepapier mit Anforderungen an die erwerbsmäßige Zucht und Haltung von Kaninchen zur Stellungnahme vorgelegt. Dieses Eckpunktepapier, das als Grundlage für einen Verordnungsvorschlag mit Mindestanforderungen zur Erweiterung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung dienen soll, enthält einige gute Ansätze. So ist z. B. eine Zuchtruhe angedacht, um die enorme Belastung für die Zuchthäsinnen zu senken. Den Kernforderungen an eine artgerechte Kaninchenhaltung trägt das Papier allerdings nicht Rechnung: So sollen zukünftig sowohl die Käfighaltung als auch die Einzelhaltung von Kaninchen möglich bleiben, was aus Tierschutzsicht nicht akzeptiert werden kann. Eine Haltung der Kaninchen in Käfigen kann nicht tiergerecht gestaltet werden. Auch eine Einzelhaltung der hoch sozialen Tiere widerspricht deren art eigenem Verhalten und ist deshalb gänzlich abzulehnen. Im Hinblick auf gesetzliche Rahmenbedingungen, die gemäß § 2 Tierschutzgesetz eine angemessene art- und bedürfnisgerechte Unterbringung und Versorgung gewährleisten sollen, besteht also noch erheblicher Nachbesserungsbedarf.²⁴

**Erheblicher
Nachbesserungsbedarf**

Der Transport von Tieren

EU-Transport-Verordnung – Novellierung wird verzögert

Das Thema Tiertransporte wurde im Jahr 2011 in verschiedenen Gremien diskutiert, da für den Herbst 2011 der lange angekündigte Bericht der EU-Kommission erwartet wurde. Auf verschiedenen Veranstaltungen wurde dokumentiert, wie groß die Missstände bei Tiertransporten immer noch sind. Sie legten dar, dass die EU-Verordnung bei Weitem nicht ausreicht, um den Tierschutz auf Transporten sicherzustellen, dass sie zu ungenau formuliert ist und häufig nicht eingehalten wird. Dies zeigten auch die Beiträge in dem Seminar »Tierschutz bei Tiertransporten – spezielle Probleme der Umsetzung geltenden Rechtes«, das der Bundesverband der beamteten Tierärzte (BbT) im Mai 2011 in Bad Staffelstein durchführte.

Ebenfalls im Mai wurden die Zustände auf Tiertransporten in der fraktionsübergreifenden parlamentarischen Arbeitsgruppe zum Tierschutz im Europäischen Parlament (Intergroup on the Welfare and Conservation of Animals) vorgestellt. Auch diese Veranstaltung dokumentierte, dass die geltenden Gesetze dringend verbessert werden müssen. Es wurde berichtet, dass gegen die ohnehin schon ungenügenden Bestimmungen der Transport-Verordnung häufig verstoßen wird, da es an Kontrollen und an abschreckenden Strafen mangelt. Fallen Verstöße gegen die Transport-Verordnung auf, behindern immer wieder bürokratische Hürden, unklare Regelungen der Zuständigkeit und fehlende Koordination insbesondere bei internationalen Transporten die wirksame Ahndung der Vergehen. So werden zum Beispiel immer noch verletzte, hochtragende oder solche Tiere transportiert, die nicht mehr ohne Schmerzen laufen können, obwohl das laut Verordnung nicht erlaubt ist.

**Mangel an Kontrollen
und Strafen**

Die bekannten Missstände führten zu verschiedenen politischen Anträgen, um die Transportbedingungen zu verbessern. Leider erfolgt jedoch von Seiten der Bundesregierung keine Unterstützung. Auf der Sitzung des EU-Agrarministerrates im Mai 2011 forderte die schwedische Delegation, die Transportzeiten in der EU auf acht Stunden zu begrenzen und das den Tieren zur Verfügung stehende Platzangebot zu überprüfen. Die Niederlande, Österreich, Dänemark, Slowenien, Litauen und Finnland unterstützten den Antrag. Spanien, Italien, Griechenland, Irland und Rumänien waren dagegen. Die anderen Mitgliedsstaaten – auch Deutschland – nahmen keine Position ein.

**Keine Unterstützung
durch Bundesregierung**

Mit einer EU-weiten Unterschriften-Kampagne »8-hours« werden die Probleme der Tiertransporte wieder ins öffentliche Interesse gerückt und die politischen Entscheidungsträger aufgefordert, sich für eine Begrenzung der internationalen Transporte auf maximal acht Stunden auszusprechen. Ende Oktober hatten mehr als 800 000 Personen diese Forderung unterzeichnet.

Bericht der EU-Kommission

Die gesetzlichen Grundlagen für Tiertransporte haben sich nicht geändert und die Anzahl der transportierten Tiere steigt kontinuierlich an. EU-Kommissar Dalli veröffentlichte im November 2011 einen Bericht über die Auswirkungen der geltenden EU-Transport-Verordnung auf den Tierschutz bei Transporten. Der Inhalt des Berichtes steht in absolutem Widerspruch zu den täglichen Erfahrungen von Tierschutzorganisationen und Amtstierärzten bei Kontrollen von Tiertransporten. Laut Aussagen des Berichts der EU-Kommission hat die Transport-Verordnung den Tierschutz auf Transporten verbessert, Defizite gebe es jedoch bei der Umsetzung der Verordnung. Schon im Jahr 2004, als die Minister der EU die jetzt geltende Verordnung beschlossen hatten, konnten sie sich in den aus Tierschutzsicht sensiblen Punkten wie Ladedichte, Transportzeiten und Temperaturregelungen nicht einigen. Es wurden die alten Regelungen aus dem Jahr 1999 übernommen. Man verständigte sich aber darauf, die Verordnung in den strittigen Bereichen nachzubessern. Diese Überarbeitung wurde von der Kommission immer wieder in Aussicht gestellt, aber von Jahr zu Jahr verschoben. Nach den Schlussfolgerungen des im November 2011 vorgelegten Berichtes ist mit einer derartigen Novellierung nicht in absehbarer Zeit zu rechnen.

**Dringende
Novellierung von Jahr
zu Jahr verschoben**

Doppelstocktransporte von Rindern in der Diskussion

Für heftige Diskussionen sorgte im Jahr 2011 der Doppelstock-Transport von Rindern, da es dabei immer wieder zu Tierschutzproblemen kommt. Zudem ist eine Kontrolle der Tiere in doppelstöckigen Fahrzeugen kaum möglich. Deshalb ist in Dänemark und Schweden der Transport von Rindern in zweistöckigen Transportern nicht zulässig, in den Niederlanden müssen seit April 2011 mindestens 25 Zentimeter Platz zwischen Widerrist und Decke sein, damit über ein Jahr alte Schlachtrinder doppelstöckig transportiert werden dürfen. De facto bedeutet das bei einer Gesamthöhe von vier Metern ein Verbot der zweistöckigen Transporte.

Auch in Deutschland werden viele Rinder auf zwei Ebenen transportiert. Dabei erlaubt das deutsche Verkehrsrecht eine maximale Gesamthöhe des Fahrzeugs von vier Metern. Das Handbuch Tiertransporte, an dem sich die Amtstierärzte bei der Abfertigung von Langstreckentransporten orientieren, sieht einen Mindestabstand von nur 20 Zentimetern zwischen Widerrist und Decke vor. Unter diesen Bedingungen ist ein zweistöckiger Transport nur bei sehr kleinen Tieren möglich. Um auch größere Tiere auf zwei Etagen transportieren zu können, wurde das Dach der LKWs nach oben ausgefahren bzw. die Amtstierärzte setzen das bei der Abfertigung voraus, obwohl es nicht zulässig ist. Auch mit einem ausgefahrenen Dach steht den Tieren aus Tierschutzsicht zu wenig Kopfraum zur Verfügung.

**Nur bei sehr kleinen
Tieren möglich**

Die Debatten um die Doppelstocktransporte führten dazu, dass die Interessenvertreter der Tiertransportunternehmen, Fleischwirtschaft und Zuchtverbände forderten, den Abstand zwischen Widerrist und Decke auf weniger als 20 Zentimeter zu begrenzen. Erfreulicherweise konnten sie sich damit nicht durchsetzen und das Bundesverkehrsministerium bestätigte, dass es eine Ausnahmegenehmigung zur Überschreitung der Gesamthöhe von vier Metern ausschließt. Auch die Kontrollbehörden schenken der Problematik der Doppelstöcker verstärkte Aufmerksamkeit. Bei Einhaltung der bestehenden Vorschriften ist ein Rindertransport auf zwei Ebenen nur bei kleinen Tieren möglich.

Export von Zuchtrindern – grenzenloses Leid

Ungeachtet der bekannten Tierschutzprobleme auf Langstreckentransporten boomt der Export von deutschen Zuchtrindern sowohl in andere Staaten der EU als auch in Drittstaaten. Allein im Jahr 2010 wurden 99 368 deutsche Zuchtrinder in rund 40 Staaten exportiert, viele nach Nordafrika, 60 Prozent der Exportrinder gingen nach Marokko. Dabei handelt es sich vorwiegend um tragende Tiere, während laktierende Rinder mit einer Milchleistung von mindestens 25 Kilogramm pro Tag und einem Kalbedatum, das maximal sechs Wochen zurückliegt, vor allem nach Italien, Spanien, Großbritannien und Polen gehen. Diese Tiere leiden neben den »üblichen« Problemen zusätzlich, wenn sie nicht alle zwölf Stunden gemolken werden. Außerdem haben sie infolge der Milchproduktion einen enormen Wasserbedarf. So benötigt zum Beispiel bereits eine Kuh, die nur 20 Liter Milch am Tag gibt, bei 15 Grad Celsius mindestens 80 Liter Trinkwasser täglich, bei Temperaturen von 30 Grad Celsius sind es 100 Liter.

**Trotz gravierender
Tierschutzprobleme:
Export boomt**

Im Herbst veröffentlichten verschiedene Tierschutzorganisationen Dokumentationen über gravierende Tierschutzverstöße bei Transporten aus der EU an der türkischen Grenze. Betroffen waren allein im ersten Halbjahr 2011 mehr als 100 000 Rinder und 600 000 Schafe. Die Fahrzeuge stehen oft tagelang an der Grenze, ohne die Tiere abladen und versorgen zu können. Obwohl zahlreiche Berichte über die dramatische Situation der Schlacht- und Zuchttiere vorliegen, hinderte dies die deutsche Bundesregierung nicht daran, im Oktober 2011 den Transport von deutschen Zuchtrindern in die Türkei zuzulassen.

**Dramatische
Situationen**

Tierseuchen – Keulung selbst bei niedrigpathogener Vogelgrippe

Die große Hysterie um die Vogelgrippe hat sich in Deutschland gelegt. Das letzte Mal, dass der Erreger H5N1 bei Hausgeflügel nachgewiesen wurde, war im Jahr 2008 und auch dabei handelte es sich nur um eine einzige Ente. Trotzdem wurden im November 2010 und im Frühjahr und Sommer 2011 in Deutschland und in den Niederlanden hunderttausende Hühner, Puten, Enten und Gänse gekeult, weil bei ihnen niedrigpathogene Geflügelpestviren nachgewiesen wurden. Beide Virustypen sind eng verwandt. Dabei handelte es sich nicht um den klassischen Erreger der Geflügelpest (Vogelgrippe) H5N1, der die bei Geflügel meist tödlich verlaufende Krankheit auslöst. Die identifizierten Viren zählten zu den niedrigpathogenen Erregern der Geflügelpest (LPAI). Eine Infektion der Vögel verläuft meist unbemerkt, symptomlos und ohne dass die Tiere erkranken. Auch für den Menschen oder andere Säugetiere sind diese Viren ungefährlich. Das Friedrich-Loeffler-Institut hält es für möglich, dass die Viren schon längere Zeit in der Region vorhanden waren, aufgrund ihrer geringen Virulenz aber unerkannt blieben. Trotzdem ordneten die Behörden die Keulung der Tiere an. Als Begründung dafür dient die Hypothese, diese Viren könnten zu einem hochansteckenden und pathogenen Vogelgrippevirus mutieren.

**Kein Grund
zum Töten**

Immerhin wurden im Nachhinein der Kontakt mit Personen und Fahrzeugen, die Kadaverlagerung, die Nähe der Betriebe zueinander und die engen Handelsbeziehungen als Infektionsquellen benannt und nicht mehr der Eintrag durch Wildvögel. So zeigt auch das Monitoring von Wildvögeln, dass niedrigpathogene Geflügelpesterreger äußerst selten nachgewiesen werden. Die Tierschutzverbände fordern daher eine Abkehr von den Keulungsaktionen beim Nachweis niedrigpathogener Geflügelpestviren.

Anmerkungen

- 1 Siehe hierzu auch den Jahresrückblick im Agrarpolitik-Kapitel dieses Agrarberichts, S. 7–19.
- 2 Nähere Informationen zum Tierschutzplan finden sich unter www.ml.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=28272&article_id=98191&psmand=7.
- 3 Siehe hierzu den Beitrag von Sievert Lorenzen und Stefan Johnigk in diesem Kapitel, S. 222–226.
- 4 Interview Ilse Aigner in der Osnabrücker Zeitung vom 14. Februar 2011.
- 5 Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik beim BMELV, Kurzstellungnahme zur Einführung eines Tierschutzlabels in Deutschland, März 2011 (www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/StellungnahmeTierschutzlabel.pdf?__blob=publicationFile).
- 6 Informationen und Ergebnisse der Initiativgruppe »Tierwohl-Label« sowie die Vorträge der Fachtagung sind unter www.uni-goettingen.de/de/189455.html zu finden.
- 7 Deutscher Tierschutzbund e.V., Pressemeldung vom 30. Juni 2011: »Tierschutzlabel kommt«.
- 8 Weitere Informationen zum Tierschutz-Label des Deutschen Tierschutzbundes e.V. unter www.tierschutzbund.de/tierschutzlabel.html.
- 9 Richtlinie 1999/74/EG des Rates vom 19. Juli 1999 zur Festlegung von Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen.
- 10 BVerfG, 2 BvF 1/07 vom 12. Oktober 2010, Absatz-Nr. (1–135), http://www.bverfg.de/entscheidungen/fs20101012_2bvfo00107.html.
- 11 Entwurf: Fünfte Verordnung zur Änderung der Tier-schutz-Nutztierhaltungsverordnung. Drucksache 445/11 vom 9. August 2011.
- 12 Empfehlungen der Ausschüsse zur Sitzung des Bundesrates am 23. September 2011. Bundesrat Drucksache 445/1/11 vom 12. September 2011.
- 13 Deutsches Tierschutzgesetz (2006), neugefasst durch Bekanntmachung vom 18. Mai 2006; zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006; BGBl. I., S. 3294.
- 14 Durchführungsbestimmung der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologisch/biologischen Erzeugnissen, angenommen von der Europäischen Kommission am 3. Juli 2008.
- 15 Alternativen zur betäubungslosen Saugferkelkastration. – Vergleich von Isofluran- und Kohlendioxid-Narkose. Dissertation an der Tierärztlichen Hochschule Hannover; Projektleitung: Prof. Dr. Waldmann, in Vorbereitung.

- 16 Arbeitszeiterfassung bei der Kastration von Ferkeln mit Inhalationsnarkose in einer Betäubungsanlage. Dissertation an der Georg-August-Universität Göttingen, Department für Nutztierwissenschaften, Produktionssysteme der Nutztiere; Projektleitung: Prof. Dr. Gauly, in Vorbereitung.
- 17 BIOLAND-Richtlinien vom 15. März 2011 (www.bioland.de).
- 18 NATURLAND-Richtlinien vom Mai 2011 (www.naturland.de).
- 19 A. Heid et al.: Alternativen zur betäubungslosen Ferkelkastration im ökologischen Landbau – Analyse der Auswirkungen alternativer Verfahren auf die Akzeptanz bei Verbrauchern und Produzenten. Fachbereich Agrar- und Lebensmittelmarketing der Universität Kassel; Abschlussbericht vom März 2011 (Download: <http://forschung.oekolandbau.de> unter der BÖL-Bericht-ID 18652).
- 20 Leitfaden Tierhaltung (http://www.q-s.de/fleisch_landwirtschaft_kriterien.html) von QS Qualität und Sicherheit GmbH.
- 21 C. Bader-Mielke: Impfung gegen Ebergeruch – Beitrag zur Qualitätssicherung. In: RFL Rundschau für Fleischhygiene und Lebensmittelüberwachung, April 2011, 63. Jahrgang, S. 116 ff.
- 22 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und QS Qualität und Sicherheit GmbH: Expertenworkshop – Verzicht auf Ferkelkastration, Stand und Perspektiven, 11. November 2011, Berlin.
- 23 European Declaration on alternatives to surgical castration on pigs, (http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/docs/castration_pigs_declaration_en.pdf).
- 24 Vgl. Deutscher Tierschutzbund e.V.: Stellungnahme zum Eckpunktepapier für Mindestanforderungen an die Haltung von Kaninchen zur Ergänzung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, August 2011.



Dr. Heidrun Betz

Biologin, Leiterin der Abteilung Redaktion und Fachkoordination und Redakteurin der Zeitschrift *du und das tier* beim Deutschen Tierschutzbund e.V.
Baumschulallee 15, 53115 Bonn
E-Mail: betz@tierschutzbund.de
www.tierschutzbund.de



Dr. Esther Müller

Biologin und Fachreferentin beim Deutschen Tierschutzbund e.V.

Postfach 1361, 85573 Neubiberg
E-Mail: esther.mueller@tierschutzakademie.de



Dr. Elke Deininger

Tierärztin und Fachreferentin beim Deutschen Tierschutzbund e.V.

Postfach 1361, 85573 Neubiberg
E-Mail: elke.deininger@tierschutzakademie.de



Dr. Claudia Salzborn

Tierärztin und Fachreferentin beim Deutschen Tierschutzbund e.V.

Postfach 1361, 85573 Neubiberg
E-Mail: claudia.salzborn@tierschutzakademie.de



Inke Drossé

Biologin und Fachreferentin beim Deutschen Tierschutzbund e.V.

Postfach 1361, 85573 Neubiberg
E-Mail: inke.drosse@tierschutzakademie.de



Frigga Wirths

Tierärztin und M.sc. Nutztierwissenschaften, Fachreferentin beim Deutschen Tierschutzbund e.V.

Postfach 1361, 85573 Neubiberg
E-Mail: frigga.wirths@tierschutzakademie.de

Verschiebbahnhof EU

Deutschland braucht ein neues Tierschutzgesetz

von Wolfgang Apel

Die Bundesregierung will Tierschutzbestimmungen der Europäischen Union möglichst nur 1:1 in nationales Recht umsetzen. Sie erkennt dabei, dass der Tierschutz in der EU auch aufgrund des Vertragsrechts nur ein Anhängsel anderer Politikbereiche darstellt, etwa der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), und dass die Vorgaben zum Schutz der Tiere deshalb fast immer unzureichend sind. Zehn Jahre nachdem der Tierschutz hierzulande zum Staatsziel erklärt wurde, ist ein neues Tierschutzgesetz bzw. dessen grundlegende Novellierung längst überfällig. Dabei muss auch der Umgang mit Tieren in den agrarindustriellen Strukturen endlich an das Verfassungsziel Tierschutz angepasst werden. – Der nachfolgende Beitrag analysiert die Hinhaltetaktik der deutschen Bundesregierung und benennt zentrale Forderungen, die aus Sicht des Tierschutzes an eine Novellierung der deutschen Tierschutzgesetzgebung zu stellen sind.

Am 1. Dezember 2009 ist der Lissabonner Vertrag zur Reform der Europäischen Union in Kraft getreten. Formal schreibt er die Amsterdamer Verträge bzw. die darin enthaltenen Abkommen über die Europäische Union und über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft fort.

Das »Amsterdamer Tierschutzprotokoll« ist vom Anhang des bisherigen Vertragswerkes in den neuen Hauptteil, den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) aufgerückt. Artikel 13 AEUV lautet: »Bei der Festlegung und Durchführung der Politik der Union in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Verkehr, Binnenmarkt, Forschung, technologische Entwicklung und Raumfahrt tragen die Union und die Mitgliedsstaaten den Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere als fühlende Wesen in vollem Umfang Rechnung; sie berücksichtigen hierbei die Rechts- und Verwaltungsvorschriften und die Gepflogenheiten der Mitgliedsstaaten insbesondere in Bezug auf religiöse Riten, kulturelle Traditionen und das regionale Erbe.«

Durch die Übernahme als Vertragsartikel erfuhr der Tierschutz zwar eine politische Aufwertung, eine eigenständige Tierschutzpolitik aber, die unmittelbar auf den Schutz unserer Mitgeschöpfe abzielt, hat sich die EU damit nicht auf die Fahnen geschrieben. Der Tierschutz in der EU ist, soweit vorhanden, weiterhin nur ein Anhängsel anderer Politikbereiche, etwa der Gemeinsa-

men Agrarpolitik.¹ Auch der Tierschutz-Aktionsplan der EU hat hier noch keine Fortschritte gebracht – geschweige denn dass hier eine baldige Umsetzung zu erwarten wäre. Er ist bislang kaum mehr als eine Auflistung tierschutzrelevanter Maßnahmen, die im Rahmen verschiedener Politikbereiche der EU ohnehin durchgeführt würden.

Wie gering der Stellenwert des Tierschutzes in der EU ist, wurde im Juni 2010 auch bei der Vorstellung des EU-Haushaltsentwurfes für die Jahre 2014 bis 2020 deutlich.² Das Wort »Tierschutz« kommt im Abschnitt über den Agrarhaushalt nicht vor und scheint auch beim angekündigten »Greening« der Ersten Säule³ keine besondere Rolle zu spielen. Im Rahmen der Zweiten Säule werden tierschutzbezogene Fördermaßnahmen weiterhin nach Anknüpfungspunkten innerhalb der allgemeinen EU-Strukturförderung (ELER) suchen müssen. In Deutschland können im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes« (GAK) die Fördersätze für Stallbauten bislang um zehn Prozent erhöht werden, wenn eine besonders tiergerechte Haltung angestrebt wird.⁴ Das ist nicht Nichts, aber zu wenig, um dem Tierschutz in der Landwirtschaft flächendeckend zum Durchbruch zu verhelfen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die EU dort, wo sie materielle Regelungen zum Umgang mit Tieren erlässt, den nationalen Gesetzgebern immer weniger Spiel-

raum zubilligt, auf nationaler Ebene über die EU-Vorgaben hinauszugehen. Mehr noch. Die jetzige deutsche Bundesregierung ist sogar von sich aus bestrebt, EU-Vorgaben möglichst nur »1:1« umzusetzen. Sie verzichtet auch weitgehend darauf, tierschutzrelevante Bereiche zu regeln, die nicht Gegenstand der EU-Gesetzgebung sind, um beispielsweise den Vollzug der Tierschutzvorgaben sicherzustellen.⁵ Das Ergebnis ist ein Verschiebeparkplatz: Auf EU-Ebene wird der Tierschutz nur rudimentär geregelt, weil er kein eigenständiges Politikfeld darstellt. In Deutschland dagegen verweist die Bundesregierung auf die Zuständigkeit der EU bzw. auf das vermeintliche Erfordernis, »zu europäischen Lösungen zu kommen«.

Wo bleibt der Tierschutz in der Praxis?

Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Staatsziels Tierschutz im Grundgesetz ist diese Hinhaltetaktik auf Seiten der deutschen Politik nicht mehr hinnehmbar. Der Tierschutz stellt in Deutschland – nicht erst seit der Grundgesetzänderung – ein überragend wichtiges Gemein-

schaftsgut dar, dem Bundesregierung und Gesetzgeber in besonderer Weise Rechnung tragen müssen.⁶

Die Tierschutzrealität zeigt, dass sie das bislang nicht tun. So dürfen zum Beispiel noch immer

- männliche Eintagsküken vergast oder geschreddert werden, weil sich ihre Aufzucht nicht »rechnet«;
- Mastkaninchen in engen Käfigen gehalten und Ferkel betäubungslos kastriert werden;
- Schweine, Geflügel und Rinder für die Haltung in intensiven Tierhaltungssystemen »zurechtgestutzt« werden;
- Tiere so (qual-)gezüchtet werden, dass sie von vornherein keine Chance auf ein gesundes, artgemäßes Leben haben;
- landwirtschaftlich genutzte Tiere auch dann geschlachtet werden, wenn nicht einmal sichergestellt ist, dass sie nicht unnötig Angst und Schmerzen leiden müssen;
- Pferde durch Heißbrand gekennzeichnet werden⁷;
- Tiere zur reinen Fellgewinnung gehalten werden.

Forderungen des Deutschen Tierschutzbundes zur Novellierung des Tierschutzgesetzes (Auszug)

Grundsätze

- Mitgeschöpflichkeit: § 1 Satz 1 Tierschutzgesetz ist um die »Würde« zu ergänzen. Neben Leben und Wohlbefinden ist auch die Würde des Tieres zu achten und zu schützen.
- Tieren keine Angst zufügen: § 1 Satz 2 Tierschutzgesetz ist wie folgt zu ändern: »Niemand darf einem Tier ... Schmerzen, Leiden, Angst oder Schäden zufügen.«
- Das (Ausrede-)Kriterium des »vernünftigen« Grundes ist zu streichen. Die Schutzverletzung darf nur noch bei Notstand oder wenn eine andere Rechtsvorschrift dies explizit zulässt erlaubt sein.
- (Massen-)Tötungen und andere Eingriffe aus rein wirtschaftlichen Gründen müssen als unzulässig in das Tierschutzgesetz festgeschrieben werden.
- Leidensbegrenzung einführen: Generell sollten keine schweren oder lang anhaltenden Schmerzen und Leiden mehr zugelassen werden.
- Spezielle Schutzbestimmungen für Wirbeltiere müssen explizit auch ältere Wirbeltier-Föten einschließen.
- Die materielle Förderung des Tierschutzes, auch für eine besonders artgerechte Haltung in der Landwirtschaft, muss im Tierschutzgesetz festgeschrieben werden.

Haltung und Pflege, Transport

- Alle Tierhalter – auch private – müssen sich Kenntnisse und Fähigkeiten im Umgang mit dem Tier aneignen.
- Käfige, Engaufstallung und Anbindehaltung müssen verboten werden.

- Einstreulose Haltungen dürfen nicht länger erlaubt sein. Die Ausübung des art eigenen Verhaltensrepertoires muss sichergestellt werden.
- Tierschutz-TÜV: Das Tierschutzgesetz muss dahingehend konkretisiert werden, dass die ausstehende »Durchführungsverordnung« für den sogenannten Tierschutz-TÜV innerhalb eines Jahres zu erlassen ist – weitere Vorgaben sind unter anderem die Einrichtung einer unabhängigen Bundesprüfstelle mit Beteiligung einer Fachkommission.
- Die Höchstdauer von Tiertransporten im Inland darf maximal vier Stunden betragen, grenzüberschreitend maximal acht Stunden.
- Grundsätzliches Verbot für die Haltung von Tieren wildlebender Arten, einschließlich der nutztierartigen Haltung von Pelztieren und Exoten.
- Entsprechende Ausregelung auch des § 13 Abs. 3, unter anderem mit klaren Vorgaben für Positiv- und Negativlisten.
- Schaffung eines flächendeckenden Netzes von Tier-Auffangstationen, insbesondere zur Aufnahme beschlagnahmter Tiere.

Töten von Tieren

- Das Akkordschlachten muss verboten werden.
- Die Ausnahmemöglichkeit von der Betäubungspflicht beim Schlachten zur Erfüllung religiöser Erfordernisse ist zu streichen. Den Anforderungen der religiösen ►

Die Forderung kann nur lauten, dass Bundesregierung und Bundesgesetzgeber endlich ein Tierschutzgesetz auf den Weg bringen, das dem Staatsziel gerecht wird und mit den genannten und vielen anderen Missständen aufräumt.⁸ Neben der Verbesserung materieller Vorschriften einschließlich der Tierschutzförderung sind auch effektive Vollzugsbestimmungen erforderlich (siehe Kasten I). Allem voran muss die Tierschutz-Verbandsklage eingeführt werden. Sie würde es ermöglichen, dass seriöse und anerkannte Tierschutzorganisationen am Vollzug des Tierschutzgesetzes besser als bisher beteiligt wären und die Einhaltung geltender Tierschutzvorschriften notfalls vor Gericht einklagen könnten.

Hinhaltetaktik der Regierung

Im Februar 2011 hatte Bundesministerin Aigner ein »Tierschutz-Paket« angekündigt.⁹ Danach sollten unter anderem – mit langen Übergangsfristen für bestehende Anlagen – die Kleingruppen-Käfige in der Legehennenhaltung verboten werden. Ausgesprochen hatte sich

die Ministerin unter anderem auch für das Verbot des Schenkelbrandes bei Pferden, das Verbot der Ferkelkastrierung ohne Betäubung, schärfere Haltungsregeln für Mastkaninchen und strengere Regeln für die Wildtierhaltung.

Zur Erarbeitung der »Charta für Landwirtschaft und Verbraucher« hatte sie zudem einen großangelegten Beratungsprozess initiiert.¹⁰ Unter anderem hatten sich rund 40 Organisationen in vier ganztägigen Workshops mit jeweils mehreren Arbeitsgruppen getroffen, um über Zukunftsfragen der Landwirtschaft zu diskutieren. Einer dieser Workshops widmete sich speziell dem Thema Tierschutz. In den Berichten zu den Workshops ist unter anderem die Forderung nachzulesen, dass die Haltungsbedingungen in der Landwirtschaft so zu gestalten sind, dass die physische Integrität der Tiere erhalten bleibt, die Tiere ihr natürliches Verhaltensrepertoire ausleben können und keine körperlichen Beeinträchtigungen auftreten. Es heißt dort, dass

- alle prophylaktischen, nicht-kurativen Manipulationen, die die physische Integrität der Tiere ver-

Speisevorschriften kann mit einer Elektrokurzzeitbetäubung Rechnung getragen werden.

- Keine Ausnahmen von der Betäubungspflicht für Fische und Krustentiere: Das Lebendangebot von Fischen und Krustentieren im Handel muss im Tierschutzgesetz genauso verboten werden wie etwa die Tötung von Krustentieren durch Werfen in kochendes Wasser.

Eingriffe an Tieren

- Keine Ausnahmen von der Betäubungspflicht für Kastration, Amputation und andere Eingriffe am Tier (§ 5 Abs. 3 Nr. 1–6 Tierschutzgesetz).
- Verbot des Schenkelbrandes von Pferden (Streichung in § 5 Abs. 3 Nr. 7 Tierschutzgesetz).
- Verbot für das Kürzen von Schnabel- und Schwanzspitzen (Streichung § 6 Abs. 3 Tierschutzgesetz).

Zucht, Qualzucht

- Biotechniken: Verbot von Gen- und Kerntransfertechniken, zumindest im Heim- und Nutztierbereich; Verordnungsmächtigung zum Verbot weiterer Techniken.
- Zuchtbedingte Schäden: Klarstellung, dass eine geringfügig erhöhte Auftrittshäufigkeit bestimmter erblich bedingter Schäden ausreicht, um Zuchtlinien oder Rassen als Qualzuchtform zu benennen und auf dem Verordnungsweg (§ 11b Abs. 5 Tierschutzgesetz) zu verbieten. Die ausstehende Verordnung ist sodann innerhalb eines Jahres zu erlassen.
- Klares Verbot für das Halten und die Einfuhr von im Ausland gezüchteten Tieren, wenn bei der Haltung mit ge-

sundheitlichen Beeinträchtigungen zu rechnen ist. Zu denken ist beispielsweise an Puten und Masthühner aus verschiedenen europäischen Zuchtzentren.

Vollzug

- Bessere Zugriffsrechte für die Behörden. Unter anderem muss klargestellt werden, dass präventive Eingriffe gleichwertig neben Maßnahmen nach erfolgter Tiermisshandlung stehen (§ 16a Tierschutzgesetz).
- Tötung beschlagnahmter Tiere nur bei tiermedizinischer Indikation (Streichung der Tötungserlaubnis aus »rechtlichen und tatsächlichen Gründen«).
- Verurteilten gemäß § 17 ff Tierschutzgesetz muss der Umgang mit Tieren generell untersagt werden dürfen (gemäß § 20 bislang nur eingeschränkt möglich).
- Tierärzte, die im Rahmen ihrer Tätigkeit von schwerer Tierquälerei/Tiermisshandlung Kenntnis erlangen, sollten verpflichtet werden, diese anzuzeigen.
- Hilfeleistungspflicht, wenn man ein Tier erkennbar in Gefahr gebracht oder verletzt hat.
- Mitwirkungs- und Klagerechte für anerkannte Tierschutzvereine.

Strafbestimmungen

- Freiheitsstrafe bei Tierquälerei bis zu fünf Jahren (statt bisher drei).
- Strafbarkeit für versuchte Tierquälerei.

Tierschutzlabel

Über die Einführung eines Tierschutzlabels wird seit vielen Jahren diskutiert. Unter anderem hatte auch das BMELV dazu ein Forschungsprojekt initiiert: »Perspektiven für ein Europäisches Tierschutzlabel«. Die Ergebnisse liegen seit Februar 2010 vor. Zusammengefasst wird die Tierschutzkennzeichnung mit folgenden Kriterien empfohlen:

- Eigenständiges, neues Tierschutzlabel (Ermöglichung einer bewussten Kaufentscheidung),
- Kennzeichnung von Produkten, bei deren Erzeugung deutlich höhere als die gesetzlichen Mindeststandards eingehalten wurden (hohe Glaubwürdigkeit),
- einstufig (leichter kommunizierbar; mehrstufiges System ist aber auch vorstellbar),
- eindeutige Bewertungskriterien aus den Bereichen Haltung, Management, Tiergesundheit und insbesondere Tierverhalten,
- staatliche Rahmensetzung (Glaubwürdigkeit), privatwirtschaftliche Zertifizierung sowie die
- freiwillige Teilnahme (einfacher umsetzbar, Nutzung von Eigenmotivation, WTO-konform sofern verhältnismäßig

und nicht diskriminierend für Drittstaaten, unproblematischer im Hinblick auf die derzeit noch in Entwicklung befindlichen Tierschutzindikatoren zur »Messung« des Tierschutzstandards).¹⁴

Da die Bundesregierung trotz intensiver Beratungen keine Maßnahmen ergriff, um das Tierschutzlabel zeitnah einzuführen, hat sich der Deutsche Tierschutzbund entschlossen dies zu tun. Es wird sich um ein zweistufiges Label handeln. Neben einer »Premiumstufe« ermöglicht eine »Einstiegsstufe« auch Marktteilnehmern die Mitwirkung, deren Tierschutzstandards zwar deutlich über den gesetzlichen Regelungen liegen, die aber (noch) nicht ein so hohes Niveau erreichen wie zum Beispiel die Richtlinien des NEULAND-Vereins für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung e.V.¹⁵

Weitere Informationen:

www.tierschutzbund.de/tierschutzlabel.html

letzen (z. B. Entfernen von Körperteilen), zu vermeiden sind;

- bei der Tierzucht die Tiergesundheit und das Wohlergehen der Tiere im Vordergrund stehen müssen; Robustheit und Tierwohl sollen stärker berücksichtigt, Qualzucht verbindlich definiert und vermieden werden;
- der Transport von Tieren so schonend wie möglich durchgeführt werden muss und die Dauer des Transports so kurz wie möglich sein soll;
- das Schlachten von Tieren ebenfalls so schonend wie möglich erfolgen muss und die Verfahren einer ständigen Überprüfung unterliegen sollen;
- auf die Einhaltung der Tierschutzregeln geachtet werden muss; entscheidend ist das Wohlergehen jedes einzelnen Tieres, unabhängig von der Anzahl der Tiere in einem Betrieb.

Grundsätzlich wird auch festgestellt, dass ein Tierschutzlabel erforderlich ist (siehe Kasten II) und dass der Umfang des Fleischkonsums eine mögliche »Stellschraube« für die Lösung der mit der Tierhaltung verbundenen Probleme darstellt.¹¹

Nachdem auch einzelne Bundesländer Tierschutzpläne initiiert hatten¹² und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits 2009 einen Entwurf zur Novellierung des Tierschutzgesetzes zur Diskussion gestellt hat, war allgemein erwartet worden, dass die Bundesregierung nun nachzieht und ebenfalls konkrete Novellierungsvorschläge präsentiert.

Mit Vorlage des Tierschutzberichtes der Bundesregierung im August 2011 wurden diese Erwartungen jedoch gedämpft.¹³ Die Bundesregierung kündigte darin lediglich an, den Heißbrand von Pferden zu verbieten (per Tierschutzgesetz) und die Hennenhaltung in Kleingruppen-Käfigen bis 2035 auslaufen zu lassen (per Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung).

Folgerungen & Forderungen

- Die EU verfolgt nach wie vor keine eigenständige Tierschutzpolitik; Tierschutz ist auch mit dem Lissabonner Vertrag ein Anhängsel anderer Politikbereiche geblieben, insbesondere der EU-Agrarpolitik.
- Durch die Aufnahme des Tierschutzes als eigenständiges »Staatsziel« wurde dieser in Deutschland verfassungsrechtlich zwar aufgewertet. Eine konsequente Umsetzung dieses Staatsziels bleibt die Bundesregierung jedoch nach wie vor schuldig.
- Die Orientierung der deutschen Tierschutzpolitik an den schwachen tierschutzrechtlichen Vorgaben der EU steht nicht im Einklang mit dem deutschen Staatsziel Tierschutz.
- Die Bundesregierung muss daher das deutsche Tierschutzgesetz zeitnah grundlegend novellieren und ihre bisherige tierschutzpolitische Hinhaltetaktik aufgeben.

Bis Redaktionsschluss hat sich die Lage nicht wesentlich geändert. Dabei kann es jedoch nicht bleiben. Die Bundesregierung muss nachlegen und das Staatsziel Tierschutz endlich mit einer umfassenden Gesetzesnovelle umsetzen. Erst wenn sie diese Hausaufgabe erledigt hat, kann sie glaubhaft auf die EU verweisen, um dort Handlungsbedarf zu reklamieren.

Anmerkungen

- 1 Dazu ausführlich W. Apel: Ziel- und richtungslos. Die Europäische Union und der Tierschutz in der Landwirtschaft. In: Der kritische Agrarbericht 2010, S. 215–221.
- 2 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Ein Haushalt für »Europe 2020« – Teil II: Politikbereiche im Überblick. Brüssel, den 29. Juni 2011; KOM(2011) 500 endgültig.
- 3 Insbesondere sollen »künftig 30 Prozent der Direktzahlungen abhängig von der Einhaltung einer Reihe umweltverträglicher Praktiken, die über die Cross-Compliance hinausgehen« erfolgen. Mitteilung der Kommission, a.a.O., S. 5.
- 4 Tierschutzbericht der Bundesregierung 2011 S. 50 und ausführlich im Internet unter www.bmelv.de/DE/Landwirtschaft/Direktzahlungen-Foerderung/GAK/gak_node.html.
- 5 Zur Einschränkung der Handlungsspielräume und zur »1:1-Doktrin« siehe ebenfalls Apel (siehe Anm. 1).
- 6 Zu den Verpflichtungen, die aus dem Staatsziel resultieren, siehe ausführlich: J. Caspar und M.W. Schröter: Das Staatsziel Tierschutz in Art. 20a GG. Rechtsgutachten im Auftrag des Deutschen Tierschutzbundes, Bonn 2003.
- 7 In Deutschland ist der Schenkelbrand gemäß § 5 Abs 3 Tierschutzgesetz zulässig (Ausnahme vom Betäubungsgebot bei schmerzhaften Eingriffen). Gemäß EU-Recht sollen Pferde, die nach dem 1. Juli 2009 geboren sind, grundsätzlich mit einem Transponder gekennzeichnet werden (Verordnung 504/2008 vom 6. Juni 2008 zur Umsetzung der Richtlinien 90/426/EWG und 90/427/EWG des Rates in Bezug auf Methoden zur Identifizierung von Equiden). Für amtliche Zwecke hat der Schenkelbrand laut BMELV in Deutschland auch in der Vergangenheit keine Rolle gespielt. In Dänemark wurde er aufgrund wissenschaftlicher Untersuchungen, die schwere Tierbelastungen belegen, zum 1. März 2010 verboten.
- 8 Dazu ausführlich: Deutscher Tierschutzbund: Tierschutz - Anspruch und Wirklichkeit. Bonn 2009 sowie Deutscher Tierschutzbund: Eckpunkte zur Novellierung des Tierschutzgesetzes, Bonn 2011.
- 9 Bericht der Bundesregierung zu den im Tierschutz geplanten Initiativen. Ausschussdrucksache 17(10)440 vom 23. Februar 2011.
- 10 Siehe dazu insbesondere H. de Haen und L. A. Reisch: Zwischenbericht zur Charta für Landwirtschaft und Verbraucher – Workshop-Thema Tierhaltung, Juni 2011. Verfügbar im Internet unter www.bmelv.de/DE/Ministerium/Charta-Diskussion/charta_node.html.
- 11 Siehe zum Beispiel den Tierschutzplan Niedersachsen vom April 2011. Im Internet verfügbar unter: www.ml.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=28272&article_id=98191&psmand=7
- 12 Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion: Tierschutz neu denken! Entwurf eines neuen Tierschutzgesetzes, Mai 2009.
- 13 Vom Bundeskabinett verabschiedet am 17. August 2011. Der Bericht ist auch im Internet unter www.bmelv.de verfügbar. Siehe auch den Entwurf des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, Drucksache 445/11 vom 9. August 2011. Von einem effektiven Verbot der Käfige wird man bei Bestandsgarantien bis 2035 kaum reden können.
- 14 Tierschutzbericht der Bundesregierung 2011, S. 74.
- 15 Siehe hierzu auch den Beitrag von J. Detter und T. Walter in diesem Kapitel (S. 216–221).



Wolfgang Apel

Ehrenpräsident des Deutschen Tierschutzbundes e.V.

Deutscher Tierschutzbund e.V.
Baumschulallee 15, 53115 Bonn
www.tierschutzbund.de

© **Schwerpunkt »Zusammen arbeiten«**

Zeigen, dass es geht

Seit bald 25 Jahren ist NEULAND Pionier und Impulsgeber für eine besonders artgerechte bäuerliche Tierhaltung

von Jochen Dettmer und Torsten Walter

Der NEULAND-Verein für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung ist ein Kind der 1980er-Jahre und ein Beispiel dafür, was Bauern, Vermarkter, Verbrauchervertreter, Umweltschützer, Tierschützer und Menschen, die im Blick haben, welche Auswirkungen die europäische Agrarpolitik für Bürger in anderen Erdteilen hat, durch ihre Zusammenarbeit erreichen können. Gemeinsam war den Trägerverbänden ursprünglich das Unbehagen über die negativen Folgen der zunehmend intensiven und industrialisierten Landwirtschaft für Mensch, Tier und Natur. Mit NEULAND schufen sie ein Qualitätsfleischprogramm, das es Bauern ermöglichte, sich dem Trend »Wachsen-oder-Weichen« entgegenzustellen, und das Bürgern, denen eine artgerechte Tierhaltung am Herzen liegt, eine Alternative zu den Produkten aus konventioneller Intensiv-Tierhaltung bot. Immer wieder hat der kleine Verein – im Interesse seiner Trägerverbände – Neues gewagt und gezeigt, dass artgerechte Tierhaltung und umweltschonendes Wirtschaften in der Landwirtschaft möglich sind – und das seit mehr als zwanzig Jahren. NEULAND steht bis heute für besonders artgerechte Tierhaltung und sichert derzeit rund 200 bäuerlichen Familien ihr Einkommen.

Die Entstehungsgeschichte des NEULAND-Qualitätsfleischprogramms ist stark verwurzelt mit der agrarpolitischen Diskussion Mitte bis Ende der 1980er-Jahre.¹ Die landwirtschaftliche Erzeugung und der Strukturwandel standen damals stark in der gesellschaftlichen Kritik:

- Die Tierschutzorganisationen kämpften gegen die tierquälerischen Auswüchse der agrarindustriellen Erzeugung, insbesondere im Hühner-, Schweine- und Kälberbereich.
- Die Naturschutzorganisationen zeigten bereits seit Jahren die Zusammenhänge zwischen intensiver Güllewirtschaft und Umweltbelastung auf.
- Entwicklungspolitisch engagierte Gruppierungen untersuchten und belegten die fatalen Zusammenhänge zwischen anwachsenden Futtermittelströmen und Hunger und Elend in der Dritten Welt.
- Verbraucherverbände wiesen auf die Qualitätsmängel hin, die als Folgen der Intensivtierhaltung entstehen (PSE-Fleisch, Rückstände).
- Bauernorganisationen wehrten sich gegen die fortschreitende Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft durch die ungleiche Konkurrenz der Massentierhaltung.

Eine Folge dieser Kritik aus Verbandskreisen war die Formulierung einer gemeinsamen programmatischen Erklärung zur Reform der Agrarpolitik. Im Herbst 1987 verfassten die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen – Agrarkoordination (BUKO) und die Verbraucher Initiative die Aachener Erklärung »Bauern und Verbraucher für eine neue Agrarpolitik«.

Im November 1987 folgte die Gründung des Dachverbandes der Deutschen Agraropposition, dem neben den Verbänden der Aachener Erklärung noch zahlreiche kleinere Bauernorganisationen und auch der Deutsche Tierschutzbund (DTSchB) angehörten. Der Dachverband, Vorgänger des heutigen AgrarBündnisses, verstand sich als Bündnis von Bauern und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen zur Umsetzung einer anderen Agrarpolitik.

Um nicht nur politische Forderungen zu formulieren, hatten sich einige Organisationen aus diesem Bündnis vorgenommen, »handfeste Agrarpolitik von unten« zu machen. Im Mai 1988 stellten der Deutsche Tierschutzbund und die AbL in Bonn ein Gütesiegel-

programm für »artgerechte, umweltschonende und qualitätsorientierte Schweinehaltung« vor. Erstes Pilotprojekt war »Hellweg-Naturfleisch« im Raum Dortmund/Unna. Im September 1988 wurde der NEULAND-Verein gegründet, der mit der Verabschiedung von konkreten Haltungsrichtlinien und der Vergabe eines Markenzeichens den Grundstein des NEULAND-Programms legte. Der vollständige Vereinsname lautete NEULAND e.V. – Verein für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung.

Der NEULAND-Verbund: Vertrauen und Kontrolle

Zum NEULAND-Verbund gehören der NEULAND-Verein, der die Richtlinien vorgibt, die Kontrolle und die Vermarktung.

Der Verein

Die fünf Verbände (AbL, DTschB, BUND, BUKO-Agrarkoordination, Verbraucher Initiative) waren zunächst die ordentlichen Mitglieder des Vereins – gesellschaftspolitische Lobbyverbände, die mit NEULAND ein Konstrukt gründeten, in dem politische Ideen ihre gezielte Umsetzung erfahren sollten. Mittlerweile ausgeschieden sind die Verbraucher Initiative und die BUKO-Agrarkoordination. Die Gründe dafür waren sehr unterschiedlich: neue Themenfelder bzw. zu geringe Personalausstattung.

Wie bei Vereinen üblich stellt die Mitgliederversammlung das höchste Gremium dar. Dort sind die Trägerverbände – als ordentliche Mitglieder – mit ihren Vorsitzenden vertreten. Die Mitgliederversammlung wählt einen Vorstand, der die tägliche Arbeit organisiert und die notwendigen Entscheidungen für das operative Geschäft fällt. Nach wie vor bilden die drei heute noch zu NEULAND gehörenden Trägerverbände gleichberechtigt den NEULAND-Vorstand. Zur Umsetzung der Beschlüsse wurde ein Geschäftsführer eingesetzt. Noch heute arbeitet der Verein mit nur etwas mehr als zwei Vollarbeitskräften (Geschäftsführer und zwei Teilzeitmitarbeiter). Die Bundesgeschäftsstelle befindet sich nach wie vor in Bonn. Daneben unterhält der Verein gemeinsam mit der NEULAND GmbH Bad Bevensen und den Berliner NEULAND-Metzgern ein Büro in Berlin.

Zusätzlich zu den ordentlichen Mitgliedern, den Trägerverbänden, gibt es im NEULAND-Verein die außerordentlichen Mitglieder. Dies sind alle bei NEULAND anerkannten Landwirte und Metzger. Sie haben in den verschiedenen Gremien ein Mitspracherecht, aber keine Entscheidungsgewalt. Landwirte und Metzger, das war schon das Anliegen der Vereinsgründer, sollen jedoch als aktive Mitglieder des Programms an den Entscheidungsvorgängen beteiligt sein.

Neben dem Vorstand existiert als weiteres wichtiges Gremium, das für den Erfolg von NEULAND auch ganz

entscheidend ist, die Bundesrichtlinienkommission. Diese Kommission ist paritätisch besetzt mit Fachleuten der Trägerverbände, die ihr spezielles Fachwissen in die Diskussion um eine »besonders artgerechte Tierhaltung«² einbringen. Im Konsens erarbeiten sie die Haltungsrichtlinien für eine besonders tiergerechte Schweine-, Rinder-, Schaf- und Geflügelhaltung und fördern deren Weiterentwicklung.³

Die Kontrolle

Die Kontrolle der Einhaltung der Richtlinien ist bei einem Programm wie NEULAND unabdingbar. Am Anfang erfolgte diese über eine Kontrollkommission, die der Vorstand eingesetzt hatte. Dass Bauern und Tierschützer sich gemeinsam auf Haltungsrichtlinien geeinigt haben und dass sich Bauern von Tierschützern kontrollieren lassen, war und ist einmalig. 2006 übertrug der NEULAND-Vorstand die Kontrolle an eine externe, unabhängige Kontrollstelle (Gesellschaft für Ressourcenschutz in Göttingen). Die Kontrolle der Kontrolle wird aber weiterhin vom Verein sichergestellt. Somit war und ist der NEULAND-Verein eine Kontroll- und Trägerorganisation für ein Markenzeichen.

Mittlerweile arbeiten rund 200 Betriebe, vor allem in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, nach den NEULAND-Richtlinien. Geschlachtet werden deutschlandweit jährlich circa 23 000 Schweine, 3 000 Rinder und etwa 150 000 Stück Geflügel.

Die Vermarktung

Die zweite Säule des NEULAND-Verbundes ist die Vermarktung. Sie wird seit 1990 rechtlich unabhängig organisiert und ist über Lizenzverträge an die Vorgaben des NEULAND-Vereins gebunden. Als NEULAND gegründet wurde, war dies mit viel Idealismus verbunden, auch mit einigem Wissen über Tierhaltung und Tierschutz, aber die Vereinsgründer hatten noch wenige Kenntnisse über Fleischvermarktung oder Verarbeitung. Deshalb hat es bei NEULAND – der Idee der Gründung von Erzeugergemeinschaften folgend – mehrere unterschiedliche Entwicklungen gegeben. Nachdem einige Versuche, Erzeuger-Verbrauchergenossenschaften zu gründen, gescheitert waren, haben sich neben vereinzelten Direktvermarktern drei Vertriebsgesellschaften herausgebildet, die die Vermarktung der NEULAND-Produkte an Fleischereien und Gemeinschaftsverpfleger übernehmen.

Die größte NEULAND-Vertriebsgesellschaft ist die NEULAND-GmbH Bad Bevensen in Niedersachsen. Sie ist aus einer Erzeuger-Verbrauchergenossenschaft hervorgegangen. Das Besondere an dieser GmbH ist – mit rund 120 Bäuerinnen und Bauern – der hohe Anteil Gesellschafter. Die NEULAND-Bäuerinnen und Bauern müssen Gesellschafter sein, um ihre Produkte über die GmbH vermarkten zu können.

Eine weitere NEULAND-Vertriebsgesellschaft ist die NEULAND-Vertriebs GmbH in Bergkamen/Nordrhein-Westfalen. Dort wird zugleich eine bäuerliche Verarbeitungsstätte betrieben, die sich auf einer gemeinsamen Ökologiestation des Kreises und des Kommunalverbandes befindet. Die NEULAND-Landwirte in Nordrhein-Westfalen sind außerdem in einem wirtschaftlichen Verein zusammengefasst, der der Vermarktung vorgeschaltet ist. Zur Auslastung der Verarbeitungsstätte werden dort auch Bio-Tiere verarbeitet.

Die dritte NEULAND-Vertriebsgesellschaft hat ihren Sitz in Radolfzell/Baden-Württemberg. NEULAND Süd wird von einem selbständigen Unternehmer geleitet. Im Oktober 2011 wurde eine neue Zerlege- und Verarbeitungsstätte eröffnet, angeschlossen an den Metzgerschlachthof Überlingen, der bereits mehrfach mit verschiedensten Preisen ausgezeichnet wurde.

Alle Vertriebsgesellschaften schaffen Arbeitsplätze in der Region und stärken damit auch die regionalen Wirtschaftskreisläufe. Der Verkauf von NEULAND-Produkten erfolgt in erster Linie über Fleischerfachgeschäfte und deren Marktwagen. Vertrieben wird NEULAND-Fleisch über rund 130 Verkaufsstellen (davon 93 Fleischerfachgeschäfte, ohne Direktvermarktung) und circa 80 Gemeinschaftsverpfleger.

NEULAND platziert sich am Markt nach wie vor zwischen Bio und Konventionell und beschreitet damit einen eigenen, dritten Weg. Die Profilierung von NEULAND mit den Attributen: konsequent tiergerecht (keine Spaltenböden, sondern Stroh und Auslauf), regional (keine Futterimporte, kurze Transportwege der Tiere und Produkte) und hohe Genussqualität (Veredelung durch die Fleischermeister) lassen dabei eine Abgrenzung bezüglich Tierschutzstandard und Regionalität zum Beispiel gegenüber dem »EuroBio«-Standard, wie er im Lebensmitteleinzelhandel anzutreffen ist, zu.

Dabei liegt NEULAND preislich zwischen dem konventionellen Fleisch und Bio-Fleisch. Im Durchschnitt zahlt der Verbraucher einen um ein Drittel höheren Preis, was unter anderem den oben genannten Attributen wie besseren Haltungsbedingungen, der längeren Lebensdauer der Tiere und auch dem langsameren Wachstum der Tiere geschuldet ist.

Die Erzeugerpreise liegen dann auch im mehrjährigen Schnitt deutlich über denen des konventionellen Bereiches und haben zu höheren Deckungsbeiträgen geführt.

Die Beratung

Die dritte Säule ist die Beratung für die Landwirte. Sie spielt seit Gründung des Verbundes eine bedeutende Rolle. Dass NEULAND über Jahre Pionier und Impulsgeber in der Tierhaltung gewesen ist und sogar die Bioverbände veranlasst hat, ihre Standards anzugleichen, liegt auch an der Innovationskraft der Berater. Daneben

leistet die Beratung auch einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung, denn die Genussqualität spielt eine sehr große Rolle im höherpreisigen Markt. Fehlende Qualität, dies ist auch eine Erfahrung der vergangenen Jahre, kann durch besonders artgerechte Haltung oder Regionalität kaum aufgefangen werden.

Angegliedert ist die Beratung bei den Vertriebsorganisationen. Aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen der Landwirte mit dem NEULAND e.V. sind diese zur Teilnahme an der Beratung verpflichtet. Die Berater übernehmen darüber hinaus auch die Viehkoordination für die Vertriebsgesellschaften.

Entwicklung: Wachstum auch bei der Qualität

Die Entwicklung des Verbundes kann in vier Phasen unterteilt werden.

1. Gründungsphase 1988 bis 1991

Die Gründungsphase war gekennzeichnet durch die Erarbeitung der Richtlinien, die Installierung der Kontrolle und die Beratung umstellungswilliger Landwirte. Die von NEULAND erarbeiteten Richtlinien waren für die damalige Landwirtschaft noch ein Novum, wovon auch ein erhöhter Beratungsbedarf resultierte. Entscheidend war für die Bäuerinnen und Bauern die Erzielung eines fairen Preises für eine aufwendige Produktion. In dieser Phase wurden fast ausschließlich Schweine auf NEULAND-Betrieben produziert. Andere Tierarten folgten später. Die Preise für die Schweine wurden von den tatsächlichen Produktionskosten abgeleitet und der daraus resultierende Festpreis wurde an die Fleischerfachgeschäfte, die bisher an schwankende Marktnotierungen gewöhnt waren, weitergegeben.

2. Wachstums- und Spezialisierungsphase 1992 bis 1998

In dieser Phase ging es vor allem um den Aufbau von Strukturen. Es gründeten sich die auch heute noch tätigen drei Vertriebsgesellschaften mit den dazugehörigen Erzeugerstrukturen. Auch die Lieferbeziehungen zu Fleischerfachgeschäften und Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung wurden intensiviert. Im Vordergrund der Beratung stand jetzt die gezielte Produktionsberatung, die auch die geschmackliche Qualität des NEULAND-Fleisches nochmals verbessern sollte.

3. Konsolidierungs- und Professionalisierungsphase 1999 bis 2006

Die bestehenden Strukturen wurden verfeinert. Die BSE-Krise gab dem Programm einen deutlichen Vorwärtsschub, allerdings nahm auch der Kontrollaufwand zu (z. B. Einführung der Rindfleischetikettierung mit eigenem Rindfleischetikettierungssystem – RFE). Dies bedingte auch die Ausgliederung der Kontrolle an eine

Tierschutzlabel als Herausforderung und Chance

Ende Juni 2011 hat der Deutsche Tierschutzbund angekündigt, ein neues, zweistufiges Tierschutzlabel herauszugeben (siehe hierzu auch den Jahresrückblick S. 201–210 in diesem Kapitel). Gemeinsam mit einer Initiativgruppe an der Universität Göttingen unter der Leitung von Prof. Spiller und Prof. Theuvsen wurden für Mastschweine und Mastgeflügel Haltungsrichtlinien erarbeitet, die in der Eingangsstufe deutlich über den gesetzlichen Anforderungen liegen. Die Premiumstufe entspricht den NEULAND-Richtlinien. Als erste Kooperationspartner haben der Fleischkonzern VION und der Lebensmitteleinzelhändler *coop* Kiel ihr Interesse an der Teilnahme bekundet.

Da nach den Vorgaben des Deutschen Tierschutzbundes der Einstiegsstandard nur von demjenigen angeboten werden darf, der auch Produkte der Premiumstufe anbietet, ergibt sich für NEULAND die Chance, in neue Vertriebsgebiete vorzudringen. Auch wenn der Einstiegsstandard aus Preisgründen eine höhere Nachfrage erfahren wird, bleibt

für den Premiumstandard noch genügend Wachstumspotenzial übrig. Die Herausforderung wird sein, mit dem Lebensmitteleinzelhandel eine sinnvolle Sortimentsgestaltung, Platzierung und Kommunikation vorzunehmen, damit der Premiumstandard angemessen berücksichtigt wird. NEULAND wird dabei sein Markenprofil schärfen müssen. Möglichkeiten ergeben sich aus der Herausstellung des jetzt schon vorbildlichen Angebotes von Rind- und Lammfleisch aus Weidehaltung und der Wiedereinführung eines Zehnutzungshuhnes.

Das Ziel muss es sein, alle Ansprüche des Tierschutzlabels an eine besonders artgerechte Tierhaltung in bäuerlichen Betrieben umzusetzen, die für ihre Leistungen einen fairen Preis bekommen. Dafür ist es aber auch notwendig, vernünftige Rahmenbedingungen bei der Reform der europäischen Agrarpolitik nach 2013 zu bekommen. NEULAND wird sich gemeinsam mit den Plattformverbänden und der Kampagne »Meine Landwirtschaft« dafür einsetzen.

externe Kontrollstelle (ab 2006 übernahm die Gesellschaft für Ressourcenschutz in Göttingen die gesamte Kontrolle). So konnten alle relevanten Kontrollen gebündelt werden (Haltungskontrolle / RFE-Kontrolle / QS-Kontrolle – diese allerdings nur für die GmbH in Lüneburg). Der Beratung ging es während dieser Phase vor allem darum, die Qualitäten der abgelieferten Tiere zu sichern.

4. Qualitäts- und Wachstumsphase seit 2006

Durch die weitere Entwicklung der Haltungsrichtlinien konnte die Qualität der Tierhaltung weiter verbessert werden. Seit 2008 beispielsweise werden NEULAND-Ferkel nicht mehr ohne Betäubung kastriert. Insbesondere durch eine leichte Anhebung der Bestandsobergrenzen konnte und kann ein größeres Potenzial von Betrieben in den neuen Bundesländern für das NEULAND-Programm gewonnen werden.

Die Weiterentwicklung der Vermarktungsstrukturen zum Beispiel mit dem Umzug in neue, noch besser geeignete Schlachthöfe und dem Bau eigener Verarbeitungsstrukturen bietet die Voraussetzung dafür, dass zusätzliche Wachstumspotenziale realisiert werden.

Gute Chancen die Vermarktung zu verbessern bieten das Tierschutzlabel (siehe Kasten) und der mittlerweile integrierte Gastronomiebereich oder die Spezialitätenvermarktung von Produkten von Tieren, die vom Aussterben bedroht sind – hier gibt es erste gute Erfahrungen mit dem Bunten Bentheimer Schwein. Ob diese Entwicklung erfolgreich verläuft, hängt allerdings davon ab, wie intensiv die Vertriebsgesellschaften miteinander kooperieren.

Im Bereich der landwirtschaftlichen Betriebe muss sichergestellt werden, dass die Anforderungen, beispielsweise an die »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung, erfüllt werden und dass Zuchtfragen (Stichwort: Fleischqualität) und aufgrund der hohen Futterkosten auch der eigene Futteranbau (Stichwort: Eiweißstrategie) vorangetrieben werden.

Im Gegensatz zur Gründungsphase wird auch immer deutlicher, dass den Kunden nicht nur die tiergerechte Haltung »verkauft« werden kann. Der aufgeklärte Verbraucher möchte mit dem gekauften Produkt auch andere Aspekte verbinden – vor allem die Genussqualität, die Regionalität, aber auch die Tatsache, dass NEULAND-Produkte ohne Gentechnik hergestellt werden.

Trägerschaft: gemeinsam innovativ

Einzigartig ist nach wie vor die besondere Trägerschaft des Programms durch Verbände und die damit verbundenen ideellen Ziele dieser Verbände. Mit der Arbeit und dem Ansehen der Verbände ist auch eine hohe Glaubwürdigkeit und Transparenz für NEULAND gegeben. Allerdings birgt dieser Dualismus von ideellen Zielen (Tierschutz, Umweltschutz, Erhalt klein- und mittelbäuerlicher Betriebe etc.) und unterschiedlichen Themenschwerpunkten auch eine gehörige Menge an »Sprengstoff« in der Findung gemeinsamer Entscheidungen. Als besonderes Beispiel kann hier die Erstellung der Richtlinien herangezogen werden.

Bei der Diskussion um die NEULAND-Richtlinien prallen extreme Gegensätze aufeinander: Tierschutz und Landwirte. Viele haben geglaubt, das funktioniere

nicht; aber wie sich gezeigt hat, kann jeder sein Gesicht wahren, wenn er auf den anderen zugeht. Kompromisse sind die tägliche Arbeit von NEULAND. Dennoch (oder vielleicht gerade *deshalb*) hat NEULAND entscheidende Dinge vorangebracht, angefangen mit dem zuerst stets belächelten Modell der Stroh- und Auslaufhaltung für Schweine. Rückwärtsgewandt sei es, arbeitswirtschaftlich nicht zu leisten, der Preis müsste enorm sein, um diesen Aufwand zu bezahlen, hieß es zunächst. Das System hat sich aber seit gut 25 Jahren nicht geändert und funktioniert so gut, dass mittlerweile auch konventionelle Betriebe wieder auf Strohhaltung setzen.

Vor nicht allzu langer Zeit hat NEULAND abermals eine entscheidende Weichenstellung getroffen, die auch Veränderungen auf konventionellen Betrieben nach sich zog. Seit Mitte 2008 führt NEULAND auf seinen Betrieben die betäubte Ferkelkastration durch, die mit einer Kampagne des Deutschen Tierschutzbundes zur betäubten Kastration einherging. Hierauf hatte der Deutsche Tierschutzbund schon seit Jahren gedrängt und als es möglich war, die Forderung umzusetzen, haben auch die anderen Trägerverbände diese weitere Maßnahme zur Verbesserung des Tierschutzes auf landwirtschaftlichen Betrieben sofort unterstützt, obwohl für die Landwirte hierdurch Mehrkosten entstanden sind.

Aus dem Selbstverständnis der Verbände heraus wurden auch weitere Vorgaben übernommen wie zum Beispiel der Verzicht auf Importsoja in der Fütterung seit 1993. Dieser Verzicht, den die Bauern durch heimische Futtermittel wie Getreide, Erbsen, Ackerbohnen, Kartoffeleiweiß, aber auch durch selbstangebautes Soja kompensieren, ermöglicht eine jährliche Einsparung von circa 135 000 Kubikmetern CO₂ und bewahrt 900 Hektar Regenwald vor der Rodung.⁴

Auch die »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung setzt NEULAND seit dem ersten Tag der Nutzungsmöglichkeit konsequent um. Im März 2010 gehörte NEULAND neben Größen wie dem Handelshaus »tegut«, dem Molkereiunternehmen »FrieslandCampina« und dem Nudelhersteller »ALB GOLD« zu den Gründungsmitgliedern des Verbandes Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG e.V.).

An der Gründung des Bundesverbandes der Regionalbewegung war NEULAND ebenfalls beteiligt, da Regionalität auch einen wichtigen Aspekt der Vermarktung darstellt. Erfolgreich war auch die Mitarbeit in der Projektgruppe zum Tierschutzlabel, das jetzt vom Deutschen Tierschutzbund umgesetzt werden soll.

NEULAND ist ferner Mitglied im Verein »Bunte Bentheimer«, im AgrarBündnis und gehört außerdem der Plattform zur EU-Agrarreform an, um auf die Agrarpolitik Einfluss zu nehmen und in diesem Zusammenhang vor allem auch die praktische Sicht der politischen Forderungen der Verbände zu vermitteln.

Potenzial noch nicht ausgeschöpft

NEULAND hat ein breit angelegtes Werteverständnis für seine Arbeit, welches sich von den Zielen der Gründungsväter von 1988 auch nach fast 25 Jahren nicht unterscheidet. 2008 bestätigten die Trägerverbände nochmals die fünf Bereiche, mit denen NEULAND auch für die Zukunft gut aufgestellt ist:

- Tiergerechtigkeit,
- Umwelt- und Klimaschutz,
- Qualität und Gesundheit,
- Regionalität und soziale Verantwortung sowie
- Glaubwürdigkeit und Transparenz.

Daraus lässt sich ableiten, dass NEULAND einen der Nachhaltigkeit verpflichteten Ansatz vertritt. Es wird wichtig sein, diese Bereiche immer mit der tatsächlichen Arbeit zu vergleichen und die jeweiligen Felder dem Ansatz entsprechend mit neuen Themen zu füllen.

In den fast 25 Jahren seines Bestehens hat NEULAND viel bewegt – vor allem was die Umsetzung einer be-

Folgerungen & Forderungen

- NEULANDS Bestreben war es immer, gemeinsam mit den Bauern *praktikable und wirtschaftlich tragfähige Wege* für mehr Tier- und Umweltschutz in der Landwirtschaft zu finden.
- Das NEULAND-Qualitätsfleischprogramm hat sich mit den Attributen *konsequent tiergerecht, regional, gentechnikfrei* und *von hoher Genussqualität* zu einem guten Beispiel für eine erfolgreiche Differenzierungsstrategie in der Fleischwirtschaft entwickelt.
- NEULAND beschreitet dabei einen eigenen, dritten Weg neben konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betrieben.
- Gleichwohl gibt NEULAND immer wieder erfolgreich Impulse für die Weiterentwicklung auch der ökologischen wie konventionellen Viehwirtschaft, etwa mit der betäubten Ferkelkastration oder dem Verzicht auf (gentechnisch veränderte) Futtermittelimporte.
- Unterentwickelt ist zur Zeit noch die Kooperationsbereitschaft der verschiedenen Partner in der Wertschöpfungskette, sich für tierschutzorientierte Produkte einzusetzen.
- Die Bewerbung solcher Produkte müsste vom Gesetzgeber klar geregelt und geschützt werden.
- Weitere Wachstumsmöglichkeiten erhofft sich Neuland daher unter anderem von der Einführung eines Tierschutzlabels, wie es vom Deutschen Tierschutzbund für 2012 geplant ist, bei dem NEULAND als Premium-Standard festgelegt wurde.

sonders tiergerechten Haltung unter wirtschaftlichen Aspekten angeht. Das gesamte Potenzial konnte aber bisher noch nicht ausgeschöpft werden.

Ein Problem ist die noch immer geringe Bekanntheit der Marke NEULAND. Ein anderes der momentan noch zu geringe Schutz für die Bewerbung von Produkten aus tiergerechter Haltung. Derzeit kann noch jeder Anbieter von Fleisch ein Produkt mit den Attributen »aus artgerechter Haltung« bewerben, wenn er nur die gesetzlichen Standards einhält. Diese Misere könnte durch das neue Tierschutzlabel (siehe Kasten S. 219) beseitigt werden.

Daneben wird das Wachstum des NEULAND-Verbundes auch durch die fehlende Kooperationsbereitschaft in der Wertschöpfungskette gehemmt. Obwohl die Universität Göttingen in einer Studie ermittelt hat, dass eine potenzielle Nachfrage für tierschutzorientierte Produkte von circa 20 Prozent besteht (zurzeit liegt das Angebot noch unter 1 Prozent), sind Schlachtunternehmen, die Lebensmittelindustrie und der Lebensmittelhandel nur unzureichend bereit, in diesen Markt einzusteigen. Prof. Spiller und Prof. Theuvsen von der Universität Göttingen sprechen hier von einem Marktversagen aller Wirtschaftsbeteiligten.⁵

Anmerkungen

- ¹ Zur Gründungsgeschichte siehe: Unabhängige Bauernstimme – Extra (1987): Aachener Erklärung: Bauern und Verbraucher für eine neue Agrarpolitik, Nr. 84, Rheda-Wiedenbrück. – Unabhängige Bauernstimme (1988 a): Es geht um mehr: Bauern im Bündnis, Nr. 88, S. 8–9, Rheda-Wiedenbrück. – Dietmar Groß:

NEULAND-Markenzeichenprogramm für tier- und umweltgerechte, bäuerliche Viehhaltung. In: Arbeitsergebnisse 6/1988, Arbeitsgemeinschaft für ländliche Entwicklung an der Gesamthochschule Kassel.

- ² So darf sich NEULAND mit Zustimmung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz seit 2004 nennen.
- ³ NEULAND (2011): Haltungsrichtlinien (unter <http://www.neuland-fleisch.de/landwirte/allgemeine-richtlinien.html>).
- ⁴ Eigene Berechnungen von NEULAND-Süd (basierend auf der Anzahl der geschlachteten Tiere bei NEULAND pro Jahr, des theoretischen Sojaverbrauchs sowie des Transportes aus Übersee).
- ⁵ Prof. Dr. Ludwig Theuvsen und Prof. Dr. Achim Spiller, Georg-August-Universität Göttingen (2010): Perspektiven für ein europäisches Tierschutzkennzeichen (Projekt wurde gefördert über die BLE aus Mitteln des BMELV).



Jochen Dettmer

Bundesgeschäftsführer Neuland e.V.

Baumschulallee 15, 53115 Bonn
E-Mail: verein@neuland-fleisch.de
www.neuland-fleisch.de



Torsten Walter

Geschäftsstellenleiter
Bundesgeschäftsstelle, Neuland e.V.

Baumschulallee 15, 53115 Bonn
E-Mail: verein@neuland-fleisch.de
www.neuland-fleisch.de

Rendite – kein Freibrief für Tierquälerei

Schnabelkürzen bei Geflügel verstößt gegen geltendes Tierschutzrecht

von Sievert Lorenzen und Stefan Johnigk

Auch wenn der Tierschutz als Staatsziel im deutschen Grundgesetz verankert ist, finden in Deutschland noch immer barbarische Tierquälereien statt. Die Bundesregierung verhindert sie nicht, sondern legalisiert und fördert sie mit Subventionen. Besonders tierquälerisch ist das Schnabelkupieren bei Legehennen, Mastputen und Mastenten, das zum Ziel hat, Kannibalismus aufgrund von stressbedingten Aggressionen zu vermeiden. Doch entgegen verbreiteter Auffassung verhindert Schnabelkupieren weder die Aggressionen noch den Kannibalismus. Nötig zur Problemlösung sind vielmehr wohldurchdachte Managementmaßnahmen, die Stress in der Herde vermeiden. Erfahrungen aus Österreich, wo mittlerweile nur noch weniger als fünf Prozent der Legehennen kupiert werden, zeigen, dass solche Maßnahmen in der Tat erfolgreich sind. Sie lassen sich auf deutsche Verhältnisse übertragen – man muss es nur wollen. Derzeit erhöhen die Tierschutzorganisationen daher den Druck in der Öffentlichkeit, damit die Politik das routinemäßige Verstümmeln von Tieren wie das Schnabelkürzen endlich gesetzlich verbietet – statt die Renditeerwartungen der Tierindustrie weiterhin zu befriedigen.

Am 31. August 2011 strahlte ARD-exclusiv die kritische Dokumentation »Das System Wiesenhof« aus. Die Sendung entfaltete eine geradezu erdbebenartige Wirkung. In der Schweiz nahmen Unternehmen des Lebensmittelhandels sogar die Produkte des Geflügelkonzerns Wiesenhof ganz aus dem Sortiment. Viele Menschen sind entsetzt über die Tierquälereien, die sich hinter den Mauern der Geflügelindustrie abspielen. Und wer sich näher in der Szene auskennt, ist entsetzt über unser politisches System, das die Ursachen für diese Tierquälereien nicht abschafft, sondern im Gegenteil legalisiert. Denn wenn Rendite winkt, dann lassen sich die wirtschaftlich Mächtigen noch immer einen Freibrief für Tierquälerei ausstellen.

Dieser Freibrief ist verwunderlich, denn die Bundesrepublik Deutschland hat am 1. August 2002 den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und den Schutz der Tiere als verpflichtende Ziele in das deutsche Grundgesetz (GG) aufgenommen. Wörtlich heißt es in Artikel 20a GG: »Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.« Medienberichte über

die skandalösen Zustände in deutschen Ställen wie »Das System Wiesenhof« zeigen, wie sehr der Artikel 20a GG noch immer den Charakter einer leeren Worthülle hat.

Verstümmeln von Tieren – eine Routine

Zu den besonders barbarischen und dennoch erlaubten Tierquälereien gehört das Schnabelkürzen bei Küken von Legehennen, Mastputen und Moschusenten. Die Schnabelspitze ist nicht unempfindlich wie ein Fingernagel, sondern im Gegenteil hochsensibel. Die Amputation dieses wichtigen Tastorgans zieht lebenslange, erhebliche Leiden für die Vögel nach sich. Das Schnabelkürzen verursacht zudem akuten Schmerz, der oft in chronischen Schmerz übergeht; die klaffende Wunde erlaubt Krankheitserregern den Eintritt in den Körper und führt oft genug zu Atemproblemen; und für den Rest des Lebens sind die Nahrungsaufnahme sowie die Gefiederpflege beeinträchtigt. Nur mit intaktem Schnabel können Vögel Nahrungsbrocken gut fassen und das Gefieder artgemäß pflegen.

Das Schnabelkürzen wird durchgeführt, um eine Stallfläche der Rendite wegen mit möglichst großen Mengen Geflügel besetzen zu können, und es wird

gerechtfertigt durch die Behauptung, mit gekürzten Schnäbeln ließen sich Federpicken und Kannibalismus – beides verursacht durch vielfältigen Stress in der Gedrängehaltung – vermeiden oder wenigstens stark einschränken.

Nach § 6 des Tierschutzgesetzes (TierSchG) ist das Schnabelkürzen bei Geflügel eine Amputation und daher in Deutschland grundsätzlich verboten. In der Praxis dagegen wird es behördlich gebilligt, weil die Geflügelhalter es so wollen. Sie müssen den Behörden nur »glaubhaft darlegen«, dass die Verstümmelung gemäß § 6 Abs. 3 S. 2 TierSchG »zum Schutz der Tiere unerlässlich ist«, wenn diese gemäß der Mindeststandards der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung in Verbindung mit den Europaratsempfehlungen gehalten werden. Bei Puten und Moschusenten genügt den Behörden sogar ein Verweis auf die absolut unzureichenden, freiwilligen Mindestvereinbarungen der Geflügelindustrie, weil die Bundesregierung die Haltungsanforderungen in diesen Fällen bisher nicht regelte. So konnten Ausnahmen, die vom § 6 TierSchG erlaubt sind, zu Regeln werden – mit grausamen, weil lebenslang anhaltenden schweren Konsequenzen für Millionen von Nutzvögeln.

Die Beibehaltung des routinemäßigen Verstümmelns wird von der Geflügelindustrie oft mit dem Scheinargument gefordert, die Ursachen für Federpicken und Kannibalismus seien »multifaktoriell« und entzögen sich deshalb wirksamer Gegenmaßnahmen. Das stimmt nicht. Durch geeignete Managementmaßnahmen lässt sich das Auftreten von Federpicken und Kannibalismus bei kupierten und bei unkupierten Legehennen sehr wohl vermeiden, wie österreichische Erfahrungen zeigen.^{3,4}

Es geht auch anders

Schnabelkürzen verhindert keine Aggressionen, sondern bestenfalls die Verletzungsgefahr durch Aggressionen, und diese werden durch vielfältigen Stress erzeugt. Beugt man Stress vor, lassen sich Aggressionen vermeiden. Das bedeutet: Das Geflügel muss sich in der ganzen (und nicht nur in der anfänglichen) Haltungsperiode möglichst wohl fühlen; der Schnabel muss ungekürzt bleiben. Doch unverzichtbar sind auch wohl-durchdachte Managementmaßnahmen.^{3,4} Zu ihnen gehören bei Legehennen:

- eine verringerte Belegungsdichte;
- Herdengrößen möglichst nicht über 500 Hennen;
- Sitzstangen in verschiedenen Höhen, so dass das Gedränge auf der Grundfläche verringert werden kann;
- Beschäftigungsmaterialien wie Stroh mit Getreidekörnern, die das Suchverhalten anregen;
- Steinchen, die gefressen werden und im Muskelmagen für das Zermahlen von Nahrung wichtig sind;
- gleiches Lichtprogramm und gleiche Stallverhältnisse in der Aufzuchtstation und im Legehennenstall;
- abwechslungsreiche Kost;
- Pickblöcke oder Ytongziegel für die Beschäftigung und die artgemäße Abnutzung der Schnabelhornhaut;
- ausreichende Trennung der Bereiche für Aktivität, Ruhe, Nahrungsaufnahme und Eierlegen;
- täglich einfühlsame Beobachtung der Herden, um eventuelle Störungen nicht aus dem Ruder laufen zu lassen, sondern durch Gegenmaßnahmen möglichst unverzüglich zu beheben.

Federpicken und Kannibalismus bei Legehennen

Federpicken und Kannibalismus sind zwei Verhaltensstörungen, deretwegen bei Legehennen (nicht aber bei Masthähnchen) der Schnabel gekürzt wird. Das Federpicken tritt in der Aufzucht- und Legephase auf, wenn die Hühner ihre angeborenen Verhaltensweisen nicht angemessen ausüben können, und führt zunächst zu Schäden am Gefieder. Diese Schäden senken das Wärmeisolationsvermögen des Federkleids, mindern das Wohlbefinden und senken den sozialen Status. Fehlt es an Rückzugsmöglichkeiten, was bei zu hoher Bestandsdichte der Normalfall ist, werden die beschädigten Tiere immer häufiger gepickt bis auch die Haut verletzt wird. Die Wunden stellen Eintrittspforten für Krankheitserreger dar und können Kannibalismus auslösen.

Als Kannibalismus bezeichnet man das Verzehren von Artgenossen oder Teilen derselben. Als Hauptauslöser für diese Verhaltensstörung gelten blutige Durchfälle, blutende

Hautverletzungen durch exzessives Federpicken und Kloakenschäden wegen zu großer Eier oder sozialem Stress bei der Eiablage. Auch ein zu geringer Anteil an Protein im Futter kann den Kannibalismus fördern. Der Anblick von ungeschütztem rosigen Gewebe oder der Geruch und Geschmack von Blut reizt benachbarte Tiere zu Attacken, die an Heftigkeit zunehmen, wenn das Opfer nicht fliehen kann. Im fortgeschrittenen Stadium können Inneren aus den verwundeten Hennen herausgezogen und gefressen werden, was zum Tode des Opfers führt.¹ Bei massiven Ausbrüchen kann es zu erheblichen Verlusten in der Herde kommen.

Beide Verhaltensanomalien treten bei kupierten und unkupierten Hennen gleichermaßen auf, selbst wenn sie – unkupiert und mit weniger heftigen Verhaltensstörungen – nach Bio-Richtlinien gehalten werden.

- Falls Auslauf ins Freie möglich ist, sollte die Fläche mit Pflanzen bewachsen sein; diese Bedingung lässt sich besonders gut mit mobilen Hühnerställen erfüllen, die den Auslaufflächen immer wieder Gelegenheit zur Regeneration geben.

Wie schnell ein flächendeckender Ausstieg aus dem Schnabelkürzen möglich ist, wenn er denn politisch gewollt wird, hat Österreich gezeigt. Von 2002 bis 2005 konnten die maximal zulässigen Raten an schnabelkupi-erten Legehennenherden von über 45 Prozent (2001) auf unter fünf Prozent (2005) reduziert werden³ und lag 2010 bei einem Prozent.⁴ Um den Legehennen-Halter die Scheu vor möglichen Umstellungsrisiken zu nehmen, wurde ein Fonds eingerichtet, in den die Halter von schnabelkupi-erten Hennen pro Henne zunächst 0,145 Euro (2002) und dann (2004) 0,363 Euro einzahlen mussten. Mit dem so gesammelten Geld wurden Entschädigungen an Halter von unkupi-erten Herden gezahlt, in denen der Ausbruch von Kannibalismus nachweislich zu erheblichen Verlusten geführt hat. Die Höhe der Zahlungen richtete sich nach der Höhe der Verluste. Zur Vermeidung solcher Verluste wurden die Tierhalter intensiv beraten und geschult.³ Bei Bedarf werden diese Maßnahmen auch jetzt noch durchgeführt. Das Schnabelkürzen wurde nicht nur in Österreich, sondern auch in Schweden, Norwegen und Finnland abgeschafft.⁴

Nach dem Erfolg in Österreich mehren sich auch in Deutschland die Stimmen, die den Ausstieg vom Schnabelkupieren für möglich halten und ihn fordern.⁴ Doch in Deutschland wird der flächendeckende Verzicht auf das Schnabelkupieren bei Legehennen nicht so schnell erreicht werden können wie in Österreich, weil bei uns die Käfighaltung von Legehennen noch erlaubt ist. Zwar sind die früheren kleinen Batteriekäfige nicht mehr erlaubt, wohl aber die sogenannten Kleingruppenkäfige, in denen 40 bis 60 Hennen zusammengesperrt werden bei einer Besatzdichte von elf Hennen pro Quadratmeter. Diese Käfige haben eine Tiefe von 150 Zentimetern und werden batterie-mäßig neben- und übereinander angeordnet. Die Gesundheit der Hennen kann nicht angemessen kontrolliert werden und die Kontrolle beschränkt sich fast nur auf die Herausnahme verendeter Hennen. Der Stress, der zu Federpicken und Kannibalismus führt, kann nicht abgebaut werden. Durch Verdunkelung des Stalles werden die Aggressionen gedämpft, weswegen Legehennen in Kleingruppenkäfigen im Fastdunkel gehalten werden, in der Praxis oft bei zwei bis fünf Lux.²

Eier aus Kleingruppenkäfighaltung stoßen auf Ablehnung bei den Konsumenten. Sie werden fast nur noch in verarbeiteten Lebensmitteln eingesetzt, wo sie nicht als Käfigeier gekennzeichnet werden müssen. Weil auch immer mehr Lebensmittelerzeuger Eier aus Boden-

oder Freilandhaltung bevorzugen, hat die Haltung in Kleingruppenkäfigen in Deutschland keine Zukunft.

In der Volieren-, Freiland- und Bodenhaltung kann der Stress bei Legehennen abgebaut werden. Nötig hierfür ist, dass die Hennen ausreichend Bewegungsraum und Ausweichmöglichkeiten haben, so dass Gedränge vermieden wird und stressbedingte Aggressionen gar nicht erst entstehen.⁴

Der Druck auf Politik und Industrie steigt

In Deutschland kann auf das Schnabelkürzen verzichtet werden. Dass damit endlich begonnen wird, will zum Beispiel auch das Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES)⁶, und dafür werden Tierschutzvereine, Bürgerinitiativen und Autoren von Büchern und Medienbeiträgen sorgen.

Der deutsche Gesetzgeber verlangt schon jetzt von jedem Tierhalter, »über die für eine angemessene Ernährung, Pflege und verhaltensgerechte Unterbringung des Tieres erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen« zu müssen (§ 2 Abs. 3 TierSchG). Wer dennoch behauptet, nur mit verstümmelten Tieren wirtschaftlich arbeiten zu können, disqualifiziert sich also selbst.

Bisher scheiterten alle deutschen Bemühungen, die Tierquälerei des Schnabelkürzens zu beenden, am massiven Widerstand der Geflügelindustrie und ihrer starken Lobby. Doch die Geflügelindustriellen werden lernen müssen, dass sie den Zenit der Geflügelquälerei überschritten haben. Berichte in den Medien über qualvolle Missstände in der Geflügelhaltung häufen sich und führen zunehmend zu einer Sensibilisierung auf Seiten der Verbraucher. Die informierten Bürger haben schon längst gelernt, dass die industrielle Massenhaltung von Geflügel nicht nur tierquälerisch ist, sondern auch alle Kriterien für schonende und nachhaltige Landwirtschaft verletzt. Schon weil die deutsche Massentierhaltung am Tropf der Soja-Importe aus Übersee hängt, kann sie nicht nachhaltig sein, weil die Importe unter ungünstigen Bedingungen schnell versiegen können. Auf die Aufklärungsflut reagieren mittlerweile auch die Nahrungsmittelkonzerne, denn sie fürchten zu Recht, dass immer mehr Konsumenten die Produkte aus tierquälerischer Haltung boykottieren werden, ganz wie dies beim Boykott der Eier aus der Käfighaltung schon geschieht.

Außer den informierten Bürgern machen mittlerweile auch der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) und einige Lebensmittelhersteller Druck auf die Geflügelindustrie, endlich ihre barbarischen Methoden der Geflügelhaltung zu beenden. Der LEH beginnt zu erkennen, dass tierschutzgerechte Produkte nicht länger nur auf den Nischenmarkt für gut informierte Besserver-

dienende gehören, sondern dass sich auch der Massenmarkt für Lebensmittel verändern muss. Bereits jetzt haben sich führende Unternehmen des LEH zum Ziel gesetzt, ihre Eierzeuger schrittweise auf einen Verzicht des Schnabelkürzens zu verpflichten.

In der Putenhaltung und der Entenmast stehen solche konkreten Schritte noch bevor, werden dort aber schon zwischen den Einkäufern des Handels und den Erzeugern diskutiert. Ein führender Hersteller von Fertigmast lässt seine Eier nur nach eigenen Vorgaben von Vertragsbetrieben erzeugen, die weit über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen. Auf konventionell erzeugtes Putenfleisch verzichtet er ganz, denn er befürchtet zu Recht, sonst durch Medienberichte – zum Beispiel über schnabelkupierte Puten – seinen guten Ruf als Markenerzeuger zu gefährden.

Erfreulich ist, dass Unternehmen, die sich für tierschutzgerechte Produkte einsetzen, gern und mit guter Erfahrung die Sachkompetenz und die Kooperationsbereitschaft von Tierschutzorganisationen in Anspruch nehmen. Nur drei Beispiele zur Illustration:

- Die Albert-Schweitzer-Stiftung brachte das österreichische Fondsmodell zur Abschaffung des Schnabelkupierens bei Legehennen in Deutschland ins Gespräch und sucht dazu die Zusammenarbeit mit Europas größtem Verband für die Eierwirtschaft, dem Verein für kontrolliert alternative Tierhaltungsformen e.V. (KAT).⁴
- Der Nutztierschutz-Fachverband PROVIEH begleitet Eierzeuger fachlich in der Praxis bei der Umstellung auf die Haltung unversehrter Hühner und hat eine Vermittlerrolle zwischen Erzeugern und Handel übernommen. So proben konventionelle Legehennenhalter seit Sommer 2011 den Ausstieg und konnten durch ein gut überlegtes Management bis Ende August 2011 schon ermutigende Erfolge erzielen.⁵
- Und der Deutsche Tierschutzbund (DTschB) bringt seine Kompetenz und sein Gewicht als größte Tierschutzorganisation in Deutschland maßgeblich in die politische Arbeit ein. So unterstützt der Deutsche Tierschutzbund auch als Mitglied im Lenkungsausschuss »Tierschutzstrategie« die Bemühungen des Niedersächsischen Landwirtschaftsministers Gerd Lindemann bei der Umsetzung des »Tierschutzplans Niedersachsen«. Dessen Arbeitsprogramm sieht unter anderem vor, das Schnabelkürzen bei Moschusenten ab 2013, bei Legehennen bis 2016 und bei Puten bis 2018 zu beenden. Im Juli 2011 beteiligten sich bereits acht Eierzeuger an Pilotvorhaben zur Umstellung. Die Länge der Fristen ist angebracht, denn der Umstellungsprozess ist gleichzeitig ein Lernprozess, der seine Zeit braucht. Erfahrungen, wie die Ziele erreicht werden können, gibt es schon reichlich.

Zu diesen Erfahrungen gehört, dass schon die Auswahl der Zuchtlinie wichtig ist für die Vermeidung späterer Verhaltensstörungen im Bestand. Zu lange wurden Legehennen vor allem auf extreme Legeleistung in Käfigsystemen gezüchtet ohne Rücksicht auf mögliche Verhaltensstörungen dieser Turbohühner. Erst mit der Ausweitung der Freiland- und Biohaltung begann ein zaghaftes Umdenken. Künftig muss die Züchtung entschieden die Vermeidung von Verhaltensstörungen als Zuchtkriterium berücksichtigen. Ein konsequenter Verzicht auf das Schnabelkürzen muss von den Zuchtunternehmen offensiv unterstützt werden. Für die Junghennenaufzucht ist wichtig, dass sie unter den gleichen Bedingungen wie später in der Legephase stattfindet, damit der Umzug in den Legestall nicht zur Überforderung für die Legehennen wird.

Hühner und Puten haben einen hohen Eiweißbedarf und decken ihn unter natürlichen Bedingungen im hohen Maße durch tierische Nahrung. Dem muss bei der Haltung ausreichend Rechnung getragen werden. Im Freilandauslauf kann der Proteinhunger gestillt werden, wenn die Freiflächen regelmäßig gewechselt werden und die Bestandsdichte nicht zu groß ist. Die Verfütterung von Soja oder Fischmehl als Eiweißquelle sollte sich aus Nachhaltigkeitsgründen verbieten. Auch aus Tierschutzgründen ist eine Wiederzulassung der Verfütterung von hygienisch unbedenklichem tieri-

Folgerungen & Forderungen

- Schnabelkürzen ist mehr als nur eine Verstümmelung; es ist eine Verkrüppelung, die lebenslang zu Leid und schwerwiegenden Behinderungen führt.
- Schnabelkürzen ist nahezu untauglich, Federpicken und Kannibalismus zu verhindern, weil der verursachende Stress nicht beseitigt wird. Der Stress kann durch ein wohldurchdachtes Management vermieden werden. Die bisherigen Erfahrungen wurden an Legehennen gesammelt, lassen sich aber auf Mastputen und Mastenten übertragen.
- Der Verzicht auf Schnabelkürzen wird von vielen Geflügelhaltern als wirtschaftliches Risiko betrachtet. Abhilfe kann nach österreichischem Vorbild ein Fonds schaffen, in den Halter von schnabelkupiertem Geflügel je Vogel einen bestimmten Beitrag einzahlen. Mit dem Geld können Halter von unkupiertem Geflügel entschädigt werden, sollten sie durch Kannibalismus bedeutende wirtschaftliche Schäden erlitten haben.
- Für den Verzicht auf Schnabelkupieren sollte ein eigenes Gütesiegel geschaffen werden.
- Mit dem Verbot des Schnabelkürzens wird auch der Artikel 20a des Grundgesetzes (Staatsziel Tierschutz) mit mehr verbindlichem Inhalt gefüllt.

schem Eiweiß, beispielsweise aus der Gelatineherstellung, zu erwägen. Die größten Änderungsmöglichkeiten zur Vermeidung von Verhaltensstörungen bieten sich aber bei den Haltungsbedingungen, der Strukturierung des Stalles, der Gruppengröße und Zusammensetzung sowie beim Management. Und wer auf seinem Betrieb aus Kostengründen kein qualifiziertes Personal bei der Bestandsbetreuung einsetzt, wird bei der Aufzucht unkupierter Hühner, Puten oder Enten sehr schnell scheitern.

Es kann jedenfalls nicht angehen, dass die industriellen Geflügelhalter wie die Barbaren mit dem Geflügel umgehen und wir uns gleichzeitig brüsten, dass der Tierschutz sogar im deutschen Grundgesetz steht. Den Worten müssen endlich Taten folgen!

Anmerkungen

- 1 Fotos von Federpicken und Kannibalismus bei: C. Kepler (ohne Jahresangabe): Gutachten zum Risiko von Federpicken und Kannibalismus in der Kleingruppenhaltung nach der Tier-schutz-Nutztierhaltungs-Verordnung. Gutachten zum Normen-kontrollverfahren (www.mulewrf.rlp.de/fileadmin/mufv/.../Gutachten_LH_Keppler.pdf).
- 2 W. Fölsch und I. Weiland (2008): Artwidrigkeit von Käfighaltung in »Kleingruppenhaltungen«. Stellungnahme von PROVIEH VgtM e.V. zur Klage des Landes Rheinland-Pfalz vor dem Bundesverfassungsgericht.
- 3 K. Niebuhr et al. (2006): Untersuchungen zum Auftreten von Kannibalismus und Federpicken in alternativen Legehennen-haltungen in Österreich – Empfehlungen für die Praxis. Online-Fachzeitschrift des Bundesministeriums für Land- und Fort-wirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Jahrgang 2006 (www.laendlicher-raum.at/filemanager/download/16807/).
- 4 M. Klosterhalfen (2010): Verzicht auf das Schnabelkürzen. Wie in Österreich das Schnabelkürzen bei gleichzeitiger Reduzie-rung von Federpicken und Kannibalismus beendet werden konnte und wie dies auch in Deutschland erreicht werden kann (<http://albert-schweitzer-stiftung.de/wp-content/uploads/pdf/schnabelkuerzen-beenden.pdf>).
- 5 St. Johnigk (2011): Arbeit mit unverkrüppelten Legehennen – Erste Anzeichen des Erfolgs. PROVIEH-Magazin 3/2011, S. 24–26.
- 6 S. Petermann (2010): Verzicht auf Schnabelkürzen bei Legehen-nen. Erfahrungsbericht zum Informationsaustausch in Öster-reich (http://www.laves.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=20137&article_id=91150&_psmand=23).



Prof. Dr. Sievert Lorenzen

Zoologe und seit Februar 2008 ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender von PROVIEH-VgtM e.V.

Zoologisches Institut der Universität Kiel
24098 Kiel
E-Mail: slorenzen@zoologie.uni-kiel.de



Stefan Johnigk

Geschäftsführer von PROVIEH-VgtM e.V.

Bundesgeschäftsstelle
Küterstr. 7–9, 24103 Kiel
E-Mail: johnigk@provieh.de
www.provieh.de

Klimaschützer Kuh

Kritische Anmerkungen zu einer aktuellen Debatte

von Anita Idel

Kühe haben ein zunehmend schlechtes Image – vor allem als »Klima-Killer«. Beim Verdauen rülpst jede Kuh das Gas Methan aus, das dem Treibhaus Erde 25-mal stärker einheizt als Kohlendioxid. Deshalb wird das Rindvieh leichtfertig mit dem Klimaschädling Auto verglichen: Auch Mitarbeiter der FAO vertreten die Meinung, 250 Kilometer mit dem Kleinwagen belasteten das Klima im gleichen Maße wie ein Kilo Rindfleisch. Der folgende Beitrag plädiert für einen Perspektivenwechsel: Die Kühe sind für die Klimaprobleme nicht verantwortlich, wohl aber die energieaufwändige industrialisierte Landwirtschaft mit intensivem Kraftfutteranbau in Monokulturen, gedüngt mit synthetischen Stickstoffverbindungen. Letztere verursachen die klimaschädlichsten landwirtschaftlichen Emissionen. Außerdem wird die Kuh zum Nahrungskonkurrenten des Menschen gemacht, wenn sie – statt zu grasen – mit Getreide, Mais und Soja gefüttert wird. Stattdessen sollten die Potenziale der Weidewirtschaft für die Welternährung in den Fokus von Agrarforschung und -politik rücken. 40 Prozent der weltweiten Landfläche können nicht beackert werden. Diese Feuchtwiesen, Almen, Steppen und Savannen zählen zu den größten Proteinquellen auf der Erde. Und nachhaltige Beweidung mit Rindern und ihren wiederkäuenden Verwandten speichert durch Wurzelwachstum und Humusbildung Kohlenstoff im Boden. So können Kuh & Co – entgegen der gängigen Behauptung – sogar zur Begrenzung des Klimawandels beitragen. Wenn man sie nur lässt ...

Gras und seine Graser gelten gemeinhin als »wenig produktiv«. Bereits seit einigen Jahrzehnten dominiert in Forschung und Politik diese eher abschätzige Wahrnehmung von Rindern, Büffeln, Yaks oder Schafen und ihren Weideflächen. Darin liegt eine fatale Fehleinschätzung, denn sowohl der Umbruch von Dauergrünland in Ackerflächen als auch die Über- und Unternutzung von Weideflächen ignorieren und zerstören letztlich die bislang kaum beachteten, wenngleich für die Menschheit überlebenswichtigen Potenziale des weltweiten Dauergrünlandes: als gigantische Nährstoffressource für die Welternährung und als größter landgestützter Kohlenstoffspeicher für den Klimaschutz.¹

Irrige Annahmen – verzerrte Wahrnehmungen – falsche Folgerungen

Im Folgenden werden anhand von fünfzehn Beispielen kaum hinterfragte Grundannahmen und verzerrte Wahrnehmungen analysiert, um zu verstehen, wie es auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Kontexten letztlich immer wieder zu zwei scheinbar logi-

schen Kurzschlüssen kommt, wonach in der Landwirtschaft *erstens* insbesondere Rinder die Umwelt und das Klima belasteten und *zweitens* die vermeintliche Lösung in der Intensivierung – der Agrarindustrialisierung – liege.

1. »Kühe sind schlechte Futterverwerter«

Seit den 1970er-Jahren zielt die züchterische Selektion bei allen landwirtschaftlich genutzten Tierarten auf kurzfristige Hochleistung. Beim Rind bedeutet dies je nach Rasse: viel Milch *oder* viel Fleisch – und das in möglichst kurzer Zeit. Diese vermeintliche Produktivitätssteigerung erfordert Kraftfutter aus energieintensivem Anbau. Wiederkäuer sind gegenüber Geflügel und dem »Allesfresser« Schwein geniale Grasverwerter, während diese Getreide, Mais und Soja deutlich effizienter verdauen als das Rind. So generiert die Intensivfütterung die absurde Wahrnehmung, Rinder seien im Vergleich zu Huhn und Schwein »schlechte Futterverwerter«. Mit rund 1,4 Milliarden Rindern und Büffeln bevölkern doppelt so viele dieser Tiere unseren Planeten wie noch zu Beginn der 1960er-Jahre. Dies ist

direkte Folge der nicht artgerechten Fütterung mit eiweiß- und energiereichem Kraftfutter; denn das vorhandene Grünland wirkt nicht mehr als begrenzende Futterbasis.

2. »Kühe sind Nahrungskonkurrenten des Menschen«

Besonders dramatisch ist, dass auch die Welternährungsorganisation FAO nicht zwischen energieintensiven und nachhaltigen Systemen unterscheidet. Statt art- und umweltgerechte Grasfütterung einzufordern, diskreditiert sie das Rind: Zur Produktion von einem Kilogramm Rindfleisch würden circa neun Kilogramm Kraftfutter – Getreide, Mais und Soja – benötigt und damit deutlich mehr als für Hühner- und Schweinefleisch. Auf diese Weise werden Kühe zu Nahrungskonkurrenten des Menschen gemacht, statt ihre Fähigkeit zu nutzen, aus für uns unverdaulichem Gras Milch und Fleisch zu bilden.

3. »Rinder vernichten Regenwald«

Wer im Internet recherchiert, wird tausendfach lesen können, der Regenwald würde abgeholzt, um aus den so gewonnenen Flächen Weiden für die extensive Rinderhaltung zu machen. Richtig ist: Die Erstnutzung nach der Abholzung ist tatsächlich in den meisten Fällen die Weidenutzung. Aber der Boden unter dem Regenwald ist durch das ständige Auswaschen sehr arm an Mineralstoffen und enthält nur begrenzte Vorräte an Grassamen, weshalb es sich nur für eine begrenzte Zeit lohnt, ihn beweiden zu lassen. Somit folgt nach meist kurzer Zeit die intensive Ackernutzung – derzeit überwiegend mit Soja, das als Schrot zur intensiven Rinderfütterung genutzt wird (das Öl wird als Lebensmittel und zunehmend auch für Agro-Diesel genutzt).

Dennoch versteigt sich die FAO – indem sie allein die Erstnutzung (Beweidung) berücksichtigt – bei einem Vergleich von extensiver und intensiver Rinderhaltung dazu, die Abholzung des Regenwaldes zu 100 Prozent den extensiven Systemen zuzuordnen.²

4. »Kühe produzieren zu viel Milch«

Seit Ende der 1980er-Jahre verschleierte die Politik der Flächenstilllegungen ebenso wie die permanente Überschussproduktion, dass die EU bei der Erzeugung von Milch und Fleisch am Tropfhängt. Über 70 Prozent der an Eiweiß reichen Futterpflanzen – hauptsächlich Soja – werden in die EU importiert. Dafür wiederholt sich in Argentinien, Brasilien und zunehmend auch in Paraguay der meist gleiche Ablauf: Für den Anbau der Monokulturen wird der Regenwald gerodet. Je nach Ertragsfähigkeit grasen dann dort zunächst für einige Jahre Rinder, ehe die Flächen umgebrochen und vorrangig für den intensiven Anbau von Tierfutter (Soja) genutzt werden. Die auf Ressourcen des Südens basierenden Überschüsse der EU-Mitgliedsstaaten tragen zum in-

ländischen Preisdruck bei und zerstören – unterstützt von Exportsubventionen – ausländische Märkte.

5. »Kühe sind Klima-Killer«

Auch die Diffamierung der Kuh als »Klima-Killer« basiert auf gravierenden Fehlschlüssen in Folge einer nicht-ganzheitlichen Betrachtung: Im Gegensatz zu jeglicher industrieller Produktion haben nur Land- und Waldwirtschaft das Potenzial, Klimagase nicht nur zu emittieren, sondern CO₂ via Photosynthese durch Wurzel- und Humusbildung im Boden zu speichern.

Um aber Energie und Ressourcen vergeudende Agrarsysteme mit nachhaltigen vergleichen zu können, sind nicht nur Emissionsdaten erforderlich wie sie der »ökologische Fußabdruck« üblicherweise bietet. Neben den Angaben zur Freisetzung (den Quellen von Klimagasen) benötigen wir insbesondere für das Dauergrünland auch solche über dessen bereits gespeicherte Mengen sowie das zusätzliche CO₂-Senkenpotenzial.

6. »Grünland bringt zu geringe Erträge«

An Erntemengen, welche häufig nur noch als *Biomasse* bezeichnet werden, wird das (Wachstums-)Potenzial von Pflanzensorten und Anbausystemen gemessen. Dass dem Grasland vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit in Forschung und Politik beigemessen wird, liegt vor allem daran, dass es oberirdisch vergleichsweise langsam wächst. Gras, so könnte man die Wahrnehmung umschreiben, entspricht nicht unserer verinnerlichten Vorstellung von wirtschaftlichem Wachstum, die in der Landwirtschaft inzwischen von schnellwachsenden Monokulturen wie Mais geprägt ist. Zwar schließen vergleichende Bewertungen oberirdischer Erträge teilweise den (Energie-)Input mit ein, nicht aber die unterirdische Entwicklung. Wird also nur eine Vegetationsperiode berücksichtigt und nur das, was oberirdisch sichtbar wächst, erscheint Gras im Vergleich zu Mais automatisch als unproduktiv(er). Dann wird im wahrsten Sinne des Wortes übersehen, dass die fruchtbare Erde im Boden unter den Mais-Monokulturen schrumpft.³

Für die immer industrialisiertere Landwirtschaft gilt, dass die Bodenfruchtbarkeit infolge nicht nachhaltiger Nutzung dramatisch schrumpft. Infolge der Bodenerosion ist die Bodenfruchtbarkeit in Nordamerika dramatisch gesunken – innerhalb von 150 Jahren um 25 bis 30 Prozent. Ausgehend davon, dass ein Millimeter Ackerboden hochgerechnet auf einen Hektar circa zwölf Tonnen wiegt, werden Verluste durch Erosion für 90 Prozent der genutzten Ackerflächen in den USA auf circa 13 Tonnen pro Hektar und Jahr geschätzt.⁴

7. »Grünland und Kühe leisten keinen Beitrag zum Klimaschutz«

Ob Grüne Revolution oder Gentechnik: Durchgesetzt wurde ein einäugiger Wachstumsbegriff, mit dem nur

wahrgenommen wird, was oben auf dem Boden wächst und nicht, was gleichzeitig an fruchtbarem Boden verloren geht. Steigende Ernten allein werden auf unzähligen Grafiken als Fortschritt definiert und sind meist doch nur Beweis für eine traurige Wahrheit: Intensive Landwirtschaft lässt Ressourcen – vor allem die Reserven im Boden – dramatisch schrumpfen. Deshalb können nur Berechnungen, die neben den Ernten und dem zu ihrer Erzeugung notwendigen Input an (Energie-) Ressourcen auch die Bodenentwicklung berücksichtigen, zu belastbaren Ergebnissen führen. Nur das Wissen über den Verlust oder Zuwachs von Humus (und dem darin gebundenen Kohlenstoff) bietet eine Erkenntnisbasis, auf der zukunftsfähige Entscheidungen gefällt werden können.

Die entscheidende Formel lautet: Jede zusätzliche Tonne Humus im Boden entlastet die Atmosphäre um 1,8 Tonnen CO₂, denn Humus besteht zu über 50 Prozent aus Kohlenstoff (0,55 Tonnen C und 1,25 Tonnen O₂ = 1,8 Tonnen CO₂). Das Potenzial des Dauergrünlandes für die Kohlenstoffspeicherung liegt somit insbesondere in seinem Wurzelwachstum. Da »die Wurzeln von heute der Humus von morgen« sind, erhält und erhöht nachhaltiges Beweidungsmanagement die Bodenfruchtbarkeit. Über den Klimaschutz hinaus liegt darin das Potenzial des Dauergrünlandes für die Welternährung.

8. »Kühe verbrauchen zu viel Land«

Nicht nur die Bewertung von Kühen anhand ihres Kraftfutterverbrauches führt in die Irre (siehe oben). Ähnlich problematisch sind Äußerungen, wonach die Haltung von Rindern aufgrund des Flächenverbrauchs diskreditiert wird. Wie intensiv und energieaufwändig einerseits oder nachhaltig und artgerecht andererseits Rinder gehalten werden, hängt entscheidend von ihrer Fütterung ab. Je intensiver sie gefüttert werden, desto geringer ist die erforderliche Gesamtfläche, auf der das Futter wächst. Da für Kraftfutter aber Ackerflächen statt Dauergrünland genutzt werden, wirkt sich intensive Fütterung automatisch zu Lasten der direkten Versorgung mit Lebensmitteln aus.

Hingegen sind zwei Drittel der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen Grünland und der größte Teil davon ist Dauergrünland – auf Böden, die zu fragil, zu nass, zu steinig oder zu steil sind, um sie als Acker zu nutzen. Es sind somit gerade die artgerecht mit viel Gras gefütterten Kühe, mit denen viel Grünland genutzt und damit in Wert gesetzt werden kann, ohne in Nahrungskonkurrenz zum Menschen zu stehen.

9. »Kühe verbrauchen zu viel Wasser«

Die Wahrnehmung der Kuh als größter Wasserverbraucherin folgt einer ähnlichen Logik wie die, wonach Rinder die größten *Landverbraucher* seien. Für die Erzeu-

gung eines Kilogramms Rindfleisch werden Zahlen bis zu 200.000 Liter Wasser gehandelt. Solchen Berechnungen liegt vor allem der Regen zugrunde, der auf die Futterflächen fällt; deshalb schneidet wiederum die *intensive* Produktion besser ab, da sie ja einen geringeren Flächenbedarf hat. Dass die nachhaltige Nutzung von Dauergrünland mit Rindern auch beim Wasser mit keiner anderen Nutzung konkurriert, dabei also gerade nichts auf Kosten der menschlichen Ernährung *verbraucht* wird, gerät dabei völlig aus dem Blick.⁵

10. »Kühe produzieren (zu viel) Methan«

Methan ist 25-mal so klimaschädlich wie CO₂. Das ist so lange kein Problem wie das Gras als natürliche Futtergrundlage die Zahl der Rinder und Büffel begrenzt. Dass diese seit 1960 auf heute 1,4 Milliarden verdoppelt worden ist, basiert vor allem auf der in dieser Zeit um das Achtfache gestiegenen Menge an synthetischem Stickstoffdünger: Durch seine *billige* Verfügbarkeit konnte die Produktion von Kraftfutter massiv gesteigert werden.

Gleichzeitig geriet die natürliche Bodenfruchtbarkeit aus dem Fokus, da der Stickstoffdünger sie quasi zu ersetzen schien, obwohl sein Einsatz im Rahmen industrieller Systeme die Bodenfruchtbarkeit in Wahrheit auf Dauer zerstört. Hinzu kommt der ebenfalls zerstörerische Klimaeffekt: Durchschnittlich werden zwei bis fünf Prozent der eingesetzten Menge Stickstoffdünger in Lachgas umgewandelt, dessen Klimarelevanz sogar 296-fach über der des CO₂ liegt.

11. »Tierische Ausscheidungen sind Abfall, der entsorgt werden muss«

Infolge der billigen Verfügbarkeit von synthetischem Stickstoffdünger explodierte die Anzahl der gehaltenen Tiere und damit der Anfall von Gülle in Massentierhaltungen. Aufgrund des hohen Einsatzes von Medikamenten und Desinfektionsmitteln sind die Ausscheidungen so belastet, dass sie nicht nur wegen ihrer Menge ein Umweltproblem darstellen.

Tierische Ausscheidungen gehören (wie menschliche auch) zurück in die Böden, insbesondere in die, von denen das Futter für die Ernährung der Tiere stammt. Über die Reduzierung des Einsatzes von synthetischem Stickstoffdünger (und damit der Kraftfuttermengen und in der Folge der Zahl der gehaltenen Tiere) hinaus ist somit nicht nur aus Tierschutzgründen erforderlich, dass sie aus artgemäßen Haltungssystemen stammen.

Derzeit überwiegt demgegenüber die Wahrnehmung, synthetischer Stickstoffdünger sei quasi *normal*, zumal er zeitlich gezielt – orientiert am Pflanzenwachstum – ausgebracht werden kann. Entsprechend gelten tierische Ausscheidungen auch deshalb zunehmend als schädlicher *Abfall*, weil ihr Anwendungszeitpunkt meist mehr vom (Über-)Füllungszustand der Güllegruben als

vom Bedarf des Bodens bestimmt wird. Tatsächlich sind tierische Ausscheidungen immer weniger in einer für Böden und Gewässer verantwortbaren Qualität verfügbar und die Ausbringung von Gülle erfüllt nicht selten den Tatbestand reiner Entsorgung.

12. »Rinderkot ist ein Methanemittent«

Dass das Klimagas Methan nur unter anaeroben Verhältnissen (so wie im Pansen der Rinder) entsteht, gilt natürlich auch für den Kot der Rinder. Somit stellt die Gülle eine potenzielle Methanquelle dar, nicht aber der Kuhfladen auf der Wiese.

13. »Dauergrünland speichert wenig Kohlenstoff im Vergleich zu Wald«

Die große Relevanz des weltweiten Graslandes nicht nur als Nährstoffquelle, sondern auch als Kohlenstoffspeicher (und -senke) basiert auf zwei Pfeilern: der riesigen Flächenausdehnung erstens und der fruchtbaren Erde im Boden zweitens. Aber weil die Masse des CO₂ unterirdisch gespeichert wird und viel weniger in den oberirdisch sichtbaren Grashalmen, ist es naheliegend, dass Wald als viel wesentlicherer für die CO₂-Speicher wahrgenommen wird als Dauergrünland.

Jedoch wächst auf circa fünf Milliarden Hektar, das sind knapp 40 Prozent der globalen Landfläche, dauerhaft Gras auf Böden, die nicht ackerfähig sind. Weit hinaus über das Grünland, das die FAO der landwirtschaftlichen Nutzfläche (3,4 von fünf Milliarden Hektar) zuordnet, zählen dazu die Steppen, Pampas und Savannen – einschließlich der Serengeti und der argentinischen Pampa.

Aufgrund dieser gigantischen Dimension stellt das weltweite Dauergrünland einen elementaren und unverzichtbaren Kohlenstoffspeicher dar – mindestens so groß wie der der Wälder. Nachhaltige Beweidung sorgt für eine möglichst geschlossene Grasbedeckung und bewahrt dadurch die Funktion der Böden als Kohlenstoffspeicher. Ohne die schützende Grasnarbe – das Geflecht aus Gräsern und Kräutern sowie deren Wurzeln – würden die Böden durch Wind und/oder Wasser erodieren und fruchtbare Erde würde teilweise unwiederbringlich verloren gehen. Gleichzeitig würde der Kohlenstoffschwund im Boden die Atmosphäre mit zusätzlichem CO₂ belasten.

14. »Dauergrünland ist keine nennenswerte Kohlenstoff-Senke«

Entgegen der verbreiteten Überzeugung, Dauergrünland habe für die Klima-Entwicklung im Vergleich zu Wald eine zu vernachlässigende Bedeutung, stellt es nicht nur einen gigantischen Kohlenstoff-Speicher dar, sondern bietet durch das Wachstum seiner mehrjährigen Gräser ein großes Potenzial als Kohlenstoff-Senke. Diese Funktion lässt sich nur verstehen, wenn ihre Ent-

wicklung dauerhaft dokumentiert wird: Grünland ist in Ko-Evolution mit Grasern entstanden, durch deren nachhaltige Beweidung Grasböden auf Dauer durch Humusbildung *wachsen*. Dieser Prozess braucht *Zeit*. So sind mit Hilfe der Herden, die in jahreszeitlichen Rhythmen weideten, über Jahrtausende teilweise meterdicke (Schwarz-)Erden entstanden.

Damit das Gras sprießt, braucht es den Biss der Weidetiere. Dieser löst durch einen Wachstumsimpuls die Photosynthese aus, das heißt die Aufnahme von CO₂ aus der Atmosphäre unter Verwendung von Sonnenenergie. Dadurch wachsen aber nicht nur das oberirdisch sichtbare Grün, sondern vor allem dessen unterirdische Wurzeln. Die Kunst liegt darin, die Böden immer wieder regenerieren zu lassen. Dazu bedarf es nach der Beweidung immer mal wieder einer – je nach Region und Jahreszeit längeren oder kürzeren – Pause.

Versuche, die das Potenzial von Dauergrünland als Kohlenstoffsinken erforschen, stehen weiterhin aus. Zahlreiche Versuche zu Landnutzungsänderungen belegen inzwischen, dass nach der Umwandlung von Grünland in Ackerland innerhalb weniger Jahre bis zu 40 Prozent des Humus verloren gehen kann. Irritationen lösten Ergebnisse von Versuchen aus, die den umgekehrten Weg beschreiten und das Senkenpotenzial nicht auf Dauergrünland, sondern auf Ackerböden erforschten, in die Gras gesät worden war: In den ersten Vegetationsperioden speichern diese winzigen Pflänzchen (die oberirdischen Halmchen ebenso wie ihre filigranen Würzelchen) nur wenig Kohlenstoff. Dieses magere Wachstum neu gesäter Gräser macht nach Meinung der Forscher deutlich, wie problematisch der Umbruch von Dauergrünland ist.⁶ Solche Landnutzungsänderungen lassen sich somit nicht dadurch kompensieren, dass an anderer Stelle Grünland neu angesät wird, wie es in Deutschland üblich ist.

Im Vergleich insbesondere zum (Regen-)Wald, der inzwischen über eine Lobby im Natur- und Umweltschutz verfügt, die seinen Schutz auch in internationalen Vereinbarungen vorantreibt, ist das weltweite Dauergrünland rechtlich immer noch weitgehend verwaist und seine Bedrohung kaum ein Thema in den Medien.

15. »Kühe sind ‚Heuschrecken‘ und degradieren das Land«

In seinem Buch »Das Imperium der Rinder« setzte der amerikanische Umweltaktivist Jeremy Rifkin Anfang der 1990er-Jahre Rinder mit Heuschrecken gleich. Der amerikanische Titel »Beyond Beef« verdeutlicht noch mehr, worum es Rifkin letztlich ging: um nicht weniger als die Abschaffung der Rinder vom Planeten Erde, das heißt eine Perspektive – wie er schreibt – »jenseits der Rinderkultur«.

Der Grund war die Landdegradierung infolge von Überweidung. Was Rifkin nicht wusste und seitdem in

der Öffentlichkeit eher noch weniger bekannt ist: Ohne Nutzung bzw. durch Unternutzung geht Grasland auf Dauer ebenso verloren wie durch Übernutzung – kurz: ohne Graser kein Gras. Da das Zusammenwirken von Weideland und Weidetieren in Ko-Evolution entstanden ist, hängen Existenz und Fortbestand der Wiesen und Weiden von ihrer Nutzung ab – davon *dass* und *wie* sie genutzt werden. Ungenutzt verbuschen oder verwalden (je nach Wasserverfügbarkeit und Temperatur) die ungenutzten Grasflächen, da die vergleichsweise kleinen Gräser in der Konkurrenz um Nährstoffe, Wasser und Licht nach und nach unterliegen. Damit geht Gras als Futtergrundlage dauerhaft verloren und das Erosionsrisiko nimmt zu. Graser von überweideten Böden dauerhaft fernzuhalten, ist daher keine Lösung.

Hingegen entspricht nachhaltige Weidewirtschaft am meisten dem Bedarf der weltweiten Graslandschaften. Sie ist nicht nur eine alte, sondern – obwohl benachteiligt – eine weiterhin verbreitete Form der Landnutzung. Das englische Wort *pasture* für Grasland macht deutlich, warum der gute Hirte bei uns Pastor heißt. Knapp 6,9 Milliarden Menschen leben auf der Erde, circa 800 Millionen davon sind Angehörige von Hirtenvölkern. Die Alpwirtschaft ist in diesen Zahlen noch gar nicht enthalten; sie wird derzeit überwiegend unter dem Aspekt der Tradition und weit weniger wegen ihrer Potenziale für die Ökosysteme und das Klima wahrgenommen. Allein in Afrika werden 40 Prozent der Landfläche von Hirtenvölkern (Pastoralisten) genutzt. Insbesondere in Zeiten des Klimawandels ermöglicht die damit verbundene Flexibilität den Pastoralisten, auch kurzfristig reagieren und den Ort oder sogar die Region gegebenenfalls mitsamt der Habe verlassen zu können. Letztlich wandern Pastoralisten mit den Herden dem Futter hinterher – in Afrika suchen sie während der Trockenzeit Weidegründe in entfernteren Regionen auf, in asiatischen Steppen ziehen sie während des Sommers in Höhenlagen, deren Böden im Winter tief gefroren und verschneit sind. Wo grasende Wildtiere nach Zahl und/oder Art aus den Steppenregionen dezimiert oder völlig verdrängt worden sind, haben nur Pastoralisten mit ihren Herden das Potenzial, diese Ressourcen vor Erosion zu schützen und durch nachhaltige Nutzung für die Welternährung zu sichern. Aber dementsprechend fördern politische Rahmenbedingungen den Ackerbau auch in erheblich erosionsgefährdeten Regionen und verschärfen die (Über-)Lebensbedingungen der Pastoralisten.

Grüne Forschungsperspektiven – für Gras und Graser

Wir haben eine »Methandebatte«, brauchen aber dringend eine »Lachgasdebatte«. Das Problem sind nicht die Rinder, sondern zunehmend industrialisierte Agrar-

systeme, die den Fleischkonsum immer weiter anheizen. So führt erst der gigantische Energieeinsatz mittels synthetischem Dünger über die Produktion von (Import-)Futtermitteln zu der gigantischen Anzahl von Tieren, die für die menschliche Ernährung gezüchtet und gehalten werden: Weltweit werden circa 1,48 Milliarden Rinder und Hausbüffel, 15 Milliarden Geflügel-tiere, 980 Millionen Schweine etc. gehalten.

Wir benötigen eine Agrarkultur, die Nachhaltigkeit für künftige Generationen und somit die Verringerung von Erosion und die Erhöhung von Bodenfruchtbarkeit zu ihrem zentralen Ziel erklärt und dabei das weltweite Grünland mit einschließt. »Business as usual is not an option« formuliert der Weltagrarbericht (IAASTD) und zielt damit auf die Bedrohung der biologischen Vielfalt durch Ressourcenübernutzung – insbesondere der Böden. Neben dem Dauergrünland muss auch dem Grünland im Ackerbau künftig wieder eine größere Bedeutung zukommen – als Bestandteil der Fruchtfolgen. Diese *Gründüngung* verringert die Bodenerosion und damit den Verlust fruchtbarer Erde und verbessert

Folgerungen & Forderungen

- Kühe sind keine Klima-Killer! Klimaschädlich ist die energieaufwändige industrialisierte Landwirtschaft – vor allem mit Kraftfutteranbau für die Massentierhaltung. Für die Monokulturen, die intensiv mit synthetischen Stickstoffverbindungen gedüngt werden, wird Regenwald gerodet und Dauergrünland umgebrochen.
- Kühe, Schafe und andere Wiederkäuer sollten nicht zum Nahrungskonkurrenten des Menschen gemacht werden. Sie können Weidefutter in Milch und Fleisch umwandeln und sind deshalb prädestiniert für diejenigen Böden, die nicht beackert, aber beweidet werden sollten.
- Grünland bedeckt rund 40 Prozent der weltweiten Landfläche und zählt zu den größten Kohlenstoffspeichern. Die Speicher- und künftige Senkenfunktion ist durch nachhaltiges Weidemanagement von Grasern zu erhalten.
- Kühe und andere Graser tragen durch die Nutzung des weltweiten Graslandes dazu bei, das Klima zu schützen.
- Voraussetzung für eine klimafreundliche Viehwirtschaft ist die drastische Reduktion des Fleischkonsums und damit der Tierbestände.
- Basis der Reintegration der Tierhaltung und des Ackerbaus für eine nachhaltige Landnutzung muss die Fütterung der Tiere insbesondere mit Gras und Pflanzenresten sein sowie die Wiederinwertsetzung ihrer Ausscheidungen als Dünger.

durch die Wurzeln mehrjähriger Gräser die Bodenstruktur. Dabei steht nicht die Kohlenstoffbindung im Vordergrund, sondern die natürliche Anreicherung von Stickstoff durch Leguminosen – vor allem Klee. Inzwischen erfordert auch der Klimawandel, dass Gründüngung auf die politische Agenda gesetzt wird, weil die übliche Düngung mit synthetischem Stickstoffdünger den größten Beitrag der Landwirtschaft zum Klimawandel provoziert – durch das besonders klimaschädliche Lachgas.

Weil synthetischer Stickstoffdünger die Ökosysteme bedroht und den Klimawandel anheizt, muss tierischer Dung wieder in Wert gesetzt werden. Statt die aktuelle Ernte zu maximieren, muss das Ziel jeglicher Düngung immer auch in der Erhaltung und Förderung der Bodenfruchtbarkeit liegen. Der Optimierung der Nutzung von tierischen Ausscheidungen – Fäkalien und Urin – im Ackerbau wie im Dauergrünland sollte künftig wieder besondere Aufmerksamkeit in der Forschung und Beratung zukommen.

Hinsichtlich der Ernährungs- und Klimarelevanz besteht genereller Forschungsbedarf für das Grünland – einschließlich des Beweidungsmanagements. Seine Potenziale zu nutzen und weiterzuentwickeln, erfordert politische Rahmenbedingungen, die weit darüber hinaus gehen, Dauergrünland vor Umbruch zu bewahren. Der Grünlandnutzung sollte genauso viel Geld und Manpower zukommen wie dem Ackerbau.

Die wahren Potenziale zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit birgt das (Dauer-)Grünland insbesondere da, wo es bereits in erheblichem Umfang Wurzelmasse im Boden gebildet hat. Denn dort verfügt es durch die vielfältige und weiträumige Vergesellschaftung mit Bodenorganismen wie Bakterien und Pilzen über guten Zugriff auf Nährstoffe und Wasser – Voraussetzung, um weitere Biomasse zu bilden und dabei Kohlenstoff aus der Atmosphäre zu binden. Aber wie viele Tiere das Dauergrünland bei uns und anderswo unter welchen jahreszeitlichen Bedingungen wie lange verträgt, um weder über- noch unternutzt zu werden, das hängt entscheidend von den lokalen Verhältnissen ab: den Böden, der Wasserverfügbarkeit, den Tierarten und -rassen, den Jahrestemperaturen und dem aktuellen Wetter.

Statt uns also weiter von dem bisherigen (auf die Ernten beschränkten) Wachstumsbegriff in die Irre führen zu lassen, benötigen wir generell Daten über die Auswirkungen der Bodennutzung auf die Bodenfruchtbarkeit, um sie zu einem entscheidenden Bewertungskriterium für den Vergleich landwirtschaftlicher Systeme zu machen. Das gilt für das Ackerland einschließlich seiner Gründüngung und ebenso für das Dauergrünland. Die künftige Agrarpolitik und -forschung muss sich auf den Boden-Pflanze-Tier-Komplex – und somit auf die biologische Vielfalt und die Potenziale von Symbiosen und komplexen Systemen – konzentrieren. So kann sie mit dem Wissen des 21. Jahrhunderts die wahre Produktivitätsentwicklung von Landschaften in den Fokus nehmen – einschließlich des Graslandes mitsamt seinen Grasern.

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu und zum Ganzen des Artikels mein Buch: Die Kuh ist kein Klima-Killer! Wie die Agrarindustrie die Erde verwüstet und was wir dagegen tun können. Marburg 2010.
- 2 H. Steinfeld et al. (Eds.) (2010): Livestock in a changing landscape. Swiss College of Agriculture SHL. Scientific Committee on Problems of the Environment. Washington, Covelo, London.
- 3 Ein beeindruckendes Beispiel dieser Nicht-Wahrnehmung stammt von einem engagierten Umweltjournalisten, der unlängst nicht die fruchtbare Erde, sondern das Great Barrier Reef nordöstlich von Australien als die »größte von Lebewesen geschaffene Struktur« bezeichnete.
- 4 Vgl. D. Pimentel and M. Pimentel: World population, food, natural resources, and survival. World Futures 59 (2003), pp. 145–167.
- 5 Vgl. Ch. Poeplau; A. Don et al.: Temporal dynamics of soil organic carbon after land-use change in the temperate zone – carbon response functions as a model approach. Global Change Biology 17 (2011), pp. 2415–2427.



Dr. Anita Idel

Tierärztin, Mediatorin, Wissenschaftsjournalistin und Lehrbeauftragte an den Universitäten Kassel und Lüneburg

Mediation und Projektmanagement
Tiergesundheit & Agrobiodiversität
Monumentenstr. 3, 10829 Berlin
E-Mail: info@anita-idel.de

Rückblick 2011: **Erfolglos, aber nicht folgenlos**

von Marcus Nürnberger

Das Bewusstsein für gesunde Lebensmittel aus gesunden landwirtschaftlichen Strukturen wächst in weiten Teilen der Bevölkerung. Zu diesem Schluss jedenfalls muss man kommen, wenn man sich an die Anfang des Jahres zur Grünen Woche in Berlin stattfindende Demonstration »Wir haben es satt!« erinnert: 22 000 Demonstranten fordern, begleitet von 70 Traktoren, eine faire und nachhaltige Lebensmittelproduktion. Ein breites Bündnis aus Verbraucher-, Tier- und Umweltschutzverbänden, entwicklungspolitischen Organisationen, Initiativen gegen Gentechnik und Massentierhaltung sowie Bauern- und Imkerverbänden hatte innerhalb der Kampagne »Meine Landwirtschaft« zu der Kundgebung aufgerufen. Ein starkes Signal kam da Anfang des Jahres aus Berlin. Fortsetzung folgt ...: Für Januar 2012 ist die nächste Großdemo in Berlin angesetzt.

Starkes Signal

Alarmierende Nachrichten aus den USA

Aus den USA, dem Vorreiterland der Gentechnik, kommen immer wieder neue, aufrüttelnde Berichte über die Folgen des Einsatzes von gentechnisch veränderten Pflanzen in Kombination mit Totalherbiziden. In den USA treten immer mehr Resistenzen von Ackerunkräutern gegen das Totalherbizid Glyphosat auf (siehe unten den Beitrag von Steffi Ober). In der Folge setzen die Bauern auf Anraten der Industrie immer mehr Glyphosat oder neue Herbizidcocktails ein, um den Unkräutern Herr zu werden. In einigen Bundesländern hilft nur noch die Unkrautregulierung per Hand. Immense Kostensteigerungen sind die Folge, was den angeblichen Anbauvorteil transgener Pflanzen stark in Frage stellt. Hinzu kommt, dass auch die Schädlinge Maiswurzelbohrer, Maiszünsler und Baumwollkapselwurm, gegen die die insektenresistenten, gentechnisch veränderten Pflanzen wirken sollen, immer mehr Bt-Gifte tolerieren und sich auch hier Resistenzen bilden.

**Höhere Kosten –
mehr Schädlinge**

Die Industrie-Lösung heißt: »stacked genes«, das sind transgene Pflanzen, die verschiedene Eigenschaften besitzen sollen. Die gesundheitlichen Folgen bleiben unklar, weil weder die Kombinationswirkungen dieser Multi-Eigenschaften in der Pflanze noch die Wechselwirkungen mit den eingesetzten Herbiziden untersucht werden. Auch die Landwirte in den USA sträuben sich diese Pflanzen einzusetzen, weil sie dann keine freie Wahl mehr haben, welche gentechnisch übertragene Eigenschaft (»trait«) sie nutzen wollen, und weil sie für jede einzelne Eigenschaft Lizenzen zahlen müssen, was den Anbau erheblich verteuert. Ein weiteres Problem der ame-

**Konzerne
verklagen Bauern**

rikanischen Landwirte ist, dass neue, ertragreichere Sorten (welche nach wie vor auf konventioneller Zucht beruhen) nur noch in Kombination mit einer Herbizidtoleranz oder Insektengiftigkeit als gentechnisch veränderte Organismen (GVO) auf den Markt kommen. Konventionelles Saatgut ist immer schwerer und auch nur in Form alter, ertragsschwächerer Sorten erhältlich. So fühlen sich die Landwirte genötigt, gentechnisch veränderte Sorten – trotz Preisaufschlag und Patenten – zu kaufen, auch deshalb, weil der Absatzmarkt für konventionelle oder biologische Erzeugnisse (noch) unsicher ist. Die Patente auf Saatgut führen in den USA immer wieder zu Klagen gegen Bauern, die angeblich gegen die Patentgesetze verstoßen haben. Die großen Saatgutunternehmen, allen voran Monsanto, machen mit diesen Gerichtsprozessen ihren Anspruch auf die Kontrolle des Saatguts als Grundlage der Agrarproduktion deutlich.

Flop in Europa – Gentechnik-Anbau geht zurück

**Acht EU-Länder
verbieten Gen-Mais**

Gemessen an ihren eigenen Zielen hat die Gentechnikindustrie in Europa noch immer einen schweren Stand. Der Anbau in Europa ist in den letzten zwei Jahren sogar um über 20 Prozent zurückgegangen, nicht zuletzt durch die Anbauverbote von MON810 in Österreich, Griechenland, Ungarn, Polen, Luxemburg, Frankreich und Deutschland. Das Verbot erfolgte in diesen Ländern unter Inanspruchnahme der in der EU-Richtlinie 2001/18/EG Artikel 23 formulierten Schutzklausel. Diese ermöglicht es, den Einsatz und/oder den Verkauf von gentechnisch veränderten Produkten einzuschränken, wenn eine Gefahr für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt besteht. Allerdings befindet sich MON810 in der Neuzulassung. Wenn diese erfolgen sollte, wären die nationalen Anbauverbote »vom Tisch« und die Mitgliedsstaaten müssten neue Anbauverbote, beruhend auf neuen Studien, aussprechen.

Einen anderen Weg des Anbauverbots ist Bulgarien gegangen: Schon im Jahr zuvor hatte das Land einen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen für kommerzielle und wissenschaftliche Zwecke durch eine verschärfte Gesetzgebung nahezu ausgeschlossen. Im Blick auf die Möglichkeiten, die die europäische Gesetzgebung eröffnet, hat man die Abstandsregelungen weitreichend verschärft: Verboten ist ein Anbau von Gentechnik-Pflanzen in einem Radius von 30 Kilometern um Schutzgebiete. Zu Bienenständen müssen zehn Kilometer Abstand gewahrt werden, zu ökologisch bewirtschafteten Flächen sieben Kilometer. Die von der EU-Kommission nicht beanstandeten Regelungen finden große Zustimmung in der Bevölkerung.¹

**Amflora hinter
Stacheldraht**

Aufgrund des Verbots des kommerziellen Anbaus von MON810 ist in Deutschland nur noch der Anbau der gentechnisch veränderten Stärkekartoffel »Amflora« von der BASF erlaubt. Wurde im Jahre 2010 noch auf 14 Hektar Pflanzgutvermehrung für Amflora gemacht, sind es 2011 gerade mal zwei Hektar gewesen – im Schaugarten Üpplingen hinter Stacheldraht. Das 2010 vermehrte Pflanzgut erfüllte die Kriterien der Saatgutprüfung nicht. Zudem war das Ursprungspflanzgut der BASF mit einer anderen, nicht zugelassenen transgenen Kartoffel »Amadea« verunreinigt. Dies zeigt, dass selbst multinationale Konzerne GMO-Kontaminationen im eigenen Hause nicht im Griff haben. Ob sich 2012 eine Stärkefabrik für die Sorte Amflora findet, ist fraglich, da die Stärkefabriken eine Trennung der Warenströme nicht garantieren können und sie ihre Lebensmittelkunden nicht verlieren wollen. Die Länder Österreich, Luxemburg und Ungarn hatten nach der Zulassung der Amflora im März 2010 ein Anbauverbot für Amflora ausgesprochen und gegen die Zulassung vor dem Europäischen Gerichtshof Klage eingereicht.

Im Oktober meldete die BASF, sie habe eine Phytophthora-resistente Pommeskartoffel »Fortuna« für den Zulassungsprozess angemeldet. Das Unternehmen rechnet ab 2014 mit einem Anbau. Ob sich der sensible Speisekartoffelmarkt mit Fortuna anfreundet, finden zumindest die Kritiker (aber auch die Pommes- und Chips-Industrie) höchst unwahrscheinlich.

Kritische Wissenschaftler diskreditiert

Die Gentechnikindustrie arbeitet auf allen Ebenen, um Gentechnik in Europa durchzusetzen. Im Rahmen der Forschung wird versucht, gentechnikkritische Wissenschaftler zu diskreditieren. Der französische Wissenschaftler Gilles-Eric Seralini hat jedoch Anfang des Jahres vor Gericht einen Sieg errungen. Die Pro-Gentechnik Organisation l'Association française des biotechnologies végétales (AFBV) muss 1 000 Euro Bußgeld wegen Verleumdung und 4 000 Euro Gerichtskosten zahlen. Die AFBV hatte Seralinis Arbeit in Schreiben an die Presse als unwis-

senschaftlich abgewertet und behauptet, er würde nur Ängste schüren. Auch bei dem im Herbst 2011 nach Deutschland gekommenen US-amerikanischen Wissenschaftler Prof. Don Huber wurde vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft unter der Überschrift »Gefahr durch Glyphosat? Kampagne gegen Herbizid auf dünnem Eis« versucht, den Wissenschaftler unglaubwürdig zu machen.²

EU-Zulassungspraxis in der Kritik

Bei der EU-Kommission liegen zurzeit Zulassungsanträge für den Anbau von 26 neuen transgenen Pflanzen vor. Kurz vor der Zulassung stehen die Maissorten Bt11 von Syngenta und 1507 von Pioneer. Bei beiden wurde eine Insektengiftigkeit mit einer Herbizidresistenz kombiniert. Umweltverbände haben gravierende Mängel bei der Sicherheitsbewertung der Maispflanzen durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA entdeckt. Problematisch ist diese Art der Kombination, weil die Wechselwirkungen zwischen Insektengiftigkeit und Herbizidresistenz von der EFSA nicht untersucht werden. Das widerspricht dem Vorsorgeprinzip, verwundert aber nicht bei einer Organisation mit großer Nähe zu den Gentechnikkonzernen. Besonders kritisch ist die enge Verflechtung von Mitarbeitern der EFSA mit Unternehmen wie Coca-Cola, Monsanto und Dow Chemical über deren Mitarbeit im International Lifescience Institute, das von eben diesen Unternehmen gesponsert wird. Die schon 2008 während der französischen Ratspräsidentschaft geforderte Reform der Behörde ist bis heute nicht vollzogen. Mit Workshops zu den Interessenskonflikten und der wissenschaftlichen Unabhängigkeit täuschen die Verantwortlichen ein Problembewusstsein vor, ohne eine Lösung für die tatsächlichen Probleme, insbesondere die enge personelle Verbindung mit der Industrie, anzugehen.

Vorsorgeprinzip missachtet

Weitere kritische Punkte (neben der großen Industrienähe) im Bewertungsprozess der EFSA sind:

- Die spezifischen Risiken, die durch die gentechnische Veränderung ausgehen, werden nicht untersucht, da die EFSA von der sogenannten »substantiellen Äquivalenz« ausgeht, also eine prinzipielle Vergleichbarkeit der transgenen Pflanzen mit den traditionell gezüchteten Pflanzen unterstellt.
- Die Untersuchungen werden in der Regel von den beantragenden Konzernen selbst gemacht. Die Öffentlichkeit erhält aber unter Verweis auf Betriebsgeheimnisse keine Einsicht in das Untersuchungsdesign oder aber über die Ergebnisse der Konzernstudien.
- Die vorgelegten Industriedaten und -studien genügen oft nicht den Standards, die an wissenschaftliche Publikationen angelegt werden. Insbesondere fehlt oftmals eine unabhängige Qualitätskontrolle.
- Selbst in strittigen Fällen werden von der EFSA keine weiteren unabhängigen Untersuchungen verlangt. Selbst wenn erhöhte Risiken für das Immunsystem bestehen oder ungewollte Veränderungen in den Pflanzen festgestellt worden sind, hat sich die EFSA bislang immer für die Zulassung ausgesprochen.
- Fütterungsversuche zur Untersuchung der Risiken für Mensch und Tier sind nicht vorgeschrieben.³

Zu große Nähe zur Industrie

Im Rahmen der Zulassungspraxis gentechnisch veränderter Pflanzen in der EU spielt die EFSA eine zentrale Rolle. Sie ist zwar nur Prüfungsinstanz und gibt Empfehlungen, allerdings hat der gentechnikfreundliche Kurs der EU-Kommission in der Vergangenheit immer dazu geführt, dass die Kommission den positiven Empfehlungen der EFSA gefolgt ist.

Fluch der Freiheit? – Nationale Anbauverbote

Schon im vergangenen Jahr hat EU-Verbraucherkommissar Dalli einen Verordnungsvorschlag vorgelegt, der es den Mitgliedsstaaten »erleichtern« soll, Anbauverbote auf nationaler Ebene durchzusetzen. Der eigentliche Grund für eine geänderte Verordnung war jedoch die Absicht, das Zulassungsverfahren für neue GVO zu beschleunigen. Kritisiert wurde der Verordnungsentwurf vor allem, weil er explizit ein nationales Verbot auf der Grundlage des Schutzes der Umwelt und der Gesundheit untersagt und Verbotskriterien nicht eindeutig definiert: »Die

Mitgliedsstaaten dürfen [...] Maßnahmen erlassen, um den Anbau aller oder bestimmter GVO auf ihrem Hoheitsgebiet oder in Teilen desselben zu beschränken oder zu untersagen, sofern sich diese Maßnahmen auf andere Gründe stützen als diejenigen, die auf der Bewertung der schädlichen Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt beruhen, die sich aus der absichtlichen Freisetzung oder dem Inverkehrbringen von GVO ergeben könnten.« So lautet die entscheidende Passage aus dem Verordnungsentwurf.

**Mehr Rechte für die
EU-Mitgliedsstaaten
gefordert**

Der als Reaktion vom Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit von der Berichterstatterin Corinne Lepage im April 2011 im Parlament vorgestellte »Lepage«-Bericht greift die Möglichkeit von Anbauverböten durch einzelne Mitgliedsstaaten auf, formuliert jedoch eindeutige Verbotskriterien, zu denen auch klar zu befürchtende Umwelttrisiken oder eventuelle ungewollte Auskreuzungen gehören. Bei der Abstimmung Anfang Juli stimmte das EU-Parlament mit großer Mehrheit für eine rechtlich sichere und umfassende Regelung für ein Verbot des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen durch einzelne EU-Mitgliedsstaaten. Zuvor hatten die Europaabgeordneten wesentliche Änderungsvorschläge zum ursprünglichen Entwurf der EU-Kommission angenommen und die Verbotsgründe auf Umwelttrisiken, wissenschaftliche Unsicherheiten sowie sozio-ökonomische Folgen ausgeweitet.

In einem nächsten Schritt muss sich der EU-Ministerrat mit den in dem Lepage-Bericht vorgeschlagenen Änderungen befassen. Nur wenn der Rat eine gemeinsame Position findet und in der ersten Lesung alle vorgeschlagenen Änderungen annimmt, wird der Rechtsakt verabschiedet. Falls sich die Standpunkte von Rat und Parlament unterscheiden, kommt es zu einer zweiten Lesung im Parlament, eventuell zu einer zweiten Lesung im Rat oder gar zur Einberufung des Vermittlungsausschusses. Ein Datum für die erste Lesung im Rat steht noch nicht fest.

EU-Verbraucherkommissar legt zweifelhaften Bericht vor

Mitte April hat EU-Verbraucherkommissar John Dalli einen offiziellen Bericht zu den sozio-ökonomischen Auswirkungen des Anbaus von Gentechnik-Pflanzen veröffentlicht.⁴ Auf der Grundlage von nationalen Umfragen unter Behörden, Verbänden und Bauern sollten die Folgen auf den gesamten Ernährungssektor erfasst werden. Allerdings durften die Ministerien nur ihre eigenen Erfahrungen im Inland in den Bericht einbringen. Vor dem Hintergrund, dass in Europa auf weniger als 0,08 Prozent des Ackerlands gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden, ist es nicht erstaunlich, dass der Bericht nahezu keine Aussagekraft besitzt. Zu kritisieren ist das Vorgehen, das ein Lernen aus den Erfahrungen der Hauptanbauländer in Nord- und Südamerika schlichtweg verbietet. Der dort nachweislich gestiegene Pestizideinsatz, die ebenfalls wachsende Abhängigkeit von Saatgutkonzernen sowie die anfallenden Zusatzkosten für den gesamten Lebensmittelsektor werden in dem Bericht des Verbraucherkommissars ignoriert. Soziale und wirtschaftliche Folgen werden reduziert auf angebliche Ertragssteigerungen durch gentechnisch veränderte Pflanzen. Landwirte, die solche Pflanzen anbauen, werden dadurch zu den einzigen Betroffenen. Mühlen, Verarbeiter und der Handel kommen in dem Bericht gar nicht vor. Alle kritischen Anmerkungen der Ministerien fehlen in dem Bericht. Hinzu kommt, dass der Bericht gar kein Bericht ist, sondern nur ein sogenanntes Arbeitspapier. Es wurde noch nicht einmal den anderen EU-Kommissaren vorgestellt. Diese gerade mal zwölf Seiten Papier erfüllen weder den Auftrag der EU-Umweltminister vom Dezember 2008 noch die rechtliche Verpflichtung aus der Freisetzungsrichtlinie 2001/18, alle drei Jahre einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Lernen verboten

Liberty Link: Sozioökonomie in der Praxis

Dass die Agro-Gentechnik erhebliche ökonomische Schäden in der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft hervorruft, zeigt der Liberty Link-Skandal. Im Jahr 2006 war jede fünfte untersuchte Langkorn-Reisprobe aus den USA mit Liberty Link 601 (LL601), einem weder zum Anbau noch als Nahrungsmittel zugelassenen Gentechnik-Reis, kontaminiert. Verunreinigter Reis wurde damals in 19 EU-Staaten, in Afrika und Asien gefunden. Bis 2001 hatten die Louisiana State University und die später von Bayer CropScience gekaufte Firma Aventis Freisetzungsversuche mit LL601 durchgeführt.

Der US-amerikanische Reisexport brach 2006 nach Bekanntwerden der Verunreinigung zusammen. Bis heute konnten die Umstände, unter denen es zu der Verunreinigung kam, nicht vollständig geklärt werden. Nach einem jahrelangen Rechtsstreit wurde Bayer Mitte März 2011 (fünf Jahre später!) von einem Gericht im Bundesstaat Arkansas verurteilt, einen Schadenersatz in Höhe von 136 Millionen US-Dollar an Riceland Foods zu zahlen. Die Schadenersatzsumme umfasst einen Strafschadenersatz von 125 Millionen US-Dollar, der bei besonders rücksichtslosem Verhalten verhängt werden kann. Das Unternehmen selbst behauptet immer, verantwortungsvoll gehandelt zu haben und bezeichnete den Vorfall 2006 als einen »act of god«.

**Gen-Kontamination:
»act of god«**

Der Gesamtschaden, unter anderem für Bauern, Reismühlen und Handel, wurde 2007 in einer von dem Ökonomen Dr. Neal Blue erstellten Kalkulation auf bis zu 1,3 Milliarden US-Dollar geschätzt. Neben Riceland Foods klagt noch eine zweite amerikanische Reismühle. Der Bayer-Konzern strebt nach eigener Aussage Einigungen auf der Basis von Vergleichen an und hat dafür 2010 für mögliche Ansprüche oder Vergleiche rund 526 Millionen Euro (767 Millionen US-Dollar) zurückgestellt. Neben den Reisverarbeitern klagen auch die über 1.000 betroffenen Reisbauern gegen Bayer CropScience.

Nulltoleranz bei Futtermitteln gekippt ...

Der Ausschuss der EU-Kommission für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit hat die Nulltoleranz bei Futtermitteln für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Pflanzen gekippt. Ende Februar 2011 stimmte der Ausschuss einem Vorschlag von EU-Gesundheitskommissar John Dalli zu, der Verunreinigungen mit in der EU nicht zugelassenen Genkonstrukten bis 0,1 Prozent erlaubt, wenn sie eine Zulassung in einem Drittstaat oder eine ausgelaufene EU-Zulassung haben. Ein Zulassungsantrag bei der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA muss drei Monate zuvor gestellt worden sein. Darüber hinaus muss die EFSA festgestellt haben, dass von diesem GVO keine Gefahren für Gesundheit und Umwelt ausgehen. Eine fundierte Prüfung kann die EFSA aber nur vornehmen, wenn sie alle relevanten Unterlagen von den Unternehmen überlassen bekäme. Zudem sind drei Monate für eine solche Prüfung viel zu wenig, um Umwelteffekte sicher ausschließen zu können. Daneben sollen einheitliche Probennahme- und Messmethoden eingeführt werden, da bisher wegen des unterschiedlichen Vorgehens der Labore eine zu große Unsicherheit für die Futtermittelimporteure bestanden habe. Gegenstimmen gegen diese erhebliche Aufweichung des bisherigen gesetzlichen Standards kamen nur aus Lettland, Griechenland, Litauen, Malta, Slowenien, Polen und Zypern.

**Fundierte
Umweltprüfung
nicht möglich ...**

Ein Rechtsgutachten des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) zeigt, dass die Entscheidung der EU-Kommission zur Festlegung eines Schwellenwerts nicht im Einklang mit dem bestehendem EU-Recht steht. Dies sieht nämlich keinen Schwellenwert vor. Die bisherige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und die bisherige Vollzugspraxis der Kommission bestätigten die Nulltoleranz. Auch wird kritisiert, dass die Regeln zur Probeziehung und den Analyseverfahren schon in der Verordnung über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel mit umfassenden Regeln zu Analyse- und Probennahmeverfahren sowie zu amtlichen Kontrollen festgeschrieben sind.

... und nicht gewollt

Auslöser für die Aufhebung der Nulltoleranz ist die massive Lobbyarbeit der Futtermittelindustrie, die immer wieder – den Tatsachen widersprechend – argumentierte, die Nulltoleranz führe zu Versorgungsengpässen vor allem in der Schweine- und Geflügelproduktion. Gleich nach der Entscheidung der Kommission haben Vertreter der Lebensmittelbranche und der Saatgutindustrie verlangt, dass auch hier die Nulltoleranz aufgegeben werden muss. Das Gegenteil ist jedoch gefordert: Nach dem »Honig-Urteil« des Europäischen Gerichtshofs (siehe unten), mit dem das Gericht die Nulltoleranz bestätigt, muss die Kommission ihre Position überdenken und die Nulltoleranz auch für Futtermittel wieder einführen.

... Nulltoleranz bei Saatgut bleibt

Die Gentechniklobby versucht auf allen Ebenen, eine schleichende Kontamination mit gentechnischen Verunreinigungen zu legalisieren und plädiert weiterhin für Saatgutschwellenwerte und eine »für alle Wirtschaftsbeteiligten praktikable technische Lösung«. Einen entsprechen-

**Proteste
zeigen Wirkung**

den Vorstoß auf deutscher Ebene gab es im Frühjahr. Die Bundesländer Niedersachsen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein hatten einen Antrag zur Aufweichung der Saatgutreinheit bei den staatlichen Saatgutprüfungen im Agrarausschuss des Bundesrates vorbereitet. Dieser Versuch, die Reinheit des Saatguts aufzuheben, misslang jedoch aufgrund des massiven öffentlichen bundesweiten Widerstands. 42 Organisationen und Initiativen erhoben die gemeinsame Forderung, weiterhin jede gentechnische Verunreinigung von Saatgut zu verhindern, verpflichtende Selbstkontrollen für Saatguterzeuger einzuführen und Saatgut unverzüglich aus dem Verkehr zu ziehen, wenn darin gentechnische Verunreinigungen festgestellt werden, egal in welcher Konzentration. Für die Kosten müsse das Verursacherprinzip gelten.

Der massive öffentliche Widerstand führte zum Einlenken der Ministerpräsidenten, die sich öffentlich zur Saatgutreinheit positionieren mussten. Der Antrag wurde abgelehnt. Offenbar sahen sich die Ministerpräsidenten bei der Abstimmung aufgrund der öffentlichen Proteste nicht in der Lage, die zuvor im Agrarausschuss festgelegte Linie (einer Aufhebung der Nulltoleranz im Saatgut) zuzustimmen. Vielmehr forderten sie nun stattdessen, dass »im Gentechnikgesetz unmissverständlich klargestellt werden [müsse], dass für die Reinheit von Saatgut einzustehen hat, wer es einführt oder sonst erstmals in den Verkehr bringt«.

Fütterung »ohne Gentechnik« – Pionier Österreich

**Flächendeckend
gentechnikfrei**

Seit Einführung der freiwilligen Auslobung »Ohne Gentechnik« scheint wenig passiert. Der Eindruck täuscht, auch wenn die Umsetzung langsam vor sich geht. Eine Vorreiterrolle hat Österreich zumindest bei den Milchprodukten übernommen. Viele Futtermittelhersteller haben sich auf gentechnikfreies Soja spezialisiert. Gentechnikfreie Fütterung von Milchkühen ist eine Grundvoraussetzung in den Lieferverträgen der österreichischen Molkereien. Mit zu den ersten Molkereien gehörte die Berglandmilch, die seit drei Jahren nur noch gentechnikfreie Milchprodukte anbietet. Inzwischen wurde die Gentechnikfreiheit flächendeckend von allen österreichischen Molkereien umgesetzt, auch weil es den Molkereien eine Möglichkeit bietet, sich auf dem Markt gegenüber ausländischen Konkurrenten abzugrenzen. Mittlerweile drängen die österreichischen Produkte immer mehr auch auf den deutschen Markt.

Auch bei der Schweineproduktion gehen österreichische Unternehmen voran. In einem Projekt, das sich »IBO-Schwein« (»I bin aus Österreich«) nennt, vermarktet die Oberndorfer-Fleisch GmbH das gentechnikfreie Fleisch von insgesamt 65 österreichischen Schweinemastbetrieben. In Deutschland wächst ebenfalls das Angebot bei Milch, Milchprodukten, Geflügelfleisch und Schalen-Eiern (siehe dazu auch den Beitrag von Alexander Hissting in diesem Kapitel, S. 249–254).

Europäischer Gerichtshof stoppt »Genhonig«

Lebensmittel, in denen Spuren von gentechnisch veränderten Pflanzen enthalten sind, fallen unter das europäische Gentechnikrecht. Was trivial klingt, hat in der Praxis große Tragweite und beschäftigte in den vergangenen zwei Jahren die Gerichte. Ganz konkret ging es um Honig, in dem Pollen von gentechnisch verändertem Mais der Sorte MON810 enthalten war. MON810 hat keine vollständige Lebensmittelzulassung. Geklagt hatte ein Imker aus Bayern, der seinen Honig aufgrund von Verunreinigungen entsorgen musste. Bis zu sieben Prozent des im Honig enthaltenen Pollens waren gentechnisch verunreinigt.⁵

Große Tragweite

Im Verlauf des Verfahrens wurde deutlich, dass es sich um weit mehr als nur einen Schadensersatzprozess handelte. Im Kern ging es um die Frage, ob der im Honig enthaltene Pollen ein gentechnisch veränderter Organismus (GVO) im Sinne des Gentechnikrechts ist. Nach Auffassung des Europäischen Gerichtshofs hat der Pollen seine Möglichkeit zur Fortpflanzung verloren und ist nicht mehr fähig, genetisches Material zu übertragen. Daher wird der Pollen nicht als GMO bezeichnet. Allerdings regelt die Verordnung nicht nur den Umgang mit GMOs, sondern auch den mit gentechnisch veränderten Zutaten. Im Sinne der Lebensmittelverordnung, so das Gericht, stellen die Beimischungen von gentechnisch verändertem Pollen, auch wenn sie durch die Bienen selbst verursacht wurden, eine Zutat dar. Demnach ist der Pollen entsprechend zu kennzeichnen.

Für den Mais MON810 der Firma Monsanto und dessen Pollen im Honig hat das Gericht weitreichende Konsequenzen, denn der gentechnisch veränderte Mais ist nur als Futtermittel und für einige Lebensmittel aus Mais zugelassen. MON810-Pollen hat jedoch keine Zulassung. Deshalb gilt im Honig Nulltoleranz und Honig, der diesen nicht zugelassenen GV-Pollen enthält, ist nicht verkehrsfähig. Wer diesen dennoch in Verkehr bringt, also verkauft, verschenkt oder ohne Nachweis entsorgt, macht sich strafbar.

Die Gentechnikbefürworter spekulierten darauf, dass Pollen im Honig als fester Bestandteil (und nicht als Zutat) oder als nicht kennzeichnungspflichtiges tierisches Produkt betrachtet würde. Beidem ist das Gericht *nicht* gefolgt. Weitreichende Folgen hat das Urteil für importierte Honige. So müssen die Importeure in Zukunft sicherstellen, dass ihre Ware keinen Pollen von in der EU nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Pflanzen enthält. Das BMELV hat eine Liste herausgegeben: insbesondere einige GV-Raps-Pollen aus Kanada sind betroffen.

Zugelassene GV-Pollen müssen im Honig spätestens dann gekennzeichnet werden, wenn ihr Anteil am Gesamtpollen (welcher Pollen zugrunde gelegt wird, ist allerdings noch unklar; das BMELV meint Gesamtpollen) 0,9 Prozent überschreitet. In diesem Fall muss er auf dem Etikett mit »hergestellt aus GVO« gekennzeichnet werden.

Gericht gibt Gegnern recht

Patente auf Leben – Entscheidung verschoben

Ende Oktober sollte über das sogenannte »Brokkolipatent« entschieden werden. Das Patent EP1069819, dessen Rechte zurzeit der US-Konzern Monsanto nutzt, umfasst eine neue Brokkoli-Sorte, die mit konventionellen Methoden gezüchtet wurde. Die Konkurrenzfirma Syngenta hatte gegen das Patent erst Einspruch und dann Beschwerde eingelegt. Wenige Tage vor der öffentlichen Anhörung Ende Oktober wurde der Termin vom Europäischen Patentamt (EPA) abgesagt. Die Entscheidung im umstrittenen Brokkoli-Fall soll nun aufgrund der Aktenlage ohne öffentliche Anhörung entschieden werden.⁶

Sind Lebewesen patentierbar?

Hintergrund des Verfahrens ist die Frage, ob eine konventionell gezüchtete Pflanze patentiert werden kann. Bereits Ende 2010 hat das Europäische Patentamt in seiner Stellungnahme erklärt, dass Methoden zur konventionellen Züchtung von Pflanzen und Tieren nicht als technische Verfahren betrachtet werden können und deswegen auch nicht patentiert werden können. Damit blieb unklar, ob die Patentansprüche auf Pflanzen, Saatgut und genießbare Teile des Brokkoli am Ende patentierbar sind oder nicht.

Anfang November sollte über ein ähnlich wichtiges Tomatenpatent entschieden werden. Überraschend hat das Europäische Patentamt entschieden, dass das Patent auf die »Schrumpeltomate« noch einmal von der Großen Beschwerdekammer geprüft werden soll. Auch hier geht es um die entscheidende Frage, ob das Saatgut die Produkte patentierbar macht. Entscheidend ist, dass sowohl die deutschen als auch die europäischen Patentgesetze jetzt endlich geändert werden müssen, um eindeutig klarzustellen, dass Leben nicht patentierbar ist. Das Patentamt ignoriert seit Jahren den Willen breiter Teile der Bevölkerung, die eine Patentierung von Tieren und Pflanzen aus ethischen wie ökonomischen Gründen entschieden ablehnen.

Entscheidung nach Aktenlage ...

Anmerkungen

- 1 <http://www.euractiv.com/de/gap/bulgarien-verbietet-gvo-anbau-gesetz-news-357894> (30.10.2011).
- 2 <http://www.biosicherheit.de/aktuell/1358.gefahr-glyphosat.html> (31.10.2011).
- 3 Mehr dazu in der BÖLW-Studie »Risiken mit amtlichem Siegel: Mängel bei der Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen« unter: www.boelw.de/gentechnik.html.
- 4 Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und an den Rat über die sozioökonomischen Auswirkungen des Anbaus von GVO auf der Grundlage der Beiträge der Mitgliedstaaten gemäß den Schlussfolgerungen des Rates »Umwelt« vom Dezember 2008.

5 Nähere Infos finden sich unter <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/24369.html>.

6 Nähere Infos unter <http://www.keine-gentechnik.de/dossiers/patente.html>.



Marcus Nürnberger
Redakteur der Unabhängigen Bauernstimme.

Unabhängige Bauernstimme
Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
E-Mail: nuernberger@bauernstimme.de
www.bauernstimme.de

Glyphosat

Wachsende Risiken für Mensch und Natur

von Steffi Ober

Glyphosat ist der Wirkstoff des auch bei Kleingärtnern weit verbreiteten Unkrautvernichters »Roundup«. Drei Viertel der gentechnisch veränderten Kulturen weltweit sind glyphosatresistent und vertragen somit die mehrmalige Dusche mit Glyphosat. Diese Kulturen wachsen auf über 100 Millionen Hektar mit einem Glyphosateinsatz von insgesamt über 600 000 Tonnen pro Jahr. Mittlerweile könnte China mit seinen Produktionskapazitäten (über 800 000 Tonnen) den gesamten Weltmarkt abdecken. Treibende Faktoren für den steigenden Glyphosateinsatz sind:

Treibende Faktoren

- die weltweite Steigerung des Anbaus von herbizidresistenten Pflanzen (Mais, Soja, Baumwolle, Raps) um geschätzt fünf bis zehn Prozent pro Jahr;
- die Zunahme der pfluglosen Bodenbearbeitung (2008 lag die globale »No-till-area« bei 105 Millionen Hektar);
- der zunehmende Anbau von Pflanzen für die Gewinnung von Bioenergie, insbesondere in den USA und Brasilien.

In Deutschland wurden 2008 über 8 000 Tonnen Glyphosat eingesetzt. Dabei sind die Indikationen für den Glyphosateinsatz in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet worden. Glyphosat wird nicht nur im Voraufbau, sondern auch kurz vor der Ernte eingesetzt. In einem nassen Sommer wird das Getreide nicht mehr richtig reif, so dass es mit Glyphosat zur »Totreife« gebracht wird. Damit können die erwünschten Trockengrade des Korns erreicht werden. Diese »Sikkation« wird auch bei anderen Pflanzen wie Bohnen, Erbsen, Linsen, Raps oder Baumwolle angewendet.¹

Risiken unterschätzt – fehlende Daten

Risiken seit Jahren unterschätzt

Neuere wissenschaftliche Untersuchungen, die Martha Mertens für die Broschüre »Glyphosat und Agrogentechnik« des Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) zusammengestellt hat, zeigen jedoch, dass die Risiken des Glyphosateinsatzes über Jahre unterschätzt wurden. 2010 wurde ein Bericht über Gesundheitsprobleme von Menschen in Argentinien veröffentlicht. Demnach kommt es im Umfeld von mit Glyphosat behandelten Feldern gehäuft zu Fehlgeburten, Aneuploidie (Fehlen von Kopf- und Gehirnbereichen) sowie erhöhten Fehlbildungsraten und Krebsraten bei Kindern. Diese gravierenden Gesundheitsschäden traten vor allem bei Familien auf, die in der Nähe der RoundupReady-Sojafelder leben. Die zuständigen Behörden wie das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) bestreiten allerdings konsequent, dass die wissenschaftlichen Belege ausreichen, um daraus ein Risiko für Menschen abzuleiten.

Der US-Konzern Monsanto brachte Glyphosat unter dem Handelsnamen RoundupReady 1974 als Totalherbizid auf den Markt. Der Durchbruch gelang jedoch erst mit einer neuen Technologie für Nutzpflanzen. Gentechnologisch wurde die Sojapflanze so verändert, dass sie trotz

des Herbizideinsatzes weiterwächst, das »Unkraut« jedoch welkt. RoundupReady-Soja wurde erstmals im Jahr 1996 in den USA angebaut, im gleichen Jahr erhielt diese Soja die EU-Zulassung zum Import und zur Verarbeitung. In der EU ist der Anbau dieser Glyphosat-resistenten Pflanzen bislang nicht erlaubt, wohl aber ihr Import etwa als Futter- und Lebensmittel. Allerdings stehen auf der Zulassungsliste der EU in diesem Jahr mehrere Maissorten mit Herbizidresistenzen. Der zuständige wissenschaftliche Ausschuss der EU-Kommission (EFSA) hat diese neuen gentechnisch veränderten Maissorten positiv bewertet, so dass ein Anbau auch in Europa immer wahrscheinlicher wird.

Wie wirkt Glyphosat?

Glyphosat wird über die Pflanzenoberfläche aufgenommen und verteilt sich in der ganzen Pflanze (systemische Wirkung). Dies führt in der Regel innerhalb einer Woche zu sichtbaren toxischen Effekten: die Pflanzen welken und sterben schließlich ab. Die herbizide Wirkung von Glyphosat beruht auf der Hemmung der Eiweißbildung, dies wiederum führt zum Wachstumsstillstand. Gleichzeitig wird der Stoffwechsel so beeinträchtigt, dass weniger Vitamine und sekundäre Pflanzeninhaltsstoffe gebildet werden. Dadurch sind zusätzlich Wachstumsvorgänge und Stressreaktionen der Pflanzen sowie die Ligninbildung betroffen. Dies führt zu Mangelerscheinungen und so ist gentechnisch veränderte Soja anfälliger für Schädlingsbefall und produziert geringere Erträge.

Die fertigen Produkte enthalten neben Glyphosat noch weitere Hilfs- und Zusatzstoffe wie Tallowamin, um die Ausbringung und die Aufnahme in den Pflanzen zu erleichtern. Diese Zusatzstoffe erhöhen die Toxizität. Deshalb soll Tallowamin in Deutschland auch ausgetauscht werden. Tallowamin ist ein Netzmittel, das die Aufnahme von Glyphosat durch die pflanzliche Kutikula (die äußere Schutzschicht von Pflanzenzellen) fördert. Solche Formulierungsmittel erleichtern aber nicht nur die Aufnahme des Wirkstoffs durch pflanzliche Zellen, sondern auch die Aufnahme durch Zellmembranen tierischer und menschlicher Zellen. Durch den Zusatz des Netzmittels Tallowamin und ähnlicher Stoffe ist der Einsatz von Glyphosat noch giftiger, insbesondere für Organismen, die im Wasser leben.

Da mehr und mehr Bedenken zu den toxikologischen Risiken von Tallowamin aufkamen, wurde der Einsatz in der Vorerntebehandlung im Juni 2010 vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) für Getreide aus (tier)-gesundheitlichen Bedenken beschränkt. Das bedeutet, dass derart behandeltes Getreide weder verfüttert noch eingestreut werden darf. Für den menschlichen Verzehr gibt es jedoch keinerlei Einschränkungen!

Ungeachtet der hohen Aufwandsmengen sind die Rückstandskontrollen für Glyphosat sehr gering. Auf Pestizide wurden 2008/2009 in Deutschland 18 000 Proben untersucht, davon nur 0,2 Prozent bei Importsoja. In diesem Jahr wurden in Niedersachsen fünf Millionen Tonnen Soja in der Tierfütterung eingesetzt. Daten zu Tallowaminen werden überhaupt nicht erhoben. Pestizidüberwachung ist in Deutschland Ländersache. Der Grenzwert für Pestizide in Gewässern und Grundwasser beträgt 0,1 Milligramm pro Liter. In Brandenburg wurden Werte über dem zugelassenen Grenzwert gefunden, in Schleswig-Holstein wird seit Jahren überhaupt nicht mehr getestet.

**Gefährliche
Hilfs- und Zusatzstoffe**

Kaum Kontrollen

Gefährdung der Ökosysteme und Biodiversität

Neben den direkten toxischen Effekten gefährdet Glyphosat Flora und Fauna indirekt. Mit der Wildkrautflora gehen Nahrungsquellen und Lebensräume verloren. Untersuchungen zu Effekten von Roundup und Glyphosat auf aquatische Ökosysteme zeigen immer wieder, dass Formulierungsmittel wie Tallowamin und das formulierte Produkt Roundup noch toxischer sind als Glyphosat allein. Beispielsweise ist die Fischgiftigkeit relativ hoch: Die Konzentration, bei der 50 Prozent der Tiere sterben (LC₅₀), liegt für Fische teilweise um den Faktor 100 unter der tödlichen Konzentration für Ratten, Enten und Wachteln. Unter den getesteten Fischarten zeigten Regenbogenforellen die höchste Empfindlichkeit. Generell sind Amphibien besonders ge-

fährdet durch Glyphosat. In kleineren, flachen Gewässern der Agrarlandschaft, die wichtige Lebensräume für die Larval- und Jugendstadien sind, treten häufig vergleichsweise hohe Glyphosat- und Roundup-Konzentrationen auf.

Die konventionelle Landwirtschaft gilt als eine der wichtigsten Ursachen für den enormen Verlust an Biodiversität, der in den vergangenen Jahrzehnten weltweit zu beobachten war und der unvermindert anhält. Pflanzenschutzmittel spielen dabei eine große Rolle. Neben Insektiziden wirken sich vor allem Herbizide negativ aus. Verschwindet die Wildkrautflora auf und neben den Äckern, verlieren die Tiere, die auf sie angewiesen sind, ihre Nahrung und ihren Lebensraum. Herbizide verringern die Beikrautsamenbank im Boden und wirken sich damit längerfristig auf die Biodiversität im Agrarraum aus. Verstärkt wird diese Wirkung beim Einsatz eines Breitbandherbizids wie Glyphosat – das zeigen mehrjährige Modell-Untersuchungen an herbizidresistenten Pflanzen in England. Die Beikrautflora spielt auch eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Erosion und Schädlingen, da sie die Bodenkrume festhält, vielen Nützlingen Nahrung und Lebensraum bietet und für Schädlinge eine alternative Nahrungsquelle sein kann.

Herbizide verringern Biodiversität

Hinweis

Der Artikel basiert auf der Broschüre »Glyphosat & Agrogentechnik« (2011) des Naturschutzbund Deutschland e.V. Dort sind auch die Quellen der zitierten Studien enthalten. Sie ist kostenfrei abrufbar unter www.nabu.de/mperia/md/content/nabude/gentechnik/studien/nabuglyphosat-agrogentechnik_fin.pdf. – Ein kurzes Video über »Krankheit, Unfruchtbarkeit und Tod« in Latein-

amerika durch den Einsatz von Glyphosat ist abrufbar unter www.nabu.de/themen/gentechnik/anbauundfreisetzung/sonstigenutzpflanzen/13327.html

Anmerkung

- 1 Zur Sikkation siehe auch den Beitrag von Friedrich Haalck in diesem Kritischen Agrarbericht, S. 130–133.



Dr. Steffi Ober

Referentin für Agro-Gentechnik
beim Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU)

NABU-Bundesgeschäftsstelle
Charitéstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: steffi.ober@nabu.de
www.nabu.de

● **Schwerpunkt »Zusammen arbeiten«**

»Widerstand lohnt sich«

Gentechnikfreie Regionen in Deutschland – Bestandsaufnahme und praktische Beispiele

von Annemarie Volling

Die Gründung Gentechnikfreier Regionen auf freiwilliger Basis ist derzeit die effizienteste Möglichkeit, langfristig eine gentechnikfreie Landwirtschaft zu gewährleisten. Gentechnikfreie Regionen bieten zwar keinen rechtlichen Schutz, aber die Diskussion mit Landwirten und Bürgern vor Ort um die vermeintlichen Chancen und die immensen Risiken ist die beste Vorsorge gegen einen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen. Denn in den landwirtschaftlichen Fachblättern gibt es kaum eine kritische Auseinandersetzung mit den Folgen der Gentechnik. Das deutsche Gentechnikgesetz bietet der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft sowie Saatguterzeugern und Imkern nicht genügend Schutz vor Verunreinigungen. Die Gentechnikindustrie setzt indessen alles daran, gentechnisch veränderte Pflanzen in Europa und Deutschland auf den Markt zu bringen. Aber europäische und deutsche Landwirte tun gut daran, ihren derzeitigen Wettbewerbsvorteil – gentechnikfreie Erzeugnisse liefern zu können – nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Die Gründung Gentechnikfreier Regionen ist ein wichtiger Schritt, um zukünftig die gentechnikfreie Lebensmittelerzeugung und damit eine echte Wahlfreiheit für Konsumenten zu sichern. – Der folgende Beitrag zeigt zunächst die Entwicklung in Deutschland auf und lässt in einem zweiten Teil Akteure zu Wort kommen, die sich für den Aufbau Gentechnikfreier Regionen engagieren und die von ihren – mutmachenden – Erfahrungen berichten.

Gentechnikfreie Regionen sind eine bundes- und europaweite Bewegung, die dem Widerstand der Bevölkerung und der Bäuerinnen und Bauern praktischen Ausdruck verleiht. Die erste Gentechnikfreie Region in Deutschland hat sich im November 2003 in Mecklenburg-Vorpommern gegründet. 15 konventionelle und ökologisch wirtschaftende Betriebe aus der Warbel-Recknitz-Region schlossen sich zusammen und erklärten freiwillig und öffentlich, dass sie auf ihrem Acker kein gentechnisch verändertes (GV) Saat- und Pflanzgut einsetzen werden.

Seitdem ist – nicht zuletzt aufgrund des hohen Engagements vieler Bäuerinnen und Bauern – in Deutschland viel passiert (Abb. 1). Im Oktober 2011 gab es bundesweit 208 Gentechnikfreie Regionen: über 30 000 konventionelle und ökologisch wirtschaftende Landwirte mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von insgesamt 1,1 Millionen Hektar haben sich freiwillig verpflichtet, dass sie auf ihrem Acker keine Gentechnik einsetzen wollen. In rund einem Drittel dieser Gentechnikfreien Regionen werden die Tiere zudem gentechnikfrei gefüttert.

Auch europaweit gibt es immer mehr Regionen, die ihr Territorium öffentlich zu Gentechnikfreien Regionen erklären. Im September 2010 waren es 169 Regionen (vergleichbar mit Bundesländern), 123 Provinzen (vergleichbar mit Landkreisen) und 4 500 Städte und Gemeinden.

Es tut sich was ...

Kommunen, Städte, Landkreise

Die gentechnikfreie Landwirtschaft bekommt klare Unterstützung von Bürgern und Regionalpolitikern. 280 Städte, Kommunen und Gemeinden in ganz Deutschland (Stand Oktober 2011) haben die Verwendung von GV-Pflanzen und von GV-Saatgut auf ihren eigenen städtischen und kommunalen Flächen über Pachtverträge untersagt. Hierzu wird – oft auf Initiative engagierter Bürger oder Politiker – ein Beschluss des Stadt- oder Gemeinderates herbeigeführt. Sinnvoller als ein Vorstoß einzelner Parteien ist eine überparteiliche Beschlussvorlage. Viele Städte und Gemeinden verpflichten sich darüber hinaus, sich in öffentlichen

Einrichtungen (z. B. in Kindergärten, Krankenhäusern und Kantinen) sowie auf Messen oder Empfängen für eine Verpflegung ohne Gentechnik einzusetzen.

Kirchenland

Eine großer Landbesitzer ist die evangelische Kirche in Deutschland. Deren etwa 16 000 Gemeinden verfügen über einen Grundbesitz von insgesamt etwa 325 000 Hektar landwirtschaftlicher Flächen und Wald. Die Mehrzahl der evangelischen Landeskirchen hat den Anbau von GV-Pflanzen auf kircheneigenem Land über Pachtverträge untersagt. Nachdem einige Kirchen zunächst Moratorien über eine Pachtperiode ausgesprochen hatten, wurden diese in mehreren Fällen in unbefristete Anbauverbote umgewandelt. Den Beschlüssen gingen meist Konsultationen mit Fachleuten voraus. Die von Kirchenleitungen oder Landessynoden

gefassten Beschlüsse wurden in einigen Kirchen überprüft und erneut bekräftigt. Von den insgesamt 22 Landeskirchen haben sich 18 gegen den Anbau von GV-Pflanzen ausgesprochen, in einer Kirche liegt eine Verbotsempfehlung des Umweltbeauftragten vor, die nicht von der Kirchenleitung beschlossen wurde. Lediglich drei Landeskirchen haben sich bisher mit dem Thema nicht befasst.¹

Auch die katholische Kirche hat auf die Bedrohung durch die Agro-Gentechnik reagiert. Die Umweltbeauftragten der deutschen (Erz-)Bistümer ebenso wie etliche Räte und Verbände beschäftigen sich seit vielen Jahren mit dem Thema. Sofern diese Auseinandersetzung zu konkreten Positionspapieren oder Beschlüssen geführt hat, sind diese in der Regel kritisch ausgefallen. Von den Pachtverträgen der 27 deutschen (Erz-)Bistümer enthalten derzeit neun ein GVO-Aussaatsverbot

(die sieben bayerischen Bistümer Augsburg, Bamberg, Eichstätt, München und Freising, Passau, Regensburg, Würzburg sowie darüber hinaus Fulda und Limburg), zwei empfehlen einen Verzicht (Freiburg, Mainz), unter den übrigen sind viele, die kaum landwirtschaftlichen Grund besitzen.

Einzelbetriebliche

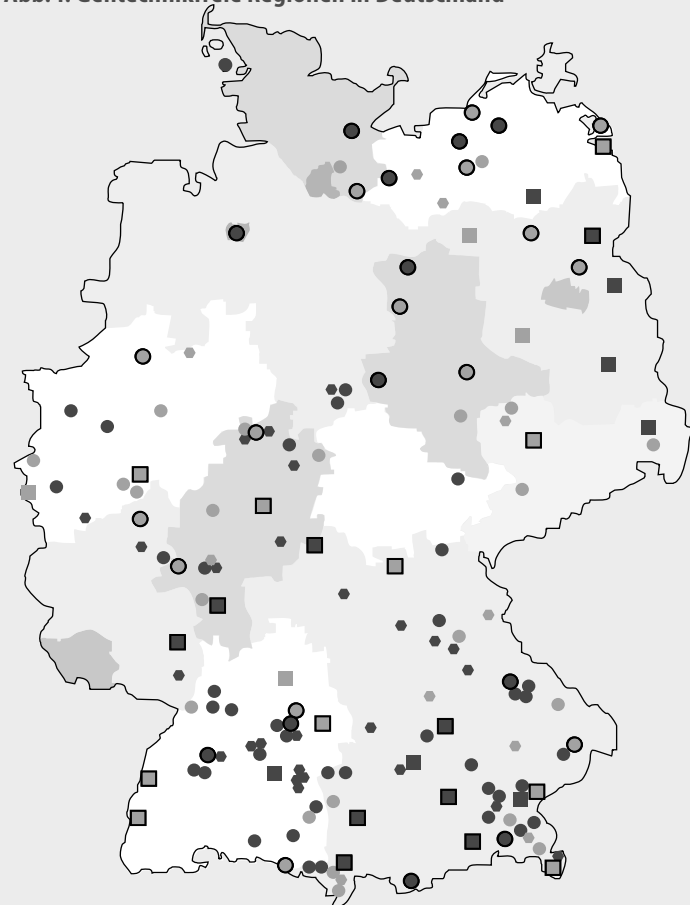
Selbstverpflichtungen

Jeder Betrieb und Hof kann auch für sich verbindlich erklären, keine Gentechnik einzusetzen. Gerade in Regionen, wo es aus unterschiedlichen Gründen schwierig ist, Gentechnikfreie Regionen oder Initiativen zu gründen, ist das ein wichtiges Signal. So etwa in Norddeutschland, wo die Bauernverbandsspitzen sich die Tür zur Agro-Gentechnik nicht versperren wollen. Aber auch hier wird das Netz gentechnikfreier Betriebe immer größer: Über 1 500 Bäuerinnen und Bauern haben bislang eine freiwillige Selbstverpflichtungserklärung für ihren eigenen Betrieb unterschrieben und sich der Initiative »gentechnikfreie Norddeutschland« angeschlossen.

... mit Vielfalt und Phantasie

Die Beweggründe der engagierten Bauern und Bürger vor Ort sind je nach regionalen Gegebenheiten sehr unterschiedlich, ebenso die konkre-

Abb. 1: Gentechnikfreie Regionen in Deutschland



Stand 28. September 2011

te Vorgehensweise. Zahlreiche Fragen stehen am Anfang eines jeden Prozesses, der zur Einrichtung einer Gentechnikfreien Region führen soll: Welche Betriebsstrukturen gibt es vor Ort? Gibt es bereits intensive und gute Zusammenarbeit vor Ort oder ist das eher schwierig? Welche Bündnispartner kann man mit ins Boot holen? Ist es besser, erst mal nur unter Bauern zu diskutieren? Macht man öffentliche oder interne Veranstaltungen? Oder geht man lieber von Hof zu Hof? Wer sind die treibende Kräfte vor Ort?

Es gibt kein »Patentrezept« zur Gründung von Gentechnikfreien Regionen. Im Folgenden stellen wir daher eine kleine Auswahl von Initiativen, ihre Motive und Hintergründe sowie ihren unterschiedlichen Werdegang vor.

»Sauber bleiben« – Gentechnikfreie Landwirtschaft im Münsterland (NRW)

Reinhard und Monika Fiegenbaum:

»Als Hof mit 25 Rindern und einigen Hühnern gehören wir eigentlich nicht zu denen, die im Kreis Steinfurt in der Landwirtschaft das Sagen haben. Doch als wir im Februar 2006 erfuhren, dass ganz in der Nähe am Felixsee in Greven ein Ver-



suchsfeld mit GV-Mais stand, organisierten wir bei uns in der Region den Widerstand und suchten Aufklärung über die Freisetzungsversuche. Unterstützung fanden wir bei dem Verein »Regionale Landwirtschaft Münsterland«. Vom Bauernverband hingegen fühlten wir uns im Stich gelassen. Über das Testfeld, auf dem schon seit acht Jahren ein geheim gehaltener Anbau von GV-Pflanzen betrieben wurde, hatte man uns Landwirte nicht informiert. Das machte uns zornig. Wir setzen uns für eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein, weil gravierende gesundheitliche Schäden durch GV-Pflanzen entstehen können und eine Bestäubung der Pflanzen mit veränderten Genen uns alle betrifft. Außerdem weiß niemand, was mit GV-Pflanzen und Lebensmitteln alles passieren kann.

»Kein Gentechnik-Mais auf unseren Äckern«, mit diesem Slogan wurden wir im Mai 2006 richtig aktiv. Wir gründeten mit 44 Landwirten eine »Gen-freie Zone«. Diese Landwirte (heute sind es über 700!) verpflichteten sich schriftlich, keine GV-Pflanzen anzubauen. Diese Nachricht schlug beim Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband (WLIV) und beim damaligen Landwirtschaftsminister Uhlenberg wie eine Bombe ein. Großer Widerstand kam vom WLIV, der mit dem Wochenblatt als Sprachrohr seine Meinung einseitig unter die Bauern bringt. Als wir die Gentechnik im Münsterland zum »Thema eins« machten, tat der Bauernverband, was er meistens tut, wenn ein kritisches Thema aufkommt und an Dynamik gewinnt: Er

besetzt es nach dem Motto: »Wir regeln das schon«, um es dann möglichst schnell und geräuschlos aus der öffentlichen Diskussion zu ziehen.

Bei uns hat er mit dieser Strategie eher das Gegenteil erreicht. Der WLIV versuchte unterdessen, die Initiative klein zu halten. Auch das misslang. Unsere Veranstaltungen zum Beispiel mit dem bekannten kanadischen Bauern und Monsanto-Gegner Percy Schmeiser, mit Christoph Zimmer über die von der Industrie angestrebte Patentierung von Schweinen oder – unter dem Motto »Und es geht doch: Futtermittel Ohne Gentechnik« – zur Futtermittelfrage wurden von Bauern wie Verbrauchern gut besucht. Als die Premiummarke von FrieslandCampina *Landliebe* ihre Milch 2008 »ohne Gentechnik« auslachte, haben wir Edeka & Co über viele Gespräche und Leserbriefe dazu gebracht, Landliebe »ohne Gentechnik« auch bei uns zu listen. Und um sich auch zukünftig eine Versorgung mit gentechnikfreien Futtermitteln zu sichern, haben 20 Landwirte gemeinsam mit der unabhängig gebliebenen Raiffeisen-Genossenschaft in Saerbeck eine gentechnikfreie Einkaufsgemeinschaft gegründet. Widerstand lohnt sich – also bleiben wir dran!«

Nähere Infos: www.sauberbleiben-ms.de

Agro-Gentechnik freie Anbau- und Fütterungsregion Oberallgäu / GENial-Gentechnikfreies Allgäu (Bayern)

Elisabeth Waizenegger und Christian Schiebel: »Die Sorge über die Entwicklungen im Bereich der Gentechnik und der Wunsch, im Allgäu eine Gentechnikfreie Region zu gründen, beschäftigte viele Leute schon lange. Die Frage war nur: Wie anfangen? Immer wieder gab es Ak-



tionen, aber es entstand kein Zusammenhang. Allgäuer Landkreise und einzelne Gemeinden verabschiedeten unverbindliche Absichtserklärungen. Die Kreisverbände des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) im Ober- und Unterallgäu begannen bei den Bauern Selbstverpflichtungserklärungen zu sammeln, was jedoch zunächst im Sande verlief. Der Bioring Allgäu, eine regionale Organisation von Bauern und Verbrauchern, erstellte eine Liste mit Lieferanten von gentechnikfreien Futtermitteln. Ab und zu fanden Vorträge statt.

Im Herbst 2006 beschlossen ein paar Leute, eine Veranstaltung mit dem Futtermittelhändler Josef Feilmeier zu organisieren, weil gentechnikfreie Futtermittel in einem Grünlandgebiet wie dem Allgäu das zentrale Thema waren. Dieser Abend war der »Zündfunke«, daraufhin gab es in mehreren Orten, unabhängig voneinander, ähnliche Veranstaltungen. Im März 2007 organisierten mehrere Verbände eine gemeinsame Kundgebung mit großer Schlepperdemo in Kempten. Bei

dieser Demonstration äußerte sich neben den »üblichen Verdächtigen« wie AbL, Bioland, Bioring und Bund Naturschutz auch die stellvertretende Kreisbäuerin des Bayerischen Bauernverbandes sehr gentechnikkritisch und befürwortete eine gentechnikfreie Anbau- und Fütterungsregion. Es entstand der »Arbeitskreis Gentechnik«, ein loser Zusammenschluss interessierter Personen aus unterschiedlichen Organisationen, dessen Ziel die Information über die Agro-Gentechnik und (irgendwie und irgendwann) die Gründung einer Gentechnikfreien Region war.

2007 war das entscheidende Jahr. Beim Kreisverband des Bayerischen Bauernverbandes lief die Sammlung der Selbstverpflichtungserklärungen an, die hauptsächlich in den folgenden zwei Wintern durchgeführt wurde. Im Juni stimmte der Oberallgäuer Kreistag fast einstimmig einem Antrag der Grünen zu, den Landkreis im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten verbindlich zur Gentechnikfreien Region zu erklären. Der Beauftragte am Landratsamt, selbst Bergbauer, nahm Kontakt mit dem Arbeitskreis auf. Diese gute Zusammenarbeit und die sehr intensive Unterstützung durch den Landkreis ermöglichten die »Initiative GENial – Für ein Allgäu ohne Gentechnik« und am 2. März 2009 die Bekanntgabe der »Agro-Gentechnik freien Anbau- und Fütterungsregion Oberallgäu«.

Inhaltlich getragen wird die Initiative GENial nach wie vor von dem Arbeitskreis Gentechnik. Hier geht es im Wesentlichen um die Planung und Durchführung konkreter Maßnahmen, die den Landwirten, Verbrauchern und Verarbeitern den hohen Wert der gentechnikfreien Landwirtschaft bewusst machen sollen. Organisatorisch getragen und koordiniert wird die Initiative GENial durch den REGIO Allgäu e.V., einem Verein, dem die Landkreise Lindau, Oberallgäu, Ostallgäu und die Stadt Kempten angehören. Durch die Einbindung der Landkreise und durch die Arbeit eines Mitarbeiters des Landratsamtes Oberallgäu wird ein neutraler Boden für den Austausch der beteiligten landwirtschaftlichen Verbände zum Thema Agro-Gentechnik geschaffen. Die Unterstützung der Initiative durch die Landräte hilft bei der Ansprache von Landwirten und ihrer Verbände. Den an die Landes- und Bundespolitik vorgebrachten Wünschen verleiht sie ein entsprechendes Gewicht. Zudem sind wir im Austausch mit den Nachbarregionen.

Ein Wunsch für die nähere Zukunft der Initiative GENial ist es, dass auch in den Landkreisen Ostallgäu und Unterallgäu der Zug der gentechnikfreien Landwirtschaft weiter Fahrt aufnimmt und so weitere Gentechnikfreie Regionen ausgerufen werden können. Es wird sicher noch einige Zeit und Mühe kosten, bis es soweit ist. Aber wir wissen, dass es machbar ist!«

Nähere Infos: www.bioring-allgaeu.de/gentechnik.htm

Bürgerinitiative Gentechnikfreie Region Landkreis Oldenburg (Niedersachsen)

Gertrud Hennes: »Die Tatsache, dass die Mehrheit der Bürger gegen Gentechnik ist, die wenigsten sich aber mit dem Thema beschäftigt haben, war der Anlass für die Gründung unserer Bürgerinitiative Gentechnikfreie Region Landkreis Oldenburg im Juni 2011, die langsam wächst. Einen größeren Schub hat die öffentliche Vorführung des Films »Leben außer Kontrolle« gebracht.



Wir wollen die Bürger aufklären und für das Thema sensibilisieren. Wir engagieren uns, weil wir in der Agro-Gentechnik eine große Gefahr für unsere Umwelt sehen, weil die Gentechnik sich in unser Leben schleicht. Die Presse ist uns sehr zugetan und unterstützt unsere Aktivitäten mit Berichten und Ankündigungen. Wir haben einen Flyer mit einem sehr unterstützenden Grußwort unseres Landrats drucken lassen.

Die Resonanz der Bürger ist sehr gut, aber sie für aktive Mitarbeit zu gewinnen, ist harte Arbeit. Landwirte zu gewinnen ist schwer, da die Futtermittelindustrie und das Landvolk mit ihrer Lobbyarbeit uns entgegenarbeiten. Schön ist, dass sich eine Einkaufsgemeinschaft für gentechnikfreie Futtermittel bei uns gegründet hat (siehe nächstes Beispiel). Wir planen verstärkt die Bäcker- und Fleischerinnungen und die Molkereien anzusprechen. Es ist ein langer Weg, aber kleine Erfolge und große Zustimmung aus der Bevölkerung geben uns Mut weiterzumachen: Wir bleiben am Ball!«

Nähere Infos: www.gentechnikfrei-ol.de

Gründung einer Futtermittel-Einkaufsgemeinschaft Oldenburg, Ammerland, Ostfriesland (Niedersachsen)

Ernst Steenken: »Schon länger beschäftigen sich Milchbauern des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter (BDM) und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) mit der Frage, wie eine Fütterung mit gentechnikfreien Futtermitteln auch im Norden realisierbar ist. Nach einer Veranstaltung zu gentechnikfreien Futtermitteln mit der AbL und Intertek Anfang 2011 wurde spontan von den teilnehmenden Landwirten eine Liste im Saal herumgegeben, in der sich jeder, der Interesse an einer gentechnikfreien Fütterung hatte, eintragen konnte. 25 Betriebe bekundeten ihr Interesse.



Diese Gruppe traf sich einige Wochen später, um das Vorhaben zu konkretisieren und alle Daten zusammenzutragen (benötigte Futtermittel und Menge, Adressen der bisherigen Futtermittellieferanten etc.). Alle genannten Futtermittelfirmen wurden persönlich ange-

sprochen und gefragt, ob sie an der Lieferung von gentechnikfreien Futtermitteln interessiert seien. Die Antwort war meistens ein klares ›Nein‹. Zwischenzeitlich wurde unsere Einkaufsgemeinschaft immer größer und die einzukaufende Menge ebenfalls. Auch einige Schäfer schlossen sich uns an. Auf einmal meldeten sich dann doch Futtermittelfirmen, die sich vorstellen konnten, gentechnikfreies Futter zu liefern, was uns natürlich sehr freute. Bei einem weiteren Treffen wurde die Ausschreibung vorbereitet, mit allen Teilnehmern abgesprochen und an sieben interessierte Firmen versandt. Drei Firmen haben abgesagt, zwei Firmen haben sich gar nicht gemeldet und von zweien bekamen wir ein detailliertes Angebot. Die Einkaufsgemeinschaft vergab den Auftrag an Firma A. Schmidt aus Hude, die uns seit August 2011 mit gentechnikfreiem Futter für Rindvieh und Schafe beliefert. Auf diesen Erfolg sind wir sehr stolz und sagen deshalb: ›Und es ist doch möglich!‹«

Nähere Infos: www.gentechnikfrei-ol.de

Verein für eine gentechnikfreie Gastronomie e.V. (Mecklenburg-Vorpommern)

Gertrud Cordes, Christian Schmidt und Otfried Eckloff: »Im Juni 2009 haben neun Gastronomen und Hoteliers aus Nordwestmecklenburg den Verein für eine gentechnikfreie Gastronomie e.V. gegründet. Mittlerweile haben sich über 20 Hotel- und Gastronomiebetriebe verpflichtet, in Zukunft auf die Verwendung von GV-Lebensmitteln in ihren Betrieben zu verzichten. Sie wollen nur Produkte einsetzen, die der offiziellen Kennzeichnung ›ohne Gentechnik‹ entsprechen. Mit dieser Initiative soll ein Zeichen für mehr Information, Transparenz und Verbrauchersicherheit im Umgang mit GV-Lebensmitteln gesetzt werden.



Die Gastronomen plädieren für eine stärkere Zusammenarbeit von Tourismus und Landwirtschaft auf regionaler Ebene. Der Verein knüpft deshalb Kontakte zu Bauern aus der Umgebung, die eine gentechnikfreie Fütterung der Tiere garantieren und sie mit qualitativ hochwertigen regionalen Produkten ›ohne Gentechnik‹ beliefern können.

Die Gäste und Verbraucher sensibilisiert der Verein über die Problematik von GV-Lebensmitteln mit öffentlichkeitswirksamen Kampagnen. Vor der Ernte der GV-Industriekartoffel Amflora im Müritz-Kreis 2011 haben die Mitglieder zum Beispiel ein gentechnikfreies Kartoffelgericht in ihre Speisekarten aufgenommen. Die Gerichte wurden in der Speisekarte mit einem ›Genfood? Nein Danke!‹-Sticker markiert und die Speise selbst mit einem kleinen Fähnchen mit der Aufschrift ›ohne Gentechnik‹ dekoriert.

Ein Hauptbeweggrund warum wir uns engagieren ist die Tatsache, dass die Verbraucher nicht richtig informiert werden. Denn Milch, Eier, Fleisch, die mit GV-Futtermitteln erzeugt worden sind, müssen nicht als solche gekennzeichnet werden. Wir aber möchten Transparenz und wollen als Gastronomen zumindest in Teilbereichen Gentechnikfreiheit garantieren.

In den letzten Monaten haben wir an den Grundlagen für eine Zertifizierung ›ohne Gentechnik‹ gearbeitet und stehen nun vor der Zertifizierung durch die Firma Quant und Intertek. Dann können andere Regionen mitmachen oder bei uns im Verein einsteigen.«

Nähere Infos: www.gentechnikfreie-gastronomie.de

Initiative Gentechnikanbaufreie Region südlicher Barnim (Brandenburg)

Josephine Löwenstein: »Die Idee entstand 2009 bei der bundesweiten Tagung der Gentechnikfreien Regionen. Die Lokale Agenda 21 Biesenthal organisierte daraufhin eine Vorführung des Films ›Monsanto mit Gift und Genen‹ und lud engagierte konventionelle und ökologisch wirtschaftende Landwirte, Imker, Gärtner, Politiker, Kirchen- und Naturschutzvertreter zur Diskussion ein. Zu dieser Zeit lag gerade eine Anmeldung zu einem GVO-Versuchsfeld in der Region vor. Auch deshalb war die Bereitschaft, aktiv zu werden, sehr groß. Zur ersten Gründungsversammlung traten 24 Landwirte – bio und konventionell – (mit insgesamt 5 000 Hektar LN) der Initiative bei; inzwischen hat sich die Fläche verdoppelt. Die Landwirte sind der Überzeugung, dass der Mensch nicht so schwerwiegend in die Natur eingreifen sollte. Auch sehen sie die Gefahr der Abhängigkeit von Patenten großer Konzerne. Imker schließen sich an, weil sie Sorge um die Gesundheit ihrer Bienen und die Vermarktung ihres Honigs haben.



Wichtig für uns ist die Unterstützung durch den regionalen Bauernbund. Da jedoch die Hauptaktiven der Gruppe keine Landwirte sind, ist es nicht leicht, in die Reihen der Großbetriebe (ehemalige LPGen) vorzudringen, die große Teile der Region dominieren. Unterstützt vom örtlichen Bauernverband wollen diese sich den Anbau von GV-Pflanzen offenhalten und/oder trauen sich nicht, sich öffentlich zu positionieren.

Wir bleiben aktiv und machen weiter viel Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Unterstützung kommt von Studierenden aus Eberswalde. Neben zwei Tagungen haben wir Infostände auf Hoffesten und in diesem Jahr ein riesiges ›Eat-In‹ auf dem Eberswalder Erntedankmarkt in Kooperation mit Slow Food organisiert.«

Nähere Infos: www.gfr-barnim.de

Initiative für eine gentechnikfreie Metropolregion Hamburg

Andrea Madadi: »Wir sind eine Initiative von engagierten Landwirten, Obst- und Gemüse-Gärtnern, Bürgern, Großhändlern, Wochenmarktfahrern, Vertretern von Parteien, Kirche, Verbraucher- und Umweltverbänden aus ganz Hamburg. 2003 organisierten der Ökomarkt Verein Hamburg und die Gärtnerei Sannmann das erste Treffen in den Vier- und Marschlanden, um die Öffentlichkeit auf das Risiko von GV-Pflanzen aufmerksam zu machen. 2009 gründeten wir auf einer offiziellen Pressekonferenz in der Hamburger Handwerkskammer die »Initiative für eine gentechnikfreie Metropolregion Hamburg« und schlossen uns dem »Bündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft Niedersachsen, Bremen, Hamburg« an. In zahlreichen, intensiven Gesprächen mit Politikern aller Parteien und Verbände haben wir erreicht, dass 2009 ein interfraktioneller Antrag zustande kam mit der Aufforderung, dass Hamburg gentechnikfrei wirtschaften und die Initiativen für eine gentechnikfreie Metropolregion Hamburg fördern und unterstützen soll. Die Hamburger Bürgerschaft stimmte



Folgerungen & Forderungen

- Die Gentechnikgesetzgebung in Europa und Deutschland bietet keinen ausreichenden Schutz vor gentechnischen Verunreinigungen, also für eine dauerhafte gentechnikfreie Saatgutzüchtung, Land- und Lebensmittelwirtschaft sowie Imkerei.
- Die Gründung von Gentechnikfreien Regionen und Initiativen regt Diskussionen vor Ort an und klärt auf. Sie sind derzeit das effektivste Mittel, um langfristig eine gentechnikfreie Lebensmittelerzeugung durchzusetzen und dem Wunsch der Bürger und des Lebensmittelhandels – der Garantien der gentechnikfreien Erzeugung von seinen Lieferanten fordert – nachzukommen.
- Anbau und Freisetzung von GVOs müssen sicher unterbunden werden, weil sonst der derzeitige immense Wettbewerbsvorteil europäischer und deutscher Landwirte, gentechnikfreie Qualität liefern zu können, leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird.
- Die Folgekosten für die Einführung der Gentechnik und die Reinhaltung des Saatguts sowie der gentechnikfreien Lebensmittelerzeugung müssen den Nutzern und Verursachern auferlegt werden.
- Das Angebot der Futtermittelindustrie muss flächendeckend auf gentechnikfreie Ware ausgeweitet werden. Von Seiten der Bauern und des Handels muss die Nachfrage erhöht werden.²

dem gemeinschaftlichen Antrag von SPD, CDU, GAL und LINKE am 10. Februar 2010 zu und Hamburg steht seither in der Pflicht, diesen Antrag umzusetzen. Das fordern wir mit Aktionen und Anfragen regelmäßig ein.

Seit unserer Gründung finden alle sechs Wochen Arbeitstreffen statt. Wir haben eine Website und Mail-Verteiler eingerichtet sowie einen Flyer erstellt. Über Pressearbeit und persönliche Gespräche versuchen wir, Überzeugungsarbeit an der Basis zu leisten. Wichtig sind uns vor allem die konventionellen Landwirte, die wir durch Unterzeichnung einer freiwilligen Selbstverpflichtungserklärung dazu gewinnen wollen, dass sie auch weiterhin gentechnikfrei anbauen. Mehrmals im Jahr veranstalten wir Filmvorführungen sowie Informations- und Diskussionsabende mit prominenten Referenten/Aktivisten zu Folgen der Agro-Gentechnik und Patenten auf Leben, zu gentechnikfreien Futtermitteln und Saatgut. Jedes Jahr pflanzen wir im Frühjahr Bantam-Mais gegen Gentechnik oder »säen Zukunft« im Herbst mit Getreide.

Die größten Widerstände gegen unsere Arbeit kommen aus den Reihen der Verbände wie Bauernverband, Landwirtschaftskammer, Gartenbauverband, Landfrauen, etc. Sie wollen sich alle Möglichkeiten – auch die Gentechnik – offenhalten, um »wettbewerbsfähig und leistungsstark« zu bleiben. »Koexistenz« sei kein Problem und ohne GV-Soja sei keine Fleischerzeugung mehr möglich. Ohne industrielle Landwirtschaft und ohne das Wunder GV-Pflanzen würde unsere Welt verhungern. Und die Gentechnik sei ja eh schon überall verbreitet. So die gängigen Parolen. Wir halten dagegen.«

Nähere Infos: www.hamburg-gentechnikfrei.de

Anmerkungen

- 1 Eine Übersichtskarte und aktuelle Informationen finden sich unter www.kircheundgesellschaft.de/fileadmin/Dateien/Fachbereich_III/Dokumente/Gentec_Kiland_2011-07-01_Karte.pdf.
- 2 Die AbL hat eine Liste mit Anbietern gentechnikfreier Futtermittel erstellt (siehe www.gentechnikfrei-fuettern.de).

Hinweis

Die Koordination und Beratung der Gentechnikfreien Regionen in Deutschland sind ein gemeinsames Projekt der AbL und des BUND. Aktuelles zu den Gentechnikfreien Regionen sowie Kommunen und Städte unter: www.gentechnikfreie-regionen.de.



Annemarie Volling

Beratung der Gentechnikfreien Regionen in Deutschland
c/o Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.

Heiligegeiststr. 28, 21335 Lüneburg
E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
www.gentechnikfreie-regionen.de

»Ohne Gentechnik«

Ein neues Reinheitsgebot der deutschen Lebensmittelproduktion

von Alexander Hissting

Im Jahr 2008 wurde die Kennzeichnung für Lebensmittel reformiert, die nachweislich ohne den Einsatz von Gentechnik erzeugt wurden. Ein Jahr später schuf das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz (BMELV) ein einheitliches »Ohne Gentechnik«-Siegel. Die grüne Raute mit weißer Schrift verspricht die Einhaltung hoher Standards: vom Acker und Stall bis zur Verarbeitung von Lebensmitteln. Die Vorbehalte, sich auf diese Produktionsweise einzulassen, sind seit Einführung der neuen Kennzeichnung deutlich gesunken. Immer mehr Unternehmen, vom kleinen Direktvermarkter bis zum großen Lebensmittelhersteller und -händler, setzen das »Ohne Gentechnik«-Siegel zur Kennzeichnung ihrer Produkte ein. Vor allem im Bereich der Eier- und Milchproduktion ist eine hohe Marktdynamik zu beobachten. Die zunehmende Verbreitung der verbraucherfreundlichen Kennzeichnung dokumentiert und verfestigt auch den beeindruckenden Erfolg der gentechnikkritischen Bewegung in Deutschland. – Der folgende Beitrag analysiert die Entwicklung der »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung bei Milch und Eiern, geht auf gängige Kritikpunkte ein, schildert unter anderem die hohen Anforderungen, die der Gesetzgeber bei Lebensmittelzutaten stellt, und geht abschließend auf die weitere Entwicklung des Qualitätssiegels ein.

Belächelt – Bekämpft – Beneidet: Diese drei Begriffe beschreiben wohl den »Leidensweg« vieler neuer, erfolgreicher Ideen und Geschäftsmodelle, so auch die Entwicklung der »Ohne Gentechnik«-Lebensmittelproduktion.

Milch »ohne Gentechnik« – Nische oder neuer Mainstream?

2005 wagte das für seine Innovationskraft bekannte Unternehmen Upländer Bauernmolkerei zusammen mit dem Handelsunternehmen tegut... den Vorstoß und brachte eine konventionelle Milch mit »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung auf den Markt. Das wurde von den meisten Molkereien, die sich jahrelang über den Milchindustrie-Verband (MIV) eine erbitterte Auseinandersetzung mit der Umweltschutzorganisation Greenpeace geliefert hatten, als Affront angesehen. Die Umweltschützer verlangten das Ende der »Gen-Milch«-Produktion, also einen Stopp der Verfütterung von gentechnisch veränderten Futtermitteln an die Milchkühe. Der MIV warf Greenpeace vor, den guten Ruf der deutschen Molkereiprodukte zu gefährden. Milch sei Milch, egal ob die Kühe gentechnisch veränderte Pflanzen gefressen hätten oder nicht.

Nach außen demonstrierte die Molkereiindustrie nach dem »Outing« der Upländer Milchrebellen Gelassenheit und rechnete genüsslich vor, dass damit lediglich 0,0001 Prozent der deutschen konventionellen Milch »ohne Gentechnik« produziert seien. Die »Ohne Gentechnik«-Produktion sei ohnehin nur in der Nische machbar. Intern hingegen wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um es bei diesem einen »Ausrutscher« zu belassen. So dauerte es in der Tat weitere drei Jahre, bis es eine andere Molkerei riskierte, den »Nestbeschmutzer« abzugeben.

Anfang 2008 wurden die »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnungsregeln reformiert. Dadurch ermutigt, betrat der Molkereikonzern FrieslandCampina im September 2008 mit einem Paukenschlag die Bühne und kennzeichnete die Trinkmilch der Marke *Landliebe* mit einem »Ohne Gentechnik«-Logo. Der MIV tobte, in den Molkereizentralen brach Nervosität aus und der Handel zog kurz eine Machtprobe mit FrieslandCampina in Erwägung.¹ Aber so leicht listet man eine der beliebtesten Milchmarken Deutschlands nicht aus. Langsam dämmerte es, dass man an dem ungeliebten Thema der »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung nicht mehr vorbeikommen wird.

Die weitere Entwicklung nahm, den Gesetzmäßigkeiten des Marktes gehorchend, ihren Lauf: Immer mehr Markenhersteller folgten dem Beispiel von FrieslandCampina – der Damm war gebrochen. Bauer, Berchtesgadener Land, Bergbauern, Grünländer, Schwarzwaldmilch und Zott sind nur einige der Unternehmen oder Marken, die heute auf eine gentechnikfreie Fütterung

»Ohne Gentechnik« – die wichtigsten Unternehmen

Molkereiprodukte

Allgäuland Käsereien	Milch der Marke »Bergbauern«
Bauer	Käse, Creme Fraiche
Edeka Nord	Joghurt, Käse, Milch, Sahne
FrieslandCampina	Milchbasisprodukte der Marke Landliebe
Hochland	Grünländer Käse
Milchwerke Berchtesgadener Land	Milch
MVS Milchvermarktung	Milch der Marke »Die faire Milch«
Schwarzwaldmilch	Milch, laktosefreie Milch
Upländer Bauernmolkerei	Div. Milchprodukte
tegut...	Div. Milchprodukte
Zott	Mozzarella

Eier

Deutsche Frühstücksei
Ei-Frisch
Gold-Ei
Gutshof-Ei
Landkost-Ei
Rodinger Frischei
Wiesengold

Fleisch und Wurst

Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall (BESH)	Fleisch- und Wurstwaren
Gebr. Stolle	Hähnchenfleisch
tegut...	Schweinefleisch
Neuland	Fleisch
Rack & Rüter	Wurstwaren

Sonstiges

Alb-Gold Teigwaren	Nudeln der Marken Alb-Gold, Bechtle, Beste Landqualität, Teigwaren Riesa, Alb-Natur
Beckers Bester	Fruchtsäfte

Eine vollständige Übersicht der Unternehmen, die das einheitliche »Ohne Gentechnik«-Siegel nutzen findet sich unter www.ohnegentechnik.org

der Milchkühe achten. Jüngst erklärte selbst das Branchenblatt der Lebensmittelindustrie, die »Lebensmittelzeitung«, den »brancheninternen Glaubenskrieg« um die »Ohne Gentechnik«-Milchproduktion für beendet.² Etwa zehn Prozent der deutschen Milch entspricht mittlerweile den »Ohne Gentechnik«-Kriterien.³ Neben tegut... kennzeichnet auch Edeka Nord eigene Milchprodukte mit dem »Ohne Gentechnik«-Siegel. Andere Handelsunternehmen wollen folgen. Heute bleibt vielen Molkereimanagern nur noch, dem Trend hinterherzulaufen, um nicht zum »Genmilch-Dinosaurier« zu werden. Wehmütig blickt man zurück, wünscht sich ein paar Jahre schneller gewesen zu sein und träumt von den 9,4 Prozent Umsatzwachstum,⁴ die FrieslandCampina in den ersten beiden Jahre nach der Markteinführung der »Ohne Gentechnik«-Milch von Landliebe erzielt hat.

»Ohne Gentechnik«-Eier – rasante Entwicklung

Ebenso beeindruckend, aber noch viel schneller ist die Entwicklung im Bereich der Schaleneier. Im September 2009 erhielt der erste Eiererzeuger, ein kleiner Familienbetrieb, vom Bundesministerium für Landwirtschaft Ernährung und Verbraucherschutz (BMELV) die Lizenz zur Nutzung des »Ohne Gentechnik«-Siegels. Im April 2010 folgte der Gold-Ei-Erzeugerverbund als erster großer Player und schon Ende 2010 waren fast alle großen Eierhändler Lizenznehmer des einheitlichen »Ohne Gentechnik«-Siegels. Zwar gilt der »Ohne Gentechnik«-Standard nicht immer für die gesamte Eierproduktion eines Herstellers, doch die Anteile wachsen stetig. Mit Stand Oktober 2011 dürfen 42 Eiererzeuger und -händler das Logo nutzen: vom Direktvermarkter mit wenigen tausend Tieren bis zum Großunternehmen, das die Eier von einigen Millionen Tieren handelt. Über 35 Prozent der konventionell gehaltenen Legehennen in Deutschland werden inzwischen nach den »Ohne Gentechnik«-Kriterien gefüttert. Brancheninsider gehen von einem Anteil von 80 Prozent bis Ende 2012 aus.

Während der größte deutsche Umweltschutzverband Greenpeace jahrelang öffentlich Druck auf die Molke-reibranche ausgeübt hat, um eine Umstellung auf eine gentechnikfreie Fütterung zu erreichen, hat sich der Wandel im Bereich der Eier eher still und heimlich und ohne erkennbaren Druck aus der Gesellschaft vollzogen. Der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) hatte rechtzeitig erkannt, dass er mit schnellem und unternehmensübergreifendem Agieren verhindern kann, überhaupt erst in die Schusslinie zu geraten. Denn fast alle Eier im LEH werden unter dem Namen der jeweiligen Supermarktkette verkauft. Durch diese Abhängigkeit der Eiererzeuger vom Handel hatte der LEH auch leichtes Spiel, seine Forderung bei den Eiererzeugern durchzusetzen. Hinzu kommt, dass eine Umstellung im Be-

reich der Eier relativ einfach ist. Die Masse der Legehennen in Deutschland wird von Betrieben gehalten, die in engem vertraglichen Verhältnis zu großen Eierhändlern stehen. Das Futter wird zentral gefertigt, gemischt und mit einheitlichem Standard auf den Legebetrieb geliefert. Unternehmerische Freiheit bei den Erzeugern gibt es in solchen Vertragsverhältnissen kaum. In diesem Fall ein Vorteil: Man kann auch eine große Anzahl von Tieren sehr schnell auf eine »Ohne Gentechnik«-Fütterung umstellen. Anders als bei mancher Molkereigenossenschaft, bei der tausende Landwirte frei wählen, von welchem Lieferanten sie ihr Futter beziehen. Hier muss die Molkerei in einem Marathon von vielen dezentralen Versammlungen über Monate hinweg Überzeugungsarbeit leisten und verhandeln, zu welchen Konditionen umgestellt wird.

Die rasante Entwicklung im Bereich der Eierzeugung hat die Haltung der Futtermittelindustrie zur »Ohne Gentechnik«-Produktion nachhaltig verändert. Über viele Jahre hinweg war sie der größte Stolperstein bei der Ausweitung einer gentechnikfreien Tierfütterung. In unzähligen Berichten, Presseveröffentlichungen und Interviews wurde das Mantra wiederholt, dass gentechnikfreie Proteinpflanzen nicht ausreichend verfügbar oder viel zu teuer seien. Noch im April 2011 kommt der Deutsche Verband Tiernahrung (DVT) in einer Stellungnahme zu dem Schluss, dass »die ›ohne Gentechnik‹-Kennzeichnung derzeit als nicht sinnvoll erscheint.«⁵ Nur ein halbes Jahr später zeigt sich der Verband geläutert und konstatiert in einer Presseerklärung am 13. Oktober 2011: »Lebensmittel ›ohne Gentechnik‹ sind beim Verbraucher beliebt.« Er geht sogar noch weiter und erklärt sich im Handumdrehen zur Speerspitze der »Ohne Gentechnik«-Marktentwicklung: »Bereits in der Markteinführungsphase positioniert sich die Eier- und Futtermittelwirtschaft damit als Vorreiter in Sachen Transparenz und Verlässlichkeit.«⁶ Es ist zu wünschen, dass sich diese Haltung der Futtermittelindustrie auch in anderen Bereichen der Tierproduktion wie zum Beispiel der Schweinemast durchsetzen wird.

»Ohne Gentechnik« – ein deutscher Alleingang?

Weit gefehlt! Österreich hat bereits seit 1998 eine funktionierende »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung. Mehr als 1 500 Produkte führen bereits eines der beiden Qualitätszeichen »Gentechnik-frei erzeugt« bzw. »Ohne Gentechnik hergestellt«.⁷ Seit 2010 werden die komplette Milch und alle Frischeier in Österreich »Ohne Gentechnik« produziert. Aber auch im Bereich Schweinefleisch kommt mit den Marken »Regional-Optimal« und »IBOSCHWEIN« Bewegung in den Markt.



In Frankreich tritt am 1. Januar 2012 ein neues Gesetz zur »Ohne Gentechnik« (sans OGM)- Kennzeichnung in Kraft. Es bleibt abzuwarten, ob es eine ähnliche Dynamik auslösen wird wie in Deutschland. Bereits seit November 2010 kennzeichnet der französische Handelskonzern Carrefour 300 Produkte mit dem Hinweis »Ohne Gentechnik gefüttert«. Neben Eiern, Fisch, Geflügel- und Kalbfleisch wird auch Schweinefleisch gekennzeichnet. Während Schweinefleisch in Deutschland die am wenigsten entwickelte »Ohne Gentechnik«-Branche ist, kennzeichnet Carrefour als größtes europäisches Handelshaus bereits 71 Prozent des verkauften Schweinefleisches mit »Nourri sans GMO«.⁸

Auch in Luxemburg ist man derzeit im Begriff, eine nationale Regelung zu erarbeiten. Es besteht sogar die Aussicht einer einheitlichen europäischen Lösung. Während des Notifizierungsverfahrens der französischen Regelung haben Finnland, Österreich, Polen, Spanien und Tschechien eine europäische »Ohne Gentechnik«-Regelung gefordert. Sollte die deutsche und französische Regierung ebenfalls mit an einem Strang ziehen, wäre eine Umsetzung dieser Forderungen denkbar.

Mehr Wahlfreiheit oder Verbrauchertäuschung?

Hin und wieder ist in Presseberichten zu lesen, die »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung sei eine Mogelpackung. Verbände, die seit Jahren den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung ablehnen wie AbL, BUND, Foodwatch, Greenpeace & Co. haben jedoch bereits 2009 festgehalten: »Die ›Ohne Gentechnik‹-Kennzeichnung erlaubt es Verbrauchern, nicht nur bei Bioprodukten, sondern auch bei konventionellen Lebensmitteln direkt am Supermarktregal zu erfahren, welche Hersteller die Verfütterung von Gen-Pflanzen ausschließen. Das ist ein großer Fortschritt.«⁹

Warum bezeichnen also die Parteien FDP und CDU gemeinsam mit dem Deutschen Bauernverband (DBV), dem Bundesverband Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL), dem Deutschen Raiffeisenverband (DRV) und der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie (DIB) die »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung als Etikettenschwindel? All diese Akteure haben eines gemeinsam: Sie zeigen und zeigten sich jahrelang für den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft offen, bzw. haben diese direkt unterstützt. Einige Verbände wie der DBV und der BLL halten sich neuerdings mit öffentlicher Kritik zurück, vor allem, weil immer mehr ihrer Mitglieder selber das »Ohne Gentechnik«-Siegel einsetzen. Ob sich jedoch die Haltung gegenüber der Kennzeichnung ge-

ändert hat, ist fraglich. Noch immer finden sich anonyme Geldgeber für pseudo-aufklärerische Studien,¹⁰ die zu dem Schluss kommen, die »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung sei Verbrauchertäuschung.¹¹

Die Hauptkritikpunkte sind, dass die gentechnikfreie Fütterung bei manchen Tierarten nicht das gesamte Leben der Tiere umfasst, dass geringfügige Verunreinigungen durch »Gen-Pflanzen« im Futter toleriert werden, dass Futtermittelzusatzstoffe von gentechnisch veränderten Bakterien stammen dürfen und dass Tiermedikamente von dem Gesetz nicht erfasst sind. Nicht zufällig fordern Kritiker auch eine »absolute Positivkennzeichnung«.¹² Danach müssten alle Produkte »Mit Gentechnik« gekennzeichnet werden, die jemals mit Gentechnik »in Berührung gekommen sind«.¹³ Dazu, wie »in Berührung gekommen« zu definieren ist, liegt von den Verfechtern einer solchen Regelung kein Vorschlag auf dem Tisch. Klar ist nur: die Kennzeichnung soll möglichst umfassend sein.

Wenn diese Regelung dann so weit gehen sollte, dass Milch einer zehn Jahre alten Kuh gekennzeichnet werden muss, sofern sie als Kalb eine Impfung erhalten hat, die von Bakterien produziert wurde, welche auf einem Nährsubstrat vermehrt wurden, das zu 0,1 Prozent aus gentechnisch verändertem Mais bestand, wird so ziemlich jedes Produkt eine »Mit Gentechnik«-Kennzeichnung tragen. Der Verbraucher hätte keinerlei Wahlfreiheit und es gäbe für Lebensmittelhersteller auch keinen Anreiz mehr, auf die Masse der Gentechnik im Herstellungsprozess zu verzichten, wenn bereits kaum auszuschließende Verunreinigungen zur »Mit Gentechnik«-Kennzeichnung des Produktes führen. Der Damm wäre gebrochen, dem Einsatz gentechnisch veränderter

Pflanzen in der Lebensmittelproduktion wäre Tür und Tor geöffnet – so die Hoffnung vieler Gentechnikbefürworter. Die Absicht der Forderungen nach einer »absoluten Positivkennzeichnung« ist offensichtlich. Es geht nicht um mehr Verbraucherinformation, sondern darum, den Widerstand der Verbraucherinnen und Verbraucher gegen »Gen-Food« endlich zu brechen.

So wenig wie eine »absolute Positivkennzeichnung« den Interessen der Verbraucher entgegenkommt, so notwendig ist jedoch eine Ausweitung der bisherigen EU-Kennzeichnungsregelung auf die größte Eintragsquelle der Gentechnik in die Lebensmittelproduktion: die gentechnisch veränderten Pflanzen im Tierfutter.

Lebensmittelzutaten – besonders hohe Anforderungen

Der Gesetzgeber hat bei den Kriterien der »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung zwischen Futtermittel und Lebensmittel unterschieden. Bei Futtermitteln steht im Vordergrund, die große »Mit Gentechnik«-Kennzeichnungslücke für Milch, Eier und Fleisch zu schließen. Wer auf gentechnisch veränderte Pflanzen im Tierfutter verzichtet, soll dies auch bewerben dürfen. Für eine »Ohne Gentechnik«-Produktion geeignete *Futtermittel* dürfen nach den bekannten EU-Verordnungen Nr. 1829/2003 und 1830/2003 nicht als gentechnisch verändert gekennzeichnet sein. Das betrifft alle Futtermittelzutaten, die selber ein gentechnisch veränderter Organismus (GVO) sind oder aus einem GMO stammen. Es handelt sich meist um gentechnisch veränderte Pflanzen wie Soja, Mais oder Raps. Die Regelung erlaubt zufällige oder technisch unvermeidbare Verunreinigungen bis zu einem Wert von maximal 0,9 Prozent je Futtermittelzutat. »Im Interesse einer ausgewogenen Tierernährung«¹⁴ bleiben Futtermittelzusatzstoffe bei der »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung unberücksichtigt, sofern sie nur durch GVO (meist Bakterien) hergestellt wurden und diese GVO nicht Bestandteil des Futters sind. Der Gesetzgeber verweist auch darauf, dass solche Produkte in geschlossenen Systemen hergestellt werden und somit mit dem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen nicht unmittelbar vergleichbar sind.¹⁵ Die GVO im geschlossenen System verbreiten sich nicht unkontrolliert in freier Natur wie es gentechnisch veränderte Pflanzen können.

Um den hohen Ansprüchen der Verbraucher gerecht zu werden, hat der Gesetzgeber die Anforderungen für »Ohne Gentechnik«-*Lebensmittel* wesentlich strenger gefasst: Alle Lebensmittelzutaten, Zusatzstoffe und Verarbeitungshilfsstoffe dürfen weder selber gentechnisch verändert, Teil eines gentechnisch veränderten Organismus noch durch gentechnisch veränderte Bakterien oder Pilze hergestellt worden sein. Damit kann sich der Verbraucher auch sicher sein, dass »Ohne Gentech-

»Ohne Gentechnik« – die wichtigsten Kriterien

Bei der Herstellung von Milch, Eiern und Fleisch dürfen innerhalb von strengen Fristen nur Futtermittel eingesetzt werden, die nach den EU-Verordnungen Nr. 1829/2003 und Nr. 1830/2003 keine »mit Gentechnik«-Kennzeichnung tragen. Das heißt, sie dürfen bis auf technisch unvermeidbare oder zufällige Verunreinigungen bis maximal 0,9 Prozent je Zutat keine gentechnisch veränderten Pflanzen enthalten.

Lebensmittelzutaten, Zusatzstoffe oder Verarbeitungshilfsstoffe dürfen keine gentechnisch veränderten Organismen sein, solche enthalten, daraus bestehen oder durch diese hergestellt worden sein. Kurz: jegliche Anwendung der Gentechnik ist ausgeschlossen.

Detaillierte Informationen unter
www.ohnegentechnik.org

nik«-Lebensmittel tatsächlich in einem denkbar umfassenden Sinne gentechnikfrei sind.

So wünschenswert ein solch hoher Standard auch ist, so schwer macht er es manchmal Lebensmittelherstellern, »Ohne Gentechnik«-Produkte anzubieten. Die Lebensmittelproduzenten kämpfen aber nicht nur mit den strengen Vorgaben des Gentechnik-Durchführungsgesetzes (EGGenTDurchfG), der rechtlichen Grundlage der »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung, sondern auch immer noch gegen einzelne Branchen, die eine »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung aus politischen Gründen ablehnen. Es ist kein Zufall, dass große Molkereimarken wie Bauer, Zott und Landliebe ihren Fruchtojoghurt noch nicht »Ohne Gentechnik« gekennzeichnet haben. Alle drei führen bereits »Ohne Gentechnik«-Lebensmittel im Sortiment, scheitern aber noch an einzelnen Zutaten für Fruchtojoghurt. Probleme gibt es beim Zucker, obwohl gentechnisch veränderte Zuckerrüben in der gesamten EU nicht angebaut werden dürfen. »Das Zuckerkartell mauert. Die Unternehmen stellen keine Zertifikate aus, obwohl sie es könnten«, beklagt Florian Bauer, Geschäftsführer der Molkerei Bauer deshalb zu Recht in der Lebensmittelzeitung.¹⁶

Ambitioniert und praxistauglich – ein Balanceakt

Die Möglichkeit, Lebensmittel »Ohne Gentechnik« zu kennzeichnen, existiert in Deutschland bereits seit 1998 – zumindest theoretisch. Die Kriterien, insbesondere für tierische Produkte, waren anfangs jedoch rechtlich ungenau und nur mit hohem Aufwand in die Praxis umzusetzen. So machte in den zehn Jahren bis zur Neufassung der »Ohne Gentechnik«-Kriterien lediglich eine kleine Molkerei von der Kennzeichnung Gebrauch. Auf Druck der SPD hatte die große Koalition 2008 neue Regeln für die »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung formuliert. Das positive Ergebnis sehen wir heute: Die deutsche Eierwirtschaft kehrt nahezu komplett den gentechnisch veränderten Futtermittelpflanzen den Rücken zu. Nach konservativen Schätzungen wird in drei Jahren der Großteil der Milchkühe in Deutschland ohne »Gen-Pflanzen« gefüttert.

Gelungen ist dies nur durch Kennzeichnungskriterien, die praxistauglich sind und Unternehmen ermutigen, den aufwendigen ersten Schritt einer »Ohne Gentechnik«-Produktion zu gehen. Generell müssen die Kriterien für die freiwillige »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung immer den Balanceakt gehen auf der einen Seite den hohen Erwartungen der Verbraucher an die Gentechnikfreiheit ihrer Lebensmittel zu entsprechen und andererseits in der Praxis Akzeptanz zu finden.

Seit Einführung der aktuellen »Ohne Gentechnik«-Kriterien im Jahr 2008 haben sich die Rahmenbedingungen für eine gentechnikfreie Lebensmittelproduk-

Folgerungen & Forderungen

- Die »Ohne Gentechnik«-Produktion von Lebensmitteln wird bei Eiern kurzfristig, bei der Milchproduktion mittelfristig zum Standard.
- Der Kauf von »Ohne Gentechnik«- und Bio-Lebensmitteln ist die beste Möglichkeit, beim Einkauf eine gentechnikfreie Landwirtschaft zu fördern.
- Die EU-weite »Mit Gentechnik«-Kennzeichnungsvorschrift muss auf Milch, Eier und Fleisch ausgeweitet werden, wenn die Tiere gentechnisch veränderte Pflanzen gefressen haben.
- Eine zu weit reichende »Mit Gentechnik«-Kennzeichnung fördert den Einsatz der Gentechnik in der Lebensmittelproduktion.
- Die Kriterien der »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung müssen kontinuierlich weiterentwickelt werden. Sie müssen sich stets an den hohen Erwartungen der Verbraucher messen lassen und in der Praxis anwendbar sein.

tion deutlich verbessert. Die Marktdynamik im Bereich Eier und Milch ist nicht mehr zu stoppen und der LEH listet immer mehr »Ohne Gentechnik«-Produkte, auch unter seinen Eigenmarken. Die Vorbehalte sich auf diese Produktionsweise einzulassen sind seit 2008 erheblich gesunken. Große Teile der Lebensmittel- und Futtermittelindustrie haben inzwischen positive Erfahrungen mit der »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung gemacht. Aufgrund dieser günstigeren Bedingungen setzt sich der Verband Lebensmittel ohne Gentechnik e.V. (VLOG) für strengere Fütterungsfristen ein. Aktuell werden hierfür genaue Kriterien und Übergangsfristen erarbeitet.

Anmerkungen

- 1 Dirk Lenders: Greenpeace feiert Erfolg. Lebensmittelzeitung, 1. Oktober 2008.
- 2 Birgit Will: Natürlich Natur. Lebensmittelzeitung 38/2011, 23. September 2011.
- 3 Ebenda.
- 4 Johannes von Mallinckrodt (2011): Molkereien wollen Fehlentwicklungen durch GV-Anbau vorgehen. Dow Jones Milchmarkt Monitor Ausgabe 14.
- 5 Bundesverband Deutsches Ei e.V., Deutscher Verband Tierernährung e.V., European Egg, Poultry and Game Association, Zentralverband Eier e.V., Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V.: Positionspapier zum Einsatz nicht-gentechnisch veränderter Futtermittel in der Eierzeugung vom 12. April 2011.
- 6 Bundesverband Deutsches Ei e.V., Deutscher Verband Tierernährung e.V., Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V.: Presseerklärung vom 13. Oktober 2011.
- 7 Arbeitsgemeinschaft für Gentechnik-frei erzeugte Lebensmittel: www.gentechnikfrei.at, Stand 10/2011.

- 8 Lebensmittelzeitung: Carrefour setzt Zeichen, 11. November 2010.
- 9 Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V., Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V., foodwatch e.V., Gen-ethisches Netzwerk e.V., Gentechnikfreie Regionen in Deutschland, Greenpeace e.V., Naturschutzbund Deutschland e.V. (2009): Positionspapier zur »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung vom Februar 2009 (<http://bit.ly/Verbaendeposition>).
- 10 Stefan Leible: Kennzeichnung von Lebensmitteln im Zusammenhang mit der Anwendung von Gentechnik. Universität Bayreuth 2010.
- 11 Die Ergebnisse von Leible (2010) und damit die Kritik an der »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung wurden bereits Anfang Oktober 2010 in einer Pressemitteilung veröffentlicht. Unter anderem wurde bei der »Ohne Gentechnik«-Kennzeichnung ein Mangel an Transparenz kritisiert. Es dauerte jedoch 47 Tage bis die komplette Studie erhältlich war. Aber auch dann wollte der Autor nicht preisgeben, wer die Studie in Auftrag gegeben und finanziert hat. Die Ergebnisse der Studie wurden aber weiter für Stimmungsmache genutzt. Ein Vorgang, der an Intransparenz kaum zu überbieten ist.
- 12 Hans-Joachim Deneke-Jöhrens (2011): Umfassende Verbrauchertransparenz durch Positivkennzeichnung – Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP im Niedersächsischen Landtag, Drucksache 16/3218 (<http://bit.ly/Deneke-Joehrens>).
- 13 Christel Happach-Kasan: Europaweite Prozesskennzeichnung voranbringen. Pressemitteilung der FDP-Bundestagsfraktion vom 7. September 2011 (http://bit.ly/fdp_Prozesskennzeichnung).
- 14 Deutscher Bundestag: Drucksache 16/7868, 16. Wahlperiode, 23.01.2008.
- 15 Ebenda.
- 16 Lebensmittelzeitung: Bauer will nur gentechnikfreie Produkte herstellen, 25. Juli 2011.



Dipl. Ing. Alexander Hissting

Leiter der Geschäftsstelle des »Verband Lebensmittel ohne Gentechnik e.V.« (VLOG)

VLOG

Chausseestr. 8/F, 10115 Berlin

E-Mail: info@ohnegentechnik.org

www.ohnegentechnik.org

© Schwerpunkt »Zusammen arbeiten«

Ein neues Miteinander

Erfolgsprinzipien für gute Kooperationen in und mit der Landwirtschaft

von Franz-Theo Gottwald und Isabel Boergen

»Bau|ern|ster|ben, das«, bezeichnet laut Duden das »kontinuierliche Zurückgehen der Zahl bäuerlicher Betriebe durch Rationalisierung in der Landwirtschaft und Landflucht der jüngeren Dorfbewohner«. Diese Entwicklung, beschönigend gern als »Strukturwandel« umschrieben, treibt seit mehr als vier Jahrzehnten immer mehr Höfe dazu, sich entweder zu vergrößern oder aufzugeben. Insbesondere kleinere und familiär geführte Höfe können mit den veränderten Bedingungen der industriellen Landwirtschaft nicht mehr mithalten und werden zu Nebenerwerbshöfen umfunktio- niert oder gänzlich aufgegeben. Nun formiert sich eine Gegenbewegung, die gerade diese kleinen Höfe vor dem Untergang bewahren könnte: Kooperationen zwischen Produzenten und Verbrau- chern, der Zusammenschluss von Bauern und Großstädtern, von Höfen und Lieferanten. Mit Netz- werken, Dorfläden, Beteiligungen und Gemeinschaftshöfen erfährt die Landwirtschaft gerade in der Stadt eine im täglichen Preiskampf längst verloren geglaubte Wertschätzung. Zuverlässigkeit, gegenseitiger Respekt, räumliche Nähe und Abnahmegarantien sorgen für ein ganz neues Mit- einander von Stadt und Land.

1950 gab es in Deutschland mehr als zwei Millionen Höfe. Damals war ein Viertel aller Arbeitnehmer in der Landwirtschaft beschäftigt, ein einzelner Bauer ernährte zehn Menschen. Der Landwirt von heute ernährt 140 Menschen¹, die Anzahl der Höfe hingegen ist auf knapp 374 500 gesunken. Allein zwischen 1999 und 2007 hat der Zwang zum »Wachsen oder Weichen« zu Betriebsaufgaben um mehr als 20 Prozent geführt. So verrin- gerte sich in diesem Zeitraum die Anzahl der landwirt- schaftlichen Unternehmen in Deutschland um knapp 100 000 Höfe² – mit all den menschlichen und sozialen »Folgekosten«.

Moderne Landwirtinnen und Landwirte sollen als »Agrarunternehmer« Höchstleistungen zu möglichst niedrigen Preisen erbringen. Tatsächlich haben sich die Erträge pro Hektar und Jahr in den vergangenen 100

Jahren mehr als vervierfacht. Dieser Trend betrifft Nutzpflanzen und landwirtschaftlich genutzte Tiere gleichermaßen. Ein Beispiel: Die durchschnittliche Milchleistung einer Milchkuh lag Anfang des 20. Jahrhunderts bei etwas über 2 000 Liter pro Jahr, heute sind es 8 000 Liter/Jahr und mehr. Die Legeleistung von Legehennen hat sich seit 1950 mit heute 293 Eiern pro Jahr mehr als verdoppelt.³ Immer größer, immer schneller, immer mehr, immer günstiger – der Druck der industriellen Land- und Lebensmittelwirtschaft ist enorm. Die Auseinandersetzungen um den Milchpreis bieten nur einen kleinen Einblick in die Landwirtschaft von heute, die zu einem beinharten Business zu verkommen droht. Doch der Strukturwandel hat nicht nur wirtschaftliche Folgen: Mit dem Wachstum steigt meist auch der Grad der Intensivierung. Dies wiederum wirkt sich nachweis-

lich ungünstig auf die Bodengesundheit und Artenvielfalt sowie den Klima- und Ressourcenschutz aus.⁴

Der Landwirt – nicht nur Unternehmer

Ja, der Landwirt von heute ist Unternehmer. Aber er kann und sollte mehr sein als das. Denn ein Hof ist nicht nur ein ökonomischer Betrieb, sondern auch Zuhause, Existenz, Heimat. Die Verbundenheit mit dem Land, von dem man lebt, das einen ernährt und das man pflegt, ist ein Grundpfeiler bäuerlicher Landwirtschaft und des Fortbestands von Familienbetrieben über mehrere Generationen hinweg.⁵ Ein nachhaltig wirtschaftender Bauer verdient Anerkennung für die vielfältigen, multifunktionalen Leistungen und Kulturaufgaben, die er übernimmt. *Kultur* leitet sich von den lateinischen Begriffen *cultura* (= Bearbeitung, Pflege, Ackerbau) und *colere* (wohnen, pflegen, den Acker bestellen, kultisch verehren) ab. Die erste Kulturleistung des Menschen bestand darin, das eigene Überleben zu sichern, indem er das Land achtsam und nachhaltig nutzte. Die Bauern von einst waren Gestalter und Erhalter gleichermaßen, sie waren Begründer und Bewahrer von Traditionen und einem kostbaren Wissen über die vielfachen Abhängigkeiten der menschlichen Existenz innerhalb der Natur.⁶

Auch heute sind die Aufgaben einer (nachhaltig ausgestalteten) Landwirtschaft vielfältig: Sie produziert hochwertige Lebensmittel und Rohstoffe, schafft Naherholungsräume, gestaltet und erhält Lebensräume, schafft soziales Leben auf dem Land, schützt und nützt Agrobiodiversität. Es gestaltet sich unter den gegenwärtigen ökonomischen Zwängen schwierig, diese Multifunktionalität aufrechtzuerhalten. Dazu müssen die Landwirte erstens die Möglichkeit bekommen, all diese Funktionen auch wahrzunehmen, und zweitens muss die Wahrnehmung dieser Aufgaben entsprechend honoriert werden – politisch, vor allen Dingen aber auch gesellschaftlich.

Der Verbraucher spielt hierbei eine wesentliche Rolle, der er sich zunehmend bewusst zu sein scheint. Immer häufiger ist in den Medien von »verantwortungsvollem Konsum« die Rede, von »Klimabilanz der Lebensmittel« und von »nachhaltigen Einkaufskörben«. Lebensmittelskandale wie BSE, Gammelfleisch, Dioxin und Ehec lassen das Vertrauen in die großindustriellen, globalen Gesamtzusammenhänge der Branche sinken. Zugleich gibt es eine wachsende Sehnsucht nach Echtheit, nach Verlässlichkeit, nach Nähe. Wer produziert wie was und zu welchem Preis? Dieser Trend manifestiert sich auf dem Markt: 37 Prozent der Deutschen kaufen regelmäßig, 44 Prozent gelegentlich Produkte aus der Region.⁷

»Ich möchte die Geschichte einer Speise kennen. Ich möchte wissen, woher die Nahrung kommt. Ich stelle

mir gerne die Hände derer vor, die das, was ich esse, angebaut, verarbeitet und gekocht haben«, sagt Carlo Petrini, Gründer der Slow Food-Bewegung.⁸ Der Verbraucher als Co-Produzent, als verantwortlicher Entscheider, als informierter Interessierter – so wünschen sich Petrini und die Anhänger seiner Bewegung die Zukunft der Land- und Lebensmittelwirtschaft. Dass dieser Wunsch mancherorts bereits sehr erfolgreiche Realität ist, wagt man angesichts der Erfolge der Discounter kaum zu hoffen. Doch es gibt sie, die neue Wertschätzung für das Ursprüngliche, Echte. In erfolgreichen Kooperationen haben Städter und Bauern, Hochhäuser und Höfe, Konsumenten und Produzenten zu einer ganz neuen Form der Allianz gefunden, deren Organisationsprinzip in der »Kooperation« liegt.

Kooperationen in der Landwirtschaft

Kooperation kann verstanden werden als eine politische, wirtschaftliche oder soziale Strategie, die auf Zusammenarbeit und Austausch mit anderen basiert und zielgerichtet den (möglichen) eigenen Nutzen auf den Nutzen der Kooperationspartner abstimmt.⁹ Kurz gesagt: Kooperation ist eine soziale Interaktion zur gemeinsamen Zielerreichung.¹⁰ Da die Kapazitäten eines Einzelnen begrenzt sind und das Ziel stets die Erreichung des größtmöglichen Nutzens bei gleichzeitigem geringstmöglichen Aufwand ist, ist Kooperation (neben Mutation und Selektion) ein auch für die Evolution unabdingbares Prinzip.

Sehr deutlich wird dies, wenn man die Spieltheorie betrachtet. Hier existiert die Strategie-Variante »Tit-for-Tat«, zu Deutsch die Verhaltensregel »Wie du mir, so ich dir« (alttestamentarisch: »Auge um Auge, Zahn um Zahn«).¹¹ Auch wenn der erste Spieler zunächst stets kooperativ ist, können unter Umständen im Spielverlauf mehr Punkte erzielt werden, wenn stets nicht kooperiert (»defektiert«) wird. Denn: Kooperiert ein Spieler, ist er ständig dem Risiko ausgesetzt, dass der andere Spieler defektiert. Ist dies der Fall, droht Punktverlust. So besteht eine permanente Bedrohungssituation, ein Konstrukt, wie es in vielen gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen existiert. Diese Art der Kooperation funktioniert nur aufgrund von Sanktionsdruck, übergeordneten Instanzen oder Gesetzen. Dies formulierte der britische Staatstheoretiker und Mathematiker Thomas Hobbes (1588–1679) recht drastisch. Er hatte wenig Hoffnung auf ein kooperatives Miteinander der Menschen. Demnach sei die Konkurrenz unter den egoistischen Individuen derart stark, dass ein Leben ohne ordnende Regierungsgewalt »einsam, armselig, ekelhaft, tierisch und kurz« wäre.¹²

In der Landwirtschaft basieren Kooperationen deshalb auf der freiwilligen, vertraglich vereinbarten Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Parteien (Be-

Tab. 1: Arten von Kooperation in der Landwirtschaft

Art der Kooperation Märkte	Arbeitsteilung	Maschinen	Bewirtschaftung
Einkaufsgemeinschaft	Nachbarschaftshilfe	Bruchteilsgemeinschaft	Anlagennutzung
Erzeugergemeinschaft	Maschinenring	Maschinengesellschaft	Gemeinschaftsställe
Gemeinschaftshöfe	Bewirtschaftungsvertrag	Dienstleistungsgesellschaft	Betriebsgesellschaften

Quelle: Theuvsen 2003

triebe, Verarbeiter, Vermarkter, Verbraucher). Sie erstrecken sich über längere Zeiträume, können mündlich oder schriftlich vereinbart werden und beruhen auf der freien Entscheidung der Beteiligten.¹³ Ihr Ziel ist meist die langfristige Gewinnoptimierung durch Rationalisierung und Erhöhung der Effizienz der eingesetzten Mittel.¹⁴

Landwirtschaftliche Kooperationen können vertikaler (Produzent – Verarbeiter – Verbraucher) oder horizontaler (Produzent – Produzent) Natur sein.¹⁵ Die Kooperation reicht hier von der Zusammenarbeit in den Außenbeziehungen (schwache Bindungsintensität) über die gemeinsame Nutzung von Produktionskapazitäten bis hin zu Betriebsgemeinschaften (starke Bindungsintensität). Auch nach der Art und Funktion der Zusammenarbeit lassen sich Kooperationen innerhalb der Landwirtschaft definieren (Tab. 1).

Kooperationen bringen eine ganze Reihe Vorteile mit sich, etwa die Reduktion der festen Kosten, die Optimierung der Position am Markt oder die Nutzung überschüssiger Arbeitszeit für außerlandwirtschaftliche Zwecke.¹⁶

Erfolgsprinzipien für Kooperationen

Alle Formen von Kooperation, sei es zwischen Landwirten oder zwischen Landwirten und Verarbeitern oder Landwirten und Verbrauchern beruhen auf Prinzipien, ohne die eine Kooperation nicht erfolgreich sein kann. Denn Kooperation ist nicht nur ein mathematisch beschreibbares Phänomen, sondern auch eine Haltung, die gelernt, ein Bewusstsein, das entwickelt werden will.¹⁷

Für erfolgreiche Kooperation ist zunächst einmal eine der Zusammenarbeit gegenüber prinzipiell aufgeschlossene Haltung der Beteiligten notwendig. Dazu gehört die grundlegende Bereitschaft

- ein gemeinsames Ziel zu definieren und zu verfolgen,
- gegenseitigen Nutzen zu generieren,
- das Gute im Menschen zu sehen,
- Vertrauen zu schenken,
- Emotionen zu reflektieren und zu kontrollieren,
- Verantwortung für sich und andere zu übernehmen,

- auch einmal nachzugeben,
- zu verzeihen.¹⁸

Eine solche Haltung, die Fähigkeit zur Kooperation, wird durch Erziehung, Bildungsumfeld, Gesellschaft, Ausbildung und soziale Interaktion bereits im Kindesalter erlernt und ist individuell verschieden stark ausgeprägt. Zu dieser Bereitschaft kommen Grundwerte des sozialen Miteinanders, mit deren Beachtung kooperative Beziehungen entstehen und gedeihen können. Diese sind in Abbildung 1 zusammengestellt.

Die in Abbildung 1 dargestellten Werte sind die tragenden Säulen für eine funktionierende Gemeinschaft, für Gegenseitigkeit, für kollektives Entscheiden. Wenn kooperative Beziehungen zwischen Unternehmen und Menschen gelingen sollen, sind die Kooperationspartner in vollem Umfang gefragt: Kooperation ist nur möglich, wenn die getroffenen Entscheidungen und Mechanismen für jeden Einzelnen tragfähig sind.¹⁹

Denn Kooperationen können sich auch nachteilig auswirken, wenn es an diesen tragenden Säulen der Kooperation fehlt. Ein Beispiel: So können sich feste Kosten trotz Kooperationen und einer damit verbundenen grundsätzlichen Steigerung der Produktionseinheiten auch erhöhen. Wenn etwa die Landwirte zu wenig Vertrauen in die Zusammenarbeit setzen und die kooperierenden Einzelbetriebe bei Anschaffung von Gemeinschaftsmaschinen dennoch die eigene Mechanisierung aufrechterhalten, steigen die fixen Kosten. Bei der gemeinsamen Nutzung von Maschinen kann es außerdem zu Transaktionskosten (Transfer der Maschinen zwischen den einzelnen Höfen) sowie zu Terminkosten (gleichzeitige Nutzung zu Erntezeiten) kommen.²⁰ Hier braucht es ein hohes Maß an Kooperationsfähigkeit und Rücksichtnahme aller Beteiligten, damit keine einseitigen Benachteiligungen entstehen.

Auch soziale Spannungen, eine schwierigere Entscheidungsfindung sowie ein (subjektiv wie objektiv) wahrgenommener Verlust an Eigenständigkeit können für die Kooperationspartner zum Problem werden. Neben Klärung der rechtlichen Rahmenbedingungen ist also entscheidend, inwieweit die Parteien bereit sind, oben genannte Prinzipien innerhalb der Zusammenarbeit zu verwirklichen.

Abb. 1: Prinzipien für erfolgreiche Kooperation

Kooperationen mit der Landwirtschaft

In Deutschland gibt es derzeit mehrere Konzepte von Kooperationen zwischen Erzeugern und Verbrauchern, die sich zunehmender Beliebtheit erfreuen. Projekte wie *Städter werden Bauern* der Organisation Slow Food zeigen, dass es durchaus Menschen gibt, die Fragen nach der Herkunft von Lebensmitteln nicht nur beantwortet wissen möchten, sondern die Antworten selbst suchen und erleben möchten. Denn die wachsende Sehnsucht der Menschen nach einer neuen Esskultur, nach Sicherheit und Transparenz der kurzen Wege und nach einer Landwirtschaft und Agrar-Kultur, die diesen Namen tatsächlich verdient, hat zu verschiedensten Bewegungen geführt, die diese Art der Lebens-Mittelproduktion erfolgreich praktizieren. »Essen Sie nichts, was Ihre Großmutter nicht als Essen erkannt hätte« lautet der Untertitel des 2011 erschienenen Buches des US-amerikanischen Erfolgsautors Michael Pollan.²¹ Der Titel trifft den Nerv einer Gesellschaft, in der Politik und Industrie jahrelang über Lebensmittelampeln streiten, in der frische Krabben aus der Nordsee zum Pulen 6 000 Kilometer nach Marokko und wieder zurück transportiert werden, in der man für die Zutatenliste einer Nudelsauce ein Vordiplom in Chemie benötigt. Diese Gesellschaft, zutiefst verunsichert vom Überfluss, von einer mitunter aggressiven Lobby und einer untätig scheinenden Politik, will nicht länger schlucken, was man ihr auftischt.

Eine eigentlich nicht neue, aber dafür umso stärker aufkommende Bewegung ist CSA, *Community Supported Agriculture*, zu Deutsch als Landwirtschaftsgemeinschaftshöfe, Wirtschafts-, Versorgergemeinschaften oder Solidarhöfe bezeichnet. Es handelt sich dabei um den Zusammenschluss von landwirtschaftlichen Höfen mit Privathaushalten. Die Grundidee dahinter: Ein Hof versorgt die unmittelbare Region mit Lebensmitteln,

die Region stellt im Gegenzug dem Hof die Finanzmittel für dessen Bewirtschaftung zur Verfügung.²² Diese Idee der wechselseitigen Verantwortung ist als Musterbeispiel für gelungene Kooperation ebenso einfach wie erfolgreich: Der Landwirt eines CSA-Hofes überträgt die Kosten der landwirtschaftlichen Jahresproduktion auf seine Kundschaft, indem diese ihre Lebensmittel mit monatlichen Festbeiträgen und Abnahmegarantien dort beziehen. In wöchentlichen oder monatlichen Lieferungen werden die jeweiligen Ernteanteile an die teilnehmenden Abnehmer übergeben oder in zentrale Speisekammern verbracht, die für die Abnehmer frei zugänglich sind.²³

Diese Höfe, in der Regel ökologisch bewirtschaftet, bieten umfassende Transparenz und Einblicke in die betriebliche Praxis. Die Preise für die Lebensmittel entsprechen im Wesentlichen den Produktionskosten. Bedürfnisgemäße, lokale Erzeugung zu fairen Bedingungen für alle Beteiligten ist das Ziel und das Erfolgsgeheimnis von CSA. Gegenseitiges Vertrauen, Verlässlichkeit und Solidarität sind die Grundpfeiler der Idee, denn selbst die Kostenberechnung und die Festlegung des Eigenbedarfes der einzelnen Abnehmer verläuft solidarisch. Die Beträge werden unter Berücksichtigung der finanziellen Lage des Einzelnen festgesetzt, aber stets so, dass die Produktions- und Verarbeitungskosten gedeckt sowie das Einkommen der Landwirte sichergestellt werden.²⁴

Die Schaffung einer umwelt-, tier- und menschengerechten landwirtschaftlichen Produktion und Bewusstseinsbildung für einen nachhaltigen Konsum- und Lebensstil sind wichtige Pfeiler für nachhaltige Entwicklung. Dies hat auch das Land Rheinland-Pfalz erkannt und 2009 das Projekt *Lernort Bauernhof* ins Leben gerufen. Gemeinsam mit Akteuren aus der Landwirtschaft möchte die Landesregierung die handlungsorientierte außerschulische Bildung von Schülerinnen und Schülern fördern und zugleich bäuerlichen Höfen neue Erwerbsmöglichkeiten aufzeigen.²⁵ Denn ein landwirtschaftlicher Betrieb ist insbesondere für Schülerinnen und Schüler ein hervorragender Ort, um Verständnis für die vielfältigen ökologischen und sozialen Zusammenhänge der Lebensmittelproduktion zu erlangen und nachhaltiges Verhalten zu fördern. Und auch die rund 50 teilnehmenden Bauernhöfe profitieren: Neben einer finanziellen Aufwandsentschädigung ermöglicht das gemeinsame Lernen auf dem Bauernhof Einblicke in landwirtschaftliche Produktionsprozesse und schafft so auch ein tieferes Verständnis und eine größere Wertschätzung für die regionale Landwirtschaft. Der Besuch der Schulklassen auf den Höfen vermittelt auch ein realistischeres Bild von landwirtschaftlicher Produktion und hilft auf diese Weise, Vorurteile und falsche Vorstellungen abzubauen. Auch in anderen Bundesländern gibt es bereits ähnliche Kooperationen,

etwa die Erlebnishöfe in Bayern oder Stadt und Land e.V. in Nordrhein-Westfalen.

Eine ganz andere Form der Kooperation verfolgt das Projekt *Regionen mit peb* der Plattform Ernährung und Bewegung e.V. Im Rahmen des Nationalen Aktionsplans IN FORM der Bundesregierung schafft das Projekt ein deutschlandweites Forum regionaler und lokaler Netzwerke, das Kinder zu einem gesunden Lebensstil motivieren soll. Ziel ist es, das Ernährungs- und Bewegungsverhalten insbesondere von Kindern nachhaltig zu verbessern. Dazu werden die teilnehmenden Netzwerke beim Auf- und Ausbau konzeptionell unterstützt und bereits bestehende Strukturen identifiziert und optimiert. Gezielte Fortbildungsangebote rund um die Themen Ernährung, Bewegung und Netzwerkarbeit bieten praxisorientierte Hilfestellung für die unterschiedlichsten Akteure. Angesprochen werden sollen insbesondere Teilnehmer aus dem Bildungsbereich (KITA, Schule, Vereine) sowie der Verwaltung bis hin zum medizinischen Personal.²⁶ Hier geht es im ganz klassischen Sinne um eine Kooperation zur Erreichung eines gemeinsam definierten Ziels – der Verbesserung der Ernährungsbildung und der Reduzierung von Übergewicht im Kindesalter. Die Erfolgswahrscheinlichkeit der Zielerreichung wird durch eine Bündelung und Vernetzung vieler verschiedener Einzelinitiativen signifikant erhöht. Durch den Zusammenschluss von

einzelnen Akteuren und Projekten entstehen vielfältige Veränderungen, die ohne Kooperation nicht oder in weit geringerem Maße möglich wären: Kostenreduktion und Ressourcenoptimierung, Wissens- und Kontaktaufbau, Erfahrungsaustausch, Zielgruppenerschließung, Kompetenzaustausch, Erweiterung des institutionellen Leistungsspektrums, Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit und Erhöhung der Flexibilität, um nur einige zu benennen.

Fazit: Es geht nur mit den Verbrauchern

Kooperationen, seien sie vertikaler oder horizontaler Natur, können nicht nur die Wahrscheinlichkeit einer gemeinsamen Zielerreichung erhöhen, sondern auch ganz entscheidend zur ländlichen Entwicklung beitragen und dem Bauernsterben entgegenwirken. Kooperationen zwischen den Erzeugern werden jedoch zukünftig nicht ausreichen, dem Strukturwandel wirtschaftlich erfolgreiche Konzepte entgegenzusetzen. Hier greifen Partnerschaften zwischen Land und Stadt, zwischen Produzenten und Verbrauchern, die sich, getragen vom Trend hin zu mehr Regionalität, zunehmender Beliebtheit erfreuen. Es gibt vielfältige Konzepte, vom Dorfladennetzwerk über Gemeinschaftshöfe bis hin zu lokalen Initiativen für regio-kulturellen Genuss.

Das Ziel, die bäuerliche Landwirtschaft vor dem Verschwinden zu bewahren und gleichzeitig gute, ökologisch und fair hergestellte Lebensmittel zu produzieren, mag ehrgeizig sein. Aber der Wert, der von diesen Kooperationen generiert wird, geht weit über den ökonomischen Nutzen hinaus: Verständnis, Vertrauen, Rücksicht und Respekt vor dem anderen und seinen Leistungen können dauerhaft ein Klima der gegenseitigen Wertschätzung etablieren, das in den vergangenen Jahrzehnten im Zuge der Industrialisierung und der einhergehenden Entfremdung zwischen Land und Stadt leider zunehmend verloren gegangen ist.

Folgerungen & Forderungen

- Kooperation erfordert eine innere Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zum gegenseitigen Austausch, die bereits im Kindesalter und im Umfeld bäuerlicher Betriebe gefördert werden sollte.
- Kooperationen in der Land- und Lebensmittelwirtschaft zwischen Produzenten, Verarbeitern und Verbrauchern bieten vielfältige positive Effekte für alle Beteiligten.
- Insbesondere im Bereich des Austausches zwischen Stadt und Land (z. B. Landwirtschaftsgemeinschaftshöfe) können wertvolle Synergieeffekte durch Kooperation erzielt werden (Ernährungsbildung und -kultur, Transparenz, wirtschaftliche Planungssicherheit für Landwirte und Verbraucher, Förderung gegenseitigen Respekts und Verständnisses etc.).
- Entsprechende Kooperationen, Initiativen und Netzwerke sollten gesellschaftlich und politisch gestützt und gefördert werden.
- Der gesamtgesellschaftliche Wert einer nachhaltigen, kooperativen bäuerlichen Landwirtschaft sollte politisch stärker kommuniziert werden und sich auch in konkreten Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Entwicklung niederschlagen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Deutscher Bauernverband 2011, S. 17.
- 2 Angaben laut BMELV 2010, S. 7.
- 3 Vgl. Gottwald 2011a, S. 28 sowie Deutscher Bauernverband 2011, S. 20.
- 4 Vgl. Poirer 1996, Gottwald & Boergen 2009, Idel 2010, Tscharnke 2010, Holzschuh et al. 2011, Teucher 2011.
- 5 Vgl. Gottwald 2011a, S. 32.
- 6 Vgl. Gottwald 2011b, S. 57.
- 7 Vgl. Nestlé 2011.
- 8 Petrini 2007.
- 9 Vgl. Schubert & Klein 2006.
- 10 Vgl. Kuhn 2000, S. 113.
- 11 Vgl. Axelrod 2005, S. 7 ff.
- 12 Hobbes 1984, S. 96; vgl. Axelrod 2005, S. 3.
- 13 Vgl. Doluschitz 2001, S. 375.
- 14 Vgl. Preyerl & Breuer 2006, S. 24.
- 15 Vgl. Theuvsen 2003.

- 16 Vgl. Preyerl & Breuer 2006, S. 21.
- 17 Vgl. Gottwald et al. 2010, S. 96 ff.
- 18 Ebd., S. 93 ff.
- 19 Vgl. Gottwald 2005, S. 202.
- 20 Vgl. Preyerl & Breuer 2006, S. 29 und 31.
- 21 Pollan 2011.
- 22 Vgl. Kraiß und van Elsen 2008, S. 44 sowie den Beitrag der beiden Autoren in diesem Agrarbericht (s.o. S. 59–64).
- 23 Vgl. Netzwerk Solidarische Ökonomie e.V. 2011.
- 24 Vgl. Embshoff 2010.
- 25 Vgl. Lernort Bauernhof 2011.
- 26 Vgl. Regionen mit peb 2011.

Literatur

- Axelrod, Robert (2005): Die Evolution der Kooperation. München. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hg.) (2010): Die deutsche Landwirtschaft. Leistungen in Daten und Fakten. Ausgabe 2010. Berlin. (= BMELV 2010. Deutscher Bauernverband (Hrsg.) (2011): Situationsbericht 2011. Trends und Fakten zur Landwirtschaft. Berlin.
- Doluschitz, Reiner (2001): Kooperationen in der Landwirtschaft. In: Berichte über Landwirtschaft, Band 79, Landwirtschaftsverlag, Münster, S. 375–398.
- Duden online (2011): Bauernsterben, <http://www.duden.de/rechtschreibung/Bauernsterben>, Zugriff am 15.7.2011.
- Embshoff, Dagmar (2010): CSA-Projekte: Jeder Hof ist anders. In: Contraste, Ausgabe Dezember 2010, S. 12 f.
- Gottwald, Franz-Theo (2005): Dialogisches Entscheiden – kooperative Verantwortung in Unternehmen. In: Michael Tomaschek (Hrsg.): Sinn und Werte der globalen Wirtschaft. Bielefeld, S. 190–205.
- Gottwald, Franz-Theo und Isabel Boergen (2009): Wasser als Lebensmittel. In: Peter-Cornelius Mayer-Tasch (Hrsg.): Welt ohne Wasser. München, S. 100–121.
- Gottwald, Franz-Theo; Andrea Klepsch und Eike Messow (2010): Die Kunst der Kooperation. In: Joachim Galuska (Hrsg.): Die Kunst des Wirtschaftens. Bielefeld, S. 91–104.
- Gottwald, Franz-Theo (2011a): Bodenständige Landwirtschaft. Bedeutung, Hindernisse, Chancen. In: Kirche im ländlichen Raum, Ausgabe 2/2011, S. 28–35.
- Gottwald, Franz-Theo (2011b): »Bio« gehört die Zukunft. Landwirtschaft als mehrdimensionale Kulturleistung. In: forum Nachhaltig Wirtschaften 02/2011, S. 56–58.
- Hobbes, Thomas (1651/1984): Leviathan, oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. Frankfurt am Main.
- Holzschuh, Andrea et al. (2011): Expansion of mass-flowering crops leads to transient pollinator dilution and reduced wild plant pollination. Proceedings of the Royal Society B doi: 10.1098/rspb.2011.0268.
- Idel, Anita (2010): Die Kuh ist kein Klima-Killer. Wie die Agrarindustrie die Erde verwüstet und was wir dagegen tun können. Marburg.
- Kraiß, Katharina und Thomas van Elsen (2008): Community Supported Agriculture (CSA) in Deutschland. Konzept, Verbreitung und Perspektiven von landwirtschaftlichen Wirtschaftsgemeinschaften. In: Lebendige Erde 2/2008, S. 44–47.
- Kuhnen, Frithjof (2000): Cooperation in Agriculture. In: Genossenschaften und Kooperationen in einer sich wandelnden Welt. Festschrift für Prof. Dr. Hans Müncker zum 65. Geburtstag. Münster, S. 113–121.

- Lernort Bauernhof (2011): Lernort Bauernhof – Das Projekt. Zusammenarbeit von Schulen und Höfen in Rheinland-Pfalz, <http://lernort-bauernhof.rlp.de>, Zugriff am 13. September 2011.
- Nestlé (2011): Nestlé Studie 2011. So is(s)t Deutschland. Ein Spiegel der Gesellschaft. Frankfurt am Main, Stuttgart.
- Netzwerk solidarische Ökonomie e.V. (2011): Community Supported Agriculture (CSA), http://www.solidarische-oekonomie.de/index.php?option=com_content&task=view&id=96&Itemid=51, Zugriff am 2. August 2011.
- Petrini, Carlo (2007): Gut, sauber und fair. Grundlagen einer neuen Gastronomie. Wiesbaden.
- Peyerl, Hermann und Günter Breuer (2006): Kooperationen – Theoretische Überlegungen aus Perspektive der Haushaltsökonomie. In: Inka Darnhofer, Christoph Walla und Hans Karl Wyrzens (Hrsg.): Alternative Strategien für die Landwirtschaft. Wien, S. 21–34.
- Poiret, Michel (1996): Spezialisierung der Betriebe und intensivere Verfahren. Europäische Kommission, Landwirtschaft und Umwelt, http://ec.europa.eu/agriculture/envir/report/de/expl_de/report.htm, Zugriff am 15. Juli 2011.
- Pollan, Michael (2011): 64 Grundregeln Essen. Essen Sie nichts, was Ihre Großmutter nicht als Essen erkannt hätte. München.
- Regionen mit peb (2011): Das Projekt »Regionen mit peb«, <http://www.regionen-mit-peb.de/regionenmitpeb.html>, Zugriff am 13. September 2011.
- Schubert, Klaus und Martina Klein (2006): Das Politiklexikon. Bonn.
- Teucher, Tina (2011): Der Boden der Tatsachen. Plattform Nachhaltig Wirtschaften. http://www.nachhaltigwirtschaften.net/scripts/basics/eco-world/wirtschaft/basics.prg?session=42f9480b4db8034b_251479&a_no=4391&main=drucken.
- Theuvsen, Ludwig (2003): Kooperationen in der Landwirtschaft. Formen, Wirkung und aktuelle Bedeutung. Plenarvortrag anlässlich der 5. Jahrestagung Thüringer Landwirtschaft am 20. Februar 2003.
- Tscharntke, Teja (2010): Intensivierung der Landwirtschaft und biologische Vielfalt. Dialogforum (UBA, BMU-BfN) »Nachhaltige landwirtschaftliche Landnutzung, Stoffflüsse und Biodiversität«, Juni 2010, Dessau.



Prof. Dr. Franz-Theo Gottwald

Vorstand der Schweisfurth-Stiftung, Honorarprofessor für Umwelt-, Agrar- und Ernährungsethik an der Humboldt-Universität zu Berlin und Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung für Kooperationsforschung und kollektive Entwicklung

Südliches Schlossrondell 1, 80638 München
E-Mail: ctomas@schweisfurth.de



Isabel Boergen, B.A., MSc.

Studium der Agrarwissenschaften an der University of Edinburgh, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Schweisfurth-Stiftung München

E-Mail: iboergen@schweisfurth.de

Weder Kitsch noch Alptraum

Über die Heimat auf dem Lande – Erinnerungen und Beobachtungen

von Götz Schmidt

»Heimat ist nichts Einfaches, ist immer widersprüchlich«, sagt der bekannte Filmemacher Edgar Reitz (Trilogie »Die Heimat«). Von diesen widersprüchlichen Empfindungen ist auch im folgenden, sehr persönlich gehaltenen Beitrag die Rede.¹ In den 1960er-Jahren war für den Autor, ein Agrarsoziologe, das eigene Dorf der Inbegriff für enge Denkstrukturen und Stillstand. Man war froh, zum Studieren in die Stadt zu ziehen und »der Heimat entronnen« zu sein. Umso größer die Überraschung, als in den 1970er-Jahren gerade die Provinz mehr und mehr zur treibenden Kraft im Widerstand gegen alte politische Muster wurde und sich im Zuge der Umweltbewegung dagegen wehrte, als Müllhalde der Gesellschaft missbraucht zu werden. Die Aktiven vor Ort bezogen ihre Kraft aus einem vorwärtsgewandten, positiv gestimmten Heimatgefühl. Dieses ländliche Engagement, vor allem im Bereich des Umweltschutzes, machte es den landflüchtigen Städtern möglich, sich dem Land wieder zuzuwenden und sich mit den Menschen dort zu solidarisieren. Auch viele Landwirte, die aufgrund des Intensivierungszwangs innerlich ihre Heimat schon verlassen hatten, fanden durch Ökolandbau und Umweltengagement den Weg zurück. Und heute? Viele Dörfer verfallen in Stagnation oder sterben aus, andere verwandeln sich in einen gesichtslosen Einheitsbrei. Aber es gibt auch neues Leben auf dem Land, das die Trauer über den Verlust der Heimat ein wenig besänftigt.

Bei der Zugfahrt nach Hause ergeht es mir regelmäßig so: Das Heimweh, die Bilder der Erinnerung verdichten sich, umso mehr die Landschaft, die Obstwiesen, die Dörfer, Häuser und Bahnhöfe vertrauter werden. Doch schon beim Aussteigen am Bahnhof meiner Kleinstadt beginnt die Enttäuschung.

Die eine Seite der Kastanienallee ist gefällt, die Straße ausgebaut. Die Spielräume meiner Kindheit zwischen Holzschuppen, Scheunen, Ställen – sind jetzt ein Parkplatz mit Garagen. Der Bach mit seinem abenteuerlichen Bachufer ist hochwasserfest kanalisiert. Die alten Handwerksbetriebe (Schmiede, Schreiner, Metzger, Schlosser usw.) wurden umgebaut zu Tankstellen, Wohnhäusern oder sie stehen leer. Die Bäckerei mit ihrer warmen Backstube, in der wir Brezelstücke und Süßes abbekamen – sie ist die Filiale einer Backkette.

Ich erinnere mich an Räume, die offen, mehrdeutig und zu den verschiedensten unserer Kinderzwecke geeignet waren. Straße, Platz, Privatgrundstück, Dachböden, die Werkstätten der Handwerker gehen in meiner Erinnerung ineinander über. Das Handwerk war öffentlich und wir Kinder standen daneben, wenn das

Pferd beschlagen, das Schwein abgestochen wurde. Die kolossalen Metzgerhunde bekamen die Lunge, wir die Schweinsblase – nachdem sie ein paar Tage am Wirtshausschild hing – als Fußball.

Heute empfinde ich hier alles eindeutig geregelt, nicht mehr durch das Spiel und die Phantasie der Kinder veränderbar. Grenzen legen eindeutige Nutzungen fest.

Sie werden es bemerken: Ich rede über die schönen alten Zeiten. Schon ertappe ich mich, wie ich die armen Kinder bedauere, die heute in dieser erfahrungsarmen Welt aufwachsen müssen. Die Bilder meiner Heimat mobilisieren in mir Schübe der Abneigung gegen jede Veränderung. Unterschiedslos erfahre ich alles Neue als Zerstörung.

Schön – doch nicht für mich

Das Bild des Malers Reinhold Nägele (Abb. 1) zeigt eine Ansicht meiner Heimatstadt Murrhardt. Es ist eins meiner Heimat-Traumbilder. Der Blickpunkt des Malers ist zwar etwas überhöht, doch all das war zu sehen, wenn ich in meiner Kindheit aus dem Fenster blickte.



Abb. 1: Reinhold Nägele:
Schwäbische Hochzeit (1909)

denbruder und zugleich Leiter des Kindergottesdienstes, war besonders scheinheilig. Er schlug uns Schulkinder regelmäßig und am gewalttätigsten.

So heimelig wie es auf dem Bild von Nägele aussieht und vor Glück wimmelt (vor allem im 2. Stock des Gasthauses zum Ochsen): zu dieser schwäbischen Gesellschaft gehörte ich nicht. Ich war »Flüchtlingskind«, meine Mutter war Kriegerwitwe. Wir wurden genau gegenüber dem »Ochsen« in dem Haus eines wohlhabenden Eisenwarenhändlers einquartiert. In zwei Zimmer mitten in die Wohnung platziert, dasselbe Klo nutzend, unsere Küche auf dem gemeinsamen Gang. Da war auch für uns Kinder bald klar: willkommen waren wir nicht. Die »Einquartierung« dauerte bis zu meinem zwölften Lebensjahr.

Und schlimmer noch als die Betschwestern (die einen immerhin noch zu Gott bekehren wollten) waren die Honorationen. Für sie waren wir »Flüchtlinge und so Zeugs«. Wir kamen aus Bessarabien

am Schwarzen Meer und waren wohlhabende Bauern. Nun nannten sie uns die »besseren Araber«. Wer wir waren, woher wir kamen – das interessierte niemand. So fingen wir, wie alle Flüchtlinge, »von unten« an.

So schön wie in dem Gemälde Nägeles war meine Heimat nie. Nichts wie weg aus dieser Heimat – das setzte sich in meinem Kopf fest, seit meiner frühen Jugend.

Flucht aus der Enge

Meine erste Flucht ging hinaus in die Landschaft. Ob sie schön war oder nicht, dafür hatte ich damals keinen Begriff. Ich erfuhr die Landschaft als Ort der Freiheit und Gleichheit. Die gesellschaftlichen Unterschiede galten hier nicht, ein Tretroller mit Gummireifen war hier nichts wert. Entscheidend war, wer die besten Ideen für das Spielen am Bach, unter dem Wasserfall und im Wald hatte. Und später wie man Ski fuhr. Die Landschaft war offen, wir konnten umherstreifen wo wir wollten.

Noch etwas war überraschend: Wenn ich den Bauern auf der Wiese half, die Kuh hielt, Heuhaufen zusam-

War es wirklich so schön? – Der blau schimmernde Bach auf Nägeles Bild – er war in meiner Kindheit eine braune und oft stinkende Brühe. Die Abwässer der Lederfabrik liefen ungeklärt in den Bach. Die Steine im Bach wurden dadurch glitschig und wir rutschten aus und ekelten uns beim Baden.

Das kleine Fachwerkhaus rechts neben der Gastwirtschaft wurde abgerissen durch den ersten Bagger, den ich erblickte. Ein außerirdisches, gewaltiges Monster. Der Abriss des Hauses, die Zerstörung des Gartens war eine Sensation meiner Kindheit. Ohne jedes Bedauern blickte ich staunend auf die Zerstörung. Der bayrische Baggerfahrer wurde einer meiner Helden (gleich hinter den Amis). Er fluchte so entsetzlich, so unerhört gotteslästerlich, dass ich die Worte kaum zu denken, geschweige auszusprechen wagte. Das stieß mich an zu ersten Widergedanken gegen die pietistischen Stundenbrüder und Betschwestern, die sich im Wohnzimmer der Bäckerei zur »Stunde« versammelten.

Der schwäbische Pietismus lag wie Mehltau über meiner Kindheit. Der frommste Lehrer, auch ein Stun-

menrechte, bei der Apfelernte half, dann bekam ich ein Wurstbrot, so als wäre ich auch eine Arbeitskraft wie die Erwachsenen. Ich fuhr auf den von Kühen in atemberaubender Langsamkeit gezogenen Fuhrwerken mit. Viele Einheimische im Ort hatten ein Obst-»Stückle« und freuten sich über Hilfe, aber auch über Gesellschaft. Die Schrecken meiner Kindheit (die Pietisten und Honoratioren) ließen sich hier nicht blicken. Wer hier etwas zu sagen haben wollte, der musste auch arbeiten. Ich erlebte bei der Arbeit zum ersten Mal, dass die Einheimischen auch freundlich sein konnten. Sie »schwätzten« gerne bei der Arbeit und so »schwätzten« sie mit mir. – Hier fühlte ich mich willkommen, obwohl mir nichts gehörte.

In der großen Stadt, in Stuttgart, gab es Rolltreppen im Kaufhaus, eine Landesbibliothek, einen Bahnhof für die ganz große Welt. Aus Stuttgart kam der Betriebsrat Fritz Lamm zu einem Vortrag in unser Städtchen. Er war eine eindrucksvolle Gestalt der alten Arbeiterbewegung, mit flammenden Augen. Er hörte mir zu, wie ich mich das erste Mal traute, etwas öffentlich gegen den Krieg zu sagen. Er verspottete uns nicht wie die CDU-Bonzen. Das war wie der Beginn des eigenen Denkens.

Als Student in Berlin habe ich mich vollständig von meinem Heimatort abgewandt. Ich war der Heimat entronnen, das galt mir und den vielen schwäbischen Kommilitonen in Berlin als befreiende Tat. Mit schwäbischen Liedern und wunderlichen schwäbischen Aus-

drücken trugen wir zur Erheiterung bei. Unsere Heimat wurde zur folkloristischen Einlage in der Kneipe. Als Aktivisten der Studentenbewegung bemühten wir uns, die Provinz in uns zu verdrängen.

Aufbruch in der Provinz

Als ich ab den 1970er-Jahren wieder öfter in meine Heimat zurückkehrte, war ich überrascht über die großen Umbrüche, die in dieser Zeit die »Provinz« verändert hatten. In einem Jahrzehnt waren die modernen Zeiten ausgebrochen. Das war in Berlin ganz an uns vorbeigegangen. Den atemberaubenden gesellschaftlichen Umbruch sah ich nur als Niedergang. Die von der Frankfurter Schule bereitgestellten Formeln wie »Kulturindustrie« oder »Verblendungszusammenhang« gaben die Welterklärung. Ich erinnere mich an ein mit Rudi Dutschke zusammen organisiertes Seminar zur »Formierten Gesellschaft«. Wir suchten nach einem neuen Proletariat, nachdem uns das alte so enttäuscht hatte. Das Projekt versandete in Ratlosigkeit. Was uns nicht hinderte, an einem Führungsanspruch der Studenten festzuhalten.

Wie sollten wir den Aufbruch verstehen, der in den 1970er-Jahren auf dem Land begann? In den Strategiepapieren der linken Studenten war nicht eingeplant, dass Hunderttausende in Bewegung kommen, in Initiativen gegen AKWs, gegen Giftmülldeponien, Autoteststrecken, Wiederaufarbeitungsanlagen und atomare

Endlager, Truppenübungsplätze, gegen Flurbereinigung usw. Und geradezu unvorstellbar war, dass dieser Widerstand seine Kraft nicht bezog aus abstrakten Ideen über die Zukunft – sondern aus der Verteidigung der Heimat. Heimat war dabei keine Verklärung der Vergangenheit. Die Landbevölkerung wehrte sich gegen ein Verhältnis von Stadt und Land, das der Stadt den Fortschritt und dem Land die Entsorgung des Abfalls und Gifts zudachte.

Das war entwaffnend für alle, die dem Land etwas »Reaktionäres«

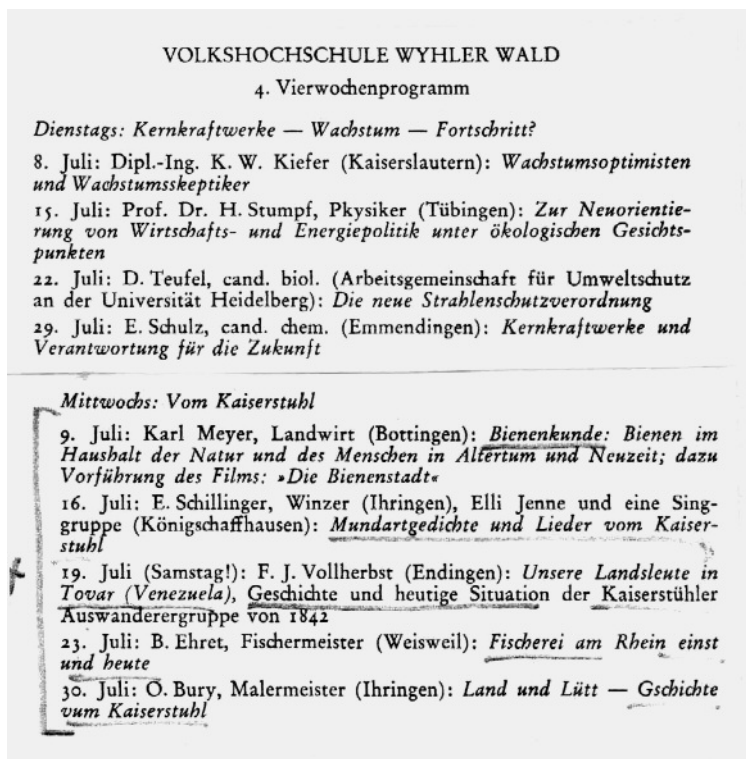


Abb. 2: Auszug aus dem Programm der »Volkshochschule WyhlerWald« (1975). Bürgerinitiativen gegen das Atomkraftwerk am Kaiserstuhl. Naturwissenschaftler und Mediziner analysieren die Risiken der Atomkraft. Die Einheimischen berichten über ihre Heimat und erzählen ihre Geschichte.

unterstellen wollten. Die Landbewohner wollten den Abfall nicht haben und zwangen den Städtern eine Diskussion über eine Wirtschaftsweise auf, die solche Abfälle erzeugt. Die Studentenbewegung hatte eine Tür aufgestoßen.² Jetzt redeten auf dem Land die Jugend und die kleinen und mittleren Bauern selber. Statt nur den Bauernverband und Raiffeisen für sich reden zu lassen. Die Landbevölkerung, kritische Wissenschaftler, Medien, Studenten gingen eine Verbindung ein, die ein Erfolgsmodell wurde.

Über ein neues Entwicklungsmodell ohne Umweltzerstörung konnte und musste in der Umweltbewegung nachgedacht werden. Statt es auf das Nirgendwo nach der Revolution zu verschieben, wurde jetzt schon damit begonnen. Neue Lebens- und Arbeitsformen begannen sich im Widerstand gegen die Umweltzerstörung zu bilden.

Der neue Traum

Bauern, die oft den Kern der Bürgerinitiativen auf dem Lande bildeten, fassten wieder Mut. Viele, die in die Entwicklungshilfe oder in die Stadt abgewandert oder die innerlich emigriert waren, kehrten zurück in ihre Heimat. Nicht selten geschah dann auch das Wichtigste: die Bauernsöhne bekamen eine Frau. Jetzt konnten sie sich etwas Neues zutrauen wie Direktvermarktung, Diversifizierung des Betriebs, Biolandbau.

Das Bild, das sich die Stadt vom Lande machte, veränderte sich. Rührend war die Begeisterung der Anti-AKW-Demonstranten, wenn die Bauern mit ihren Traktoren einrollten. In den Hüttendörfern der besetzten AKW-Bauplätze entstanden die Träume vom neuen Leben auf dem Land. Das Land bot so manchen Städtern den Platz für neue Lebensformen und den Bruch mit der hergebrachten Laufbahn. Die Umweltbewegung machte es möglich, dass die »im Begriffseröll verstiegenen« (Jean Amery) linken Studenten wieder ins Leben zurückkehrten.³

Auch wenn viele Träume scheiterten und viele neuen Landbewohner wieder in den 1980er-Jahren in die Städte zurückkehrten – so stammen doch aus diesen heimat-bewegten Zeiten der 70er-Jahre viele Impulse, die unsere Republik verändern sollten.

Die verschlafene Provinz, aus deren Dörfern und Kleinstädten die Jugend bisher davonlief, entdeckte sich als Region neu. Man konnte im Dorf wohnen und doch über die verschiedensten Netzwerke verbunden sein mit der Welt.

Aus kleinen und manchmal wunderlichen Anfängen entwickelten sich Institutionen, die heute zu Selbstverständlichkeiten geworden sind: Bürgerinitiativen, Biolandbau, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Grüne, Umwelt- und Tierschutzschutzverbände, Dritte-Welt-Bewegung usw. Ihre viel-

fältigen Info-Netze haben die Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen in der Bundesrepublik nachhaltig verändert.

Fremde Heimat

Das ist meine Heimatgeschichte. Es ist schwindelerregend, wie schnell sich mir dabei der kontaminierte Begriff »Heimat« verwandelte. Noch als Student hätte ich mich geschämt zu gestehen, dass ich ein »Heimatvertriebener« bin. Einige Verbände der Vertriebenen haben mit der Forderung nach Rückkehr und Wiedereinsetzung in die alten Rechte die Erinnerung an die Heimat, an Flucht und Vertreibung anrühlich gemacht. Dabei hatte die Heimatsehnsucht meiner Verwandten wenig zu tun mit der Politik der Vertriebenenverbände.

Meine schwäbischen Vorfahren waren Anfang des 19. Jahrhunderts aus dem württembergischen Remstal nach Bessarabien, in die Steppe am Schwarzen Meer ausgewandert. Der russische Zar gewährte ihnen 60 Hektar bestes Ackerland, Religionsfreiheit, kommunale Selbstverwaltung, Befreiung vom Kriegsdienst. Sie kehrten vier Generationen später als Flüchtlinge wieder in dieselben Täler, in die Heimat ihrer Vorfahren zurück. Doch ihre Heimat, um die ihre nicht endenden Erinnerungen kreisten, das war nicht mehr die milde Hügellandschaft Württembergs, sondern die »Heimat in der Steppe«. Ihre Träume waren die bis zum Horizont wogenden Getreidefelder; die fruchtbare Schwarzerde; die sengende Hitze des trockenen Sommers; der strenge Winter; die Fahrt mit dem Schiff im Donaudelta hinaus ins Schwarze Meer.

Keiner in meiner Verwandtschaft wollte wieder zurück in die »alte Heimat«. Die Erinnerung an die reiche Heimat half ihnen dabei, ihre armselige Gegenwart in der Nachkriegszeit auszuhalten.

Tor zur Welt

Ich Flüchtlingskind musste mich in Württemberg zu rechtfinden und neu anfangen. Die in erfundenen Trachten agierende Volkstanzgruppe des Bessaraber-Vereins konnte ich vermeiden. Doch noch mit 14 Jahren musste ich auf dem Akkordeon »Hüttenmaderl«, »Duliöh« oder »Jugend marschiert« spielen (Abb. 3). Während im Radio schon Rock'n Roll lief, den ich zwei Jahre später tanzte, spielte ich die im Holzschuhverlag erfundene »Volksmusik«. Im Kino sahen wir Heimatfilme. Auch das hat mir meine Heimat verdorben.

Der Heimatkitsch verschloss mir die Erfahrung, dass Heimat keine Sentimentalität ist, sondern das Tor der Kinder zur Welt. Als Kinder erfahren wir die Weltgeschichte in Familienschicksalen, den Lebensläufen von Schulkameraden. Wir sehen die Häuser nicht nur von außen. Wir spielen in ihnen, in ihren Zimmern und



Abb. 3: Während im Radio schon Rock'n'Roll lief, spielte ich »Heimatismusik« auf dem Akkordeon. Auch das hat mir meine Heimat verdorben.

Alte Heimat – neues Leben

In den Heimatmuseen auf dem Dorfe sehen wir die Spinnräder, die Wunderwerke der Stickereien, die Flachshechel, die tönernen Töpfe, das Pferdehalfter, einen Lanz-Bulldog und manchmal auch meinen Favoriten: die Mehlsackausklopfmaschine. Das Dorf präsentiert sich in seinen Tätigkeiten, die um die bäuerliche Welt kreisen. Wir blicken in eine fremde Welt. Dabei ist deren Untergang noch nicht lange her. So wie im Heimatmuseum sah es in vielen Häusern noch vor 50 Jahren aus. Es ist die Zeit meiner Kindheit, doch ich erkenne meine Heimat nicht zwischen all den schönen Sammlungsstücken.

Denn es war nie idyllisch auf dem Lande.⁴ Es herrschten schon immer unsichere Zeiten. »Prekär« ist ein harmloses Wort für den Alltag im alten Dorf. Die Mehrheit lebte neben der kleinen Landwirtschaft von Heimarbeit, Handwerk, Saisonarbeit, Wanderarbeit. Viele übten mehrere Berufe gleichzeitig und saisonabhängig aus. Die jungen Frauen gingen »in Stellung« als Hausgehilfin zum Bauern oder in die Stadt, andere arbeiteten im Wald. Kinderarbeit in frühester Jugend war üblich. Das Dorf bestand nicht nur aus den stolzen Höfen der Bauern. Die kleinen Häuser der »geringen Leute«, der Dorfarmen bildeten die Mehrheit des Dorfes. Auswanderung nach Amerika, Russland und die Schrecken des Krieges leerten halbe Dörfer.

Schon immer wurden im Dorf Fremde angesiedelt. Juden, Glaubensflüchtlinge aus Frankreich, Tirol, Böhmen beförderten den Wohlstand des Dorfes. Von den zwölf Millionen Flüchtlingen aus dem Osten landeten viele nach 1945 auf dem Lande und bauten ihre Siedlungshäuser am Ortsrand. Sie wurden zu einem »Motor des Wirtschaftswunders«. Es war wie ein warmer Regen, als ich das zum ersten Mal las. Denn als Kind kam ich mir als Last vor, als jemand, der nur geduldet wurde.

Auch heute sind die Neuankömmlinge unentbehrlich auf dem Lande. Manche Dorfbewohner waren befremdet, als die Asylbewerber und Umsiedler aus Russland in leer stehende Dorfgaststätten einquartiert wurden. Das änderte sich, seit sich die Fremden Gärten pachteten oder ein Haus bauten. Nicht nur ich stehe dann staunend und sehe wie sie wirtschaften, mit Kleintierhaltung, gewaltigen Holzstapeln, Improvisationstalent – fast wie in meinen Kinderzeiten.

Viele Häuser im Kern meiner Heimatstadt wurden von den Einheimischen verlassen. Sie zogen in die Neu-

Kellern. Auf den Dachböden sehen wir die Ablagerungen der Generationen. Wir sehen, wie gekocht und gegessen wird und wie mit der Großmutter umgegangen wird. Es gibt Häuser, in denen wir willkommen sind, in anderen nicht. Vom »Dorfidioten«, den wir hänselten, hören wir, dass ihn die Nazis kastriert haben. Die Tochter des Bäckers heiratet einen »Neger« aus Amerika. Handwerker, Händler gehen unter, andere leben fort oder beginnen neu, werden reich. Die Erben reicher Leute gehen bankrott. Wir hören, wie im Ort über die Familien geredet oder geschwiegen wird und was die Kinder dazu sagen. Und in den Ställen, die ja früher jedem offen standen, sahen wir, wie der Bauer mit den Tieren umging. Ob er gut zu ihnen war oder die Kühe schlug, wenn sie den Wagen durch den Ort zogen.

Als Kinder waren wir klein und schwach. Wir fürchteten uns zu Recht vor den »großen Ohren« des Dorfes, die alles hören. Was sollten wir als Kinder auch anderes tun als davor zu flüchten oder alles zu verklären? Wir neigen deshalb zu den kräftigen Bildern. Dem einen ist in der Heimat auf dem Lande alles besonnt, dem anderen alles ein Alptraum. Doch heute sind wir erwachsen. Die alten Peiniger sind heute alt und schwach – oder tot. Und manchmal waren sie eigentlich gar nicht so schrecklich, wie sie unserem kindlichen Blick erschienen. Es ist kindisch, die nie geschlagenen alten Schlachten heute gewinnen zu wollen. Als Erwachsene sollten wir unsere Heimat und damit uns selbst von der Last des Kitsches und der Alpträume befreien.

baugebiete. Heute wohnen hier italienische und türkische Familien. Sie haben die Häuser gekauft und mit viel Eigenleistung modernisiert. In meiner Flüchtlings-siedlung geschieht dasselbe. Häuser mit Garten sind bei türkischen Familien begehrt. Unser zum Schluss leer stehendes Haus wurde umgebaut für eine große Familie. Im Schuppen und im Hühnerstall beginnt der Sohn einen kleinen Gewerbebetrieb. Im Garten wächst nicht Rasen, sondern wieder Gemüse. Die Freude über das neue Leben besänftigt meine Trauer über den Verlust der Heimat.

Anmerkungen

- 1 Überarbeiteter Vortrag auf der Diskussionsveranstaltung der Bundestagsfraktion der GRÜNEN zum Thema: »Heimat, Land, Zukunft«, Berlin 22. Januar 2011.
- 2 Eine Tür, durch die die Studentenbewegung selber nicht gehen konnte. Ausführlicher dazu ein Text von mir über »Bauern und

linke Studenten in den 70er-Jahren« – In: Ästhetik und Kommunikation H.140/141, 2008.

- 3 Auch ich wandte mich seit Mitte der 70er-Jahre wieder dem Land zu. Meine Arbeit in der Landjugend Westfalens und als Redakteur des »Bauernblatts« (später: »Unabhängige Bauernstimme«), die Arbeit auf Bauernhöfen und in meinem in Nordhessen gegründeten kleinen Gemüsebaubetrieb hat meine spätere wissenschaftliche Arbeit entscheidend geprägt.
- 4 In neueren Museumsprojekten wird das anschaulich dargestellt.



Dr. Götz Schmidt

war bis Ende 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Ökologischer Landbau an der Universität Kassel-Witzenhausen. Er arbeitet seither als Autor und Journalist.

Unterstr. 1, 34305 Niedenstein
E-Mail: schmidt.niedenstein@online.de

Rückblick 2011: **Skandale, Krisen, Katastrophen – ein Jahr wie jedes andere!?**

von Bernhard Burdick und Isabelle Mühleisen

Das Jahr 2011 fing gleich mit einem Skandal im Lebensmittelbereich an, der monatelang für Schlagzeilen sorgte und Verbraucherinnen und Verbraucher aufs Neue massiv verunsicherte. Dabei sorgte das Thema Dioxin in Lebensmitteln für einen weiteren Skandal in einer langen Folge.

Anfang März kam es in einem Kernkraftwerk in Fukushima (Japan) infolge eines Erdbebens und eines anschließenden Tsunami zu einem schweren Reaktorunfall und dem Austritt von radioaktiver Strahlung mit weitreichenden Konsequenzen bis hin zu möglichen radioaktiven Belastungen bei importierten Lebensmitteln.

Diese Katastrophe hatte ihren Höhepunkt noch nicht erreicht, da trat mit EHEC schon die nächste Krise auf den Plan. Im Mai häuften sich Erkrankungen und es kam zu ersten Todesfällen, die auf eine EHEC-Infektion (enterohämorrhagische *Escherichia coli*) durch Lebensmittel zurückzuführen waren. Trotz umfangreicher Untersuchungen und detektivischer Arbeit seitens der Behörden blieb die Ursache – Bockshornkleesamen aus Ägypten – lange Zeit offen.

Im Herbst kam dann noch ein altbekannter Skandal erneut ans Tageslicht. In der Tierhaltung werden – zumindest in der Hähnchenmast – nach wie vor viel zu viele Antibiotika eingesetzt. Damit verschärft sich auch die Problematik der Resistenzbildung bei bakteriellen Krankheits-erregern. Nicht nur das Robert Koch-Institut warnt immer heftiger vor den Gefahren für die menschliche Gesundheit und das Gesundheitssystem.

Bevor wir jedoch die Skandale im Einzelnen beleuchten, möchten wir auf die Lebensmittel-informationsverordnung hinweisen sowie auf weitere Initiativen zur Schaffung von mehr Transparenz.

***Ein Skandal
jagt den nächsten***

Die neue Lebensmittelinformationsverordnung

Nach über drei Jahren liegt nun die neue EU-weite Lebensmittelinformationsverordnung vor. Sie soll Konsumenten eine klare, verständliche und lesbare Kennzeichnung von Lebensmitteln bieten, für Rechtsvereinfachung und Rechtssicherheit sorgen und den Verwaltungsaufwand verringern. Nachdem sich die Europäische Kommission, der Rat und das Europäische Parlament im Juni 2011 auf einen Kompromiss geeinigt hatten, wurde die Verordnung am 6. Juli 2011 vom Europäischen Parlament mit großer Mehrheit beschlossen. Nach der Veröffentlichung im

Europäischen Amtsblatt am 22. November 2011 trat sie noch Ende 2011 in Kraft. Für viele Vorgaben gelten allerdings Übergangsfristen von drei bis fünf Jahren.

Die wichtigsten Regelungen im Überblick

Eine vereinfachte Nährwertkennzeichnung, die anhand von Ampelfarben auf einen Blick vermittelt, wie der Gehalt an Fett, Zucker und Salz einzuschätzen ist, wird auch künftig nicht zur Pflicht. Für die Ampellösung hatten sich Verbraucherverbände, Gesundheitsorganisationen wie Krankenkassen, Bundesärztekammer, Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte sowie die Deutsche Herzstiftung seit Jahren stark gemacht – vergeblich.

Nährwert- kennzeichnung jetzt Pflicht

Immerhin müssen Hersteller nun auf verpackten Lebensmitteln den Gehalt an Fett, gesättigten Fettsäuren, Kohlenhydraten, Zucker, Eiweiß und Salz sowie den Gehalt an Kalorien angeben (viele Hersteller kennzeichneten die Stoffe bislang freiwillig). Die Angaben beziehen sich auf je 100 Gramm oder 100 Milliliter des Lebensmittels, was die Vergleichbarkeit von Produkten erleichtert. Positiv ist, dass der Salzgehalt explizit zu nennen ist und nicht in Form des Natriumsgehalts angegeben werden kann, aus dem Interessierte erst durch Multiplizieren mit dem Faktor 2,5 die enthaltene Salzmenge errechnen müssen.

Die von der Lebensmittelwirtschaft entwickelte GDA-Kennzeichnung (GDA bedeutet Guideline Daily Amount, deutsch: Richtwerte für die Tageszufuhr) kann zusätzlich auf freiwilliger Basis erfolgen. Sie stellt dar, mit wie vielen Prozenten der in einer Portion enthaltene Brennwert sowie der Anteil an Fett, gesättigten Fettsäuren, Zucker und Salz jeweils zu der empfohlenen Tageszufuhr beitragen. Die Kritik an diesem Modell hat nach wie vor Gültigkeit. So ist die empfohlene Tagesmenge für Zucker zu hoch angesetzt, mit dem Ergebnis, dass der Zuckergehalt eines Lebensmittels günstiger erscheint als er tatsächlich ist. Zudem können Hersteller die Bezugsgröße »Portion« selbst festlegen. Je kleiner die Portion definiert wird, desto geringer erscheint die Nährstoffaufnahme durch das betreffende Lebensmittel.

Schattendasein auf der Verpackungs- rückseite?

Die GDA-Kennzeichnung ist im Hauptsichtfeld der Packung, also in der Regel auf der Vorderseite anzugeben. Demgegenüber bleibt es den Herstellern überlassen, wo sie die verpflichtende Nährwerttabelle platzieren: Es ist davon auszugehen, dass sie ein Schattendasein auf der Rückseite führen wird.

Die laut EU-Recht anzugebenden 14 häufigsten Allergene müssen nicht mehr nur wie in der Vergangenheit vorgeschrieben in der Zutatenliste aufgeführt werden, sie müssen zudem dort künftig hervorgehoben werden. Auch bei unverpackt angebotenen Lebensmitteln wird die Angabe von Allergenen Pflicht. Zu Art und Weise der Vorschriften müssen die Mitgliedsstaaten die Details noch festlegen.

Für die Zutatenliste und die anderen Pflichtangaben auf der Packung ist künftig eine Mindestschriftgröße vorgeschrieben. Sie beträgt 1,2 Millimeter, bezogen auf das kleine x. Bei Verpackungen, deren größte Oberfläche weniger als 80 Quadratzentimeter beträgt, sind allerdings nur 0,9 Millimeter erforderlich. Von den ursprünglichen Plänen der EU-Kommission, eine Mindestschriftgröße von drei Millimetern festzulegen, hat man sich daher ganz im Interesse der Lebensmittelwirtschaft weit entfernt.

Unzureichende Kennzeichnung von Imitaten

Als halbherzig müssen die Regelungen zur Kennzeichnung von Imitaten bezeichnet werden. Bei der Verwendung von Lebensmitteln, bei denen Verbraucher bestimmte Zutaten erwarten, diese jedoch durch andere Bestandteile ersetzt wurden, muss auf diesen Ersatzstoff zusätzlich zum Zutatenverzeichnis in unmittelbarer Nähe der Produktbezeichnung hingewiesen werden. Was allerdings genau z. B. bei der Verwendung von Analogkäse gekennzeichnet werden muss, bleibt offen. Die Frage ist auch, ob Verbraucher die Kennzeichnung von pflanzlichen Ölen und Magermilch als Hinweis auf ein Käseimitat interpretieren können. Daher wird es Verbrauchern ohne spezielle Kenntnisse auch in Zukunft schwerfallen, Imitate schnell zu erkennen.

»Klebefleisch«, also ein Fleischerzeugnis, das wie ein gewachsenes Stück Fleisch aussieht, das jedoch tatsächlich aus verschiedenen Stücken besteht und z. B. durch Enzyme zu einem Stück »verklebt« wurde, muss künftig den Hinweis tragen: »aus Fleischstücken zusammengefügt«.

Endlich wurden auch Kennzeichnungsregelungen hinsichtlich Nanomaterialien festgelegt. Alle Zutaten, die in Form technisch hergestellter Nanomaterialien vorhanden sind, müssen im Zutatenverzeichnis eindeutig aufgeführt werden. Dem betreffenden Namen muss das Wort »Nano« in Klammern folgen.

Immer mehr Lebensmittel werden über das Internet eingekauft. 2010 bestellten circa 4,5 Millionen Deutsche Lebensmittel im Internet – und mussten sich vor dem Kauf mit weniger Produktinformationen in der Online-Präsentation zufriedengeben als sie für Produkte im herkömmlichen Lebensmittelhandel vorgeschrieben sind. Das wird sich künftig ändern. Denn Informationen wie das Zutatenverzeichnis, Nettofüllmenge, Nährwertdeklaration sowie Angaben zum Lebensmittelunternehmer müssen vor dem Abschluss des Kaufvertrags verfügbar sein.

Von den ursprünglichen Plänen zu einer konsequenten Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln ist im Gesetzgebungsverfahren nicht mehr viel übrig geblieben. Eine Pflicht zur Kennzeichnung besteht nur dann, wenn ohne diese Angabe eine Irreführung der Verbraucher über das tatsächliche Ursprungsland oder den tatsächlichen Herkunftsort des Lebensmittels möglich wäre. Ansonsten bleibt es bei dem Grundsatz einer freiwilligen Herkunftskennzeichnung. Über die Herkunftsangabe von Schweinefleisch, Schaf- oder Ziegenfleisch, Milch und Milchprodukten wird erst dann entschieden, wenn die Kommission eine Folgenabschätzung durchgeführt hat. In den zu erstellenden Berichten der Kommission soll unter anderem die Notwendigkeit der Information der Verbraucher, die Durchführbarkeit der Kennzeichnung des Ursprungslands und des Herkunftsorts, Kosten und Nutzen der Einführung solcher Maßnahmen einschließlich der rechtlichen Auswirkungen auf den Binnenmarkt und der Auswirkungen auf den internationalen Handel geprüft werden.

**Keine konsequente
Herkunfts-
kennzeichnung**

Mehr Transparenz schaffen

Veröffentlichung von amtlichen Kontrollergebnissen – zurück auf Start?

»Fehler in der Betriebshygiene und Mängel im Hygienemanagement bleiben das größte Problem« – so Helmut Tschiersky-Schöneburg, Präsident des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), als er im Oktober 2011 die Zahlen der amtlichen Lebensmittelüberwachung für das Jahr 2010 vorstellte. In Gaststätten und insbesondere Schankwirtschaften ohne Vollküche lässt das Hygienebewusstsein sehr zu wünschen übrig. Das Ergebnis kommt nicht überraschend, sondern bestätigt das Bild der vergangenen Jahre. Wer sich einen drastischen Eindruck davon verschaffen will, was das in der Praxis bedeutet, kann sich online die Fotos der Lebensmittelüberwachung Berlin-Pankow ansehen.¹ Die Behörde hat bundesweit eine Vorreiterrolle in Sachen Transparenz inne. Die Zustände belegen aufs Neue, wie notwendig es ist, die Bürger endlich bundesweit wissen zu lassen, welche Betriebe gegen die Regeln verstoßen, damit sie bewusst auswählen können, welche Gaststätte sie aufsuchen und wo sie einkaufen.

**Mangelndes
Hygienebewusstsein**

Am 19. Mai 2011 sprach sich die Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) mit deutlicher Mehrheit für die Einführung eines bundesweit einheitlichen Transparenzsystems zum 1. Januar 2012 aus – lediglich Bayern stimmte dagegen. Bundesministerin Aigner wurde aufgefordert, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Die Symbolisierung mittels Smileys verschiedener Stimmungslagen wurde abgelehnt, da eine solchermaßen emotionale Darstellung nicht erwünscht war. Stattdessen war ein so genanntes Kontrollbarometer vorgesehen (ein Balken mit den Farben rot, gelb und grün), auf dem mit Hilfe eines Pfeils das jeweilige Ergebnis angezeigt wird. Dieses Modell liegt nun erst mal auf Eis. Im Juni 2011 sprach sich die Wirtschaftsministerkonferenz der Länder gegen das Konzept aus. Die Minister befürchteten eine prangerähnliche Wirkung und schlossen sich damit der Kritik der Gaststättenverbände an. Die Verbraucherminister wollen zwar laut Beschluss vom 16. September 2011 an dem Ziel festhalten, die Transparenz für Verbraucher zu verbessern, der Weg dahin ist jedoch offen. Nun soll eine Arbeitsgruppe der Verbraucherschutzminister unter Einbeziehung der Wirtschaftsminister bis Ende Januar 2012 eine tragfähige Lösung erarbeiten. Vor allem sollen die Konsequenzen bei unzureichender Erfüllung der Hygienevorschriften, Fragen der Nachkontrolle und der Finanzierung und Kriterien für die Kennzeichnung geklärt werden. Sofern die Arbeitsgruppe zu einem einvernehmlichen Ergebnis kommt, wird das BMELV einen Gesetzentwurf vorlegen. Das bedeutet nicht nur eine zeitliche Verzögerung, vielmehr werden grundsätzliche Fragen erneut aufgerollt und diskutiert. So ist die Darstellung der Ergebnisse (Kontrollbarometer, Smiley, Kochlöffel, Sterne etc.) wieder offen, ebenso wie die Pflicht zur Teilnahme der Betriebe, das Recht auf Nachkontrolle sowie der Zeitpunkt der Einführung.

**Kontrollbalken
statt Smiley**

Neue Online-Portale

Informationen im Internet ...

Im Oktober 2011 ging die von den Verbraucherministern rund ein Jahr zuvor beschlossene gemeinsame Internet-Plattform der Länder zu nicht sicheren Lebensmitteln an den Start. Auf der Seite www.lebensmittelwarnung.de können sich Interessierte nun zentral über Lebensmittelwarnungen der Länder informieren. So ist erkennbar, um welche Produkte es sich konkret handelt, aus welchem Grund die Warnung erfolgte und von welchen Ländern die Warnung ausgeht. Zusätzlich werden detaillierte Informationen zur Verfügung gestellt, z. B. über welche Supermärkte das Produkt vertrieben wurde. Das Portal wird betrieben vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), über die Einstellung und Entfernung einer Meldung entscheidet das einstellende Land.

... zeigen erste Wirkung

Eine wichtige Anlaufstelle für Verbraucher, die sich durch die Aufmachung und Kennzeichnung von Produkten getäuscht fühlen, ist das Portal der Verbraucherzentralen www.lebensmittelklarheit.de. Das Projekt ist eine Antwort auf die Irreführungen mit Analogkäse, Klebeschinken und Co. und wird vom BMELV finanziert. Verbraucher erhalten hier umfangreiche Informationen rund um Kennzeichnung und Etikettenschwindel und können sich mit ihren Fragen an das Portal wenden, die dann von Experten beantwortet und veröffentlicht werden. Kernstück des Angebots ist der so genannte Produktbereich, in dem die von Verbrauchern ans Portal gemeldeten Lebensmittel mit Täuschungspotenzial namentlich und mit Stellungnahme des Herstellers aufgelistet werden. Insbesondere dieser Bereich wird von der Lebensmittelwirtschaft scharf kritisiert. Die Resonanz bei Verbrauchern ist enorm. Bei einigen Produkten wurden bei den Herstellern bereits Änderungen erwirkt, sei es dass die Rezeptur oder die Kennzeichnung geändert wurde.

Die Lebensmittelskandale des Jahres 2011

Dioxin in Futtermitteln

Weitverbreitete Dioxine ...

Hohe Belastungen von Lebensmitteln mit Dioxinen sorgen seit Jahren immer wieder für Aufregung und Verunsicherung. In den vergangenen Jahren wurden bei Untersuchungen stark überhöhte Werte in Eiern (Belgien, Deutschland), in Fisch (Baltikum) und Kartoffelprodukten (Niederlande) sowie in Schweine- und Rindfleisch (Irland) aufgedeckt. Dioxin und dioxinähnliche polychlorierte Biphenyle (dl-PCB) stecken aber keineswegs nur in Lebensmitteln. Sie finden sich überall: in der Luft, im Wasser, im Boden. Dioxine und PCB gehören zu einer sehr großen Gruppe chemisch ähnlicher Verbindungen. Sie entstehen als Nebenprodukt chemischer Reaktionen (zum Beispiel in Industrieprozessen und Müllverbrennungsanlagen, aber auch bei natürlichen Verbrennungsprozessen wie Vulkanausbrüchen oder Waldbränden). Die verschiedenen Substanzen gefährden die Gesundheit unterschiedlich stark. Einige der Stoffe sind extrem giftig. Aus Tierversuchen ist bekannt, dass sie beispielsweise das Nerven- und Immunsystem schädigen, zu Missbildungen führen sowie Krebs erzeugen können.

... und ihre illegale »Entsorgung« übers Futter

Was aber waren die Ursachen des Dioxinskandals, der Ende 2010 erstmals öffentlich wurde? Ende 2010 zeigte ein Mischfutterhersteller den niedersächsischen Behörden an, dass er im Rahmen seiner Eigenkontrollen eine unzulässige Dioxinbelastung festgestellt hatte. Quelle der Dioxinbelastung war Futterfett der schleswig-holsteinischen Firma Harles und Jentzsch, die auch weitere Futterhersteller in mehreren Bundesländern beliefert hatte. Niedersachsen maß dem Fall zunächst eine geringe Bedeutung bei – anders das Land NRW, das angesichts der dürftigen Informationslage vorsorglich die belieferten Höfe sperrte und Untersuchungen veranlasste. Erst nach und nach wurde die Dimension des Skandals deutlich: Harles und Jentzsch hatte unerlaubterweise aus technischen Fetten Futterfett hergestellt und mehr als 2 200 Tonnen potenziell dioxinbelastetes Fett zur Weiterverarbeitung an 25 Futtermittelhersteller in mehreren Bundesländern vertrieben, die es in rund 150 000 Tonnen Futtermittel verarbeiteten. Daraufhin mussten zeitweise knapp 5 000 Legehennen-, Puten- und Schweinemastbetriebe sowie Rinder haltende Betriebe gesperrt werden.

Etwa eine Million Eier musste wegen möglicher Dioxin-Belastungen vernichtet werden. Deutschland hat im Rahmen des Europäischen Schnellwarnsystems für Lebens- und Futtermittel im Januar 2011 mehrere Warnungen für Futtermittel ausgegeben.

Mit Nachverfolgung der Lieferbeziehungen und Voranschreiten der Analysen wurden sukzessiv mögliche betroffene Lebensmittel aus dem Handel genommen und die Erzeugercodes

von Eiern veröffentlicht, die laut Analysen über den zulässigen Grenzwerten für Dioxin belastet waren. Am 4. Januar 2011 veröffentlichte das Verbraucherschutzministerium NRW die ersten betroffenen Erzeugercodes, Niedersachsen folgte am 5. Januar. Am 11. Januar 2011 wurde bekannt, dass Dioxin auch im Schweinefleisch gefunden wurde. In einer Fleischprobe eines niedersächsischen Schweinemastbetriebes sind Dioxinwerte über dem Grenzwert festgestellt worden. Der Bestand wurde laut Niedersächsischem Landwirtschaftsministerium getötet. Die zunächst gegebene Zusicherung, dass kein belastetes Fleisch in den Handel gelangt sei, musste kurze Zeit später wieder zurückgenommen werden. Aus Verbrauchersicht ist die Veröffentlichung der Chargennummern bzw. Eiercodes ausschließlich bei Überschreitung des Dioxin-Grenzwertes kritisch zu sehen. Da sich Dioxine im Körper anreichern und ohne klare Dosis-Wirkungs-Beziehung unter anderem an der Auslösung von Krebserkrankungen beteiligt sein können, ist die Aufnahme von Dioxin so weit als möglich zu vermeiden.

**Belastetes Fleisch
im Handel**

Die Staatsanwaltschaften in Itzehoe und Oldenburg stießen im Rahmen ihrer Ermittlungen auf Nachweise, dass der Harles und Jentsch GmbH bereits seit März 2010 die Dioxinbelastung der von ihr produzierten und vertriebenen Futterfette bekannt war. Zudem hatte die beauftragte Spedition Lübke keine Genehmigung, Fette für die Futtermittelherstellung zu lagern und zu mischen. Damit liegt der Schluss nahe, dass über einen längeren Zeitraum systematisch dioxin-belastete Futterfette beigemischt und zu Lasten der Verbraucher und der Land- und Ernährungswirtschaft »entsorgt« wurden. Landwirte sowie Fleisch- und Geflügelwirtschaft erlitten drastische Umsatzeinbußen. Sie verlangen von der inzwischen insolventen Firma deshalb rund 15 Millionen Euro Schadensersatz. Welche strafrechtlichen Konsequenzen der Dioxin-Skandal haben wird, ist nach wie vor offen. Wie Spiegel-online im Juni 2011 meldete, ist laut Staatsanwaltschaft Itzehoe ein Ende der Ermittlungen gegen den mutmaßlichen Verursacher des Dioxin-Skandals nicht abzusehen. Es bestehe zwar der Anfangsverdacht des Verstoßes gegen das Futtermittelgesetz. Branchenexperten halten eine strafrechtliche Verurteilung der Verantwortlichen aufgrund der Besonderheiten des Lebensmittelrechts indes für unwahrscheinlich. Dieses fordert den Nachweis einer konkreten Gefährdung der Verbraucher durch das belastete Futtermittel. Bereits im Mai wurden die Ermittlungen gegen die Geschäftsführer der Spedition Lübke eingestellt, die für Harles und Jentsch Futterfette gemischt und ausgeliefert hatte. Es wäre nicht das erste Mal, dass durch die kriminelle Energie Einzelner eine ganze Branche Schaden nimmt und Verbraucher gefährdet werden – und das Ganze ohne nennenswerte Konsequenzen bleibt oder aus der sprichwörtlichen »Portokasse« beglichen werden kann.

**Drastische
Umsatzeinbrüche ...**

Seitens der Politik wurden verschiedene Aktionspläne veröffentlicht. Am schnellsten war der NRW-Verbraucherschutzminister Remmel, der seinen 10-Punkte-Plan bereits am 6. Januar veröffentlichte.² Auf einer Sondersitzung der Landwirtschafts- und Verbraucherschutzminister von Bund und Ländern wurde am 18. Januar ein 14-Punkte-Plan verabschiedet.³ Die meisten dieser Punkte erinnerten an die entsprechenden Absichtserklärungen anlässlich früherer Skandale. Zwischenzeitlich wurde aber diesmal tatsächlich der eine oder andere Punkt (Einrichtung eines Internetportals www.lebensmittelwarnung.de, Meldepflicht der Labore bei auffälligen Untersuchungsergebnissen) umgesetzt. Das längst überfällige bundesweite Dioxin-Monitoring steht weiterhin aus, was auch im September 2011 von der Konferenz der Verbraucherschutzminister bedauert wurde. Dennoch bleibt abzuwarten, wann oder ob die Pläne jemals abgearbeitet sein werden – oder ob sie beim nächsten Skandal wieder aus den Schubladen gezogen werden.

**... und auch dieser
Skandal ohne
Konsequenzen**

EHEC in Lebensmitteln

Im Mai 2011 wurde in Deutschland eine Häufung und Ausbreitung einer bislang nicht bekannten schweren Verlaufsform eines hämolytisch-urämisches Syndroms (HUS) mit Durchfall beobachtet. Die betroffenen Personen lebten überwiegend in Norddeutschland oder hielten sich dort im betreffenden Zeitraum auf. Als Ursache wurde ein besonders aggressiver Typ des Darmbakteriums EHEC (enterohämorrhagische *Escherichia coli*) identifiziert. Die Erkrankungen traten in Deutschland zunächst lokal und zeitlich gehäuft auf. Bei bisher bekannten Verläufen von HUS durch EHEC waren insbesondere Säuglinge, Kinder und ältere Menschen betroffen. Untypisch an dieser Epidemie war, dass sich besonders schwere Verläufe der Erkrankung bei Erwachsenen, meist Frauen, häuften.

**Untypischer
Epidemieverlauf**

Nach ersten Studien durch das Robert Koch-Institut wurde frisches Gemüse, darunter besonders Tomaten, Gurken und Blattsalate, als möglicher Übertragungsweg angenommen. Hierzu erfasste man die Ernährungsgewohnheiten erkrankter Personen. Insbesondere beim Verzehr frischer Tomaten zeigten sich statistische Auffälligkeiten. Nach ersten Befragungen hatten 92 Prozent der Infizierten in den Tagen vor der Erkrankung rohe Tomaten gegessen. Daraufhin gab das Robert Koch-Institut (RKI) zusammen mit dem Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) die Empfehlung, über die üblichen Hygieneregeln im Umgang mit Obst und Gemüse hinaus vorsorglich bis auf Weiteres Tomaten, Salatgurken und Blattsalate – insbesondere in Norddeutschland – nicht roh zu verzehren. Allerdings konnten bis dato keine Erreger auf Tomaten und Salat nachgewiesen werden. Die Hamburger Gesundheitsbehörde berichtete von EHEC-Funden auf Gurken spanischer Herkunft, musste diese Meldung aber wenig später Ende Mai relativieren. Zwar seien EHEC-Erreger nachgewiesen, aber nicht der für die Epidemie verantwortliche Serotyp O104:H4. Gleiches galt für EHEC-Funde auf Salatproben in Bayern und Hessen. Die Suche ging also weiter.

**Suche nach
Erregerquelle endet
bei Sprossen**

Am 5. Juni 2011 wurde der Verdacht, dass Sprossengemüse eine Infektionsquelle bei der Verbreitung des Ausbruchserregers sein könnte, damit begründet, dass ein Gartenbaubetrieb in Bienenbüttel (Niedersachsen) Lieferant der Sprossen war, die in Speisen enthalten waren, an denen viele erkrankt seien. Bei späteren Laboruntersuchungen konnten bei Proben aus dem Unternehmen allerdings keine EHEC-Erreger nachgewiesen werden. Anfang Juli wurden dann Bockshornkleesamen (die auch zur Anzucht von Sprossen genutzt wurden) aus Ägypten als sehr wahrscheinliche EHEC-Quelle genannt. Die Warnung vor dem Verzehr roher Tomaten, Gurken und Blattsalate wurde daraufhin aufgehoben, die Warnung der Behörden für rohe Sprossen blieb dagegen bestehen. Tatsächlich gelten Sprossen bereits seit einer großen EHEC-Epidemie 1996 in Japan als mögliche Überträgerquelle von EHEC, worauf das Bundesinstitut für Risikobewertung BfR schon vor Bekanntwerden der Epidemie hingewiesen hatte.

Häufig wurde in der Öffentlichkeit – auch von Behörden – die Vermutung geäußert, der Erreger der Epidemie könne durch Gülle auf Lebensmittel übertragen worden sein. Die Produzenten von Gurken, Tomaten und Salat wiesen darauf hin, dass diese Produkte vor allem im Frühjahr in Gewächshäusern gezogen werden, wo Gülle nicht eingesetzt wird oder es sich sogar wie bei Sprossen um Hydrokulturen handelt.

Am 21. Juli 2011 gaben die deutschen Behörden nach der Auswertung von umfangreichen Untersuchungen Entwarnung: Rohe Sprossen und Keimlinge können wieder verzehrt werden. Nur für Bockshornkleesamen sowie deren Sprossen und Keimlinge aus Ägypten wurde eine Verzehrswarnung aufrecht gehalten, wenn auch bei Analysen in Ägypten der EHEC-Erreger auf Bockshornkleesamen nicht nachgewiesen werden konnte. In Europa durften daher bis zum 31. März 2012 keine ägyptischen Samen und Bohnen zur Sprossenherstellung importiert werden. Alle Bockshornkleesamen-Chargen aus den Jahren 2009 bis 2011 sollten vom Markt genommen, beprobt und anschließend vernichtet werden. Ende Juli 2011 erklärte das Robert Koch-Institut die Epidemie für beendet, nachdem der letzte Erkrankungsfall in Verbindung mit den Keimen drei Wochen zurücklag. Im Verlauf der Epidemie sind in Deutschland 50 Patienten gestorben, 852 sehr schwer erkrankt (HUS-Fälle) und zusätzlich kam es zu 3 469 weniger schweren EHEC-Fällen.

Wiederholt wurde in Öffentlichkeit und Medien die Kommunikation der zuständigen Behörden, insbesondere die Ressortabstimmung zwischen den Verbraucherschutz- und Gesundheitsbehörden kritisiert. Eine Verbesserung der Abstimmung und der Meldewege wurde ebenfalls von der Verbraucherschutzministerkonferenz im September eingefordert.

Der vermeintliche Fund des EHEC-Erregers O104 im Juni 2011 in einem Bach bei Frankfurt am Main verstärkte die Diskussion über mögliche Eintragspfade des Erregers in die Umwelt. Über Schlachthofabwässer können Tierfäkalien, über den Toilettengang menschliche Fäkalien ins Abwasser gelangen, das dadurch mit EHEC kontaminiert sein kann. Kläranlagen können nur die Menge an Keimen reduzieren, aber sie nicht gänzlich eliminieren. Vereinzelt können auch Oberflächengewässer mit EHEC-Keimen belastet sein, die z. B. aus Kläranlagen stammen können. So könnten auch über die Bewässerung von Feldern Keime auf Obst und Gemüse gelangen, wenn die Qualitätsanforderungen für das Wasser zur Bewässerung von den Produzenten nicht eingehalten werden. Zusätzlich waschen Landwirte manche Produkte, bevor sie ver-

**Eintragspfad
für EHEC
bleibt unklar**

kauft werden. Auch hier muss dringend die Qualität des Waschwassers kontrolliert werden, falls dafür nicht Trinkwasser verwendet wird.

Reaktorkatastrophe in Fukushima

Durch die Katastrophe im japanischen Fukushima ist Radioaktivität in Lebensmitteln wieder stärker ins Bewusstsein von Verbrauchern gerückt. Erinnerungen an Tschernobyl wurden geweckt und viele fragen sich, ob von Lebensmitteln eine konkrete Gefahr ausgehen kann. Grundsätzlich ist die Gefährdung durch radioaktive Strahlung infolge der Reaktorkatastrophe von Fukushima wesentlich geringer als seinerzeit durch den Unfall in Tschernobyl – allein schon wegen der größeren Entfernung. Da Deutschland über 9 000 Kilometer von Japan entfernt liegt, wurden radioaktive Partikel in der Atmosphäre so stark verdünnt, dass sie in Deutschland nur mit hochsensiblen Messgeräten gemessen werden konnten. Außerdem kam es in Fukushima anders als in Tschernobyl nicht zu einer so massiven Explosion mit dem Eintrag radioaktiver Teilchen in höhere Schichten der Atmosphäre.

Sehr schnell wurden zudem zusätzliche Kontrollen eingeführt. Lebensmittel aus den betroffenen japanischen Gebieten müssen bereits in Japan vollständig kontrolliert und zertifiziert werden. Sie dürfen nur dann in die EU exportiert werden, wenn sie keine überhöhte Strahlenbelastung aufweisen. Zusätzlich werden die Produkte von den zuständigen deutschen Behörden und vom Zoll überprüft und ein Teil dieser Sendungen (mindestens zehn Prozent) labortechnisch untersucht. Weniger streng sind die Vorgaben für Waren aus nicht betroffenen Regionen in Japan. Sie benötigen ein Begleitschreiben, das die Herkunft dokumentiert und auf europäischer Ebene werden bei Stichproben (mindestens 20 Prozent) die Strahlenwerte kontrolliert. Die Kontrollen sollen zunächst bis Ende 2011 weiter durchgeführt werden. Die Ergebnisse der Analysen werden vom Bundesamt für Verbraucherschutz an die Europäische Kommission weitergeleitet.

In Deutschland ist bei amtlichen Kontrollen von Lebensmittelimporten aus Japan bislang keine erhöhte Strahlenbelastung festgestellt worden. In Frankreich dagegen wurde Mitte 2011 bei der Einfuhrkontrolle am Pariser Flughafen Charles de Gaulles eine Lieferung grünen Tees entdeckt, in der radioaktives Caesium nachgewiesen werden konnte. Die Belastung war mit 1 038 Becquerel pro Kilogramm mehr als doppelt so hoch wie es der Grenzwert erlaubt. Das Beispiel aus Frankreich zeigt, dass die Stichprobenkontrollen entsprechend der Verordnung der Europäischen Kommission nicht genügen. Wer ganz sicher gehen will, keine radioaktiv belasteten Lebensmittel aufzunehmen, sollte daher auf aus Japan stammende Lebensmittel vorsichtshalber verzichten – soweit man denn die Herkunft sicher erkennen kann.

Die Politik ist deshalb aufgefordert, eine flächendeckende und lückenlose Kontrolle japanischer Einfuhren zu gewährleisten. Sollte eine Kontamination von Lebensmitteln festgestellt werden, müssen sowohl die belasteten Produkte als auch deren Hersteller konkret benannt werden. Damit Verbraucherinnen und Verbraucher bei Bedarf, z. B. in Krisenfällen, Lebensmittel bestimmter Herkünfte meiden können, muss unbedingt die Herkunftskennzeichnung erheblich ausgeweitet werden.

Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung

Vereinzelt schon im Zusammenhang mit der EHEC-Krise, vor allem aber aufgrund einer Studie im Auftrag des nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministeriums ist im Herbst 2011 auch die Diskussion über den Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung wieder aufgeflammt. Einige Ergebnisse dieser Studie waren Ende Oktober vorab in die Medien gelangt. Trotz des EU-weiten Verbots von Antibiotika als Leistungssteigerer in der Tiermast ist der Einsatz nach wie vor hoch. Untersucht wurden in der Studie 962 Mastdurchgänge in 182 Hähnchenmastbetrieben. Gemäß der Studie wurden in 83 Prozent der Mastdurchgänge teilweise bis zu acht verschiedene Antibiotika eingesetzt. Die Ergebnisse belegen eine Korrelation zwischen der Bestands- bzw. Herdengröße, der Mastintensität (z. B. Besatzdichte) und dem Antibiotikaeinsatz. Minister Remmel, NRW, folgert aus diesen Zahlen, dass die Antibiotikagabe entweder rechtswidrig zur Wachstumsförderung erfolgt oder aber dass die aktuelle Praxis der Masthühnerhaltung die Tiere krank macht.⁴ Bei kleineren Betrieben und bei verlängerter Mastdauer zeichnet sich ein unterdurchschnittlicher Antibiotikaeinsatz ab.

**Importe aus Japan
auf Strahlenbelastung
kontrolliert**

**Stichproben
genügen nicht**

**Studie deckt
systematischen
Antibiotika-
einsatz auf**

Erhöhtes Risiko der Resistenzbildung

In 53 Prozent der untersuchten Fälle wurden die Antibiotika nur ein bis zwei Tage verabreicht, damit also kaum therapeutisch, sondern eher »leistungsfördernd«. Gerade diese kurzzeitige Einsatzdauer erhöht das Risiko der Resistenzbildung. Deshalb wird der Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung als eine der Ursachen für die Ausweitung von antibiotika-resistenten Keimen (z. B. Multi-resistenter *Staphylococcus aureus* – MRSA) und deren Eintrag in die menschliche Nahrungskette bzw. als Ausgangsort menschlicher Infektionen gesehen. Hier sind Politik und Behörden aufgefordert, Verbote weiter zu verschärfen und vor allem deren Vollzug durch verstärkte Kontrollen und Sanktionen auch zu gewährleisten. Dass hier eine ernstzunehmende Gefahr besteht, betont nicht nur die UN-Gesundheitsorganisation WHO, sondern auch das deutsche Robert Koch-Institut. Nach Einschätzungen des Instituts sterben in Deutschland jährlich mehr als 15 000 Menschen an Infektionen mit multiresistenten Keimen.⁵

Fazit aus den Skandalen

Wie schon oft liegen die Ursachen von Skandalen in eher »punktuellen Belastungen« (z. B. Futterfett mit Dioxin, importierte Bockshornkleesamen, Reaktorunfall) – manchmal getrieben durch kriminelle Energie Einzelner, manchmal durch fehlende Kontrollen oder auch durch unvorhersehbare Ereignisse, die eine kaum beherrschbare Technik »aus dem Ruder« laufen lassen. Trotz der punktuellen Ereignisse gibt es bei vielen Skandalen oder Krisen »flächendeckende Auswirkungen«. Tausende von Betrieben sind betroffen, tausende Tiere müssen getötet werden, tausende Tonnen Lebensmittel vernichtet und tausende von Verbrauchern sind betroffen. Ganze Branchen haben Einkommenseinbußen durch die Nachfrageeinbrüche am Markt.

Täter dürfen nicht mehr ungeschoren davonkommen

Der Bundesrechnungshof kam Ende November 2011 zu dem Ergebnis, dass das Krisenmanagement von Bund und Ländern versagt habe, die Absprachen unkoordiniert und die Ausstattung der Behörden unzureichend seien. Umso notwendiger ist es, dass bei solchen kriminellen Tätern mindestens der gegebene Strafraum ausgeschöpft wird. Viel zu oft kommen sie ungeschoren davon oder werden nur mit geringen Geldstrafen belegt. Hilfreich wären dabei auch mehr Schwerpunktstaatsanwaltschaften mit besonderen Kompetenzen im Lebens- und Futtermittelrecht. Auch ist es notwendig, das System der Rückverfolgbarkeit noch weiter zu verbessern. Hierfür braucht es zusätzliche Mittel für mehr Kontrollen. Diese Forderung bleibt regelmäßig im »Schwarzer Peter-Spiel« zwischen Bund, Ländern und Gemeinden auf der Strecke. Auch die Kommunikation, Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen Bundes-, Landes- und lokalen Behörden muss insbesondere ressortübergreifend offensichtlich weiter verbessert werden, denn der nächste Skandal kommt bestimmt.

Die Risiken der Globalisierung nehmen dramatisch zu und die lückenlose Kontrolle wird immer wichtiger und zugleich immer schwieriger. Die Systeme, in denen wir leben, werden immer komplexer und damit anfälliger für Fehler. Und welche Gefahren dies birgt, hat der Reaktorunfall in Japan uns abermals vor Augen geführt.

Anmerkungen

- 1 http://www.berlin.de/ba-pankow/aktuelles/bilder_verstoss_lebensmittelhygiene.html
- 2 http://www.umwelt.nrw.de/ministerium/presse/presse_aktuell/presse110106.php
- 3 http://www.umwelt.nrw.de/verbraucherschutz/pdf/dioxin_bilanz_gemeinsame_erklaerung.pdf
- 4 Pressemitteilung des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucher-

schutz des Landes Nordrhein-Westfalen: Rammel: »Wir haben ein massives Antibiotikaproblem in der Massentierhaltung« vom 15. November 2011. – Download der Studie und weitere Informationen unter www.antibiotikastudie.nrw.de.

- 5 Siehe auch den Beitrag von Friedrich Ostendorf und Daniel Elfendahl über Antibiotika in der Tierhaltung im Kapitel »Agrarpolitik und soziale Lage« dieses Agrarberichts, S. 37–41.



Bernhard Burdick

Leiter der Gruppe Ernährung
der Verbraucherzentrale NRW

Verbraucherzentrale NRW
Mintropstr. 27, 40215 Düsseldorf
E-Mail: bernhard.burdick@vz-nrw.de
vz-nrw.de



Isabelle Mühleisen

Diplom-Ökotrophologin in der
Gruppe Ernährung der Verbraucherzentrale NRW

Verbraucherzentrale NRW
Mintropstr. 27, 40215 Düsseldorf
E-Mail: isabelle.muehleisen@vz-nrw.de
vz-nrw.de

Frish auf den Müll

Über die globale Verschwendung von Lebensmitteln

von Valentin Thurn

Ein Drittel der Lebensmittel, die weltweit erzeugt werden, landet auf dem Müll, in den Industrieländern sogar die Hälfte. Eine erschreckende Zahl, die zeigt, wie sehr die Wertschätzung von Lebensmitteln gesunken ist. Seit 1974 hat sich der Müllausstoß noch einmal um fünfzig Prozent erhöht. Doch: die Verschwendung fängt schon auf dem Acker an – aussortiert und liegen bleibt alles, was nicht den Handelsnormen entspricht. Auf Handelsebene beschleunigt das Haltbarkeitsdatum das Wegwerfen von noch guter Nahrung. In den Entwicklungsländern hingegen liegt das Problem vor allem im Verderben nach der Ernte. Die Wirkungen auf Welternährung, Umwelt und Klima dieser Verschwendung sind nicht zu übersehen. Der nachfolgende Beitrag fordert auf, Konsum wieder als politisches Handlungsfeld zu begreifen.

Die Hälfte der Lebensmittel, die weltweit erzeugt werden, landet auf dem Müll.¹ Seit 1974 hat sich der Müllausstoß noch einmal um fünfzig Prozent erhöht. Offenbar sind die Erfahrungen der Lebensmittelknappheit nach dem Krieg in Deutschland längst vergessen. Vorbei die Ermahnungen unserer Mütter und Großmütter, keine Reste auf dem Teller liegen zu lassen, während die Kinder in Afrika verhungern. Lebensmittel sind heute Massenware, die Discounter unterbieten sich im Preis. Im Supermarkt können wir uns zwischen über 100 Joghurtsorten entscheiden, eine Auswahl, die nur zu oft im Kühlschrank verdirbt.

Wertschätzung verloren

Warum haben die Menschen die Wertschätzung für ihr Essen verloren? Das mag damit zusammenhängen, dass die Lebensmittel immer billiger werden. Heute geben wir nur noch knapp über zehn Prozent unseres Einkommens dafür aus. In den sechziger und siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts waren es noch knapp 40 Prozent. In der Hektik des Alltags kaufen viele nur noch einmal in der Woche ein: Am Samstag wird der Kühlschrank vollgestopft, aber in den nächsten Tagen kommt man erst spät nach Hause oder entscheidet sich spontan, doch einmal essen zu gehen. Und schon verkommt ein Teil der Waren. Wir sind es gewohnt, im Supermarkt zu jeder Tages- und Jahreszeit alles zu finden, was wir benötigen: Erdbeeren im Dezember und

frisches Brot bis in die Nacht. Das sorgfältig arrangierte Überangebot verführt uns, mehr zu kaufen, als wir letztendlich verarbeiten können. Vieles wandert vom Kühlschrank direkt in den Mülleimer, ohne dass es überhaupt auf den Tisch gekommen ist. Weil es schnell gehen muss, greifen wir gern zu vorgefertigtem Convenience Food mit geringer Haltbarkeit. Das, was von den vorportionierten Mengen übrigbleibt, wird entsorgt. Denn viele von uns haben verlernt, wie wir aus den Resten einer Mahlzeit ein neues Essen zaubern können.

Dabei haben sich auch die tradierten Formen des Essens gewandelt. Alles was mit Schmutz und Ekel bei der Essenszubereitung zu tun haben könnte, wird vermieden. Ein Fisch darf keinen Kopf mehr haben, die Hähnchenbrust nicht mehr an ihren tierischen Ursprung erinnern. Aufgrund unterschiedlicher Tagesabläufe und Arbeitszeiten wird gegessen, wann es sich gerade einrichten lässt, und jeder isst, was ihm schmeckt. Niemand fühlt sich mehr dauerhaft für die Essensbeschaffung und -zubereitung zuständig. Das wird nach außen delegiert: an Fast-Food-Ketten, Supermärkte, Restaurants, Fertiggerichte und Pizzabringdienste. Alles muss schnell gehen, darf nicht belasten und nicht viel Reinigungsaufwand nach sich ziehen.

Es gibt für Deutschland keine einzige wissenschaftliche Untersuchung über den Anteil an Lebensmittelabfällen im häuslichen Müll. Aber Zahlen aus dem Ausland geben eine Größenordnung an, die auch für Deutschland gelten dürfte: Felicitas Schneider vom In-

stitut für Abfallwirtschaft in Wien fand heraus, dass durchschnittlich pro Haushalt und Jahr Nahrungsmittel im Wert von 400 Euro weggeworfen werden. Ein Großteil davon bevor sie überhaupt Zeit hatten schlecht zu werden.²

Die Verschwendung fängt schon im Laden an

Doch die Verschwendung beginnt bereits früher in der Versorgungskette: Die meisten Lebensmittel landen auf dem Müll, bevor sie überhaupt den Endverbraucher erreichen. Eigentlich müsste der Handel schon aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen daran interessiert sein, die Verschwendung von eigentlich genussfähigen Lebensmitteln zu begrenzen. Doch um den Käufern immer volle Regale, große Auswahl und die immer gleichen, perfekt aussehenden Produkte anbieten zu können, wird besonders bei frischer Ware kräftig aussortiert. Sobald ein einzelnes Blatt faulig ist, wird der ganze Salat weggeworfen. Wenn nur ein einziger Pflirsich schimmelt, wird der Rest der Packung gleich mit entsorgt. Die Arbeitszeit der Angestellten darauf zu verwenden, einzelne Obst- und Gemüsestücke auszu-

Verschwendung weltweit

Jährlich werden rund 1,3 Milliarden Tonnen Nahrungsmittel umsonst produziert. Die FAO kommt in ihrer im Mai 2010 veröffentlichten Studie zu Nahrungsmittelverlusten und Lebensmittelverschwendung zu dem Schluss, dass es »effizienter ist, in der gesamten Wertschöpfungskette Verluste zu begrenzen, als mehr zu produzieren«. Damit rückt die FAO deutlich von ihrer bisherigen Position ab, das Hungerproblem einer steigenden Weltbevölkerung könne nur durch Produktionssteigerungen gelöst werden. Verschwendung und Hunger werden erstmalig in einen Zusammenhang gebracht. Die FAO schätzt, dass täglich bis zu 40 Prozent der Nahrungsmittel in den Entwicklungs- und Schwellenländern verderben bevor sie überhaupt die Konsumenten erreichen. In Europa hingegen werden 40 Prozent aller Lebensmittel auf Handels- wie auf Konsumentenebene ungenutzt entsorgt. Alles zusammengekommen sind das in Europa und Nordamerika pro Kopf und Jahr 280 bis 300 Kilogramm, wobei der Anteil, der von den Konsumenten entsorgt wird, zwischen 95 und 115 Kilogramm pro Kopf und Jahr liegt. Im südlichen Afrika und in Südasien kommen die Gesamtverluste auf 120 bis 170 Kilogramm pro Kopf und Jahr. Auf Ebene der Konsumenten aber sind es nur sechs bis elf Kilogramm pro Kopf und Jahr.³ Das heißt, die Verluste treten hier überwiegend in den dem Konsum vorgelagerten Bereichen der Landwirtschaft und des Handels auf (Abb. 1).

sortieren, ist offenbar für den Händler zu teuer. Die entsorgte Ware ist natürlich eingepreist: Wenn wir zehn Joghurtbecher kaufen, dann zahlen wir einen weiteren mit, der im Müllcontainer landet.

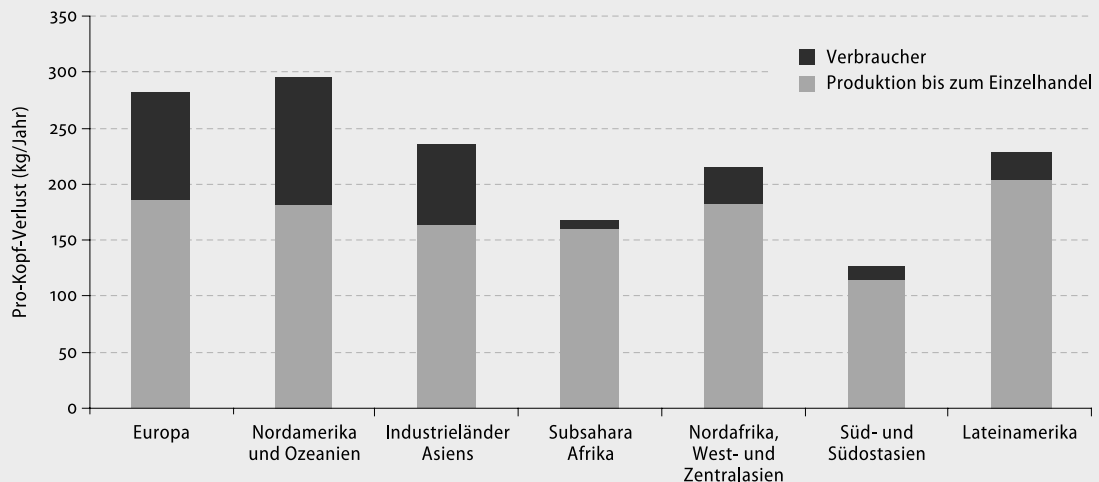
Milch- und Käseprodukte werden zwei bis sechs Tage vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums aus den Regalen entfernt und weggeworfen. Das meiste davon wäre noch gut genießbar, auch über das Datum hinaus. Eine einfache Prüfung – schauen, riechen, schmecken – würde reichen, doch viele trauen sich das nicht mehr zu. Und nicht alle wissen: Das Datum wird von den Herstellern selbst aufgedruckt, nicht von einer Behörde. Unter dem Vorwand des Verbraucherschutzes werden die Haltbarkeitsfristen immer kürzer. Doch in Wirklichkeit geht es nicht um Haltbarkeit. Schon der Begriff ist irreführend! Um Haltbarkeit geht es nur bei Fleisch-, Fisch- und Eiprodukten, da ist das »Verbrauchsdatum« aus hygienischen Gründen unbedingt zu beachten. Aber das Mindesthaltbarkeitsdatum, das auf allen andern Produkten steht, garantiert nur bestimmte Eigenschaften des Produktes. Zum Beispiel, dass ein Joghurt cremig bleibt. Nach Ablauf ist ein Joghurt meist noch tagelang einwandfrei für den Verzehr geeignet, es kann nur geschehen, dass sich etwas Molke oben absetzt. Einmal durchrühren und der Joghurt wäre wieder so cremig wie zuvor.

Eine Supermarktkette in den Niederlanden hatte kürzlich eine geniale Idee: Kunden, die ein Produkt mit einer Ablauffrist von unter zwei Tagen im Regal entdecken, dürfen ihren Fund umsonst mitnehmen. Ein origineller Einfall, der die Optik umdreht: Die Kunden suchen nicht mehr nach Produkten mit möglichst langem Haltbarkeitsdatum, sondern sie machen es sich zum Sport, Lebensmittel mitzunehmen, die sonst mit großer Wahrscheinlichkeit vernichtet worden wären. Hierzulande sind solche Ideen noch nicht verbreitet. Einige Supermärkte reduzieren immerhin die Preise für Waren kurz vor Ablauf oder mit leichten Beschädigungen. Die meisten Händler aber scheuen das Verramschen, weil sie befürchten, sich damit die Preise kaputtzumachen.

Auch in Zeiten der Krise scheint es für die durchaus scharf kalkulierenden Unternehmen rentabler zu sein, Überschüsse in die Mülltonne zu kippen. Denn schlimmer als Wegwerfen ist es, Kunden an die Konkurrenz zu verlieren. Angesichts des immensen Wettbewerbsdrucks im Lebensmittelhandel ist das Risiko hoch. Die Befürchtung: Kunden könnten wegbleiben, weil sie nicht zu jeder Tageszeit die gesamte Produktpalette angeboten bekommen.

Brot – Verschwendung übertrifft alles

Ein besonders dramatisches Beispiel ist das Brot. Kein anderes Produkt wird in so großen Mengen weggeworfen. Eine Durchschnitts-Bäckerei wirft zehn bis 20 Pro-

Abb. 1: Verluste und Verschwendung von Lebensmitteln weltweit (pro Kopf in Kilogramm und Jahr)

Quelle: FAO 2010

zent ihrer Tagesproduktion weg und liefert den Ausschuss im besten Fall an eine Tafel oder einen Tierfutterhersteller. Die Verschwendung ist immens – jährlich werden in Deutschland 500 000 Tonnen Brot weggeworfen. Damit könnte ganz Niedersachsen versorgt werden! Damit diese Lebensmittelvernichtung funktioniert, haben die Handelsketten mit den Bäckern Kommissionsvereinbarungen: alles, was nicht verkauft wird, muss zurückgenommen werden. Nur ein Bruchteil davon kann an bedürftige Personen verteilt werden. In Österreich gehen jährlich 70 000 Tonnen Brot größtenteils in Biogasanlagen. Eigentlich müsste es uns klar sein: Wir sind es gewohnt, bis Ladenschluss das komplette Angebot an Brot und Backwaren vorzufinden. Und, Hand aufs Herz: Wenn ein Bäcker am späten Nachmittag nur noch ein reduziertes Angebot hat, gehen wir dann nicht lieber zur Konkurrenz, wo wir unser Lieblingsbrot noch finden? Die Wahrheit ist daher ganz simpel: Je größer die Auswahl in den Läden und je länger ihre Öffnungszeiten sind, desto größer ist auch die Verschwendung.

Was der Norm nicht entspricht fliegt raus

Das System der Verschwendung fängt bereits auf dem Acker an. Das liegt vor allem an den Normen des Handels, die Form, Farbe und Größe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen bestimmen. Viele denken bei Normen in erster Linie an die übertriebene Bürokratie der Europäischen Union. Das bekannteste Beispiel ist die Gurke, deren Krümmung bis 2009 von der EU geregelt wurde. Doch als Brüssel die Gurken-Norm abschaffte, hat der Handel die alten Standards einfach beibehalten.

Auch heute gibt es keine krummen Gurken im Supermarkt. Denn es ist für den Transport und die Lagerung praktischer, wenn die Gurken schön gerade sind und dieselbe Länge haben. Den Verbrauchern wäre es eigentlich egal, sie würden auch krumme Gurken kaufen.

Bei optischen Macken ist es etwas anderes: Wir sind inzwischen gewohnt, dass das Obst und Gemüse im Supermarkt perfekt aussieht. Äpfel mit etwas Schorf, Bananen mit braunen Flecken, unhandlich verzweigte Karotten – das würde im Supermarkt liegen bleiben. Die Städter wissen gar nicht mehr, wie unterschiedlich die Früchte auf dem Feld wachsen. Auch in der Größe: Wir sind es gewohnt, dass wir Äpfel oder Kartoffeln immer in der gleichen Größe angeboten bekommen. Was nicht in das Raster passt oder kleine Macken hat, bleibt direkt auf dem Feld liegen oder wird auf dem Bauernhof aussortiert. Bei Kartoffeln sind es in der Regel vierzig bis fünfzig Prozent der Ernte.

Die Handelsnormen haben nichts mit der Qualität oder dem Geschmack der Lebensmittel zu tun, es geht nur um die Optik. Auf dem globalisierten Markt, auf dem Produkte oft über mehrere Kontinente hinweg gekauft werden, erleichtern die Normen dem Handel außerdem, Produkte unbesehen zu bestellen. So weiß er genau, was er zu erwarten hat. Doch das was nicht in diese Norm passt, kann der Landwirt bestenfalls noch auf einem lokalen Wochenmarkt verkaufen, das meiste aber muss er aussortieren.

Folgen für Welternährung, Umwelt und Klima

Die Mechanismen, die bei uns zur Verschwendung führen, können anderswo auf der Welt das Hungerproblem

verschärfen – in den Ländern, die uns mit Lebensmitteln beliefern, sogar in doppelter Hinsicht. Auf der einen Seite können die Landwirte aufgrund der Handelsnormen nicht die ganze Ernte nutzen; so wird etwa ein Zehntel der Bananenernte schon auf der Plantage aussortiert. Auf der anderen Seite sorgen wir durch das Wegwerfen hier bei uns für einen Preisdruck auf dem Weltmarkt. Denn wenn wir mehr konsumieren, wenn auch zum Teil nur für die Mülltonne, steigt die Nachfrage und damit der Preis. Die Preise für Getreide wie Weizen, Mais und Reis werden heute weltweit von den Börsen bestimmt. Immer wieder kommt es zu einem Getreideboom an den Börsen, der dafür sorgt, dass sich Menschen in ärmeren Ländern die Grundnahrungsmittel kaum mehr leisten können.

Es geht nicht um Verzicht. Es geht um mehr Effizienz und um ein Bewusstsein dafür, dass Mechanismen, die für einzelne Unternehmen rentabel sein mögen, volkswirtschaftlich gesehen katastrophal sind. Die Verschwendung von Essen ist auch eine Verschwendung von kostbaren menschlichen und natürlichen Ressourcen. Lebensmittel werden mit einem enormen Energieaufwand erzeugt. Das Stockholm Water Institute errechnete, dass ein Viertel des gesamten Wasserverbrauchs der Erde für die Produktion derjenigen Lebensmittel vergeudet wird, die schließlich vernichtet werden.⁴

Katastrophal sind auch die Folgen für das Weltklima, denn ein Drittel der Klimagase wird von der Landwirtschaft produziert. Die Forscher des Stockholm Water Institute gehen davon aus, dass weltweit etwa die Hälfte der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem Müll landet. Konkret heißt das, dass zwischen zehn und 15 Prozent der Klimagase bei der Produktion unseres Lebensmittel-Mülls entstehen. Das ist mehr als der gesamte Ausstoß des weltweiten Transportsektors. Diese Größenordnung wurde bisher unterschätzt. Sicher kann man die Abfälle nicht auf null herunterfahren, aber eine Halbierung des Lebensmittel-Mülls wäre durchaus im realistischen Bereich. Ohne große Einbußen beim Lebensstandard könnten wir damit etwa ebenso viele Klimagase einsparen wie wenn wir jedes zweite Auto stilllegen würden.

Taten statt warten

Ein Großteil unserer Lebensmittelverschwendung ist unnötig und vermeidbar. Angesichts schwindender Ressourcen ist das eine Einsicht, die sich zunehmend durchsetzt. Die FAO fordert, die weltweiten Verluste und die Verschwendung in den nächsten 15 Jahren auf die Hälfte zu reduzieren. RRR: Reduce, Redistribute, Recycle (auf deutsch: reduzieren, umverteilen, wiederaufbereiten) heißt die neue Formel – statt eine Produktion anzukurbeln, die dann am Ende doch nur weg-

geschmissen wird. In Entwicklungsländern gilt es vor allem die Nachernteverluste durch bessere Infrastruktur, verbesserte Kühlketten, aber auch fairen Marktzugang von Kleinproduzenten und den Aufbau effektiver Wertschöpfungsketten zu minimieren. Aber es ist nicht nur eine fehlende Technik. Agrarsubventionen, die nicht einer nachhaltigen Landwirtschaft dienen, müssen abgeschafft, Qualitätsnormen, die nur den Interessen von Transport- und Verarbeitungsindustrie geschuldet sind, abgebaut werden.

In den Industrieländern liegt viel an uns Verbrauchern. Jeder von uns braucht Lebensmittel, jeden Tag. Mitmachen ist daher ganz einfach: planvoller einkaufen. Einen Essensplan machen, einkaufen nur was benötigt wird und aus den Resten Eintöpfe, Aufläufe oder eine Quiche machen. Heute schon gibt es viele hoffnungsvolle Ansätze, die gegen die Verschwendung wirken⁵: Immer mehr kaufen bewusst regionale Produkte, das verringert die Abfallmengen beim Transport. Aber noch viel wichtiger: Wer auf dem Wochenmarkt einkauft, beäugt die Ware weniger kritisch als im Supermarkt. Wer ein Gemüseabo bestellt, lernt flexibel zu kochen – er muss seine Mahlzeiten aus den Zutaten zaubern, die die Felder im Moment gerade hergeben. Die »Community Supported Agriculture« in den USA geht noch einen Schritt weiter und verzichtet komplett auf jeden Zwischenhandel. Das Modell ist simpel, aber revolutionär: Eine Kooperative von Verbrauchern nimmt direkt einen oder mehrere Landwirte unter Vertrag und wird dafür regelmäßig mit frischen Produkten aus ökologischem Anbau versorgt. Der Landwirt kann genau kalkulieren, wie viel er jede Woche ernten muss,

Folgerungen & Forderungen

- Ein Drittel der weltweit für den menschlichen Verzehr geernteten und produzierten Lebensmittel landet auf dem Müll.
- Diese Verschwendung betrifft in Entwicklungsländern vor allem die Verluste, die nach der Ernte, bei Lagerung, Transport und Weiterverarbeitung entstehen. In den Industrieländern ist sie vor allem Teil des Konsumentenverhaltens.
- Die Verschwendung hat negative Folgen für die Welternährung, die Umwelt und das Klima.
- Wir benötigen staatliches Handeln ebenso wie wirtschaftliches und Initiativen der Konsumenten. Die Verluste und die Verschwendung müssen reduziert, die Überschüsse verteilt und wiederverwertet werden.
- Für die Verbraucher heißt es, planvoller und regional einzukaufen und sich verantwortungsbewusster zu ernähren. Konsum ist ein Feld politischer Einflussnahme.

und der Rest bleibt dort, wo er am frischesten gelagert werden kann: unter der Erde.⁶

Aktiv werden können ganze Städte. In der belgischen Stadt Gent entstand 2008 die Idee, einen offiziellen Gemüsetag – den »Donderdag = Veggiedag« einzuführen – als Aufforderung, an diesem Tag kein Fleisch zu essen. Die Stadt Bremen ist diesem Beispiel mit dem »Veggie-day« gefolgt und dieser neue Termin sorgt für ein zuverlässigeres Angebot an vegetarischen und möglichst regionalen Gerichten in Kantinen und Mensen.

Aber auch die Supermärkte könnten ihre Müllmengen reduzieren, einfach indem sie ihr Angebot an frischen Produkten gegen Abend oder am Wochenende etwas ausdünnen, so dass am Ende weniger übrigbleibt. Handelsketten könnten die Verringerung der Lebensmittel-Abfälle als Unternehmensziel festschreiben und ihre Kunden damit überzeugen, dass es im Sinne des Klimaschutzes und als Beitrag gegen den Welthunger geschieht. Solange es für den Handel rentabler ist, Ware wegzuerwerfen anstatt ihren Preis kurz vor Ablauf herunterzusetzen, wird er es auch tun. Deshalb müsste die Politik Anreize schaffen, damit die Unternehmen die wertvollen Lebensmittel wenigstens der lokalen Tafel spenden oder an Kunden oder Mitarbeiter verschenken anstatt sie in die Mülltonnen zu stopfen.

Anmerkungen

- 1 Folgender Beitrag beruht auf dem Buch von Stefan Kreutzberger und Valentin Thurn: *Die Essensvernichter. Warum die Hälfte aller Lebensmittel im Müll landet und wer dafür verantwortlich ist* (Köln 2011). Es ist das Buch zum Film »Taste The Waste«, der im September 2011 in den bundesdeutschen Kinos angelaufen ist. Er hat eine eigene Kampagne ausgelöst und zu vielen Aktionen in verschiedenen Städten geführt, die auf das Problem der Lebensmittelverschwendung aufmerksam machen.
- 2 Vgl. F. Schneider und S. Scherhauser: *Aufkommen und Verwertung ehemaliger Lebensmittel – am Beispiel Brot und Gebäck*. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend, Wien 2009.
- 3 FAO: *Global Food Losses and Food Waste*. Rome 2010.
- 4 Vgl. J. Lundquist, C. de Fraiture and D. Molden: *Savin Water, From Field to Fork – Curbing Losses and Wastage in the Food Chain*, SIWI Policy Brief, SIWI 2008.
- 5 Einige Links zum Aktivwerden: www.tastethewaste.de; www.supermarktmacht.de; www.meine-landwirtschaft.de; www.slowfood.de; www.karmakonsum.de; www.veggieday.de; www.reste-essen.de; www.containern.de; www.trashwiki.org; www.gemuesekiste.de; weitere interessante Links im Buch »Die Essensvernichter« (siehe Anm. 1).
- 6 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Thomas van Elsen und Katharina Kraiß in diesem Agrarbericht (S. 59–64)



Valentin Thurn

Geograph und freier Filmemacher.
Regisseur des Films »Taste the Waste«

Marsiliusstr. 36, 50937 Köln
produktion@thurnfilm.de
www.thurnfilm.de

Tiere essen?

Eine neue Vegetarismus-Debatte in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft

von Tanja Busse und Markus Keller

Fleisch essen ist in unserer Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit mehr. Immer mehr Menschen reduzieren ihren alltäglichen Fleischkonsum oder verzichten ganz auf Fleisch und andere tierische Produkte. Neben den gesundheitlichen und ethischen Motiven sind es neuerdings auch verstärkt Probleme der globalisierten Fleischproduktion und insbesondere die Auswirkungen des Fleischkonsums auf das Weltklima, die zu einem Umdenken führen. Viele Vegetarier machen die für sie neue Erfahrung, dass sie nicht mehr unter Rechtfertigungsdruck stehen und ihr »merkwürdiges« Essverhalten erklären müssen, sondern als Vorbilder für einen nachhaltigen und zukunftsfähigen Ernährungsstil gelten. Die Idee, fleischlos oder zumindest fleischarm zu leben, ist noch nie so weit in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen wie jetzt. Angefeuert wurde diese neue Vegetarismus-Debatte nicht zuletzt von Schriftstellern, die über ihre eigenen, persönlichen Erfahrungen und Essensrecherchen berichten und mit ihren Büchern die Bestsellerlisten eroberten. Unterstützung kommt zunehmend auch von Seiten der Wissenschaft: Die Ernährungswissenschaften sprechen inzwischen dem reduzierten Fleischkonsum bzw. dem Vegetarismus ein hohes gesundheitliches Potenzial zu, insbesondere bei der Prävention zahlreicher Zivilisationskrankheiten.

In Zukunft könnte Fleisch essen so geächtet sein wie heute Trunkenheit am Steuer. Diese Mutmaßung stammt von Lord Nicholas Stern, dem ehemaligen Chefökonom der Weltbank und Autor des renommierten Stern-Reports über den Klimawandel. Im Oktober 2009 sagte er in einem Interview: »Ich bin jetzt 61 und die Einstellung gegenüber Alkohol am Steuer hat sich seit meiner Studentenzeit radikal verändert. Die Menschen ändern ihre Meinung darüber, was verantwortungsvoll ist. In Zukunft werden sie immer mehr nach dem CO₂-Gehalt in ihrer Nahrung fragen.«¹ Für die nichtvegetarische Öffentlichkeit klang das damals noch ziemlich revolutionär, eine Verbindung vom privaten Grillabendglück zur Weltenrettung zu ziehen. Doch zwei Jahre später zeigt sich, dass Stern recht hatte: Es gibt eine neue breite Vegetarismus-Debatte, bei der es um mehr geht als nur Tierethik und gesunde Ernährung.

Fleisch essen zum Thema gemacht

Zwei Bücher haben dabei im deutschsprachigen Raum diese Diskussion wie Katalysatoren befeuert: »Anständig essen« von Karen Duve und »Tiere essen« von Jo-

nathan Safran Foer. Beide Bücher erzählen von Selbstversuchen auf der Suche nach einer verantwortungsvollen und zukunftsfähigen Ernährung. Der junge und renommierte amerikanische Autor Foer berichtet, er habe sich mit der Frage nach der Ernährung beschäftigt, als er Vater wurde und überlegte, wie er sein Kind ernähren soll. »Seit Jahren war ich immer mal Vegetarier gewesen, dann wieder nicht, ich bin da mehr so meinem Instinkt gefolgt. Als die Frage auftauchte, welche Geschichten ich meinem Kind übers Essen erzählen würde, wollte ich mich endlich richtig informieren«, schreibt Foer. Er machte sich auf die Suche nach der Herkunft der Lebensmittel, die er bis dahin täglich konsumierte, und landete als Undercover-Journalist mitten im Elend der amerikanischen Massentierhaltung.

Dass sein Buch in Amerika so intensiv diskutiert wurde, dürfte mit der Schwierigkeit dieser Suche zu tun haben: Die industrielle Herstellung von Lebensmitteln ist für die Konsumenten unsichtbar. Massenproduktion findet hinter Mauern und Zäunen statt, während auf den Fleisch-Verpackungen noch immer verniedlichende Bildchen von Schweinen und Kühen auf saftigen grünen Weiden kleben. Zwischen Produzenten und Konsumenten stehen mächtige Marketingabteilungen,

die Bilder schaffen, die mit der Realität in den industriellen Milch- und Fleischproduktionsstätten wenig zu tun haben. Vermutlich ist diese Trennung nirgends auf der Welt so groß wie in den Vereinigten Staaten. Die Konsumenten wissen nicht, was sie essen, aber die Medienberichte über die Massentierhaltung und die Kampagnen der Tierschutzorganisationen haben sie misstrauisch gemacht.² Ihr Unbehagen angesichts der bunten Versprechungen der Werbung könnte erklären, warum die Frage, womit Jonathan Safran Foer seinen kleinen Sohn füttert, ein Millionenpublikum interessiert.

Ein weiterer amerikanischer Autor hat es mit einem Buch über die Herkunft der Lebensmittel zu Berühmtheit gebracht: Der Journalist Michael Pollan hat ein Mastkalb im Mittleren Westen gekauft und seinen Weg ins Schlachthaus verfolgt. Sein Buch über diese Recherche, auf Deutsch unter dem Titel »Das Omnivoren-Dilemma« erschienen, hat vielen Lesern das Gefühl vermittelt: Fleisch aus industrialisierter Herstellung kann man nicht essen.³ Aber was dann?

Michael Pollans zweites Buch, »Lebens-Mittel«, versucht eine Antwort auf diese Frage zu geben. Es ist eine Abrechnung mit der American Diet oder, allgemeiner, der Western Diet: »Ich behaupte, dass das meiste von dem, was wir heute essen, genau genommen überhaupt keine Lebensmittel mehr sind, und dass die Art, wie wir sie zu uns nehmen – im Auto, vor dem Fernseher, zunehmend allein – eigentlich nicht mehr als Essen bezeichnet werden kann, zumindest nicht in dem Sinne, in dem die Kultur den Begriff lange verstanden hat.«⁴ Er beklagt den Verlust der alten regionalen Ernährungstraditionen und kritisiert die naive Wissenschaftsgläubigkeit vieler Konsumenten, die er »Nutritionismus« nennt: eine reduktionistische Fixierung auf Nährstoffe statt auf ganze Lebensmittel, geleitet von lückenhaften und oft nicht gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen, die mehr und mehr unser Essverhalten beeinflussen. Wir essen nicht mehr, was unsere Mütter gegessen und für uns gekocht haben. Sondern wir müssen erst Journalisten, Ärzte, Ernährungswissenschaftler oder staatliche Ernährungsempfehlungen konsultieren, bevor wir einkaufen gehen. Ein Ausdruck unserer gegenwärtigen Verwirrung, meint Pollan. Seine kurze Empfehlung für ein Entkommen aus dieser Misere: »Eat food. Not too much. Mostly plants.« Iss Lebensmittel, empfiehlt Pollan und meint damit solche, die auch seine Urgroßmutter als Essen erkannt hätte. Nicht zu viel. Und vor allem Pflanzen – also wenig Fleisch und andere tierische Lebensmittel.⁵

In Deutschland war es die Romanautorin Karen Duve, der es gelang, aus einem Buch über Ernährungsexperimente – jeweils zwei Monate nur bio, vegetarisch, vegan, frutarisch (nur Früchte und Samen) – einen Bestseller zu machen und in Talkshows an die morali-

sche Dimension des Fleischessens zu appellieren.⁶ Die Medien griffen das Thema auf, neue vegetarische Zeitschriften wie »Kochen ohne Knochen« kamen auf den Markt. Gleichzeitig erstarkte überall in Deutschland die Bewegung gegen den Bau neuer Intensivtierhaltungsställe. Viele lokale Bürgerinitiativen, die gegen geplante Megaställe vor ihrer Haustür protestieren, haben sich im Netzwerk »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« zusammengeschlossen.⁷ Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, dem BUND, dem Deutschen Tierschutzbund und PROVEIH entwickeln sie Alternativen. Das 2009 gegründete Netzwerk ist also kein Zusammenschluss von Vegetariern, sondern plädiert für die Erhaltung der bäuerlichen und artgerechten Viehwirtschaft – und doch stellt es den unkritischen Fleischkonsum und das von vielen für selbstverständlich gehaltene Grillvergnügen mit billigem Fleisch in Frage.

Fleisch essen – keine Selbstverständlichkeit mehr

Auch die Universitäten haben das Thema »Fleisch und Verantwortung« entdeckt: Während Klimaforscher und Agrarwissenschaftler den Zusammenhang zwischen Fleischproduktion und Klimagasen untersuchen, haben sich Soziologen und Philosophen an der Universität Hamburg im Jahr 2010 zur Group for Society and Animals Studies (GSA) zusammengeschlossen. Ihr Hauptthema: die merkwürdige Ambivalenz im Verhältnis von Mensch und Tier, »die Gleichzeitigkeit historisch erstarkender Egalitäts-Ideen gegenüber Tieren mit einer historisch neuartigen Institutionalisierung von Gewalt- und Herrschaftsverhältnissen gegen diese«.⁸ Noch nie in der Geschichte waren mehrere Milliarden Tiere als reine Produktionseinheiten in einen industriellen Prozess der Fleischherstellung eingebunden – in einer Zeit, in der immer mehr Menschen bereit sind, Tieren Rechte zuzusprechen.

Etwas Entscheidendes hat sich gewandelt: Fleisch essen ist in unserer Gesellschaft nicht länger eine Selbstverständlichkeit, der Konsum von Tieren wird von vielen Menschen nicht mehr als reines Privatvergnügen akzeptiert, sondern immer öfter im Zusammenhang mit ethischen und ökologischen Fragestellungen betrachtet. Viele Vegetarier machen die für sie erfreuliche Erfahrung, nicht länger eine Minderheit unter Rechtfertigungsdruck zu sein, sondern als Vorbilder für einen nachhaltigen und zukunftsfähigen Ernährungsstil zu gelten. Noch bis vor wenigen Jahren mussten Vegetarier ihr »merkwürdiges« Essverhalten erklären, heute hören sie immer öfter ungefragt Entschuldigungen von Nichtvegetariern: »Ich ess' ja auch nur ganz wenig Fleisch!« Sebastian Zösch, der Geschäftsführer des Vegetarierbundes Deutschland (VEBU), spricht von einem »regelrechten Paradigmenwechsel«:

Vor zehn, zwanzig Jahren hätte man sich unter Vegetariern noch Birkenstock tragende Ökos vorgestellt, heute aber seien sie besser verdienende, gebildete und ethisch handelnde Trendsetter.

Die Psychologin Kristin Mitte hat zusammen mit ihrer Kollegin Nicole Kämpfe an der Universität Jena die Motivationen von Vegetariern erforscht und dazu über 4 000 Vegetarierinnen und Vegetarier nach den Gründen für ihre Ernährungsweise befragt.⁹ Drei Gruppen von Fleischverweigerern hat das Team klassifiziert: Die *emotionalen Vegetarier* meiden Fleisch, weil sie sich davor ekeln. Sie sind mit knapp zehn Prozent die kleinste Gruppe. »Bei ihnen haben wir einen Zusammenhang mit einer allgemeinen Ekelsensitivität festgestellt«, sagt Kristin Mitte. »Sie finden zum Beispiel die Blutadern eines geschlachteten Hühnchens eklig, aber das geschlachtete Huhn tut ihnen nicht leid.« Die zweite Gruppe sind die *Gesundheitsvegetarier*, die Fleisch für ungesund halten und deswegen keines essen. Sie machen etwa zwanzig Prozent aus und sie sind im Durchschnitt älter als die emotionalen Vegetarier. »Die Gesundheitsvegetarier sind diejenigen, die am einfachsten mal eine Ausnahme machen und sich zum Beispiel bei einem Grillfest eine Wurst gönnen.«

Für die dritte Gruppe, die *moralischen Vegetarier*, komme das aber grundsätzlich nicht in Frage. Sie sagen: »Ich esse kein Fleisch, weil ich es für unmoralisch halte, dass Tiere meinestwegen gequält und getötet werden.« Dass die globalisierte und industrialisierte Fleischproduktion dem Klima schadet und der gigantische Futtermittelbedarf der Tiermast indirekt den Hunger der armen Bevölkerung in den sogenannten Entwicklungsländern verstärkt, sind weitere Argumente der moralischen Vegetarier. Sie sind mit etwa 60 Prozent die größte Gruppe und unterscheiden sich auch in ihrer allgemeinen Persönlichkeitsstruktur von Fleischessern: weniger gebunden an Regeln und offener für Erfahrungen. »Sie empfinden eine Wertschätzung der Natur als wichtigen Wert. Die Umwelt zu schützen und die Welt nicht zu gefährden, das sind für sie wichtige Leitlinien im Leben.« Zwei Drittel der Vegetarier verzichten aus altruistischen Gründen auf Fleisch – in einer kapitalistisch geprägten Welt der Profitmaximierung, in der das gesellschaftliche Leben zu großen Teilen auf individuelle Erfüllung und Wellness durch Konsum und Genuss angelegt ist, ist das alles andere als selbstverständlich.

Eine weitere Gruppe gibt es, die Kristin Mitte als *Vermeider* bezeichnet: Sie empfinden ähnlich wie Vegetarier, halten Massentierhaltung für grausam, aber verzehren weiter Fleisch. »Das hat damit zu tun, dass Einstellung und Verhalten nicht immer unbedingt konform gehen«, sagt die Psychologin und sie vermutet, dass die Vermeider zahlreicher sind als die Vegetarier.

Wie viele Vegetarier es in Deutschland tatsächlich gibt, darüber gibt es nur Schätzungen: Die Nationale Verzehrsstudie II, für die im Auftrag des Verbraucherschutzministeriums von 2005 bis 2007 bundesweit 20 000 Menschen zu ihren Ernährungsgewohnheiten befragt wurden, geht von 1,6 Prozent Vegetariern in Deutschland aus.¹⁰ Sebastian Zösch vom Vegetarierbund Deutschland, der in den letzten beiden Jahren jeweils 30 Prozent mehr Mitglieder gewonnen hat, folgert dagegen aus Umfragen, dass sogar sieben bis acht Prozent der Deutschen vegetarisch leben könnten – das wären über sechs Millionen Menschen. Auch wenn harte Zahlen fehlen: Es sieht so aus, als sei die Idee, fleischlos zu leben, noch nie so weit in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen wie jetzt. Sicherlich haben auch die zahlreichen prominenten Vegetarier aus Sport, Kunst und der Unterhaltungsindustrie zu dieser Entwicklung beigetragen. Vegetarisch leben gilt als hip. Und dieser Trend dürfte sich noch verstärken, denn die Gründe für eine vegetarische Ernährung – Welthunger, Klima, Massentierhaltung, Gesundheitskosten – werden in den nächsten Jahren noch an Brisanz gewinnen. Gleichzeitig dürften die Bedenken gegen eine fleischfreie Kost immer weiter abnehmen, da mittlerweile auch die Wissenschaft vegetarische Ernährungsformen, anders als früher, sehr positiv bewertet.

Paradigmenwechsel auch in der Wissenschaft

In der Vergangenheit wurde eine vegetarische Ernährung seitens der Ernährungswissenschaft und Medizin einseitig in Richtung möglicher Nährstoffmängel diskutiert. So befasste sich zwischen 1965 und 1975 etwa die Hälfte der publizierten wissenschaftlichen Beiträge zur vegetarischen Ernährung mit Fragen der ausreichenden Nährstoffversorgung.¹¹ Die damals übliche Abwertung fleischloser Kostformen beruhte in erster Linie auf der Untersuchung potenzieller Risiken, insbesondere was das »Fehlen« von tierischem Protein, Eisen und anderen Nährstoffen betrifft.¹² Entsprechend besagte das zugrunde liegende Paradigma, dass die Allgemeinbevölkerung bei einer vegetarischen Ernährung mit höherer Wahrscheinlichkeit Nährstoffmängel entwickeln würde als bei einer Mischkost.¹³ Da der Mensch wenig geneigt ist, seine Ernährungsgewohnheiten – wie auch andere tradierte Verhaltensweisen – ohne überzeugende Gründe zu ändern, wurde diese Einschätzung von der Bevölkerung gerne geteilt. Allerdings beruhten die Annahmen der Wissenschaftler oftmals weniger auf Fakten, sondern auf theoretischen Berechnungen, Vermutungen oder gar Vorurteilen. Den wenigen Wissenschaftlern, die sich für den Vegetarismus aussprachen, wurden Unwissenschaftlichkeit, Dogmatismus und ideologische Motive vorgeworfen. Damit nicht genug, wurde den störenden Querdenkern unterstellt, dass

sie – zum Ärger der etablierten Wissenschaft – mit ihren Erkenntnissen zur Verunsicherung der Bevölkerung beitragen.¹⁴

Bis Ende der 1980er-Jahre hatte sich die Zahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen zur vegetarischen Ernährung im Vergleich zu den 1960er-Jahren mehr als verachtfacht.¹¹ Jetzt befasste sich nur noch ein Viertel der Beiträge mit der Nährstoffversorgung, während die präventiven und therapeutischen Aspekte vegetarischer

Kostformen in den Mittelpunkt der Forschungsaktivitäten gerückt waren.

Ebenso wie alle anderen Ernährungsweisen gehen auch vegetarische Kostformen mit potenziellen Vorteilen und Risiken für die Gesundheit einher. Beide Aspekte müssen jedoch bei der Konzeption von Ernährungsempfehlungen angemessen berücksichtigt werden. Inzwischen zeigen zahlreiche, teilweise groß angelegte epidemiologische Studien, dass vegetarische und

Leben Vegetarier gesünder?

Die bedenkliche Zunahme vieler sogenannter Zivilisationskrankheiten belastet nicht nur den einzelnen Menschen und seine Angehörigen, sondern unser gesamtes Gesundheitssystem in steigendem Ausmaß. So verursacht allein die Behandlung von Erkrankungen des Kreislaufsystems Kosten in Höhe von 37 Milliarden Euro pro Jahr. Die direkten Kosten für die Behandlung von Diabetes mellitus werden mit 6,3 Milliarden Euro, die für Adipositas und sonstige Überernährung mit weiteren 860 Millionen Euro pro Jahr veranschlagt.¹⁷ Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen haben die Zusammenhänge zwischen diesen Erkrankungen und der Lebensweise des bewegungsarmen Wohlstandsbürgers aufgezeigt. Dabei spielt die Ernährung eine entscheidende Rolle. Nach Einschätzung des Bundesministeriums für Gesundheit erfordert die Behandlung ernährungsassoziierter Krankheiten in Deutschland mit etwa 70 Milliarden Euro fast ein Drittel des gesamten Gesundheitsbudgets (Stand: 2007).¹⁸ Durch eine vernünftige und gesundheitsfördernde Ernährungsweise könnte mindestens die Hälfte dieser Ausgaben und durch eine vegetarische Ernährung wahrscheinlich noch deutlich mehr eingespart werden.

Das präventive Potenzial – Studien mit Vegetariern

Vergleichsstudien mit Vegetariern und Fleischessern zeigen dieses Potenzial auf. Dabei wird oft eingewendet, dass Vegetarier ja auch insgesamt gesünder leben, also beispielsweise deutlich seltener rauchen und weniger Alkohol trinken als die Durchschnittsbevölkerung. Das stimmt zwar weitgehend (wobei es beim Alkoholkonsum kaum noch Unterschiede zwischen Vegetariern und Nichtvegetariern gibt). In den Studien werden jedoch diese gesundheitsfördernden Einflussfaktoren, wie der niedrigere Body Mass Index, die höhere körperliche Aktivität sowie der niedrigere Tabak- und Alkoholkonsum der Vegetarier, berücksichtigt und herausgerechnet. Auf diese Weise können dann Aussagen darüber getroffen werden, wie sich die unterschiedliche Ernährungsweise von Vegetariern und Fleischessern auf das Risiko für verschiedene Erkrankungen auswirkt.

In der Adventist Health Study 2 (über 87 000 Teilnehmer) liegt das Diabetesrisiko der Vegetarier um fast die Hälfte

niedriger als das der Fleischesser.¹⁹ Als wichtigste Ernährungsfaktoren für diese Unterschiede gelten die höhere Ballaststoffzufuhr und der fehlende Konsum von Fleisch bei den Vegetariern. Fleisch und Fleischwaren (z. B. Wurst) enthalten Inhaltsstoffe (z. B. Hämeisen, Nitrit und Nitrosamine, gesättigte Fettsäuren), die über unterschiedliche physiologische Mechanismen die Entstehung von Diabetes mellitus fördern können. Entsprechend erhöht sich mit steigendem Fleischverzehr auch das Diabetesrisiko.²⁰

Eine Analyse von vier Langzeitstudien (über 76 000 Teilnehmer) ergab, dass Vegetarier im Vergleich zu Fleischessern eine um etwa 25 Prozent niedrigere Sterberate an ischämischer Herzkrankheit (z. B. Herzinfarkt) hatten.²¹ Insbesondere die günstigeren Blutfette (vor allem bei LDL- und Gesamtcholesterin) sowie die höhere Zufuhr von Antioxidantien der Vegetarier wurden für diesen Effekt verantwortlich gemacht. Besonders »herzgesund« wirkt sich ein hoher Verzehr von Obst, Gemüse, Nüssen und Vollkornprodukten aus. Umgekehrt erhöhen sich mit steigendem Fleischverzehr die Gesamtsterblichkeit sowie die Sterblichkeit an Herz-Kreislauf-Erkrankungen, so das Fazit einer Langzeitstudie (über 500.000 Teilnehmer) aus den USA.²²

Auch das Krebsrisiko ist bei Vegetariern meist niedriger als bei Fleischessern: Im Durchschnitt erkranken vegetarisch lebende Männer um 30 Prozent und Frauen um acht Prozent seltener an Krebs als ihre nichtvegetarischen Geschlechts-genossen.²³ Allerdings gibt es hier große Schwankungen und auch widersprüchliche Ergebnisse bei einzelnen Krebsarten. Zu den Lebensmitteln, die das Krebsrisiko senken können, zählen vor allem Obst, Gemüse und Vollkornprodukte. Der Konsum von rotem Fleisch sowie von Fleischwaren hingegen erhöht dosisabhängig das Krebsrisiko, insbesondere für Dickdarmkrebs.²⁴

Ebenso bei der Prävention und Therapie von Übergewicht, Bluthochdruck und Gicht wirkt sich eine vegetarische (oder vegane) Ernährung positiv aus.¹⁵ Diese Erkenntnisse haben inzwischen dazu geführt, dass informierte Ärzte sowie neuerdings auch die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) aus Gründen der Gesundheitsförderung eine ausgewogene lakto-(ovo-)vegetarische Ernährung ausdrücklich als Dauerkost empfehlen.²⁵

andere pflanzlich betonte Ernährungsweisen das Risiko für verschiedene ernährungsassoziierte Erkrankungen sowie die Gesamtsterblichkeitsrate senken und zudem eine gute Versorgung mit allen Nährstoffen in allen Lebensabschnitten sichern können.¹⁵

Aus der Gesamtheit der heute vorliegenden Untersuchungen lässt sich ableiten, dass eine gut zusammengestellte vegetarische Ernährung als stärker gesundheitsfördernd und weniger gesundheitsgefährdend einzustufen ist als eine Ernährungsweise, die die üblichen Mengen an Fleisch und anderen tierischen Lebensmitteln enthält (siehe Kasten).^{12, 16} Diese Bewertung führt zu einem neuen Paradigma, nach dem aus Sicht der Gesundheitswissenschaften die gesundheitlichen Vorteile einer vegetarischen Ernährungsweise die möglichen Risiken bei weitem übersteigen.¹³ Dieses Modell wird zunehmend akzeptiert, auch wenn es in Teilen der Wissenschaft und Medizin weiterhin Vorbehalte gibt.

Ausblick

Die zunehmende Akzeptanz der vegetarischen Lebensweise in der Gesellschaft sowie das kritische Hinterfragen unseres viel zu hohen Fleischkonsums sind ausdrücklich zu begrüßen. Neben dem ethischen, ökologischen und sozialen Nutzen sprechen vor allem auch die gut dokumentierten gesundheitlichen Vorteile für eine vegetarische Ernährung. Entsprechend sollten auch seitens der Politik alle Möglichkeiten genutzt werden, zur Verbreitung einer gesundheitsfördernden fleischlosen (oder zumindest fleischarmen) Ernährungsweise beizutragen. Dafür bieten sich besonders Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung sowie Bildungsinstitutionen (einschließlich Schulen und Hochschu-

len) an, die sich in öffentlicher Trägerschaft befinden. Gerade in der Schulverpflegung bestehen in dieser Hinsicht noch erhebliche Defizite.²⁶ Positive Beispiele für die erfolgreiche Umsetzung sind die sogenannten »Veggie days«, also fleisch- und fischfreie Wochentage, die bereits von zahlreichen Städten, Landkreisen und Unternehmen eingeführt wurden.²⁷ Als erstes Bundesland bekennt sich Rheinland-Pfalz zur Unterstützung von »Veggie days«, festgelegt im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien SPD und GRÜNE.²⁸

Unter Berücksichtigung der vorliegenden wissenschaftlichen Daten zeigt sich, dass sich der Vegetarismus im Vergleich zur üblichen Durchschnittskost ausgesprochen nachhaltig auswirkt und somit gute Chancen hat, zur Ernährung der Zukunft zu werden. Die Entwicklungen im Gesundheitsbereich, der Klima- und Umweltbelastung, der Ressourcenverfügbarkeit sowie ethische Überlegungen werden die gesellschaftliche Debatte zunehmend beeinflussen und die Geschwindigkeit dieses Wandels bestimmen.

Anmerkungen

- 1 <http://www.timesonline.co.uk/tol/news/environment/article6891362.ece>
- 2 Bilder aus der unbeschönigten Tierhaltung in den USA zeigt der eindrucksvolle Bildband »Cafo. The Tragedy of Industrial Animal Factories«, www.cafothebook.org.
- 3 M. Pollan: The Omnivore's Dilemma. A Natural History of Four Meals, New York (2006) (deutsch: Das Omnivoren-Dilemma. Siehe auch ders.: Defense of Food. An Eater's Manifesto, New York 2008 (deutsch: Lebens-Mittel. Eine Verteidigung gegen die industrielle Nahrung und den Diätenwahn); Food Rules. An Eater's Manual, New York 2009 (deutsch: 64 Grundregeln ESSEN).
- 4 M. Pollan: Lebens-Mittel, a.a.O., S. 15 f.
- 5 Mehr dazu in T. Busse (2009): Die Ernährungsdiktatur. Warum wir nicht länger essen dürfen, was die Industrie uns aufischt. München.
- 6 K. Duve (2010): Anständig essen. Ein Selbstversuch. Berlin.
- 7 www.bauernhoefe-statt-agrarfabriken.de
- 8 www.wiso.uni-hamburg.de/projekte/animals-and-society/das-csa/zielephilosophie/. Siehe auch: W. Kriskhke: Schlagt den Carnismus, wo ihr ihn trefft. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juli 2011, S. N4.
- 9 Friedrich-Schiller-Universität Jena: Ergebnisse der Vegetarierstudie (www.vegetarierstudie.uni-jena.de) (abgerufen 28. September 2011) 2007.
- 10 Max Rubner-Institut (Hrsg.) (2008): Nationale Verzehrsstudie II. Ergebnisbericht, Teil 2. Karlsruhe, S. 97.
- 11 J. Sabaté, A. Duk A and C. L. Lee (1999): Publication trends of vegetarian nutrition articles in biomedical literature, 1966–1995. In: The American Journal of Clinical Nutrition 70 (3 Suppl), pp. 601S–607S
- 12 Vgl. I. Hoffmann (2004): Ernährungsökologie – ein Beitrag zur Gesundheit von Mensch, Umwelt und Gesellschaft. In: Eden-Stiftung (Hrsg.). Lebensreform Gestern – zukunftsfähige Lebensweise Heute und Morgen. Tagungsband, Bad Soden/Ts., S. 20–35.
- 13 Vgl. J. Sabaté (2001): The public health risk-to-benefit ratio of vegetarian diets: changing paradigms. In: J. Sabaté (Ed.): Vegetarian nutrition. CRC Press, Boca Raton, pp. 19–30.

Folgerungen & Forderungen

- Eine vegetarische Ernährung ist deutlich nachhaltiger als die übliche Wohlstandsernährung, denn sie schont Tiere, Umwelt, Klima und Ressourcen.
- Vegetarische Ernährungsformen können in erheblichem Maße dazu beitragen, ernährungsabhängigen Erkrankungen vorzubeugen.
- Die aktive Förderung einer fleischarmen oder vegetarischen Ernährungsweise sollte vorrangiges Ziel der Gesundheitspolitik sein, um die Krankheitslast der Bevölkerung sowie die Kosten im Gesundheitswesen zu senken.
- Insbesondere in den Verpflegungseinrichtungen öffentlicher Träger wie Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Behördenkantinen muss die Politik ihre Verantwortung wahrnehmen und das vegetarische Angebot deutlich ausbauen.

- 14 Vgl. M. Keller und C. Leitzmann (2011): Vegetarische Ernährung. Eine Ernährungsweise mit Zukunft. In: Spiegel der Forschung 28 (1), S. 20–30.
- 15 Vgl. C. Leitzmann und M. Keller (2010): Vegetarische Ernährung. Ulmer, Stuttgart, 2. Auflage.
- 16 Vgl. H. K. Biesalski, U. Bischoff und C. Puchstein (Hrsg.) (2004): Ernährungsmedizin. Stuttgart, 3. Auflage, S. 623.
- 17 Vgl. Statistisches Bundesamt (2010): Krankheitskosten 2002, 2004, 2006 und 2008. Fachserie 12 Reihe 7.2. Wiesbaden, S. 36.
- 18 BMELV (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) und BMG (Bundesministerium für Gesundheit): Gesunde Ernährung und Bewegung (2007). (www.ble.de/cln_090/nn_984462/SharedDocs/Downloads/05_Programme/04_NationalerAktionsplan/EckpunktepapierGesundeErnaehrung,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/EckpunktepapierGesundeErnaehrung.pdf; abgerufen am 26. Sept. 2011.)
- 19 Vgl. S. Tonstad et al. (2009): Type of vegetarian diet, body weight, and prevalence of type 2 diabetes. in: Diabetes Care 32 (5), pp. 791–796.
- 20 Vgl. A. Pan et al. (2011): Red meat consumption and risk of type 2 diabetes: 3 cohorts of US adults and an updated meta-analysis. In: The American Journal of Clinical Nutrition 94 (4), pp. 1088–1096.
- 21 Vgl. T. J. Key et al. (1999): Mortality in vegetarians and nonvegetarians: detailed findings from a collaborative analysis of 5 prospective studies. In: The American Journal of Clinical Nutrition 70 (3 Suppl.), pp. 516S–524S
- 22 Vgl. R. Sinha et al. (2009): Meat intake and mortality: a prospective study of over half a million people. In: Archives of Internal Medicine 169 (6), pp. 562–571.
- 23 Vgl. P. K. Mills (2001): Vegetarian diets and cancer risk. In: J. Sabaté (Ed): Vegetarian nutrition. CRC Press, Boca Raton, pp. 55–90.
- 24 Vgl. WCRF, AICR (World Cancer Research Fund, American Institute for Cancer Research) (Ed.) (2007): Food, nutrition, physical activity, and the prevention of cancer: a global perspective. AICR, Washington, p. 121.
- 25 Vgl. DGE (Deutsche Gesellschaft für Ernährung): Wir empfehlen eine vegetarische Dauerkost. Ostsee-Zeitung 1. April 2010.
- 26 Vgl. Nestlé (Hrsg.) (2010): Nestlé Studie 2010. So is(s)t Schule. Chancen für das lernende Esszimmer. Frankfurt/Main, S. 9.
- 27 Vgl. www.donnerstag-veggietag.de.
- 28 SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Koalitionsvertrag 2011–2016 Rheinland-Pfalz, S. 36.



Dr. Tanja Busse

Journalistin mit den Schwerpunkten Ökologie, Landwirtschaft und politischer Konsum; WDR-Moderatorin und Autorin des Buches »Die Einkaufsrevolution«

E-Mail: tanja.busse@gmx.de



Dr. Markus H. Keller

Ernährungswissenschaftler und Leiter des Instituts für alternative und nachhaltige Ernährung

Lützellindener Straße 41, 35398 Gießen

E-Mail: info@ifane.org

www.ifane.org

© **Schwerpunkt »Zusammen arbeiten«**

»Wir wollten nie nur ökonomisch sein«

35 Jahre Erzeuger-Verbraucher-Arbeit in Bremen

Interview mit Jutta Draub-Ketelaar, Peter Bargfrede und Monika Baalmann

Mit einer Selbstversorgungskooperative fing alles an im Jahre 1977. Eine kleine Gruppe junger Bremer Bürger machte sich auf die Suche nach einer alternativen Ökonomie. Gut zehn Jahre später schlossen sich weitere städtische Verbraucher sowie Erzeuger aus der Bremer Region zusammen, um über den direkten Handel die kontrolliert ökologische und kleinbäuerliche Landwirtschaft zu fördern. 1989 wurde der erste Bauernladen gegründet, der sich trotz der Konkurrenz der Bio-Supermärkte und Discounter bis heute gehalten hat; spätere Läden mussten aufgegeben werden. Von der Zeit, als Getreide vom Bauern holen und eigenes Brotbacken auch als ein politischer Akt verstanden wurde, bis heute hat die Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft e.G. und der verbündete Verein SozialÖkologie e.V. einen langen Weg zurückgelegt. Vieles wurde angestoßen, um die Zusammenarbeit zwischen Bauern der Region und Verbrauchern aus Bremen zu verbessern. Nicht zuletzt haben sich in den vergangenen Jahren dabei auch die Formen der Zusammenarbeit stark geändert. In einem Interview schauen drei der Akteure auf 35 Jahre Stadt-Land-Kooperation zurück und wagen einen Ausblick.

Wann kam die Idee auf, eine Erzeuger-Verbraucher-genossenschaft zu gründen? Was waren Eure Wünsche und Ziele?

Eigentlich fing das ganz früh an. Diese Idee kam aus der Anti-Atomkraft- und Alternativbewegung. Wir zogen in eine Wohngemeinschaft und diskutierten viel. Ist das Leben in der Stadt überhaupt zukunftsfähig? Einer von uns betreute Jugendliche auf einem Hof mit Selbstversorgung. Da hatten wir die Idee, eine Stadt- und eine Landkommune zu gründen. Die Landkommune sollte die Produkte herstellen und die Stadtkommune die politische Arbeit machen. Jährlich sollten die Personen von einer Kommune in die andere wechseln, damit sich keine so festen Rollen einschleichen.

Das war 1977. Wir gründeten die Selbstversorgungskooperative und fingen mit Brotbacken für einen Kreis von circa 30 Leuten aus der Bürgerinitiativ- und Alternativbewegung an. Wir waren ja alle auch sehr politisch engagiert, arbeiteten in den über zwanzig Stadtteilgruppen der Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen e.V. (BBA) mit. 1978 war ja Gorleben und wir hatten einfach auch das Bedürfnis, ganz praktische Alternativen zu entwickeln. Das Biogetreide holten wir vom Hof an der Aue – mit dem wir übrigens heute noch zusammenarbeiten. Grundprinzip dieses Brotversorgungs-

netzes sollte der direkte Naturalientausch statt Geld als Zahlungsmittel sein. In unserem Aufruf schrieben wir damals: »Wir benötigen eine Alternativökonomie, die der Selbstorganisation der menschlichen Bedürfnisse dient und der herrschenden Wirtschaft Kapital entzieht.« Konkret bedeutete das: Jeder, der ein Brot wollte, sollte etwas Selbsthergestelltes dafür im Tausch geben. Das klappte jedoch leider nicht so gut. Parallel dazu veranstalteten wir damals bereits Seminare.

Als wir 1979 das Lagerhaus besetzt hatten und nach zähen Verhandlungen zusammen mit anderen Initiativen das Nutzungsrecht über diesen alten Lagerhauskomplex bekommen haben, übersiedelte das Brotbacken dorthin und es wurde nach und nach mit viel Eigenleistung eine richtige Backstube eingerichtet. Wir haben alles selbst gemacht, neben Brotbacken und Ausfahren dann auch noch einen »Gemüsetag« eingerichtet. Dazu wurden wir von Karl-Heinz Hanken aus Goldenstedt beliefert, der auf seinem Biohof angefangen hatte, Gemüse anzubauen. Jeder sollte mindestens einmal im Vierteljahr entweder Brotbacken oder einen Landeinsatz in Zeven leisten sowie einmal im Vierteljahr den Ladendienst übernehmen. Das waren die Mindestanforderungen an eine Mitgliedschaft in der SV-Koop. Bei den Jahrestreffen gab es natürlich endlose Auseinan-

dersetzungen um die Verbindlichkeit und Verantwortlichkeit. Vieles blieb dann doch an wenigen hängen.

Ab 1983 kam Bewegung in die Bioszene – erste Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften gründeten sich, Vorreiter waren Bauern und Verbraucher im Mühlviertel bei Linz, in Gütersloh gründete sich das »Wurzelwerk«, in Bremen entstand der »Maiskolben« als weitere Initiative. In Bielefeld kam es zu einem bundesweiten Treffen aller Initiativen. Gestärkt von diesem Treffen kamen wir nach Bremen zurück und setzten uns mit den »Maiskolben«-Leuten und dem BUND zusammen. Heraus kam der erste Ökomarkt Bremens. An jedem ersten Samstag im Monat gab es Markt und Informationen. Das war schon ein richtiger Erfolg. Ab Juni 1986 war der Markt dann wöchentlich und es gibt ihn heute noch im Steintorviertel.

Warum habt Ihr Euch dann doch noch entschlossen, die Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft zu gründen?

Nun wir waren nicht wirklich am Ziel: Wir wollten den Ökolandbau voranbringen und die Vermarktung unterstützen. Noch gab es nicht viele Ökobauern in der Umgebung Bremens und wir wollten mehr Transparenz in die Erzeuger-Verbraucherbeziehungen bringen. Gegründet haben wir zunächst einen Verein – den Verein Sozialökologie e.V.. Er ist zuständig für die politische Lobbyarbeit und das Geldeinwerben, zum Beispiel zur Durchführung von Projekten und Bildungsmaßnahmen. Im Oktober 1988 schließlich war es soweit: Die Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft eG wurde ins Leben gerufen. Nicht alle Mitglieder sind damals mitgezogen – einige haben das Brotbacken noch für ein paar Jahre fortgesetzt. Es war legendär, unser »hartes Brot«.

Wie sah denn nun die konkrete Zusammenarbeit mit den Erzeugern aus und wie habt Ihr Euren Produktebezug organisiert?

Mit dem Hof an der Aue, das heißt mit der Familie Lienau, haben wir von Anfang an einen festen Bezugspunkt zum Land gehabt. Wir haben uns gegenseitig nicht nur zum Brotbacken verpflichtet, sondern auch zum Landeinsatz, ganze Wochenenden dort mitgearbeitet, Gemüselieferungen organisiert, dort Seminare abgehalten etc. Um den Höfen den Absatz an Bioware zu verbessern, eröffneten wir dann im Juni 1989 unseren ersten Bauernladen, mitten im Ostertorviertel, Beim Paulskloster 28. Auf einer »legendären« Radtour durch das Mühlviertel in Österreich hatten wir uns über die dortigen Regionalentwicklungsinitiativen erkundigt und uns Ideen geholt. Die waren ja unser Vorbild. Dann ging alles sehr schnell – richtige »Gründerjahre« waren das: 1990 gründeten wir in weiteren Stadtteilen Bremens drei weitere Bauernläden, 1993 und 1996 kamen zwei weitere hinzu. Insgesamt waren es noch fünf andere Läden, die von unseren Erzeugern

direkt beliefert wurden. Die Verteilung der Lebensmittel organisierten die Mitglieder der Stadtteil-Bauernläden dann in eigener Regie. Leider gibt es diese heute nicht mehr. Aber damals war uns das sehr wichtig. Das waren spannende Jahre. Wir sind viel rausgefahren und haben auch ganz praktisch auf den Betrieben mitgearbeitet: Hecken gepflanzt, Kartoffeln gehackt und geerntet, Bäume geschnitten, bei der Weinernte mitgeholfen.

Wo steht Ihr heute?

Den ersten Bauernladen »Am Paulskloster« gibt es noch und wir haben inzwischen 550 Mitglieder. Circa 150 von ihnen nutzen den Einkauf im Laden relativ regelmäßig. Die anderen Läden mussten wir aus verschiedenen Gründen aufgeben, die meisten haben sich einfach nicht gelohnt, da mittlerweile rundherum viele neue Bioläden entstanden sind. Der Markt für Bioprodukte hat sich ja auch entscheidend verändert. Relativ kleine Mengen zu liefern ist für viele unserer Erzeuger nicht mehr so attraktiv, so dass sie den direkten Bezug aufgeben mussten. Einige unserer Bauern beliefern jetzt das vor 20 Jahren am Großmarkt Bremen von fünf Landwirten gegründete Naturkostkontor (NKK). Inzwischen ist dieses Kontor der Wachstumsfaktor des Großmarktes. Nach wie vor wird aber ein erheblicher Teil der Frischware direkt – ohne Zwischenhandel – von den Höfen in den Laden geliefert, so etwa noch von sieben bis acht Betrieben aus der Region. Leider hat einer unserer Milchlieferanten die Direktvermarktung eingestellt. Wurstwaren und Käse bekommen wir auch direkt – sonst das Trockensortiment vom Großhandel eben. Nach wie vor können wir viele Waren für unsere Mitglieder günstiger anbieten.

Außer den Bioläden (da haben viele aufgegeben) und drei Bio-Supermärkten existieren in Bremen zahlreiche Food-Coops. Es gibt immer noch den Maiskolben und privat geführte Mitgliederläden wie Abakus und Oecotop. Diese haben fast 1 000 Haushalte als Mitglieder. Inzwischen haben sie aber einen anderen Weg eingeschlagen und verkaufen nicht nur an Mitglieder, so wie wir das nach wie vor machen.

Die großen Mitgliederläden in Berlin, wie die LPG, sind ähnliche Wege gegangen. Sie haben sich sozusagen professionalisiert, mit Festangestellten und mehreren Filialläden. Es gibt ja noch andere Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften wie das Tagwerk in Dorfen; die sind letztlich auch diesen Weg gegangen. Oder die EVG Landwege in Lübeck, die betreibt drei Öko-Supermärkte.

Warum seid Ihr nicht diesen Weg gegangen?

Die Mehrheit von uns wollte das nicht! Wir wollten nicht so ökonomisch denken, wollten lieber überschaubar bleiben und als soziales Netz existieren. Dafür legten wir über die Jahre hinweg unseren Schwerpunkt stärker auf die Bildungs- und Informationsarbeit, die

der Verein SozialÖkologie leistet. Seit 33 Jahren sind wir an den Themen dran und wir können wohl zu Recht sagen, dass es uns über diese lange Zeit hinweg gelungen ist, viele gute Impulse zu setzen und viele Projekte ins Leben zu rufen: Der Ökomarkt in Bremen, den wir mitgegründet haben, feiert gerade sein 25jähriges Jubiläum und ist eine feste Größe hier. 1993 ist unser weiteres »Kind«, das Projekt »Ökokiste«, ins Laufen gekommen. Das hat viel Resonanz gegeben und ein Jahr später haben wir es aus der EVG ausgelagert und selbstständig werden lassen. 1998 kam eine »Tierische Ökokiste« hinzu.

Inzwischen ist Bremen gut mit Bioprodukten versorgt. Braucht es so einen EVG-Ansatz heute noch?

Gewiss, vieles ist erreicht worden. Wir mussten uns auch eingestehen, dass es so eine richtig praktische Zusammenarbeit von Verbrauchern mit Landwirten – so wie damals, heute nicht mehr gibt. Kann auch nicht, denn die Höfe haben sich weiterentwickelt, sind gewachsen und alle haben sich alle irgendwie spezialisiert. Die Vielfalt an Produkten, die wir früher von unseren Kooperationspartnern bekommen haben, die gibt es so heute nicht mehr von einzelnen Betrieben. Die Betriebsabläufe sind anders geworden, schneller, professioneller, mit mehr Maschinen. Unser Demeterhof, einer unserer ältesten Partner, der hat sich doch 2007 einen Melkroboter angeschafft! Das liegt somit nicht nur an uns und dass wir alle ins Alter gekommen sind, dass wir nicht mehr so viel rausfahren auf die Höfe um dort zu helfen.

Ihr habt die Idee der Zusammenarbeit jedoch nicht aufgegeben – wie sieht das heute konkret aus?

Mit den Landwirten treffen wir uns heute mindestens so oft wie früher – nur anders. Wir führen Bildungsveranstaltungen durch, die zum Teil auf den Höfen selbst stattfinden. Unser Eindruck ist, den Landwirten gefällt das, dass Städter rauskommen, dass man gemeinsam diskutiert, dass sie ihre Anliegen erklären, ihre Höfe und ihre Arbeit zeigen können. Sie kommen ebenso gerne in die Stadt, wenn hier Aktionen laufen – wie zum Beispiel jetzt: Unser neues Projekt ist die »BioStadt Bremen« – mehr »bio« in öffentlichen Einrichtungen ist das Ziel. Unsere Zusammenarbeit drückt sich heute in der gemeinsamen Info- und Öffentlichkeitsarbeit aus. Inzwischen geben wir eine Zeitung heraus, oder: »bla-der BauernladenAnzeiger« – darin bringen wir Portraits und Interviews mit »unseren« Bauern. Das wird gut angenommen. Aktuell organisieren wir wieder einmal die Bremer Aktionstage. So versuchen wir das Thema Stadt-Land und gute, transparente und faire Lebensmittelversorgung weiter aufrechtzuerhalten.

Inzwischen hat sich in Bremen ein verbandsübergreifendes Bio-Bauerntreffen etabliert. Die monatlichen Treffen finden wachsenden Zuspruch unter den Bio-

Landwirten. Wir sind auch dabei sowie Vertreter des BUND und anderer Gruppen. Dazu muss man wissen, dass es seit einigen Jahren im Bremer Blockland einen richtigen Umstellungsschub unter den Milchbauern gibt. Unsere Arbeit hat sicherlich dazu beigetragen.

Was sind die Perspektiven? Wie sieht die Stadt-Land-Zusammenarbeit in Zukunft aus?

Nun, zum einen ganz erfreulich. Der letzte Dioxin-Skandal hat uns viele neue Mitglieder und mehr Umsätze gebracht. Was uns besonders freut: es sind jüngere, die zu uns kommen! Es gibt mehr Interesse an unserer Arbeit und wir haben viele Angebote für Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Einrichtungen hier in der Stadt. Wir kooperieren eng mit Slow Food, der AbL und der Verbraucherzentrale, engagieren uns in einem Bündnis gegen Gentechnik und beteiligen uns an einem überregionalen Netzwerk ökologischer Regionalinitiativen. Was uns Sorge macht: die Höfe, mit denen wir nun schon seit so vielen Jahren zusammenarbeiten, viele von ihnen haben keinen Hofnachfolger oder Hofnachfolgerin. Das wird sehr schwierig werden in den nächsten Jahren. Ein Demeterbetrieb probiert etwas Neues und hat seine beiden Betriebe in eine Stiftung umgewandelt. Das könnte ein Ausweg sein.

Wir sehen, dass anderswo die Idee der verbindlichen Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land neue Formen gefunden hat, zum Beispiel die »Community supported agriculture«. Der Buschberghof bei Hamburg geht so einen Weg. Oder die Regionalwert AG von Christian Hiß im Freiburger Raum. Das sind sehr gute Ansätze! Doch hier gehen die Impulse zur Gründung von den Landwirten aus. Wir hier in der Stadt können nur das tun, was wir jetzt machen: weiterhin daran arbeiten, dass sich unser Bezug zu den Lebensmitteln und den Menschen, die sie erzeugen und herstellen, verbessert und wir darüber faire Beziehungen entwickeln.

Das Interview führte Andrea Fink-Keßler



Peter Bargfrede

Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft eG

Am Dobben 43 a, 28203 Bremen
info@vereinsozialoekologie.de
www.bremer-evg.de
www.verein-sozialoekologie.de



Jutta Draub-Ketelaar

(links, Anschrift s. o.)



Monika Baalmann

(rechts, Anschrift s. o.)

Autorinnen und Autoren aller bisher erschienenen Kritischen Agrarberichte (1993–2012)

(Jahrgang/Seitenzahl)

A

Adelberger, Andreas 99/92
Aken, Jan van 99/92, 01/292
Albert, Regine 00/240
Ammer, Christian 09/199
Anspach, Victor 08/129
Apel, Wolfgang 93/182, 94/248, 94/265,
95/199, 96/283, 97/268, 98/221, 99/162,
99/67, 00/196, 01/221, 02/204, 03/238,
04/193, 05/227, 06/202, 07/202, 09/217,
10/215, 11/214, 12/211
Arcais, Andrea 03/295
Artzt-Steinbrink, Karin 07/264
Augsten, Frank 96/50, 02/134, 03/234,
05/93

B

Baalmann, Monika 12/286
Babel, Dagmar 11/126
Bach, Martin 98/131
Baecker, Dirk 98/183
Bahner, Titus 01/211, 10/35
Bartels, Holger 12/57
Bartussek, Helmut 99/264
Batke, Josef 99/103, 02/121, 04/126,
08/124
Bätzing, Werner 97/22
Balser, Christa 95/229
Bargfrede, Peter 12/286
Batke, Josef 96/117, 98/106
Bauer, Johannes 06/134
Bauer, Siegfried 93/245
Baumhöfer, Elisabeth 98/280
Beck, Alexander 07/107
Beer, Sigrid 06/269
Benholdt-Thomsen, Veronika 05/267
Benning, Reinhild 04/100, 05/189, 06/171,
06/177, 06/183, 07/59, 07/177, 08/165,
08/178, 09/175, 10/169, 11/169
Berg, Dieter 93/113
Berger, Gert 01/277
Bergmeister, Agnes 12/80
Bernardy, Petra 11/131
Bernhardt, Dörte 08/68
Bernhardt, Theresa 11/284
Berthold, Georg 99/131
Bertsch, Bodo 93/179

Beste, Andrea 07/66, 10/178
Betz, Heidrun 98/192, 99/159, 00/191,
02/187, 03/213, 04/183, 05/217, 06/191,
07/191, 08/201, 09/207, 09/234, 10/205,
11/205, 12/201
Biermann, Dorothee 97/60
Bill, Hans-Christoph 00/119
Billen, Gerd 93/189
Billig, Susanne 97/250
Binder, Ulrike 10/79
Blaufuss, Kathrin 11/41
Blessin, Sandra 07/236, 11/77
Bobbink, Dieke 98/295
Bode, Thilo 06/253
Bode, Wilhelm 94/237, 95/157, 95/233,
96/289, 97/209, 97/322
Böge, Stefanie 98/346, 03/277, 04/254
Boehncke, Engelhard 02/129, 06/112
Böhnkel, Helge 01/158
Boergen, Isabel 08/88, 09/121, 11/255,
12/255
Bohnsack, Kerstin 07/70
Boie, Petra 09/116
Bokermann, Ralf 01/174
Boos-Krüger, Annegret 97/149
Borchert, Jutta 93/70, 93/95
Borger, Klaus 95/246
Brandner, Matthias 94/111
Braun, Josef 03/149, 10/133
Braun, Klaus 12/100
Brauner, Ruth 05/254
Breuß, Renate 08/286
Brink, Antje 93/282, 94/52
Broock, Antje von 09/185
Brückmann, Tomas 12/171
Brzukalla, Hans-Josef 12/100
Bücking, Elisabeth 94/179
Bühler, Josef 95/106, 99/138
Bühler, Rudolf H. 00/168, 06/145
Bulheller, Maren 06/218
Bullard, Linda 94/191
Buntzel(-Cano), Rudolf 93/210, 94/281,
96/72, 98/60, 99/51, 00/79, 01/128,
02/90, 03/97, 05/98, 06/75
Burchard, Henrike 06/264
Burdick, Bernhard 99/149, 01/59, 04/249,
05/182, 07/57, 08/267, 10/277, 12/267
Burger-Scheidlin, Hemma 09/261
Burmman, Alexandra 99/60

Busch, Claudia 10/163
Busse, Tanja 09/286, 12/280

C

Caspar, Johannes 03/225
Chahroui, Ziad 06/105
Chemnitz, Christine 09/92
Czech, Dieter 99/173
Chargaff, Erwin 98/20
Chonsch, Leonie 10/227
Choplin, Gérard 93/11, 94/42, 94/49, 96/29
Christ, Holger 05/254
Christanell, Anja 09/261
Christoph, Heinrich 95/239
Cierpka, Thomas 04/110
Clar, Stefi 11/46
Claus, Reiner 95/211
Clausen, Jens 06/243
Coldewey, Gerd 95/55, 00/131, 03/126

D

Dahl, Jürgen 97/30
Dahlmann, Christoph 12/126
Darwin, Charles 10/275
Dax, Thomas 98/153, 99/44
Deininger, Elke 05/217, 07/62, 07/191,
08/201, 09/207, 09/228, 10/205,
11/205, 12/201
Demmeler, Martin 05/182, 09/165
Denzel, Christoph 09/152
Dettmer, Jochen 93/108, 95/35, 01/85,
06/43, 12/216
Dhamotharan, Mohan 98/177
Dieterich, Markus 04/143
Dirscherl, Clemens 95/128, 96/192, 01/257,
03/34, 06/36, 08/263, 11/70, 12/65
Dittmar, Rüdiger 98/355
Dosch, Thomas 00/279, 02/271, 03/113,
05/116, 07/103
Draub-Ketelaar, Jutta 12/286
Drossé, Inke 99/168, 01/217, 01/233,
04/183, 05/217, 05/230, 06/181, 06/213,
08/201, 09/207, 10/205, 10/233,
11/205, 12/201
Dziewiaty, Krista 11/131

E

Eberhardt, Doris 07/188
Eder, Hans 05/208

Ehlers, Wilfried 00/153
 Ehrlich, Maria 08/135
 Eichblatt, Bettina 93/127
 Eimer, Martin 05/254
 Einig, Klaus 99/199
 Eisenlohr, Ute 97/195
 Eiter, Andrea E. 05/208
 Elfendahl, Daniel 12/37
 Elling, Wolfram 08/197
 Elsen, Thomas van 10/104, 12/59
 Engel, Astrid 93/96, 95/68, 02/73, 06/107
 Engel, Eckhard 97/185
 Engelhardt, Heike 07/116
 Engelken, Julia 03/298
 Engels, Rainer 96/96, 98/68, 03/92
 Epstein, Ernst-Michael 99/275, 00/285,
 01/333, 02/281, 03/283, 04/237, 05/271,
 06/249, 07/259
 Erdmanski, Wiebe 00/234, 01/9
 Ermann, Ulrich 00/173

F

Fecht, Thomas v.d. 97/22
 Fehrenbach, Antonia 98/133
 Fehrenberg, Claudia 93/181, 94/271
 Feilmeier, Josef 07/149
 Feldmann, Antje 11/218
 Ferret, Michel 00/45
 Fink-Keßler, Andrea 93/187, 94/213,
 94/242, 95/57, 96/31, 98/349, 99/279,
 00/292, 01/28, 02/298, 02/306, 03/161,
 03/286, 04/160, 05/71, 05/263, 06/36,
 06/239, 06/258, 07/72, 07/116, 08/52,
 08/263, 08/281, 09/38, 09/138, 09/148,
 09/236, 10/133, 10/136, 11/66, 11/141,
 11/279, 12/47, 12/286
 Fischer, Peter 98/131
 Fleck, Michael 09/116
 Flemming, David 99/246
 Fließbach, Andreas 09/103
 Fock, Theodor 12/118
 Franz, Ingo 11/141
 Frauenholz, Ulrike 00/143
 Frede, Hans-Georg 98/131
 Frein, Michael 04/74
 Frenz, Karl 03/161
 Friedmann, Günter 10/149
 Fritzsche, Heike-Sofia 06/239
 Frölich, Guido 07/264
 Frost, Matthias 97/94
 Fry, Patricia 10/129
 Fuchs, Nikolai 03/118, 03/264, 06/258,
 08/281, 11/144
 Fuchs, Ursel 95/194, 95/195
 Fuhr, Dagmar 93/119, 94/98, 94/103,
 95/114, 04/254

G

Ganzert, Christian 01/59, 06/159
 Geier, Bernward 97/102, 01/318, 06/121
 Geitner, Martin 93/128
 Gempel, Fritz 07/55
 Gengenbach, Heinz 94/131, 96/181,
 97/202, 98/185, 99/147, 00/179, 01/201,
 02/159, 02/182, 03/261, 04/225
 Gerber, Alexander 98/177, 08/79, 09/97,
 10/83, 11/87, 11/107, 12/90

Gerke, Jörg 01/92, 03/54, 09/74
 Gessler, Frank 01/158
 Giesmann, Margret 11/56
 Glaser, Markus 01/66
 Glatthaar, Michael 12/153
 Gnekow-Metz, Andreas 98/299
 Godt, Jochen 98/352, 98/355
 Gödde, Hugo 00/19, 03/156
 Gothe, Dorle 03/178, 06/165
 Gottwald, Franz-Theo 03/270, 04/105,
 05/126, 06/116, 08/86, 08/88, 09/121,
 11/255, 12/255
 Graé, Karl Heinz 97/136
 Graefe zu Baringdorf, Friedrich W. 01/28,
 02/22, 03/29, 04/36, 05/30, 06/23, 07/18,
 08/20, 09/18, 10/20, 10/43, 11/22, 12/29
 Graß, Rüdiger 08/95
 Griesse, Thomas 98/46
 Grimme, L. Horst 09/147
 Gröhn-Wittern, Ursula 96/109, 97/122,
 99/90, 00/112
 Grömer, Helga 97/155
 Groier, Michael 97/176, 98/321, 06/63,
 10/99
 Gröschner, Heiner 95/126
 Groß, Dietmar 02/263, 03/123, 04/138,
 05/61, 06/130, 07/130, 08/126, 10/121
 Grossenbacher, Veronika 96/186
 Großmann, Manfred 11/197
 Gruber, Steffen 01/265
 Grünzweil, Ewald 06/134
 Grunewald, Hedi 03/68
 Gura, Susanne 08/225, 11/54

H

Haafke, Jörg 93/167, 94/57, 94/216,
 94/227, 95/27, 95/148, 95/166, 96/204,
 97/9, 97/207, 98/254, 01/46
 Haalck, Friedrich 12/130
 Haas, Guido 03/128
 Haccius, Manon 94/92, 98/307, 00/279,
 06/105
 Haefeker, Walter 05/160, 10/146
 Häpke, Ulrich 95/148, 95/166, 97/220,
 98/72, 02/217
 Haerlin, Benedikt 03/254, 04/213, 09/69,
 11/13, 12/17
 Häusling, Martin 10/59, 11/32, 12/33
 Hagen, Hermann J. 01/148
 Hahne, Ulf 01/167, 01/188, 02/143, 03/173,
 04/147, 04/160, 05/169, 06/151, 06/165,
 07/159, 08/145, 09/157, 10/151, 11/151,
 12/139
 Halbmayer, Ernst 06/134
 Hamm, Ulrich 05/120, 12/100
 Hampl, Ulrich 98/128
 Hansen, Hinrich 98/168
 Hansen, Katja 98/86
 Harmeling, Sven 09/87
 Harms, Gerriet 00/320
 Hartmann, Elisabeth 04/172
 Hartmann, Hans-Bernd 98/118, 05/76
 Hayn, Doris 05/284
 Heidecke, Heidrun 11/179, 12/159
 Hein, Wolfgang 96/78
 Heindl, Bernhard 95/99
 Heinze, Karin 10/41

Heißenhuber, Alois 07/133
 Hellenbroich, Tobias 03/201
 Helmle, Simone 11/65
 Henn, Markus 12/75
 Hennings, Hajo 97/133
 Henschke, Christian 05/165, 07/143, 11/136
 Hentschel, Thomas 12/57
 Herbst, Siegfried 00/14
 Herbst, Siegrid 07/241
 Hermann, Gerald A. 96/232, 00/257,
 01/307, 02/257
 Hermanowski, Robert 00/255, 04/92,
 04/227
 Herre, Roman 10/75
 Hervieu, Bertrand 97/33
 Heß, Jürgen 97/40, 99/242: 00/257, 01/307,
 01/324, 02/257, 03/105
 Heubuch, Maria 04/9, 10/20
 Hildenbrand, Bruno 07/154
 Hilpert, Katrin 08/158
 Hinßen, Klemens 07/120
 Hinze, Gerhard 98/361
 Hirn, Gerhard 93/20, 94/23, 95/149,
 95/154, 96/123, 02/73, 03/85, 04/71,
 05/87, 06/69, 07/79
 Hirschfeld, Jesko 09/52
 Hiß, Christian 01/203, 10/39, 12/94
 Hissting, Alexander 12/249
 Hofe, Erich v. 99/42, 01/70
 Hoffmann, Ann-Kathrin 04/220
 Hoffmann, Bettina 02/56
 Hoffmann, Irene 94/153, 95/68
 Hofmann, Gernot 98/286
 Hofstetter, Martin 96/138, 97/133, 98/106,
 99/101, 99/125, 02/243, 03/39, 03/168,
 04/129, 05/153, 05/157, 07/225, 08/25
 Höhmann-Hempler, Gesine 97/97
 Hönicke, Mireille 11/178
 Hörning, Bernhard 97/50, 03/161, 05/148
 Hohlwein, Corinna 07/191
 Hohnhorst, Martin v. 97/327
 Holleben, Karen v. 97/298
 Hollerbach, Martin 98/185
 Hoppichler, Josef 98/280, 01/296, 07/22
 Hovorka, Gerhard 00/53, 02/50, 06/48,
 12/52
 Huber, Beate 00/277
 Hülsmann, André 01/226

I

Ibenthal, Wolf-Dieter 96/145
 Idel, Anita 93/175, 94/163, 94/167, 95/184,
 96/239, 96/240, 96/242, 96/245, 97/258,
 97/266, 98/291, 99/228, 01/300, 03/234,
 04/197, 06/243, 09/221, 10/28, 12/227
 Inhetveen, Heide 98/246, 01/250, 07/72
 Isermann, Klaus 96/206
 Isermann, Renate 96/206
 Itter, Stefan 99/271

J

Jacob, Ulf 99/206
 Jäckle, Siegfried 02/234, 03/27, 08/236,
 08/259, 09/142, 11/105
 Jahn, Helmut 96/295
 Jancke, Jacqueline 97/195
 Janitzki, Axel 98/189

Janßen, Georg 03/70, 11/19
 Janssen, Meike 12/100
 Jaresch, Hannelore 97/293
 Jasper, Ulrich 97/136, 98/25, 00/37, 00/48,
 01/28, 02/9, 02/29, 02/37, 03/79, 04/41,
 04/54, 05/34, 05/103, 07/13, 07/32,
 07/42, 08/31, 08/46, 09/22, 09/64, 11/27,
 12/20
 Johnigk, Stefan 12/222
 Jostes, Anneke 11/99
 Jürgens, Karin 97/172, 00/211, 02/139,
 07/128, 07/214, 08/140, 09/38, 10/136,
 11/60, 12/57

K

Kainz, Maximilian 10/89
 Kaiser, Christiane 98/227
 Kamphausen, Rolf 95/197
 Kampschulte, Johanna 09/136
 Karch, Herbert 97/73, 01/96
 Karim-Abadi, Susanne 06/104
 Karmasin, Helene 00/302
 Kaschuba, Gerrit 99/176
 Kastenholtz, Edgar 04/160
 Katz, Joachim 94/90
 Kauffmann, Sabine 12/100
 Keller, Bernd 93/50, 94/242, 95/57,
 97/130
 Keller, Markus 12/280
 Keufer, Eva 04/168
 Kevekordes, Sebastian 98/133
 Kinstle, Theo 96/156
 Klein, Alma M. 00/83, 01/4
 Klein, Helmut 12/191
 Klein, Manfred 01/53
 Klein, Sabine 04/249
 Knickel, Karlheinz 00/63
 Knieling, Jörg 94/139, 95/120, 01/182,
 08/158
 Knirsch, Jürgen 95/87, 98/79, 99/92,
 00/102
 Knothe, Bettina 95/137
 Koch, Alexander 09/107
 Kochendörfer, Martin 95/82
 Köb, Edgar 98/91
 Koehlin, Florianne 00/246
 Köhler, Ernst 06/101
 König, Hartmut 08/276
 Köppl, Franziska 03/152
 Koerber, Karl von 09/280
 Koester, Jochen 10/254
 Kolar, Roman 03/230, 07/220
 Korbun, Thomas 09/52
 Korpeter, Sonja 06/57, 07/37, 09/34
 Korte, Susanne 93/9, 94/13, 95/9, 96/9,
 96/86
 Kostka, Veit 94/258,
 Kowalsky, Peter 06/102
 Krämer, Martin 98/55, 98/57
 Kraiß, Katharina 12/59
 Krammer, Josef 96/25
 Kraus, Jobst 93/290
 Krentz, Peter 06/98
 Kretschmer, Jürgen 09/280
 Kriener, Manfred 00/299, 07/53
 Kriesse, Ulrich 98/259, 10/159
 Kroll, Jean-Christophe 02/43

Krug, Andreas 93/142, 94/227, 94/233,
 01/53
 Krutzinna, Christian 02/129, 03/152
 Kuchenbuch, Peter 00/70
 Kühn, Manfred 94/135
 Kühne, Olaf 07/173
 Kühnle, Bernhard 93/298
 Künast, Renate 04/13
 Kuessner, Christoph 97/56
 Küster, Katrin 95/30, 95/168, 96/50, 97/84,
 98/49, 01/75
 Kugler, Julia 06/97
 Kuhnert, Heike 12/100

L

Lambke, Adi 03/70
 Lang, Georg Willibald 11/280
 Lange, Marco 09/110
 Langthaler, Ernst 12/134
 Lanje, Kerstin 96/99, 98/96
 Lasch, Vera 93/121, 94/103
 Lehnhausen, Hubertus 99/289
 Leicht, Brigitte 12/167
 Leifert, Irene 06/100
 Lemke, Steffi 01/329
 Lerjen, Hans-Peter 00/216
 Lickfers, Walter 00/133
 Link, Matthias 93/177, 94/260, 95/204,
 96/260, 97/9
 Löhr, Wolfgang 94/182
 Loeper, Eisenhart v. 94/251, 95/206, 96/276
 Löser, Rainer 07/119
 Loibl, Elisabeth 07/247
 Lorch, Antje 99/276, 09/256
 Lorenz, Marianne 04/230
 Lorenzen, Hannes 03/48, 05/42, 06/23,
 11/159
 Lorenzen, Sievert 07/211, 08/220, 10/222,
 11/223, 12/222
 Loth, Franz 98/240
 Lucas, Rainer 11/164
 Lübbecke, Imke 99/181
 Lünzer, Immo 93/131, 94/188, 94/190,
 98/307, 98/336, 99/155, 03/105, 04/87,
 05/107, 06/87, 07/97
 Lüttich, Alfred 96/225
 Luick, Rainer 97/227, 04/172, 08/152,
 10/184, 11/131
 Luley, Horst 98/141, 99/135, 00/161
 Luthardt, Michael 96/300

M

Mabille, Yvonne 94/95
 Mackensen, Henriette 06/191, 07/191,
 07/216, 08/201, 08/231, 09/207, 11/227
 Madsen, Gudula 01/338
 Maráz, László 08/193, 09/195, 09/204,
 12/181
 Mari, Francisco J. 08/73
 Marschall, Ilke 93/271, 99/189, 00/225
 Martsch, Siegfried 94/57
 Marx, Birgit 94/144, 95/132
 Mast, Karin 97/306
 Mathes, Maité 03/234, 04/197, 06/243
 Maurer, Barbara 05/217
 Meier-Ploeger, Angelika 02/309
 Meisinger, Christine 01/37

Mellert, Karl H. 10/196
 Merkač, Stefan 05/259
 Mertens, Martha 05/199, 07/181, 08/250,
 10/249
 Metera, Dorota 04/50
 Meyer, Hartmut 02/249
 Meyer, Rüdiger 98/100
 Meyercordt, Armin 99/117
 Meyer-Glitza, Patrick 04/232
 Meyer-Renschhausen, Elisabeth 02/166,
 07/272, 10/285
 Minister, Matthias 94/77, 95/18, 03/156
 Mitlacher, Günter 09/189, 11/41
 Mitschka, Rainer 07/117
 Mittelstraß, Holger 00/262
 Möller, Detlev 08/129
 Moldenhauer, Heike 03/193, 03/249,
 04/165, 05/55, 05/189, 06/171, 06/177,
 08/239, 09/239, 09/247, 10/239, 11/237
 Mrowka, Katja 07/268
 Mühleisen, Isabelle 07/57, 08/267, 09/271,
 10/277, 11/269, 12/267
 Müller, Bene 08/152
 Müller, Christa 01/246, 12/148
 Müller, Edda 02/291
 Müller, Esther 12/201
 Müller, Hans-Jürgen 07/117, 11/141
 Müller, Ingrid 06/97
 Müller, Karl-Josef 97/91
 Müller, Kornelia 96/41
 Müller, Reinhard 97/303
 Müller-Arnke, Ina 01/217
 Müller-Lang, Gerhard 06/149
 Müllers, Barbara 95/208, 96/266
 Münchhausen, Hilmar Frhr. v. 98/144,
 00/164
 Münz, Albert 00/207, 04/60
 Muschner, Uwe 95/103

N

Nehls, Georg 02/228
 Netzer, Fidel 98/43
 Neu, Claudia 01/240
 Neubert, Susanne 95/87
 Neuendorff, Jochen 01/314, 09/110
 Neuenroth, Carsta 10/79
 Ney, Paul 97/62 Üllenberg, Alfons 96/103,
 97/110
 Nickel, Uwe 98/201, 98/208
 Niedermaier, Jakob 98/145
 Niemann, Eckehard 93/76, 93/91, 95/39,
 09/128, 10/46, 11/184, 12/42, 12/122
 Nienhaus, Bärbel 05/82
 Niggli, Urs 08/105, 09/103, 11/107
 Nischwitz, Guido 02/148, 07/166
 Novakowski, Andrzej 03/48
 Nürnberger, Marcus 07/15, 09/59, 10/23,
 12/233

O

Oberauf, Susanne 96/225
 Ober, Steffi 04/64, 07/181, 11/246, 12/240
 Oedl-Wieser, Theresia 98/160
 Oehen, Bernadette 04/92
 Oerter, Kerstin 03/201
 Oetken-Pirke, Gudrun 01/351
 Oferinger, Stefan 01/123

Oppermann, Rainer (I) 00/268
 Oppermann, Rainer (II) 11/95
 Ortmeier, Marlies 96/181
 Ostendorff, Friedrich 04/59, 12/37
 Ostendorff, Ulrike 00/22, 02/278
 Otremba, Heike 95/176
 Ottenottebrock-Völker, Ulrike 01/237

P

Paasch, Armin 04/83, 06/82, 11/82
 Paech, Niko 12/148
 Patzel, Nikola 10/266
 Peter, Claudia 98/263
 Peters, Elisabeth 98/332
 Peters, Ulla 96/151
 Petersen, Lorenz 02/245
 Pfeffer, Holger 01/277
 Pfeiffer, Rudi 95/94
 Pick, Doris 05/176
 Pisani, Edgard 93/229
 Plabmann-Weidauer, Sabine 12/100
 Plate, Peter 93/177, 94/260
 Plieninger, Tobias 97/315
 Pölking, Andreas 03/184
 Pöferl, Philipp 09/107
 Popp, Dieter 02/153
 Poppe, Brigitta 93/190, 94/278, 97/306, 98/340
 Poppinga, Onno 93/35, 93/103, 94/203, 96/133, 97/129, 98/106, 99/99, 00/125, 01/137, 03/39, 03/145, 04/121, 04/172, 05/135, 06/27, 06/125, 07/121, 07/138, 08/36, 08/115, 09/125, 09/138, 10/31, 10/109, 10/141, 11/113, 12/105
 Potthof, Christof 06/224, 06/234
 Preißel, Sara 08/120
 Priebe, Hermann 93/256
 Pulg, Gerhard 01/66
 Putzing, Monika 98/236, 03/58
 Pyta, Wolfgang 02/162

R

Rahlf, Stephanie 01/182
 Ramsauer, Amos 01/152
 Range, Heiner 95/13, 98/124, 00/158, 01/163, 07/147
 Rantau, Rudolf 96/20
 Raubuch, Markus 99/222
 Reents, Hans-Jürgen 94/190
 Reese, Steffen 07/111
 Reichardt, Jens 10/57
 Reichert, Tobias 95/68, 99/84, 01/107, 02/93, 03/85, 04/79, 06/71, 07/86, 08/61, 09/79, 10/67, 11/71, 12/69
 Reimer, Wolfgang 93/15, 94/15, 94/18, 96/13, 97/36, 98/30, 00/74, 00/77
 Reinhardt, Guido 06/183
 Reinke, Siegfried 94/49
 Rempe, Barbara 97/261, 97/280, 98/198
 Ribbe, Lutz 94/160, 97/78, 01/28, 04/50, 09/45
 Richter, Kenneth 06/228
 Riemenschneider, Rainer 97/155
 Riewenherm, Sabine 97/250
 Rinklin, Wilhelm 06/103
 Rippin, Markus 05/120, 12/100

Rissler, Jane 94/195
 Robinet, Karin 95/137
 Roeckl, Cornelia 00/181, 05/126, 06/139
 Röder, Elke 12/100
 Roehl, Rainer 03/310
 Rösler, Markus 93/169, 93/196, 95/64, 97/309
 Rösler, Stefan 94/220
 Rogasik, Jutta 96/225
 Roger, Martin 03/184
 Rolfes, Ludger 94/111, 98/240
 Rottach, Peter 07/83
 Rüdiger, Gabriele 93/194
 Ruhdel, Irmela 98/201
 Ruppaner, Marion 10/27
 Rusche, Brigitte 96/271, 98/216, 99/168, 03/230, 05/126, 06/207, 07/220, 08/214
 Rytkönen, Helena 04/232

S

Sachs, Susanne 05/279
 Salzborn, Claudia 04/183, 05/217, 05/235, 06/191, 07/191, 07/206, 09/207, 10/205, 11/205, 12/201
 Satzger, Ruth 10/191
 Schäber, Romuald 05/144, 12/47
 Schäfer, Helga 96/217
 Schäfer, Martina 01/338, 02/276
 Schaffner, Stefan 99/295
 Schaub, Martina 02/93
 Schaumburg, Thomas 99/143
 Scheewe, Winfried 97/115
 Schekahn, Anke 94/199, 95/179, 98/266, 00/229, 08/100, 11/99
 Schepper, Gerhard 97/66
 Scheurlen, Karl 06/183
 Schievelbein, Claudia 98/231, 99/106, 00/145, 01/9, 01/237, 03/70, 11/19
 Schimpf, Mute 04/113, 05/153, 05/247, 06/221, 07/225, 07/232, 08/255, 10/60
 Schlüter, Marco 07/103
 Schlund, Hedwig 96/55
 Schmidt, Götz 93/199, 94/120, 97/13, 02/37, 02/208, 04/18, 07/47, 09/266, 12/261
 Schmidt, Hanspeter 00/273
 Schmidt, Torsten 97/275, 98/216, 00/202, 02/210
 Schmitt, Mathilde 97/161, 01/250
 Schnappapp, Christian 00/315
 Schneemann, Reinhard 99/117, 01/141
 Schneider, Manuel 96/164, 02/159, 02/173, 03/261, 04/225, 05/240
 Schniederker, Kerstin 04/183
 Schön, Wolfgang 94/255, 96/263, 97/286
 Schöne, Florian 99/194, 08/173
 Scholz, Friederike 12/176
 Scholz, Stephan 04/154
 Schorr, Christine 03/304
 Schramek, Jörg 00/63
 Schramm, Engelbert 00/292
 Schüler, Christian 97/142, 99/242, 00/262
 Schumann, Kolja 10/184, 11/131
 Schuler, Christiana 07/59
 Schulz, Dietrich 10/227
 Schulze Niehoff, Ludger 06/99
 Schwabe, Michael 01/284

Schwartau-Schuldt, Silke 94/187
 Schwarz, Ulrich 12/134
 Schweer, Christian 07/188
 Schweppe-Kraft, Burkhard 01/53
 Seidl, Irmi 98/168
 Seifert, Katrin 08/52
 Sigel, Angelika 93/265, 96/199, 08/57
 Sima, Ulli 97/252
 Sinning, Heidi 94/139
 Sobczak, Anja 06/264
 Sörgel, Gudrun 02/96
 Sonntag, Tomás 07/118
 Späth, Volker 97/315
 Spahn, Christoph 04/95
 Spelsberg, Gerd 97/237
 Spielmans, Silke 01/113
 Spiller, Achim 04/244
 Spittler, Rolf 01/46
 Sprenger, Ute 09/247
 Springorum, Jan 08/152
 Stamer, Andreas 10/94
 Steffens-Sedat, Rita 94/275
 Sternemann, Elisabeth 94/111
 Stodieck, Friedhelm 99/9, 00/25, 03/9, 04/31, 05/17, 06/9, 07/9, 08/11, 09/9, 10/9, 11/9, 12/7
 Störmann-Belting, Josef 97/155
 Strauß, Ulrike 94/46
 Straußberger, Ralf 06/189, 08/183, 09/193, 10/189, 10/201, 11/189, 12/197
 Strempfl, Andreas 10/62
 Striezel, Andreas 93/141, 97/291, 97/303
 Strodthoff, Henning 97/255, 00/250, 05/47
 Strodthoff, Jürgen 01/9, 02/111
 Succow, Michael 93/172
 Suda, Michael 99/295
 Szeinski, Brigitte 94/148

T

Tamme, Oliver 00/60, 09/171
 Tappeser, Beatrix 94/179, 04/220, 05/203
 Tenhagen, Hermann-Josef 98/10
 Thalheim, Gerald 96/16, 97/56
 Then, Christoph 94/169, 94/172, 95/189, 97/246, 98/272, 99/215, 00/241, 01/289, 02/237, 02/243, 03/243, 04/207, 09/256, 11/251
 Thober, Benjamin 11/87, 12/85
 Thomas, Frieder 93/7, 93/29, 93/35, 93/54, 93/64, 94/30, 94/67, 94/82, 95/215, 96/63, 97/3, 99/251, 00/85, 01/4, 04/172, 05/61, 06/57, 08/100, 10/51
 Thomsen, Berit 07/86
 Thormälen, Enno 95/137
 Thurn, Valentin 12/275
 Tippe, Ruth 07/239, 11/251
 Todt, Arno 93/149
 Tönnies, Sibylle 98/14
 Toussaint, Benedikt 99/131
 Trampenau, Lea 11/147
 Trieschmann, Martin 95/47, 99/111, 99/124
 Tschöke, Thomas 94/111, 03/188

U

Uekötter, Frank 10/261
 Ullenberg, Alfons 96/103, 97/110
 Uhde, Nicola 10/201

Uhlenbusch, Jutta 99/79, 01/119
 Uhlenhaut, Tilman 93/156, 99/189, 03/207
 Ulich, Ernst 01/345
 Ulich, Karin 01/345
 Ulmer, Harald 06/107
 Ulrich-Knipker, Sabine 01/155
 Unkel, Inge 12/167
 Urbatzka, Peer 11/51

V

Vage, Ivar 97/71
 Valentin, Ingo 10/178
 Veller, Carsten 07/111, 11/102
 Verbeek, Herman 01/102
 Voegelin, Dieter 94/60, 99/35, 01/194,
 06/132, 10/119, 12/115
 Völkel, Günter 94/80, 95/21, 97/137,
 00/139, 02/104, 04/134
 Völkel, Karl-Ludwig 93/167
 Völker, Günther 00/10, 00/127, 03/63,
 07/126
 Vogl, Christian R. 97/40, 09/261
 Vogtmann, Hartmut 96/173, 99/246, 01/53
 Volling, Annemarie 07/149, 12/243
 Voss, Bernd 01/9, 07/27, 08/25

W

Wagner, Florian 10/184
 Wahl, Peter 11/36

Waizenegger, Elisabeth 04/9
 Walenda, Ina 04/178, 07/188
 Walk, Heike 01/338
 Wallacher, Jörn 99/283, 00/307
 Walter, Bernhard 03/100, 07/83, 07/90
 Walter, Torsten 95/211, 96/256, 12/216
 Waskow, Frank 93/149, 09/271, 10/277,
 11/269
 Weber, Barbara 94/176
 Weber, Carina 93/145, 06/52
 Weber, Gerda 99/56
 Wechsler, Beat 04/203
 Wegener, Jens 09/110
 Weiberg, Peter 96/148
 Weickel, Jörg 12/167
 Weiger, Hubert 04/100, 05/213, 06/177,
 06/189, 08/183, 09/193, 10/189, 10/201,
 11/201, 12/191, 12/197
 Weins, Christof 93/172, 94/209, 95/171,
 01/273
 Weinschenck, Günther 93/235
 Weiß, Daniel 08/138
 Weiß, Julika 09/52
 Wendt, Eckard 01/345
 Wenk, Regina 04/25
 Wenzlawowicz, Martin v. 94/271, 97/298
 Werkentin, Falco 11/261
 Werner, Andrea 94/120, 95/47
 Westphal, Jörn 97/227

Wichert von Holten, Stephan 07/253
 Wiesinger, Georg 00/218
 Wiethaler, Cornelia 00/184
 Wilbois, Klaus-Peter 10/92
 Wilhelm, Birgit 03/140, 05/131, 10/124
 Wilms, Hans-Joachim 95/116
 Wille, Volkhard 02/223
 Willer, Helga 99/155, 99/233, 00/284,
 01/318, 04/115
 Willing, Oliver 03/135, 06/139
 Winckler, Christoph 97/291
 Windfuhr, Michael 99/71, 00/93
 Wirths, Frigga 08/201, 08/214, 09/207,
 09/234, 10/205, 11/205, 11/233, 12/201
 Wöldecke, Klaus 00/119
 Wonneberger, Eva 04/160, 10/166
 Woodward, Lawrence 99/246
 Wolpold, Martin 96/91
 Wortmann, Anke 01/324

Y

Yussefi-Menzler, Minou 01/318, 04/87,
 04/115, 05/107, 10/83, 11/87, 12/85

Z

Zerger, Uli 93/135, 94/39, 06/87, 07/95,
 08/79
 Züghart, Wiebke 05/203

Sachregister

aller bisher erschienenen Kritischen Agrarberichte (1993–2012)

(Jahrgang/Seitenzahl)

A

AbL 98/34, 98/42, 99/25, 00/39, 00/42,
 00/74, 01/22, 02/23, 03/9, 03/33, 03/79,
 04/48, 04/62, 05/30, 05/103, 06/14,
 12/29
 Absatzfonds 07/32
 Ackerrandstreifenprogramm 94/216,
 04/175
 Acrylamid 04/238, 06/255
 Afrika 08/73, 10/79
 Agenda 21 94/148, 95/149, 95/154, 96/86,
 98/79, 00/310, 00/315
 Agenda 2000 98/25, 98/30, 98/34, 98/150,
 98/254, 99/26, 99/44, 99/51, 00/25,
 00/37, 00/56, 00/133, 00/139, 00/164,
 00/202, 00/226, 00/260, 01/10, 01/28,
 01/37, 01/53, 01/148, 02/24
 Agrarabkommen (AoA) 01/113, 02/93
 Agrarberatung 06/239, 08/259, 12/134
 Agrarbericht 93/256
 AgrarBündnis 93/8, 94/13, 95/9, 96/9, 97/9,
 99/23, 99/53, 99/189, 00/37, 01/4,
 01/270, 02/23, 05/9, 08/9
 Agrardiesel: siehe Gasölbeihilfe

Agrarfabriken: siehe Bauernhöfe statt Agrar-
 fabriken
 Agrarforschung 04/64, 05/112, 06/92,
 06/142, 06/224, 06/234, 07/181, 10/178,
 11/78, 11/238
 internationale ~ 02/96
 Agrargeschichte 02/162, 07/154, 09/266,
 10/261, 11/261, 12/134
 Agrarhandel (siehe auch Handelspolitik und
 Weltagrarhandel) 98/79, 98/86, 05/121,
 05/124, 08/36, 08/61, 10/59, 11/36,
 11/118, 12/75
 Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP)
 97/51, 01/11, 01/225, 02/31, 03/165,
 05/78, 07/10, 09/131, 10/206
 Agrarkultur 94/131, 94/188, 95/13, 95/99,
 95/103, 96/164, 96/183, 97/185, 97/199,
 97/202, 98/183, 98/185, 98/189, 98/246,
 99/147, 99/149, 99/155, 00/179, 00/181,
 01/201, 01/203, 02/159, 02/173, 03/261,
 03/264, 03/270, 04/9, 04/38, 04/225,
 04/233, 05/263, 05/267, 145, 06/239,
 06/243, 07/247, 07/253, 08/259, 08/263,
 08/286, 09/261, 09/266, 10/261, 10/266,
 11/255, 12/59, 12/255, 12/261
 ~ in den Printmedien 94/95
 ~Preis 96/173

Agrarpolitik

deutsche ~ 93/20, 93/256, 94/18, 94/23,
 95/13, 95/27, 95/30, 95/126, 95/149,
 95/179, 97/185, 98/25, 98/46, 98/49,
 98/72, 99/23, 99/25, 99/31, 99/35, 99/53,
 99/251, 00/14, 00/19, 00/25, 00/37,
 00/42, 00/48, 01/9, 01/46, 01/70, 01/75,
 01/85, 01/92, 01/240, 02/9, 02/22, 02/29,
 02/37, 02/63, 02/66, 02/104, 02/111,
 02/148, 02/263, 03/9, 03/29, 03/34,
 03/39, 03/54, 03/79, 03/193, 04/13,
 04/31, 04/36, 04/41, 04/54, 04/59, 04/64,
 04/88, 04/100, 04/138, 05/17, 05/30,
 05/34, 05/47, 05/82, 05/148, 05/165,
 05/189, 06/9, 06/27, 06/36, 06/52, 06/75,
 06/178, 07/9, 07/32, 07/37, 07/47, 08/11,
 08/20, 08/31, 08/36, 08/52, 08/57,
 08/158, 08/165, 09/9, 09/18, 09/34,
 09/45, 09/55, 09/59, 09/74, 10/9, 10/20,
 10/35, 10/43, 10/46, 10/51, 11/9, 11/30,
 11/172, 11/261, 12/7, 12/20, 12/29, 12/33
 europäische ~ 93/229, 94/15, 95/18,
 96/13, 96/25, 96/29, 96/31, 97/36, 97/78,
 98/30, 98/55, 99/31, 99/44, 99/51, 99/84,
 00/37, 00/63, 00/74, 00/77, 00/133,
 00/161, 00/164, 00/202, 00/225, 00/279,
 01/28, 01/54, 01/273, 02/25, 02/43,

- 02/223, 02/271, 03/12, 03/29, 03/48, 03/86, 03/92, 03/100, 04/15, 04/31, 04/36, 04/73, 04/147, 04/165, 05/17, 05/42, 05/169, 05/247, 06/23, 06/29, 06/79, 06/152, 06/173, 06/198, 07/18, 07/37, 07/42, 07/86, 07/103, 07/107, 07/159, 08/12, 08/31, 08/145, 08/201, 09/10, 09/45, 09/64, 09/147, 09/175, 09/185, 10/15, 10/59, 10/215, 11/9, 11/22, 11/27, 11/32, 11/82, 11/121, 11/136, 11/152, 11/239, 12/20, 12/29, 12/33, 12/89, 12/142
französische ~: siehe Frankreich, kommunale ~ 93/29, 94/52, 96/63, 98/266, 99/143, 01/213, 08/52, 10/49
nachhaltige ~ 04/13
österreichische ~: siehe Österreich
polnische ~: siehe Polen
Reform der EU~ 93/11, 93/103, 93/235, 93/245, 94/42, 94/46, 94/209, 95/21, 95/168, 96/16, 97/36, 98/30, 98/34, 00/37, 00/133, 01/28, 01/37, 03/40, 03/48, 03/100, 03/194, 04/31, 04/36, 04/41, 05/17, 05/34, 05/189, 06/48, 06/202, 08/36, 09/10, 09/45, 09/64, 09/176, 10/15, 11/10, 11/22, 11/27, 11/32, 11/89, 11/159, 11/169, 12/8, 12/20, 12/29, 12/89, 12/165
schweizerische ~ 01/96
US~ 09/16
Welt~ 94/148, 95/68, 96/78, 98/30, 98/60, 99/26, 99/44, 99/51, 99/71, 99/79, 99/84, 00/74, 00/79, 00/93, 00/119, 01/107, 01/113, 01/119, 01/123, 02/73, 02/90, 03/86, 04/15, 04/71, 04/79, 05/87, 05/93, 05/98, 05/103, 06/23, 06/82, 07/79, 07/86, 08/61, 09/45, 09/69, 09/79, 11/38, 11/71, 11/77, 11/82, 12/17
Agrarprotektionismus 03/102
Agrarreform: siehe Agrarpolitik
ökologische Begleitmaßnahmen der ~ 04/209, 01/273, 04/172, 05/82, 05/189, 12/20
EU~ 1992 01/29
Agrarrohstoffe: siehe Energien (erneuerbare)
Agrarsozialpolitik: siehe Sozialpolitik
Agrarsozialreformgesetz 95/114
Agrarsoziologie 07/72, 07/154, 07/253, 08/140, 10/51, 11/60, 11/65, 11/70, 12/65
Agrarstruktur (siehe auch Strukturwandel) in Ostdeutschland 93/108, 94/30, 96/45, 98/49, 01/75, 01/92, 01/240, 03/54, 09/74, 11/12, 12/118
~politik 94/17, 94/19, 94/139, 96/55, 07/154, 10/46, 11/12
Agrarstudium 09/152
Agrarsubventionen: siehe Subventionen
Agrartechnik 99/125, 03/148, 04/203, 06/132
Agrarumweltprogramm 99/194, 00/234, 00/55, 00/66, 00/164, 00/204, 00/226, 00/240, 02/228, 04/172, 05/193, 06/50, 07/177, 12/128
Agrarverlage 02/69
Agrarwende: die gesamte Ausgabe 2002 des Krit. Agrarberichts, 03/9, 03/29, 03/34, 03/79, 03/105, 03/113, 03/123, 03/193, 03/207, 03/264, 04/14, 04/31, 04/87, 04/138, 04/167, 05/34, 06/27, 06/36, 06/97, 06/177, 06/202, 06/253 ~ (international) 03/85
Agrikulturchemie 10/261
Agrobiodiversität: siehe Biodiversität
Agrobusiness 93/76, 95/39, 98/263, 99/92, 99/105, 00/128, 00/242, 03/19, 03/70, 04/71, 04/211, 04/214, 05/148, 05/153, 06/121, 06/234, 07/59, 07/149, 08/225, 08/247, 09/128, 09/247, 09/256, 10/46, 10/223, 11/13, 11/16, 11/184, 12/42, 12/118, 12/122
Agro-Gentechnik: siehe Gentechnik
Agro-Rohstoffe: siehe Energien (erneuerbare)
Agrosprit: siehe Biotreib-/kraftstoffe
Aktionskatalog 99/155
Aktionsprogramm Bäuerliche Landwirtschaft 03/79, 03/218, 04/33, 06/33
Allergenkenzeichnung 05/273, 08/270
Allgäu 03/129
Allianz (für Tiere) 03/218, 04/190, 05/217, 05/240, 06/199, 07/194, 07/199, 09/213
Alltag 99/279, 00/14, 00/22, 02/173, 02/182, 02/278, 04/9, 05/165, 09/38, 11/66
Altershilfe, landwirtschaftliche 93/119, 00/208, 02/58
Ampelkennzeichnung: siehe Nährwertkennzeichnung
Amsterdamer Vertrag 00/203
Analogkäse 10/278
Anbauverbände 98/311, 01/310, 03/17, 03/124, 10/84
Anbindehaltung 11/105
Antibiotika 99/60, 03/20, 07/196, 11/118, 11/173, 12/37, 12/273
Apfel 03/277
Apfelsaftvermarktung 05/182
Apitherapie 05/163
Aquakultur: 00/194, 01/292, 02/210, 10/94, 11/227, 11/233
Öko~ 10/94, 11/232
Arbeitsbelastung 04/9, 04/124
Arbeitslosigkeit 95/116, 95/157, 99/31, 99/173, 00/42, 03/58
Arbeitsmarktpolitik: siehe Beschäftigungspolitik
Arbeitszeitmodelle 12/52
Arche des Geschmacks 11/280
Armut 08/57
Artenvielfalt: siehe Biodiversität
Augsburger Erklärung 98/45
Ausgleichsleistungsgesetz 95/30
Ausgleichszahlungen 93/236, 99/194, 00/53, 00/61, 00/134, 00/203, 01/285, 02/117
Auskreuzungen: siehe Gentechnik und Koexistenz
Aussteiger 97/176
Auwälder 00/229
B
Babynahrung 99/95
Baden-Württemberg 95/211, 99/139, 00/168, 11/105
Bäuerinnen 95/110, 95/114, 96/99, 96/186, 97/161, 98/227, 98/231, 99/176, 01/250, 11/66
gesundheitliche Situation der ~ 93/121, 01/250
Bäuerlichkeit 95/103, 97/203, 98/179, 99/79, 00/14, 01/203, 03/271, 07/247
Bananen (Öko~) 09/113
Bananenmarktordnung 95/94
BASF 09/249, 11/242
Basler Kriterien 10/255
Bauernhöfe statt Agrarfabriken (Netzwerk) 11/184, 11/206, 12/42
Bauernhofcafés 06/132
Bauernverbände 01/85
Bauernverbandspolitik (DBV) 99/138, 00/27, 00/146, 01/85, 01/241, 01/269, 02/66, 03/10, 03/56, 03/71, 04/218, 05/18, 05/40, 05/139, 05/251, 06/17, 08/46, 09/18
Bauernwald 96/295, 99/295
Bauleitplanung 99/199
Baurecht/-genehmigungen 99/200, 03/208, 04/203, 07/59, 11/187, 11/206, 12/42
Bayer AG 03/245, 07/228, 09/251
Bayerischer Wald 02/155, 11/191
Bayern 99/295, 05/213, 06/107, 06/189
BDM: siehe Bund Deutscher Milchviehhalter
Bebauungsrecht: siehe Baurecht
Behindertenpädagogik 04/227
Behördenwahnsinn 04/122, 05/165, 07/145, 07/211
Beimischungsquote 08/178
Bergbauern 97/22, 98/153, 00/53, 00/60, 00/218
Bergwald 05/213
Berlin 97/193, 01/338
Berliner Erklärung 05/9
Berufsgenossenschaften (landw.) 02/58
Beschäftigungseffekte (von Agrarprogrammen) 00/60, 01/174
Beschäftigungspolitik 00/31, 00/42, 01/66, 01/70, 03/58, 04/33, 04/143, 04/160, 06/13, 08/52, 09/66, 12/57, 12/109
Betriebsaufgabe: siehe Hofnachfolge
Betriebsprämien 05/34, 05/36, 05/39, 05/189, 06/49, 08/34
Betriebswirtschaft 99/35, 00/140, 07/133, 07/138, 08/129
~ im ökologischen Landbau 93/135, 98/186, 99/118, 04/244
~ in der Forstwirtschaft 99/284, 99/289, 04/160
Bienenhaltung 00/283, 05/160, 09/240, 10/146, 12/171
Bildungspolitik 93/128, 99/176, 00/262, 03/188, 06/270, 08/259, 09/152, 12/65
Binnenmarkt (EG~) 93/15, 93/187
Biodiesel: siehe Biotreib-/kraftstoffe
Biodiversität 96/109, 97/110, 00/112, 00/184, 01/128, 01/131, 01/277, 02/249, 03/51, 03/70, 03/135, 04/201, 05/12, 05/26, 05/94, 05/227, 05/267, 06/226, 06/243, 08/169, 08/227, 09/177, 09/189, 09/193, 09/204, 11/41, 11/46, 11/54, 11/75, 11/95, 11/126, 11/131, 11/179, 11/197, 11/218, 11/246, 11/255, 12/164, 12/176

- Biodiversitätsbericht (globaler) 11/41
 BioEnergie-Regionen 09/160
 Biogas (-anlagen) 01/196, 05/24, 05/79, 05/195, 06/131, 06/235, 07/15, 08/95, 08/122, 08/124, 08/129, 08/168, 08/251, 09/59, 10/120, 10/184, 11/175, 12/108, 12/116
 Bio-Kennzeichnung 94/191, 99/239, 99/262, 00/273, 00/277, 01/311, 02/200, 02/261, 02/264, 03/109, 03/114, 03/124, 03/142, 03/178, 03/285, 04/89, 04/100, 04/141, 05/65, 05/110, 06/90, 07/100, 08/273, 10/85, 11/89
 Bioläden 94/90, 01/338, 04/95, 04/154, 06/104, 11/88, 12/100
 Biolandbau: siehe Ökologischer Landbau
 Biomarkt: siehe Vermarktung (von Bioprodukten)
 Biomasse: siehe Energie (erneuerbare)
 Biomilch (-markt) 93/48, 04/113, 04/132, 09/133
 Bioökonomierat 11/13, 11/90, 11/238
 BIOPOLI (Bildungsprojekt) 11/178
 Bioregionen 10/99
 Biosafety-Protokoll 02/249, 04/209, 05/94
 Biosiegel: siehe Bio-Kennzeichnung
 Biosphärenpark, -reservat 93/172, 96/300, 98/168
 ~ Rhön 00/64, 00/240, 02/155
 Bio-Supermärkte 04/95, 06/105, 07/130, 08/81, 11/88, 12/100
 Biotechnologie: siehe Gentechnik
 Biotopverbundsystem 03/204, 12/176
 Biotreib-/kraftstoffe 01/197, 05/78, 06/132, 06/183, 07/15, 07/29, 08/28, 08/68, 08/95, 08/178, 09/59, 09/135, 09/182, 10/119, 11/174, 12/115
 Blauzungenkrankheit 08/122, 08/211, 09/214, 09/234, 10/211
 Bodenbearbeitung 98/128, 03/148, 10/124, 10/181
 Bodenerosion 10/89
 Bodenfonds (Schorffheide) 10/41
 Bodenfruchtbarkeit 10/125, 10/129, 10/133
 Bodenkultur 10/266, 10/275
 Bodenmarkt 99/199, 01/164, 04/18, 07/11, 12/118
 Bodennutzung (in D) 01/138, 02/107, 05/135, 06/126, 06/185, 07/67, 07/122, 08/116, 09/126, 10/112, 11/114, 12/106
 Bodenpreise 94/60
 Bodenreform 11/261
 Bodenrente 03/39
 Bodenschutz 00/153, 00/227, 03/149, 07/66, 10/79, 10/89, 10/124, 10/129, 10/178, 10/227, 10/249
 Bodenspekulation 10/161, 12/118
 Bodenverdichtung 00/153, 03/148, 10/133
 Bodenzustand 96/204, 96/206, 96/225, 97/142, 98/128, 00/153, 07/66, 10/129
 BÖLW 03/111, 03/116, 04/93, 05/108
 Bohlsener Mühle 09/121
 Botulismus 01/158
 BRAIN 99/58
 Branchenverbände 12/24, 12/47
 Brandenburg 02/166
 Brasilien 98/91, 98/100, 99/79, 01/123, 04/84, 04/210, 05/132
 Brauwirtschaft 00/173, 04/106
 Bremen 03/304, 12/286
 Brennholz 99/287, 99/293, 07/121, 08/185, 12/188
 Brüssel 96/20
 BSE (-Krise) 95/215, 97/130, 97/133, 97/286, 97/291, 98/201, 98/342, 99/271, 02/9, 02/193, 02/257, 03/20, 03/119, 03/288, 05/27, 06/202, 06/254, 07/212
 BSE-Schutzverordnung 98/193, 99/161, 01/20
 BST 94/167, 95/184, 96/248, 97/258, 00/289
 Buchenwälder 09/204, 11/190, 11/197, 12/163, 12/187, 12/197
 Buchführungspflicht 99/36
 Bündnis für Arbeit 99/25, 01/70
 Bürgeraktiengesellschaft 10/39
 Bürgernetze/-initiativen 01/211, 09/164, 12/42
 Bürokratie 00/158, 01/211, 03/42, 03/158, 04/122, 04/176, 05/165, 07/143, 09/142
 Bund Deutscher Milchviehalter 09/18, 09/22, 09/34, 10/9, 10/20, 10/23, 12/47
 Bundesministerium für Landwirtschaft (BMELF bzw. BMVEL bzw. BMELV) 98/39, 01/70, 03/18, 03/114, 03/249, 03/283, 04/13, 04/54, 04/64, 06/75, 07/97, 07/199, 09/256
 Bundesnaturschutzgesetz 94/199, 98/256, 99/290, 01/24, 01/266, 01/270, 01/274, 02/220, 03/201, 05/52, 12/161
 Bundessortenamt 00/145
 Bundestagswahl 2009 10/11
 Bundesverfassungsgericht 00/198, 01/233, 11/18, 11/212, 11/238
 Bundeswaldgesetz 10/192, 11/189, 11/204
 Bundeswaldinventur 95/233, 10/190
 BVT: siehe Technik
 BVVG 11/15
C
 Cairns-Gruppe 01/116
 Cancún (WTO-Ministerkonferenz) 04/76, 04/79
 CFS (Komitee für Welternährungssicherheit) 11/74
 CGIAR 02/96
 Chiemgauer Naturfleisch 04/108
 CMA 03/63, 05/220, 06/254, 07/32
 CO₂-Label: siehe Klimalabel
 Coaching 02/182
 Codex Alimentarius 94/288, 00/102, 00/289, 00/301, 01/351, 05/95
 Creutzfeldt-Jakob 98/201, 02/90
 Cross Compliance 04/44, 04/166, 05/35, 05/38, 05/83, 05/191, 06/24, 06/180, 07/143, 09/142, 11/136
 CSA: siehe Landwirtschaft, solidarische
D
 Dänemark 99/238, 02/300, 03/115, 07/56
 Daseinsvorsorge (regional) 12/153
 Datenbank 00/255
 DBV: siehe Bauernverbandspolitik
 DDR 11/261
 Deletion 99/231
 Demographie 09/163, 10/159, 12/141, 12/153
 Development Box 03/90, 03/97
 Dienstleistungsangebote 99/138, 00/255, 00/284, 03/304
 Direktvermarktung 93/282, 93/290, 94/84, 98/231, 00/169, 00/271, 03/304, 07/117
 Direktzahlungen 07/44, 07/133, 07/138, 07/144, 08/31, 08/165, 09/65, 09/181, 10/16, 11/23, 11/114, 12/20, 12/30, 12/52
 Diskurs, gesellschaftlicher 97/13, 97/30, 97/33, 98/9, 98/14, 98/20, 98/185, 99/23, 99/31, 99/53, 99/90, 99/147, 99/155, 99/246, 99/251, 99/264, 00/42, 00/179, 01/102, 01/188, 01/201, 01/203, 01/211, 01/296, 01/300, 03/29, 03/34, 03/79, 03/118, 03/261, 03/264, 03/270, 04/9, 04/13, 04/18, 04/38, 04/160, 04/213, 05/9, 05/61, 05/82, 05/116, 05/247, 05/267, 06/36: 06/177, 06/243, 06/258, 06/269, 07/42, 07/47, 07/107, 07/166, 07/173, 07/211, 08/9, 08/20, 08/105, 08/263, 10/35, 10/266, 11/22, 11/156, 11/159, 11/255, 12/29, 12/42, 12/122, 12/148, 12/275, 12/280
 ~ »Grüne Gentechnik« 03/249, 07/83
 Dolly 98/291, 01/301, 09/222
 Dorferneuerung 94/139, 97/149
 Dorfleben 02/162, 12/261
 Dottenfelderhof 99/149
 Dow AgroSciences 09/252
 Dritte Welt 93/95, 93/226, 95/87, 96/96, 97/115, 97/122, 98/79, 98/86, 99/51
 99/71, 99/84, 00/79, 00/112, 00/119, 02/73, 02/90, 02/93, 02/96, 02/245, 03/85, 03/92, 03/97, 03/100, 04/71, 04/74, 04/79, 05/87, 06/77, 06/82, 07/79, 07/90, 08/63, 08/68, 08/73, 09/80, 09/89, 11/71, 11/82
 Düngemittelindustrie 93/79, 09/128
 Düngemittelrecht 93/17
 Düngemittelsteuer: siehe Stickstoffsteuer
 Düngeverordnung 06/171, 07/63, 07/178
 Düngung 96/206, 97/62, 97/137, 99/111, 02/219, 02/235, 03/146, 05/136, 06/127, 07/124, 08/96, 08/118, 09/127, 10/113, 11/117, 12/110
 DuPont-Pioniere 09/253
E
 Ebermast 01/224, 12/206
 EFRE 98/141, 98/144, 01/42
 EFSA: siehe Lebensmittelbehörde (europäische)
 EHEC 12/87, 12/271
 Eierkennzeichnung 03/163, 03/223, 08/203, 08/214, 08/272, 11/210
 Eiermarkt 93/87, 97/268, 99/168, 03/161, 05/141, 12/112
 Eierproduktion 01/345, 03/161, 05/148, 06/192
 Eifel 01/60
 Eigentumsformen (an Grund u. Boden) 10/35

Einkaufskultur 01/338, 02/276, 03/295, 03/298, 04/254, 11/276
 Einkommensentwicklung (in der Ldw.) 06/29, 06/128
 Einkommensteuer 99/37
 Eiweißfutter 12/126
 Elbtaube 95/137, 00/229
 ELER: siehe Landwirtschaftsfonds, europäischer
 EMB: siehe European Milk Board
 Embryotransfer 98/291, 01/300, 09/222
 Emissionszertifikate 09/110
 Energie (erneuerbare) 01/18, 03/273, 05/76, 06/132, 06/183, 07/15, 07/27, 08/9, 08/14, 08/20, 08/25, 08/68, 08/95, 08/129, 08/152, 08/178, 08/236, 08/263, 09/59, 09/135, 09/182, 09/191, 10/151, 10/184, 11/131, 11/175, 12/12, 12/72, 12/115, 12/160, 12/188
 Energieerzeugung 01/194, 04/178, 05/24, 05/76, 05/195, 06/131, 06/166, 06/183, 07/15, 07/27, 07/135, ab 2008 siehe Energie (erneuerbare)
 Energiepflanzen 04/178, 05/24, 05/78, 07/81, 08/95, 08/173, 08/250, 10/184, 11/131
 Energieversorgungsunternehmen (EVU) 01/155
 Entenhaltung 99/160, 00/194, 06/218
 Entkopplung 04/36, 04/41, 05/34, 05/36, 05/189, 07/133, 07/138, 09/142, 12/52
 Entschädigungsgesetz 95/30
 Entwicklungsländer: siehe Dritte Welt
 Entwicklungspolitik 94/148, 94/153, 96/96, 00/79, 04/71, 04/74, 04/79, 04/83, 05/87, 05/93, 05/98, 05/131, 07/82, 07/86, 08/63, 08/158, 09/84, 11/74
 ländliche ~ 00/165, 01/70, 01/174, 01/182, 01/188, 03/184, 04/167, 05/42, 05/169, 06/15, 06/43, 06/48, 06/151, 06/159, 07/159, 07/173, 08/145, 08/152, 11/151
 Erbsen (Winter-) 11/51
 Erhaltungsinitiativen (Saatgut) 11/54
 Ernährungsindustrie: siehe Lebensmittel-industrie
 Ernährungskultur 99/279, 00/299, 00/302, 01/324, 02/291, 02/309, 03/295, 03/298, 03/310, 04/249, 04/254, 05/271, 05/279, 05/284, 06/149, 06/186, 06/256, 06/269, 07/272, 08/73, 08/267, 08/286, 09/165, 09/280, 09/286, 10/277, 10/285, 11/91, 11/110, 11/280, 12/148, 12/267, 12/275, 12/280
 Ernährungssouveränität 99/71, 99/79, 99/84, 99/90, 99/92, 01/113, 01/123, 02/78, 03/85, 03/92, 03/97, 03/100, 04/72, 04/83, 06/25, 06/73, 07/92, 09/71, 09/85, 09/87, 09/92, 10/60, 10/75, 10/79, 11/71, 11/79, 11/107, 11/255, 12/33, 12/80
 Ernährungsverhalten: siehe Ernährungs-kultur
 Ernteverläufe (der jeweiligen Vorjahre) 98/106, 99/99, 00/125, 01/137, 03/145, 04/121, 05/135, 06/125, 07/121, 08/115, 09/125, 10/109, 11/113, 12/105

Erntedank 97/199
 Erntehelfer 99/174
 Erntetechnik 98/106, 00/153
 Erzeugerpreise 04/123, 05/137, 06/129, 07/125, 08/119, 09/131, 10/114, 11/118, 12/111
 Erzeuger-(Verbraucher-)Gemeinschaften 93/282, 99/107, 99/118, 99/149, 00/168, 01/152, 04/154, 07/264, 11/282, 12/23, 12/286
 ESF (Europ. Sozialfonds) 98/144
 Ethik 95/194, 95/195, 98/20, 98/211, 99/264, 01/102, 01/203, 04/193, 05/126, 05/227, 06/210, 08/88, 08/263, 11/99, 11/255, 12/280
 Etikettierungsrichtlinie 00/273, 00/289, 01/19, 02/285, 03/289, 05/272
 EU-Agrarpolitik: siehe Agrarpolitik, europäische
 EU-Agrarhaushalt 97/78, 00/161, 01/34, 01/38, 06/15, 06/152, 06/172, 07/42, 07/159, 07/177, 09/185, 11/29
 EU-Erweiterung (s. a. Osterweiterung) 95/18, 96/25, 96/31, 01/16, 03/48, 05/18
 EU-Regionalpolitik: siehe Regionalentwicklung
 EU-Verfassung 05/20, 06/16
 euregia (Messe) 03/176
 Europäischer Gerichtshof (EuGH) 03/72
 Europäischer Rechnungshof 07/160
 European Milk Board (EMB) 06/134, 07/40, 09/11, 09/34, 12/47
 Existenzgründung (in der Ldw.) 04/18, 05/71, 06/57
 ~ im ländlichen Raum 10/163
 Existenzsicherung (im Ökolandbau) 99/117, 00/181, 02/182
 EXPO 2000 99/148, 01/167, 01/201
 Exportsubventionen: siehe Subventionen
 Extensivierungsprämie 00/203

F

Fair Breeding: siehe Saatgutzüchtung (ökologische)
 ›Fairer Handel‹ 00/119, 04/110, 05/64, 06/70, 06/85, 06/122, 07/111, 11/99, 12/80
 Familienberatung 98/240, 04/25, 06/63, 06/239, 07/214
 Familienbetrieb (landw.) 07/154
 FAO 96/78, 97/110, 99/71, 00/94, 00/184, 01/107, 01/129, 03/88, 03/92, 06/76, 07/81, 07/90, 10/70
 Farm Bill (US-~) 03/86
 Farmers' Rights 01/131, 01/133, 11/47
 Feldvögel 11/131
 Ferkelkastration 09/210, 09/228, 10/207, 11/207, 12/205
 Feuchtwiesen 00/234
 Finanzausgleich (kommunaler) 98/266
 Finanzmarktkrise 09/9, 11/36
 Finanzreform (ökologische) 05/82
 Fische: siehe Aquakultur
 Fischereipolitik 98/86
 Fischhaltung: siehe Aquakultur
 Flächennutzungsplanung 99/200
 Flächenschutzfonds 99/201

Flächenstilllegung 93/26, 95/21, 95/171, 00/133, 01/277, 08/34
 Flächenverbrauch 10/159, 12/139, 12/162
 Fleckvieh 09/136
 Fleischindustrie 93/85, 99/103, 04/126, 04/143, 07/53, 07/64
 Fleischkonsum 99/264, 00/202, 00/292, 01/102, 04/249, 09/217, 11/173, 12/280
 Fleischmarkt 00/128, 03/156, 04/126, 05/124, 05/141, 06/130, 07/53, 07/60, 07/116, 07/127, 08/120, 08/127, 09/130, 10/174
 Fleischqualität 93/190, 94/271, 97/306, 00/102, 02/141, 03/63, 03/168, 04/189, 04/249, 07/55, 11/273
 Fleischverarbeitung 11/141
 Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie 99/190, 01/46
 Flurbereinigung 98/259
 Fördergemeinschaft Integrierter Pflanzenbau (FIP) 98/263
 Förderprogramm 98/47, 99/44, 99/143, 99/195, 99/236, 00/60, 00/161, 01/11, 01/168, 01/182, 01/284, 02/29, 04/172, 07/97, 07/177
 foodwatch 03/20, 03/286, 05/113, 05/221, 06/253
 Forschungspolitik 04/64, 07/181, 10/241, 11/78, 11/238
 Forst: siehe Wald
 Forstverwaltung 98/352, 99/289, 00/312, 00/315, 04/160, 05/213, 06/189, 08/186, 11/192
 Fränkische Schweiz 00/173
 Franken 01/250
 Frankenhausen (Domäne) 01/325
 Frankreich 99/239, 00/45, 01/25, 03/186, 06/57, 10/23
 Frauen (und Landwirtschaft) 95/110, 96/99, 96/186, 97/161, 98/160, 98/227, 98/231, 98/236, 98/246, 99/90, 99/176, 01/246, 01/250, 03/58, 07/75
 ~ (im ländlichen Raum) 10/163
 Freiburg 93/32
 Freilandeier 99/169, 01/345, 08/215
 Freizeitbauer 00/216
 Frischfleischrichtlinie 93/15, 94/256, 01/224
 Fruchtfolge 12/21, 12/30, 12/128, 12/165
 Fütterung (Milchvieh-) 03/152, 05/157, 08/135, 10/31
 Futtermittel 04/214, 05/13, 05/153, 05/157, 06/222, 06/255, 07/226, 11/173, 11/243, 12/202, 12/237
 ~import 94/153, 98/96, 09/179, 11/32, 11/243, 12/126
 ~industrie 93/80, 03/15, 03/32, 07/151, 10/246, 10/254
 ~kontrolle 01/333, 02/244
 ~recht 93/17, 01/26, 02/282, 06/249, 07/260
 ~zusatzstoffe 99/61

G

Gänsehaltung 00/194
 Gärten (kommunale) 07/272
 Gammelfleisch 07/53, 07/260, 08/124

- Gartenkultur 01/246, 02/166, 07/272, 10/285, 12/148
 Gasölbeihilfe 97/66, 00/30, 01/12, 04/56, 06/31
 Gatersleben 08/246
 GATT/WTO: siehe WTO/GATT
 Geflügelmast 00/193, 10/208, 10/233, 12/122
 Geflügelpest 04/128, 06/18, 06/90, 06/130, 06/195, 07/11, 07/47, 07/128, 07/197, 07/206, 07/213, 08/122, 08/210, 08/220, 10/222, 11/207, 12/209
 Geflügelproduktion 98/115, 99/103, 00/292, 02/123, 03/168, 04/128, 06/130, 07/48, 07/60, 07/99, 07/195, 08/74, 08/220, 11/185, 11/208, 12/122, 12/222
 GEH (Gesellschaft zur Erhaltung...) 11/218
 Gemeinnützigkeit 98/189, 00/181, 01/211, 10/36
 Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) 02/29, 03/175, 04/152, 04/173, 05/174
 Gemeinschaftsställe 95/47
 Gemeinschaftsverpflegung 03/304, 03/310
 Gemüsemarkt (Öko-) 05/123
 Gemüsesaatgut 00/187, 03/137, 06/140, 09/116
 Genbanken 00/185, 01/128, 08/229
 Generationenkonflikt 94/120, 99/181, 00/219
 Generationswechsel 04/25, 05/71, 05/263, 06/57, 06/63
 Genfood: siehe Novel Food
 Genkartoffeln 06/234, 07/185, 08/246, 11/241, 12/234
 Genmais 98/272, 98/289, 99/96, 99/225, 99/261, 00/241, 02/240, 03/243, 05/157, 05/252, 06/221, 07/243, 08/243, 09/241, 09/256, 10/241, 11/246
 Genossenschaften (siehe auch: Produktionsgenossenschaft) 93/108, 94/30, 94/73, 95/39, 96/138, 02/66
 Genossenschaftsbauern 01/240, 11/261
 Genraps 98/289, 99/226, 02/240, 06/234, 08/252
 Getreis 02/98, 03/248, 07/228, 07/260, 12/236
 Gensoja 98/96, 98/272, 99/224, 99/261, 00/241, 03/243, 04/210, 05/153, 08/256, 10/254
 Gentechnik, -technologie 93/149, 94/163, 94/182, 94/187, 94/188, 94/195, 95/87, 95/184, 95/197, 96/239, 96/242, 97/237, 98/96, 98/209, 98/272, 98/286, 98/291, 98/295, 98/299, 99/28, 99/215, 99/222, 99/228, 99/242, 00/241, 00/246: 00/250, 00/255, 01/289, 01/292, 02/214, 02/237, 02/243, 02/247, 02/249, 03/243, 03/249, 04/207, 04/213, 04/220, 05/3, 05/9, 05/93, 05/116, 05/203, 05/247, 05/254, 05/259, 06/12, 06/221, 06/228, 06/234, 06/256, 07/18, 07/22, 07/82, 07/107, 07/166, 07/181, 07/220, 07/225, 07/232, 07/236, 07/241, 07/264, 08/239, 08/250, 09/222, 09/239, 09/247, 09/256, 10/239, 10/254, 11/237, 11/246, 11/251, 12/90, 12/233, 12/240, 12/249
 Freilandversuche 98/272, 99/220, 00/246, 00/250, 04/210, 05/199, 05/254, 07/184, 08/246
 Freisetzungproblematik 94/176, 94/179, 97/252, 97/255, 98/272, 98/286, 00/246, 01/296, 01/300, 02/240, 02/243, 03/249, 03/255 (ab 2004: Gentechnik und Koexistenz)
 ~gesetz 04/213, 05/47, 05/56, 05/118, 05/161, 05/250, 06/181, 06/226, 06/251, 07/18, 07/22, 07/225, 08/239, 09/239, 11/237
 ~industrie 98/96, 98/272, 98/280, 98/295, 00/241, 00/250, 03/243, 03/249, 04/207, 07/225, 08/247, 09/241, 09/245, 09/247, 12/233
 Kennzeichnung 00/72, 03/249, 03/254, 04/208, 04/239, 05/13, 05/153, 05/249, 05/275, 05/279, 07/226, 08/84, 08/242, 08/274, 09/226, 09/243, 09/275, 10/244, 12/237, 12/249
 Kontaminationsprobleme 03/244, 03/254 (ab 2004: Gentechnik und Koexistenz)
 Patentierung 93/175, 94/169, 94/172, 95/189, 97/246, 98/273, 98/286, 00/244, 02/242, 03/248, 04/209, 05/250, 06/225, 07/229, 07/236, 08/255, 11/251, 12/239
 ~ und Koexistenz 04/92, 04/208, 04/213, 04/239, 05/9, 05/14, 05/48, 05/53, 05/95, 05/117, 05/160, 05/176, 05/199, 05/203, 05/248, 05/280, 06/226, 06/228, 07/18, 07/22, 07/107, 07/149, 07/225, 07/232, 07/236, 07/241, 08/240, 08/253, 09/239, 10/148, 10/240, 11/18, 11/238
 Volksbegehren 98/280
 Gentechnikfreie Regionen 05/12, 05/49, 05/55, 05/176, 05/252, 05/259, 06/223, 06/228, 07/22, 07/166, 07/227, 09/243, 11/239, 12/140, 12/243
 Genweizen 04/211, 05/249
 Geo-Erzeugnisse: siehe Herkunftsbezeichnungen
 Geschlechterdebatte 98/246, 03/234, 06/245, 07/253
 Gesundheit 98/133, 99/95, 99/210, 99/246, 99/276, 01/253, 01/351, 03/298, 05/279
 ~ von Bäuerinnen 93/121
 psycho-soziale ~ 93/127, 93/265, 95/106, 98/240, 99/181, 00/211, 02/182, 04/9, 04/25, 06/66, 07/130, 07/214, 08/57, 10/62
 Gesundheits-Check (der EU-Agrarpolitik) 08/12, 08/31, 08/201, 09/10, 09/64
 Gesundheits-Regionen 09/161
 Getreidehandel/-markt 93/64, 93/81, 96/148, 97/97, 99/71, 99/99, 99/106, 01/148, 01/152, 05/123, 05/137, 08/36, 08/119, 08/125, 09/131, 11/118, 12/111
 Getreidepreise 08/36, 09/81, 09/131
 Getreidequalität 00/139
 Getreidezüchtung 00/186, 03/137, 06/140
 Gewässerkontamination 98/131, 99/133, 07/188
 Gewerkschaft BAU 12/57
 Gewerkschaft NGG 04/143
 GFAR 01/111
 »Gläserne Kette« 02/299
 Globalisierung 05/87, 06/23, 06/43, 06/121, 06/207, 09/9, 09/157
 Globalisierungsfonds 06/152
 Glyphosat (Roundup) 10/249, 12/131, 12/240
 Göttingen 01/246
 Greenpeace 98/297, 03/168, 05/47, 11/269
 Griechenland 99/236
 Großbritannien 99/236
 Großgrundbesitz 10/49
 Grünland 10/27, 12/21, 12/227
 Grünlandbewirtschaftung 02/111, 02/228, 02/234, 03/82, 04/166
 Grünlandnutzung 10/28
 Grünlandprämie 00/39, 02/117, 02/231, 05/190
 Grünlandumbruch 08/117, 08/174, 09/178, 10/170
 Grundeigentum 10/35
 Grundwasserrichtlinie 07/188
 Gütesiegel: siehe Bio-Kennzeichnung bzw. QS-Siegel
H
 Hähnchenmast: siehe Masthühner
 Härtefallregelung 05/38
 Halbzeitbewertung (der Agenda 2000) 03/12, 03/39, 03/48, 03/175
 Handelspolitik 98/79, 99/53, 99/71, 99/84, 99/92, 99/248, 00/70, 00/74, 00/79, 00/96, 00/102, 00/119, 01/107, 01/113, 03/92, 04/110, 04/129, 05/87, 05/98, 05/103, 06/24, 06/69, 07/79, 08/61, 08/73, 08/193, 09/15, 09/84, 09/92, 10/59, 10/67, 11/75, 11/121, 12/73, 12/112
 Handelsrecht 00/112, 05/89, 05/93, 08/73
 Handelssanktionen 00/107
 Hanf 98/118, 98/124
 Hannover 01/168
 Haschrebellen 98/126
 Hausschlachtung 04/123
 Haustierrassen: siehe Nutztzierrassen
 Health Check: siehe Gesundheits-Check
 Heimat 12/261
 Herbizidresistenz 93/150, 95/87, 96/145, 98/96, 99/223, 08/251, 10/249, 12/233
 Herkunftsbezeichnungen 00/288, 06/44, 06/145, 06/149, 07/262, 11/270, 12/146, 12/269
 Herodesprämie 98/222
 Herrschaftsverhältnisse 07/147
 Hessen 93/50, 97/149, 99/131, 99/143, 00/133, 01/174, 05/157, 11/126
 Nord~ 01/148, 06/149
 High Nature Value-Farming 11/95
 Hochschulausbildung 00/262
 Hochwasser 03/146, 03/149, 03/176
 Hofabgabeklausel 12/14
 Hofbörie 04/18, 06/61
 Hofnachfolge 94/111, 96/59, 96/199, 99/181, 00/10, 01/251, 04/18, 04/25, 05/71, 05/263, 06/57
 Hoftorbilanz 02/235, 06/171
 Hohenlohe 95/132, 08/52
 Holzhausbau 06/167

Holzinitiativen 06/166
 Holzmarkt, -wirtschaft 00/311, 00/320, 08/193, 09/161, 09/195, 12/188
 Holzzertifizierung 97/327, 98/355, 99/287, 99/291, 00/310, 00/317, 00/320, 08/188
 Homöopathie 97/303
 Honduras 01/124
 Honigurteil 12/140, 12/238
 Hormoneinsatz 98/68
 Hormonfleisch 00/102
 Hormonstreit 00/72
 Hühnerverordnung 94/277
 Humangenomprojekt 04/220
 Hungerbekämpfung 03/100, 04/72, 05/131, 06/82, 07/79, 07/83, 07/90, 08/61, 09/79, 09/92, 10/59, 10/67, 10/75, 11/71, 11/82, 12/69, 12/80
 Hungerstreik 10/11
 Hygienekonzepte 11/144
 Hygienerichtlinien 99/262, 04/241, 05/276, 06/258, 11/141, 12/269
 Fleisch 93/15, 94/76, 94/77, 96/263, 07/55, 08/281
 Milch 93/40, 95/57
 Schweine 00/144

I

Ideologiekampf 08/105
 IFOAM 03/140, 04/110, 07/103
 Imkerei: siehe Bienenhaltung
 Impfpolitik (der EU) 02/196, 04/187, 07/197, 08/123, 08/211, 09/234
 Indikatorenbericht (zur biol. Vielfalt) 11/179
 Indonesien 08/255
 Industriegesellschaft
 Bauern in der ~ 93/199, 99/79, 00/10, 00/14, 00/22, 01/203, 01/257, 02/159, 03/34, 03/118, 03/264, 03/270, 06/36, 07/154, 10/62, 11/65
 Innovationspreis (für Biobiolebensmittel-Verarbeitung) 06/116, 08/86, 09/121
 Insektenresistenz 99/226
 Insertion 99/231
 Interkultur 01/246
 International Undertaking (IU der FAO) 01/129, 01/131, 02/86
 Interessenvertretung 01/85
 Internet 00/255, 00/284, 03/305, 11/279
 INTERREG III 01/184
 Intervention 08/36, 09/132
 Investitionsförderung (siehe auch Agrar-investitionsförderprogramm) 98/48, 03/163, 12/27
 Inzuchtdefekte 99/229
 Irland 99/236

J

Jagd 98/361, 99/286, 00/313, 08/189, 09/197, 11/195, 12/185
 Joghurt 99/276

K

Käfighaltung: siehe Legehennenhaltung
 Kälbermast 97/275, 08/207
 Känguruhaltung 98/216
 Kärnten 05/259
 Kaffee, ~anbau 04/77, 09/107

Kakao 96/103
 Kamelhaltung 98/216
 Kampagnenjournalismus 08/105
 Kanada 07/39, 07/149
 Kaninchenhaltung 00/194, 01/226, 07/216, 08/207, 09/211, 10/209, 12/207
 Kartoffelmarkt 04/134, 05/123
 Kassel 04/254
 KAT e.V. 01/346
 Kellereirichtlinie (Biowein) 11/89
 Kenia 99/85, 08/120
 Kinderarbeit 98/100
 Klärschlamm 96/217, 02/217
 Kleinbauern-Vereinigung (Schweiz) 97/73, 01/96
 Kleinbetriebsregelung 11/105
 Kleinvoliere 05/148, 05/232, 06/12, 07/194, 07/202, 12/205
 Klimalabel 09/110, 09/180, 09/275
 Klimaschutz, -wandel 93/156, 94/242, 96/225, 05/208, 08/11, 08/20, 08/25, 08/66, 08/165, 08/178, 08/183, 08/197, 08/231, 09/45, 09/52, 09/59, 09/71, 09/87, 09/98, 09/103, 09/110, 09/121, 09/136, 09/165, 09/177, 09/185, 09/194, 09/199, 09/217, 09/247, 09/261, 09/280, 10/28, 10/31, 10/43, 10/126, 10/153, 10/170, 11/77, 11/107, 11/175, 11/276, 12/187, 12/194, 12/227
 Klonierung 98/210, 98/291, 99/228, 01/301, 09/214, 09/221
 Knüllgebiet 01/174
 Koalitionsvertrag (rot-grüner) 03/24, 03/193
 Koalitionsvertrag (schwarz-gelber) 10/12, 10/18, 10/239
 Koexistenz: siehe Gentechnik und Koexistenz
 Kolumbien 04/84
 Konsumforschung 04/250, 04/254, 05/122, 09/286, 12/100
 Konsumverhalten: siehe Verbraucherverhalten
 Kontrolle (behördliche) 05/165, 06/258, 07/143, 11/136
 Konvent für Ldw. u. ländl. Entwicklung (ARC) 11/159
 Konvention (über biol. Vielfalt) 00/112, 01/128, 01/131, 02/85, 05/94, 11/41, 11/54, 11/179
 Kooperationen 95/47, 95/109, 00/181, 04/18, 07/111, 12/255, 12/286
 Krafftutereinsatz 03/152
 Krankenversicherung (landw.) 02/61, 04/54, 04/59
 Krankheitsresistenz 99/228
 Kreislaufprinzip 10/270, 11/109
 Küche (mittelalterliche) 08/286
 Kugelschuss 11/147
 Kulturgeschichte 98/183, 99/271, 99/279, 00/10, 00/14, 00/216, 02/306, 03/270, 03/277, 03/295, 04/193, 04/233, 05/227, 05/267, 08/286, 09/261, 10/266, 11/56
 Kulturlandschaftsgestaltung 01/59, 07/163, 09/266, 10/27, 11/95
 Kulturlandschaftsprogramm 00/234, 09/142
 Kunst (und Landwirtschaft) 04/233

L

Lachgas: siehe Klimaschutz
 Lachs 01/294, 02/214
 Ländlicher Raum (siehe auch Regionalentwicklung) 97/176, 99/44, 99/295, 00/63, 00/161, 01/59, 01/70, 01/182, 02/162, 03/27, 03/48, 03/173, 03/188, 04/147, 05/42, 05/169, 06/151, 07/10, 07/159, 07/166, 07/173, 08/145, 08/158, 08/259, 09/159, 09/171, 10/104, 10/151, 10/159, 12/139
 Erwerbsituation 94/103, 95/116, 95/157, 98/72, 98/160, 98/236, 99/44, 99/173, 00/42, 00/168, 03/58, 07/72, 08/185
 Ländlichkeit (neue) 11/151
 Lamahaltung 98/216
 Landfrauen: siehe Bäuerinnen
 Landfrauenverband 03/58
 Landhandel 07/149
 Landjugend (Katholische) 02/60, 03/188
 Landmaschinen 07/232
 Landraub (Landgrabbing) 11/16, 11/32, 11/72, 11/174, 12/72
 Landreformen 01/123, 04/83
 Landschaftspflege 93/281, 96/60, 00/234, 01/284, 04/172
 ~verbände 94/220, 94/227, 01/213
 Landschaftsplanung 93/271, 98/259, 07/70
 Landschaftsrecht 96/237, 00/230
 Landtechnik: siehe Agrartechnik
 Landwirteprivileg 00/146, 03/70, 12/43
 Landwirtschaft
 bäuerliche ~ 95/103, 98/177, 99/79, 00/14, 02/63, 03/79, 05/30, 07/154, 07/247, 09/15, 09/175, 10/43
 Berg~ 97/22, 98/153, 00/54, 00/218, 03/27
 Image der ~ 11/65
 kleinbäuerliche 98/91, 07/247, 09/15
 ~ im Ballungsraum 00/22
 ~ im Nebenerwerb 07/72, 10/51
 ~ in der Stadt 10/285
 ~ in Osteuropa 94/160, 96/31, 98/55, 98/57, 05/18, 05/254
 nachhaltige ~ 94/15, 95/137, 95/148, 96/86, 97/22, 97/207, 97/220, 98/72, 99/149, 99/247, 01/265, 03/264, 03/270, 09/183, 12/17
 ordnungsgemäße ~ 02/104
 solidarische ~ 12/59
 soziale ~ 10/104
 umweltverträgliche ~ 94/16, 94/199, 94/210, 94/213, 99/155, 99/192, 02/234, 03/128, 03/193, 03/201, 10/124, 10/133, 12/167
 ~ und Klima 94/242, 00/158, 05/208, 06/185, ab 2008 siehe Klimaschutz, -wandel
 ~ und Kunst 04/233
 ~ und Öffentlichkeit 01/257, 03/34, 06/41, 11/65
 ~ und Umwelt 95/166, 96/204, 99/189, 00/292, 01/102, 01/273, 02/217, 02/223, 03/51, 03/128, 03/201, 03/207, 04/165, 05/189, 06/171, 09/45, 09/175, 10/149, 11/95, 11/169, 12/159, 12/171, 12/176

- Landwirtschaftsanpassungsgesetz 93/109, 94/32, 98/50, 01/76, 01/241
- Landwirtschaftsfonds, europäischer (ELER) 05/42, 05/170, 05/193, 06/51, 06/151, 06/174, 06/198, 07/10, 07/159, 07/175, 08/52, 08/145, 11/152, 12/27, 12/142, 12/165
- Landwirtschaftsklauseln 96/237, 03/203
- LEADER-Programm 99/143, 00/64, 00/161, 00/165, 01/169, 01/174, 01/185, 02/145, 03/174, 04/148, 05/43, 05/171, 06/50, 06/152, 07/162, 07/175, 08/145, 10/157, 11/155, 12/145
- Lebensgemeinschaft Höhenberg 04/230
- Lebens-Landwirtschaft 03/264
- ~ (Manifest) 03/267
- Lebensmittel
- ~behörde (europäische) 01/333, 02/284, 03/285, 09/221, 09/244, 09/256, 11/242
- ~bestrahlung 94/278, 98/341, 99/258, 00/289, 02/288, 03/291, 04/240
- ~handel 93/87, 93/91, 95/39, 00/129, 00/241, 01/320, 02/263, 02/291, 03/178, 04/94, 04/244, 04/257, 05/120, 06/46, 07/116, 07/130, 08/80, 08/127, 08/267, 09/165, 09/278, 10/84, 10/281, 11/87
- ~handwerk 11/280
- ~industrie 93/91, 95/39, 98/295, 99/92, 00/129, 00/241, 03/168, 04/214, 07/227, 12/249
- ~informationsverordnung 11/270, 12/267
- ~kennzeichnung 00/273, 00/286, 02/199, 02/285, 03/63, 03/222, 03/288, 04/240, 05/271, 06/44, 06/179, 07/261, 08/85, 08/203, 08/214, 08/242, 08/270, 08/276, 09/243, 09/273, 10/277, 11/271, 11/284, 12/249, 12/268
- ~preise 09/79, 09/92, 09/271, 11/36, 11/72, 12/76
- ~qualität 93/190, 93/194, 97/237, 98/336, 98/346, 98/349, 99/92, 99/271, 99/276, 00/299, 01/351, 02/141, 02/296, 02/298, 02/305, 02/309, 03/118, 05/279, 07/53, 08/168, 11/91, 11/273, 11/284
- ~recht 93/187, 94/281, 99/259, 00/286, 02/281, 03/285, 05/271, 06/249, 07/260
- ~skandale (siehe auch: BSE, Nitrofen usw.) 00/289, 04/238, 04/249, 06/18, 06/249, 07/53, 07/260, 12/87, 12/270
- ~überwachung 00/290, 01/333, 01/351, 02/281, 02/298, 02/305, 03/120, 03/284, 04/238, 05/193, 05/224, 05/271, 07/53, 08/282, 09/277, 11/275, 12/269
- ~verarbeitung 06/116, 08/86, 09/121, 11/144, 11/280
- ~verschwendung 12/275
- ~zusatzstoffe 99/258, 00/288, 02/286, 03/290, 04/240, 05/274, 06/250, 07/262
- Legehennenhaltung 95/206, 97, 01/268, 98/195, 99/67, 99/159, 99/168, 00/191, 00/196, 01/219, 01/233, 01/345, 02/188, 02/208, 03/161, 03/220, 03/234, 04/184, 04/198, 05/148, 05/218, 05/230, 06/12, 06/191, 06/203, 07/51, 07/193, 07/202, 08/202, 09/207, 10/208, 11/208, 11/212, 12/203, 12/222
- Leguminosen 94/203, 11/34, 11/174, 12/30, 12/126
- Leipziger Appell 99/90
- Leistungsförderer 96/260, 99/61
- Lernprozesse 10/131
- Liebig, Justus von 10/261
- Lieferboykott: siehe Milchstreik
- Life+ (Programm) 12/145, 12/166
- Lifestyle 98/349, 99/279, 00/216, 00/299, 03/298, 05/284
- Linda (Kartoffelsorte) 06/18
- Lizenzgebühren 00/147
- LPG: siehe Produktionsgenossenschaft
- Luxemburger Beschlüsse 04/31, 04/36, 04/41, 04/165, 05/34
- M**
- Madagaskar 10/77
- Männer 98/133, 07/253
- Mainzer Thesen 95/27
- Mais (Energie-) 11/131, 11/176
- Maiswurzelbohrer 08/118, 08/245, 09/127, 12/106
- Malaysia 01/119
- Management (Regional-) 01/307, 03/188, 11/155
- Management (nachhaltiges) 01/59
- Markenfleischprogramme 94/75, 97/261, 03/63, 03/156, 07/116, 12/216
- Marketingstrategien: siehe Vermarktungsstrategien
- Marktforschung: siehe Konsumforschung
- Marktwirtschaft 99/248, 99/253, 01/102, 01/155, 04/138, 10/14
- Marktzugang (qualifizierter) 06/24, 10/14
- Marrakesh-Entscheidung 98/60
- Maschineneinsatz 98/106, 98/128, 99/125, 00/153
- Maschinenringe 01/155
- Massentierhaltung: siehe Tierhaltung
- Masthühner 98/115, 99/103, 03/169, 06/213, 07/195, 08/204, 09/209, 10/208, 10/233, 11/208, 12/37, 12/122
- Mastitis 99/230
- Maul- u. Klauenseuche (MKS) 02/15, 05/223, 07/213
- Mecklenburg-Vorpommern 99/139, 01/92, 06/107
- Mehltau 00/246
- Melkroboter 99/125
- Mensch-Tier-Beziehung 02/139, 04/193
- Menschenrecht (auf Nahrung) 03/92, 06/25, 06/73, 06/82
- Menschenrechte 01/125, 03/85, 04/83, 10/75
- Methan 94/245, 08/171, 08/231, 09/136, 09/218, 10/31, 12/227
- Metropolregionen 04/152, 06/152, 07/163, 08/150, 11/164
- Mexiko 99/74, 12/82
- Mid-Term-Review: siehe Halbzeitbewertung
- Migration 01/246
- Milch (ESL-) 10/280, 11/284
- Milchfonds 09/65
- Milchhygieneverordnung 93/40
- Milchimitate 93/44
- Milchinhaltstoffe 08/135
- Milchmarkt 93/35, 96/138, 98/113, 99/27, 99/101, 00/131, 01/22, 02/306, 04/123, 04/129, 05/121, 05/138, 06/129, 06/134, 06/264, 07/264, 08/37, 08/46, 08/119, 09/18, 09/22, 09/132, 10/23, 10/114, 11/119, 12/47, 12/111
- ~politik 97/56, 97/60, 98/41, 00/48, 00/131, 00/137, 03/14, 04/45, 04/129, 05/144, 06/30, 06/134, 07/13, 07/37, 08/46, 08/120, 09/18, 09/34, 09/64, 10/9, 10/20, 10/172, 10/282, 12/25, 12/47
- Welt~ 98/31, 04/129, 06/70, 10/68
- Milchprämie 02/116, 07/38
- Milchpreisvergleich 93/50, 96/133, 04/123, 04/129
- Milchquote 05/31, 06/134, 07/13, 07/38, 08/34, 08/46, 08/202, 09/67, 10/15
- Milchquoten-Börse 00/48, 01/21, 01/141
- Milchstreik 04/33, 04/113, 04/129, 09/10, 09/22, 09/34, 09/38, 09/133, 10/23, 10/118
- Milchviehhaltung 02/129, 02/228, 03/152, 04/124, 05/138, 05/144, 10/31, 10/141, 10/207, 11/60, 12/107
- Milchviehkooperationen 95/47
- Milchviehzucht: siehe Rinderzucht
- Mischfruchtanbau 04/180
- Mittelfranken 96/55
- Modellregionen 02/144, 06/152, 12/141, 12/153
- Modulation 00/39, 01/32, 01/55, 02/24, 02/35, 02/117, 02/225, 03/10, 03/44, 04/46, 04/167, 05/45, 08/12, 08/33, 09/66
- Molekularbiologie 04/220
- Molkerei Söbbeke 09/122
- Molkereiwirtschaft 93/42, 93/84, 95/55, 96/133, 96/138, 99/101, 00/131, 01/22, 04/113, 04/129, 05/139, 07/264, 08/46, 09/18, 09/22, 09/133, 11/119, 11/269
- Monitoring (von Umweltwirkungen) 05/14, 05/203
- Monsanto 99/219, 03/244, 04/211, 05/247, 06/221, 07/149, 08/243, 09/248, 10/241, 11/239
- Moschusenten: siehe Entenhaltung
- Mühlenindustrie 93/82
- Struktur der ~ 93/68
- Mundraub 11/279
- Mutterkuhhaltung 97/227
- Muttermilch 99/93
- Mykotoxine 00/140
- N**
- Nachbauggebühren 00/145, 01/26, 03/70, 07/12, 08/17, 11/19
- Nachbauregelung 99/100, 00/115, 00/145, 01/130, 03/70, 04/34, 05/25, 06/142
- Nachhaltigkeit: siehe Landwirtschaft, nachhaltige bzw. Waldwirtschaft, nachhaltige Prinzip der ~ 99/247, 99/251, 00/315, 01/327, 03/271, 11/257
- Nachhaltigkeit (soziale) 12/65
- Nachhaltigkeitsverordnung (für Biomasse) 08/180, 12/188
- Nachwachsende Rohstoffe 93/69, 93/70, 94/22, 98/299, 01/282, 03/272, 04/170,

04/178, 06/33, 06/166, 06/183, 06/234,
07/15, 07/27, 07/80, 08/25, 08/68,
08/152, 08/173, 10/184, 11/131, 12/188
Nährwertkennzeichnung 08/271, 09/273,
10/280, 11/270, 12/268
Nagoya-Protokoll 11/41
Nahrung, Recht auf: siehe Ernährungs-
souveränität und Menschenrecht (auf
Nahrung)
Nahrungsmittel: siehe Lebensmittel
Nahrungsmittelhilfe 98/61, 06/77, 09/83
Nanotechnologie 08/276
Nationalpark 00/229, 02/154, 08/188,
10/190, 11/191, 11/198, 12/182, 12/197
Natura 2000 01/46, 05/192
Naturkosthandel 94/85, 94/90, 99/237,
01/320, 01/338, 02/263, 04/95, 04/138,
04/154, 04/245, 05/120, 06/103, 07/130,
08/81, 09/116, 10/84, 11/87, 12/100
Naturland (Verband) 07/111, 11/102
Naturschutz 93/31, 93/167, 93/271, 94/135,
94/199, 94/212, 95/239, 96/300, 97/227,
98/259, 98/268, 98/355, 99/189, 99/286,
00/225, 00/230, 00/234, 01/46, 01/53,
01/273, 01/277, 01/284, 02/220, 03/201,
04/165, 05/192, 05/199, 06/177, 07/177,
08/173, 09/175, 09/189, 10/169, 10/193,
10/201, 11/197, 11/246, 12/159, 12/167,
12/176
Naturschutzberatung 04/168, 12/167
Nebenerwerbslandwirtschaft 07/72, 10/51,
10/57
Nestlé 99/92
Netzwerke 10/104, 10/167, 10/175, 11/159,
11/184, 11/280, 12/94
Neue Bundesländer 93/108, 94/30, 94/103,
95/30, 95/35, 95/116, 95/168, 96/41,
96/45, 96/51, 98/49, 98/168, 98/236,
99/235, 01/75, 01/85, 01/92, 01/152,
01/240, 03/54, 03/58, 05/23, 07/11, 09/74
NEULAND 94/265, 95/211, 96/256, 97/264,
01/223, 03/156, 03/207, 12/40, 12/216
Neumarkter Lammbräu 04/106
New Deal 98/14, 01/66
Niederlande 00/143, 01/102
Niedersachsen 99/117, 01/182, 04/168
Süd~ 00/14, 01/141
Nitratbelastung 93/143, 06/172, 07/62,
07/188
Nitritpökelsalz 00/258
Nitrofen 03/15, 03/107, 04/238
Nordrhein-Westfalen 93/167, 98/46, 98/72,
00/10, 00/22, 00/234, 01/50, 01/73, 05/76
Norwegen 97/70, 99/236
Novel Food/Feed 94/182, 96/240, 97/243,
99/96, 99/217, 99/261, 00/243, 03/246,
04/214, 04/239, 05/275, 06/251
~Verordnung 98/344, 02/286, 03/291,
08/242
Nutzhanf: siehe Hanf
Nutztiere, transgene 05/16
Nutztierhaltung: siehe Tierhaltung
Nutztierhaltungs-Verordnung 02/187,
04/183, 05/230, 06/180, 07/192, 07/202,
08/202
Nutzterrassen 05/227, 08/225, 11/54,
11/218

O

Obstbau 03/277
Obstmarkt (Öko-) 05/124
OECD 08/158
Ökobilanzen 03/128, 09/52, 09/98, 09/103,
09/110, 09/123, 09/165
Ökodorf Brodowin 09/122
Öko-Landbaugesetz 04/89
Ökologiedebatte 93/103, 98/254, 01/265,
03/118, 03/128, 03/207, 05/182, 05/189,
05/199, 06/97, 06/121, 08/105
Ökologischer Landbau 93/131, 94/131,
96/99, 96/173, 97/40, 98/177, 98/307,
98/321, 98/332, 98/336, 99/28, 99/106,
99/112, 99/117, 99/149, 99/155, 99/233,
99/242, 99/246, 99/251, 00/179, 00/268,
01/307, 01/318, 01/324, 02/257, 02/263,
02/271, 02/278, 03/105, 03/113, 03/118,
03/123, 03/128, 03/140, 04/87, 04/115,
04/138, 05/61, 05/107, 05/116, 05/120,
05/131, 05/221, 06/32, 06/73, 06/87,
06/97, 06/107, 06/112, 06/121, 06/130,
07/95, 07/103, 07/107, 07/116, 08/79,
08/88, 08/95, 08/100, 08/105, 08/126,
09/52, 09/97, 09/121, 10/83, 10/89,
10/99, 10/266, 11/87, 11/107, 12/85
Ausbildung im ~ 98/316, 00/262, 04/227
Betriebswirtschaft 93/135, 98/186,
04/244
Bundesprogramm ~ 03/108, 03/114,
03/215, 03/310, 04/14, 04/88, 04/100,
04/141, 05/65, 05/109, 06/32, 06/91,
07/97, 07/101, 11/92, 12/88
EU-Verordnung und ~ 94/92, 00/195,
00/257, 00/274, 00/279, 01/314, 02/274,
04/92, 04/100, 07/98, 07/103, 08/84,
08/167, 08/273, 10/86, 11/105
Forschung im ~ 00/247, 01/329, 03/135,
03/235, 04/66, 04/90, 04/103, 04/119,
05/112, 06/91, 07/97, 07/101, 08/83,
11/90, 11/107, 12/87
~ im Agrarbericht des BMELF/BMELV
94/39, 09/101
~ international 04/115, 05/111, 05/131,
06/93
Rahmenrichtlinien 93/131, 94/190,
98/314, 00/257, 00/296, 12/90
sozialer Anspruch des ~ 05/61, 07/111,
08/100
Sozialrichtlinien 03/143, 04/110, 05/62,
08/102, 11/101
~ und Bildungsarbeit 97/193, 04/102,
11/178
~ und Fairness 08/100, 11/99
~ und Gentechnologie 94/190, 97/250,
99/242, 03/110, 03/244, 03/249, 04/92,
05/116, 06/91, 07/23
~ und Internet 00/284, 04/100
~ und Klimaschutz 09/98, 09/103,
11/107
~ und Tierhaltung 93/141, 00/273,
00/195, 00/294, 01/314, 03/234, 04/197,
05/126, 06/112, 08/235
~ und Welternährung 09/100, 11/107,
12/80, 12/92
Öko-Kontrollsystem 00/274, 03/142, 10/86
Ökomodell Allgäu 94/135

Öko-Prüfzeichen, Ökosiegel: siehe Bio-
Kennzeichnung
Ökosteuern 97/62, 97/66, 99/25, 00/29,
00/42, 01/14
Ökozüchtung: siehe Saatgutzüchtung (öko-
logische) und Tierzucht (ökologische)
Ölmühlen 05/154, 12/115
Ölpflanzen (transgene) 98/299
Ölsaaten 94/80
Österreich 96/25, 97/40, 97/176, 97/252,
98/153, 98/160, 98/280, 98/321, 99/238,
00/52, 00/60, 00/218, 01/325, 02/50,
03/184, 05/259, 06/48, 06/63, 06/134,
07/22, 07/41, 08/90, 09/171, 09/261,
12/52, 12/134
Orangensaft 98/100
Organisationsstrukturen (intermediäre)
01/213
Ostdeutschland: siehe Neue Bundesländer
Osterweiterung (der EU) (s. a. EU-Erweite-
rung) 96/31, 98/55, 98/57, 99/135,
00/162, 01/163, 03/48, 04/50, 04/118,
05/111, 05/254
Ozon-Smog 96/232

P

Pachtmarkt 11/114
Pakistan 99/96
Palmölproduktion 08/70
Partyservice 98/231
Patentgesetzgebung 00/112, 08/255,
11/214, 11/251
Pelztierhaltung 00/194, 01/218, 02/187,
06/194
Pestizidabgabe 05/84
Pestizide 93/145, 96/145, 98/131, 98/133,
98/263, 99/131, 99/206, 99/243, 01/351,
02/106, 02/218, 03/15, 03/107, 03/146,
03/197, 03/292, 04/168, 05/193, 06/127,
07/124, 08/118, 08/168, 09/129, 09/147,
09/181, 09/277, 10/113, 10/136, 10/146,
10/249, 11/117, 11/126, 12/110, 12/130,
12/171
Pestizidreduktionsprogramm 06/52, 09/278
Pflanzengesundheit 00/139, 10/136,
11/110
Pflanzenöle 98/299, 10/120, 12/115
Pflanzenölmotoren: siehe Agrartechnik
Pflanzenschutz, integrierter 93/146,
98/263, 99/212
Pflanzenschutzmittelindustrie 93/78,
98/263, 06/53, 12/171, 12/240
Pflanzenschutzmittelrecht 93/18, 95/176,
97/94, 99/206, 10/136
Pflanzenzüchtung 99/223, 00/112, 00/145,
00/186, 01/128, 03/137, 03/254, 06/139,
06/224, 06/234, 06/243, 08/255, 09/116,
11/46, 11/54, 11/109
Philippinen 97/115, 99/85, 01/124, 10/76,
11/79
Pilzkrankheiten 00/139
Plenterwald 96/295
Polen 94/160, 98/57, 00/162, 01/163,
04/50, 05/43
Postfilialnetze 09/171
Präferenzsystem 95/76
Prämien: siehe Betriebsprämien

Präparate (biol.-dyn.) 06/259
 Praxis (gute fachliche) 01/268, 01/273,
 03/201, 08/242
 Preis (gestaffelter) 05/31
 Preispolitik (Lebensmittel) 04/244, 05/120,
 07/111, 08/267, 12/111
 PREPARE-Programm 03/50
 Privatwald 99/295
 Produktionsgenossenschaft (LPG) 93/108,
 94/30, 96/41, 96/45, 96/50, 98/49, 01/75,
 01/85, 01/92, 01/240, 02/66, 03/55,
 09/74, 11/261
 Produktionsverfahren, landwirtschaftliche
 98/106, 98/128, 99/99, 99/206, 00/14,
 00/139, 00/153, 00/292, 01/203, 01/221,
 02/104, 03/118, 03/128, 03/148, 03/168,
 05/136, 05/221, 06/125, 06/213, 06/218,
 07/47, 07/59, 07/66, 09/52, 10/136,
 12/37, 12/122, 12/130
 umweltgerechte ~ 94/213, 99/194,
 01/273, 03/11, 03/193, 03/207, 04/172,
 06/172, 08/95, 09/45, 09/98, 09/103,
 10/89, 10/94, 10/133, 11/108, 11/126,
 12/216
 Produktivismus 12/134
 Projektbörsen 01/172
 Propaganda 08/105
 Proteinpflanzen 11/32
 Putenhaltung/-mast 97/280, 99/103,
 99/160, 00/292, 02/195, 03/168, 03/221,
 04/185, 05/219, 06/193

Q

Q-Fieber 11/223
 QS-Siegel/-System 03/63, 04/127, 04/189,
 04/250, 05/224, 06/28, 06/179, 06/254,
 07/50
 Qualitätskonzepte (Lebensmittel) 02/300,
 03/118, 04/249, 05/67, 06/116, 06/145,
 06/149, 06/261, 06/264, 07/117, 09/209,
 11/272, 12/216
 Qualifizierung (berufliche) 03/188, 12/65
 Qualifizierungsfonds 99/56
 Qualzucht 03/228, 03/230, 09/213

R

Rapsöl 04/107, 05/138
 Rapsölmethylester 01/197
 Raumordnung 99/199, 07/163, 07/173,
 09/159, 10/154, 10/159, 12/153
 REACH (Chemikalienverordnung) 09/147
 Recht auf Nahrung: siehe Ernährungssouve-
 ränität bzw. Menschenrecht (auf Nah-
 rung)
 Reform (der Agrarpolitik) siehe Agrarpolitik
 Regenwürmer 10/133, 10/275
 Regionalberatung 97/155, 98/160, 98/168,
 99/145, 03/188, 10/163
 Regionalbewegung (Bundesverband der ~)
 06/157, 09/162
 Regionalentwicklung 94/131, 94/139,
 94/144, 95/120, 95/132, 95/137, 96/151,
 96/156, 97/149, 97/185, 98/141, 98/144,
 98/153, 98/160, 98/168, 99/44, 99/135,
 99/138, 99/143, 99/249, 99/254, 00/40,
 00/63, 00/161, 00/164, 00/168, 00/173,
 01/42, 01/70, 01/167, 01/182, 01/211,

02/143, 02/148, 02/153, 03/173, 03/184,
 04/147, 05/42, 05/169, 05/176, 05/192,
 06/32, 06/48, 06/145, 06/159, 06/165,
 07/159, 07/173, 08/52, 08/145, 08/152,
 08/158, 09/157, 09/165, 09/171, 10/99,
 10/151, 11/151, 11/159, 11/164, 12/26,
 12/139, 12/153
 ~ integrierte 01/174, 05/174, 06/151,
 08/147
 Regionalisierung 99/249, 00/173, 01/188,
 02/148, 12/148
 Regionalvermarktung (siehe auch Vermark-
 tung) 03/123, 03/178, 03/304, 05/182,
 06/43, 06/145, 09/167, 10/99, 11/271,
 12/146
 Regionalwert AG 10/39, 12/94
 Regionen, gentechnikfreie: siehe Gentech-
 nikfreie Regionen
 Resistenzbildung 99/60, 05/200, 12/38
 Rheinland-Pfalz 93/113, 01/66, 12/167
 Rinderzucht, -haltung 93/37, 99/229,
 02/134, 02/191, 03/150, 03/235, 04/199,
 05/127, 06/128, 08/226, 09/130, 09/136,
 09/210, 09/218, 10/31, 10/141, 11/105,
 11/115, 12/107, 12/227
 Rindfleisch 99/271, 00/102, 02/90, 03/156,
 03/289, 07/117, 09/133
 Ringelgänse 01/286
 Risikoforschung (ökologische) 10/242
 Rohstoffe, nachwachsende siehe Nachwach-
 sende Rohstoffe
 Rohstoffmärkte 09/14, 09/81, 11/9, 11/36,
 11/72, 12/75, 12/111
 Roquefort-Käse 00/108
 Rückblick (nostalgischer) 99/246, 00/10,
 07/147, 12/261
 Ruhrgebiet 11/164
 Rumänien 98/55, 00/171, 05/257

S

Saarbrücken 93/33
 Saarland 99/289
 Saatgut 94/172, 00/145, 00/185, 01/128,
 03/135, 03/254, 04/216, 05/96, 05/249,
 06/222, 07/20, 07/241, 11/46, 11/54,
 12/237
 Saatgutfonds 03/135
 Saatgutindustrie 93/79, 98/286, 98/295,
 00/145, 00/185, 03/70, 06/139, 07/149,
 08/255, 11/19, 11/252
 Saatguttreuhandverwaltung (STV) 00/147,
 03/71, 05/25, 07/13, 08/17
 Saatgutverkehrsgesetz 97/91, 11/46
 Saatgutzüchtung (ökologische) 06/139,
 09/116, 11/46
 Sachkundenachweis 00/192, 01/218
 Sachsen 93/46
 Sachsen-Anhalt 99/138
 Sägewerke (Groß-~) 08/184, 10/191
 Sahelzone 10/79
 Saisonarbeit 99/173, 00/42
 Salmonellen 94/255, 94/275, 08/281
 SAPARD-Programm 03/50
 SASA-Projekt 04/111
 Save our Seeds (Initiative) 03/254, 04/216
 Schächten 03/214, 04/188, 06/197, 08/208,
 11/210

Schalenwild 98/361
 Schlachtabfälle 08/75
 Schlachthofstruktur 94/67, 02/126, 12/122
 Schlachtverfahren 11/147, 11/233
 Schlachtverordnung 00/192, 04/188,
 10/211, 11/141, 11/210
 Schleswig-Holstein 01/284
 Schnabelkürzen (Bei Geflügel) 12/222
 Schorfheide 98/168
 Schulbauernhöfe 10/104
 Schwäbisch-Hall 00/168
 Schwarzbuch Wald 10/201
 Schwarzwald 96/295, 02/155, 02/235,
 08/261, 09/142
 Schwarzwälder Thesen 03/27
 Schweden 99/239
 Schweinegrippe 10/222
 Schweinehaltung, -zucht 02/139, 02/190,
 03/220, 03/236, 04/183, 04/199, 05/218,
 06/129, 06/181, 07/62, 07/126, 07/192,
 08/205, 08/225, 09/130, 09/210, 10/47,
 11/207, 12/108
 Schweinepest 95/215, 96/121, 97/174,
 98/195, 98/223, 99/230, 00/143, 00/211,
 01/102, 01/220, 02/197, 07/126, 07/129,
 07/196
 Schweineproduktion 93/54, 96/117,
 98/115, 99/103, 00/127, 00/143, 01/102,
 01/221, 02/122, 04/126, 07/59, 07/119,
 07/126, 09/134, 10/47, 10/174, 11/116,
 11/186, 12/112
 Schweinequotierung 00/143
 Schweinezyklus 00/128, 07/60
 Schweiz 97/73, 99/237, 00/186, 00/216,
 01/96, 02/208, 04/203, 08/88, 09/171
 Seattle 00/74, 00/77, 00/79, 00/98, 01/109
 Seelsorge: siehe Familienberatung
 Selbsternte-Projekte 01/324, 07/272,
 10/285
 SELF (Modellprojekt) 03/58
 Seuchenpolitik 00/143, 04/128, 04/187,
 07/128, 07/206, 07/211
 Sicherheitsforschung 05/15
 Siedlungsgeschichte 02/162
 Sikkation 12/130
 Simbabwe 95/78, 97/122, 99/95
 Slow Food 00/299, 03/295, 06/149, 11/280
 Soja 98/96, 10/254
 Solidarhöfe: siehe Landwirtschaft, solida-
 rische
 Sorgenfonen 98/241
 Sortenschutz 06/141, 10/60, 11/46
 Sortenschutzgesetz 00/145
 Sortenvielfalt 00/184, 01/128, 03/135,
 06/139, 11/46, 11/54
 Soziologie (des Regionalengagements)
 06/159
 Sozialismus 11/261
 Sozialpolitik 94/24, 94/98, 95/106, 96/91,
 98/160, 98/240, 99/28, 99/56, 99/173,
 00/30, 00/207, 01/237, 02/55, 02/166,
 04/54, 04/59, 04/110, 04/227, 05/25,
 06/33, 06/36, 08/57, 10/62, 12/14, 12/57
 Sozialstandards 04/110
 Sozialversicherung, landwirtschaftliche
 93/119, 94/98, 95/114, 00/207, 01/17,
 01/237, 02/55, 04/54, 04/61, 06/34

Spanien 93/249, 99/236
 Spargelernte 99/174
 Sparpaket 00/30, 00/208, 01/12
 Sri Lanka 99/96
 Staatswald 99/289, 11/193, 11/201
 Stadt-Land-Problematik 93/199, 94/57,
 95/126, 95/128, 96/181, 97/13, 97/30,
 97/33, 97/185, 98/160, 98/266, 99/295,
 01/171, 01/257, 03/34, 08/147,
 12/261
 Stallbau 03/208, 04/203, 05/148, 05/217,
 07/59, 10/206
 Standardarbeitszeitbedarf 12/52
 Standortregister 05/47
 Steiermark 10/62, 10/101
 Steigerwald 12/197
 Steuerreform 99/25, 99/31, 99/35, 01/14
 Stickstoffsteuer 97/62, 05/84
 Stilsfer Joch 02/157
 Straßzölle 00/107
 Straußenhaltung 98/216
 Streitschlichtungsverfahren (WTO) 00/70,
 00/103
 Streuobst 93/169, 93/196, 95/64, 97/309,
 04/174
 Strommarkt 01/155, 07/28
 Strukturfonds 93/249, 98/32, 98/141,
 98/144, 98/160, 99/44, 99/143, 00/164,
 01/43, 01/53, 01/182, 04/151, 05/172,
 07/163, 11/153
 Strukturwandel 00/216, 00/218, 01/141,
 01/148, 01/250, 02/267, 02/162, 04/138,
 05/19, 05/28, 05/142, 06/38, 06/63,
 07/59, 07/72, 07/122, 10/46, 10/110
 STV (Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH)
 11/19
 Subsidiarität 95/120, 96/63, 00/63
 Subsistenzökonomie 96/99, 01/246,
 02/166, 07/272, 10/285, 12/148
 Subventionen 95/70, 97/84, 00/74, 00/96,
 03/54, 06/13, 06/78, 06/84, 07/42, 07/82,
 07/86, 07/198, 08/166, 09/15, 09/65,
 09/74, 09/86, 09/181, 10/59, 10/68,
 11/82, 12/26, 12/33
 Subventionsbetrug 94/49
 Südafrika 04/84
 Suffizienz 12/148
 Supervision 02/182
 Syngenta 09/250
 Systemaufstellungen 06/239

T

Tabak 98/91
 Tagwerk (EVG) 04/154
 Tanne (Weiß-) 08/197
 Tarifpolitik 99/56
 TBT-Abkommen 00/103
 Technik (Beste Verfügbare, BVT) 03/208,
 03/216, 05/222, 10/227
 Teleakademie 08/261
 Terminator-Technologie (-Pflanzen) 07/236
 Thailand 12/83
 Thüringen 95/168, 98/49, 01/75
 Tierarzneimittel 93/16, 93/177, 94/264,
 95/184, 95/204, 96/245, 96/260, 97/266,
 99/60, 00/282, 03/217, 03/293, 12/37,
 12/273

Tiergesundheit 94/260, 99/228, 01/158,
 03/152, 04/193, 04/197, 05/223, 06/112,
 06/195, 06/207, 07/128, 07/196, 07/206,
 07/211, 08/122, 08/210, 09/234, 10/143,
 10/234, 11/223
 Tierhaltung 94/248, 94/258, 95/199, 96/45,
 96/117, 96/123, 96/256, 96/283, 97/261,
 99/159, 99/162, 99/265, 00/137, 00/196,
 01/102, 01/345, 02/121, 02/220, 02/187,
 02/205, 03/213, 03/225, 04/183, 04/193,
 04/197, 05/138, 05/148, 05/194, 05/217,
 05/240, 06/128, 06/191, 06/202, 06/213,
 06/218, 07/47, 07/59, 07/125, 07/191,
 07/208, 07/216, 08/201, 08/214, 08/220,
 08/231, 08/236, 08/282, 09/130, 09/207,
 09/217, 10/47, 10/223, 10/227, 11/115,
 11/205, 11/214, 11/223, 12/37, 12/42,
 12/107, 12/122, 12/201, 12/222
 artgerechte ~ 93/184, 94/265, 95/51,
 95/211, 95/229, 97/50, 98/47, 98/192,
 00/193, 00/292, 01/218, 01/221, 01/226,
 01/233, 02/225, 03/152, 04/203, 04/249,
 08/218, 11/206, 11/227, 12/216
 ~ im ökologischen Landbau 93/141,
 97/303, 00/279, 01/314, 02/129, 03/234,
 05/126, 06/112, 11/105
 Umweltbelastung durch ~ 93/179,
 00/143, 00/292, 02/121, 02/220, 03/194,
 03/207, 07/61, 08/231, 10/197, 10/227,
 11/184, 12/37, 12/109, 12/124
 ~ von »Exoten« 98/216
 ~sparagraph 99/163
 Zukunft der ~ 03/216
 Tierkörperbeseitigung 97/286
 Tiermehl 02/191, 02/218, 05/28
 Tierschutz 93/16, 93/181, 93/182, 94/248,
 94/251, 95/199, 95/206, 96/266, 96/276,
 96/283, 97/268, 97/298, 98/192, 98/198,
 98/208, 98/221, 99/67, 99/159, 99/162,
 99/168, 00/191, 00/196, 00/202, 01/217,
 01/221, 01/226, 01/233, 02/187, 02/204,
 02/210, 03/213, 03/225, 03/230, 03/238,
 04/183, 04/193, 04/203, 04/249, 05/149,
 05/217, 05/230, 05/235, 05/240, 06/33,
 06/191, 06/202, 06/207, 06/213, 06/218,
 07/191, 07/202, 07/216, 07/220, 08/170,
 08/201, 09/207, 09/228, 09/234, 10/205,
 10/215, 10/233, 11/147, 11/205, 11/216,
 11/227, 11/233, 12/44, 12/201, 12/211,
 12/222
 ~Kennzeichnung 08/271, 09/214,
 11/211
 ~label/~siegel 07/191, 08/214, 12/125,
 12/203, 12/214, 12/219
 ~Transportverordnung 98/198, 00/144,
 03/238, 04/186, 05/235, 08/209, 12/207
 ~TÜV 05/217, 05/240, 07/194, 07/203,
 08/203, 09/212, 10/210, 11/209
 Tierseuchen 94/258, 95/215, 97/172,
 00/211, 01/102, 04/187, 07/47, 07/128,
 07/206, 07/211, 08/122, 09/131, 11/223,
 12/209
 Tiertransporte 93/181, 95/208, 96/266,
 97/293, 98/196, 98/198, 99/160, 02/198,
 03/238, 04/186, 05/222, 05/235, 06/196,
 07/197, 08/209, 09/212, 10/210, 11/210,
 12/207

Tierversuche 07/220, 11/215
 Tierzucht 96/242, 96/271, 98/208, 99/228,
 02/134, 02/205, 03/230, 04/185, 05/219,
 06/208, 06/213, 06/243, 07/199, 08/225,
 09/213, 10/141, 11/209
 ~industrie 08/225, 09/221, 11/214
 ökologische ~ 03/234, 04/90, 04/197,
 05/126, 05/227, 06/199, 11/109
 ~recht 93/17
 Tourismus 02/153, 03/274, 12/197
 Transformationsprozess 01/240, 03/54, 09/74
 Transparenzinitiative 07/12, 07/42, 07/82,
 07/86, 07/179, 08/166, 09/181
 Treibhausgase 94/242, 08/171, 08/180,
 08/231
 Treibstoffe (aus der Ldw.): siehe Biotreib-/
 -kraftstoffe bzw. Agrartechnik
 Trenthorst 01/329
 Trinkwasser 93/142, 99/131, 01/60, 02/113,
 03/196, 07/178, 07/188
 TRIPS 00/112, 01/131, 02/84, 05/95

U

Uckermark 98/168
 Umsatzsteuer-Pauschalierung 04/57
 Umweltgesetzgebung 99/191, 01/273,
 07/179, 08/165, 10/169
 Umweltgutachten 95/179
 Umweltprobleme 95/166, 98/131, 99/206,
 00/153, 01/61, 01/102, 01/158, 02/104,
 04/165, 05/194, 05/200, 05/203, 05/208,
 05/221, 06/52, 06/171, 06/177, 07/61,
 07/66, 07/179, 08/231, 10/92, 10/136,
 10/146, 10/196, 10/227, 12/124, 12/191,
 12/240
 UNCTAD-Konferenz (São Paulo) 05/88
 UNDP (United Nations Development
 Programme) 02/245
 Unfallversicherung (landw.) 02/59
 Unilever 03/170
 Universitäten 09/152
 Unternehmensverfassung 05/263, 12/94
 Upländer Bauernmolkerei 06/264, 07/264,
 09/10
 Urban Farming: siehe Landwirtschaft in der
 Stadt
 Urban Gardening 12/148
 Ursprungsbezeichnung: siehe Herkunfts-
 bezeichnungen

V

VdGB 01/85
 Vegetarismus 99/264, 12/280
 Verbände (im Ökolandbau) 94/190, 98/311,
 99/234, 01/310, 02/262, 02/275, 02/278,
 03/17, 03/124, 06/91, 07/100, 12/88
 sonstige ~ 01/85
 Verbände-Plattform 02/20, 04/47, 11/11,
 11/169
 Verbandsklagerecht 03/213
 Verbraucher
 ~informationsgesetz 03/284, 06/255,
 07/55, 07/261, 07/268, 08/269, 09/273
 ~pädagogik 06/269
 ~politik 93/298, 98/340, 99/257, 00/285,
 01/333, 01/345, 02/291, 04/102, 04/249,
 06/253

~schutz 93/147, 93/189, 94/260, 94/275, 94/281, 98/68, 99/257, 99/276, 00/72, 00/102, 00/277, 00/285, 01/314, 01/333, 01/351, 02/237, 02/281, 02/298, 03/68, 03/283, 04/237, 04/249, 05/271, 05/279, 06/249, 06/253, 06/258, 07/57, 07/259, 07/268, 08/267, 08/276, 08/281, 09/277, 10/277, 11/269, 12/267
 ~schutzgesetz 04/237
 ~verhalten 95/229, 98/336, 98/346, 98/349, 99/271, 99/279, 00/269, 00/299, 00/302, 00/321, 01/102, 01/320, 01/324, 01/338, 02/276, 02/294, 03/33, 03/37, 03/107, 03/119, 03/156, 03/168, 03/298, 04/250, 04/254, 05/66, 05/122, 05/279, 05/284, 06/179, 06/264, 06/269, 08/214, 09/271, 09/280, 09/286, 11/279, 12/275, 12/280
 Veredelungswirtschaft 02/121
 Verhaltenskodex (für ökol. Handel) 04/111, 05/64, 08/100
 Vermarktung 98/47, 99/169, 02/306, 03/156, 03/272, 04/134, 04/249, 11/271
 ~ von Bioprodukten 93/298, 94/82, 96/148, 97/45, 98/332, 98/336, 99/106, 99/118, 99/237, 00/269, 01/152, 01/324, 01/338, 02/263, 03/109, 03/123, 03/178, 03/310, 04/95, 04/102, 04/105, 04/116, 04/138, 04/154, 04/244, 05/62, 06/88, 06/116, 07/95, 07/116, 07/130, 08/80, 08/103, 08/126, 09/121, 10/84, 10/121, 11/87, 12/86, 12/94, 12/100, 12/286
 Vermarktungsstrategien 98/333, 98/336, 99/122, 00/169, 00/174, 00/269, 00/304, 01/338, 03/126, 03/178, 04/95, 04/138, 04/244, 05/66, 05/146, 06/43, 06/145, 06/264, 07/117, 08/88, 12/47
 Versicherung (gegen Klimawandelfolgen) 05/211
 Vertragsnaturschutz 00/234, 02/117, 02/230, 03/204, 04/172
 Veterinärbehörde 11/141
 Via Campesina 99/79, 00/79, 01/110, 01/126, 02/84, 06/83
 Viehbesatzdichte 02/234
 Vielfalt, biologische: siehe Biodiversität
 Vinasse 99/111
 Virusresistenz 99/225
 Visionen 00/19, 01/211, 03/264, 03/270, 04/18, 04/74, 04/178
 Vogelgrippe: siehe Geflügelpest
 Vogelsberg 99/143
 Vogelschutz 00/225, 11/131
 Volksbegehren 98/280

W

Wachstumshormone 96/245, 97/266, 98/68, 01/292
 Wahlkampf 2005 06/9
 Wald 94/233, 94/237, 95/233, 95/239, 95/246, 96/289, 96/295, 96/300, 97/209, 97/315, 97/322, 97/327, 97/333, 98/352, 98/355, 98/361, 99/283, 99/289, 99/295,

00/307, 00/315, 00/320, 04/160, 05/196, 05/208, 05/213, 06/189, 08/183, 08/193, 08/197, 09/193, 09/199, 09/204, 10/189, 10/196, 10/201, 11/189, 11/201, 12/163, 12/181, 12/191, 12/197
 Waldbauprogramme 98/356, 99/285, 00/310
 Waldinventur: siehe Bundeswaldinventur
 Waldschäden 10/193, 10/196, 12/191
 Waldstrategie 2020 (der Bundesregierung) 12/140, 12/183
 Waldwirtschaft, nachhaltige 98/352, 98/355, 99/283, 00/310, 00/315, 03/203, 09/204
 Wandel, demographischer: siehe Demographie
 Warenterminbörsen 09/14, 12/75
 Wasserqualität: siehe Trinkwasser
 Wattenmeer 01/284
 Weinbau 00/246
 Weiterbildung 99/56, 03/188
 Weizensorten 00/186
 Weltagrarbericht 09/69, 09/84, 09/175, 12/17
 Weltagrarhandel 98/83, 98/86, 98/91, 98/96, 98/100, 99/53, 99/71, 99/84, 00/70, 00/77, 00/79, 00/93, 00/119, 01/107, 01/113, 01/148, 02/74, 02/90, 03/92, 04/71, 04/74, 04/129, 05/87, 05/98, 06/23, 06/69, 06/76, 06/84, 06/209, 07/81, 08/61, 08/73, 08/120, 09/79, 09/92, 10/59, 10/67, 11/71, 11/121, 12/34, 12/69, 12/75
 ~ mit Bioprodukten 01/318, 06/121
 Weltbank 01/124, 03/89, 04/83
 Welternährung 96/72, 97/102, 99/52, 99/73, 99/79, 99/84, 99/92, 99/227, 00/93, 01/107, 01/123, 02/74, 02/90, 02/96, 02/241, 03/100, 06/69, 06/75, 06/82, 07/80, 09/15, 09/79, 09/87, 09/100, 10/71, 11/36, 11/71, 12/33, 12/69, 12/80, 12/277
 ~sgipfel 99/73, 02/73, 03/87, 03/92, 07/90, 10/73
 Welthandel: siehe WTO/GATT
 Welthandelsabkommen: siehe WTO/GATT
 Welthandelskampagne 04/74
 Welthandelsordnung: siehe WTO/GATT
 Weltläden 00/119
 Weltmarkt: siehe Weltagrarhandel
 Werkstätten (für Behinderte) 04/227
 Werkvertragsarbeitnehmer 04/143
 Werra-Meißner-Kreis 12/153
 Wertewandel 00/216, 00/219, 03/264, 03/270, 08/88
 Wertschöpfung (regionale) 01/191, 01/198, 03/178, 06/145, 06/165, 08/148, 08/152, 10/152, 12/94
 Westafrika 98/86, 08/76
 Wetteraukreis 93/33
 Wettergeschehen 00/125, 00/158, 01/27, 03/145, 04/121, 08/115, 09/261, 10/109, 11/113, 12/105

Wetzlarer Thesen 04/149
 WHO/Unicef-Vermarktungskodex 99/95
 Wildkatzen 12/178
 Windkraftanlagen 12/161
 Wirtschaftsförderung, ländliche (siehe auch Regionalentwicklung) 05/42, 06/165, 10/163
 Wirtschaftsstile 08/140, 11/60
 Wissensaustausch 10/129
 Wissenschaftsgeschichte 98/246, 01/329, 10/261, 10/275, 12/191
 Wissenschaftskritik 98/20, 98/291, 01/188, 01/300, 03/135, 03/234, 04/197, 04/220, 05/116, 05/199, 06/243, 07/206, 07/211, 08/105, 08/220, 10/133, 10/141, 12/171
 Wissenschaftstheorie 98/177, 98/183
 Witzenhäuser 00/262
 Wohnbaulandgesetz 94/47, 99/199
 WTO/GATT 93/210, 94/20, 94/45, 94/281, 95/68, 95/82, 96/91, 97/115, 98/60, 98/69, 98/297, 99/26, 99/51, 99/71, 99/79, 99/84, 00/70, 00/74, 00/77, 00/79, 00/93, 00/112, 00/119, 00/204, 01/107, 01/113, 02/91, 02/93, 03/86, 03/92, 03/97, 04/16, 04/71, 04/79, 04/207, 05/87, 06/24, 06/69, 06/71, 06/77, 07/79, 07/228, 08/61, 08/120, 09/85, 10/69, 11/71, 11/83, 12/70
 ~Glossar 00/85
 ~ im Krit. Agrarbericht 00/83
 Wüstenkonvention (UN~) 10/79
 Würst (Ahle) 06/149
 WWF 10/254

Z

Zeitökologie 96/164, 00/14, 02/173
 Zellgehalt (der Milch) 95/57
 Zertifizierung 98/355, 00/277, 03/142, 05/131, 08/178
 Ziegenhaltung 10/209, 11/207, 11/223
 Zimbabwe: siehe Simbabwe
 Zitrusfrüchte 98/355
 Zuchtwertschätzung 02/136, 03/235, 11/116
 Zuckerindustrie 93/83, 05/100, 06/16
 Zuckerkampagne 93/100
 Zuckermarkt 93/96, 01/25, 12/111
 ~ordnung 05/27, 05/30, 05/91, 05/98, 05/103, 06/16, 06/31, 06/73, 12/25
 Züchtungstechniken (Pflanzen-) 00/188, 01/301, 06/224, 06/243
 (Tier-, siehe auch Gentechnik) 03/230, 06/243, 10/144, 11/116, 11/230, 11/244
 Zukunft (der Arbeit) 98/14, 98/72, 98/190, 99/174, 00/31, 00/42, 00/179, 00/181, 01/70, 01/203, 04/9, 10/104
 Zukunftsregionen 02/144, 12/153
 Zukunftsstiftung Landwirtschaft 03/135, 03/254, 04/64, 05/9
 Zusatzabgabenverordnung (ZAV) 01/141
 Zwangskollektivierung 11/261

AgrarBündnis

AgrarBündnis e.V.

Marktstätte 26, 78462 Konstanz
Tel. 0 75 31 / 28 29 39-1
E-Mail info@agrarbuendnis.de
www.agrarbuendnis.de

Abl –

Arbeitsgemeinschaft

bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Tel. 0 23 81 / 9 05 31 71
E-Mail info@abl-ev.de
www.abl-ev.de

Agrar Koordination – Forum für internationale Agrarpolitik e.V.

Nernstweg 32–34, 22765 Hamburg
Tel. 0 40 / 39 25 26
E-Mail info@agrarkoordination.de
www.agrarkoordination.de

Arbeitsgemeinschaft

Kritische Tiermedizin (AGKT)

Auf der Loge 1, 27259 Varrel
Tel. 0 42 74 / 5 83
E-Mail ml@tierarzt-link.de
www.agkt.de

Bioland e.V.

Kaiserstraße 18, 55116 Mainz
Tel. 0 61 31 / 23 97 90
E-Mail bundesvorstand@bioland.de
www.bioland.de

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Am Kölnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 0 30 / 27 58 64-0
E-Mail bund@bund.net
www.bund.net

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum (BAG ejl) e.V.

Postfach 1278, 57602 Altenkirchen
Tel. 0 26 81 / 95 16-46
E-Mail info@bagejl.de
www.bagejl.de

Demeter e.V.

Brandschneise 1, 64295 Darmstadt
Tel. 0 61 55 / 84 69-0
E-Mail info@demeter.de
www.demeter.de

Demeter Nord-West – Bäuerliche Gesellschaft e.V.

Körtlinghausen, 59602 Rütten
Tel. 0 29 02 / 5 73 66, Fax 0 29 02 / 5 96 40

Deutscher Tierschutzbund e.V. (DTSchB)

Baumschulallee 15, 53115 Bonn
Tel. 02 28 / 6 04 96-0
E-Mail Kontakt über www.tierschutzbund.de/kontakt.html
www.tierschutzbund.de

Evangelisches Bauernwerk in Württemberg e.V.

Hohebuch, 74638 Waldenburg
Tel. 0 79 42 / 1 07-0
E-Mail c.dirscherl@hohebuch.de
www.hohebuch.de

Förderungsgemeinschaft organisch- biologischer Land- u. Gartenbau Baden-Württemberg e.V. (FÖG)

c/o Matthias Strobl
Haldenstr. 84, 73730 Esslingen
Tel. 01 51 / 11 58 32 63
E-Mail eggle.strobl@t-online.de

Forum Pro Schwarzwaldbauern e.V.

Uhlbachweg 5
78112 St. Georgen-Oberkirnach
Tel. 0 77 24 / 79 92
E-Mail spittelhof@t-online.de
www.forumproschwarzwaldbauern.de

Gäa – Vereinigung ökologischer Landbau e.V.

Arndtstraße 11, 01099 Dresden
Tel. 03 51 / 4 01 23 89
E-Mail info@gaea.de
www.gaea.de

Germanwatch e.V.

Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin
Tel. 0 30 / 2 88 83 56-0
E-Mail info@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) e.V.

Drachenfelsstraße 23
53604 Bad Honnef-Rhöndorf
Tel. 0 22 24 / 94 65-0
E-Mail bundesstelle@kljb.org
www.kljb.org

Landwirtschaft und Ökologisches Gleichgewicht mit Osteuropa e.V. – LOGO e.V.

Schwarzer Weg 35, 49536 Lienen
Tel. 0 54 84 / 96 22 22
E-Mail info@logoev.de
www.logoev.de

Naturland e.V.

Kleinhaderner Weg 1, 82166 Gräfeling
Tel. 0 89 / 89 80 82-0
E-Mail naturland@naturland.de
www.naturland.de

NEULAND e.V.

Baumschulallee 15, 53115 Bonn
Tel. 02 28 / 6 04 96 88
E-Mail verein@neuland-fleisch.de
www.neuland-fleisch.de

PROVIEH – Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung e.V.

Küterstraße 7–9, 24103 Kiel
Tel. 04 31 / 24 82 80
E-Mail info@provieh.de
www.provieh.de

Schweisfurth-Stiftung

Südliches Schlossrondell 1
80638 München
Tel. 0 89 / 17 95 95-0
E-Mail info@schweisfurth.de
www.schweisfurth-stiftung.de

Stiftung Europäisches Naturerbe – Euronatur

Grabenstraße 23, 53359 Rheinbach
Tel. 0 22 26 / 20 45
E-Mail lutz.ribbe@euronatur.org
www.euronatur.org

Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL)

Weinstraße Süd 51
67098 Bad Dürkheim
Tel. 0 63 22 / 9 89 70-0
E-Mail info@soel.de
www.soel.de

Züchtervereinigung Schwäbisch- Hällisches Schwein e.V.

Haller Straße 20, 74549 Wolpertshausen
Tel. 0 79 04 / 97 97-0
E-Mail rudolf.buehler@besh.de
www.besh.de